Geschichte

der

Jahre 1860 bis 1867

von

Eduard Arnd.

Zweiter Band.

Leipzig,

Duncker & Humblot.

1869.

STADTBIBLIOTHEK * AUGSBURG *

Die außereuropäischen Staaten von 1860 bis 1866.

Asien, die Wiege der Menschheit, der Sitz der ersten Staatenbildungen, die Heimath der ältesten Cultur, wo die großen Religionssysteme, welche die Welt beherrscht haben, und zum Theil noch beherrschen, entstanden sind, ist, nachdem es Jahrhunderte lang in seiner Entwickelung stehen geblieben, in neuester Zeit von europäischen Einflüssen immer tiefer berührt worden. Im Norden sind es die Russen, im Süden die Engländer, welche die dortigen Bevölkerungen sich unterworfen und unter ihnen wenigstens die allgemeinen Formen der europäischen Gesittung eingeführt haben: der Westen macht noch einen Theil des sinkenden türkischen Reiches aus, auf welches vom Norden und Westen her immer mehr gedrückt wird, und das, wenn auch langsam, aus seinen Fugen zu gehen scheint; im Innern giebt es nur einen civilisirten Staat, Persien, das, weniger aus eigener Kraft, als wegen der gegenseitigen Eifersucht Rußlands und Englands, eine wenn auch bedingte Unabhängigkeit behauptet; das an Persien grenzende Turkestan ist, nachdem es im Mittelalter eine Zeit lang zu den Lichtpunkten des Islams gehört hatte, wieder in Barbarei versunken, und stellt nur noch dessen Schattenseiten dar. Am wichtigsten für Europa ist jetzt Ostasien, die Halbinsel jenseit des Ganges, das chinesische Reich und Japan geworden, die durch ihre Lage, Volksmenge und ihren Produktenreichthum, dem europäischen Unternehmungsgeist ein lange verschlossen gewesenes Feld zu neuer und großartiger Thätigkeit eröffnet haben. Was die Politik der europäischen Mächte, die gegenwärtig ihre Aufmerksamkeit auf fremde Welttheile richten, von der früherer Zeiten wesentlich unterscheidet, ist, daß nicht Eroberungen, sondern freier Verkehr das Ziel ihrer Unternehmungen sind, und daß sie nur dann zum Kriege greifen, wenn den Forderungen der gegenseitigen Annäherung und des Austausches der Natur- und Kunsterzeugnisse mit Gewalt widerstrebt wird. Jede große Epoche in der Geschichte Europa's hat ihren besonderen Charakter und ihre eigenthümlichen Tendenzen bei Auffassung und Behandlung des Welt-

verkehrs gehabt; unsere Zeit hat die Aufgabe, die sich in ihrem Besitz befindlichen Culturelemente durch friedliche Mittel, durch Verbreitung des Christenthums, durch Einführung europäischer Gesetze und Sitten, durch Anknüpfung von Handelsverbindungen, über die ganze Erde zu tragen, und keine dieser Bewegung von Barbarei oder Fanatismus entgegengesetzten Schranken anzuerkennen.

Persien.

Nachdem der Krieg mit England durch den unter Frankreichs Vermittelung in Paris geschlossenen Frieden (4. März 1857) beendigt und die Streitigkeiten mit den räuberischen Turkomanen und den nicht viel civilisirteren Afghanen wenigstens für eine Zeit lang beigelegt worden, hat der gegenwärtige Schah, Nasser-ed-Dini, sich die Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen zum Ausland und innere Verbesserungen angelegen sein lassen. Die englischen und russischen Consulate sind mit Bewilligung des Schahs vermehrt, mit der amerikanischen Union, Belgien und Dänemark Handels- und Freundschaftsverträge abgeschlossen und mit den für Persien wichtigsten europäischen Mächten regelmäßige diplomatische Verbindungen angeknüpft worden. Nasser-ed-Dini gab der obersten Landesverwaltung eine bessere Einrichtung, indem er sie nach europäischem Muster in verschiedene Ministerien eintheilte, setzte eine aus französischen Officieren bestehende Commission zur Reorganisation des Heerwesens ein, begünstigte die Anlegung von Telegraphenlinien, um Persien mit Europa in Verbindung zu setzen, und sanctionirte die Concession des russisch-persischen Eisenbahnnetzes. Ohne die Rücksichten auf England zu vernachlässigen, scheint Persien in der letzten Zeit Rußland näher getreten zu sein und dessen Absichten auf die Unterwerfung von Turkestan zu begünstigen, da es selbst so oft von den Turkomanen beunruhigt worden ist. Persien ist den Blicken und dem Einfluß Europa's weniger als die Türkei ausgesetzt, und seine inneren Schäden sind deshalb weniger bekannt, obgleich in nicht geringerem Maß vorhanden. Ausbrüche des religiösen Fanatismus sind daselbst, da das Urtheil des Auslandes weniger gescheut wird, viel häufiger als in der Türkei. Noch im Sommer 1866 fanden in Mazanderan und in Balfrusch Verfolgungen der Juden statt, bei denen viele von ihnen ermordet, andere gezwungen wurden, zum Islam überzutreten. Die dortigen Juden wandten sich über Konstantinopel um Hülfe nach Frankreich. Ob die aus Europa eingeführten Reformen zum Leben oder zum Tode führen werden, d. h. ob das Bestehende eine gänzliche Auflösung oder nur eine Umgestaltung erfahren wird, ist bei Persien fast eben so

ungewiß wie bei dem türkischen Reich, obgleich bei der größeren Entlegenheit des ersteren von den den alten Orient zersetzenden Einflüssen die entscheidende Katastrophe wahrscheinlich länger auf sich warten lassen wird.

Ostindien diesseit und jenseit des Ganges.

Die Besiegung des im indo-britischen Reiche im Jahre 1857 ausgebrochenen Aufstandes (s. B. XVIII. S. 591—595) hatte dem englischen Volk außerordentliche Anstrengungen gekostet, und auf dem Schauplatz jener Thaten und Leiden tiefe Spuren zurückgelassen. Die Aufhebung des Privilegiums der ostindischen Compagnie war in der öffentlichen Meinung auf keinen Widerspruch gestoßen, da die Mißbräuche, welche in die anfänglich kräftige Verwaltung dieser Handelsgesellschaft nach und nach eingedrungen waren, die nächste Veranlassung zu dem großen Aufruhr gegeben hatten, was nicht länger geläugnet werden konnte. Nach einer solchen Erfahrung schien es nothwendig, daß die Krone diesen Theil des britischen Reiches unter ihre unmittelbare Leitung nahm. Das englische Ostindien sollte von da an von einem Ministerstaatssecretär und einer aus achtzehn Mitgliedern bestehenden Rathskammer, die auf sechs Jahre aus gewissen Kategorien von Beamten, Officieren und indischen Fondsbesitzern ernannt wurden, verwaltet werden. Der bisherige Generalgouverneur, Lord Canning, blieb an der Spitze der ostindischen Regierung, aber mit dem Charakter als Vicekönig. In Folge des Aufhörens der ostindischen Compagnie wurde auch das bisher in ihrem Dienst gestandene Heer aufgelöst und die Vertheidigung des Landes allein den königlichen Truppen anvertraut, eine Maßregel, die viele Gegner fand. Die Armee der ostindischen Compagnie hatte, da die Officiersstellen in ihr nicht gekauft, sondern unentgeldlich verliehen wurden, befähigten jungen Leuten aus den mittleren Klassen eine militärische Laufbahn möglich gemacht, und dadurch mancher tüchtigen Kraft Gelegenheit zu ihrer Entwickelung gegeben. Dies fiel nach der neuen Einrichtung fort. Die Effektivstärke der englischen Armee in Indien wurde auf 73,577 Mann, die der aus Eingeborenen bestehenden Truppen auf 111,120 Mann festgesetzt Die Ausgaben hatten schon vor dem Ausbruch des Aufstandes die Einnahmen überstiegen, und der Krieg 23,500,000 Pf. St. verschlungen. Um den zerrütteten Finanzen Indiens aufzuhelfen, wurde vom Vicekönig ein neuer Zolltarif eingeführt, welcher die Eingangszölle für manche Gegenstände verdoppelte, verdreifachte und selbst vervierfachte, und der Ministerstaatssecretär für Indien wurde vom Parlament ermächtigt, Geld in Großbritannien für die indische

Regierung im Betrage von 7 Mill. Pf. St. aufzunehmen. Auf die Anlegung von Eisenbahnen und die trigonometrische Vermessung Indiens wurden jährlich große Summen verwendet. Im Opiumhandel mit China war, da die Chinesen in der letzten Zeit angefangen hatten den Anbau des Opiums bei sich zu betreiben, ein großer Ausfall eingetreten, der durch eine Steuer auf Tabak und Betelnüsse, welche letztere von der einheimischen Bevölkerung in ungeheurer Menge verbraucht werden, gedeckt werden mußte. Lord Canning, der sich während des großen Aufstandes durch eine seltene Vereinigung von Kraft und Mäßigung in seinem Verhalten ausgezeichnet hatte, war genöthigt, Indien aus Gesundheitsrücksichten zu verlassen (März 1862). Aus Dankbarkeit wurde ihm bei seinem Scheiden eine Bronzestatue votirt, die vor dem Regierungsgebäude in Calcutta aufgestellt werden sollte. Auf der Weltausstellung in London (1862) war Indien mit seinen Natur- und Kunsterzeugnissen reich vertreten. Canning's Nachfolger, Lord Elgin, starb bereits am 28. November 1863, in dem in Kaschmir liegenden Dorf Dhurumsala, wohin er sich seiner Gesundheit wegen begeben hatte; sein Verlust wurde besonders in einem Augenblick gefühlt, wo der Krieg an der Nordwestgrenze des Pendschab eine bedenkliche Ausdehnung anzunehmen drohte. Sein Nachfolger, Sir John Lawrence, der, ohne Familienverbindungen und Vermögen, blos durch sein Verdienst emporgekommen war, und dafür galt, unter allen Briten Indien am genauesten zu kennen, kam im Januar 1864 in Calcutta an, und entwickelte bald eine große Thätigkeit. Im Herbst desselben Jahres befand sich der neue Vicekönig in Lahora, wo sechshundert einheimische Fürsten, unter ihnen der Maharadschah von Kaschmir, der britischen Regierung, in der Person ihres Vertreters, ihre Huldigung darbrachten. Im Sommer 1864 wurden die Engländer in Streitigkeiten mit den Bhutanesen, einem südlich von Tibet am Abhange des Himalaya wohnenden Volke, verwickelt, die einen britischen Abgesandten gröblich beleidigt hatten. In die indische Rathskammer wurde als einheimisches Mitglied der Radschah von Burdwar aufgenommen, und damit der erste Schritt zur Verwirklichung des in dem neuen politischen Systeme Indiens ausgesprochenen Grundsatzes gethan, die eingeborenen Großen bei der Regierung des Landes zuzuziehen und dadurch den Engländern näher zu bringen. Am 8. März wurde der Telegraph zwischen England und Ostindien eröffnet, der aber den gehegten Erwartungen, bei der Langsamkeit und Unregelmäßigkeit auf der türkischen Strecke, anfänglich nicht entsprach. Mit den Bhutanesen wurde im November 1865 Friede geschlossen. Die beiden Fürsten von Bhutan, Dhum Radschah und Deb Radschah, traten gegen eine Jahresrente eine große Landstrecke am Fuß des Himalaya, wo sich die den Eingang in Bhutan bildenden Defileen befinden, an Großbritannien ab. Bhutan besitzt eine große geographische und commercielle Wichtigkeit, die

immer mehr hervortreten wird. Dort liegen die Himalaya=Pässe, durch welche man nach Tibet gelangt, sei es westlich von Paneka aus nach den Städten Dschansa und Digartschi, oder östlich von Benkar aus auf der Straße nach Dschika, worauf man dem Stromlaufe des Mudik bis nach Lassa folgt, welche Stadt bekanntlich die Hauptstadt Tibets, das Centrum des Buddhaismus und die Residenz des Groß=Lama ist. An Tibet grenzt dann die reiche chinesische Provinz Su=tschuen, durchströmt vom Yang=tse=Kiang, dem längsten Strome China's, der bei Schanghai in das chinesische Meer ausmündet. Der freie Durchgang Bhutans, und von da aus der Zugang Tibets und des chinesischen Binnenlandes kann nicht verfehlen, dem unternehmenden britischen Handelsgeist von Bengalen her neue Wege zu öffnen. In Folge lang anhaltender Trockenheit waren die Feldfrüchte in einem großen Theil Indiens vollständig mißrathen und es trat in Bengalen, Bahar und Orissa eine Hungersnoth mit allen ihren furchtbaren Folgen ein. Die Bewässerung des Landes ist unter der englischen Herrschaft, so heilsam sich diese in anderer Beziehung erwiesen hat, im Vergleich zu dem, was sie unter den alten einheimischen Regierungen gewesen, sehr zurückgegangen. Die englischen Missionen zur Verbreitung des Christenthums haben in Ostindien, im Vergleich zu der Masse der einheimischen Bevölkerung, bisher nur mittelmäßigen Erfolg gehabt. Dagegen versprechen die von der Regierung in den großen Städten angelegten öffentlichen Schulen, wo von den Kindern der Eingeborenen englisch gelernt wird und die damit zusammenhängende Kenntniß der englischen Literatur, eine Annäherung der Engländer und Hindus, die, langsam aber unwiderstehlich, europäische Begriffe und Sitten unter letzteren verbreiten wird. — Die englischen Besitzungen auf der Halbinsel jenseit des Ganges, Britisch=Birmanien, mit fast zwei Millionen Einwohnern, unter denen sich aber 1863 kaum drei tausend Europäer befanden, die vielen Niederlassungen der Briten auf den Inseln und Küsten jener Gegenden sichern dem englischen Handel ein Uebergewicht, das von keiner anderen Seemacht bestritten werden kann, und bilden eine fortlaufende Kette von Handelsplätzen und Forts von Vorderindien bis China.

Die Regierung von Anam oder Cochinchina hatte Frankreich und Spanien schon seit Jahren durch ihre Verfolgung der Christen und namentlich der katholischen Missionäre Gelegenheit zur Unzufriedenheit gegeben, und es war deshalb schon mehrmals zu Feindseligkeiten gekommen. Als der Kaiser Tu=duc einen spanischen Priester Namens Diaz, Bischof von Tunkin, hatte hinrichten lassen, vereinigten sich Franzosen und Spanier gegen Anam, und bemächtigten sich der in jenen Gegenden wichtigen Handelsstadt Saigon und mehrerer anderer Plätze, wo sie große Beute machten (Februar 1859). Aber das Klima wirkte

auf die europäischen Truppen so mörderisch, daß dieselben ihre Vortheile nicht nur nicht verfolgen konnten, sondern die meisten der von ihnen besetzten Punkte wieder aufgeben mußten. Erst im Februar 1861 war der an die Spitze gestellte französische Viceadmiral Charner im Stande wieder die Offensive zu ergreifen. Die reiche Handelsstadt Mytho und andere Plätze fielen in seine Gewalt. Fast alle Punkte mußten von den Franzosen und Spaniern erstürmt werden, indem die Anamiten oder Cochinchinesen sich weder freiwillig zurückzogen, noch sich gefangen ergaben. Der Contreadmiral Bonard, der nach Charner's Abgang den Oberbefehl über Franzosen und Spanier übernahm, trug vom December 1861 bis Februar 1862 so bedeutende Vortheile über die Anamiten davon, daß der Kaiser Tu-duc sich endlich im Vertrag von Saigon (Juni 1862) zur Abtretung der drei Provinzen: Saigon, Bienhon und Mytho zu vollem Eigenthum an Frankreich, und zur Eröffnung von drei Häfen in der Provinz Tunkin für den europäischen Handel verstand. In den unter der Herrschaft des Kaisers Tu-duc verbleibenden Provinzen von Niedercochinchina sollte derselbe nicht mehr Truppen halten dürfen, als ihm von der französischen Regierung bewilligt werden würden; der katholischen Religion, zu der sich im anamitischen Reich, ungeachtet der häufigen Verfolgungen, über 500,000 Eingeborene bekennen, wurde ungestörte Ausübung zugesichert. Da Tu-duc mit der Ratificirung zögerte und Unruhen entstanden, so kam es von Neuem zum Kriege, in welchem die Franzosen Sieger blieben, und der Kaiser sich zur Annahme ihrer Bedingungen entschließen mußte (April 1863). Die Ratificirung der französischen Regierung war vorbehalten worden. In Frankreich erhoben sich aber so viele Stimmen gegen diese ferne Eroberung, gegen die Kosten, welche deren Behauptung verursachen müsse, und gegen die projectirte Colonisirung, welche das Clima, wie man behauptete, durchaus unmöglich mache, daß im Juli 1864 ein neuer von dem französischen Fregattencapitän Aubaret geschlossener Vertrag zu Stande kam, nach welchem der Kaiser von Anam die drei abgetretenen Provinzen gegen Entschädigung für die Kriegskosten (100 Mill. Fr.) zurückerhielt, und Frankreich sich mit dem Protectorat über die sechs Provinzen von Niedercochinchina und der Abtretung von drei Häfen begnügte. Die öffentliche Meinung hatte aber in dieser Beziehung in den maßgebenden Kreisen in Frankreich gewechselt. Man setzte dem letzten Vertrage entgegen, daß Anam nicht die Mittel zur Entrichtung einer so großen Summe besitze, daß Frankreich dadurch in Gefahr komme, bedeutende Kosten ohne hinreichende Entschädigung aufgewandt zu haben, und durch das Aufgeben eines so schwer errungenen Besitzes seinen Ruf im Orient preis geben werde. Es kam in Folge dessen zu neuen Collisionen zwischen den Franzosen und den Anamiten. Im Juli 1866 rückten 50,000 der letzteren gegen Saigon vor, wurden aber zurückgetrieben. Eine Palast-

revolution, im Orient so häufig, auf den Sturz des Kaisers von Anam gerichtet, diesmal aber vereitelt, erleichterte den Franzosen den Sieg über die Anamiten, deren Regierung auf die Wiedererlangung der verlorenen Provinzen Verzicht leistete.

Siam hat durch die von ihm in neuester Zeit beobachtete friedliche Politik die Nachtheile und Gefahren anderer ostasiatischen Staaten zu vermeiden gewußt. Der seit 1851 regierende König von Siam, Tschao-Fa-Mongkut, schloß mit England, Frankreich, Dänemark und den Vereinigten Staaten Handelsverträge ab, und durch seine Bemühungen, den Verkehr mit den Fremden zu beleben, ist die Hauptstadt des Landes, Bangkok, einer der Haupthandelsplätze des östlichen Asiens geworden. Dagegen ist Birma erst durch unglückliche Kriege zu der Einsicht gekommen, daß es in seinem Interesse liegt, jede Collision mit den europäischen Mächten, namentlich den Engländern, zu vermeiden (s. B. XVIII. S. 586. 589). Der Kaiser oder Boa der Birmanen, Mendun-Man, verhielt sich während des großen Aufstandes in Ostindien ruhig, und machte keine Anstalten, um die ihm 1826 und 1853 von den Engländern entrissenen Provinzen zurückzuerobern. Das Christenthum, welches, wenn es auf friedlichem Wege in den ostasiatischen Ländern Wurzeln schlagen kann, die Grundlage und sicherste Gewähr für deren einstige Civilisirung ist, hat sich bisher unter den Siamesen und Birmanen weniger als unter den Anamiten verbreitet, ist aber da, wo es einmal Fuß gefaßt, nicht wieder verdrängt worden, was hoffen läßt, daß es sich in diesem Boden einmal ganz einbürgern wird.

China.

Die durch die vereinigte Macht Englands und Frankreichs am 13. October 1860 vollbrachte Einnahme Pekings (B. XVIII. S. 598) war nicht nur eine glückliche und glänzende Kriegsthat, sondern vor allem ein Sieg der europäischen Gesittung über orientalische Barbarei, der, zweckmäßig benutzt, von wichtigen Folgen für die Zukunft werden konnte. Der europäische Geist herrschte schon seit Jahrhunderten in Amerika; England hatte seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts in Ostindien ein großes Reich für sich errichtet; aber China, der bevölkertste Staat der Erde, der nach der letzten von den Engländern für richtig gehaltenen Zählung über 500 Mill. Einwohner, die Vasallenstaaten eingerechnet, enthält, war, einige Punkte an der Küste ausgenommen, ein verschlossenes Land geblieben. Der ablehnende Stolz, den die chinesische Regierung in ihren Beziehungen zu den Europäern an den Tag legte, hatte lange

für den Ausdruck einer wirklichen Kraft gegolten, die nicht ohne große Anstrengungen und Gefahren zu überwinden sein würde. Der Reiz des Geheimnisses umgab die Riesenstadt Peking, die seit Marco Polo im dreizehnten Jahrhundert nur selten von europäischen Reisenden und nur unter den einschränkendsten Bedingungen betreten worden war. Die seit Peter dem Großen daselbst unterhaltene russische Mission hatte nur wenig zur Kenntniß Pekings und überhaupt China's beigetragen. Jetzt lag diese Stadt zu den Füßen des französischen Adlers und des britischen Leoparden, und war der Zaubergürtel, der sie so lange umschlossen hatte, von den europäischen Waffen für immer gelöst. Diese That war von einer Handvoll Krieger, wenn man ihre Zahl (18,000 Mann) mit der unermeßlichen Bevölkerung des chinesischen Reiches vergleicht, ausgeführt worden. Peking selbst entsprach nicht, mit den europäischen Metropolen verglichen, der außerordentlichen Erwartung, die man von ihm gehegt hatte, aber die in seiner Nähe gelegene kaiserliche Sommerresidenz Yuan-ming-yuen überraschte durch ihre Ausdehnung, die Pracht ihrer Gebäude und Gärten und die in ihr aufbewahrten Schätze selbst diejenigen, welche die glänzendsten Oertlichkeiten ähnlicher Art in Europa gesehen hatten. Die Chinesen hatten den Abschluß der bereits mit den Engländern und Franzosen angefangenen Unterhandlungen durch allerlei Ausflüchte und Kunstgriffe zu verhindern gewußt, dann ungeachtet des nachgesuchten Waffenstillstandes die Verbündeten unerwarteter Weise überfallen, eine Anzahl Officiere und Dolmetscher gefangen genommen und mehrere davon unter Martern umgebracht. Dafür wurde die kaiserliche Sommerresidenz erst den Soldaten zur Plünderung übergeben, die daselbst eine alle Erwartungen übertreffende Beute der kostbarsten Art machten, und dann in Brand gesteckt. Baron Gros, der französische Bevollmächtigte, war dieser Handlung der Rache entgegen gewesen, auf der aber sein College, Lord Elgin, in richtiger Kenntniß des orientalischen und namentlich des chinesischen Charakters, bestanden hatte. Die chinesische Regierung suchte die Friedensunterhandlungen bis zum Eintritt des Winters, der nicht mehr fern war und im Norden China's oft sehr rauh ist, in die Länge zu ziehen, um unterdessen Verstärkungen herbeikommen zu lassen, den Verbündeten die Zufuhr abzuschneiden, und sie mit Vortheil anzugreifen oder zu einem während der kalten Jahreszeit gefährlichen Rückzug zu nöthigen. Dieser Plan mußte um jeden Preis vereitelt werden, und er konnte es nur durch die Zerstörung der kaiserlichen Sommerresidenz, wodurch den Chinesen gezeigt werden sollte, was sie bei Erneuerung der Feindseligkeiten für ihre Hauptstadt zu besorgen hätten. Sie mußten durch die Furcht vor noch größeren Uebelständen, als sie schon erfahren, zu schneller Nachgiebigkeit gezwungen werden, da sich sonst von ihrer List und Treulosigkeit das Schlimmste erwarten ließ. Der Rückmarsch der Verbündeten konnte wegen des herannahenden Winters

nicht mehr lange aufgeschoben werden, und ihn ohne vorangegangene Erlangung eines festen Friedens anzutreten, war moralisch unmöglich, da die Chinesen in diesem Fall noch viel schwieriger geworden sein würden, und die Expedition der Engländer und Franzosen in den Augen der ganzen Welt das Ansehen einer Niederlage gehabt hätte. Außerdem war die Plünderung und Einäscherung der kaiserlichen Sommerresidenz, die übrigens kein Menschenleben gekostet hatte, eine nach dem Kriegsbrauch erlaubte Wiedervergeltung für die verrätherische Ermordung einer Anzahl Europäer. Regierung und Volk in Peking erschraken über den Brand von Yuan-ming-yuen wegen des geheiligten Charakters, der allem, was dem Kaiser angehört, beigelegt wird. Nach ihrer Meinung waren die europäischen „Barbaren" jetzt zu den äußersten Gewaltthaten fähig, und man mußte danach trachten, sich ohne weitere Umschweife mit ihnen auszusöhnen. Die Friedensunterhandlungen wurden deshalb von den Chinesen wieder aufgenommen, und führten diesmal zum Ziel. Am 24. October 1860 wurde der englisch-chinesische, am folgenden Tage der französisch-chinesische Vertrag von Lord Elgin, Baron Gros und dem Prinzen Kong, einem Mitglied der kaiserlichen Familie, unterzeichnet. Die im Juni 1858 in Tientsin zwischen den kriegführenden Mächten eingegangenen Stipulationen wurden dem gegenwärtigen Tractat zu Grunde gelegt, und die von dem französischen und englischen Bevollmächtigten geforderten Zusätze ohne Widerrede angenommen. Diese bestanden in der Verdoppelung der früheren Entschädigungssumme (60 Mill. Fr. für England, 30 Mill. Fr. für Frankreich), als Ersatz für die Kriegskosten und die erlittenen Handelsverluste. Die europäischen Waaren sollten in Tientsin unter denselben Bedingungen wie in den durch den Frieden von Nanking (1842) eröffneten fünf Häfen zugelassen werden (B. XVIII. S. 597). Die kleine, Hongkong gegenüberliegende Halbinsel Kulun wurde von China an England abgetreten. Die Chinesen mußten an diejenigen, welche sie am 28. September überfallen und gemißhandelt hatten, 300,000 Silbertaels (100,000 Pf. St.) bezahlen, wovon auch die Erben der bei dieser Gelegenheit gemordeten Europäer einen Antheil bekamen. Die Leichen dieser Opfer der chinesischen Treulosigkeit wurden, so viel man deren hatte auffinden können, mit großer Feierlichkeit zur Erde bestattet. In der katholischen Kathedrale in Peking fand seit zwanzig Jahren wieder das erste Hochamt statt (29. October 1860). Diese öffentliche Begehung des christlichen Gottesdienstes war nicht nur ein Triumph für den Katholicismus, sondern überhaupt für die europäische Civilisation. Die Freiheit des christlichen Gottesdienstes war im letzten Friedensschluß ausdrücklich ausbedungen worden. Die Kathedrale, 1657 errichtet, in welcher Zeit die Jesuiten am chinesischen Hofe in Ansehen standen, war allmälig ganz in Verfall gerathen. Ein großes metallenes Kreuz, das über dem Haupteingange glänzte, hatte sich am längsten

unter den äußeren Verzierungen erhalten, und war erst 1853 auf Befehl des Prinzen Sankaolin, der an der Spitze der altchinesischen, d. h. antieuropäischen Partei stand, abgenommen worden. Die Kirche wurde schnell restaurirt und das Kreuz wieder aufgestellt. Hoffentlich wird es nie mehr verschwinden, und der christliche Glaube in seinem Schatten nach und nach in China Wurzeln schlagen! Denn das Christenthum ist, in welcher Form es auch auftreten mag, unter den heidnischen Völkern der einzige Weg, der zu einer höheren Gesittung führt, die ohne dasselbe immer hin und her schwanken und ihr Ziel nicht erreichen würde. — Das Volk in Peking, von dem der größte Theil vorher nie einen Europäer zu Gesicht bekommen hatte, zeigte bei dem Anblick der französischen und englischen Soldaten mehr Neugierde als Scheu, und nicht die geringste Neigung zum Widerstande, der den fremden Truppen, ungeachtet ihrer ausgezeichneten militärischen Organisation, bei der ungeheuren numerischen Ueberlegenheit des einheimischen Elements immerhin hätte gefährlich werden können. Die Europäer hatten bisher ganz China nach den unteren Klassen in Canton beurtheilt, die, ein unruhiges, verwegenes, aus allen Theilen des Reiches zusammengelaufenes Gesindel, das zum Theil von Schleichhandel und Seeraub lebte, von den Mandarinen zum Haß gegen die Fremden künstlich aufgestachelt wurden. Im Innern des Reiches und im Norden herrschten friedliche Gesinnungen vor, und die große Mehrheit der Bevölkerung legte, sich selbst überlassen, in der Regel keinen Haß gegen die Europäer an den Tag. — Am 2. November kam die Bestätigung des Vertrages seitens des Kaisers aus Jeho in der Mandschurei an, wohin derselbe vor dem Anrücken der Verbündeten geflohen war, und am 7. November wurde Peking von den Engländern und Franzosen geräumt. Tientsin sollte, bis zur Erfüllung der von der chinesischen Regierung übernommenen Verpflichtungen von englisch-französischen Truppen besetzt bleiben. Lord Elgin und Baron Gros übergaben die Geschäfte an ihre Nachfolger, Bruce und Bourboulon, und kehrten über Schanghai nach Europa zurück.

Es war ohne Zweifel eine ruhmvolle That, das große und ferne Peking besetzt und die chinesische Regieruug zu Schadenersatz und Zugeständnissen gezwungen zu haben, aber damit war für die Zukunft noch immer keine endgültige Beseitigung der zwischen Europa und China vorhandenen Schwierigkeiten gegeben. Es kam jetzt darauf an, wie der letzte Friedensschluß, der durch die Einnahme Pekings und die Zerstörung der kaiserlichen Sommerresidenz herbeigeführt und beschleunigt worden war, gehalten werden würde. So lange die Chinesen unter dem Einfluß der ihnen beigebrachten Niederlagen standen, war kein Vertragsbruch von ihnen zu besorgen, und schon am 6. December (1860) fand die erste Ratenzahlung an die Alliirten statt. Aber der Kaiser war noch immer

in der Mandschurei abwesend, und seine und seiner Umgebungen allem Europäischen entgegengesetzte Gesinnung konnte nicht zweifelhaft sein. Auch war er und sein Hof nicht Zeuge der letzten Vorgänge und der Ueberlegenheit der europäischen Waffen gewesen. Es war deshalb nicht unmöglich, daß er sich in dieser Beziehung Illusionen hingeben konnte, und versuchen würde, bei vorkommender Gelegenheit den Druck der Fremden von sich abzuschütteln. Wiewohl die Chinesen, im Ganzen genommen, eines der friedliebendsten Völker der Erde sind, so konnte das Beispiel des Kaisers, bei der unbegrenzten Unterwürfigkeit unter seinen Willen, auf sie von Einfluß sein, und die frühere Unterschätzung der Fremden, ungeachtet der gemachten Erfahrungen, sich ihrer von Neuem bemächtigen. Auch sind die Chinesen, obgleich in ihren Sitten und Gewohnheiten unbeweglich, in ihren Gesinnungen wandelbar, und, wie alle Orientalen, zu List und Treulosigkeit geneigt. China war im Innern noch keinesweges beruhigt, der Aufstand der Taipings (B. XVIII. S. 597—598) noch nicht besiegt, und man konnte nicht wissen, ob die Gährung im chinesischen Volk nicht die Oberhand gewinnen und die Massen, wenigstens in einem Theil des Landes, zu einem Angriff auf die Europäer fortreißen würde. Die Lage der Dinge konnte demnach, ungeachtet des Friedensschlusses, dem englischen und französischen Bevollmächtigten bedenklich erscheinen, zumal neue Collisionen mit China, wegen der damit verbundenen Kosten, in London und Paris äußerst unwillkommen gewesen wären. Unter solchen Umständen war es ein Glück, daß der Bruder des Kaisers, Prinz Kong, der sich in Peking befand, und die letzten Unterhandlungen geleitet hatte, die Schwäche Chinas, die Ueberlegenheit Europa's begriff, und auf Erhaltung der freundschaftlichen Verhältnisse zwischen der chinesischen Regierung und England und Frankreich bedacht war. Der englische und französische Bevollmächtigte, Bruce und Bourboulon, hatten ihren einstweiligen Aufenthalt, bis sie sich in Peking niederlassen konnten, in Tientsin genommen, von wo sie freundliche Beziehungen mit dem Prinzen Kong unterhielten. Der russische Gesandte, General Ignatief, befand sich schon in Peking, wo er mit Erfolg für die russischen Handelsinteressen und für Länderzuwachs im Stromgebiet des Amur wirkte. Seine Plane wurden ebenfalls durch die geneigte Gesinnung des Prinzen Kong begünstigt. Es blieb indessen immer fraglich, ob der in Jeho weilende Kaiser nach seiner Rückkehr in die Hauptstadt die von seinem Bruder gemachten Concessionen bestätigen, und ob nicht die Kriegspartei, die am Hofe zahlreich und mächtig war, ihre Absichten durchsetzen werde.

Der englische Gesandte Bruce hielt es jetzt für angemessen, die Häfen untersuchen zu lassen, die in Folge des letzten Tractats dem europäischen Handel geöffnet waren. In Folge dessen begab sich der Admiral Sir James Hope mit einem Geschwader von Kriegsdampfern

vor Nanking (Ende Februar 1861), wo die Insurrection der Taipings ihren Hauptsitz aufgeschlagen hatte. Der Admiral schickte einige Officiere an's Land, um dem Anführer der Rebellen zu bedeuten, daß diese sich jeder Belästigung der europäischen Handelsschiffe, welche den Yang-tse-kiang befahren würden, zu enthalten hätten. Die englischen Officiere fanden das früher so blühende und reiche Nanking im traurigsten Zustande. Ganze Straßen waren von den Taipings niedergerissen und die Häuser geplündert worden, der Handel hatte vollkommen aufgehört. Die Engländer überzeugten sich, daß von so wilden, zerstörungssüchtigen Barbaren, wie die Taipings, und ihrem fanatischen und stupiden Oberhaupt, der den Titel „himmlischer Fürst" angenommen hatte und sich einen göttlichen Ursprung beilegte, für Wiederherstellung der Ordnung und Erneuerung des Verkehrs nichts zu hoffen sei. Früher, im Anfange des Aufstandes, hatten manche in China ansässige Europäer, Angesichts der Schwäche des chinesischen Reiches, von den Taipings eine Restauration desselben erwartet. Von diesem Irrthum war man jetzt vollständig zurückgekommen. Einer der ersten Würdenträger des „himmlischen Fürsten", der Generalintendant des Douanenwesens der Taipings, Liang-tung-schao, lud den Admiral in einem Schreiben, das von verworrenen Anspielungen auf die christliche Religion und die Verbrüderung aller Menschen erfüllt war, zu einer Zusammenkunft ein, die aber nicht angenommen wurde. Sir James Hope fuhr den Fluß hinauf, besuchte mehrere an demselben liegende Handelsstädte, unter anderen Kinkiang, wo er, in Uebereinstimmung mit dem letzten Friedenstractat, einen englischen Consul einsetzte, und überzeugte sich, daß diese ganze Gegend dem europäischen Handel große Vortheile gewähren könnte, sobald die inneren Unruhen durch Besiegung der Taipings beendigt sein würden. Ende März (1861) kehrte der Admiral nach Schanghai zurück. Um dieselbe Zeit trafen der englische und französische Bevollmächtigte, Bruce und Bourboulon, von den Mitgliedern ihrer Legationen und einer chinesischen Ehrenwache begleitet, aus Tientsin in Peking ein, wo sie Prinz Kong erwartete. Dieser hatte vom Kaiser die Errichtuug eines besonderen Ministeriums, das nur mit den China und Europa betreffenden Handelsangelegenheiten zu thun haben sollte, erlangt. Es war dies von Seite der chinesischen Regierung ein wichtiges Zugeständniß, das auch von den Europäern als ein solches angesehen wurde. Denn bis dahin waren die Beziehungen mit Europa von derselben Behörde, wie die mit den tributpflichtigen Vasallenstaaten, geleitet worden. Die innere Organisation des neuen Ministeriums, sein Geschäftskreis, die Natur und die Grenzen seiner Befugnisse waren mit der Sorgfalt angeordnet, die alle Handlungen der chinesischen Regierung bezeichnet. Wäre die Vollendung eines gewissen äußeren Formenwesens ein Beweis von der Trefflichkeit staatlicher Einrichtungen, so müßte China eines der am besten regierten Länder der Erde sein, was

aber keineswegs der Fall ist. Der Genauigkeit, mit welcher der äußere Gang der Verwaltung geregelt ist, entspricht nicht der Geist, in dem sie geführt wird. Willkühr, Ungerechtigkeit, Bestechung und Unterschleife sind an der Tagesordnung. Der daselbst eingeführte Staatsmechanismus drückt auf den Einzelnen, verringert den Charakter und lähmt das Talent, ist aber geeignet, das Ganze nothdürftig zusammenzuhalten und sein Sinken zu verzögern.

Von dem Prinzen Kong und der den Fremden geneigten Partei, an deren Spitze derselbe stand, wurden der englische und französische Gesandte nach ihrem Eintreffen in Peking mit einer ihre eigenen Erwartungen übertreffenden Freundlichkeit aufgenommen. Kong erklärte die Absicht seiner Regierung, in Peking Schulen zur Erlernung der europäischen Sprachen anzulegen; Bourboulon erhielt alles, was er zu Gunsten des katholischen Cultus verlangte, und Bruce wurde das Versprechen gegeben, den Handelsverkehr mit Europa, soviel sich thun ließ, zu erleichtern. Das Volk in Peking zeigte keine Abneigung gegen die den französischen und englischen Gesandten begleitenden Europäer, aber um jeder Collision vorzubeugen, durften sie das Weichbild der Hauptstadt bei ihren Excursionen nicht überschreiten, und die englischen und französischen Officiere der Besatzung von Tientsin erhielten nur selten Urlaub nach Peking, und mußten, wenn sie sich daselbst zeigten, ein strenges Incognito beobachten. Diese Vorsichtsmaßregeln waren zum Theil aus Rücksicht auf die erwartete Rückkehr des Kaisers Hienfung genommen worden, damit derselbe keinen Grund zur Unzufriedenheit und zu Beschwerden bei seiner Ankunft in Peking vorfände. Der Kaiser sollte aber seine Hauptstadt nicht wiedersehen. Er starb in Jeho am 22. August 1861 in noch jugendlichem Alter an der Auszehrung. China hatte schon unter der Regierung seines Vaters Taokuang zu sinken angefangen, ohne daß dies vom Ausland bemerkt worden wäre. Hienfung hatte in seiner Jugend so gute Anlagen gezeigt, daß er von seinem Vater, obgleich dessen vierter Sohn, zum Nachfolger bestimmt wurde. Er entsprach aber nach seiner Thronbesteigung nicht den Hoffnungen, die man von ihm gehegt hatte, war sorglos, träge, fiel unter die Leitung unwürdiger Günstlinge und wurde ein Spielball der Intriguen seiner Umgebungen. Seine Regierung konnte für die unglücklichste seit Jahrhunderten gelten. Die Insurrection der Taipings war von Verheerungen begleitet, wie sie China noch nie erlebt hatte, und die Hauptstadt von „fremden Barbaren" besetzt, welche die Chinesen früher so weit unter sich gestellt und je nach den Umständen mit Haß oder Mitleid betrachtet hatten, die sie aber jetzt fürchten mußten. Nach der Einnahme von Peking hatte, wenn auch nicht das Dasein des chinesischen Reichs, aber die Fortdauer der Dynastie, von dem Willen der Engländer und Franzosen abgehangen, die aber in ihrem eigenen Interesse, selbst

die mittelmäßigste Regierung in China, die auf Recht und Herkommen beruhte, der wilden Herrschaft der Taipings vorzogen, von denen kein Eingehen auf ein regelmäßiges und friedliches Verhältniß zu hoffen war. Hienfung hatte seinen ältesten Sohn Tsaisun zu seinem Nachfolger ernannt. Da der neue Kaiser, der als solcher den Namen Kitsiang annahm, noch minderjährig war, so hatte sein Vater einen aus acht Mitgliedern bestehenden Regentschaftsrath eingesetzt, von dem aber Prinz Kong auf Betrieb der den Europäern feindlichen Partei ausgeschlossen worden. Kaum war der junge Kaiser in seiner Hauptstadt angekommen, als sich Neigung zu aufrührerischen Bewegungen, Haß gegen die Fremden, Wiederherstellung der kaum abgestellten Mißbräuche zu zeigen anfingen. Prinz Kong, der seine Stellung und die Lage des Reiches gefährdet sah, griff rasch zu einem äußersten Mittel: mit Hülfe der Mutter des jungen Kaisers stürzte er den bisherigen Regentschaftsrath, setzte einen neuen aus ihm ergebenen Personen ein, und ließ drei Mitglieder des kaiserlichen Hauses, die ihm am meisten entgegengearbeitet hatten, zum Tode verurtheilen. Von diesen wurde Prinz Setschenu öffentlich enthauptet, die beiden anderen mußten sich im Gefängniß selbst den Tod geben. Außer der Erhaltung eines guten Einverständnisses mit den fremden Mächten, das unter dem früheren Regentschaftsrath ernstlich gefährdet gewesen, machte sich Prinz Kong die Unterdrückung des Aufstandes der Taipings zur Aufgabe, und suchte die Hülfe der Europäer, die ein nahes Interesse bei der Wiederherstellung der inneren Ruhe hatten, zu diesem Zweck nach.

Bisher hatten sich die Engländer und Franzosen bei dem Kampfe zwischen der kaiserlichen Regierung und den Taipings neutral verhalten, und die Niederlassungen der Europäer waren von den Aufständischen verschont worden. Aber mit ihren Erfolgen gegen die kaiserlichen Truppen nahm die Kühnheit und Raublust der Taipings zu. Nachdem sie sich Ningpos bemächtigt hatten, einer der durch den Frieden von Nanking (1842) dem europäischen Handel geöffneten Hafenstädte, schickten sie sich zu einem Angriff auf Schanghai an, wo sich jetzt der Mittelpunkt des europäischen Handels mit China, wie früher in Canton, befand. Der englische und französische Admiral und die Consuln beider Nationen waren fest entschlossen, diese Stadt um keinen Preis in die Gewalt der Taipings fallen zu lassen. Letztere ließen sich aber durch eine in diesem Sinn abgefaßte Erklärung von ihrem Vorhaben nicht abbringen, sondern näherten sich Schanghai, besetzten und verwüsteten die Umgegend, und machten Miene, die Stadt selbst anzugreifen. Die Taipings wurden aber, ungeachtet ihres ungeheuren numerischen Uebergewichts, von einer kleinen Macht Europäer während der Monate April und Mai 1862 in vielen Gefechten geschlagen und ihnen Ningpo wieder abgenommen. Aber auch die Verbündeten erlitten Verluste, die um so empfindlicher

waren, da sie dieselben nicht leicht ersetzen konnten. Bei dem Sturm auf Nekiao fiel der französische Admiral Protet (17. Mai 1862), denn in China verrichteten die französischen und englischen Marinesoldaten und Matrosen nöthigenfalls auch den Dienst von Landtruppen. Die Franzosen und Engländer wurden außerdem von dem ungesunden Klima der Provinz, in der Schanghai liegt, hart mitgenommen. Die geringe Anzahl der europäischen Truppen in diesen Gegenden bewog die chinesische Regierung zu dem Wunsch, chinesische Soldaten und Rekruten von französischen und englischen Officieren einüben zu lassen. Der englische und französische Bevollmächtigte hatten solche Anträge, aus Besorgniß, ihre Regierungen zu tief in die chinesischen Händel zu verwickeln, bisher immer abgelehnt. Jetzt, wo der Kampf mit den Taipings zum offenen Ausbruch gekommen, fiel dieser Grund fort, und eine Anzahl französischer und englischer Militärs erhielt die Erlaubniß in chinesischen Dienst zu treten. Auch ein Nordamerikaner Namens Ward zeichnete sich in demselben aus. Mit Hülfe der europäischen Taktik und Disciplin wurden die Aufständischen endlich aus den Küstengegenden, wo ihre Anwesenheit dem Handel besonders verderblich war, verdrängt, und in das Innere des Landes zurückgeworfen. Mehrere unter den fremden Officieren, welche an die Spitze der chinesischen Truppen gestellt waren, bezahlten das tapfere Beispiel, das sie denselben gaben, mit dem Leben.

Ungeachtet der Dienste, welche die Engländer und Franzosen der chinesischen Regierung erwiesen, konnten die Mandarinen sich nicht an die in manchen Fällen untergeordnete Stellung gewöhnen, in die sie sich durch die Annahme der fremden Hülfe versetzt sahen. Stolz und Mißtrauen auf ihrer, das Gefühl der Ueberlegenheit und Mangel an Geduld auf europäischer Seite, brachten manche ärgerliche und selbst verderbliche Reibungen hervor. Es kam so weit, daß ein englischer Officier in chinesischem Dienst, Oberst Burgewine, der sich, um seine Truppen zu bezahlen, einer kaiserlichen Kasse bemächtigt hatte, und von dem Vicekönig der Provinz, wo dies geschah, seines Commandos entsetzt wurde, zu den Rebellen überging. Der englische Marinecapitän Sherard Osborne war von der chinesischen Regierung nach England geschickt worden, um daselbst Kriegsdampfer mit der nöthigen Bemannung anzuschaffen, um dieselben unter seiner Leitung im Kriege gegen die Taipings zu verwenden. Als er nach China zurückkam, wollte man ihn unter den Oberbefehl eines chinesischen Admirals stellen, worauf Sherard Osborne nicht einging, und die Expedition vereitelt wurde. Prinz Kong zeigte sich im Ganzen den Europäern günstig, mußte aber doch zuweilen den Vorurtheilen seiner Landsleute nachgeben, wenn er nicht seine Stellung gefährden, und der Sache, der er sich gewidmet hatte, schaden wollte. Was den englischen und französischen Bevollmächtigten und die Consuln betraf, so mußten sie nach allen Seiten hin vorsichtig auftreten und den

Eifer ihrer eigenen militärischen Befehlshaber zu zügeln suchen, indem die öffentliche Meinung in England und Frankreich sich gegen eine thätige Einmischung in die inneren Angelegenheiten China's, aus Besorgniß, daß darüber der Hauptzweck, die Beförderung des Handels, leiden werde, und weil die Chinesen, durch die fremden Officiere mit europäischer Taktik und Disciplin vertraut gemacht, diese Vortheile einst gegen ihre Lehrmeister richten könnten, entschieden ausgesprochen hatte. Dieser Schwierigkeiten ungeachtet verlor der englisch-französische Einfluß nicht mehr den festen Fuß, den er in Folge der Einnahme der Hauptstadt und des letzten Friedenstractats gefaßt hatte. Die Erfindungen Europa's begannen in dem einsichtsvolleren Theil des chinesischen Volkes Aufmerksamkeit zu erregen. Man sprach bereits davon, Peking und Tientsin, Schanghai und Su-tschan-fu durch Eisenbahnen mit einander zu verbinden. Die Chinesen im Innern des Landes sahen anfänglich mit Mißtrauen, dann mit Bewunderung die mächtigen Dampfschiffe die Flüsse herauffahren und an den Stapelplätzen die europäischen Waaren ausladen. Die Liebe zum Gewinn führte bald eine Annäherung herbei, die beiden Theilen nützlich wurde. Obgleich die Verwüstungen und Unkosten des inneren Krieges den Aufschwung des Handels lähmten, so nahm derselbe dennoch auf einigen der großen Wasserstraßen rasch zu. Die chinesische Regierung gewahrte, daß sie selbst dabei ihre Rechnung fand, indem in Ermangelung der durch die Rebellion der Taipings im Innern verminderten Steuererträgnisse, die kaiserlichen Zölle in den dem europäischen Verkehr eröffneten Häfen dem Staatsschatz bedeutende Einnahmen verschafften. Im Jahr 1863 hatte in diesen elf Häfen der Waaren- und Productenumsatz 2500 Millionen Fr. betragen, wovon 1 Milliarde 276 Mill. auf die Einfuhr, 1 Milliarde 253 Mill. auf die Ausfuhr kamen. Großbritannien und die Vereinigten Staaten hatten den größten Antheil an diesem Verkehr. Um den auswärtigen Handel zu heben, waren, außer den Verträgen mit England, Frankreich, Rußland und Nordamerika, in den Jahren 1861 bis 1863 solche mit Preußen, Belgien, Spanien, Portugal und Dänemark abgeschlossen und eine ständige preußische Gesandtschaft in Peking zugelassen (Juni 1864).

Der Krieg gegen die Taipings war unterdessen mit Hülfe der Fremden kräftig und erfolgreich fortgeführt worden. Das französisch-chinesische Corps unter dem Obrist d'Aiguebelle, und das englisch-chinesische Corps unter Major Gordon, hatten dabei große Dienste geleistet und einen bedeutenden Platz nach dem anderen genommen. Am 19. Juli (1864) erstürmten die kaiserlichen Truppen Nanking, den Hauptsitz der Rebellion. Tien-wang, der oberste Anführer der Taipings, der sich „Kaiser und himmlischer Fürst" nannte, stürzte sich nach altorientalischem Brauch mit seinen Weibern in die Flammen. Bald nachher fiel Hu-tscheu (28. August), das letzte Bollwerk der Taipings in dieser Gegend. Die

Rebellion erlosch nicht gänzlich, wie dies denn in China fast nie der Fall ist, aber der große Aufstand, der die Mandschu-Dynastie in Gefahr gesetzt, das Reich Jahre lang verwüstet hatte und zuletzt auch den Fremden gefährlich geworden, war beseitigt. Von der chinesischen Regierung selbst, von ihrem Eingehen auf die ihr von den fremden Mächten angerathenen inneren Reformen, von ihrem Anschluß an die europäische Civilisation, die ihr jetzt aus der näheren Berührung bekannt geworden, wird es abhängen, die Erneuerung ähnlicher Bewegungen zu verhindern. Im Jahr 1866 fand sich die chinesische Regierung bewogen, wegen näherer Anknüpfung mit Europa, eine Gesandtschaft nach Paris und London zu schicken. An der Spitze dieser Mission stand der Mandarin Pinn-ta-Jen, ein aufgeklärter Mann, der die Absicht hatte, in die chinesische Administration Verbesserungen nach europäischem Muster einzuführen. Ueber die Verhältnisse der sogenannten Kuli, freiwillige chinesische Auswanderer, die man aber im Auslande, wo sie ihre Dienste vermietheten, namentlich in Cuba und Brasilien, nicht selten als Sklaven behandelte, wurden zwischen China auf der einen und England und Frankreich auf der anderen Seite, Bestimmungen zum Schutz dieser Auswanderer getroffen. Ein großes Uebel ist die an den chinesischen Küsten überhandnehmende Seeräuberei, zu deren Unterdrückung eine eigene Flotte projektirt wurde.

Obgleich für den Augenblick ohne hervorragende politische Bedeutung, aber als ein Beleg für die in einem Theil Ostasiens herrschende Barbarei, und die Nothwendigkeit des Einschreitens Europa's, wenn die dortigen Zustände einer höheren Stufe entgegengeführt werden sollen, wichtig, und wahrscheinlich von Einfluß auf die Zukunft, waren die Ereignisse, welche sich im März 1866 auf der Halbinsel Korea, einem chinesischen Vasallenstaate, zutrugen. Es wurden daselbst zwei französische Bischöfe, sieben Priester dieser Nation, und einige vierzig einheimische Christen, ihrer Religion wegen enthauptet. Da Frankreich schon seit langer Zeit die meisten katholischen Missionäre für Heidenbekehrung liefert, und jetzt bemüht ist, seine Macht im östlichen Asien fühlbar zu machen, so konnte es einen solchen gegen Mitglieder seines Klerus begangenen Frevel nicht ungeahndet lassen. Der Contreadmiral Roze hatte demnach Befehl erhalten, mit einem Geschwader den nach der Hauptstadt von Korea führenden Fluß zu blokiren, einen Toleranzvertrag zu erzwingen, und die Zahlung einer Kriegsentschädigung und Schadenersatz für die Familien der als Opfer Gefallenen zu verlangen. Da die Bevollmächtigten des Königs von Korea diese Forderungen nicht annehmen wollten, so erstürmten die Franzosen die befestigte Stadt Kang-hoa, wo sie eine beträchtliche Kriegs- und andere Beute machten. Bei der geringen Kunde von diesem Lande können einige von den Missionären über dasselbe in neuester Zeit gemachte Mittheilungen von Interesse sein. Der dermalige König ist ein Knabe, der von der Wittwe des

verstorbenen Herrschers an Kindesstatt angenommen wurde. Der Vater des jungen Königs führte als Prinz-Regent die Regierung. Die Sitten und Gebräuche der Koreaner haben mehr Aehnlichkeit mit denen der Japanesen, als mit denen der Chinesen, obgleich sie beiden Völkern an Cultur weit nachstehen. Eine Art von Feudalsystem herrscht in Korea wie in Japan, aber die niederen Klassen stehen in ersterem Lande unter einem weit härteren Druck als in letzterem. Das Klima ist mild und gleichmäßig und doch ist die Lebensweise der Eingebornen höchst ärmlich. Korea könnte Seide, Gold und Silber ausführen. Viele Flüsse sind Gold führend, und es geht die Sage von einer im Innern der Halbinsel liegenden Stadt, welche auf einer Mine von massivem Silber erbaut sein soll. Gleichwohl gestattet die Regierung den Eingebornen nicht, sich dem Bergbau zuzuwenden, indem sie fürchtet, dadurch die Europäer in das Land zu ziehen. Die Koreaner machten sich im August 1866 neuer Gewaltsamkeiten schuldig, indem sie die Mannschaft eines an ihrer Küste gestrandeten nordamerikanischen Schiffes ermordeten und sich der Ladung bemächtigten, wurden aber später durch Drohungen zu Schadenersatz und Friedensversprechungen genöthigt. Korea wird wohl noch lange außerhalb des Bereichs der europäischen Civilisation bleiben.

Japan.

Dieses Inselreich war gegen das Ausland noch dauernder und durchgängiger als China abgeschlossen geblieben. Seitdem das Christenthum unter den Japanesen im siebzehnten Jahrhundert in Strömen von Blut erstickt und der Verkehr mit den Fremden unbedingt verboten worden, hatten nur die Holländer eine Ausnahme von dieser Regel, obwohl unter äußerst einschränkenden und selbst erniedrigenden Bedingungen zu erlangen gewußt. Auf der kleinen, mit der Stadt Nangasaki durch eine Brücke verbundenen Insel Desima besaßen dieselben eine Faktorei, wo sie allein mit Japan Handel treiben durften, während sie das Land sonst nirgends betreten konnten. Der Grund dieser absoluten Absonderung war bei den Japanesen weniger ein barbarischer Instinkt als vielmehr der Glaube, daß die Unabhängigkeit ihres Reiches davon abhing. Es war der japanischen Regierung nicht unbekannt geblieben, daß fast überall, wo von Europäern, unter dem Vorwande der Anknüpfung von Handelsverbindungen und Verbreitung des Christenthums Fuß gefaßt worden, dieselben sich zu Herren der Eingeborenen gemacht hatten. Portugiesen, Spanier, Holländer, zuletzt die Engländer in großartigster Weise in Ostindien, waren anfänglich scheinbar nur um des Handels willen an den Küsten von Asien und Afrika erschienen, und hatten zuletzt immer damit geendigt als Eroberer aufzutreten. Aus dieser Ursache war auch die Annahme und Verbreitung des Christenthums in Japan

bei Todesstrafe verboten. Die Missionäre wurden von den Japanesen nicht als Glaubensboten, sondern als Vorläufer der Fremdherrschaft angesehen. Die Japanesen hatten von ihrem Standpunkt aus nicht Unrecht, denn in der That war die Herrschaft der Europäer in vielen Gegenden auf diese Art entstanden und vorbereitet worden. Indessen konnte diese systematische Absonderung in neuester Zeit nicht länger festgehalten werden. Der Strom des allgemeinen Weltverkehrs ließ sich durch solche Schranken nicht mehr aufhalten. Auch fiel der Grund der früheren Ausschließung fort. Es lag jetzt keinesweges in den Absichten der Seemächte, Handelsverbindungen als Mittel der Eroberung und am wenigsten in Bezug auf Japan anzuwenden. Es ergriffen indessen nicht die Engländer, sondern die zur See weniger mächtigen Nordamerikaner die Initiative bei dem Werk, Japan seiner langen Abgeschlossenheit zu entreißen und der übrigen Welt zugänglich zu machen. (B. XVIII. S. 598.) Es war dies eines der ersten Zeichen jenes in den Vereinigten Staaten erwachten Strebens nach Wirkung in die Ferne, das von dem großen inneren Kriege unterbrochen, aber nicht aufgegeben ist. Der mit den Nordamerikanern abgeschlossene Handelsvertrag führte ähnliche Verträge mit den Engländern, Ergänzungen der schon bestehenden Verträge mit den Russen und mit den Holländern herbei, welche letztere von einigen besonders lästigen oder demüthigenden Bedingungen, denen bisher ihr Verkehr mit Japan unterworfen gewesen, befreit wurden. Sie erhielten freie Ausübung des Gottesdienstes, die Häfen von Nangasaki und Hakodadi wurden ihnen geöffnet und japanische Kaufleute durften sich unter ihnen auf Desima niederlassen. Nach Abschluß dieser Verträge erklärte die japanische Regierung, daß alle fremde Nationen ohne Ausnahmen der darin zugestandenen Vortheile theilhaftig werden sollten, ohne deshalb irgend einem Fremden das Recht der festen Niederlassung einzuräumen. Im August 1856 kam der erste nordamerikanische Generalconsul für Japan nach Simoda, wo ihm eine Wohnung von der Regierung angewiesen wurde. Der Handel der Nordamerikaner wie der anderer Fremden mit den Eingeborenen wurde durch Beamte der Regierung vermittelt. Im October 1857 schloß der Admiral Putiatin in Nangasaki einen Ergänzungsvertrag zu dem früheren russisch-japanischen Handelsvertrag ab, durch den, unter Anderem, auch die Zulassung eines russischen Consuls mit Familie zu dauerndem Aufenthalt festgestellt wurde. Der Hof von Jeddo entschloß sich die Handelsbeziehungen mit den großen Seemächten möglichst auszudehnen und Gesandte nach Europa zu schicken, und einem Neffen des Taikun (weltlichen Kaisers) wurde 1858 eine Mission der Art nach den Niederlanden gegeben. Im Laufe des Sommers desselben Jahres gelang es dem nordamerikanischen Consul Harris, mit der japanischen Regierung einen neuen Vertrag zu vereinbaren, welcher, auf den früheren gegründet,

bedeutend weitere Vortheile einräumte, und die beschränkenden Bedingungen desselben fast gänzlich beseitigte. Die wichtigsten Punkte waren: freier und ungehinderter Handelsverkehr zwischen Eingeborenen und Fremden ohne die Vermittelung japanischer Regierungsbeamten, und ständiger Aufenthalt der nordamerikanischen Diplomaten in Jeddo, dessen Hafen ebenfalls dem Fremdenverkehr geöffnet wurde. Gleichzeitig wurde den Niederlanden gestattet, von 1859 an in Jakohama, und von 1860 an in einem noch zu bestimmenden Hafen auf der Westküste von Nipon Handel zu treiben, und diplomatische Agenten und Consuln in der Hauptstadt und in den Häfen anzustellen. Lord Elgin und Baron Gros waren, außer der Mission, welche sie für China erhalten hatten, von ihren Regierungen auch zu Unterhandlungen mit Japan beauftragt worden, um daselbst einen Handelsvertrag auf den Fuß der am meisten begünstigten Nationen abzuschließen. Beide erreichten ihren Zweck und verschafften ihren Nationen dieselben Rechte und Vortheile im Verkehr mit Japan, wie den Nordamerikanern. Das rasche Aufblühen des Verkehrs mit Japan veranlaßte auch die preußische Regierung 1859 eine Expedition unter dem Grafen Eulenburg zu Gunsten des deutschen Zollvereins nach dem östlichen Asien abzusenden. Am 21. Januar 1861 kam zwischen Preußen und Japan ein Vertrag zu Stande, in welchem dem preußischen Handel dieselben Vortheile wie dem nordamerikanischen und englischen zugestanden wurden.

Die politische und commercielle Welt baute große Hoffnungen auf die mit Japan abgeschlossenen Verträge. Der Productenreichthum dieses Landes, verbunden mit seiner günstigen Lage zwischen Asien und Amerika, konnte den angeknüpften Verbindungen eine glückliche Zukunft versprechen. Die japanischen Behörden schienen, im Gegensatz zu den Chinesen, die Annäherung an Europa begünstigen zu wollen. Indessen war diese Bereitwilligkeit mehr aus dem Gefühl der Nothwendigkeit, aus Besorgniß vor der überlegenen Macht der Fremden und ihren furchtbaren Angriffsmitteln, als aus Neigung zu einem freiwilligen Anschluß entstanden. Der Uebergang von gänzlicher Absonderung zu naher Berührung war zu plötzlich gewesen, um nicht von Störungen unterbrochen zu werden. In den obersten Regionen der japanischen Staatsgesellschaft, unter den Vasallenfürsten des weltlichen Kaisers, an seinem Hofe und unter seinen Ministern gab es eine zahlreiche Partei, die sich an die eingetretene Veränderung in der Stellung zu den Fremden nicht gewöhnen konnte. Diese an und für sich schwierige Lage wurde durch das Verhalten mancher unter den Europäern noch verschlimmert, die von den Handelsverträgen Gelegenheit nehmend, sich nach Japan begeben hatten. Dieselben wollten sich schnell bereichern, befleißigten sich im Verkehr mit den Eingebornen nicht immer der strengsten Redlichkeit, und waren geneigt, die Japanesen, mit welchen sie in Berührung kamen, wie eine Art von Barbaren zu

behandeln, was diese im Grunde nicht waren und noch weniger scheinen wollten. Die vielen einzelnen Streitigkeiten, an denen es unter solchen Umständen nicht fehlen konnte, führten endlich Katastrophen herbei, die allgemeines Aufsehen erregten, und die bestehenden Verträge erschüttern konnten. Am 14. Januar 1861 wurde der Dolmetscher der nordamerikanischen Gesandtschaft, ein Holländer Namens Heusken, in einer Straße Jeddo's ermordet. Obgleich der Gouverneur der Stadt dem Leichenbegängniß beiwohnte, und seine Mißbilligung des begangenen Verbrechens öffentlich aussprach, so zogen die fremden Consuln, mit Ausnahme des der Vereinigten Staaten, dennoch ihre Flaggen ein, und begaben sich nach Jakohama, wo sie so lange verweilen zu wollen erklärten, bis der Mörder Heusken's bestraft wäre und die japanischen Behörden geeignete Maßregeln für die Sicherheit der in der Hauptstadt anwesenden Europäer getroffen haben würden. Da dies dem Anschein nach geschah, so kehrten die Consuln nach Jeddo zurück. Aber die innere Gährung im Volk und das Widerstreben gegen den Aufenthalt der Fremden dauerten fort. In der Nacht vom 4. zum 5. Juli (1861) wurde das englische Gesandtschaftshaus in Jeddo von einer bewaffneten Bande angefallen, wobei zwei anwesende Engländer, Morrison und Oliphant, letzterer war Secretär Lord Elgin's gewesen, schwere Wunden empfingen. Die Veranlassung zu diesem Verbrechen, ob es aus nationalem und politischem Fanatismus oder aus Privatrache begangen, blieb im Dunkeln. Einige untergeordnete Mitschuldige wurden bestraft, die Hauptanstifter aber nicht entdeckt. Die japanischen Soldaten, welche den englischen Consul und seine Hausgenossen aus den Händen der Mörder retteten, waren später als man erwarten durfte, angekommen, was den Verdacht der Mitwissenschaft der Behörden an dem Attentat erregte.

In Gemäßheit der mit dem am 16. September 1858 verstorbenen Taikun, Dai Nipon, abgeschlossenen Verträge sollten die Europäer berechtigt sein, mit dem 1. Januar 1862 ihren Aufenthalt in Jeddo zu nehmen und daselbst Handel zu treiben. Bis dahin war nur das Personal der Consulate zugelassen gewesen. Die Stimmung des Volkes erschien bedenklich, und die japanische Regierung hätte die Verzögerung dieses Termins gern gesehen. Aber die Consuln, obgleich im Stillen nicht ohne Besorgniß, bestanden auf der pünktlichen Ausführung der Verträge, weil eine Vertagung als ein Beweis von Mangel an Festigkeit und Zuversicht ausgelegt werden konnte. Der Hof von Jeddo schien damals zur Anknüpfung freundlicher Beziehungen mit den europäischen Mächten aufrichtig geneigt zu sein. Der neue Taikun, Mina Motto, schickte eine zahlreiche Gesandtschaft nach Europa, die im April 1862 in Paris anlangte, von da aus mehrere andere Hauptstädte besuchte und sich über die europäischen Zustände zu unterrichten suchte. Dies verhinderte

aber nicht, daß die Collisionen zwischen Fremden und Japanesen in Japan selbst immer zahlreicher wurden. Im September 1862 wurde der Engländer Richardson auf einer Reise von dem ihm begegnenden Gefolge eines japanischen Großen ermordet, und im Februar 1863 das englische Gesandtschaftshaus in Jeddo vom Pöbel angegriffen und zerstört. Die Schuld an diesen Unordnungen trug nicht die Centralregierung oder der Taikun und seine Minister, sondern die Aristokratie der Daimios oder Vasallenfürsten, und deren Anhang, letzterer eine Art von niederem Adel, die fürchteten ihr Ansehen und ihre Einkünfte durch die Niederlassung der Fremden geschmälert zu sehen. Die Daimios beklagten sich außerdem bei dem Mikado (geistlichem Kaiser), dessen Vorfahren bis zum siebzehnten Jahrhundert die einzigen Beherrscher Japans gewesen, über den Taikun wegen der Eigenmacht und Willkühr, mit welcher derselbe, den alten Gesetzen des Landes zuwider, Japan den Fremden geöffnet habe. Der Mikado stimmte den Daimios bei, und die um diese Zeit erfolgte Vermählung des weltlichen Kaisers mit einer Schwester des geistlichen vertagte den Streit zwischen den beiden Machthabern, ohne seine Quelle zu verstopfen.

Der Mikado war jetzt geneigt als Verfechter der nationalen Politik aufzutreten, und auf die Daimios und den Fanatismus der unteren Klassen gestützt, die verlorene Macht wieder zu erlangen. Es kam hierbei ein Irrthum an den Tag, in welchem sich die europäischen Mächte in Bezug auf die inneren Verhältnisse Japans befunden hatten. Da immer im Namen des Taikun unterhandelt worden war, so legte man in Europa diesem eine unumschränkte Macht bei, während er, den Gesetzen des Reiches nach, keine wichtigen Maßregeln ohne die ihm zur Seite stehende Versammlung der Daimios treffen konnte, und der Mikado wurde, obgleich thatsächlich seit lange auf seine religiösen Functionen beschränkt, principiell immer noch als das Haupt des Staates und der Schiedsrichter der zwischen dem Taikun und den Daimios ausbrechenden Streitigkeiten angesehen. Auf dieses Recht gestützt richtete der Mikado einen Erlaß an den Taikun, in welchem dieser zur Aufhebung der mit den europäischen Regierungen geschlossenen Verträge und Entfernung der Fremden aus Japan innerhalb einer gewissen Frist aufgefordert wurde. Wenn der Taikun mit den Daimios in gutem Vernehmen gestanden hätte, so würde er, auf ihre Hülfe zählend, den Anordnungen des Mikado getrotzt haben, jetzt aber mit den Vasallenfürsten und deren zahlreicher Partei zerfallen, glaubte er sich fügen zu müssen.

Da der englische Gesandte in Jeddo, Oberst Neal, bisher vergeblich Genugthuung für die Ermordung Richardson's und die Zerstörung des englischen Gesandtschaftshauses verlangt hatte, so richtete er im April 1863 ein Ultimatum, seine Forderungen enthaltend, an die japanische Regierung. Dieselbe sprach ihr lebhaftes Bedauern über die gegen

englische Unterthanen verübten Attentate aus, erklärte aber, daß sie außer Stande sei die Schuldigen zu entdecken und zur Strafe zu ziehen, da dieselben zum Gefolge des Fürsten von Satsuma gehörten, in dessen Gebiet der Taikun gegenwärtig keine Gewalt ausübe, und bot einen Schadenersatz an, der auf 110,000 Pf. St. bestimmt wurde. Die Schwierigkeiten schienen beseitigt zu sein. Als aber der Tag der Auszahlung der stipulirten Summe gekommen, schlug die japanische Regierung neue Unterhandlungen vor. Der englische Gesandte verwarf diese Ausflucht und trug dem Admiral Kuper auf, Jeddo zu bombardiren, wenn nach Ablauf von acht Tagen die japanische Regierung nicht die versprochene Genugthuung geleistet habe. Diese Drohung wirkte, die 110,000 Pf. St. wurden ausgezahlt und der diplomatische Verkehr mit dem englischen Gesandten wieder angeknüpft. Bei dieser Gelegenheit theilten die Minister des Taikun den europäischen Consuln die von dem Mikado in Betreff der Entfernung der Fremden und der Schließung der Häfen ergangenen Aufforderungen mit, und trugen auf Abänderung der Bestimmungen in den Verträgen von 1858 an, an welchen die den Europäern feindliche Partei besonderen Anstoß nahm. An eine vollständige Vertreibung der Fremden, wie der Mikado und die Daimios wünschten, war nicht zu denken. Man hoffte aber die ihnen eingeräumten Localitäten vermindern und beschränken und sie aus Jeddo entfernen zu können. Da die europäischen Gesandten und Consuln auf keine Modification der Verträge eingehen wollten, so wurden sie von den japanischen Behörden aufgefordert, durch ihre Geschwader und Seemannschaften die Küstenstädte schützen zu lassen, wo sich Europäer niedergelassen hatten, da die Regierung des Taikun für den Augenblick dazu außer Stand gesetzt sei.

Obgleich der Hof von Jeddo begriff, daß es ihm, im Fall einer Collision, unmöglich sein würde den europäischen Angriffsmitteln zu widerstehen, so glaubte er doch wenigstens der Form nach sich den Aufforderungen des Mikado und den Beschwerden der Daimios fügen zu müssen, und der Taikun ließ durch seinen Minister Ogosavara no Kauri den Consuln anzeigen, daß die geöffneten Häfen wieder geschlossen und die Fremden ausgewiesen werden würden, da Japan ferner keinen Verkehr mit dem Ausland unterhalten wolle. Aber die leidenschaftliche Ungeduld der Daimios, die diesen Zeitpunkt mit Gewalt beschleunigen wollten, und die feste Haltung der Vertreter der fremden Mächte und ihrer militärischen Befehlshaber befreite den Taikun von der Verlegenheit, die Anordnungen des Mikado zur Ausführung bringen zu müssen. Einige unter den Vasallenfürsten brachen ohne Weiteres offen gegen die Fremden los. Am 23. Juni (1863) wurde der amerikanische Dampfer „Pembroke" in der Meerenge, welche die Inseln Nipon und Kiusu von einander trennt, von zwei japanischen Kriegsschiffen beschossen. Am 9. Juli

begegnete dasselbe in der Meerenge von Simonosaki dem französischen Paketboot Kien-scheng auf Befehl eines der mächtigsten unter den Daimios, des Fürsten von Nagato. Selbst die Holländer wurden, ungeachtet ihrer alten Verbindung mit Japan, nicht verschont. Eine Fregatte dieser Nation, die „Medusa", verlor durch die Strandbatterien desselben Fürsten einen Theil ihrer Mannschaft. Diesen Angriffen wurde von europäischer Seite bald ein Ende gemacht. Am 19. Juli bombardirten zwei französische Schiffe, die Fregatte „Semiramis" und der Kriegsdampfer „Tancred" die Forts von Simonosaki, von wo aus die europäischen Schiffe beschossen worden, und zerstörten sie von Grund aus. Die Engländer behandelten in derselben Weise die Stadt Kagosima, die Residenz des Fürsten von Satsuma (15. August), und zwangen ihn, für die Ermordung Richardson's die bisher von ihm verweigerte Genugthuung zu leisten. Diese Ereignisse bewiesen, daß die mit dem Hofe von Jeddo abgeschlossenen Verträge nur eine sehr beschränkte Bedeutung hatten, und daß die mit Japan angeknüpften Verbindungen durch die feindselige Gesinnung der Vasallenfürsten in jedem Augenblick zerrissen werden konnten.

Der Taikun, welcher den Weltverhältnissen näher stand, hatte früher als der Mikado, dem sie bei seiner bisherigen Abgeschiedenheit nur durch die einseitigen Berichte Anderer bekannt geworden, die Ueberlegenheit der europäischen Kriegsmacht und die Nachtheile, die sie Japan zufügen konnten, begriffen. Aber auch in den Ideen des Mikado war durch die Niederlagen, welche die Fürsten von Nagato und Satsuma in der letzten Zeit erfahren hatten, eine Veränderung vorgegangen. Die furchtbare Wirkung der europäischen Artillerie hatte auch ihn erschüttert. Beide Machthaber vereinigten sich daher zur Einberufung einer Versammlung von Daimios, die am 15. October (1863) zu Osaka zusammentrat, um über das gegen die Fremden zu beobachtende Verhalten zu berathen. Fünfundsechzig Vasallenfürsten erschienen. Ungeachtet einer zahlreichen und heftigen Opposition sprach sich die Majorität der Versammlung für Erhaltung des Friedens mit den Fremden und Vermeidung jeder gegen dieselben gerichteten Kundgebung aus. Demgemäß nahm der Mikado die an den Taikun erlassene Aufforderung zur Ausweisung der Fremden zurück, und letzterer trat den Vertretern der fremden Mächte wiederum näher. Der Hof von Jeddo beschloß außerdem eine neue Gesandtschaft nach Europa zu schicken, um an der Quelle selbst über die Verhältnisse Japans zum Ausland zu unterhandeln und einige Beschränkungen in den dem Handel und den Niederlassungen der Fremden gemachten Zugeständnissen, aus Rücksicht auf die Vorurtheile des japanischen Volks und die Begründung friedlicher Beziehungen zu demselben, zu erlangen. Diese Gesandtschaft, die im Frühjahr 1864 in Europa anlangte, konnte sich sehr bald überzeugen, daß das englische und fran-

zösische Cabinet zu keiner Modification der Tractate von 1858, und insbesondere nicht zur Verzichtleistung auf das Recht der Niederlassung ihrer Staatsangehörigen in Jeddo zu bewegen waren. Sie mußte sich deshalb auf die Regulirung untergeordneter Gegenstände beschränken. In einem in Paris am 24. Juni 1864 abgeschlossenen Vertrage wurden folgende Punkte festgesetzt: Als Genugthuung für den im Juli 1863 französischen Schiffen in der Meerenge von Simonosaki zugefügten Beschädigungen erlegt die japanische Regierung an den französischen Gesandten in Jeddo 140,000 spanische Piaster, von denen 100,000 auf sie selbst, 40,000 auf den Fürsten von Nagato kommen. — Die japanische Regierung verpflichtet sich, alle Hindernisse, auf welche französische Schiffe in der Meerenge von Simonosaki stoßen könnten, zu beseitigen, die Durchfahrt zu jeder Zeit, im Nothfall mit Anwendung von Gewalt, frei zu erhalten und dabei in Uebereinstimmung mit dem Commandanten der französischen Schiffsstation zu verfahren. Es folgten hierauf Bestimmungen über den Eintritt französischer Producte und Fabrikate in Japan, die für Frankreich noch günstiger als in dem Tractat von 1858 gestellt waren. Der Vertrag vom 24. Juni 1864 übte einen Einfluß auf die Beziehungen aller mit Japan in Verbindung tretenden Nationen aus, die nach und nach ähnliche Begünstigungen zu erlangen wußten. Ungeachtet der von der japanischen Regierung bewiesenen Nachgiebigkeit war man in Europa über die Dauer der friedlichen Beziehungen zu diesem Lande nicht ohne Besorgniß. Es schien zweifelhaft, ob die Vasallenfürsten, wenn ihre Interessen oder Leidenschaften in's Spiel kämen, sich durch die von dem Taikun eingegangenen Verpflichtungen für gebunden halten würden. Auf der anderen Seite konnte ein Fehlgriff oder eine Uebereilung von Seiten der europäischen Civil- und Militärbevollmächtigten in dem fernen Lande Veranlassung zum Ausbruch eines neuen, kostspieligen Krieges geben. Im englischen Unterhause wurde das Bombardement von Kagosima als eine Verletzung der Humanität getadelt, welche nicht geeignet sei die Vorurtheile der Japanesen gegen die Europäer zu zerstreuen, und dem Zweck, um deswillen man nach Japan gegangen sei, näher zu kommen. Bei der Schwebe, in der die Beziehungen Europa's zu Japan hingen, konnte der Handel keinen rechten Aufschwung nehmen. Im Jahr 1860 betrug Ein- und Ausfuhr 25 Mill. Fr.; 1861: 21 Mill.; 1862: 52 Mill.; in der nächsten Zeit war keine große Vermehrung zu erwarten. Solche Ergebnisse konnten bei dem Verkehr mit einem Reich von wenigstens 30 Millionen Einwohnern, das so viel hervorbringt, nicht für bedeutend gelten. Aber es handelte sich dabei für Europa weniger um einen augenblicklichen Gewinn, als um die Auffindung einer Basis für die Zukunft, und dies war durch die letzten Verträge, denen Japan nicht mehr entschlüpfen konnte, geschehen. Auch trennten die Seemächte in ihren Absichten Japan

nicht von China. In handelspolitischer Beziehung gehörten beide Staaten zu einander, und ihr Verhältniß zu Europa mußte sich zuletzt auf ähnliche Art gestalten. Der Verkehr mit China hatte sich, ungeachtet aller Hindernisse, nach und nach sehr gehoben, und es ward von Japan bei Abwartung des geeigneten Moments dasselbe gehofft.

Die Erfüllung dieser Aussicht ward durch neue Unruhen verzögert. Die Lage der Dinge in Japan hatte sich während der Abwesenheit der nach Europa geschickten Gesandtschaft verschlimmert. Der Fürst von Nagato hatte mit dem Mikado und dem Taikun gebrochen, sich in sein Gebiet zurückgezogen und erklärt, im Nothfall ganz allein den Kampf gegen die Fremden bis zu deren Vertreibung auf sich nehmen zu wollen. Der Taikun fühlte sich nicht stark genug, um seinen ungehorsamen Vasallen unterwerfen zu können, hatte aber nichts dagegen, daß die europäischen Kriegsschiffe diese Aufgabe über sich nehmen und die Forts an der Meerenge von Simonosaki, die der Daimio mit seinen Truppen besetzt hatte, angreifen wollten. Um dies zu ermöglichen, mußten die englischen, französischen und holländischen Marinesoldaten aus der Hafenstadt Jakohama herausgezogen werden, wo sich damals der größte Theil der europäischen Kaufleute aufhielt. Der Taikun übernahm deren Schutz während der Abwesenheit der europäischen Streitkräfte, hielt es aber nicht für angemessen, selbst gegen den Fürsten von Nagato in's Feld zu ziehen. Die japanische Gesandtschaft kehrte in dem Augenblicke nach Jeddo zurück, wo die englisch-französisch-holländische Expedition sich gegen den Fürsten von Nagato in Bewegung setzte. Dem in Paris abgeschlossenen Vertrage gemäß hätte jetzt der Taikun seine Truppen mit denen der Expedition vereinigen sollen. Er weigerte sich aber, diese Clausel des Tractats zur Ausführung zu bringen, indem er die Befürchtung zu erkennen gab, daß ein offener Anschluß seiner Regierung an die Fremden einen allgemeinen Volksaufstand hervorrufen könnte. Die Vertreter der europäischen Mächte ließen diesen Grund gelten und schritten gegen den Fürsten von Nagato, ohne von dem Taikun unterstützt zu werden, ein. Die Operationen begannen am 5. September (1864) und schon am 8. mußte der aufrührerische Daimio sich unterwerfen. Er versprach, die Meerenge von Simonosaki fortan für alle europäischen Schiffe frei zu halten, die Befestigungen zu demoliren, die Kriegskosten zu ersetzen, und fortan alle zwischen dem Taikun und den europäischen Mächten abgeschlossenen Verträge anzuerkennen. Der Fürst von Nagato hatte sich außerdem mit dem Mikado überworfen und denselben sogar in seiner Residenz Kioto überfallen, war aber zuletzt ebenfalls unterlegen. Der Ungehorsam des Fürsten von Nagato gegen den Taikun und sein feindliches Auftreten gegen den Mikado und die Europäer hatte die wichtige Folge gehabt, daß sowohl die einheimischen wie die auswärtigen Gegner dieses unruhigen und mächtigen Daimio sich gegen ihn verbanden, da

sie alle vor ihm auf ihrer Hut sein mußten. Der Taikun, der in seiner Politik gegen die Vertreter der fremden Mächte zu schwanken angefangen, war durch die letzten Ereignisse wieder zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein gutes Einvernehmen mit den Seemächten zu seinem eigenen Heil nothwendig sei. Am 6. October wurde zwischen den Vertretern der europäischen Mächte und den Ministern des Taikun in Jeddo eine Conferenz gehalten, in welcher Entschädigung für die neuerdings in der Meerenge von Simonosaki dem europäischen Handel zugefügten Unbilden und genaue Ausführung der Vertragsbestimmungen, namentlich Anerkennung des Rechtes der fremden Gesandten in Jeddo zu residiren, zugesagt wurde.

Die fremden Mächte waren es nicht allein, welche der europäischen Civilisation in Japan Eingang verschaffen wollten. Dem Taikun schwebte, obwohl aus anderen Gründen, dasselbe Ziel vor. Derselbe wünschte eine einheitliche Regierung zu schaffen und die Feudalherrschaft der Daimios, welche eine regelmäßige Verwaltung unmöglich machte, zu beseitigen. Zu dem Ende bedurfte er einer regulären Armee, und stellte, um eine solche vorzubereiten, erst englische und dann auch französische Officiere als Exerciermeister für seine Truppen an. Er ging ferner damit um, das Eisenbahnwesen, den elektrischen Telegraphen und die Gasbereitung nach Japan zu verpflanzen. Seine darauf gerichteten Bemühungen sollten nicht fruchtlos bleiben, hatten aber mancherlei Widerstand zu überwinden und wurden mehr wie einmal zum Stillstand gezwungen. Von besonderer Wichtigkeit war es, daß der Mikado und der Taikun jetzt gemeinschaftlich zu handeln anfingen, und ersterer sich bereit erklärte, die zwischen dem letzteren und den fremden Mächten abgeschlossenen Verträge zu ratificiren, was er früher verweigert hatte, wodurch sie jetzt in den Augen des Volks eine höhere Sanction erhielten. Das größte Hinderniß einer Regeneration Japan's kam von den Vasallenfürsten her, welche sowohl die Ausdehnung der Macht des Taikuns als die Niederlassung der Fremden bekämpften, weil sie von beiden eine Schwächung ihrer Stellung besorgten. Die Daimios suchten in ihrem particulären Interesse ihre Milizen ebenfalls auf europäischen Fuß zu setzen. Sie füllten ihre Arsenale mit Waffen und Munition an, kauften britische Dampfer und versahen dieselben mit Geschütz. Die Franzosen schlossen sich dem Taikun an, während die Engländer, um ihnen das Gleichgewicht zu halten, sich den Vasallenfürsten näherten. Im August 1866 stattete der neue britische Gesandte in Japan, Sir Harry Parkes, und der Admiral King dem Fürsten von Satsuma und dem Fürsten von Totomi auf deren Landsitzen einen Besuch ab, wo sie mit einer alle ihre Erwartungen übertreffenden zuvorkommenden und glänzenden Gastfreundschaft aufgenommen wurden. Nach den Schilderungen der Engländer stand die äußere Lebensweise dieser japanischen Großen, ihre Palais,

Gärten, Tafel u. s. w. in nichts dem nach, was unter ähnlichen Verhältnissen in Europa gefunden wird.

Ungeachtet der Taikun durch seine Uebereinstimmung mit dem Mikado und das freundschaftliche Verhältniß zu den Europäern erstarkt zu sein schien, gaben die Daimios ihre Ansprüche auf Unabhängigkeit nicht auf. Der ehrgeizigste und mächtigste unter ihnen, der Fürst von Nagato, trieb die Widersetzlichkeit so weit, daß der Taikun gegen ihn zu den Waffen greifen mußte. Der Kriegsschauplatz war Oschimaguri in der Provinz Suwo, eine der beiden Provinzen, welche den Staat Mori bilden. Die Truppen des Taikun bestanden aus 6000 Mann unter den Befehlen des japanischen Generals Matsdaira-Okino-Kami und etwa 1200 Mann Infanterie und Artillerie, die nach europäischer Art eingeübt waren. Da Oschimaguri ganz nahe an der Küste liegt, so konnte auch der dem Taikun gehörige Kriegsdampfer „Fusi-jama" beim Gefecht gute Dienste thun. Dieser Krieg, der mit wechselndem Glück und großer Erbitterung geführt wurde, sollte nicht von langer Dauer sein. Der Taikun Mina Motto, welcher seit 1858 regierte, starb im September 1866, in Folge einer Japan eigenthümlichen Krankheit, Kake genannt, welche mit einer Lähmung der Extremitäten beginnt und für unheilbar gilt. Nach dem japanischen Gesetz wird der Nachfolger des weltlichen Kaisers von den Gorogios (Mitgliedern des Ministeriums) mit Zuziehung der Gosankios (Mitglieder der mit der Dynastie verwandten Familien) gewählt, und zwar aus einem der drei Geschlechter, die man Taikungeschlechter nennt. Der gewählte neue Taikun, Stotsbaschi, Sohn des Fürsten von Mito, galt für einen kräftigen und klugen Mann, und rief, nachdem er von der Regierung Besitz genommen, den Mikado und die Daimios für den 31. October nach Kio zusammen, um neue Gesetze auszuarbeiten und das Reich auf festeren Grundlagen wieder aufzurichten, namentlich auch um das Militärwesen zu reorganisiren. Ungeachtet des inneren Krieges und Schwierigkeiten aller Art ward die Verbindung zwischen Japan und Europa nicht mehr unterbrochen. Die japanischen Beamten fingen an europäische Sprachen, namentlich englisch, zu lernen, katholische und protestantische Missionäre legten in den Hafenstädten Schulen für die japanische Jugend an und die japanische Regierung hob nicht nur das bisher gegen Reisen in's Ausland bestandene strenge Verbot auf, sondern ermunterte vielmehr zu denselben. Auf diese Art ist der europäischen Civilisation der Eingang zu der befähigtsten unter den ostasiatischen Racen geöffnet worden.

Afrika steht jetzt, obgleich die am Mittelmeer liegenden Küstenländer einst vom Licht einer hohen Gesittung strahlten, und dasselbe Europa räumlich näher als Amerika und das östliche und südliche Asien liegt, der europäischen Cultur am fernsten. Aber mit einem bedeutenden Theil Afrika's verhielt es sich im Alterthum anders. Abgesehen von

dem Einfluß, den Aegypten auf Griechenland und damit auf die gesammte Cultur der Menschheit ausgeübt hat, waren es zwei Weltstädte, Carthago und Alexandrien, die sich an den Gestaden von Nordafrika erhoben. Ersteres hat durch seine Kriege mit Rom und deren Folgen tief in den Gang der Geschichte eingegriffen; letzteres war die Nachfolgerin Athens auf dem Gebiet der Philosophie und Gelehrsamkeit, der Schauplatz der letzten großen Kämpfe zwischen den polytheistischen und christlichen Ideen, und außerdem lange der Hauptstapelplatz zwischen Europa und dem Orient. Das Christenthum, sowohl mit seinen Wahrheiten als seinen beginnenden Auswüchsen, schien daselbst unerschütterlich fest gegründet zu sein. Nordafrika war die Wiege des strengsten Dogmatismus und zugleich des freiesten Sectenwesens; das Mönchs- und Einsiedlerleben entstand auf jenem Boden; auf seinen Kirchenversammlungen erschienen zuweilen hunderte von Bischöfen; drei der größten christlichen Denker, Origines, Athanasius und Augustinus wurden daselbst geboren. Diese Blüthe verschwand mit der arabischen Eroberung und der Einführung des Islams so schnell und vollständig, daß, mit Ausnahme der unzerstörbaren Denkmale des alten Aegyptens und einiger griechischer und römischer Ruinen, die Vergangenheit wie ausgelöscht schien. Während dies in Nordafrika geschah, blieb das übrige Afrika, ein Erdtheil mehr als dreimal so groß wie Europa, von derselben Nacht der Barbarei wie vor Jahrtausenden bedeckt. Als Heimath der schwarzen Race, der keine selbständige Entwickelung beschieden war, ist Afrika nur an seinen Küsten von den Strömungen der Geschichte berührt worden. Der Norden gehört seit länger als tausend Jahren dem Islam an, dessen früher ausschließende Herrschaft in neuester Zeit durch die französische Eroberung Algeriens geschwächt worden ist; an der Ost- und Westküste haben sich Portugiesen, Engländer und Franzosen, aber nur des Handels wegen, ohne Streben nach moralischem Einfluß, niedergelassen; die Südspitze gehört jetzt den Engländern, von denen bisher die kräftigsten Versuche zur Christianisirung und Civilisirung der ihnen erreichbaren einheimischen Stämme gemacht worden sind. Unter mehren Nationen ist in neuester Zeit ein wahrhafter Wetteifer zur Erforschung Afrika's entstanden, an der sich auch die Deutschen fortwährend in hervorragender Weise betheiligen, aber bisher ist kaum ein Sechstel der ungeheuren Ländermasse bekannt geworden. Das Klima und der Charakter der schwarzen Race, bei der die Abwesenheit jeder Culturform der europäischen Civilisation den Eintritt und die Anknüpfung zwischen ihr und jener ursprünglichen Barbarei sehr erschwert, erklären den geringen Erfolg, den die großen und kühnen Bemühungen der christlichen Missionäre und wissenschaftlichen Reisenden bisher gehabt haben. Aber das rastlose Vorwärtsdringen des europäischen Geistes wird, wenn er seine Aufgabe in Asien gelöst hat, sich auch der Erleuchtung Afrika's mit demselben Erfolge annehmen,

wie dies in Amerika schon früher der Fall war und in Australien unablässig geschieht.

Marokko.

Dieser muhamedanische Staat war, obgleich ein bedeutendes Küstengebiet enthaltend, einer der isolirtesten und die Bevölkerung eine der fanatischsten geblieben. Von Zeit zu Zeit waren europäische Mächte genöthigt gewesen, Genugthuung für die ihren Landesangehörigen in diesem halbbarbarischen Lande widerfahrenen Verletzungen zu fordern, oder vielmehr zu erzwingen. Die meisten Collisionen hatten von jeher mit Spanien stattgefunden, das seit alter Zeit einige Punkte auf dem Gebiet von Marokko besitzt (Ceuta, Melilla, Penon, Alhucemas), die, ohne politische und commercielle Bedeutung, nur militärische Posten und Verbannungsorte sind, aber als solche in den Augen der spanischen Regierung eine Bedeutung haben. Der Sultan von Marokko, der die Schwierigkeiten kannte, die sich einem Angriff auf sein Gebiet entgegensetzen, gab in der Regel wenig auf die Beschwerden und Drohungen der fremden Mächte. Zu Lande konnte er nur von den Franzosen von Algerien aus, wie schon einmal geschehen (1844) angegriffen werden. Er wußte aber auch, daß dieselben, wenigstens auf lange Zeit hinaus, außer Stande waren, auf dieser Seite Algerien zu vergrößern. Zu den Engländern, die seine Häfen bombardiren und den Seehandel seiner Unterthanen vernichten konnten, hatte sich der Sultan auf einen guten Fuß gestellt, indem er ihnen in einem 1857 abgeschlossenen Handelsvertrag ansehnliche Vortheile zugestand. Aber die Spanier fürchtete er nicht, und glaubte dem alten Hasse seiner Unterthanen gegen diese einst mächtigsten Feinde des Islams ohne Gefahr freien Lauf lassen zu können.

Spanien hatte eben mit Marokko einen Vertrag zur Sicherung seiner festen Plätze in Afrika, die namentlich von dem wildesten Theile der marokkanischen Bevölkerung, den Kabylen von Anghera häufig beunruhigt wurden, abgeschlossen, als dem spanischen Namen auf dem Gebiet von Ceuta eine neue und empfindliche Beleidigung zugefügt wurde. Die Kabylen überschritten die spanische Grenze, zerstörten ein auf derselben errichtetes Fort, rissen das spanische Wappen ab und griffen die spanischen Wachtposten an (August 1859). Die räuberische Bevölkerung an der Küste, Riffpiraten genannt, machte um dieselbe Zeit auf vorüberfahrende spanische Handelsfahrzeuge Jagd, oder plünderte dieselben, wenn sie strandeten, und machte die Bemannung nieder. Das spanische Cabinet verlangte Genugthuung für die begangenen Frevel, und stellte, da der marokkanische Minister des Auswärtigen, Mohamed-el-Katib,

allerlei Ausflüchte zu machen suchte, die Thatsachen läugnete oder beschönigte, ein Ultimatum, welches unter Androhung einer bewaffneten Expedition verlangte, daß der Pascha der Provinz in eigener Person das zerstörte spanische Wappen wieder aufrichte und mit seinen Soldaten demselben die üblichen Ehrenbezeugungen erweise, daß an den Rädelsführern der Schuldigen unter den Mauern Ceuta's von den marokkanischen Truppen selbst die verdiente Strafe vollzogen und der Umfang des spanischen Gebietes, von welchem diese Stadt der Mittelpunkt ist, erweitert werde. Da die Marokkaner, welche die spanische Macht unterschätzten, das Ultimatum verwarfen, so war der Krieg unvermeidlich geworden, der von Spanien im October (1859) förmlich erklärt wurde. Der während der Unterhandlungen erfolgte Tod des Sultans Abd-ur-Rhaman änderte an der Lage der Dinge nichts, da sein Nachfolger Sidi-Mohamed dieselbe Politik befolgte. Da Marokko schwer anzugreifen ist und Jedermann daselbst im Nothfall Soldat sein muß, so betrug das stehende Kriegsheer nicht viel über 20,000 Mann. Als der Krieg dem Ausbruch nahe war, verlangte England, das wegen der Festung und Meerenge Gibraltar auf alles, was in jenen Gegenden vorgeht, besonders aufmerksam ist, daß Spanien auf keinen Fall Tanger dauernd in Besitz nehme, worauf das Madrider Cabinet, um nicht bei seinem Unternehmen auf vermehrte Schwierigkeiten zu stoßen, obwohl ungern, einging. Auf beiden Seiten wurde der Kampf mehr als sonst gewöhnlich ist, von religiösen Gefühlen begleitet. Im spanischen Volk erwachte die Erinnerung daran, daß es einst der Vorkämpfer und Rächer des Christenthums an den Küsten des Mittelmeeres gewesen, unter den Mauren und Arabern im marokkanischen Reich war der Verlust Spaniens und die Vertreibung der Bekenner des Islams aus diesem von ihnen so lange besessenen Lande noch nicht vergessen. Der Sultan, der zu den Nachkommen Mahomet's gezählt wird, ließ überall in seinem Gebiet den heiligen Krieg predigen. Aber die Marokkaner besaßen nichts als ihre wilde Tapferkeit, die gegen einen ihnen an Muth ebenbürtigen, an Taktik und Disciplin weit überlegenen Feind unterliegen mußte. Von spanischer Seite wurde das Unternehmen mit großer Umsicht und Sorgfalt vorbereitet. Volk und Heer hatten die Gelegenheit zu einem auswärtigen Krieg, der ihnen seit langer Zeit nicht mehr geboten war, mit Begeisterung ergriffen, die dadurch, daß es sich gegen einen alten Feind des christlichen Glaubens handelte, noch vermehrt wurde. An der Spitze der Expeditionsarmee stand der an Talent und Ruf erste unter den spanischen Generalen seiner Zeit, Leopold O'Donnell Graf von Lucena, der, da er zugleich Präsident des Ministerrathes war und während des Krieges blieb, Alles seinen Planen gemäß einrichten konnte. Die Königin Isabella hatte ihn mit fast unbeschränkten Vollmachten versehen. Die gegen Marokko bestimmte Armee, 40,000 Mann stark, war in drei Corps unter

den Generalen Echegue, Zabala Graf von Paredes, und Ros de Olano getheilt. Die Reserve stand unter dem General Prim Grafen von Reus. Der Sultan konnte dem Feind eine der Zahl nach viel größere Macht, aber außer seinen mehr dem Schein als der Wirklichkeit nach regelmäßigen Truppen, nur plötzlich aufgebotene, nach einheimischer Weise bewaffnete Schaaren entgegenstellen. Die Marokkaner waren allerdings für den Augenblick einer außerordentlichen Kraftentwickelung fähig, entmuthigten sich aber auch bald, wenn sie mit ihrem Ungestüm nichts ausrichteten, und gingen in solchen Fällen zwar nicht für lange, aber doch für einige Zeit auseinander. Die Contingente, welche dem Sultan zu Hülfe kamen, wurden von meist erblichen Häuptlingen geführt, die oft unter einander in Streit lagen, und an pünktlichen Gehorsam gegen höhere Anordnungen, an Uebereinstimmung in ihren gegenseitigen Bewegungen nicht zu gewöhnen waren. Mit solchen Kriegern ließ sich kein berechneter und zusammenhängender Plan ausführen. Sie konnten nur Feinden furchtbar werden, die ungefähr auf derselben Stufe militärischer Ausbildung wie sie selbst standen, und über europäische Truppen nur durch einen momentanen Andrang, oder wenn ihnen das Klima mit seinem Gefolge von Krankheiten und Entbehrungen gegen erstere zu Hülfe kam, siegen.

Um in sicherer Verbindung mit Spanien zu bleiben, beim Landen auf keine unerwarteten Hindernisse zu stoßen und eine solide Operationslinie zu gewinnen, hatte O'Donnell beschlossen, den größten Theil des Heeres bei Ceuta auszuschiffen. Die Landung des ersten und zweiten Corps und der Reserve unter Prim begann am 19. November (1859); das dritte Corps, welches in Malaga eingeschifft wurde, langte erst am 12. December bei Ceuta an. Der Krieg hatte unterdessen schon begonnen. Um den Besitz der Ceuta beherrschenden Höhen wurde mit den Marokkanern in hitzigen Gefechten gestritten, in denen dieselben, obgleich zuletzt unterliegend, eine Tapferkeit entwickelten, die den Spaniern eine harte Arbeit in Aussicht stellte. Der spanische Obergeneral wollte vorerst sich Tetuan's bemächtigen, und wählte, um dahin zu gelangen, die Straße längs der Küste, weil die Armee auf diese Art von den Transportschiffen begleitet werden konnte, die sie nicht nur in Verbindung mit Spanien erhielten, sondern auch einen Theil der ihr unentbehrlichen Bedürfnisse bei sich hatten, mit denen sie selbst nicht versehen war. Der Weg führte durch den Spaniern vorher ganz unbekannte Gegenden voll natürlicher Hindernisse; die Jahreszeit war rauh, das Meer so stürmisch, daß sich die Transportschiffe der Küste nicht nähern und der Armee mit den von ihnen geführten Lebensmitteln nicht aushelfen konnten. Die Marokkaner zogen den Spaniern zur Seite, beobachteten jede ihrer Bewegungen und griffen sie unter Anführung eines Bruders ihres Kaisers, des Prinzen Muley-Abba's, unaufhörlich an. Zum Ueberfluß

brach die Cholera unter den spanischen Truppen aus und raffte sie in Menge hin. Es gab einen verzweifelten Moment, wo die Schwierigkeiten des Weges, der Mangel an Lebensmitteln und die vielen Kranken selbst im Hauptquartier den Gedanken an den Rückzug nach Ceuta hervorriefen, nicht um das ganze Unternehmen aufzugeben, sondern um für dasselbe eine günstigere Zeit abzuwarten. Unterdessen ward die Witterung besser, die Stürme legten sich glücklicher Weise, und die Armee wurde von den Transportschiffen wieder mit dem Nöthigen versehen. O'Donnell rückte entschlossen vor und stieß am 4. Februar (1860) auf die marokkanische, der seinigen an Zahl weit überlegene Armee, die unter den Mauern von Tetuan in zwei befestigten Lagern stand, von denen das eine von dem oben erwähnten Muley=Abbas, das andere von dessen jüngerem Bruder, Muley=Ahmed, befehligt wurde. Die Spanier bemächtigten sich nach einem verzweifelten Widerstand der beiden feindlichen Lager, wobei sie Fahnen, Kanonen und eine große Menge von Munition und Kriegsgeräth erbeuteten. Die Marokkaner flohen in allen Richtungen. Tetuan, von Schrecken über die Folgen eines Sturmes, mit dem O'Donnell drohte, ergriffen, öffnete den Spaniern die Thore, die daselbst am 6. Februar ihren Einzug hielten. Der marokkanische Heerführer ließ nach der Schlacht eine Anzahl von Häuptlingen, die im Gefecht ihre Schuldigkeit nicht gethan, hinrichten. Der Krieg war aber damit noch nicht zu Ende. Bei einer Zusammenkunft zwischen dem spanischen Obergeneral und dem Prinzen Muley=Abbas wurde zwar über den Frieden unterhandelt, der aber, da die Spanier die Abtretung von Tetuan, einer in den Augen der Marokkaner heiligen Stadt, verlangten, nicht zu Stande kam. Am 23. März stießen die Spanier auf ihrem Marsch gegen Tanger, im Thal von Gualdras auf die marokkanische Armee, die geschlagen wurde und 3000 Mann verlor. Zwei Tage später trug Muley=Abbas auf einen Waffenstillstand an, der ihm gewährt wurde, und am 26. April schloß O'Donnell, unter Vorbehalt der Ratification des spanischen Cabinets, mit Muley=Abbas einen Friedenstractat ab, der die öffentliche Meinung in Spanien anfangs nicht befriedigte, zuletzt aber doch bestätigt wurde. Der Sultan trat um Ceuta einen Bezirk ab, weit genug, um dasselbe gegen einen Ueberfall der räuberischen Kabylen zu schützen, und einen Punkt an der Küste (Santa=Cruz=la=Pequena), um daselbst eine befestigte Station für spanische Schiffe anzulegen. Ein ständiger spanischer Gesandter sollte in Fez aufgenommen und daselbst ein Missionshaus errichtet werden. Marokko verpflichtete sich, eine Kriegsentschädigung von 20 Mill. Piastern an Spanien zu zahlen, bis zu deren Abtragung Tetuan von spanischen Truppen besetzt gehalten, dann aber geräumt werden sollte. Diese Bedingungen wurden von beiden Theilen pünktlich erfüllt. — Seit dieser Zeit hat zwischen Marokko und den anderen Mächten ein fried=

liches Verhältniß obgewaltet. In Folge des mit Spanien geschlossenen Tractats von 1860 wurde am 19. November 1866 in Tetuan die erste katholische Kirche auf marokkanischem Gebiet, unter großer Feierlichkeit und lebhafter Theilnahme der in dieser Stadt ansässigen oder vorübergehend verweilenden Katholiken eröffnet. Diese Kirche erhielt zur Erinnerung an die oben erwähnte Einnahme der Stadt in dem ruhmvollen Feldzug unter O'Donnell den Namen „Unsere Liebe Frau vom Siege". Die muselmanische Bevölkerung verhielt sich bei dieser Gelegenheit nicht nur ruhig, sondern ihre Armen nahmen an den von dem spanischen Gesandten in Marokko angeordneten Spenden ihren Theil, was früher unmöglich gewesen wäre.

Algerien

Die Ebenen und die Küstengegenden der ehemaligen Regentschaft Algier, wie dieser Theil von Nordafrika bis 1830 genannt wurde, waren schon in den vierziger Jahren durch die Siege des Marschalls Bugeaud und die Gefangennehmung Abd-el-Kader's den Franzosen unterworfen worden. Es blieb nur noch übrig, die französische Herrschaft über die Gebirgsgegenden auszudehnen, wo eine bisher unabhängig gebliebene, von den Arabern durch Sprache, Abstammung und Charakter verschiedene Bevölkerung, die Kabylen, ihren Sitz hatte. Die Franzosen, entschlossen das ganze Land zwischen Marokko und Tunis unter ihre Botmäßigkeit zu bringen, nahmen einige an der Grenze vorgefallene Unordnungen zum Vorwand, um in Kabylien einzurücken. Ein französisches Heer unter der obersten Leitung des Generalgouverneurs von Algerien, Marschall Randon, die einzelnen Divisionen von den Generalen Mac Mahon, Jussuf und Renault commandirt, unterwarf sich nach hartnäckigem Widerstand diese kriegerischen Stämme, zwang sie zur Anerkennung der Oberhoheit Frankreichs, zur Entrichtung eines Tributs und Aufnahme französischer Besatzungen in ihren Bergen (Mai bis Juli 1857). Die Franzosen hatten allmälig eine große Uebung und Erfahrung in dieser Art der Kriegführung erlangt. Sie überraschten den Feind durch Märsche über steile Berggipfel und durch enge Schluchten, die derselbe für unmöglich gehalten hatte, sie umgingen seine Stellungen und schnitten ihm die Zufuhr ab, sie befestigten die dominirenden Punkte und legten zwischen ihnen Verbindungsstraßen an. Von jetzt an war keine allgemeine Bewegung der Eingeborenen gegen die fremden Sieger mehr zu besorgen. Gegen einzelne unbotmäßige Stämme, welche den Tribut verweigerten, oder hier und da Unruhen erregten, reichten kleinere Expeditionen hin, die nach Ueberwindung mancher Schwierigkeiten zuletzt immer ihren Zweck erreichten. Aber ungeachtet glänzender militärischer

Erfolge konnte die Colonisirung dieser großen Provinz, die an Ausdehnung wohl zwei Dritttheilen von Frankreich gleich kommt, keinen rechten Aufschwung nehmen. Die Franzosen hatten bei ihren Unternehmungen in fremden Welttheilen sich von jeher besser auf Erobern als Bewahren, auf Kriegführung als Niederlassung verstanden. Sie hatten früher in Ostindien und Nordamerika mit großer Kühnheit Fuß gefaßt, sich aber nicht behaupten können. In Algerien hatten sie nichts Aehnliches zu befürchten, denn sie stießen dort auf keinen ebenbürtigen Feind, und ihre Hülfsquellen lagen in der Nähe. Von Toulon aus konnten sie in jedem Augenblick Truppen nach der gegenüber liegenden Küste von Afrika herüberwerfen. Aber der Anbau des Landes nahm nur sehr langsam und gar nicht im Verhältniß zu der natürlichen Fruchtbarkeit des Bodens zu; Industrie und Export entsprachen nicht der Mannigfaltigkeit der Producte und der günstigen Lage; die Colonisirung stockte, so zu sagen, denn nach einer dreißigjährigen Occupation gab es in der ganzen Provinz kaum 200,000 Europäer (ohne das Militär), und unter ihnen eine verhältnißmäßig nur kleine Anzahl von Grundbesitzern, die im Lande Wurzeln geschlagen hätten, sondern meist nur Spekulanten, Unternehmer, Handelsleute aller Art, eine Bevölkerung, die ab- und zuging, die dem Lande in kurzer Zeit so viel als möglich abgewinnen wollte, ohne ihm etwas zu gewähren. Der Franzose expatriirt sich nicht leicht ohne zwingende oder besonders lockende Veranlassung, und die Regierung that wenig, um fremde Ansiedler heranzuziehen. Die Verwaltung Algeriens hatte fortwährend den Charakter einer eroberten Provinz, die vor allem gegen fremde Angriffe geschützt werden muß. Die Militärautorität war allein maßgebend; von ihr ging Alles aus, und auf sie bezog sich Alles zurück. Unter solchen Umständen konnten weder Ackerbau noch Handel gedeihen. Diese große Colonie war weit davon entfernt, sich selbst zu genügen und ihre Ausgaben aus eigenen Mitteln bestreiten zu können. Im Jahr 1858 betrugen die Einnahmen 20,100,000 Fr., die Ausgaben 27,505,562 Fr., ohne die Kosten für die Truppen, die immer auf Kriegsfuß standen. Napoleon III. glaubte diese Nachtheile beseitigen zu können, indem er ein eigenes Ministerium für Algerien und die übrigen französischen Colonien, die bisher zum Ressort des Marineministeriums gehört hatten, errichtete (24. Juli 1858), und seinen Vetter, den Prinzen Napoleon, an dessen Spitze stellte, der dafür galt, schon seit lange eine Veränderung in der Verwaltung Algeriens gewünscht zu haben. Man hoffte, daß mit dieser Neuerung das bisher in Algerien ausschließend herrschend gewesene Militärregiment beschränkt und die Civilautorität in die ihr zukommenden Befugnisse eingesetzt werden würde. Außer der eigentlichen Verwaltung wurde auch die Justiz, der Cultus und der öffentliche Unterricht in der Hand des Ministers für Algerien vereinigt. Durch

das Decret vom 31. August (1858) wurde die Stelle eines Generalgouverneurs aufgehoben, ein Oberbefehlshaber der Land- und Seemacht für die Colonie eingesetzt, welcher in dringenden Fällen die Anordnungen der Generale und Präfekten suspendiren konnte. Marschall Randon, der mehre Jahre über Generalgouverneur gewesen, gab diese Stellung auf, und der General Mac Mahon wurde zum Oberbefehlshaber ernannt. Um das Civilelement in der Verwaltung der Colonie zu verstärken, wurden in jeder der drei Provinzen, in welche Algerien eingetheilt ist, Generalräthe wie in Frankreich errichtet, welche die Provinzial- und Communalbudgets festzusetzen hatten. Auch ging man mit einer Veränderung des Zolltarifs im Sinne des Freihandelssystems um.

Diese Umgestaltungen in der Verwaltung Algeriens waren nicht von Dauer. Da der Prinz Napoleon und der General Mac Mahon zu Commando's in der Armee von Italien bestimmt waren, so legte jener das Ministerium für Algerien und dieser die Oberbefehlshaberstelle nieder. Prinz Napoleon hatte den Staatsrath Chasseloup-Laubat, General Mac Mahon den General Gueswiller zum Nachfolger. Obgleich die besten Truppen aus Algerien herausgezogen und nach Italien geschickt wurden, so blieb die Colonie während des Krieges in der Lombardei ruhig. Erst nach Beendigung dieses Krieges wagten es marokkanische Stämme, denen sich einige der 1857 unterworfenen Kabylen anschlossen, die Grenze zu überschreiten und die französischen Besatzungen anzugreifen. Ein Expeditionscorps von 20,000 Mann unter General Martimprey, der dem General Gueswiller im Obercommando über die Land- und Seemacht Algeriens gefolgt war, schlug und verfolgte die Marokkaner und zwang die Kabylen sich wieder zu unterwerfen. Nach dem Budget von 1860 betrug die Einnahme 23,708,000 Fr., die Ausgabe 17,528,370 Fr. Bei diesem Ueberschuß der Einnahme über die Ausgabe waren aber 67,928,000 Fr. nicht eingerechnet, welche die in Algier stehende bewaffnete Macht kostete. Noch immer gab es in Frankreich viele Personen, welche diese Colonien als eine Last ansahen, und es vorgezogen hätten, die ungeheuren Summen, die sie verschlang, für Frankreich selbst angewandt zu sehen. Aber der Umstand, daß Algerien eine treffliche Schule für die Armee abgab, überwog jede andere Rücksicht. Durch Decret vom 11. December 1860 wurde das Ministerium für Algerien und die Colonien aufgehoben, die Verwaltung derselben wieder dem Marineministerium übergeben, und der Marschall Pelissier, Herzog von Malakoff, zum Generalgouverneur mit den früheren Attributen dieser Stellung ernannt. Die Regierung wandte, obgleich von Neuem ein Militärchef an die Spitze der Colonie gestellt war, den inneren Reformen so viel Aufmerksamkeit zu, als die allgemeinen Verhältnisse erlaubten. Ein lebendiger Antrieb zur Hebung der Colonie durch vermehrte Niederlassung hätte vom französischen Volke selbst aus-

gehen müssen, woran es aber fehlte, so daß, was in dieser Beziehung geschah, allerdings in keinem Verhältniß zu dem stand, was unter anderen Umständen hätte geschehen können. Doch wurden im Jahr 1861 achtzehn neue Gemeinden gegründet, Vorkehrungen zur Bewaldung der baumlosen Gegenden getroffen, und die Arbeiten an der Eisenbahn von Algier nach Blida mit Eifer in Angriff genommen.

Die Gesetzgebung über das Grundeigenthum in Algerien, so weit es in den Händen der einheimischen Bevölkerung lag, war lange unbestimmt geblieben. In einem Schreiben des Kaisers an den Generalgouverneur (6. Februar 1863) war die Ansicht ausgesprochen worden, daß Algerien nicht eigentlich eine Colonie, sondern ein arabisches Königreich sei, und daß die Eingeborenen denselben Anspruch auf den Schutz der Regierung wie die Colonisten hätten. „Ich bin eben so wohl Kaiser der Araber wie Kaiser der Franzosen" hieß es in Napoleon's Erlaß an Marschall Pelissier. Im Marineministerium wurde ein Gesetzentwurf ausgearbeitet und dem Senat vorgelegt, nach welchem fortan die arabischen Stämme als rechtmäßige Eigenthümer des Grund und Bodens angesehen werden sollten, auf welchem sie sich niedergelassen und den sie bisher als den ihrigen angesehen und benutzt hatten. Die Colonisten geriethen durch das Schreiben des Kaisers an den Generalgouverneur in große Aufregung und glaubten in der neuen Gesetzgebung eine Beeinträchtigung des europäischen Elements dem einheimischen gegenüber erkennen zu müssen. Im Senat selbst war man nicht über das Princip der Maßregel, aber über deren Ausführung verschiedener Meinung. Die Regierung drang aber mit ihrem Antrage durch, der mit 117 gegen 2 Stimmen angenommen und in ein Senatsconsult verwandelt wurde. Im Lauf der Berathung machte sich die Ueberzeugung geltend, daß mit der Fixirung des Eigenthums unter den Arabern Ackerbau nnd Handel in Algerien zunehmen und die Colonisten ebenfalls ihre Rechnung bei dieser Vermehrung des Wohlstandes finden würden.

Ende März 1864 brach unter den Arabern, die südlich von Constantine am Rand der Wüste wohnen, ein Aufstand gegen die Franzosen aus. Die bei den Vorbereitungen zu demselben bewiesene Treulosigkeit und die Grausamkeit gegen die Gefangenen zeigte, daß die Berührung mit der europäischen Cultur auf die Eingeborenen bisher von wenig Einfluß gewesen war. Die Franzosen hatten in der Vertheilung ihrer Streitkräfte Mißgriffe begangen, indem sie in Algier und anderen größeren Orten, wo an eine Schilderhebung gegen sie nicht zu denken war, zahlreiche Garnisonen hielten, aber die blosliegenden Punkte der französischen Sahara nur schwach besetzt hatten. Während dieser Zeit starb am 22. Mai der Generalgouverneur Marschall Pelissier, und hatte später den Marschall Mac Mahon, Herzog von Magenta, zum Nachfolger. Für den Augenblick übernahm der General Martimprey

die Verwaltung der Colonie. Bis Ende Juni wurde nirgends in großen Massen, aber auf vielen Punkten zugleich und unter ungewöhnlichen, von der Jahreszeit bedingten Anstrengungen von den Franzosen gegen die Aufständischen gekämpft, und dieselben zuletzt überall auseinander gesprengt. In einem Tagesbefehl vom 4. Juli konnte der interimistische Generalgouverneur, General Martimprey, der Colonie die Beendigung des Aufstandes ankündigen. Abgeordnete aller Stämme, die an dem Kampfe gegen die Franzosen Theil genommen hatten, fanden sich im Juli bei dem Militärchef der Provinz Oran ein, um ihre Unterwerfung und Reue über das Vorgefallene zu erklären. Nur in einigen entlegenen Gegenden kamen Ende October noch vereinzelte aufrührerische Bewegungen vor. Die Ruhe schien auf längere Zeit hin gesichert zu sein. Ende April 1865 begab sich Napoleon III. nach Algerien, wo er sechs Wochen blieb, sowohl von der arabischen als europäischen Bevölkerung mit großen Ehrenbezeugungen aufgenommen wurde, und alles mit eigenen Augen zu sehen bemüht war. Nach seiner Rückkehr gab er eine Denkschrift über die Colonie heraus, in der Verbesserungen in Anregung gebracht, Uebelstände nachgewiesen wurden, die aber auf die Wirklichkeit ohne nachhaltige Wirkung blieb. Einige Monate später gab der Kaiser in einem Schreiben an den Generalgouverneur die Absicht zu erkennen, die Kosten, welche Algerien dem französischen Staatsschatz verursachte, dadurch zu verringern, daß er die daselbst stehende Armee von 76,000 Mann auf 50,000 Mann zurückführte, welche Zahl dieselbe, außerordentliche Umstände ausgenommen, nicht mehr überschreiten sollte. Aber es brachen unter den Arabern im Süden Algeriens Unruhen aus, die von den Franzosen mit Waffengewalt niedergedrückt werden mußten, und keine Verminderung der Truppen zuließen. Einige besonders feindlich gesinnte Stämme wurden in andere Gegenden des Landes versetzt. Manche unter ihnen erlitten ungeheure Verluste an Kameelen, Rindern, Schaafen u. s. w., setzten aber den Widerstand mehre Monate über mit ungebrochenem Muth fort. Diese Araber hatten ihre regellose Kampfesart aufgegeben und geordnete Stellungen angenommen. Sie brachten Fußvolk in's Gefecht, und dasselbe hielt die Bajonettangriffe der Franzosen aus, was früher nicht leicht vorgekommen war. Die Häuptlinge retteten sich, wenn sie geschlagen waren, in die benachbarte Wüste, wo sie bei nächster Gelegenheit mit ihrem Anhang wieder hervorbrachen. Die marokkanische Grenzbevölkerung nahm ebenfalls an dem Kriege Theil. Die Franzosen siegten zuletzt vollständig (Mai 1866), vornehmlich mit Hülfe ihrer vortrefflichen leichten Reiterei, die dem Feinde keine Ruhe ließ. Die Wohlfahrt der Colonie schritt, ungeachtet dieser inneren Unruhen, im Ganzen fort, nur daß es an Vertrauen auf die Zukunft fehlte. Algerien kaufte im Jahre 1865 von Frankreich für 50 Mill. Fr. Webestoffe, wovon 25 Mill. Fr. auf die Arbeitslöhne

fielen, und andererseits gedieh die algierische Baumwollencultur, laut den Marktberichten von Le Hâvre und Marseille, in vortheilhaftester Weise. Ein kaiserliches Decret vom 26. April (1866) setzte die Bestimmungen fest, die für den Eintritt von Eingeborenen in den Civil- und Militärdienst gültig sein sollten. Das Vorrücken derselben in der französischen Armee fand nicht nach dem Dienstalter, sondern nur nach freier Wahl statt und in der Verwaltung waren sie von allen höheren und leitenden Stellen ausgeschlossen. Es stimmte dies nicht mit der Idee eines „arabischen Königreichs" überein, die vom Kaiser einige Zeit vorher in einem öffentlichen Schreiben an den damaligen Generalgouverneur ausgesprochen worden, und in welchem die Eingeborenen doch wenigstens gleiche Rechte mit den Fremden hätten besitzen sollen.

Der Hauptübelstand in der Verwaltung Algeriens bestand in der Abwesenheit eines festen Plans von Seiten der Regierung, die zwar europäische Ansiedler herbeiziehen, ihnen aber nicht die freie Thätigkeit gewähren wollte, ohne die sie nicht gedeihen konnten. Man wollte Ackerbau und Handel heben, aber zugleich Alles von oben her bestimmen und leiten, was sich nicht mit einander vereinigen läßt. Algerien bedarf vor allem einer dichten Bevölkerung, demnach der Einwanderung, die aber von der Militärdictatur, wie sie dort besteht, nicht angezogen werden kann. Die europäischen Arbeiter wählen, wenn sie auswandern, nicht ein Land wie Algerien, dem es an jeder politischen und commerciellen Freiheit fehlt. Ohne das Zuströmen von rüstigen Armen, wird selbst das von Capitalien, wenn sie sich einstellen sollten, keine Frucht tragen. Aber Algerien ist so reich an natürlichen Hülfsmitteln, und sein Gedeihen für Frankreich von so großer Bedeutung, daß die französische Regierung diese große Colonie nicht zu Grunde gehen lassen kann, und genöthigt sein wird, ihrer inneren Entwickelung einen freieren Spielraum als bisher zu gestatten.

T u n i s.

Dieser unter der Oberhoheit der Pforte stehende Staat war einst, wie Algier, nur durch sein Piratenwesen bekannt, und seine glückliche Lage für den Handel, die große Fruchtbarkeit seines Bodens und sein unvergleichliches Klima blieben unerwähnt. Noch im October 1815 wurde die Bevölkerung der von tunesischen Seeräubern überfallenen sardinischen Küstenstadt St. Antiochia in Tunis gefangen eingebracht. Die bewaffnete Intervention Englands unter Lord Exmouth (December 1818) und die Eroberung Algiers durch die Franzosen machten diesem Unwesen für immer ein Ende. Wer jetzt die friedliebende, fast ausschließend dem Landbau, dem Handel, besonders dem Karawanhandel ergebene Bevöl-

kerung von Tunis kennen lernt, begreift schwer, daß dort jemals das Piratengewerbe getrieben worden. Es waren aber damals die Corsarenschiffe wesentlich mit Abentheurern aller Nationen bemannt, die immer zu den gewagtesten und gewaltthätigsten Unternehmungen bereit waren. Noch heute würde ein solches Element in Tunis und der Umgegend zu finden sein, gehört aber nicht der einheimischen Race an, sondern besteht aus dem Auswurf aller Küstenländer des mittelländischen Meeres. Die Bevölkerung von Tunis hat weder Anlage noch Neigung zum Seeleben. Selbst die meisten Fischer sind Malteser. Tunis erkennt noch immer den Sultan in Constantinopel als seinen Schutzherrn an, zahlt demselben einen jährlichen Tribut, und stellt ihm, wenn es dazu aufgefordert wird, wie im Krimkrieg, ein Contingent. Aber diese Abhängigkeit ist nur noch eine Sache der Form. Der Bey von Tunis befolgt die vom Großherrn an ihn erlassenen Befehle nur in so weit, als sie mit seinem eigenen Vortheil übereinstimmen, und wenn die beiden großen europäischen Seemächte, England und Frankreich, nichts dagegen einzuwenden haben. Diese, und etwa Italien, Oesterreich und in neuester Zeit auch Rußland, üben auf die tunesische Regierung den vorherrschenden Einfluß aus, und mischen sich durch ihre Consuln, die im Nothfall durch die Absendung von Kriegsschiffen unterstützt werden, in alle inneren Angelegenheiten des Landes. Franzosen und Engländer liegen dabei häufig in Streit gegen einander, und suchen sich dort, wie überhaupt im Orient, den Vorrang abzulaufen.

Der reiche Antheil an der Beute, welche die Piraten von ihren Zügen heimbrachten, und der Tribut, den die meisten europäischen Staaten zahlten, machten den größten Theil der Einkünfte der Bey's von Tunis aus. Als Beides gänzlich fortgefallen war, suchte die Regierung, von ihren Bedürfnissen gedrängt und den Rathschlägen der europäischen Consuln ermuntert, durch Verbesserungen in der Verwaltung sich neue Hülfsquellen zu eröffnen und zugleich den Zustand des Landes zu heben. Aber unter muhamedanischen Völkern stoßen Reformen, auch wenn sie noch so berechtigt sind und zuletzt durchdringen, zuerst immer auf einen mehr oder weniger heftigen Widerstand, machen jede Regierung anfänglich unpopulär, und lassen alles, was sie unternimmt, in einem übeln Licht erscheinen. Das Interesse des Staatsschatzes und des Verkehrs mit dem Ausland bewog den Bey von Tunis, Sidi Mohammed, der 1855 seinem Vater, Sidi Achmed, in der Regierung gefolgt war, eine Münzveränderung vorzunehmen, indem er die im Umlauf begriffenen Goldmünzen sammeln und umprägen ließ. Die strenggläubige, mit den Neuerungen unzufriedene Partei benutzte die durch diese Maßregel im ersten Augenblick entstandenen Nachtheile zu einer Verfolgung der Christen und Juden, von welchen letzteren eine Anzahl von dem blutdürstigen Pöbel umgebracht wurde (Juni 1857). Die europäischen

Consuln drangen hierauf gemeinschaftlich in den Bey, die Gesetzgebung in einer Weise zu ändern, daß dergleichen Frevel nicht wiederkehren könnten, worauf eine Reihe von Verbesserungen in der Justiz und Administration erfolgte, wie Einsetzung von Criminal- und Handelsgerichten mit christlichen und muhamedanischen Richtern, Freiheit des Handels und der Gewerbe, Sicherheit der Person und des Eigenthums, Freiheit der Religionsübung u. s. w., wodurch, wenigstens der Form nach, die tunesischen Zustände den europäischen näher gebracht wurden. Die Ruhestörer, und diejenigen, welche dieselben gegen Juden und Europäer erregt hatten, ließ der Bey streng bestrafen. Während der inneren Unruhen war eine Abtheilung französischer Kriegsschiffe unter dem Admiral Tréhouart vor Tunis erschienen, und bald nachher langte auch ein englisches Geschwader unter Admiral Lyons daselbst an, um mit österreichischer Beihülfe den französischen Einfluß zu überwachen. England und Oesterreich waren hierbei gleich sehr betheiligt: England, weil durch Absorbirung des tunesischen Staates von Seiten Frankreichs, Tripolis und Aegypten möglicher Weise demselben Schicksale verfallen und Malta und Gibraltar ihre Bedeutung verlieren könnten; Oesterreich, weil eine Menge italienischer Flüchtlinge sich in Tunis aufhielt, die, wenn es französisch geworden wäre, von da aus schnell nach Italien hätten geworfen werden können, und weil der vermittelst Triests lebhafte Handel Oesterreichs mit Tunis zu Gunsten Marseille's aufhören würde, wenn Tunis das Schicksal Algiers theilte. Die Eroberung dieses letzteren hatte in einem Theile Europa's die Besorgniß erregt, daß Frankreich damit umgehe, sich über ganz Nordafrika auszudehnen und das Mittelmeer seiner Herrschaft zu unterwerfen, wodurch das europäische Gleichgewicht merklich gestört werden würde. Ungeachtet der Gegenbemühungen Englands und Oesterreichs blieb der Einfluß Frankreichs in Tunis vorherrschend, weshalb auch der Bey im italienischen Kriege (1859) den Sardiniern ein Geschwader gegen die österreichische Flotte zu Hülfe schickte, welches aber, da es zu keinem eigentlichen Kampf zur See kam, unverrichteter Sache wieder abzog. Sidi Mohammed hatte, vornehmlich durch das Beispiel Frankreichs und den persönlichen Einfluß des französischen Consuls, Léon Roches, bewogen, seinem Lande eine Art von constitutioneller Verfassung verliehen, die aber den Sitten und Ueberzeugungen der Araber zu sehr widersprach, um lebensfähig zu sein, und selbst von den in Tunis angesiedelten Europäern für unausführbar gehalten wurde. Die nothwendig gewordenen Reformen wären auch ohne diesen Apparat von Constitutionalismus möglich gewesen, für den es in der Religion der Eingeborenen an einer Grundlage fehlt, und in den sich ihre Gewohnheiten ohne Anwendung äußeren Zwanges nicht finden können.

Nach dem am 22. September 1859 erfolgten Tode des Bey Sidi Mohammed trat sein Bruder Mehmed Sadik die Regierung an, ohne,

wie dies früher so oft der Fall gewesen, auf Widerstand zu stoßen und durch Verschwörungen und Aufstände hindurch gehen zu müssen. In dieser Beziehung war in dem öffentlichen Geist seit einer Generation offenbar eine Verbesserung vorgegangen. Der neue Bey schien sich der von seinem Vorgänger eingeführten Ordnung der Dinge nur ungern anzuschließen, doch gelobte er im April 1861 in einer öffentlichen Versammlung der Kadi's, Ulema's und anderer Notabilitäten, welcher die Vertreter der europäischen Mächte beiwohnten, der neuen Verfassung treu zu bleiben, und die höheren Staatsbeamten leisteten alle denselben Eid. Die Zustände schienen einen friedlichen Verlauf zu nehmen und Aussicht auf Befestigung zu gewähren, als im April 1864, zuerst unter den Beduinen ein Aufstand gegen den Bey ausbrach, der sich bald über das ganze Land ausbreitete. Der Bey hatte, von habgierigen Günstlingen umgeben, nicht nur die von seinen Vorgängern eingeführten Steuern vermehrt, sondern neue und sehr drückende, namentlich eine hohe Kopfsteuer eingeführt. Die Mamluken und Sklaven an seinem Hofe hatten sich auf Kosten des Landes und in kurzer Zeit auf eine selbst im Orient seltene Weise bereichert. Die Aufständischen unter Ali-ben-Gdahum, Sherif von Kef, waren auf die Zahl von 15—20,000 Mann gewachsen, hatten sich der Städte Kef-Kadgia, Kairwan und anderer bemächtigt, bedrohten Monastir und Susa an der Küste, und forderten namentlich die Entlassung des Ministers Sidi Mustapha. Die Wichtigkeit des tunesischen Handels und die dem französischen Cabinet zugeschriebene Absicht, seine nordafrikanischen Besitzungen über Tunis auszudehnen, lenkte die Aufmerksamkeit der Seemächte auf die dortigen Angelegenheiten. Französische, englische und italienische Kriegsschiffe kamen vor Tunis an, unter dem Vorwande, ihre Staatsangehörigen zu schützen, in Wahrheit aber, um den Erklärungen ihrer Regierungen vorkommenden Falles Nachdruck geben zu können. Die Pforte suchte ihre Rechte als Schutzmacht hervor, schickte einen Abgesandten nach Tunis und ließ ihn von einem Geschwader begleiten. Die Truppen des Bey erklärten sich, da sie seit längerer Zeit ohne Löhnung geblieben, zum Theil für die Aufständischen. Diese verlangten die Zurücknahme der Verfassung und aller Neuerungen, denen sie die Vermehrung der Steuern beimaßen, und wollten allein nach dem Koran regiert werden. Der Bey gab dieser Forderung nach, hob die Verfassung auf und nahm die unumschränkte Gewalt wieder an sich (1. Mai 1864). Dagegen wies er das Verlangen des französischen Consuls de Beauval nach Entlassung des sehr verhaßt gewordenen Premierministers (Khasnadar) Sidi Mustapha standhaft zurück, und wurde dabei von dem englischen Consul Richard Wood unterstützt. Die Aufständischen waren im Anfange stark genug gewesen, um sich der Hauptstadt zu bemächtigen und den Bey zu stürzen, aber die Dazwischenkunft der europäischen Mächte und die zahlreichen Geschwader, die vor Tunis

lagen, schüchterten sie ein, und nach vielen Gefechten, Plünderungen und Verwüstungen sahen sie sich zuletzt zur Unterwerfung genöthigt. Der Bey machte auf der einen Seite Zugeständnisse, indem er die Eingangszölle und die Kopfsteuer herabsetzte, auf der anderen ließ er eine Anzahl von Leitern des Aufstandes hinrichten, und legte allen am Aufstand betheiligt gewesenen Ortschaften Geldbußen auf. Am 14. August konnte er den Vertretern der fremden Mächte die Wiederherstellung des Friedens versichern lassen. Die Geschäfte kamen wieder in Schwung und die fremden Geschwader entfernten sich. Es wurde die Errichtung einer stehenden Armee beschlossen, in die auch Fremde aus allen Nationen aufgenommen werden sollten, und mit Hülfe französischer und schweizerischer Capitalisten in Tunis eine Bank errichtet. Welchem Schicksal die nichtmuhamedanische Bevölkerung ausgesetzt gewesen wäre, wenn der Aufstand gegen den Bey die Oberhand gewonnen hätte, kann aus den Gräueln entnommen werden, welche selbst nach wieder hergestellter Ruhe von einer Horde Beduinen an den Juden auf der nahe an der tunesischen Küste gelegenen Insel Gerba oder Zerbi verübt wurden, wo Blutdurst, Wollust und Zerstörungssucht fünf Tage lang ungehindert alle ersinnlichen Frevel verüben konnten (October 1864). Im Süden des Landes brachen nach einiger Zeit von Neuem Unruhen aus, die aber durch die Gefangennehmung des Beduinenhäuptlings Benghdeum wieder beigelegt wurden (März 1866). Der europäische Einfluß ist in mancher Beziehung in Tunis ein wohlthätiger gewesen, indem er den Bey zur Abstellung barbarischer Mißbräuche, namentlich der mit dem Islam zusammenhängenden Repressivgesetze gegen Andersgläubige veranlaßte. Aber auf die innere Lage des Landes hat dieser fremde Einfluß oft schädlich zurückgewirkt, indem Maßregeln, welche die eine europäische Macht der tunesischen Regierung empfohlen hatte, von der anderen aus Eifersucht, ohne Rücksicht auf deren Nützlichkeit hintertrieben wurden. Dadurch wird der ganze Zustand ein schwankender und wird der Fortschritt der Cultur aufgehalten. Der Bey hält es dann für das Beste gar nichts zu thun und Alles beim Alten zu lassen. Die europäischen Cabinette sind gewohnt, jeden einzelnen muselmanischen Staat als eine Art von Schachbrett zu betrachten, auf welchem sie ihre mehr oder weniger geschickten Züge thun, um ihren politischen und commerciellen Einfluß zu vermehren. Dieses Jagen nach vorwiegender Geltung charakterisirt das ganze Streben der europäischen Diplomatie allen orientalischen Regierungen gegenüber, und hat sehr oft die üble Wirkung, daß das Gute, was die Berührung mit Europa und das Beispiel desselben hervorbringt, durch den Egoismus und die Intriguen der einzelnen Mächte wieder aufgehoben wird. In Tunis stehen sich Frankreich und England gegenüber, arbeiten einander bei jeder Gelegenheit entgegen und schaden dadurch sehr oft dem Lande, das sie zum Schauplatz ihrer Rivalität machen. Frankreich benutzt für

seine besonderen Interessen die Nachbarschaft Algeriens, und England denkt daran, daß es den Weg nach Indien zu überwachen und sicher zu stellen hat. Wenn einmal der Suez-Kanal fertig ist, so wird Tunis eine von den Stationen sein, wo die beiden mit einander wetteifernden Mächte alles mögliche thun werden, um die eine über die andere sich das Uebergewicht zu verschaffen.

Tripoli.

Weit ausgedehnter als Tunis, aber weniger bevölkert und weniger industriös, war Tripoli der übrigen Welt fast nur durch seine Seeräuberei bekannt. Noch in den Jahren von 1818 bis 1822 hatten tripolitanische Piraten vierundvierzig christliche Handelsschiffe weggenommen. Durch die französische Eroberung Algiers wurde diesem Zustande, der dem christlichen Namen und der Civilisation des Jahrhunderts Hohn sprach, für immer ein Ende gemacht. Eine äußere Geschichte hat Tripoli seit langer Zeit nicht mehr. Da Tripoli nicht dieselbe politische Bedeutung wie Tunis besitzt, so mischen sich die europäischen Seemächte weniger in seine inneren Verhältnisse ein. Es entrichtet an die Pforte einen Tribut und stellt auf Verlangen ein Contingent, ist aber in Bezug auf seine inneren Verhältnisse so gut wie unabhängig. Seitdem Gumma, ein arabischer Häuptling, nächst Abd-el-Kader eine Zeit lang die hervorragendste Erscheinung unter seinen Landsleuten, bei dem Versuche, Tripoli von dem türkischen Einfluß zu befreien, umgekommen war (1856), hat keine erhebliche Störung der Ruhe mehr stattgefunden. Der französische Einfluß ist daselbst bis in die neueste Zeit vorherrschend geblieben. Unter der Regierung des auf Izzet Pascha im Jahr 1860 gefolgten Mahmud Nedim Pascha waren französische Schützlinge gemißhandelt worden, wofür der französische Consul in Tripoli, Blanche, Genugthuung forderte und sogleich erhielt. Sein Militär hat der Bey großentheils mit Hülfe französischer Instructoren reformirt.

Aegypten.

Dieser mächtigste unter den Vasallenstaaten der Pforte war vor einigen dreißig Jahren, unter dem Vicekönig Mehemed Ali, eine Zeit lang nahe daran, nicht blos ein selbständiges Reich zu werden, sondern vielleicht selbst an die Stelle des absterbenden türkischen Reiches zu treten und dem Islam eine neue politische Macht zu verleihen. Dem Nillande, diesem ältesten Sitz staatlicher Bildung, scheint eine regenerirende Kraft einzuwohnen, die sich in verschiedenen Epochen geäußert hat.

Nach dem Untergang der antiken Civilisation und der Ausbreitung des Islams wurde Aegypten unter den fatimidischen Kalifen der Mittelpunkt der arabischen Wissenschaft und Kunst und Cairo gegründet, das noch jetzt durch seine Denkmale die Reisenden in Erstaunen setzt und in architektonischer Beziehung die erste Stadt des gesammten Orients ist. Aegypten ist immer ein bevorzugter Boden gewesen und hat die Aufmerksamkeit Europa's in besonderem Grade auf sich gelenkt. Frankreich hat in zwei weit von einander entfernten Epochen, in der Mitte des dreizehnten und am Ende des achtzehnten Jahrhunderts, den vergeblichen aber ruhmvollen Versuch gemacht, Aegypten seiner Herrschaft zu unterwerfen, beide Male aus denselben Gründen: weil es im Mittelpunkt der muhamedanischen Welt liegt, und der Schlüssel ist, dessen Besitz den Eingang zu Afrika und Asien öffnet. Nachdem dieses Land früher die Quelle großer moralischer und materieller Strömungen gewesen, in denen aber dann ein langer Stillstand eingetreten war, hat es wieder eine Bedeutung im Sinne unserer Zeit erlangt, ist ein Sitz des Verkehrs, der Industrie und großer dahin zielender Unternehmungen geworden. Man hat daselbst neuerdings den Bau eines zwei Meere verbindenden Kanals unternommen, dessen Vollendung von unermeßlichen Folgen für den Welthandel werden kann. Aegypten hat große Umwandelungen erfahren, ist aber nie, wie so viele andere Gegenden, die früher der Schauplatz mächtiger Ereignisse gewesen, ganz erstorben, sondern hat immer zu dem Räderwerk gehört, von dem das allgemeine Leben der Geschichte in Bewegung gesetzt wird.

Nachdem der stolze Traum Mehemed Ali's und seines Sohnes Ibrahim, sich an die Stelle des Sultans zu setzen, durch die bewaffnete Dazwischenkunft Englands und Oesterreichs gescheitert war und sie gezwungen worden, sich mit dem erblichen aber abhängigen Besitz Aegyptens und der südlich von demselben gemachten Eroberungen (Nubien, Dongola, Sennaar u. s. w.) zu begnügen, haben ihre Nachfolger ihren Ehrgeiz auf einem beschränkteren Gebiet befriedigen müssen, aber darum nicht aufgehört an der Vermehrung ihrer Macht zu arbeiten und in dem Kreise der allgemeinen civilisatorischen Interessen thätig zu sein. Der Vicekönig, Said Pascha, war dem Sultan während des Krimkrieges mit Mannschaft und Geld zu Hülfe gekommen, und sein Contingent hatte sich bei mehreren Gelegenheiten durch Tapferkeit und gute Organisation bemerkbar gemacht. Er war der europäischen Bildung zugethan, beseitigte die Mängel in dem Regierungssystem seines Vorgängers, Abbas Pascha, indem er das Getreide- und Baumwollenmonopol aufgab, neigte sich zum Freihandel und schaffte den Sklavenhandel in seinen Staaten ab. Mit den europäischen Mächten stand der Vicekönig auf dem besten Fuß, und besuchte nicht lange vor seinem im Januar 1863 in Cairo erfolgten Tode Paris und London, wo er mit großer Auszeichnung aufgenommen

wurde. Ungeachtet derselbe mit mehr Milde als gewöhnlich orientalische Fürsten regierte, war doch eine Verschwörung gegen sein Leben im Werk gewesen, die aber entdeckt und vereitelt wurde (August 1858). Die Absichten der Verschwornen waren auch gegen die in Aegypten ansässigen Europäer gerichtet gewesen, die man zugleich mit dem Vicekönig, der für ihren Beschützer galt, hatte aufopfern wollen. Im December 1858 wurde die Cairo-Suez-Eisenbahn vollendet und dadurch der Verkehr zwischen Europa und Indien beschleunigt. Aber die größte und dauerndste Bedeutung erwarb sich Said Pascha durch seine Theilnahme an der Anlegung des Suezkanals, zu welchem er einem Franzosen, Ferdinand von Lesseps, die Concession ertheilte, und dessen Ausführung er, ungeachtet aller entgegenstehenden Hindernisse, eifrig förderte. Lesseps, der schon zur Zeit Mehemed Ali's französischer Generalconsul in Alexandrien gewesen, hatte den kühnen Gedanken gefaßt, die Landenge von Suez zu durchgraben, und das mittelländische und rothe Meer durch eine Wasserstraße mit einander zu verbinden. Mehemed Ali war von den Schwierigkeiten, auf die er in den letzten Jahren seiner Regierung stieß, von einem näheren Eingehen auf diesen Plan abgehalten worden. Aber Said Pascha, der unterrichtetste und aufgeklärteste Fürst seines Hauses, vertraute auf Lesseps Urtheil und Umsicht und ließ sich leicht gewinnen. Im Jahr 1856 wurden die Statuten der zu diesem Zweck gebildeten Actiengesellschaft bekannt gemacht, welche ihr Privilegium auf neun und neunzig Jahre erhielt, nach welcher Zeit der Kanal an Aegypten fallen sollte. Die Ländereien, welche die Compagnie auf der Landenge erwarb, waren während der ersten zehn Jahre abgabenfrei; von der Regierung ward der Boden unentgeltlich gewährt, eben so durften die öffentlichen Steinbrüche umsonst benutzt, Materialien und Maschinen jeder Art zollfrei eingeführt werden; der Kanal sollte allen Nationen zu allen Zeiten gegen Erlegung eines Fahrgeldes offen stehen, welches nie zehn Franken für die Tonne überschreiten dürfe. Das Gesellschaftscapital betrug 200 Mill. Fr., in 400,000 Actien, jede zu 500 Fr. Es unterzeichneten 23,300 Personen, von denen über die Hälfte Frankreich angehörte. Unermeßliche wissenschaftliche und technische Vorarbeiten waren nöthig gewesen. Im April 1859 wurde am Strande des alten Pelusium der Anfang mit der Durchgrabung gemacht, die aber bei den großen Hindernissen, welche sowohl die Natur als die Politik entgegensetzten, nur langsam von Statten ging. Erstere wurden leichter als letztere überwunden. Die englische Regierung besorgte, daß die Anlegung dieses Kanals der britischen Herrschaft in Asien gefährlich werden, daß Frankreich, im Fall eines Krieges gegen England, eine Flotte mit Landungstruppen auf diesem Wege nach Ostindien schicken könne. Obgleich ein bedeutender Theil des englischen Handelsstandes sich für das Unternehmen aussprach und zwei und zwanzig Meetings in diesem Sinne gehalten

wurden, so blieb das englische Cabinet bei seiner Meinung, und Lord Palmerston trat im Parlament als entschiedener Gegner des großen Projects auf. Die von ihm beeinflußten Blätter suchten die Welt zu überreden, daß die Anlegung des Kanals unzähligen Menschen das Leben kosten, daß die Arbeit zuletzt doch vergeblich sein und die Actionäre um ihr Geld kommen würden. Der Pforte, die sich als Schutzmacht auch in die inneren Verhältnisse Aegyptens, so weit sie das ganze türkische Reich berühren, einmischen kann, wurde von Seiten Englands vorgestellt, daß die Durchgrabung der Landenge von Suez dazu beitragen könne, das Verhältniß zwischen ihr und Aegypten zu lösen, und diesen wichtigen Theil des Reiches unter den Einfluß einer den türkischen Interessen feindlichen Macht gelangen zu lassen. Die Pforte ließ sich von diesen Gründen beeinflussen, und setzte unter Said Pascha's Nachfolger, seinem Bruder Ismael Pascha, der Fortsetzung der Arbeiten neue Schwierigkeiten entgegen. Die Fellahs oder arabischen Bauern waren bisher zu dem Kanalbau, wie zu allen öffentlichen Arbeiten in Aegypten, von der Regierung gezwungen, obwohl bezahlt worden. Da aber die Frohnarbeiten neuerdings im ganzen türkischen Reich abgeschafft worden, so sollten sie auch in Aegypten aufhören. Die dem Suezkanal entgegengesetzte Partei hoffte, daß der Mangel an Arbeitern die Vollendung des Werkes unmöglich machen werde. Aber die Compagnie wußte durch die vermehrte Anwendung von Dampfmaschinen das zu ersetzen, was ihr an Menschenhänden abging. Wozu vorher 20,000 Arbeiter gehört hatten, wurde jetzt von 6000 ausgeführt. Die in den Reihen der Fellahs entstandenen Lücken wurden durch Griechen und Italiener ergänzt. Ungeachtet der großen von Lesseps entwickelten Thätigkeit und des Vertrauens, das seine Erfahrung einflößte, ist in einigen kritischen Momenten, als der heimliche und offene Widerstand der Gegner den Sieg davon zu tragen drohte, der kräftige Schutz, den Napoleon III. dem Unternehmen angedeihen ließ, zu dem Gelingen unentbehrlich gewesen. Jetzt ist dasselbe als gesichert zu betrachten und 200 Millionen Europäer und 700 Millionen Asiaten werden einst aus demselben Vortheil ziehen. Der größte Handel der Welt, der nach Ostindien und China, wird den Weg über den Suezkanal nehmen.

Obgleich der neue Vicekönig, Ismael Pascha, kein Feind der Christen war, so galt er doch für einen eifrigeren Muselman als sein Vorgänger, und dies reichte hin, um einen Theil der einheimischen Bevölkerung in Alexandrien zu Beleidigungen und Angriffen auf die Europäer zu veranlassen. Aber die entschlossene Haltung der europäischen Consuln, besonders des französischen Consuls, de Beauval, erzwang durch dringende Vorstellungen und selbst durch Drohungen die Bestrafung der Schuldigen, wodurch die Ruhe wieder hergestellt wurde (Februar 1863). In Constantinopel, wohin sich der Vicekönig bald nach diesen Vorfällen begab, um die for=

melle Bestätigung seiner Würde nachzusuchen, wurde er vom Sultan mit großer Freundlichkeit behandelt. Das gute Verhältniß Aegyptens zu Frankreich bewies die Stellung eines Bataillons Negersoldaten zu der französischen Expedition nach Mexico. Ismael Pascha nahm sich der Bodencultur, der Land- und Wasserstraßen, der Anpflanzungen, des Handels und der Industrie noch mehr als sein Vorgänger an. Wo sich früher unwirthbare Wüsten erstreckten, grünen jetzt durch Dampfpumpen bewässerte Saaten auf, bedeckt sich das Land mit der kostbaren Baumwollenstaude, deren Anbau, besonders in Oberägypten, mit zunehmendem Erfolge betrieben wird, und wo einst das Kameel mühsam durch Sand und Staub watete, rollt jetzt die Locomotive hin. Auch das durch mancherlei Krankheiten verrufen gewesene Klima hat sich in den letzten zehn Jahren ungemein verbessert, indem die vermehrte Vegetation den sonst so spärlichen Regen anzieht. Alexandrien, das im Anfange dieses Jahrhunderts nur 15,000 Einwohner hatte, zählt deren jetzt über 160,000, unter denen sich 30 bis 40,000 Fremde befinden. Unter dieser bunt gewürfelten Menge hatte Ueppigkeit und Sittenverderbniß, besonders eine unbändige Spielwuth überhand genommen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Sherif Pascha, erließ im November 1864 ein Rundschreiben an die europäischen Consulate, in welchem er denselben mittheilte, daß alle öffentlichen Spielhäuser unverzüglich geschlossen werden sollten, weil sie Veranlassung zu großen Unordnungen geworden seien.

Das günstige Verhältniß des Vicekönigs zur Pforte ermuthigte denselben zu einer im Orient nicht üblichen Veränderung in der Thronfolge. In manchen asiatischen Monarchien ernennt, von den häufigen Pallastrevolutionen abgesehen, der Souverän nach Belieben seinen Nachfolger unter seinen Söhnen, in anderen ist es immer der an Jahren älteste der Familie, welcher die Regierungsgewalt erbt. Letzteres fand auch in der Türkei statt und diese Einrichtung war auf Aegypten übergegangen. Ismael Pascha wünschte seinem noch im Kindesalter stehenden Sohn, Mehmed Tewfik Pascha, die Nachfolge mit Umgehung seines Bruders, Mustapha Fazil Pascha, zu verschaffen. Eine solche Neuerung war aber nicht ohne Genehmigung der Pforte möglich. Der Vicekönig gewann für seine Absichten zuerst die Minister des Sultans und dann diesen selbst, indem er sich zu einer bedeutenden Erhöhung des jährlichen Tributs verstand, ein großes Geschenk in Geld hinzufügte, die Haftung für die nächste Dividende der öffentlichen Schuld übernahm und ein Darlehen von einer Million Pf. St. garantirte (Mai 1866). Die Pforte erkannte demnach, in Widerspruch zu ihren eigenen Einrichtungen, die directe Thronfolge in der über Aegypten regierenden Dynastie an, die dadurch den europäischen Regentenhäusern ähnlich wurde. Mit dieser neuen Erbfolgeordnung sollte dem Ausbruch von Pallastrevolutionen und

politischen Meuchelmorden vorgebeugt werden. Denn schon zweimal seit dem Tode Mehemed Ali's war bei plötzlicher Erledigung des ägyptischen Thrones von bösem Spiel geflüstert worden. Wahrscheinlich wird aber der jetzige Vicekönig große Klugheit und Kraft nöthig haben, um den historischen Rang, zu dem er emporgestiegen ist, zu behaupten, da ein bloßer Ferman des Sultans schwerlich ausreichen möchte, um der von ihm getroffenen Neuerung Dauer zu verschaffen, zumal sein Bruder Mustapha eine Partei im Lande hat. Um noch mehr als bisher mit den alten Einrichtungen zu brechen, hob der Vicekönig die Polygamie in seiner Familie auf und forderte die Großen seines Landes zur Nachahmung dieses von ihm gegebenen Beispiels auf. Hiermit nicht zufrieden, wollte Ismael Pascha, der überzeugt war, daß seine Sicherheit eine möglichst große Annäherung an Europa verlangte, die, da die Religion ausgeschlossen blieb, nur in der Politik erreichbar war, seinem Staat eine Art von Repräsentativverfassung verleihen. Am 21. October 1866 wurde ein sie betreffendes Statut bekannt gemacht. Die Hauptsache in ihm war die Errichtung einer berathenden aber nicht entscheidenden Versammlung, die nach folgendem Modus zusammengesetzt sein sollte. Die Gemeindevorsteher (Scheiks el beled), welche dem Gesetz nach von der Landgemeinde gewählt werden müßten, in Wahrheit aber fast immer von der Regierung eingesetzt werden, versammeln sich nach ihren Provinzen, und wählen aus ihrer Mitte dreißig Individuen, die in der Provinzialhauptstadt zusammenkommen und eine Art von Kreislandtag bilden. Diese Versammlung ernennt ihrerseits wieder zwei Abgeordnete für das Parlament in Cairo, welches zur einen Hälfte aus diesen ländlichen Mitgliedern, zur anderen Hälfte aus städtischen Deputirten, die nach einem noch zu erlassenden Gesetz gewählt werden sollen, bestehen wird. Seine Competenz wird sich darauf beschränken, der Regierung gute Rathschläge zu ertheilen, Mittel zu ersinnen Geld aufzutreiben und die öffentlichen Ausgaben wenigstens einigermaßen zu regeln. Ein wesentlicher Fortschritt zum Bessern ist, daß der Eintritt in diese Versammlung den Bekennern jedes Glaubens offen steht. Die Bevölkerung ist im Allgemeinen dieser Reform günstig. Am 18. November (1866) wurde das Parlament in Cairo von dem Vicekönig mit einer Rede eröffnet, in der die Berathung rein innerer Angelegenheiten als der Zweck der Versammlung angegeben wurde. Der Vicekönig hat, nachdem er die an der Südgrenze seiner Staaten entstandenen Unruhen gedämpft, seine Truppenzahl verringert, und sich mit ganzer Kraft auf die innere Landescultur geworfen. Aegypten ist noch immer ein einziges Land, und vergilt vielfach die Arbeit, welche auf dasselbe verwandt wird. Seine Regierung ist jetzt in einer glücklicheren Lage als früher, indem sie nicht mehr von der Eifersucht zwischen England und Frankreich in Verlegenheit gesetzt und zu einer gefährlichen Wahl zwischen ihnen gezwungen wird. Diese

beiden Mächte haben in neuester Zeit gelernt, ihren Vortheil in Aegypten in freundschaftlichem Geist zu verfolgen, ohne sich gegenseitig verdrängen zu wollen. Die englische Eisenbahn über den Isthmus von Suez und der französische Kanal können friedlich neben einander bestehen.

Abessinien.

Dieses Land, das jetzt durch den Krieg mit den Engländern die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zieht, ist lange außer aller Verbindung mit Europa gewesen, und hat bisher unter unaufhörlichen Erschütterungen und inneren Kriegen von den spärlichen Ueberresten und den ersterbenden Traditionen einer frühern größern Zeit gelebt. Der Hauptstamm der Bevölkerung hat, ungeachtet seiner dunkeln Hautfarbe, nichts mit den Negern gemein, sondern gehört zur kaukasischen Race, und zeichnet sich, obgleich er unzweifelhaft aus Asien in seine jetzigen Wohnsitze gekommen ist, vor den Orientalen durch eine größere Beweglichkeit des Charakters und eine gewisse Perfectibilität des ganzen Wesens aus, durch die der Abessinier dem Europäer näher als der Perser, Hindu und Chinese steht. Aber der Ursprung, die Geschichte dieses Volkes, sein religiöser und politischer Zustand haben etwas Räthselhaftes, das bis jetzt noch wenig aufgeklärt ist. Das Christenthum ist früh von Aegypten nach Abessinien gekommen, und hat sich, während es im übrigen Afrika dem Islam erlag, daselbst erhalten, aber mit jüdischen Gebräuchen und Vorstellungen vermischt, die ihm ein fremdartiges Ansehen verleihen, obgleich der Kern derselbe wie in den christlichen Confessionen ist. Zur Zeit der Kreuzzüge fanden die Europäer, die mit Abessinien in Berührung kamen, eine von theokratischen Elementen durchzogene Monarchie vor, deren Oberhaupt sie den Priester Johannes nannten. Mehrere Jahrhunderte lang besaß Abessinien tüchtige Fürsten, Negus (König der Könige) genannt, die sich vornehmlich durch die Abwehr gegen den Islam auszeichneten, der in Nordafrika und an den Ufern des Rothen Meeres herrschend geworden war und auch in einigen Gegenden Abessiniens sich festgesetzt hatte. Dann verfiel das Königthum, ohne der Form nach ganz aufzuhören, nachdem es in einem David, Claudius, Fassilides, bedeutende Vertreter gehabt, und eine Menge von Häuptlingen erhob sich, die wie in Europa während des Mittelalters in beständige Kriege gegen einander verwickelt waren. Diese Feudalität hatte von jeher bestanden, aber so lange die Monarchie kräftig gewesen, ihr Haupt nicht erheben können. Außer den größeren Vasallen (Raz, Dedjaz), die sich im Wesentlichen von den Königen ganz unabhängig gemacht hatten, gab es einen zahlreichen niedern Adel (Balagult, Lehnsträger), dem frühern polnischen und ungarischen nicht unähnlich, der in seinen Besitzungen

ziemlich unumschränkt waltete, und nur zum Kriegsdienst verpflichtet war. Das Landvolk war an die Scholle gebunden. An einer städtischen industriellen Bevölkerung fehlt es in Abessinien nicht ganz, sie ist aber verhältnißmäßig wenig zahlreich und ohne Einfluß auf das Ganze. Die Geistlichkeit ist, so weit sie auch dem nachstehen mag, was man in Europa so nennt, der unterrichtetste Theil der Nation, eifrig in der Erfüllung ihrer religiösen Pflichten, hat aber, wie der russische Clerus, nur innerhalb ihrer Functionen Bedeutung, und ist der weltlichen Macht vollkommen untergeordnet. Ihr Oberhaupt wird Abuna (unser Vater) genannt, und von dem jakobitischen Patriarchen in Alexandrien geweiht. Die alte Dynastie, die sich einen fabelhaften, bis auf Salomo's Zeit zurückgehenden Ursprung beilegte, sank noch tiefer, als einst mit den letzten Merowingern in Frankreich der Fall gewesen. Während die großen Lehnsmänner um den vorherrschenden Einfluß im Reiche stritten, lebten die Könige in einer Art von Verbannung, ohne förmlich entsetzt zu sein, in der Stadt Gondar, so arm und vernachlässigt, daß einer von ihnen vor etwa vierzig Jahren oft am Nöthigsten Mangel litt. Die Kriege zwischen den ehrgeizigen Häuptlingen dauerten viele Jahre ohne andere Unterbrechung als die der momentanen Erschöpfung fort, und drohten Alles in eine unheilbare Verwirrung zu stürzen, bis es endlich einem von diesen Häuptlingen, der gegenwärtig unter dem Namen König Theodor mit den Engländern in Krieg gerathen ist, gelang, sich der Oberherrschaft zu bemächtigen und der Anarchie Grenzen zu setzen. Kassa Kuaranya, jetzt Theodor II genannt, ist um das Jahr 1818 in einer Familie des höhern abessinischen Adels (Dedjaz) geboren. Sein Vater war Statthalter der Provinz Kuara gewesen. Er zeichnete sich schon früh in den Kämpfen, in welchen die Häuptlinge verwickelt waren, durch eine Tapferkeit und Geschicklichkeit aus, die ihn bald im ganzen Lande bekannt machte. Wirkliche Ueberlegenheit an Geist und Charakter, grenzenlose Unternehmungslust, Ränke und Verräthereien aller Art führten Kassa Kuaranya endlich so weit, daß er in einer Versammlung von größern und kleinern Lehnsmännern, in Gondar zum König (Negus) gewählt und vom Abuna gekrönt wurde (1855). Er nahm den Namen Theodor an, den schon ein Negus im dreizehnten Jahrhundert mit Ruhm geführt hatte. Nach einer alten Prophezeihung sollte ein König dieses Namens das abessinische Reich in seinem alten Glanze wieder herstellen, die Türken besiegen und ihnen Jerusalem entreißen. Theodor verstand es, im Volk die Meinung zu verbreiten, daß ihm die Erfüllung dieser Prophezeihung übertragen sei. Er überwand nach und nach alle Nebenbuhler, sicherte die Grenzen seines Reichs gegen räuberische Nachbarn, trat den Ansprüchen des Vicekönigs von Aegypten kräftig entgegen, führte im Innern eine seit lange nicht mehr gekannte Sicherheit und Ordnung ein, und bewies für einen Halbbarbaren, der in einem so dunkeln

Theile der Welt wie Abessinien geboren war und seine Jugend unter immerwährenden Fehden zugebracht hatte, eine nicht gewöhnliche Einsicht. Sein Ehrgeiz bewog ihn, den alten Namen Aethiopien, unter welchem Griechen und Römer das ganze östliche Afrika, von dem Abessinien nur einen Theil ausmacht, umfaßt hatten, wieder hervorzusuchen, um hierauf den Anspruch auf Vergrößerung seines Reichs, wenn die Umstände ein Unternehmen der Art begünstigen sollten, zu stützen. Mit der Absicht, Abessinien seinen ursprünglichen Glanz zurückzugeben, hing seine Abneigung gegen den Katholicismus und dessen Missionäre zusammen, die er aus seinem Reich vertrieb, weil sie, seiner Meinung nach, die alte nationale Kirche verdunkeln wollten. Gegen die protestantischen Glaubensboten war er nachsichtiger, weil er ihren Proselytismus weniger fürchtete, obgleich er auch ihnen wenig Freiheit gestattete. Er wußte manches aus dem Umgang mit Fremden, namentlich mit Engländern, die seine Macht und sein Glück in seine Nähe gezogen hatte, zu lernen und zu benutzen, und die ihm auf diese Art zugekommenen Ideen nach seinen Zwecken umzugestalten.

Wiederholte Aufstände von Seiten der großen Vasallen, die seine Erhebung beneideten und ihn nicht als König anerkennen wollten, Verschwörungen gegen sein Leben, der mit seinen Erfolgen steigende Hochmuth, ein angeborner Zug von Grausamkeit, der durch die Sitten seines Volks und ein wildes Leben genährt wurde, brachten allmälig eine große Veränderung in seinem Charakter und seiner Regierungsweise hervor. Zahllose Hinrichtungen verdächtiger oder mißliebiger Personen, Abhauen der Hände und Füße gegen Kriegsgefangene angewandt, Preisgeben ganzer Provinzen an seine zuchtlosen Truppen, wenn die Statthalter sich ein Vergehen zu Schulden kommen ließen, Niederbrennen der Dörfer auf feindlichem Gebiet wurden bei Theodor stehende Gewohnheiten. Seine Barbarei beschränkte sich nicht auf Einheimische, sondern vergriff sich auch an Fremden. Zuletzt ging er so weit, den englischen Consul Cameron in Ketten legen zu lassen, nachdem er schon mehrmals andere Europäer gemißhandelt hatte. Ohne die Uneinigkeit der abessinischen Großen wäre König Theodor längst gestürzt. Seine Verweigerung jeder Genugthuung für gegen englische Unterthanen verübte Unbilden hat endlich die Langmuth Englands erschöpft. Ein englisches Heer steht jetzt auf abessinischem Boden, und es ist nicht unmöglich, daß dieses Land, sei es durch Theodor's Sturz oder Nachgiebigkeit einer regelmäßigen Verbindung mit der übrigen Welt und dem Einfluß der europäischen Civilisation geöffnet wird. Es wäre dies von Wichtigkeit, da Abessinien ein Land fast so ausgedehnt wie ganz Deutschland und von großer Fruchtbarkeit ist, und seine Bevölkerung, obgleich durch den Despotismus herabgekommen, für sehr begabt gelten kann, und, nach den Aussagen unterrichteter Reisender von verschiedenen Nationen, die bildungsfähigste aller Racen ist, die den Boden Afrika's bewohnen.

Madagaskar.

Die Franzosen hatten auf dieser Insel, die größer als Frankreich ist, seit Richelieu mehrmals aber immer vergeblich Fuß zu fassen und sie in eine französische Colonie zu verwandeln gesucht. Nach dem Tode des Königs Radama I. (1828) hatte seine Wittwe Ranawalo das Land mit unumschränkter Macht und mit einer Grausamkeit regiert, die selbst unter der an den Despotismus von jeher gewöhnten Bevölkerung Verschwörungen und Unruhen hervorrief, die zu immer neuem Blutvergießen Veranlassung gaben. Während der Regierung ihres verstorbenen Gemahls hatte das Christenthum, der Handel mit den Europäern und die Civilisation sich auf der Insel zu verbreiten angefangen, aber unter ihrer langen Herrschaft wurden diese Keime wieder vernichtet. Sie vertrieb die Missionäre, ließ alle diejenigen unter ihren Unterthanen hinrichten, die im Rufe standen, von ihnen bekehrt zu sein, erschwerte den Verkehr mit dem Auslande durch die Einführung hoher Eingangszölle, und hob alle unter ihrem Vorgänger von Europäern errichteten Fabriken, mit Ausnahme solcher, die zur Anfertigung von Kriegsmaterial dienten, auf. Auf sie, die 1861 starb, folgte ihr Sohn Rakoto, der den Namen Radama II. annahm, und, wie an Gemüthsart und Bildung das Gegentheil von seiner Mutter, eine von der ihrigen ganz verschiedene Politik annahm. Er zeigte sich dem Christenthum geneigt, schaffte eine Menge von Mißbräuchen ab, und erschloß das Land dem Verkehr mit den Fremden. Es scheint aber, daß er dabei zu wenig Rücksicht auf die Vorurtheile der Bevölkerung im Allgemeinen und die Interessen der herrschenden Race der Howas nahm, die er zurücksetzte und sich mit Ausländern und Emporkömmlingen umgab. Auch vernachlässigte er es, dem barbarischen Volk, das er beherrschte, die nöthige Furcht vor seiner Macht einzuflößen, bekümmerte sich wenig um das Heer, und ließ die von seiner Mutter erhaltenen Waffenfabriken eingehen. Den meisten Anstoß erregte er bei der einheimischen Aristokratie durch das Vertrauen, welches er einem Franzosen Namens Lambert erwies, dem er den Herzogstitel verlieh, große Ländereien schenkte, und ohne dessen Rath er nichts unternahm. Radama II. begriff die Vorzüge der europäischen Civilisation, besaß aber nicht die nöthige Stärke des Charakters und Verstandes, um sie im eigenen Lande zur Geltung zu bringen. Es brach eine Pallastrevolution aus, in der er selbst und ein Theil seiner Anhänger umkamen. Seine Gemahlin, die Königin Rahoserina, soll bei derselben betheiligt gewesen sein. Lambert mußte flüchten, seine Besitzungen, obgleich in gültiger Form übertragen, wurden ihm entrissen, und es kamen Mißhandlungen und Angriffe gegen die europäischen Colonisten, namentlich die Franzosen unter ihnen, vor (October 1864). Indessen war der Nachfolger des ermordeten Königs, Rainilairivony, den Europäern ebenfalls,

wenn auch in vorsichtigerer Weise geneigt, und man hegte in Madagaskar große Scheu vor der Macht Frankreichs, die man in früheren Zeiten mehrmals erfahren hatte. Die neue Regierung wagte es deshalb nicht, die Entschädigungen, welche das französische Cabinet für seine bei den inneren Unruhen in Madagaskar verletzten Unterthanen forderte, abzulehnen, sondern suchte nur eine Ermäßigung und längere Fristen zur Abzahlung nach. Die der Compagnie von Madagaskar, die ihren Sitz in Paris hatte, bewilligten Entschädigungssummen wurden ihr im Betrag von 1,200,000 Fr. ausgezahlt. Die dem Franzosen Lambert von Radama II. gemachten Concessionen wurden ihm abgekauft und die betreffenden Urkunden vernichtet. Mit England und Frankreich kamen Freundschafts- und Handelsverträge zu Stande. Dem nach Madagaskar gesandten diplomatischen Agenten Frankreichs, de Louvières, wurde in Tamatava, der Hauptstadt der Insel, ein ausgezeichneter Empfang zu Theil (October 1866). Mit Gewalt könnte selbst die vereinte Macht Englands und Frankreichs gegen die vier Millionen Einwohner Madagaskars nicht dasselbe wie gegen die hundertmal größere Bevölkerung China's ausrichten, außer mit Darbringung ungeheurer Opfer, die selbst im Fall des Gelingens zu den Ergebnissen des Unternehmens in keinem Verhältniß stehen würden. Denn die Küsten der Insel sind sumpfig, im höchsten Grade ungesund, und die Gebirge im Innern bieten zahllose Vertheidigungspunkte dar. Das einheimische Heer von 30,000 Mann ist sehr mittelmäßig organisirt, würde aber mit Hülfe der natürlichen Beschaffenheit des Bodens im Stande sein, die Eroberung schwer oder unmöglich zu machen. Ein Haupthinderniß bei der Civilisirung Madagaskars ist die, so zu sagen, unreine Mischung seiner Bevölkerung, die von malayischer, arabischer und negerartiger Abkunft ist, aber aus den übelsten Elementen im Charakter und den Sitten dieser Racen besteht. Diese große Insel ist so reich an Erzeugnissen des Mineral- und Pflanzenreichs, an Metallen, darunter Gold, Silber, Kupfer, an Edelsteinen, Salz, den kostbarsten Holzarten, und so geeignet zum Anbau aller Produkte der heißen und gemäßigten Zone, daß die seefahrenden Nationen Europa's sich von dem Mitbesitz dieser Schätze nicht für immer werden ausschließen lassen.

Amerika, aus Gewohnheit noch immer, obwohl seit der Colonisirung Australiens sehr uneigentlich die neue Welt genannt, eine Bezeichnung, die außerdem in geologischer Beziehung nie wahr gewesen ist, bietet unter allen Erdtheilen die größten physischen und moralischen Contraste dar. Bei seiner Lage zwischen dem nördlichen Eismeer und dem Cap Horn enthält es die Erzeugnisse aller Zonen; seine Gebirgszüge haben nicht ihres Gleichen an Ausdehnung, seine Ströme übertreffen die meisten anderen an Wasserreichthum; das Mineral- und Pflanzenreich

erscheint daselbst in seiner größten Mannigfaltigkeit. Amerika besitzt, was die Bevölkerung betrifft, Ableger von fast allen Racen, und zeigt die verschiedenartigsten gesellschaftlichen Zustände und Culturstufen von der ausgedehntesten Freiheit der Einen bis zu der härtesten Sklaverei der Anderen, von der feinsten geistigen Ausbildung bis zu einem sich kaum über die thierischen Instinkte erhebenden Dasein. Die Civilisation Amerika's ist eine Fortsetzung der europäischen, hat sich die Resultate einer langen und mühevollen geistigen Arbeit angeeignet, und kann, von Hause aus von manchen hemmenden Schranken und Ueberlieferungen befreit, in einzelnen Richtungen über den gegenwärtigen Standpunkt Europa's hinausgegangen und dem Ziel der jetzigen Weltbewegung näher getreten sein. Es wird aber Amerika immer an der tiefen geschichtlichen Quelle, aus welcher das moderne Europa durch seine unmittelbare Verbindung mit dem Alterthum geschöpft hat, und an der allumfassenden produktiven Kraft fehlen, von der die europäischen Hauptvölker seit einem Jahrtausend so viele Beweise geliefert haben. In Amerika ist die Natur größer als die Geschichte, wovon in den lebensvollsten Theilen Europa's das Gegentheil stattfindet, ein Unterschied, der schwerlich je ganz verschwinden und Europa immer eine Superiorität an allgemeiner Cultur erhalten wird.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Diese Republik, die jüngste Schöpfung unter den Mächten ersten Ranges, aber an Ausdehnung, Bevölkerungszahl und Reichthum so zunehmend, daß seit den Zeiten des alten Roms nichts Aehnliches in der Geschichte hervorgetreten ist, schien alle die Befürchtungen zu widerlegen, welche man gegen das Bestehen großer demokratischer Gemeinwesen von jeher aufgestellt hat. Obgleich seit dem Anfange des Jahrhunderts in sonst unerhörten Proportionen gewachsen, vom atlantischen Ocean bis zum stillen Meer, von den düstern Einöden der freien Indianer im Norden bis zu der tropischen Natur am Golf von Mexico reichend, von Menschen verschiedener Racen und Confessionen bewohnt, von wechselnden Oberhäuptern regiert, ohne einen Alles an sich ziehenden Mittelpunkt, sind die Vereinigten Staaten nicht nur nicht auseinander gefallen, wie man so oft vorhergesagt hatte, sondern bis auf die letzte Zeit nicht einmal von bedeutenden inneren Unruhen, wie so viele andere centralisirte Staaten, heimgesucht worden. So frei auch die politischen Parteibewegungen sich in Nordamerika geltend machen konnten, so traten sie doch lange Zeit über nicht aus den von der Verfassung vorgezeichneten Grenzen hinaus. Aber es gab, ungeachtet dieser scheinbaren Harmonie, im Schooß der Union zwei große Gegensätze, welche, lange

von der Form äußerer Gesetzlichkeit verhüllt, jeder sich in seiner Natur befestigend, von keiner höheren, über beiden stehenden Macht gebändigt, zuletzt mit einander in Widerstreit gerathen mußten. Es waren dies die nördlichen Staaten der Union, in denen die herrschende Partei in neuester Zeit sich Republikaner, und die südlichen Staaten, in denen sie sich Demokraten zu nennen angefangen hatten. Der wesentlichste Unterschied zwischen beiden Gruppen, aus denen alle übrigen zwischen ihnen stattfindenden Gegensätze entstanden waren, lag in dem Bestehen der Sklaverei in den Südstaaten, als der Grundlage des ganzen socialen Zustandes, während die freie Arbeit das Lebensprincip der Nordstaaten ausmachte. Was den Einfluß dieser radikalen Verschiedenheit auf den Charakter der Bevölkerung in den betreffenden Staaten und die Politik der Parteien betrifft, so ist davon in einem früheren Abschnitt über Nordamerika gehandelt worden. (B. XVIII. S. 572. 577—578.)

Die Süd- oder Sklavenstaaten, obgleich an Ausdehnung, Bevölkerung und Reichthum den Nordstaaten weit nachstehend, hatten schon seit langer Zeit in allen Angelegenheiten der Union, von denen ihre Interessen berührt wurden, die Entscheidung an sich zu reißen gesucht. Es war ihnen dies auch bis auf einen gewissen Grad gelungen. Obgleich numerisch viel schwächer als die Nordstaaten, ersetzten sie diesen Mangel durch die vollständige Uebereinstimmung, mit der ihre Angehörigen in den Ministerien, im Congreß und in der Presse auf dieselben Zwecke hinarbeiteten, während unter den Nordstaaten Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren, die selbst in wesentlichen Dingen auseinandergingen. Die socialen Principien des Südens fanden im Norden Anhang, wurden wenigstens geduldet, aber im Süden konnte keine Abweichung von dem daselbst herrschenden Geist aufkommen, sondern wurde alsbald ausgestoßen und geächtet. Doch war die Institution der Sklaverei und die mit ihr zusammenhängenden Einrichtungen den Ueberzeugungen, den Sitten und dem ganzen Wesen des Nordens zu entgegengesetzt, als daß derselbe sie für immer hätte gelten lassen können. Da die Nordstaaten, wenn sie fest zusammen halten wollten, in der Gesetzgebung und inneren Politik eine unbestreitbare Ueberlegenheit besaßen, da es nicht wahrscheinlich war, daß ihre bisher gegen den Süden bewiesene Nachgiebigkeit von Dauer sein werde, so war unter den eifrigsten Verfechtern der Sklaverei der Wunsch nach einer Trennung von den Nordstaaten und der Gründung einer selbständigen Conföderation entstanden, indem sie fürchteten, über kurz oder lang von dem Norden überstimmt und zum Aufgeben ihrer besonderen Richtung gezwungen zu werden. Indessen schien die Trennung von den Nordstaaten immer mit so vielen Schwierigkeiten verbunden zu sein, der Gedanke an die von einem Versuche der Art unzertrennlichen Gefahren und Opfer lag so nahe, daß alle Gemäßigten und Besonnenen vor ihnen zurückschrecken, und ein neues und entscheidendes

Ereigniß nöthig war, um den Plan der Separation zur Ausführung zu bringen.

Die Präsidentenwahl stand bevor, die unter den vorhandenen Umständen von tiefem Einfluß auf die Zukunft werden mußte. Die Hinrichtung des bis zum Wahnsinn erhitzten Gegners der Sklaverei, John Brown, der mit einer Handvoll Leute einen Versuch zu ihrer Abschaffung gemacht und dabei seinen Untergang gefunden hatte (November 1859); die gegenseitigen Angriffe im Congreß und in der Presse, die immer persönlicher und leidenschaftlicher wurden; die herausfordernde Haltung des Südens gegen den Norden, die in diesem ebenfalls die Ueberzeugung hervorrief, daß der gegenwärtige Zustand nicht lange mehr erhalten werden könne; Alles kündigte an, daß der Moment einer großen, ja der größten Krisis, die seit Gründung der Republik eingetreten war, herannahte. Nach Beseitigung mehrerer Candidaten, unter denen Stephan Douglas, Jefferson Davis und William Seward den meisten Anhang hatten, wurde Abraham Lincoln, bisher weniger bekannt als diese seine Mitbewerber, zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt (4. November 1860). Stephan Douglas, Senator für Illinois, war Urheber der Bill, welche den Compromiß von Missouri aufgehoben und dadurch die Einführung der Sklaverei in Kansas möglich gemacht hatte. Zweimal, 1852 und 1856, war er der vorgezogene Candidat der Südstaaten für den Präsidentenstuhl gewesen, aber aus demselben Grunde an dem Widerstande der Nordstaaten gescheitert. Seit der Zeit hatte sich ihm die Ueberzeugung aufgedrängt, daß, um die erste Würde in der Republik zu erlangen, bei dem Umsichgreifen der abolitionistischen Ideen, die Unterstützung des Südens nicht mehr ausreiche, und er hatte sich in den letzten Jahren im Norden populär zu machen gesucht, indem er bei jeder Gelegenheit dem Präsidenten Buchanan und dessen Hinneigung zu den Interessen der Sklavenstaaten entgegen arbeitete. Douglas wollte zwischen dem Norden und Süden vermitteln, und neigte sich bald auf die Seite des einen, bald auf die des anderen hin, verlor aber bei diesem Spiel das Vertrauen der demokratischen Partei, ohne das der republikanischen zu gewinnen, und verfehlte seinen Zweck. Auf einem anderen Wege als Douglas suchte Jefferson Davis, Mitglied des Senats für Mississippi, sich den Weg zum Präsidentenstuhle zu bahnen, indem er sich zu einem unbedingten Vertheidiger der Sklaverei aufwarf, dieselbe auch in den noch nicht zu Staaten erhobenen Bundesterritorien eingeführt wissen wollte, und bestimmter, als vor ihm geschehen war, auf die Trennung des Südens vom Norden hinwies. Er war, nachdem er im Kriege gegen Mexico militärisches Talent an den Tag gelegt hatte, unter Pierce's Verwaltung zum Kriegsminister ernannt, von Buchanan aber wieder entfernt worden, weil ihn dieser für einen zu leidenschaftlichen Parteimann hielt. Jefferson Davis erwarb sich durch seine ausschließenden Ansichten

großen Anhang unter der Menge in den Sklavenstaaten, fand aber in seiner eigenen Partei Gegner, theils solche, die überhaupt seine Grundsätze für übertrieben und unanwendbar hielten, theils solche, die von diesen Grundsätzen eine Spaltung unter den Demokraten besorgten, indem die des Nordens nie unbedingt auf die Consequenzen der von Jefferson Davis aufgestellten Principien eingehen würden. In den Reihen der Republikaner zeichnete sich William Seward, Senator des Staates New-York, durch Ruf und Talent aus, galt aber in den Augen der Demokraten für den entschiedensten Gegner des Sklavenwesens, was seine Wahl zum Präsidenten unmöglich gemacht hatte. Obgleich diesen und einigen anderen politischen Notabilitäten an Beredtsamkeit und Kenntnissen nachstehend, besaß Lincoln Eigenschaften, die ihn unter den gegebenen Verhältnissen als besonders geeignet für die erste Stelle in der Republik erscheinen lassen konnten. Es herrschte in ihm ein glückliches Gleichgewicht zwischen Geist und Charakter, zwischen Wollen und Können, das seinem Wesen eine unter seinen Landsleuten nicht gewöhnliche Harmonie verlieh, während sonst bei den begabten Nordamerikanern eine Seite ihrer Natur auf Kosten der übrigen übermäßig hervorzutreten pflegt. Lincoln besaß hinlängliche Kenntniß des Einzelnen, ohne die allgemeine Lage der Dinge aus den Augen zu verlieren, war durch Studium und Praxis mit allen Verhältnissen seines Landes bekannt, ohne ausschließend einem derselben anzugehören. Selbständig ohne Eigensinn, war er geneigt von den Talenten Anderer Gebrauch zu machen, ohne seine durch Nachdenken und Erfahrung erworbenen Ansichten aufzugeben. Von streng sittlicher Haltung in seinem Privatleben, das vor aller Welt offen da lag, human und religiös gesinnt in seinen Grundanschauungen, verdiente er es, in einem freien und jungen Volk, wie das der Vereinigten Staaten, wo jeder seines Glückes Schmidt und der Sohn seiner Thaten ist, zu einer hohen Stellung zu gelangen.

Die Herkunft, das Leben und die Schicksale Lincoln's sind so eigenthümlicher Natur, was ihn selbst betrifft, und so bezeichnend für die nordamerikanischen Zustände, daß sie einer besonderen Erwähnung nicht unwürdig sind. Im Jahr 1809 im Staat Kentucky geboren, verlor derselbe im Alter von sieben Jahren seinen Vater, einen einfachen Landmann, der mehrere Kinder und kein Vermögen zurückließ. Seine Familie begab sich aus Kentucky nach Indiana, wo Lincoln, bei sehr beschränktem nur im Winter möglichem Schulunterricht, erst das Vieh hütete, dann Lehrling in einer Maschinenfabrik wurde, und später auf Dampfschiffen und Eisenbahnen arbeitete. Im Jahr 1830 wanderte er nach Illinois aus, das sich rasch zu bevölkern anfing, wo er ein Jahr lang auf einem bei Springfield gelegenen Landgut für Tagelohn arbeitete. Daselbst fand er Zeit und Gelegenheit, seine vernachlässigte Schulbildung einigermaßen zu ergänzen. Er wurde hierauf Gehülfe in einem Handels-

geschäft, und trat bald nachher in ein Corps Freiwilliger ein, das zur Vertheidigung der Grenzen gegen räuberische Indianerstämme bestimmt war. Er zeichnete sich in diesem Verhältniß so aus, daß er von seinen Kameraden zu ihrem Führer gewählt wurde. In dieser Zeit war wie in seinem Innern so auch in seiner äußeren Stellung eine bedeutende Veränderung vorgegangen. Er hatte sich, indem er auf Alles, was um ihn her vorging, aufmerksam war und keinen Augenblick für seine Fortbildung verlor, eine so genaue Kenntniß der nordamerikanischen Gesetze und der besonderen Verhältnisse von Illinois erworben, daß er als Anwalt vor Gericht fungiren konnte und in die gesetzgebende Versammlung seines Staates gewählt wurde. Im Jahr 1846 trat er in das Repräsentantenhaus ein, wo sich für ihn ein größerer politischer Wirkungskreis öffnete. Von dieser Zeit an zog er die öffentliche Aufmerksamkeit, besonders in den westlichen Staaten der Union, auf sich, und galt für einen der Führer der republikanischen Partei. Die Besonnenheit und Mäßigung, die in praktischen Dingen, ungeachtet der Entschiedenheit seiner Grundsätze, Lincoln's Wesen bezeichnete, erwarb ihm im Norden und Westen so großes Vertrauen, daß er, sobald er sich um die erste Stelle in der Republik zu bewerben anfing, des Erfolges fast gewiß sein konnte. Der ganzen Partei, zu welcher er gehörte, empfahl er sich durch seinen Widerstand gegen die Ausdehnung der Sklaverei, die von den Südstaaten beabsichtigt wurde; die Fabrikstaaten wurden über ihre Zukunft durch seine Hinneigung zum Schutzzollsystem beruhigt; die Masse begrüßte in ihm einen von Ihresgleichen, der durch Verstand, Redlichkeit und Thatkraft die Schranken seines Ursprungs überstiegen hatte. Anstatt seine Erhebung zu beneiden, sahen sie in derselben ihren eigenen Triumph und einen Beleg für die Trefflichkeit der republikanischen Institutionen, die jeden, ohne Unterschied der Herkunft an den ihm gebührenden Platz stellen.

Von ganz anderer Art waren aber die Gefühle, welche Lincoln's Wahl in den Südstaaten erregte. Dort kam, was ihn anderswo persönlich empfehlen konnte, nicht in Betracht. Es genügte, daß er zur republikanischen Partei gehörte und der Sklaverei grundsätzlich entgegen war, um ihn, seinen Charakter, seine Meinungen, seine Handlungsweise verwerflich zu finden. Der Gedanke an Trennung von der Union hatte in den letzten Jahren im Süden nicht nur öffentlich durch die Presse, sondern auch auf geheimen Wegen um sich gegriffen. In den Baumwollenstaaten, besonders in Luisiana und Mississippi, hatte sich zu diesem Zweck ganz im Stillen eine Verbindung gebildet, die darauf ausging, die Errichtung einer eigenen südstaatlichen Republik vorzubereiten, welche die Sklaverei zur Grundlage haben sollte. Ihre Mitglieder nannten sich die „Ritter vom goldenen Cirkel". Es war dabei nicht blos auf die Fortdauer der Sklaverei, da wo sie einmal bestand, sondern auch

auf deren Vermehrung abgesehen. Der Sklavenhandel war nach den Gesetzen der Vereinigten Staaten bei Todesstrafe verboten und der Preis der Sklaven deshalb fortwährend im Steigen begriffen. Gelang es den Staaten, wo die Baumwollencultur die Hauptindustrie bildete, sich von der Union loszureißen, so war nicht blos die Sklaverei gesichert, sondern auch die Einfuhr der Neger, bei der man jetzt seinen Kopf auf's Spiel setzte, keinen weiteren Schwierigkeiten ausgesetzt. Die in den oben genannten Staaten gegründete Verbindung mußte deshalb geheim bleiben, arbeitete aber daran, sich über den ganzen Süden auszudehnen. Die Ritter vom goldenen Cirkel gingen aus den wohlhabenden Klassen hervor, besaßen eine militärische Organisation, und es war ihnen schon gelungen, den Gesetzen zum Trotz, viele Neger aus Afrika auf dem Mississippi einzuführen. William Walker, der berüchtigte nordamerikanische Abentheurer, der mit den Rittern vom goldenen Cirkel in Berührung getreten, hatte sich für eine Zeit lang zum Präsidenten von Nicaragua aufgeworfen und die Sklaverei daselbst eingeführt. Die Vertheidiger dieser Institution hofften, daß das von Walker gegebene Beispiel in den Nachbarstaaten bald Nachahmung finden und in einigen Jahren in ganz Südamerika um sich greifen werde, zumal die Sklaverei dort früher überall bestanden hatte und in Brasilien noch bestand. Die Leiter der separatistischen Bewegung waren überzeugt, daß, sobald ihnen die Trennung von der Union und die Gründung einer selbständigen Republik gelungen war, dieselbe auch mehre der früheren spanischen Provinzen zu sich hinüberziehen und sich über die Küsten und Inseln des Golfs von Mexico ausdehnen werde. Die Sklaverei sollte dort überall eingeführt und die Einfuhr der Neger aus Afrika frei gegeben werden. Die glückliche Lage und außerordentliche Fruchtbarkeit dieser Gegenden, die geringen Kosten der Bearbeitung würden die Bodenrente unermeßlich steigern und die dortigen Eigenthümer zu den reichsten Leuten der Erde machen. Die Gleichheit der Interessen würde, ungeachtet der sonstigen Verschiedenheiten, die weiße Bevölkerung in einer aus den Südstaaten der Union und den ihnen nahe liegenden ehemaligen spanischen Colonien zusammengesetzten Republik zu einem festen Ganzen verbinden und einen mächtigen Staat bilden. Der natürliche Reichthum der Landschaften und Inseln, die man nach der Trennung von der Union der neuen Republik einverleiben wollte, war der Grund, warum die Mitglieder der Verbindung, welche der Erreichung dieses Ziels nachstrebten, sich die Ritter vom goldenen Cirkel nannten. Wie phantastisch dieser Plan sich jetzt ausnehmen mag, nachdem er vollkommen gescheitert, damals war er nicht ohne Möglichkeit des Erfolges. Gelang es den Sklavenstaaten, sich von der Union loszumachen, so würden sie sich wahrscheinlich weit nach Süden hin verbreitet haben. Denn sie besaßen unendlich mehr Kraft, Organisation und Disciplin, als die ehemaligen spanischen Colonien. Wenn man bedenkt, was ein

Abentheurer, wie Walker, ohne Mittel und ohne vorangegangenen Ruf, wenn auch nur für einen Augenblick, durch kühne Benutzung der in Centralamerika um sich greifenden Anarchie, auszurichten im Stande gewesen, so würde der Aristokratie in den Südstaaten, wenn sie an der Spitze einer selbständigen Republik gestanden hätte, Größeres und Dauernderes geglückt sein. Der chaotische Zustand, die unaufhörlichen Schwankungen in jenem Theil Amerika's konnten Alles als möglich erscheinen lassen.

Es waren übrigens keine geheimen Verbindungen, keine besonderen Anreizungen nöthig, um den Süden zum Bruch mit dem Norden zu veranlassen. Ein solcher war schon seit Jahren vorbereitet, und es bedurfte nur eines Anstoßes, wie die Wahl Lincoln's zum Präsidenten, um ihn zu beschleunigen. Die Aristokratie in den Sklavenstaaten glaubte diese jetzt dargebotene Gelegenheit um jeden Preis ergreifen zu müssen, wenn der Süden dem Norden nicht auf gesetzlichem Wege erliegen sollte. Blieb die Union wie bisher bestehen, so war bei der raschen Zunahme der Bevölkerung in den Nordstaaten vorauszusehen, daß dieselben eben so viele Sitze im Repräsentantenhause gewinnen, als die Südstaaten verlieren würden. Die Gesammtzahl der Repräsentanten war unveränderlich, aber der von den einzelnen Staaten dazu gelieferte Beitrag hing von der in denselben alle zehn Jahre vorzunehmenden Volkszählung ab. Nach dem Census von 1860 war zu erwarten, daß Virginien zwei, vielleicht drei Repräsentanten, Südcarolina wenigstens einen verlieren würde. Es war höchst wahrscheinlich, daß die Vertretung der Südstaaten sich um sechs bis sieben Stimmen vermindern, die der Nordstaaten um eben so viele vermehren, und letztere demnach im Stande sein würden, die Sklaverei fortan systematisch zu bekämpfen. Die Masse der Weißen in den Südstaaten war eben so wie die Aristokratie zur Trennung von der Union geneigt. In ihren Augen war jede Handarbeit eines Freien unwürdig, und der Anspruch eines „kleinen Weißen", wie die ärmeren Bürger von den großen Plantagenbesitzern genannt wurden, ging dahin, wenigstens Einen Sklaven zu besitzen, dem er die nöthigsten häuslichen Arbeiten auflegen konnte. Dies war aber so lange unmöglich, als das Verbot der Einfuhr der Neger bestand, und ohne Aufhebung der Union konnte hierin keine Aenderung eintreten. Es war im Süden unter den verschiedenen Klassen der freien Bevölkerung ein Verhältniß entstanden, das in mancher Beziehung an die gegenseitige Stellung der Patricier und Plebejer im alten Rom erinnerte. Das größere Grundeigenthum in den Sklavenstaaten hatte sich allmälig in einer gewissen Anzahl von Familien concentrirt. Diejenigen unter den ärmeren Freien, die nicht Handwerker, Krämer und Schiffer werden wollten, oder sich nicht für die kleineren Staats- und Gemeindeämter, welche die Aristokratie verschmähte, eigneten, traten bei den reichen Besitzern als Verwalter, Rech-

nungsführer, Aufseher u. s. w. ein, oder lebten auch von deren Spenden und Unterstützungen. Dagegen waren diese unbemittelten Bürger verpflichtet, bei den Wahlen im Sinne ihrer Patrone zu stimmen, und ihnen überhaupt im öffentlichen Leben zur Hand zu gehen. Die „kleinen Weißen" besaßen den Sklaven gegenüber denselben Stolz wie die Reichen und hingen an einem Zustande, der ihnen erlaubte, die täglichen Mühen des Lebens von sich abzuwälzen. Sie sahen den Norden mit seinen abolitionistischen Ideen als einen Feind ihrer Vorzüge an, und wünschten eben so wie die großen Grundeigenthümer den Bruch der Union, von deren Gesetzen das privilegirte Dasein des Südens unaufhörlich beschränkt und bedroht wurde. Durch die Trennung vom Norden, die Ausdehnung der Sklaverei und die Freigebung der Negereinfuhr hofften die unbemittelten Freien in den Südstaaten ebenfalls zu Eigenthümern und Sklavenhaltern werden zu können. In solcher Lage und Stimmung war eine Collision zwischen den Nord- und Südstaaten unvermeidlich geworden.

In Gemäßheit der Verfassung der Vereinigten Staaten blieb der Präsident Buchanan noch vier Monate nach der Erwählung seines Nachfolgers, also bis zum 4. März 1861, im Amt. Diese Periode des Ueberganges, die zuweilen eine schwierige ist, mußte es diesmal besonders sein, wo die Republik an der Schwelle einer Katastrophe stand. Die vollziehende Gewalt lag noch ganz in Buchanan's Händen, aber er that nichts, um sie geltend zu machen. Obgleich im Ganzen sich zu den Grundsätzen der Südstaaten neigend, konnte er nicht umhin, in seiner an den Congreß gerichteten Botschaft vom 3. December 1860 zu erklären, daß die Wahl Lincoln's vollkommen gesetzlich sei, und daß die Gerechtigkeit und Achtung vor der Verfassung keine Beanstandung derselben erlaube, setzte aber zugleich hinzu, daß er nach langer und reiflicher Ueberlegung zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß weder Congreß noch Präsident das Recht haben, einen Staat, der sich aus dem Bundesverhältniß zurückziehen wolle, mit Gewalt in demselben festzuhalten. Dies hieß die separatistische Bewegung, die sich ankündigte, im Voraus sanctioniren. Wahrscheinlich würden die Sklavenstaaten auch ohne die zustimmende Erklärung Buchanan's auf ihren Absichten beharrt haben, vielleicht aber nicht so rasch und entschieden aufgetreten sein. Die von dem abgehenden Präsidenten ausgesprochene Ansicht über die Freiwilligkeit des Bundesverhältnisses blieb selbst in den Nordstaaten, wo er in der demokratischen Partei, denn auch dort gab es eine solche, der er zum Theil seine Wahl verdankt hatte, nicht ohne Wirkung, mußte aber die Südstaaten in ihren Trennungsgelüsten noch bestärken.

Das Zeichen zur Losreißung von der Union wurde von Südcarolina nur siebzehn Tage nach Buchanan's Botschaft gegeben. Obgleich die

gewinnreiche Cultur der Baumwolle in diesem Staat am frühesten eingeführt worden, so war er dennoch an Reichthum und Bevölkerung zurückgeblieben. Der Boden schien schon seit langer Zeit erschöpft zu sein, und die Auswanderung nach dem fruchtbaren Mississippithale war zur Gewohnheit geworden. Charleston, die Hauptstadt von Südcarolina, das noch im Anfange dieses Jahrhunderts einer der blühendsten Orte der Vereinigten Staaten gewesen, war erst stehen geblieben und zuletzt in Verfall gerathen. Südcarolina maß sein Sinken den Nordstaaten bei, von denen nach seiner Meinung der Süden durch den Zolltarif und die Reglements über die Navigation ausgebeutet wurde. Dadurch sei es geschehen, daß die Südstaaten den unmittelbaren Verkehr mit Europa eingebüßt hätten, und um ihre Erzeugnisse dahin abzusetzen sich New-Yorks, Bostons und Philadelphia's bedienen müßten, die allen Vortheil aus diesem Zwischenhandel zögen. Die Eifersucht auf den zunehmenden Reichthum der Nordstaaten machte Südcarolina für die separatistischen Ideen besonders empfänglich. Die Verfassung dieses Staates begünstigte eine solche Tendenz. Es herrschte daselbst eine Oligarchie, der der Boden und fast die ganze Sklavenbevölkerung, die nirgends sonst im Verhältniß so zahlreich war, gehörte. Die unbemittelten Freien hingen ganz von dieser Oligarchie ab und theilten deren Meinungen und Interessen. Die abolitionistischen Bestrebungen der Republikaner im Norden wurden deshalb nirgends so sehr wie von den Demokraten in Südcarolina verabscheut. Die Wahl Lincoln's brachte diese Gesinnung zum Ausbruch. Sobald dieselbe bekannt geworden, wurde die Bundesfahne von allen öffentlichen Gebäuden, welche nicht dem Staat Südcarolina, sondern der Union gehörten, abgenommen und durch das besondere Sinnbild dieses Staates, den Palmbaum, ersetzt. Die in aller Eile einberufenen Kammern (17. December 1860) decretirten die Errichtung eines Corps von 10,000 Freiwilligen zur Vertheidigung des Landes, bewilligten die nöthigen Credite zu deren Ausrüstung, zur Befestigung des Hafens von Charleston und der Küste von Südcarolina, und eine Anleihe, um die Kosten des bevorstehenden Krieges zu bestreiten. Um das Geld im Lande zur Verfügung der Regierung zu behalten, wurden die Banken ermächtigt, ihre Zahlungen in Papier zu leisten, und die Ausfuhr der edlen Metalle untersagt. Diese Maßregel war vornehmlich gegen die Nordstaaten gerichtet, indem die Gläubiger der südstaatlichen Grundbesitzer meist in New-York und den anderen großen Städten des Nordens ihren Sitz hatten. Am 20. December sprach die gesetzgebende Versammlung von Südcarolina die Trennung dieses Staates von der Union aus. Diesem Beispiel folgten im Laufe des Januars (1861) nach einander: Mississippi, Florida, Alabama, Georgien, Luisiana. Die aus der Union ausgetretenen Staaten constituirten sich in Montgomery, einer kleinen in Alabama gelegenen Stadt, zu einer eigenen Conföderation

und wählten den ehemaligen Kriegsminister Jefferson Davis, der seit Jahren für diese Scission thätig gewesen war, zu ihrem Präsidenten.

Die Disproportion der natürlichen Kräfte zwischen der Union und dieser neuen Republik war so groß, daß bei einem ausbrechenden Kampf ein glücklicher Ausgang für letztere, ohne das Hinzutreten außerordentlicher Umstände, höchst ungewiß erscheinen mußte. Die Nordstaaten zählten achtzehn Millionen Einwohner, die Südstaaten deren noch nicht ganz fünf, von denen die Hälfte aus Sklaven bestand. Die Nordstaaten waren außerdem viel reicher als ihre Gegner, konnten einen Krieg länger aushalten, und besaßen den Vorzug, eine seit langer Zeit allgemein anerkannte, constituirte Macht zu sein.

Indessen gab es Verhältnisse, welche diese natürliche Ungleichheit aufheben oder wenigstens bedeutend vermindern konnten. Dem Süden kam eine Collision, die durch die Waffen entschieden werden mußte, nicht unerwartet, da seine Leiter sich schon seit Jahren mit dem Gedanken an eine Separation und ihren wahrscheinlichen gewaltsamen Folgen trugen. Seine Milizen und Freiwilligen besaßen eine bessere militärische Organisation, und waren durch die Natur ihres Landes, durch Sitte und Lebensweise vorbereiteter für den Krieg als die des Nordens. In den weiten und schwach bevölkerten Regionen des Südens war die Jagd und zwar oft eine mit Beschwerden und Gefahren verbundene Jagd, ein unter der ganzen männlichen Bevölkerung gebräuchliches Vergnügen, und für den ärmeren Theil derselben zugleich ein Mittel des Unterhalts. Es wimmelte in diesen Gegenden von guten Schützen, von Leuten, die bei der Verfolgung des Wildes und den weiten Wanderungen durch die menschenleeren Wälder und Steppen an Strapazen aller Art gewöhnt waren. Im Süden, wo der Landbau und die häuslichen Arbeiten den Sklaven überlassen blieben, konnte die freie, zwischen dem Knaben- und Greisenalter stehende Bevölkerung in ihrer Gesammtheit zum Kriegsdienst aufgeboten werden. Im Norden, wo es keine so abhärtenden Zerstreuungen, wie die Jagd, keine Sklaven gab, welche den Freien die mühseligen Verrichtungen des täglichen Lebens abnahmen, wo die große Mehrheit der Menschen so gestellt war, daß Jeder mit Aufgebot aller Zeit und Kraft für seinen und der Seinigen Unterhalt sorgen mußte, war der Uebergang vom bürgerlichen zum militärischen Leben schwieriger und standen einem allgemeinen Aufgebot größere Hindernisse entgegen. Die Südstaaten besaßen eine größere Anzahl wissenschaftlich gebildeter Officiere als ihre Gegner. Es lag dies zum Theil in den socialen Einrichtungen. Die Plantagen wurden gewöhnlich nicht getheilt, sondern blieben in derselben Hand vereinigt. Die männlichen Verwandten des Besitzers, welche für ihren Antheil Geld erhielten, wählten häufig den Militärdienst zu ihrem Beruf, zu dem sie auf der Kriegsakademie von

Westpoint vorbereitet wurden. Das an Zahl schwache Heer der Union gewährte ihnen allerdings wenig Aussichten, und sie gingen später oft zu anderen Verhältnissen über, bewahrten aber immer die Vortheile einer militärischen Erziehung. Die meisten Officiere des stehenden Heeres gehörten dem Süden an, was demselben, wenn es zum Kriege kam, eine bedeutende Superiorität verschaffen konnte. In den Nordstaaten, wo das Eigenthum sehr getheilt war, wo der Handels- und Industriegeist vorherrschte, widmeten sich viel weniger Personen dem Militärstande, wurde die Kriegsakademie seltener besucht, und der Dienst im stehenden Heer nicht viel anders als ein verschwenderischer Zeitvertreib und eitler Müßiggang angesehen.

In den Südstaaten hatte in den letzten Jahren jede Opposition gegen die dort herrschende Partei aufgehört. Alles stimmte daselbst in der Feindschaft gegen den Norden und dessen abolitionistische Tendenzen, in der Vertheidigung der Sklaverei und der damit verbundenen Interessen überein. Außer daß keine andere Meinung sich in der einheimischen Presse vernehmen lassen konnte, waren auch die aus dem Norden kommenden Bücher und Journale einer strengen Aufsicht unterworfen, und wurden, wenn sich Mißliebiges in ihnen vorfand, fortgenommen und vernichtet. Selbst die briefliche Correspondenz solcher Personen, die einer Hinneigung zu den Ansichten des Nordens verdächtig waren, konnte ein Gegenstand der Untersuchung werden. In den Nordstaaten herrschte keine solche Einheit der Ueberzeugungen. Es gab daselbst eine Partei, die sich wie im Süden die demokratische nannte, und die, ohne die Sklaverei, wo sie nicht bestand, einführen zu wollen, sie da, wo dieselbe vorhanden war, mit allen ihren Folgen anerkannte, und sich mit ihren Grundsätzen überhaupt mehr auf Seite des Südens als des Nordens neigte. Die großen Bank- und Speditionsgeschäfte in den Nordstaaten zogen aus der Verbindung mit dem Süden, dessen Erzeugnisse sie im Großen ankauften und versandten, bedeutenden Gewinn, und waren einem Kriege, der diesen Verkehr bedrohte, entgegen. Die Südstaaten hofften, daß die zwischen ihnen und ihren principiellen Gegnern liegenden Territorien, in denen die Sklaverei zwar bestand, aber nicht in demselben Grade die Basis des gesellschaftlichen Zustandes ausmachte, für deren Vertheidigung, wenn sie ernstlich gefährdet werden sollte, eintreten würden. Auch hofften die Leiter der südstaatlichen Bewegung aus der Eifersucht Englands und Frankreichs auf die Vereinigten Staaten und deren zunehmende Macht für ihre Sache Vortheil zu ziehen. Es schien ihnen natürlich, daß die beiden großen europäischen Seemächte die Gelegenheit nicht unbenutzt vorübergehen lassen würden, um der so stolz um sich greifenden Republik durch Begünstigung der sich von ihr losreißenden Theile eine Wunde beizubringen. Aus diesen Gründen zusammengenommen, glaubten die Südstaaten den Nordstaaten, ungeachtet der numerischen Ueberlegenheit

dieser letzteren, gewachsen zu sein, und ihre Trennung von der Union vertheidigen und durchsetzen zu können.

Obgleich alle diese Erwartungen und Voraussetzungen sich zuletzt als Illusionen erweisen sollten, so schienen sie doch eine Zeit lang von den Ereignissen bestätigt zu werden. Der Norden zeigte, ungeachtet seiner überlegenen Hülfsquellen, eine Mäßigung, die einen Mangel an Entschiedenheit zu verrathen schien, und von dem Gegner für ein Zeichen der Schwäche ausgelegt wurde. Die nordstaatlichen Politiker schraken aus Gewissenhaftigkeit vor einem Kriege zwischen den Bürgern desselben Landes zurück, der das nach ihrer Meinung vollkommenste staatliche Product der Geschichte, die Union, erschüttern, ihre Stellung in der Welt verringern und ihre Zukunft für immer vernichten konnte. Sie trauten dem Süden eine ähnliche nationale und patriotische Gesinnung zu, und glaubten eine Zeit lang, daß es ihm, ungeachtet seiner drohenden Anstalten, mit einer vollständigen Trennung, so unheilvoll und widernatürlich erschien dieselbe, kein rechter Ernst sei. Man schmeichelte sich im Norden damit, den Bruch durch Unterhandlungen und Temporisiren vermeiden zu können, und hegte diese Hoffnung noch, als die Bundestruppen die Forts Moultrie und Pickney zu räumen gezwungen und dieselben von den Milizen von Südcarolina besetzt wurden. Selbst als die sechs Südstaaten zu einer selbständigen Conföderation zusammengetreten waren, schien dies dem Norden mehr eine Drohung und eine auf Erhaltung ihrer besonderen Institutionen gerichtete Abwehr, als der Ausdruck eines unwiderruflichen Entschlusses zu sein. Außerdem befanden sich die militärischen Einrichtungen der Union in einem Zustande, der ein augenblickliches Losschlagen fast unmöglich machte. Die Leiter der Südstaaten hatten im Stillen schon seit lange an die Aufhebung der Union gedacht und dieselbe im Voraus so viel als möglich zu schwächen gesucht. Unter Buchanan's Verwaltung war von seinen südstaatlich gesinnten Ministern die Kriegsmacht des Bundes desorganisirt, die Festungen und Arsenale vernachlässigt, die Flotte über alle Meere zerstreut worden. Von der aus etwa 20,000 Mann bestehenden Bundesarmee gehörten die Officiere aus Gründen, die oben erwähnt worden, meist dem Süden an; die Soldaten, großentheils fremde Söldner, Irländer und Deutsche, waren ohne Anhänglichkeit an die Union. Diesen Truppen hatte man ihre Standquartiere meist in solchen Gegenden, wie z. B. Texas, angewiesen, wo die Sklaverei eingeführt war, und wo die Bevölkerung die Gesinnung der Leiter des Südbundes theilte. Schon Ende Februar (1861) fiel der in Texas commandirende General Twiggs von der Union ab. Sein Beispiel wurde von mehr als dreihundert Officieren nachgeahmt. Von der Bundesarmee stießen, als der Krieg ausbrach, nur zwei bis dreitausend Mann zu den Nordstaaten. Die anderen gingen zu den Conföderirten über oder zerstreuten sich. Der größte Theil der Flotte blieb

der Union treu, mußte aber aus weiter Ferne zurückgerufen werden. Vermittlungsvorschläge zur Beilegung der zwischen dem Norden und Süden bestehenden Differenzen, die auf einem sogenannten Friedenscongreß in Washington berathen wurden, auf dem sich aber von vier und dreißig Staaten nur sechzehn vertreten ließen, blieben bei der nicht aufzuhebenden Stärke der vorhandenen Gegensätze ohne Erfolg.

Am 4. März (1861) hörte die Verwaltung Buchanan's wie die Vollmacht des sechsunddreißigsten Congresses auf, und trat der neue Präsident, Abraham Lincoln, sein Amt an. Seine Inauguralrede, die das Programm seiner Politik enthielt, wurde in den Nordstaaten mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Die von ihm aufgestellten Grundsätze entsprachen dem Ruf der Mäßigung, der ihm vorangegangen war. Doch gab es Einen Punkt, unter den gegenwärtigen Umständen der wichtigste, in welchem er keine Zugeständnisse in Aussicht stellte. Es war dies die Frage über das Recht, sich von der Union zu trennen und einen Sonderbund zu errichten. Lincoln erklärte die Union für unauflöslich, indem die Permanenz der Charakter jedes staatlichen Vereines sei, und daß, selbst wenn man die Bundesverfassung als einen Contract auffassen wolle, zur Auflösung desselben die Einwilligung aller Theilnehmer gehöre, und daß die Nordstaaten sich zu einer solchen nie herbeilassen würden. Kein Staat könne einseitig aus dem Bundesverhältniß heraustreten, jeder zu diesem Zweck gefaßte Beschluß sei ungesetzlich und in sich nichtig. Die Verfassung und die Gesetze der Vereinigten Staaten könnten durch Gewalt vorübergehend in einem Theile der Union aufgehoben werden, beständen aber dem Recht nach vollständig und seien unverletzlich. Nur der ausgesprochene Gesammtwille des amerikanischen Volkes könne hierin eine Veränderung hervorbringen, aber nicht die Meinung einzelner Staaten oder Parteien. Lincoln erklärte ausdrücklich, die besondern Einrichtungen und Gesetze jedes einzelnen Staates, so lange sie nicht der Verfassung der Vereinigten Staaten widersprachen, also auch die Sklaverei, wo sie bestand, und die Auslieferung der flüchtigen Sklaven an ihre rechtmäßigen Besitzer, aufrecht halten zu wollen. Er sprach die Hoffnung aus, die schwebenden Streitfragen auf friedlichem Wege lösen zu können und zeigte sich bereit zur Einberufung einer Convention, von der die Verfassung der Union einer Durchsicht unterworfen werden würde. Am Schluß seiner Rede wandte er sich an die Bevölkerung der Südstaaten mit den versöhnenden Worten: „In Euren Händen, unzufriedene Landsleute, und nicht in den meinigen, liegt die folgenschwere Möglichkeit des Bürgerkrieges. Die Regierung wird Euch nicht angreifen, so daß Ihr in keinen Kampf gerathen könnt, wenn Ihr nicht selbst die Angreifenden seid Ihr habt keinen Eid vor dem Himmel geschworen, die Regierung zu vernichten, während ich den feierlichsten Eid abgelegt habe, sie zu schützen und zu vertheidigen. Wir sind nicht

Feinde, sondern Freunde, und dürfen nicht Feinde werden. Die Leidenschaft mag die Bande unserer Liebe gelockert haben, darf sie aber nimmer zerreißen. Die geheimnißvollen Saiten der Erinnerung, die jedes Schlachtfeld und jedes Patriotengrab mit jedem lebenden Herzen in diesem weiten Lande verbinden, werden noch als Saiten der Union erklingen, wenn sie, wie dies gewiß ist, von den besseren Genien unserer Natur wieder angeschlagen werden.“ — Diese Rede, besonders das Ende, wurde von der Versammlung, in der sich die Mitglieder des Congresses, des obersten Gerichtshofes, die Vorstände der Verwaltungsbehörden und viele politische Notabilitäten befanden, mit begeisterter Zustimmung aufgenommen. Der Eindruck war ein so vortheilhafter, daß mehrere frühere Gegner Lincoln's, unter anderen Stephan Douglas, der einer der Candidaten zur Präsidentenwürde gewesen, unverholen ihren Beifall zu erkennen gaben. In dem von Lincoln gebildeten Ministerium ragten Seward (Auswärtiges), Salmon Chase (Finanzen), Simon Cameron (Krieg) durch Ruf und Talent hervor. Sie gehörten meist zu der gemäßigten Fraction der Republikaner, und waren, wie der Präsident selbst, zu Concessionen an die Südstaaten, unter Aufrechthaltung der Union geneigt. Der Marineminister Welles war lange einer der Führer der Demokraten im Staate Connecticut gewesen, und hatte zu den Notabilitäten des Südens in nahen Beziehungen gestanden. Erst als er gewahr geworden, daß man nur zwischen der unbegrenzten Ausdehnung der Sklaverei oder einem ernsten Widerstande gegen dieselbe zu wählen habe, war er zu den Republikanern übergegangen. Mehrere unter den neuen Ministern waren früher als Bewerber um den Präsidentenstuhl aufgetreten, und gehörten demnach zu den Sommitäten ihres Landes.

Die Demokraten des Südens sahen in der Mäßigung der Republikaner des Nordens, in ihrer Neigung zu Unterhandlungen und Zugeständnissen, einen Beweis von Unentschlossenheit und ein Eingeständniß der Schwäche, und richteten ihr Verhalten nach dieser Ueberzeugung ein. Ohne die Ausdehnung der Sklaverei über die ganze Union, was aber bei dem Widerstreben der Nordstaaten nicht erwartet werden konnte, hielten sie diese Institution, die in mehreren zwischen dem Norden und Süden liegenden Staaten (Sklavengrenzstaaten) schon seit einiger Zeit abzunehmen anfing, auch bei sich für gefährdet. Sie glaubten nicht nur, daß ihr Wohlstand von der Erhaltung der Sklaverei abhing, sondern dieselbe war auch für sie ein Gegenstand des Stolzes, sie kamen, in dem Besitz von Sklaven, sich wie Patricier und die sklavenlose Bevölkerung des Nordens wie Plebejer vor, und legten sich auf Grund dieses Verhältnisses eine moralische Superiorität bei. Da die Ausdehnung der Sklaverei, so lange die bisherige Verfassung der Vereinigten Staaten bestand, unmöglich war, so sahen die Leiter des Südens nur in der selbständigen Constituirung desselben eine Garantie für ihre

Rechte, und wollten von keinen anderen Bedingungen hören. Sich ganz selbst überlassen, nicht mehr mit ihren principiellen Gegnern in demselben Congreß berathend, auf ein eigenes Staatswesen gestützt, konnten sie die ihnen nach ihrer Meinung unentbehrliche Institution der Sklaverei nicht nur bei sich erhalten, sondern hofften dieselbe auch ausdehnen zu können, während ersteres, so lange sie in der Union blieben, ungewiß, und letzteres unausführbar war. Die südstaatlichen Politiker machten kein Geheimniß daraus, daß sie nur durch ein vollkommenes Ausscheiden aus dem bisherigen Verbande befriedigt werden konnten, und daß selbst die Wahl eines sich zu ihren Grundsätzen hinneigenden Präsidenten, wie Buchanan gewesen war, und wie von Stephan Douglas hätte erwartet werden können, ihnen jetzt nicht mehr genügen würde.

Bald sollten alle bisher noch unterhaltenen Illusionen über die Möglichkeit einer Beilegung des zwischen dem Norden und Süden schwebenden Streites verschwinden. Lincoln hatte zwar bei mehreren Gelegenheiten erklärt, die in Montgomery vertretenen Staaten nicht mit Gewalt in die Union zurückführen zu wollen, aber nur so lange sie nicht selbst einen Act der Feindseligkeit begehen, und das den Vereinigten Staaten zustehende Eigenthum, Festungen, Zeughäuser, Waffenfabriken, Schiffswerften u. s. w. unangegriffen und unbeschädigt lassen würden. Da aber der Süden zum Bruch mit der Union entschieden war, so befahl der Präsident der Conföderation, Jefferson Davis, dem General Beauregard, das bei Charleston, der Hauptstadt von Südcarolina, wo die Scission ausgebrochen war, gelegene Bundesfort, Sumter, zu belagern und zu nehmen. In Sumter stand nur eine kleine Abtheilung Bundestruppen, die sich nach zweitägiger Beschießung ergeben mußte (14. April 1861). Dies war ein entscheidender Moment. Der Präsident hatte in seinem Programm erklärt, daß er keinen Angriff auf die abgefallenen Staaten unternehmen, aber auch von ihrer Seite keinen solchen auf föderatives Gebiet und Eigenthum dulden werde. Lincoln mußte ungeachtet seiner versöhnlichen Gesinnung, wenn er sich nicht entehren wollte, den hingeworfenen Fehdehandschuh aufheben. Der üble Eindruck, den dieser offenbare Friedensbruch in den Nordstaaten hervorbrachte, wurde noch durch den Jubel vermehrt, mit welchem der Süden die Capitulation des Forts Sumter feierte, als wenn es eine bedeutende Kriegsthat gewesen wäre, obgleich daselbst nur einige siebenzig Mann gestanden hatten, denen zuletzt die Lebensmittel ausgegangen waren. Lincoln antwortete auf diese Herausforderung mit dem Aufgebot von 75,000 Mann freiwilligen Milizen, um die verletzten Bundesrechte nöthigenfalls mit Waffengewalt wieder herzustellen, und mit der Einberufung des Congresses, der am 4. Juli zusammentreten sollte. Der Krieg war jetzt unvermeidlich geworden.

Im Norden und Westen der Union wurde der Aufruf des Präsidenten mit allgemeiner Freude aufgenommen. Manche Staaten boten

zweimal, sogar dreimal so viel Freiwillige an, als von ihnen gefordert wurde. In weniger als acht Tagen wurden von den Staatenvertretungen, den Gemeinderäthen, den öffentlichen Anstalten und bemittelten Privatleuten 26 Millionen Thaler an freiwilligen Beiträgen unterzeichnet. Aber im Süden zeigte sich ein ähnlicher Eifer in entgegengesetztem Sinne. Zwei Tage nach Lincoln's Proclamation trat Virginien der Conföderation bei, und beschloß Abgeordnete zu dem Congreß nach Montgomery zu schicken. Die Virginier bemächtigten sich des dem Bunde gehörenden Marinearsenals von Norfolk und der Schiffswerfte zu Gosport. Ihre Milizen überschritten den Potomac und rückten in der Richtung nach Washington vor. In Baltimore, einer der größten Städte der Union, gab sich eine Gährung zu Gunsten der Separatisten zu erkennen, die bereit waren, sich daselbst des Ruders zu bemächtigen. Washington, die politische Metropole der Union, der Sitz des Präsidenten, des Congresses, der Ministerien u. s. w., war in Gefahr, von den Conföderirten überfallen und eingenommen zu werden. Es lagen daselbst nur 700 Mann reguläre Truppen, die in aller Eile durch einige Bataillone Freiwillige verstärkt wurden. Man war nicht ohne Besorgniß vor dem in einem Theil der Bevölkerung herrschenden Geist, die durch Ursprung und Gesinnung dem Süden näher als dem Norden stand. Nach der Scission Virginiens reichten über zweihundert Regierungsbeamte ihre Entlassung ein. Die Reihen der Officiere lichteten sich auf dieselbe Art. Das Beispiel dazu gab der bisherige Chef des Generalstabes der Unionsarmee, Oberst Lee, die rechte Hand des Höchstcommandirenden, General Scott, welcher zu den Conföderirten überging, und den Oberbefehl über die virginischen Milizen erhielt. Mehrere unter den Grenzsklavenstaaten stellten ihre Kriegsmacht dem Congreß von Montgomery und dem Präsidenten Jefferson Davis zur Verfügung; andere traten zwar nicht thätig gegen die Union auf, lehnten aber die Requisitionen des Kriegsministers ab, in noch anderen schwankte die Majorität der Bevölkerung, aber eine sehr thätige und erregte Minorität war bereit, sich mit den Separatisten zu vereinigen. Die abgefallenen Staaten, Virginien, Nordcarolina, Tennessee, Arkansas, verdoppelten die Stärke des Sonderbundes. Aber die Führer desselben hatten, da es auch im Norden Demokraten oder Anhänger der Institution der Sklaverei und der anderen südstaatlichen Interessen gab, auf einen viel ausgebreiteteren Uebertritt zu ihrer Partei gerechnet, hierin sich aber doch geirrt.

In den Staaten nördlich vom Potomac sprach sich Alles gegen die Scission des Südens aus. Es fehlte dort nicht an Meinungsverschiedenheiten, an politischen Differenzen und Rivalitäten, aber die Ueberzeugung, Washington gegen einen Angriff der Conföderirten vertheidigen und die Union erhalten zu müssen, überwog jede andere Rücksicht. Selbst Buchanan, der Vorgänger Lincoln's, und Stephan Douglas, sein Mit-

bewerber, erklärten sich zur Unterstützung des gegenwärtigen Präsidenten bereit. New-York, wo es vor dem Abfall des Südens ausgesehen hatte, als ob dasselbe sich wegen seiner Handelsinteressen auf Seite des Südens schlagen könne, bot der Regierung mehr Hülfe an Geld und Mannschaft an, als sie zu fordern gewagt hatte. Aber nicht nur die sklavenfreien Staaten standen fest zu der Union, auch vier Sklavenstaaten, Delaware, Maryland, Kentucky und Missouri, wiesen den Antrag zum Bündniß mit dem Süden ab. Die Treue von Maryland rettete Washington, das eine Enclave dieses Staates ist, von der Besetzung durch die Truppen des Südbundes. Seine auch nur vorübergehende Einnahme durch den Feind wäre ein folgenschwerer Schlag für die Union gewesen. Bei der Unmöglichkeit, Maryland zu sich hinüberzuziehen, verlor die Conföderation zugleich die Gelegenheit, sich in der Bucht von Chesapeake festzusetzen, die sie zum Sitz ihrer Kriegsmarine bestimmt hatte. Das Verharren Missouri's in der Union schloß die Conföderation und die Sklaverei von den Weststaaten aus, wo Lincoln und die republikanische Partei ihren entschiedensten Anhang besaßen, und wo der Keim zu der ganzen Bewegung lag, welche die jetzige Katastrophe herbeigeführt hatte. Gelang es dem Süden nicht, dem Norden Washington und Maryland, und dem Westen das Thal des oberen Mississippi zu entreißen, so war die Macht der Union durch den Abfall einer Anzahl von Staaten nicht wesentlich geschwächt, und die Conföderation blieb, im Vergleich zu dem Umfang der dem Bunde treu gebliebenen Staaten, in engen Grenzen eingeschlossen, innerhalb deren sie, wenn der Krieg lange dauerte, ersticken mußte. Ohne sich auszudehnen, konnte sie sich auch nicht erhalten. Sie hatte gehofft, die Abolitionisten auf deren Gebiet zu schlagen und ihnen daselbst den Frieden vorzuschreiben, sah sich aber jetzt genöthigt, den Kampf gewissermaßen auf ihrem eigenen Boden, das heißt in den mit ihnen verbündeten Sklavenstaaten, zu führen. Indessen besaß der Süden militärische Vortheile, die in seinen socialen und politischen Zuständen, wie oben nachgewiesen worden ist, lagen, und ihm, ohne die Zukunft zu gewährleisten, für den Augenblick ein Uebergewicht verschaffen konnten. Der Präsident der Conföderation, Jefferson Davis, hatte im Kriege gegen Mexico eine Division commandirt, war später Kriegsminister gewesen und verstand sich auf das Militärwesen, dem Lincoln vollkommen fremd geblieben war. Während Ersterer in diese Angelegenheiten thätig und entscheidend eingreifen konnte, mußte sich Letzterer dabei auf Andere verlassen. Der Präsident des Sonderbundes übte eine fast dictatorische Gewalt aus, während der der Vereinigten Staaten sich auf allen Seiten von den Bestimmungen der Verfassung beschränkt sah. Der festeren militärischen Organisation, der besseren Disciplin, der größeren Kriegsbereitschaft des Südens ist bereits gedacht worden. In den Nordstaaten mußte Alles improvisirt werden, nichts war im Voraus für den Kampf

eingerichtet gewesen. Die so wichtige Geheimhaltung der Pläne und Operationen konnte im Norden, bei der Menge der an ihrer Leitung Theilnehmenden, bei der unbeschränkten Preßfreiheit und Oeffentlichkeit des ganzen Lebens nicht bewahrt werden, während dies im Süden, wo die Gewalt in wenigen Händen lag, vollkommen der Fall war. Die Nordstaaten mußten den Krieg erst durch seine Führung lernen, und, wie immer unter ähnlichen Umständen, ein theures Lehrgeld bezahlen. Aber sie besaßen eine dreimal so große Bevölkerung als ihre Gegner, konnten, je länger der Kampf dauerte, auf ein um so zahlreicheres Zusammenströmen von Freiwilligen rechnen, erfreuten sich eines gesicherten Credits, und, vermöge ihrer Ueberlegenheit zur See, der ungehinderten Verbindung mit Europa, während der Süden bei seiner geringeren Einwohnerzahl schon im Anfange des Krieges zu dem Zwangsmittel der Conscription greifen, Papiergeld ohne Garantie creiren und die Steuern erhöhen mußte. Jefferson Davis gab Caperbriefe gegen die Nordstaaten aus, durch die einzelne Kaufleute und Fabrikanten allerdings viel verlieren konnten, durch die aber in dem Gesammtzustande nichts geändert wurde. Lincoln ergriff aber ein viel wirksameres Mittel, um dem Gegner zu schaden, indem er alle Häfen des Südbundes in Blokadezustand erklärte, und die Conföderirten allmälig von allem Verkehr mit Europa, wo sie, nachdem die Verbindung mit dem Norden aufgehört hatte, allein Absatz für ihre Erzeugnisse finden und ihr Kriegsmaterial vervollständigen und erneuern konnten, ausschloß.

Die Anfänge in der Bildung der nordstaatlichen Armee waren äußerst mühsam, da Alles erst geschaffen werden mußte, und der Charakter die Sitten, die Staatseinrichtungen die Bevölkerung, so tüchtig und kräftig sie sonst sein mochte, nicht zum Kriege vorbereitet hatten. Der Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht der Vereinigten Staaten, General Scott, war ein tapferer und erfahrener Veteran, aber bereits fünf und siebzig Jahre alt, und hätte der ihm gestellten Aufgabe unmöglich genügen können, wenn er nicht von einem Verein ausgezeichneter Männer, der die Benennung „Comité der Vertheidigung der Union" annahm, auf das nachdrücklichste unterstützt worden wäre. Dieser Verein brachte innerhalb eines Monats allein in dem Staate New-York 38 Mill. Thlr. an patriotischen Gaben zusammen, und übernahm die Bekleidung und Ausrüstung der unbemittelten Freiwilligen. Die Kosten für die Milizen wurden von den Staaten und Gemeinden getragen. Aber wenn es auch an Mannschaft und Geld nicht fehlte, so ließ doch alles Andere viel zu wünschen übrig. Die Freiwilligen hatten sich nur für eine gewisse Zeit, manche Corps nur für einen Monat zum Dienst verpflichtet. Die meisten Officiere waren Neulinge in ihrem Beruf, und hatten sich auf denselben nur durch die Lesung von militärischen Handbüchern vorbereitet. Wohlhabende, in der republikanischen Partei

angesehene Landbesitzer, Advokaten, Kaufleute u. s. w. erhielten Obersten- und Majorspatente, errichteten, mit Hülfe der ihnen zur Verfügung gestellten Summen, Regimenter und Bataillone, und theilten die untergeordneten Officiersstellen an ihre Freunde aus, die mit dem Militärwesen eben so unbekannt wie sie selbst waren. Die Mannschaft war im Ganzen vortrefflich; physisch kräftig und geistig gehoben, wollte sie alsbald vor den Feind geführt werden; es fehlte aber an aller Disciplin, an der Gewohnheit des Befehlens und Gehorchens; das Selbstbestimmungsrecht, an das alle Erwachsenen gewöhnt waren, ließ sich schwer mit den Forderungen des Lagerlebens vereinigen. Die Unordnungen und Unterschleife waren im Beginn der Formirung der Armee bei den Lieferungen schreckenerregend. Wer aber den praktischen Sinn und die Ausdauer der nordstaatlichen Bevölkerung kannte, wußte auch, daß sie sich sehr bald aus diesem chaotischen Zustande herausarbeiten und in keinem Fall sich entmuthigen lassen werde. Eine kostbare Hülfe waren die viele Fremden: Deutsche, Franzosen, Schottländer, Irländer, meist solche, die nach den Vereinigten Staaten als Arbeitsuchende gekommen und derselben in der jetzigen Krisis entbehrend, sich in Masse anwerben ließen, und sich später, namentlich die Deutschen, sehr hervorthaten. Die Bildung einer Kriegsmarine ging den Nordstaaten, bei der Menge von Handelsschiffen und der natürlichen Anlage der Bevölkerung zum Seewesen, leichter als die Errichtung des Landheeres von Statten. Die Blokade der Südstaatenküste wurde so nachdrücklich betrieben, und der Conföderation die Verbindung mit Europa und die Beziehung von Waffen und Munition von dorther so erschwert, daß sie nach einiger Zeit einen Mangel daran empfinden mußte.

Die Conföderirten waren aber nicht nur entschlossen, die Nordstaaten durch beschleunigten Ausbruch der Feindseligkeiten zu überraschen, und zum Eingehen auf ihre Forderungen zu zwingen, sondern sie hofften auch auf die Anerkennung Europa's, vor allem auf die der beiden großen Seemächte, England und Frankreich, wodurch das Vertrauen der südstaatlichen Bevölkerung in den glücklichen Ausgang des Krieges verstärkt und der Credit ihrer Regierung erhöht worden wäre. In den Sklavenstaaten kannte man seit langer Zeit die Bedeutung der von ihnen gelieferten Baumwolle für die europäischen Fabriken, und glaubte, daß die Politik in diesem Falle sich den industriellen Bedürfnissen unterordnen werde. „Die Baumwolle beherrscht die Welt! Europa kann uns nicht entbehren und wird uns nicht verlassen!" hatte es so oft in der Presse und den Meetings des Südens geheißen, daß Niemand an der Wahrheit dieser Ansicht zweifelte. Da der Krieg die Heere des Nordens nach den Baumwollendistrikten führen und die Cultur dieser kostbaren Pflanze daselbst vernichten oder wenigstens sehr beschränken konnte, was zu verhindern im Interesse der europäischen Industrie lag, so rechnete der

Süden auf eine ihm günstige Intervention, um eine so gefährliche Möglichkeit von sich abzuwenden. Den Engländern und Franzosen kam die Collision zwischen den Nord- und Südstaaten allerdings sehr ungelegen. Sie sahen dadurch die Erzeugung des ihren Fabriken unentbehrlichen Rohstoffes bedroht, konnten dessen gänzliches Ausbleiben fürchten, wodurch Hunderttausende von ihren Arbeitern dem Elend Preis gegeben worden wären. Aber die bestimmten Erklärungen des Präsidenten Lincoln und seiner Regierung, daß die Vereinigten Staaten sich einer Anerkennung des Südbundes durch fremde Mächte nöthigenfalls mit Gewalt widersetzen würden, ihre Ablehnung jeder zur Beilegung des Streites eingeleiteten Vermittlung, ihr Beharren auf dem Grundsatz, daß die Union unauflöslich sei und dem Recht nach immerdar fortbestehe, bewogen die Westmächte zu einer Neutralitätserklärung, in der sie den Südstaaten die Rechte von Kriegführenden, aber nichts weiter einräumten und sich auf keine nähere Berührung mit ihnen einließen. Bei reiferer Ueberlegung erschien den Cabineten von Paris und London die Fortdauer der Union für ihre eigenen Interessen wie für den Frieden der Welt ersprießlicher als deren Umsturz. Da die Regierungen von England und Frankreich nicht von Leidenschaft wie die Leiter des Sonderbundes verblendet waren, sondern die Ueberlegenheit des Nordens an Bevölkerung und Reichthum und den Einfluß dieses Verhältnisses auf den wahrscheinlichen Ausgang des Krieges richtiger erwogen, da ihnen eine Collision mit den Vereinigten Staaten große Ausgaben ohne bestimmte Vortheile auferlegt haben würde, so begnügten sie sich, an beide Theile versöhnliche Rathschläge, aber ohne Anerkennung des Südens als einer selbständigen Macht, zu richten. Jedoch erhielten die Conföderirten auf geheimen Wegen durch englische Spekulanten Waffen und Munition, und ihr Unternehmen wurde von den Wünschen eines großen Theiles der englischen Handelswelt begleitet.

Der Congreß trat in Gemäßheit der Proclamation des Präsidenten am 4. Juli (1861) zu einer außerordentlichen Sitzung in Washington zusammen. Beide Häuser enthielten in Folge der Separation des Südens beträchtliche Lücken. Im Senat waren die Sklavenstaaten nur von Delaware, Maryland und Kentucky vollständig vertreten. Aus Tennessee, das in diesem Augenblick von den Milizen der unionsfeindlichen Staaten Mississippi und Alabama besetzt war, hatte sich nur der der Verfassung treugebliebene Senator Andreas Johnson, nicht ohne Gefahr für sich, eingefunden. In dem Repräsentantenhause fehlten viele Vertreter aus Staaten, die, ohne zur Conföderation zu gehören, sich von der Union entfernt hatten, und in ihrer Haltung ungewiß geworden waren. Lincoln stattete in seiner Botschaft Bericht über alle von ihm seit Uebernahme seines Amtes getroffenen Maßregeln ab, und forderte die Sanction des Congresses für die unter seiner persönlichen Verant-

wortlichkeit angeordnete Suspendirung der Habeascorpus-Akte, und das dem Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht verliehene Recht, die nöthigen Verhaftungen gegen Verdächtige vornehmen zu dürfen. Er verlangte hierauf, um den Kampf so schnell und entscheidend als möglich zu Ende bringen zu können, 400,000 Mann und 400 Mill. Dollars. Die Opposition gegen die Botschaft des Präsidenten war heftig, aber so schwach an Zahl, daß sie, ungeachtet der ihr von einem Theil der Presse gewährten Unterstützung, auf die Beschlüsse nicht den geringsten Einfluß ausübte. Die Repräsentanten erklärten, für den Augenblick sich nur mit den den Krieg betreffenden Maßregeln beschäftigen, die Erledigung aller anderen Angelegenheiten aber auf die ordentliche, im December zu eröffnende Session verschieben zu wollen. Es wurden der Regierung, als Zeichen, von welcher Gesinnung die Majorität des Congresses erfüllt war, viel mehr als sie verlangt hatte, nämlich 500,000 Mann und 500 Mill. Dollars bewilligt. Am 17. Juli fand die Vertagung des Congresses statt.

Die Mannschaften und das Geld, die der Regierung so freigebig zur Verfügung gestellt wurden, boten zwar eine große Aussicht für die Zukunft dar, konnten aber für den Augenblick die militärische Inferiorität der Vereinigten Staaten nicht aufheben. Die Langsamkeit, mit welcher der Bundesgeneral Mac Dowell, dieser Schwäche sich bewußt, gegen die Conföderirten in Virginien operirte, erregte unter den nordstaatlichen Politikern heftigen Tadel, die darin nur Schlaffheit und Furchtsamkeit erkennen wollten. Der Südbund hatte seinen Sitz von Montgomery nach Richmond, kaum dreißig Stunden von Washington entfernt, verlegt, was von der republikanischen Partei wie Hohn und Herausforderung angesehen wurde. Man hoffte durch einen kühn geführten Schlag sich Richmonds bemächtigen und die Conföderation sprengen zu können. Der greise und erfahrene Obergeneral Scott, der die Schwierigkeiten des Vordringens nach Richmond kannte, war für ein systematisches Temporisiren, das der Union zur Verbesserung und Vollendung ihrer Kriegsmacht Zeit gelassen und dem Feind die Vortheile seiner momentanen Ueberlegenheit entzogen hätte. Scott glaubte, daß durch die Sicherung Washingtons und Marylands gegen einen Angriff der Südbundstruppen für den Augenblick genug geschehen sei, daß man bei der herannahenden Sommergluth nicht zur Offensive übergehen dürfe, sondern die fast aus lauter Neulingen bestehende Armee durch fleißige Uebungen für den im Herbst zu eröffnenden Feldzug vorbereiten müsse. Während dieser Zeit würde die Conföderation genöthigt sein, Richmond zu decken, und zahlreiche Streitkräfte am Potomac stehen zu lassen, denen es bald an den nöthigen Lebensmitteln fehlen werde, und die von den in diesem Flußgebiet einheimischen Fiebern, die ihnen schon jetzt vor dem Beginn der großen Hitze hart zusetzten, zu Grunde gerichtet werden würden. Während

die südstaatlichen Truppen am Potomac festgehalten würden, könnte die Bundesarmee die Separatisten im Westen niederwerfen, die daselbst auf einen ausdauernden Widerstand noch nicht vorbereitet seien, Tennessee und Missouri, in deren Gebiet die Conföderirten eingefallen, wieder für die Union gewinnen, sich der Schifffahrt auf dem Mississippi bemächtigen und dadurch den Südbund in zwei Hälften theilen. Die öffentliche Meinung, von der Presse lebhaft erregt, blieb gegen diese weisen Erwägungen des General Scott verschlossen, drang auf rasches Vordringen gegen Richmond, und zog Minister, Congreßmitglieder und zuletzt auch den Präsidenten zu sich hinüber. Scott war gezwungen, dem General Mac Dowell den Befehl zum Ergreifen der Offensive zu übersenden. Am 21. Juli (1861) kam es bei Manassas-Junction am Bulls Run (einem Bach, welcher sich mittelbar durch den Occoquan westlich von Alexandria in den Potomac ergießt) zum ersten großen Zusammenstoß zwischen den Truppen der Union und des Sonderbundes. Erstere waren Anfangs im Vortheil, als eine ansehnliche Verstärkung unter General Johnston letzteren zu Hülfe kam. Die Explosion einiger Pulverkasten in den Reihen der Bundesarmee vollendete den Eindruck, den das unerwartete Eintreffen Johnston's auf dem Schlachtfeld hervorgebracht hatte. Der übergroße Troß der nordstaatlichen Truppen und die zahlreichen Nicht-combattanten, die sich bei ihnen wie zu einem Schauspiel eingefunden hatten, wurden zuerst von Schrecken ergriffen. Der Ruf verbreitete sich, die Armee sei umgangen und in Gefahr abgeschnitten zu werden. Ein Milizregiment von New-York verließ seine Stellung und zog den ganzen rechten Flügel nach sich, der in der Richtung nach Washington hin floh, und sich fast ganz auflöste. Der linke Flügel und das Centrum zogen sich, von der Brigade des aus dem badischen Aufstand her bekannten General Blenker gedeckt, in ziemlicher Ordnung nach Centreville zurück. General Beauregard, der die Conföderirten bei Bulls Run commandirt hatte, konnte seinen Sieg, wegen Mangel an Cavallerie und weil seine Truppen sehr erschöpft waren, nicht verfolgen und bedrohte Washington nicht, wie daselbst im ersten Schrecken befürchtet wurde. Die aus 35,000 Mann bestehende Bundesarmee hatte ungefähr 1500 Todte und Verwundete, 1200 Gefangene und 23 Kanonen verloren. Mit Ausnahme der Gefangenen und Kanonen war der Verlust der aus 30,000 Mann bestehenden Sonderbundstruppen an Todten und Verwundeten eben so groß.

Die materielle Lage der beiden kriegführenden Theile wurde durch diese Schlacht nicht wesentlich verändert. Aber die moralischen Folgen von Bulls Run waren bedeutend. Die Nordstaaten hatten anfänglich, im Bewußtsein ihrer Ueberlegenheit, gar nicht an die Möglichkeit eines Angriffs von Seiten der Südstaaten glauben wollen, und hatten den Krieg, als sie endlich von ihm überrascht und zu ihm gezwungen worden,

ohne Nachdruck und Umsicht geführt. Die erlittene Niederlage rüttelte sie aus ihrem Sicherheitsgefühl auf und spornte sie zu größerer Thatkraft an. Sobald die Nachricht von der letzten Schlacht sich im Norden verbreitet hatte, brachen von allen Seiten Freiwillige zur Armee auf. Die öffentliche Meinung verlangte jetzt laut durchgreifende Reformen in den Militäreinrichtungen. Mac Clellan, der sich im westlichen Virginien gegen die Conföderirten ausgezeichnet hatte, erhielt in Mac Dowell's Stelle das Commando über die bei Bulls Run geschlagene Potomacarmee, nach diesem Fluß genannt, der die Grenze zwischen dem östlichen und westlichen Kriegsschauplatz bildete. Mac Clellan ordnete eine bessere Eintheilung des ihm übergebenen Heeres an, verbot Officieren und Soldaten den Aufenthalt und Besuch von Washington, und zwang sie, in ihren Standquartieren zu bleiben und täglich militärischen Uebungen obzuliegen. Eine eigene Behörde wurde mit der Untersuchung und Bestrafung aller Verletzungen der militärischen Reglements beauftragt, und eine bessere Disciplin eingeführt, gegen die man sich anfangs so sehr gesträubt hatte. Die frühere Ungebundenheit machte einer strengeren Ordnung Platz, so weit eine solche in Bürgerkriegen und unter einer plötzlich aufgebotenen, aus Milizen und Freiwilligen zusammengesetzten Armee möglich ist. Der Congreß nahm an den Fragen, welche die Reorganisation der bewaffneten Macht betrafen, lebhaften Antheil und eine der ersten vom Senat angenommenen Bills betraf die Befugniß des Präsidenten zur Entfernung unbrauchbarer Officiere, deren es eine übergroße Zahl gab. Obgleich das Repräsentantenhaus principiell der Vermehrung der regulären Armee entgegen war, so genehmigte es doch in Betracht der Umstände den Antrag, dieselbe auf 40,000 Mann zu vermehren, aber unter der Bedingung, daß sie nach eingetretenem Frieden auf 25,000 Mann zurückgeführt werde. Da der Krieg sich zu verlängern drohte, so konnten die von ihm herbeigeführten Mehrausgaben nicht einzig durch Anleihen gedeckt werden, sondern man sah sich zu einer Erhöhung der Eingangszölle, zu einer Besteuerung selbst der nothwendigsten Lebensbedürfnisse und der Einführung einer Einkommensteuer genöthigt. Der Finanzminister wurde zu einer Anleihe von 500 Mill. Dollars und zur Emittirung von Schatzscheinen ermächtigt, von denen die einen Interessen trugen, die anderen nicht, aber in jedem Augenblick bei den Regierungskassen in Gold umgetauscht werden konnten. Die radikale Partei im Congreß und in der Presse wollte die Entrüstung, welche seit der Niederlage bei Bulls Run über den Abfall der Südstaaten im Zunehmen begriffen war, gegen das Institut der Sklaverei benutzen, welche so sehr die Ursache der gegenwärtigen Collision sei, daß ohne ihre Abschaffung die Wiederherstellung der Union nicht gedacht werden könne. Eine solche Maßregel wäre für den Augenblick durchaus unzeitig gewesen, indem die Nordstaaten sich nicht in der Lage befanden, sie dem Süden mit Gewalt aufzulegen, und außerdem die an der Union

noch hängenden Sklavenstaaten dadurch zur Trennung von ihr bewogen werden konnten. Die Frage über eine allgemeine Emancipation der Sklaven wurde beseitigt. Dagegen ging eine Bill durch, welche strenge Strafen gegen die Rebellen, wie die südstaatlichen Separatisten von ihren Gegnern genannt wurden, verhängte, und die Befreiung derjenigen Sklaven aussprach, welche mit Bewilligung ihrer Herren von den südstaatlichen Befehlshabern zu militärischen Arbeiten und Operationen gebraucht worden waren. Lincoln willigte nur ungern und zögernd in die Sanction dieser Beschlüsse, indem er damals die Hoffnung auf eine Aussöhnung mit dem Süden noch nicht aufgegeben hatte. Seine und seiner Minister Mäßigung wurde von manchen extrem-abolitionistisch gesinnten Localbehörden nicht immer nachgeahmt. Einige in New-York erscheinende Journale, welche sich der Sache der Südstaaten, ohne deren Abfall zu billigen, im Princip geneigt zeigten, wurden in der Person ihrer Redacteurs verfolgt, einige den Interessen des Südens zugethane nordstaatliche Notabilitäten wegen unvorsichtiger Aeußerungen verhaftet, und das den militärischen Befehlshabern unter gewissen Bedingungen eingeräumte Recht, in Privathäusern nach Waffen suchen zu lassen, so schrankenlos ausgeübt, daß der Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht der Union, General Scott, eine specielle Ordre zur Abstellung dieses Mißbrauchs erlassen mußte. In einem freien Lande, dessen Bürger auf die Unabhängigkeit ihrer Person und die Sicherheit ihres Eigenthums, der Regierung gegenüber, bisher immer so eifersüchtig gewesen, konnten solche Uebertreibungen der Autorität nicht ohne Opposition bleiben. Bei Gelegenheit der im Staat New-York eintretenden Wahlen sprachen sich die Führer der dortigen Demokraten gegen die von der republikanischen Partei aufgestellten Candidaten aus, und klagten die nach ihrer Meinung aggressive und fanatische Politik an, die, anstatt Mittel der Aussöhnung mit den Separatisten aufzusuchen, den Bruch immer unheilbarer mache. Lincoln stimmte, obgleich einer anderen Partei angehörig, in mehr als einer Beziehung mit dieser Gesinnung überein. Als General Butler sich des Forts Monroe bemächtigt hatte, waren viele Sklaven aus dem Süden bei ihm erschienen, um frei zu werden, aber von ihren Herren in Folge der von der Verfassung garantirten Eigenthumsrechte zurückgefordert worden. Auf eine Anfrage Butler's über das in solchen Fällen zu beobachtende Verhalten entschied der Präsident, daß diejenigen Sklaven, welche in den ganz oder zum Theil im Aufstand begriffenen Staaten, zu gegen die Bundestruppen gerichteten militärischen Arbeiten verwandt worden, als Kriegsbeute betrachtet und ihren Herren nicht ausgeliefert werden sollten; daß aber die Herren solcher entflohenen Sklaven, deren Staaten der Union treu geblieben, für diesen Verlust Anspruch auf Entschädigung hätten, wenn es in Mitte der militärischen Operationen unmöglich wäre, die gesetzlichen Formen zu beobachten, und die Herren

in ihr Eigenthumsrecht wieder einzusetzen. Außerdem empfahl Lincoln den in den Sklavenstaaten commandirenden Generalen, in keiner Weise dazu mitzuwirken, daß die Sklaven ihre Herren verließen, oder denselben die schuldigen Dienste verweigerten.

Lincoln sollte bald einen noch stärkeren Beweis von Mäßigung in seinen politischen Grundsätzen geben, die ihm von den Exaltirten seiner eigenen Partei als Schwäche ausgelegt wurden, die er aber für das einzige Mittel hielt, um dem Bürgerkrieg ein Ziel zu stecken und die Union wiederherzustellen. Sich als Präsident der gesammten Republik und nicht allein der Nordstaaten fühlend, glaubte er nicht, sich ausschließend auf Seite dieser letzteren neigen zu dürfen, sondern das Ganze im Auge behalten und Alles versuchen zu müssen, um die zerrissene Einheit zu erneuern. Er hielt dies damals noch durch Anwendung von Milde und Entgegenkommen für möglich, indem er bei seinem einfachen und reinen Sinne die Aristokratie in den Sklavenstaaten zu wenig begriff und zu nachsichtig beurtheilte, deren Selbstsucht und Hochmuth nur durch Strenge und Unglück gebeugt werden konnte. Die Anhänger der Conföderation in Missouri, anfänglich wenig zahlreich, hatten, durch Milizen und Freiwillige von Texas, Arkansas und Tennessee verstärkt, die Oberhand in ihrem Staat gewonnen, als General Fremont, der die Bundestruppen im Thale des Mississippi befehligte, mit überlegenen Streitkräften in St. Louis erschien. Er hielt es unter den vorhandenen Umständen für nöthig, im Staat Missouri den Belagerungszustand einzuführen, alles bewegliche und unbewegliche Eigenthum derjenigen Einwohner, welche gegen die Union zu den Waffen gegriffen hatten, mit Beschlag zu belegen, und die Sklaven solcher Bürger für freie Männer zu erklären. Diese Maßregel erregte nicht nur große Unzufriedenheit in den Grenzsklavenstaaten, die der Union treu geblieben waren, sondern wurde auch in den sklavenfreien Nordstaaten von der Mehrheit der Bevölkerung und bis in den Reihen der Potomacarmee gemißbilligt. Die Institution der Sklaverei wurde daselbst allerdings nicht mit günstigen Augen betrachtet, man wollte aber nicht über die sie betreffenden gesetzlichen Bestimmungen hinausgehen, und sie zwar beschränken und ihr Erlöschen dadurch vorbereiten, aber nicht sie mit einem Schlag gewaltsam aufheben. General Fremont erhielt deshalb vom Präsidenten die Weisung, sich an das vom Congreß gegebene Gesetz zu halten und nur die Sklaven für frei zu erklären, die mit Bewilligung ihrer Herren bei gegen die Bundestruppen gerichteten militärischen Arbeiten und Operationen verwandt worden, und danach seine Maßregeln zu modificiren. In Missouri nahmen die Parteikämpfe immer mehr zu, bis General Hallek in Fremont's Stelle das Commando daselbst erhielt (October 1861), und der Sache der Union die Oberhand verschaffte. — Kentucky, das sich im Kampf zwischen dem Norden und Süden für

neutral erklärt hatte, wurde zuerst von Conföderirten, dann von Bundestruppen besetzt, worauf die gesetzgebende Versammlung, auf die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung gestützt, ungeachtet des Widerstrebens des Präsidenten Magoffin, sich für die Union erklärte. Dessen ungeachtet bewaffneten sich die Anhänger des Sonderbundes in Kentucky und wurden von Milizen aus Tennessee und Alabama unterstützt, worauf der Bundesgeneral Grant die Anhänger der Union in den Staaten Ohio und Indiana zu Hülfe rief. Auf diese Art wurde das Thal des Ohio, welches bisher von dem Bürgerkriege verschont geblieben, in denselben hineingezogen. Während der Kampf in diesen Gegenden unentschieden hin und her wogte, gelang es der Unionsregierung, durch eine Seeexpedition mit Landungstruppen unter General Butler, die Forts Hatteras in Südcarolina einzunehmen und sich der südstaatlichen Besatzungen, ihrer Geschütze, Munitionen und Lebensmittel und einiger Caperschiffe zu bemächtigen, die sich unter die Kanonen der Forts geflüchtet hatten. Durch dieses glückliche Unternehmen wurde die Blokade der Küsten des Südbundes verstärkt und die Verbindung desselben mit Europa mehr als bisher erschwert. Ein erfreulicher Umstand war es, daß Butler die Garnison der Forts Hatteras auf den Fuß von Kriegsgefangenen zu halten versprach, und hierzu die Bestätigung der Bundesregierung erhielt, die bis dahin in ihnen nur Rebellen gesehen und dadurch von Seiten der Südstaaten blutige Repressalien veranlaßt hatte. Ein Versuch der Conföderirten, die Forts von Hatteras wiederzunehmen, mißlang vollständig, und eines ihrer Regimenter mußte die Waffen strecken. Die Besetzung der Forts von Hatteras ermuthigte die Unionsregierung zu einer neuen Expedition unter General Sherman und Commodor Dupont, um die Forts zu zerstören, welche die Stadt Beaufort in Südcarolina, die einer der ersten Stapelplätze für den Baumwollenhandel war, vertheidigten. Das wohl vorbereitete und kühn ausgeführte Unternehmen wurde vom glänzendsten Erfolge gekrönt. Das südstaatliche zur Vertheidigung dieser Küste bestimmte Geschwader mußte, um nicht in Feindeshände zu fallen, von seiner eigenen Bemannung in Brand gesteckt werden. Sherman bemächtigte sich nach einander aller Punkte an der Küste von Carolina und Georgien, wo die südstaatlichen Caperschiffe ihre Beute in Sicherheit gebracht oder vor den dort häufigen Stürmen Schutz gesucht hatten (November 1861.) Die militärische Lage der Union, die durch die Niederlage bei Bulls Run gefährdet gewesen, hatte sich seitdem verbessert, wenn auch nicht in dem Maaße, wie bei den großen materiellen Hülfsmitteln der Nordstaaten erwartet werden konnte. Der greise General Scott, der, obgleich ein geborner Virginier, fest zu der Union gehalten hatte und dem sie die bessere Organisation ihrer Streitkräfte verdankte, zog sich jetzt aus dem activen Dienst zurück, und Mac Clellan wurde an seiner Statt zum Oberbefehlshaber der bewaff-

neten Macht ernannt. Derselbe war noch jung, seine Erhebung erregte den Neid mancher Generale, die ihm vorher gleich gestanden hatten, seine gemäßigten Grundsätze, seine früheren Verbindungen mit den Demokraten des Südens machten ihn der exaltirten Fraction unter den Republikanern verdächtig.

Außer den Schwierigkeiten und Gefahren, welche der Bürgerkrieg der Union bereitete, wäre es bald noch zwischen ihr und dem mächtigen England wegen der sogenannten Trentaffäre, das heißt: wegen der gewaltsamen Wegführung der beiden südstaatlichen Bevollmächtigten, Mason und Slidell, von einem englischen auf ein amerikanisches Schiff, zum Bruch gekommen. Dieser Vorfall ist in dem Abschnitt über Großbritannien im ersten Theile dieses Werks (S. 84—85) erzählt worden und bedarf keiner weiteren Erörterung. Ungeachtet der starken Mißstimmung, welche in den Vereinigten Staaten über die Anerkennung der Südstaaten, als Kriegführende, von Seiten der britischen Regierung, über die heimliche Hülfe, welche englische Schleichhändler den Conföderirten durch Zufuhr von Kriegsbedürfnissen gewährten, über die feindselige Haltung eines Theiles der englischen Presse, gegen England entstanden war, so fand die Unionsregierung es doch für angemessen, die verlangte Genugthuung zu leisten, und die verhafteten südstaatlichen Abgesandten frei zu geben. Ein eigensinniges Beharren auf einer ohnedies ungerechten Handlung hätte die Vereinigten Staaten in diesem Augenblick an einen Abgrund führen können. Das Cabinet von Washington entschädigte sich aber für diese erzwungene Nachgiebigkeit durch die ablehnende Haltung, die es in der mexicanischen Frage einnahm, wie in der Geschichte dieses Landes nachgewiesen werden wird, wodurch die weitgehenden Plane der französischen Politik durchkreuzt und ihnen zuletzt ein Riegel vorgeschoben wurde. Obgleich der Minister des Auswärtigen, Seward, bei der Beantwortung der an ihn behufs des Beitritts zu der Convention von London gerichteten Depesche Thouvenel's keineswegs läugnete, daß auch die Vereinigten Staaten Grund zu Beschwerden über die mexicanische Regierung hätten, so lehnte er doch jede Theilnahme an der von Frankreich, Spanien und England beschlossenen Intervention ab, und gab seine Sympathien für die Unabhängigkeit Mexico's und der Fortdauer seiner republikanischen Staatsform lebhaft zu erkennen. Napoleon III., der Urheber und Hebel der gegen Mexico gerichteten Expedition, war in einer seltsamen Illusion befangen, die nur aus seinen bis dahin davon getragenen Erfolgen erklärt werden kann, wenn er glaubte, daß eine Republik, wie die der Vereinigten Staaten, der Vernichtung einer anderen, dicht an ihren Grenzen gelegenen beistimmen, und die ehrgeizigen Entwürfe, welche das französische Cabinet an seine Einmischung in die mexicanischen Angelegenheiten knüpfte, begünstigen würde.

Der Congreß in Washington trat am 2. December (1861) wieder zusammen. Die Botschaft des Präsidenten war von demselben Geiste der Mäßigung wie alle von ihm seit Antritt seines Amtes vollzogenen Handlungen bezeichnet. Als seine Aufgabe bezeichnete er auch diesmal die Erhaltung, oder vielmehr, von der gegenwärtigen Lage der Dinge ausgehend, die Wiederherstellung der Union, und erklärte sich gegen alle Maßregeln, die über dieses Ziel hinausgehen würden. Er war deshalb dem radikalen Mittel einer allgemeinen Negeremancipation, welche die Eigenthumsrechte so vieler Bürger verletzte, ohne Vorbereitung und Uebergangsstufen unternommen, die Landeskultur in vielen Gegenden unmöglich zu machen drohte, entgegen, und wollte sich nach wie vor an die vom Congreß gegebene Bestimmung halten, welche nur diejenigen Sklaven für frei erklärte, welche mit Bewilligung ihrer Herren bei militärischen Arbeiten oder Operationen gegen die Vereinigten Staaten verwandt wurden. Seine Ueberzeugung war, daß die Beschränkung der Sklaverei auf eine gewisse Anzahl von Staaten, die sich in der Union in der Minorität befanden, die strenge Beobachtung des Verbots der Sklaveneinfuhr und das moralische Beispiel der sklavenfreien, blühenden und mächtigen Nordstaaten allmälig die Emancipation der schwarzen Race ohne große sociale und ökonomische Perturbation herbeiführen würden. Nur die Verblendung und Hartnäckigkeit der südstaatlichen Politiker hat später die plötzliche und entschädigungslose Befreigung der Neger nothwendig gemacht, die ursprünglich weder in den Absichten Lincoln's, noch in denen der conservativen Majorität der republikanischen Partei lag. Indessen that der Präsident einen Schritt, der principiell die Negerrace in den Augen der Weißen heben konnte, indem er beim Congreß die Anerkennung der Negerrepubliken von Hayti und Liberia und die Accreditirung von Geschäftsträgern bei denselben beantragte, und suchte zugleich einen praktischen Ausweg, um die Collisionen zwischen der weißen und schwarzen Race in den Vereinigten Staaten zu beseitigen. Zu dem Ende schlug er für die in Folge der Congreßacte vom 6. August durch den Krieg frei gewordenen oder noch freizulassenden Sklaven eigene Niederlassungen vor, in denen sie frei und von der weißen Bevölkerung gänzlich getrennt leben und nur unter dem allgemeinen Schutz der Union stehen würden. Ersteres war leicht zu bewerkstelligen und ist auch ausgeführt worden; letzteres hätte große Ausgaben verursacht, die, so lange der Krieg dauerte, anderwärts nöthig waren. Beides bewies aber, daß Lincoln von den gewöhnlichen Vorurtheilen seiner Landsleute gegen die Neger frei war und ihr Glück ohne Beeinträchtigung der Weißen wollte.

Der Präsident hob in seiner Botschaft an den Congreß mit Genugthuung hervor, daß die große Mehrheit der Bevölkerung in den drei Sklavenstaaten: Maryland, Kentucky und Missouri sich auf Seite der

Union geschlagen habe, und daß die derselben treu gebliebenen Milizen dreimal so zahlreich als die zu den Conföderirten übergegangenen seien. Lincoln berührte nur in allgemeinen Zügen die innere Verwaltung der Vereinigten Staaten und überließ deren nähere Darstellung den betreffenden Ministern. Aus dem Bericht des Kriegsministers Cameron ging hervor, daß die Landmacht der Union, am 1. December 1861, 660,971 Mann stark war, zu denen die reguläre Armee aber nur 20,334 Mann geliefert hatte, das Uebrige aus Freiwilligen bestand. Der Minister drückte sein Bedauern über die Langsamkeit aus, mit der die Linientruppen sich rekrutirten, und empfahl die Annahme eines allgemeinen Plans für die Organisation und Bewaffnung der Milizen der einzelnen Staaten. Nach den Angaben des Marineministers Welles zählte die Kriegsflotte damals (December 1861) 264 Schiffe mit 2557 Kanonen und 20,000 Matrosen. Die Seemacht der Vereinigten Staaten war schwerer als die der Armee zu rekrutiren gewesen. Es waren aber große Vorbereitungen zu ihrer Vermehrung getroffen worden und elf tausend Arbeiter arbeiteten ohne Unterlaß in den Häfen und auf den Werften der Union. Mit besonderer Spannung wurde der Bericht des Finanzministers Chase erwartet. Aus ihm erhellte die Unmöglichkeit, mit den laufenden Einnahmen die von dem Kriege verursachten Ausgaben zu bestreiten. Chase erklärte sich aber gegen eine permanente Staatsschuld, welche die kommenden Generationen dauernd belasten würde. Nach seiner Meinung sollten die ordentlichen Ausgaben von den Steuern, die außerordentlichen von Anleihen bestritten, aber ein Amortisationsfonds errichtet werden, groß genug, um die Anleihen in dreißig Jahren zurückzahlen zu können. Die Einnahmen und bereits bewilligten Anleihen des Finanzjahres vom 1. Juli 1861 bis 30. Juni 1862 betrugen 329,904,427 Dollars, aber die durch den Krieg nothwendig gewordenen Mehrausgaben beliefen sich auf 200 Mill. Dollars, die durch Anleihen herbeigeschafft werden mußten. Für das Finanzjahr vom 1. Juli 1862 zum 30. Juni 1863 wurden die Einnahmen auf 96 Mill. Doll., die Ausgaben auf 475 Mill. Doll. veranschlagt; 384 Mill. Doll. mußten dem öffentlichen Credit entnommen werden. Ungeachtet der Erhöhung der Steuern, der wachsenden Anleihen, der Störungen und Verheerungen des Krieges blieben die amerikanischen Fonds gegen die Erwartungen Europa's fest, und wurden alle eingegangenen Verpflichtungen pünktlich erfüllt.

Der Krieg nahm, ungeachtet der großen Rüstungen und des entschlossenen Widerstandes des Südbundes, für die Vereinigten Staaten eine Zeit lang einen entschieden günstigen Verlauf an. General Grant zwang die von den Conföderirten auf Inseln im Tennessee und Cumberland, um den Lauf dieser Flüsse zu beherrschen, errichteten Forts Henry und Donalson zu capituliren, wobei in dem letzteren dieser Forts 13,000 Gefangene gemacht wurden (15. Februar 1862). Zu diesem erheblichen

Vortheil hatte das von der Unionsregierung in St. Louis und Cairo ausgerüstete Geschwader von Kanonierböten mitgewirkt. Grant bemächtigte sich hierauf Clarkville's und zog in Eilmärschen gegen Nashville, der Hauptstadt von Tennessee, die von den Conföderirten geräumt wurde. Er schickte sich hierauf an, die errungenen Vortheile weiter zu verfolgen, als er von dem conföderirten General Beauregard, der den Oberbefehl im Westen übernommen hatte und an der Spitze von 60,000 Mann herbeieilte, aufgehalten wurde. Während dies im Stromgebiet des Mississippi sich ereignete, hatte eine Flotte von 100 Segeln mit 12,000 Mann Landtruppen an Bord, unter dem Bundesgeneral Burnside, Annapolis (Hauptstadt von Maryland) verlassen, war durch die Passagen von Hatteras in den Pamlicosund gedrungen, und hatte daselbst eine große Anzahl feindlicher Schiffe zerstört oder genommen. Burnside bemächtigte sich hierauf der Stadt Newbern, in Nordcarolina, mit ihren sechs Forts und vielen Kanonen, großer Magazine und einer Anzahl Dampfer (15. März 1862). — Mac Clellan, Scott's Nachfolger im Oberbefehl über die Kriegsmacht der Union, insbesondere aber mit der Führung der Potomacarmee beauftragt, war durch die Strenge des Winters und die unter seinen Truppen ausgebrochenen Krankheiten eine Zeit lang, wie die ihm gegenüberstehenden Conföderirten, an jeder Unternehmung gehindert worden. Mac Clellan hatte aber so gute Vorbereitungen für den Wiederausbruch des Kampfes getroffen, daß er im Anfange des Frühlings an der Spitze von 90,000 Mann die Offensive ergreifen konnte. Sein Plan war, mit Benutzung der in diesem Theil der Union zahlreichen Wasserstraßen sein Heer in größter Eile bis in die Nähe von Richmond, dem Sitz der Regierung und des Congresses der Conföderirten, zu bringen und dort einen Hauptschlag auszuführen. Diese Absicht war aber durch die geheimen Verbindungen, welche die südstaatlichen Politiker in der Nähe der Bundesregierung unterhielten, denen, welchen es galt, bekannt geworden, und veranlaßte sie, Manassas zu räumen, um alle ihre Streitkräfte bei Richmond concentriren zu können. Mac Clellan konnte jetzt seinen Marsch nicht direkt gegen die Hauptstadt des Südbundes richten, sondern mußte zuerst York-Town angreifen, das er die Conföderirten nach einer vierwöchentlichen Belagerung zu verlassen zwang, während welcher Zeit sie aber Richmond stark befestigt und im ganzen Umfange ihres Gebietes neue Truppencorps formirt hatten. In den Nordstaaten war allgemein die Hoffnung gehegt worden, die in York-Town stehende Hauptmacht des Südbundes zur Capitulation gezwungen und den Krieg durch die Einnahme von Richmond beendigt zu sehen. Die lange und zuletzt erfolglose Belagerung von York-Town und der ungefährdete Rückzug der Conföderirten, statt der gewünschten Waffenstreckung, regten die öffentliche Meinung gegen Mac Clellan auf. Seine vorsichtige, methodische Kriegführung, die ihm von der Lage der

Dinge geboten schien, indem ein bedeutender Unfall die noch im Werden begriffene Truppenformirung der Union der Auflösung nahe bringen konnte, galt für Schwäche, fast für Verrath. Nachdem im Anfange des Kampfes die Stimmung in den Nordstaaten eher eine gedrückte als gehobene gewesen, war man durch die gegen den Süden in der letzten Zeit erlangten Erfolge zu den übertriebensten Erwartungen fortgerissen worden. Ohne den kräftigen Schutz, den der Präsident dem im Congreß, in der Presse und den politischen Vereinen mit Anschuldigungen und Vorwürfen überhäuften General angedeihen ließ, wäre derselbe ganz bei Seite geschoben worden. Aber der Oberbefehl über die bewaffnete Macht der Union ward ihm entzogen und nur das Commando über die Potomacarmee gelassen. Die übrigen Truppen wurden unter drei commandirende Generale vertheilt, unter welchen Fremont den meisten Ruf besaß. Aber keines dieser Corps war im Stande, es mit der Macht der Conföderirten unter Beauregard aufzunehmen, der, nachdem er von mehren Seiten her Verstärkungen an sich gezogen, an der Spitze von 80,000 Mann stand, und sich in einer strategisch vortheilhaften Stellung bei Corinth, wo zwei Eisenbahnlinien sich durchschneiden, befestigt hatte. Vergebens suchten die einzelnen und bis dahin glücklich operirenden Abtheilungen der Bundesarmee sich unter General Halleck gegen ihn zu vereinigen. Beauregard täuschte sie durch kühne und geschickte Märsche, brachte ihnen bei Pittsburg eine Niederlage bei (7. April 1862), und hoffte sie in den Tennessee werfen zu können, wurde aber durch die auf diesem Fluß aufgestellten Kanonierböte der Föderirten arg mitgenommen und zum Rückzug auf Corinth genöthigt. Noch in demselben Monat wurde New-Orleans, die wichtigste Stadt des Südens, von den Bundestruppen unter General Butler nach kurzem Widerstand eingenommen (26. April). Die Föderirten waren, von ihrer sich immer mehr entwickelnden Seemacht trefflich unterstützt, in Florida, Georgien und Nordcarolina glücklich, nahmen die daselbst im Anfange der Scission verlorenen Häfen, Schiffswerften und Zeughäuser wieder, und zwangen die Conföderirten die Panzerfregatte „Merimac", die einige Monate lang dem Handel der Nordstaaten großen Schaden zugefügt hatte, in die Luft zu sprengen. Alle Punkte an der Südküste, mit Ausnahme der Städte Charleston und Savannah, befanden sich jetzt in der Gewalt der Union.

Mac Clellan, der, ungeachtet die Conföderirten während der Vertheidigung von York-Town Zeit gehabt hatten, Richmond stark zu befestigen, dasselbe um jeden Preis nehmen wollte, forderte einmal über das andere Verstärkungen von der Bundesregierung, die ihm nicht gewährt wurden. Der in Cameron's Stelle getretene Kriegsminister Stanton war ihm eben so wie ein Theil der Presse entgegen, weil er ihren Erwartungen bei York-Town nicht entsprochen hatte. Man wollte in

Washington den raschen Abgang an Mannschaft in diesem mörderischen Kriege nicht begreifen, und übersah, daß außerdem große Massen von Freiwilligen, wenn die vertragsmäßig mit ihnen eingegangene Dienstzeit abgelaufen war oder auch nach eigenem Belieben die Armee verließen, ohne alsbald ersetzt zu werden. Ungeachtet mancher Mißgriffe, die theils vom Kriegsministerium, theils von den commandirenden Generalen der Union begangen wurden und die Niederlage des Generals Banks bei Winchester (25. Mai) und ein obwohl nur vorübergehendes Vorrücken der Conföderirten gegen Washington zur Folge hatten, zeigten sich die Bundestruppen dem Gegner im Ganzen überlegen. Fremont nahm Winchester den Conföderirten wieder ab, die bei Seven Pines und Fair Oaks zurückgetrieben wurden, Corinth räumen mußten, und deren Kanonenbootflotille auf dem Mississippi zur Capitulation gezwungen wurde. Banks drang von Neuem in Virginien ein. Die Regierung in Washington zeigte um diese Zeit, wie aus den Depeschen des Ministers Seward an die im Ausland accreditirten diplomatischen Agenten hervorgeht, großes Vertrauen auf eine baldige Unterwerfung des Südens, und die entschiedenen Abolitionisten setzten in beiden Häusern des Congresses ein Gesetz durch, welches die Sklaverei in allen sogenannten Territorien der Union, d. h. in den ihr angehörigen Gebieten, die noch nicht zu Staaten erhoben waren, untersagte (20. Juni). Mac Clellan, der das öffentliche Vertrauen wiedergewinnen, und sein Commando durch eine große That verherrlichen wollte, hatte unterdessen seinen Marsch gegen Richmond fortgesetzt. Die Conföderirten waren schon aus eigener Bewegung entschlossen, Richmond, ihr politisches Centrum, auf das Aeußerste zu vertheidigen, wurden aber darin noch durch die Rathschläge des französischen Gesandten in Washington, Mercier, bestärkt, der ihnen vorgestellt hatte, in welches ungünstige Licht die Sache der Südstaaten durch den Verlust von Richmond in den Augen Europa's gestellt werden würde. Ungeachtet der unläugbaren Talente Mac Clellan's waren seine Operationen, weil er von den anderen Generalen nicht angemessen unterstützt wurde, die Bewegungen nicht gehörig in einander griffen, und viele unter seinen Truppen zu wenig vorbereitet für den Krieg waren, nicht von dem gewünschten Erfolge begleitet. Außerdem traten unüberwindliche Schwierigkeiten des Terrains und der entschlossenste Widerstand dem Gelingen hindernd entgegen. Nach einer Reihe blutiger Gefechte, in der Nähe von Richmond zwischen dem 26. Juni und 2. Juli geliefert, mußte Mac Clellan der Absicht, sich des Hauptpunktes der Conföderation zu bemächtigen, entsagen. Vergebens wurde der Oberbefehl über die gesammte Landmacht dem General Pope übertragen, vergebens General Fremont, welcher, ungeachtet seiner ausgezeichneten Befähigung, durch seinen Eigenwillen bisher mehr schädlich als nützlich eingewirkt hatte, vom Commando entfernt, und die Regierung vom Congreß zur An=

werbung von 300,000 Freiwilligen, die nöthigen Falls durch die Conscription vervollständigt werden sollten, ermächtigt, für den Augenblick war es unmöglich, der Lage der Dinge eine günstigere Wendung zu geben. Die Einstellung der Freiwilligen ging, ungeachtet des hohen Handgeldes, nur sehr langsam von Statten, indem die eintretende Ernte in vielen Gegenden alle Arme in Anspruch nahm. Die Belagerung von Vicksburg mußte von den Föderirten aufgegeben werden (5. August), deren ganze Macht sich vom Chicahominy hinter den Rappahannoc zurückzog, so daß Washington abermals von den Conföderirten bedroht wurde. Der Kriegsminister Stanton wurde in Folge dessen entlassen und durch General Halleck ersetzt. Pope, der sich früher an der Spitze einzelner Divisionen ausgezeichnet hatte, entsprach nicht den Hoffnungen, die man von seinem Oberbefehl gehegt hatte. Sein linker Flügel unter Mac Dowell wurde von Lee geschlagen, er selbst mußte sich auf Alexandrien zurückziehen, die starken Positionen von Contreville und Fairfax aufgeben und seine Bagage im Stich lassen. Die Unionsregierung befand sich in einer üblen Lage. Mac Clellan, der so vielen Angriffen und selbst Verläumdungen ausgesetzt gewesen, war in diesem Augenblick ihre einzige Stütze, indem einige ausgezeichnete militärische Talente, die später die Entscheidung herbeiführen sollten, damals noch nicht vollkommen gewürdigt waren. Er schlug die Conföderirten bei Antietam (17. September), zwang sie über den Potomac zurückzugehen, und befreite Washington von der Gefahr einer Belagerung.

Nach einem vierzehnmonatlichen Kampfe, von der Schlacht von Bull's Run an gerechnet, befanden sich die beiden Gegner in denselben Stellungen, wie beim Ausbruch der Feindseligkeiten. Das Kriegsglück hatte zwischen ihnen aber ohne entscheidende Wirkung gewechselt, keiner von beiden hatte es nachdrücklich zu benutzen verstanden. An eine Beilegung des Kampfes war jetzt noch weniger als bei dessen Anfang zu denken. Beide Theile waren zu weit vorgegangen, um freiwillig zurückweichen zu können. Die Unvereinbarkeit ihrer Grundsätze war während des Zusammenstoßes noch mehr als vorher an den Tag gekommen. Da der Südbund, ungeachtet seiner numerisch geringeren Bevölkerung, nicht nur im Stande gewesen war, der Macht der Vereinigten Staaten zu widerstehen, sondern sie sogar zu schlagen und ihre Hauptstadt mehrmals zu bedrohen, so hoffte er seinen Zweck, die Separation, zu erreichen, wobei er damals noch auf die Mitwirkung des Auslandes rechnete, während, wer die in den Nordstaaten herrschende Gesinnung kannte, überzeugt war, daß dieselben nie und nimmer in die Auflösung der Union willigen, und sich durch keine Unfälle und Opfer von deren Wiederherstellung abhalten lassen würden. Es stand demnach ein langer und verheerender Kampf zu erwarten. Was indessen den Philanthropen bei dieser traurigen Aussicht zu trösten vermochte, war der Fortschritt, den

die abolitionistischen Ideen in dieser Zeit gemacht hatten. Die Einschränkung der Sklaverei, die erleichterte Möglichkeit der Freilassung unter gewissen Bedingungen ist bereits an den geeigneten Stellen erwähnt worden. Obgleich Lincoln in dieser Frage bisher mit großer Behutsamkeit zu Werke gegangen war, weil er, vor allem die Wiederherstellung der Union vor Augen habend, so lange als möglich an einer friedlichen Uebereinkunft mit dem Südbunde festhielt, so wurde er von der Unversöhnlichkeit des Gegners endlich zu einem entscheidenden Schritt genöthigt. In einer Proclamation vom 22. September 1862 erklärte der Präsident den Separatisten, daß, wenn sie nicht bis zum 1. Januar 1863 zu der von ihnen gebrochenen Union zurückgekehrt wären und sich den Grundgesetzen der Vereinigten Staaten unterworfen hätten, die Sklaverei bei ihnen für immer aufgehoben werden würde. Diese Erklärung Lincoln's und die Errichtung von Negerregimentern erregte in den Südstaaten eine grenzenlose Erbitterung. Der Präsident wurde als ein Gegner der geheiligten Rechte des Eigenthums und als ein Aufreizer zu Sklavenempörungen bezeichnet. Der Senat in Richmond ging so weit zu beschließen, daß vom 1. Januar 1863 an alle gefangenen Offiziere der Bundestruppen zu Zwangsarbeit verurtheilt und diejenigen unter ihnen, welche an der Spitze von Negersoldaten gestanden hätten, ohne weiteres erschossen werden sollten. Obgleich es nicht an einzelnen Grausamkeiten fehlte, so wurde diesem Beschluß doch keine systematische Anwendung gegeben, die unaufhörlich das Wiedervergeltungsrecht herausgefordert und dem Kampfe einen Charakter wie unter wilden Indianern verliehen haben würde. Es blieb dabei im Ganzen bei Drohungen. Das französische Cabinet, dem bei seiner Absicht, sich in die inneren Verhältnisse Mexico's einzumischen, die Auflösung der Union und Schwächung der Vereinigten Staaten sehr erwünscht gewesen wäre, wollte Großbritannien und Rußland zu einem Vermittlungsversuche zwischen dem Norden und Süden herbeiziehen, der aber in London und Petersburg abgelehnt wurde (November 1862). Ein im Januar 1863 von Frankreich allein an das Cabinet von Washington gerichteter Vorschlag, mit dem Südbunde über Beilegung des Kampfes in Besprechungen an einem für neutral zu erklärenden Orte einzugehen, die damals vergeblich sein oder auf eine Separation hinauslaufen mußten, blieb ebenfalls ohne Erfolg, indem man in Washington auf der unbedingten Anerkennung der Union von Seiten des Gegners bestand, und überhaupt von keiner fremden Vermittlung hören wollte.

Der Präsident und sein Cabinet wurden durch die Proclamation vom 22. September in Betreff der Freilassung der Sklaven in den abgefallenen Staaten, die ein nach Außen nicht mehr zurückzunehmender Schritt war, auch zu einem durchgreifenderen Auftreten im Innern veranlaßt. Namentlich sollte der übergroße Einfluß, den manche unter den

commandirenden Generalen bisher auf die Leitung der politischen Angelegenheit ausgeübt hatten, nicht länger stattfinden, und dieselben überhaupt unter strengere Aufsicht genommen werden. Es stimmte dies übrigens mit den Verfassungsgrundsätzen der Vereinigten Staaten, wo die militärische Gewalt der civilen durchaus untergeordnet sein soll, vollkommen überein, nur daß in der Anwendung dieses Princips Uebertreibungen vorkamen. General Buell, der einige Neigung zur Schonung der Sklavenstaaten und ihrer Interessen gezeigt und die ihm dargebotene Gelegenheit, ein Corps der Conföderirten unter General Bragg, bei dessen unvorsichtigem Vordringen in Kentucky, zu vernichten, versäumt hatte, wurde entlassen, und durch Rosenkranz, der sich bei Corinth hervorgethan hatte, ersetzt. Diese Maßregel wurde von der öffentlichen Meinung günstig aufgenommen. Anders verhielt es sich mit der Verabschiedung Mac Clellan's, der durch den Sieg bei Antietam der Union in einem kritischen Moment einen wichtigen Dienst geleistet hatte, und deren noch größere für die Folge versprach, da er den Ruf eines ausgezeichneten Organisators und Taktikers besaß. Er hatte sich allerdings bei einigen Gelegenheiten der Regierung gegenüber zu unabhängig gezeigt, aber deshalb schien seine Verabschiedung nicht gerechtfertigt zu sein. Denn seine Entfernung von der Armee bedrohte die Sache, um die es sich handelte, mit mehr Nachtheilen, als sein zu großer Eigenwille je verursacht haben würde. General Burnside erhielt an Mac Clellan's Stelle das Commando über die Potomacarmee.

Ungeachtet die sogenannte Trentaffaire, welche unter anderen Umständen zu einem Bruch zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten hätte führen können, durch die Nachgiebigkeit letzterer beigelegt war, so regte die unumwunden kundgegebene Sympathie eines bedeutenden Theiles der englischen Presse für die Südstaaten, und die Unterstützung an Waffen und Munition, die ihnen, ungeachtet der Blokade ihrer Küsten, durch den Schleichhandel zukam, den Groll des Nordens gegen England immer wieder von Neuem auf. Besondere Veranlassung zur Unzufriedenheit gaben aber die in englischen Häfen gebauten südstaatlichen Caperschiffe, von denen ein einziges, „Alabama" genannt, in nur acht Wochen zwei und zwanzig nordstaatliche Handelsfahrzeuge genommen hatte. Ein allgemeiner Schrecken verbreitete sich unter den Rhedern, Kaufleuten und Fabrikanten der Union, und der Gütertransport über den atlantischen Ocean nahm reißend schnell ab. Man war in Nordamerika geneigt, in der Nachsicht, mit der die englische Regierung die Erbauung der südstaatlichen Caperschiffe auf englischen Werften und ihre Armirung und theilweise Bemannung mit Engländern behandelte, eine offenbare Verletzung der Neutralität zu sehen, und der Minister des Auswärtigen, Seward, erklärte in seinen an den Vertreter der Vereinigten Staaten in London, Adams, gerichteten Depeschen, daß

seine Regierung für die dem Handel durch die aus englischen Häfen ausgelaufenen Corsaren zugefügten Schaden Ersatz verlangen werde. In den Klagen und Drohungen über die Verletzung der Neutralität von Seiten Englands stimmten die Parteien in den Vereinigten Staaten überein. Aber in den Fragen der innern Politik erhob sich unter den nordstaatlichen Demokraten eine Opposition gegen ihre aus der republikanischen Partei hervorgegangene Regierung und Lincoln's Proclamation vom 22. September, und bei der Wahl der Congreßmitglieder und Beamten in Pennsylvanien, New-York und anderen Staaten trugen die Demokraten erhebliche Vortheile über die Republikaner davon.

In seiner Botschaft an den Congreß bei dessen Eröffnung in Washington am 1. December 1862 berührte der Präsident in gemessener und würdiger Weise die Beschwerden, welche die Union gegen die von England und Frankreich in Betreff des Sonderbundes und Mexico's beobachtete Politik zu haben glaubte, und hob dann, auf die durch den Krieg gesteigerten Ausgaben des Schatzes übergehend, das Vertrauen hervor, mit dem die Nation den Absichten der Regierung bei den verschiedenen über 700 Millionen Dollars betragenden Anleihen entgegen gekommen war. Die Ansprüche der Südstaaten auf einen besonderen Bund wurden von Lincoln von Neuem verworfen, und die Nothwendigkeit der politischen Einheit des Gebietes der Vereinigten Staaten schon auf Grund der geographischen Lage nachgewiesen. Zwei besondere Staaten innerhalb der Grenzen der Union würden sich unaufhörlich und so lange bekämpfen, bis der eine sich dem anderen unterworfen haben werde. Einer so traurigen Möglichkeit müsse von Hause aus vorgebeugt werden. In Bezug auf die Sklavenfrage wiederholte er die in seiner Proclamation angekündigte Maßregel, daß in allen Sklavenstaaten, die am 1. Januar 1863 noch unter den Waffen stehen würden, die Sklaven von Rechtswegen frei sein sollten. Ihre Zahl wurde auf 3,200,000 Köpfe angegeben. Für die Sklaven in den zwischen dem Norden und Süden liegenden Sklavenstaaten, in denen die Mehrheit der Bevölkerung der Union treu geblieben war, wo es ungefähr 800,000 Sklaven gab, sollten deren Herren, wenn sie dieselben frei ließen, von Staatswegen entschädigt werden. Ueber den 1. Januar 1900 hinaus dürfe die Sklaverei in keinem Theil der Vereinigten Staaten bestehen. Für die Freiwerdung der dann noch vorhandenen Sklaven würden ihre Herren keine Entschädigung in Anspruch nehmen können. Es fiel dem Präsidenten nicht schwer, nachzuweisen, daß der Loskauf der Sklaven immer noch lange nicht so viel wie die Fortsetzung des Krieges mit dessen zerstörenden Folgen kosten würde. Wenn zwei Drittel beider Häuser des Congresses mit diesen Vorschlägen einverstanden wären, sollten sie den Legislaturen der einzelnen Staaten als Amendements zu der

Bundesverfassung vorgelegt werden, und wenn sie von drei Vierteln dieser Legislaturen bestätigt worden, für Theile der Verfassung der Vereinigten Staaten gelten. Von den radicalen Anhängern der Sklavenemancipation wurde der von Lincoln vorgeschlagene Modus als zu zögernd und behutsam angefochten. Er hielt damals die Annahme seines Plans von Seiten der Südstaaten, die, wenn sie vor dem 1. Januar 1863 die Waffen niederlegten, ebenfalls auf Entschädigung für die Freilassung ihrer Sklaven Anspruch gehabt hätten, für möglich, und glaubte somit die Wiederherstellung der Union ohne ferneres Blutvergießen bewirken zu können. Obgleich Lincoln sich irrte, und die Aufhebung der Sklaverei auf einem anderen als dem von ihm bezeichneten Wege erreicht werden sollte, so war sein Plan doch immer ein Beweis für die Humanität seines Charakters und die Mäßigung seiner politischen Grundsätze. Er hoffte mit geringern Opfern dasselbe Ziel erreichen zu können. Ohne die Verblendung, von der die südstaatlichen Häupter befangen waren, hätten dieselben schon damals gewahr werden können, daß das Gebäude der Sklaverei, welches sie für so unerschütterlich hielten, zu wanken anfing. Die Legislatur von Westvirginien, das sich von dem übrigen zum Sonderbunde gehörigen Theile dieses Staates getrennt hatte, beschloß, daß vom 4. Juli 1863 an, dem Jahrestage der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten, alle von Sklaven geborenen Kinder für frei erklärt werden sollten, und die Sklaverei überhaupt nicht über das Jahr 1872 dauern dürfe. Der Staat Missouri kam Lincoln's Absichten sogar zuvor, indem daselbst die stufenweise Aufhebung der Sklaverei schon im Jahr 1864 beginnen sollte.

Die in beiden kämpfenden Parteien zunehmende Ueberzeugung von der Unmöglichkeit einer friedlichen Ausgleichung beflügelte die militärischen Operationen, die selbst von dem angehenden Winter nicht unterbrochen wurden. Besonders war dies auf Seite der Föderirten der Fall, deren Presse, seitdem der Congreß in Washington zusammengetreten, mit leidenschaftlichem Eifer auf rasches Vorgehen gegen Richmond und Beschleunigung des Krieges drang. Der Ruf des Generals Burnside, welcher jetzt an der Spitze der Potomacarmee stand, flößte großes Vertrauen ein. Er galt für eben so entschlossen als berechnend, und die Union verdankte ihm ihre ersten erheblichen Erfolge, die Besetzung der Küsten von Nordcarolina. Burnside, der diesen Erwartungen entsprechen wollte, ging über den Rappahannock, und griff die südstaatlichen Truppen, die unter drei ihrer besten Generale, Lee, Longstreet und Jackson bei Fredericksburg eine von Natur feste und durch Kunst fast unbezwingbar gemachte Stellung einnahmen, mit Ungestüm an. Dem linken Flügel der Bundesarmee unter General Franklin gelang es, die ihm gegenüberstehende Division Jackson zu werfen, aber alle anderen Bemühungen, die feindlichen Linien zum Wanken zu bringen, blieben vergeblich. Burnside

verlor an diesem Tage (15. December 1862) 10,000 Mann an Todten und Verwundeten, und mußte, aber ohne weiter beunruhigt zu werden, über den Rappahannock zurückgehen. Wie früher gegen Mac Clellan erhob sich jetzt die exaltirte Fraction der Republikaner gegen Burnside, der im Commando über die Potomacarmee durch General Hooker, der bei Frederiksburg das Centrum mit Auszeichnung geführt hatte, ersetzt wurde. Ein Versuch, das Ministerium, dessen Politik man die Verzögerung entscheidender und glücklicher Schläge Schuld gab, wenigstens theilweise zu stürzen, scheiterte an der Festigkeit des Präsidenten, der eine Veränderung unter den Mitgliedern der Regierung in diesem Augenblick als dem öffentlichen Wohl nachtheilig bezeichnete.

Seitdem New-Orleans und Memphis von den Bundestruppen besetzt worden, war die kleine aber feste Stadt Vicksburg, am Mississippi, im Staat dieses Namens gelegen, der einzige wichtige Punkt zwischen jenen beiden Orten, der sich noch im Besitz des Sonderbundes befand. General Sherman erhielt Befehl, sich Vicksburgs zu bemächtigen. Es gelang ihm, die beiden ersten Befestigungslinien nach einem hartnäckigen Gefecht zu nehmen. Nachdem aber die Besatzung, ohne daß die Belagerer es zu verhindern vermocht hätten, durch frische Truppen verstärkt worden, mußte Sherman sein Unternehmen aufgeben, und da man ihm vorwarf, den Angriff, um anderen Generalen zuvorzukommen, übereilt zu haben, wurde er des Commandos enthoben, und durch Mac Clellan ersetzt, dessen Talente man nicht länger unbenutzt lassen wollte (1. Januar 1863). Derselbe führte das Heer, welches vor Vicksburg in wenigen Tagen 2000 Mann an Todten und Verwundeten verloren hatte, anstatt nach Memphis, um ihm dort, wie erwartet worden, einige Ruhe zu gönnen, in Eilmärschen nach Arkansas Post, einem stark befestigten Platz, der die Bucht von Arkansas beherrschte, und traf nach kurzem Bombardement alle Vorbereitungen zum Sturm, dem aber die Besatzung, 4500 Mann stark, durch Uebergabe des Ortes und Waffenstreckung zuvorkam. Fast um dieselbe Zeit wurden die Conföderirten unter Bragg bei Murfreesborough, im Staat Tennessee, von Rosenkranz nach mehrtägigen, äußerst blutigen Gefechten geschlagen. Die Bundestruppen hatten den fünften Theil ihrer Macht (9000 Mann), die Conföderirten 12,000 Mann, ohne die Gefangenen, eingebüßt. Nach der schweren Arbeit der letzten Wochen trat auf beiden Seiten das Bedürfniß der Ruhe ein, das noch durch die zunehmende Strenge des Winters vermehrt wurde. Auch mußten beide Armeen darauf bedacht sein, ihre vielen Verluste durch neue Anwerbungen zu ersetzen, um den Kampf mit frischen Kräften fortsetzen zu können. Obgleich die Nordstaaten über eine viel zahlreichere Bevölkerung geboten, so konnten sie von dieser Ueberlegenheit bei der in ihren Reihen eingerissenen Unordnung keinen vollständigen Gebrauch machen. In ihren Kriegsrollen waren 700,000 Mann verzeichnet, von denen

aber am 1. Januar 1863 nicht weniger als 8987 Officiere und 282,073 Soldaten fehlten. In den Hospitälern lagen 130,000 Verwundete und Kranke, die Uebrigen hatten sich ohne Urlaub von ihren Regimentern entfernt.

Die Monate, während welcher, einige unbedeutende Gefechte ausgenommen, die militärischen Expeditionen ruhten, wurden von den Vereinigten Staaten zur Reform ihrer socialen Zustände angewandt, was der ursprüngliche Grund des großen Kampfes war, wenn auch noch andere Motive hinzugetreten waren. Der Präsident erklärte in Gemäßheit seiner Proclamation vom 22. September die Sklaven in den Sonderbundsstaaten für frei, mit Ausnahme einiger Districte, deren Autoritäten die Regierung und den Congreß von Washington wieder anerkannt hatten. Unter den freigelassenen Negern fielen weniger Unordnungen vor, als man gefürchtet hatte. Viele von ihnen waren bereit, ihre früheren Arbeiten, aber gegen einen regelmäßigen Lohn oder einen Antheil an der Ernte fortzusetzen; andere ließen sich in vorher unangebauten Gegenden nieder und machten dieselben urbar. Die Abolitionistengesellschaften in den Nordstaaten schickten Agenten nach dem Süden, wo die Sklaverei aufgehört hatte, und ließen daselbst Schulen errichten, die von den Negern fleißig besucht wurden. Eine große Menge von diesen trat in die Armee ein. Es wurde jetzt der Grund zu einem gesitteten Leben unter ihnen gelegt. Die Berathungen des Congresses betrafen meist den Loskauf der Neger in den der Union treu gebliebenen Grenzsklavenstaaten, wo die Emancipation nur gegen Entschädigung stattfinden konnte, die zweckmäßigste Art der Beschäftigung für die freigewordenen Neger, die Bedingungen ihrer Aufnahme und die Länge ihrer Dienstzeit unter den Bundestruppen, und die Aufbringung der nöthigen Geldmittel zur Fortsetzung des Krieges. Die Emittirung und Circulation des Papiergeldes wurde neu regulirt und gleichmäßigen Bestimmungen unterworfen, und auf die von den Privatbanken ausgegebenen Billets eine Steuer gelegt. Der Finanzminister Chase wurde ermächtigt, sich für das Finanzjahr vom 1. Juli 1863 bis zum 30. Juni 1864, für die Ausgaben des Krieges und der Verwaltung, die Summe von 600 Mill. Dollars durch Anleihen und Creirung neuer Schatzscheine zu verschaffen. Um allen Vermittlungsversuchen der fremden Diplomatie in Betreff des Krieges mit dem Sonderbunde ein Ende zu machen, erließ der Congreß eine Erklärung, nach welcher fortan jeder auch in guter Absicht gemachte Vorschlag der Art für ein Zeichen des Uebelwollens gegen die Vereinigten Staaten angesehen werden würde, indem von den Rebellen jede Einmischung als ein zu ihren Gunsten unternommener Schritt aufgefaßt werde, sie dadurch zum Widerstand ermuntert und die Leiden des Krieges verlängert werden müßten. Ein Gesetzentwurf, der alle Bürger der Vereinigten Staaten vom zwanzigsten bis zum fünfundvierzigsten Lebens=

jahre zum Militärdienst verpflichtete, wurde angenommen, und dem Präsidenten für gewisse Fälle die Suspendirung der Habeascorpus=Acte zugestanden. Nach Erlaß dieser wichtigen Beschlüsse wurden die Sitzungen des Congresses am 4. März (1863) geschlossen.

Nach Wiederausbruch der Feindseligkeiten (April 1863) wurden Vicksburg und Port=Hudson, beide am Mississippi gelegen, und einen Theil seines Laufes beherrschend, von den Bundestruppen unter General Grant und ihrer Flotte unter Admiral Porter lebhaft, obwohl lange Zeit über ohne Erfolg angegriffen. Der Besitz dieser beiden Punkte machte es den Conföderirten möglich, Proviant aus Texas und Luisiana, Munition aus Matamoros (Mexico) zu beziehen, und ließ den Föderirten zur Verbindung mit New=Orleans nur den Seeweg übrig. Der Präsident des Südbundes, Jefferson Davis, begab sich selbst nach Vicksburg, und munterte die Besatzung zum nachdrücklichsten Widerstande auf. Um dieselbe Zeit wurde die Belagerung von Charleston (Südcarolina) von den Unionstruppen begonnen, aber ein Angriff ihrer Panzerschiffe abgeschlagen. Ein Versuch der Südbundstruppen unter General Pemberton, um Vicksburg zu entsetzen, endigte mit ihrer Niederlage (16. Mai), und Grant konnte die Festung jetzt auf der Landseite einschließen, während Porter sie vom Flusse aus beschoß. Ein von Grant unternommener Sturm auf Vicksburg mißlang und es mußte zu einer regelmäßigen und beschwerlichen Belagerung geschritten werden. Dasselbe fand bei Port Hudson statt. Ein von General Banks versuchter Ueberfall blieb ohne Erfolg. Bei dieser Gelegenheit zeichneten sich die in den Reihen der Bundesarmee fechtenden Negerregimenter durch ihre Tapferkeit aus. Eines derselben verlor zwei Drittel seiner Mannschaft. Während dies an den Ufern des Mississippi vorging, waren die Föderirten am Rappahannock nicht glücklicher gewesen. General Hooker wurde in der mehrtägigen Schlacht bei Chancellorsville und Fredericksburg (2. bis 5. Mai) von Lee geschlagen und zum Rückzug gezwungen. Beide Theile hatten ungeheure Verluste erlitten. Einer der unternehmendsten und glücklichsten Führer der Sonderbundstruppen, Jackson, wegen seiner Unerschrockenheit und Festigkeit der „Steinwall (Stonewall)“ genannt, fiel in dieser Schlacht. Die Niederlage und die Verluste der Bundestruppen erregten in den Nordstaaten Trauer aber keine Entmuthigung. Hooker, der bis dahin allgemeines Vertrauen besessen hatte, wurde hart getadelt und sein Verbleiben an der Spitze der Potomacarmee war zweifelhaft geworden. Aber auch der Präsident und seine Regierung blieben, obgleich sie an den strategischen Operationen keinen Antheil gehabt, nicht von Mißbilligung verschont. Lincoln machte jetzt von den ihm ertheilten Vollmachten einen obwohl mäßigen Gebrauch, indem er die Führer einer Partei in den Nordstaaten, die es mit dem Sonderbunde hielt und in diesem Sinne wirkte, „Copper=Heads“ genannt, verhaften ließ.

Durch den Sieg bei Chancellors und Frederiksburg ermuthigt, beschlossen die Conföderirten mit aller Macht in Maryland und Pennsylvanien vorzudringen, um wo möglich einen großen Schlag gegen Washington oder Baltimore auszuführen. Ihre Politiker sahen das allmälige Abnehmen ihrer Mittel an Mannschaft und Geld voraus, und glaubten nur durch ein kühnes Vorgehen sich retten, den Kriegsschauplatz auf feindliches Gebiet verlegen, die europäischen Seemächte zur Anerkennung ihrer Unabhängigkeit bewegen und die Trennung von der Union durchsetzen zu können. Raschheit in der Ausführung des entworfenen Plans war die erste Bedingung des Gelingens. Aber Lee, der mit dem Unternehmen beauftragt war, sah sich in seinem Marsch durch die Niederlagen aufgehalten, die seine Cavalerie unter General Stuart trafen, der, mehrmals geschlagen und von der Hauptmacht getrennt, sich erst auf einem langen Umwege wieder mit ihr vereinigen konnte. Lee konnte deshalb nicht direct, wie er gewollt, gegen Washington vordringen, sondern verlor eine kostbare Zeit, die von der Unionsregierung zur Concentrirung ihrer Streitkräfte und zur Aufbietung zahlreicher Freiwilligen und Milizen benutzt wurde. Als die beiden feindlichen Heere einander gegenüber standen und eine Schlacht unvermeidlich schien, legte Hooker, der die Bedeutung des Augenblicks fühlte, und von der Erinnerung an seine Niederlage bei Chancellorsville und Frederiksburg gedrückt wurde, den Oberbefehl nieder, den der unter ihm commandirende General Mead übernahm. Lee stand an der Spitze von wenigstens 100,000 Mann; Mead's Armee war um 20,000 Mann schwächer, aber von dem Gedanken erfüllt, daß sie das Schicksal der Vereinigten Staaten und deren ganze Zukunft in ihrer Hand trug. In dem von Mead am Vorabend des Kampfes erlassenen Tagesbefehl wurden alle Befehlshaber aufgefordert, den Soldaten die große Wichtigkeit dieses Moments vorzustellen. „Die Armee hat sich immer tapfer geschlagen," sagte Mead, „aber sie wird sich mit noch mehr Begeisterung schlagen, wenn man zu ihrem Herzen zu sprechen weiß. Jede im Gefecht begangene Pflichtvergessenheit soll mit dem Tode bestraft werden." Die Schlacht begann am 1. Juli unweit der kleinen Stadt Gettysburg (Pennsylvanien), und fiel am ersten Tage nicht glücklich für die Bundestruppen aus, die sich auf die südlich von Gettysburg liegenden Höhen zurückziehen und die Stadt dem Feinde überlassen mußten. Am zweiten Tage wandte sich der Kampf mehr zu Gunsten Mead's, obwohl noch immer ohne entscheidenden Erfolg, aber am dritten Tage wurden die Conföderirten überwältigt, und mußten mit einem Verlust von 7450 Todten und Verwundeten und 10,000 Gefangenen das Feld räumen. Aber der Sieg war ebenfalls mit großen Opfern erkauft worden. Mead's Schwäche an Cavalerie erleichterte Lee den Rückzug, den er über den Potomac bewerkstelligte. Der Plan der südstaatlichen Politiker,

Washington zu besetzen und die Union in ihrem Mittelpunkt anzugreifen, war gescheitert. Lee hatte in den letzten Wochen 37,000 Mann an Todten, Verwundeten und Gefangenen verloren. Gleich nachdem Mead bei Gettysburg gesiegt hatte, erzwang Grant die Capitulation von Vicksburg 4. Juli) und am 9. Juli mußte sich Port Hudson ergeben. In Vicksburg fielen 30,000 Gefangene, 200 Kanonen und große Vorräthe an Lebensmitteln und Kriegsbedarf in die Gewalt der Bundestruppen. Mead und Grant hatten, der eine am Potomac, der andere am Missisippi die Union von einer drohenden Gefahr befreit und einen großen Schritt zu einem für sie günstigen Ausgang des Krieges gethan. Zum ersten Mal seit Anfang des Krieges umgaben die Armeen und Flotten der Vereinigten Staaten die Hauptbestandtheile des Sonderbundes mit einer beweglichen Mauer von Bajonetten und Kanonen, die denselben immer enger einzuschließen drohte. Um die großen von den Conföderirten in den letzten Wochen erlittenen Verluste zu ersetzen, rief eine Proclamation des Präsidenten Jefferson Davis alle Männer von neunzehn bis vierzig Jahren unter die Waffen. Aber die Unionsregierung mußte ebenfalls an Verstärkung denken, und ließ jetzt die schon vor einiger Zeit von Lincoln angekündigte Aushebung zur Ausführung bringen. Zwar waren alle Bürger ohne Ausnahme der Stellung, wenn sie das erforderliche Alter besaßen, selbst die Minister, Congreßmitglieder u. s. w. dem Kriegsdienst unterworfen, aber die Wohlhabenden konnten sich durch Einzahlung von 300 Dollars, für die Stellvertreter angeschafft wurden, von demselben befreien, weshalb die Last dieser Verpflichtung vorzugsweise auf die ärmeren Klassen fiel, und lebhafte Klagen erregte. Die extreme Fraction der nordstaatlichen Demokraten, die sogenannten Copper-Heads, benutzte die Unzufriedenheit des Volkes in New-York zur Erregung eines Aufstandes, der vier Tage lang (14. bis 17. Juli) die friedliche Bevölkerung in Schrecken versetzte, und nur mit Hülfe der bewaffneten Macht überwältigt werden konnte. Einige hundert Personen waren getödtet und verwundet worden, der angerichtete Schaden wurde auf mehr als 500,000 Dollars berechnet. Besonders waren viele Neger umgekommen, die dem Pöbel als Gegenstände seines Hasses bezeichnet wurden. Die rohesten und unwissendsten unter den eingewanderten Europäern, die Irländer, hatten sich überreden lassen, daß ihnen durch die Neger die Gelegenheit zur Arbeit entzogen, und daß durch dieselben der Tageslohn herabgesetzt werde. Der Plan zu diesem Aufstand war schon vor längerer Zeit mit den Demokraten des Südens verabredet worden, sein Ausbruch sollte mit Lee's Marsch zusammentreffen. Die Agenten des Sonderbundes in Europa waren bei den Regierungen und in der Presse für ihre Zwecke thätig gewesen, und hatten auf eine feindliche Haltung der Westmächte gegen die Union, obwohl vergeblich, hingearbeitet. Die Einnahme Washingtons, des politischen Mittelpunktes der Vereinigten

Staaten durch Lee's Truppen, und eine Bewegung in New-York, der reichsten und bevölkertsten Stadt der Union, zu Gunsten des Südens, schien das geeignetste Mittel zur Begründung der Separation und Erhaltung der Sklaverei zu sein. Die südstaatlichen Politiker zweifelten in diesem Falle nicht an der Nachgiebigkeit des Präsidenten Lincoln und des Congresses, an der Anerkennung der europäischen Seemächte und der Erreichung des ihnen vorschwebenden Zieles. Die Ausführung dieses Plans wurde durch die Schlacht von Gettysburg vereitelt, und eine Gelegenheit zu seiner Erneuerung sollte nicht mehr wiederkehren.

Nachdem die Unionsregierung durch die Schlacht von Gettysburg Washington gesichert und durch die Capitulation von Vicksburg und Port Hudson sich in den Besitz des Laufes des Mississippi gesetzt hatte, beschloß sie auf fast allen Punkten die Offensive gegen den Sonderbund zu ergreifen. Zunächst wurde General Gillmore mit der Einnahme von Charleston, der Hauptstadt von Südcarolina, beauftragt, und General Rosenkranz sollte jenseits der Alleghanyberge operiren. Die Einnahme Charlestons wäre in strategischer Beziehung keine That von hervorragender Wichtigkeit gewesen, hätte aber eine politische Wichtigkeit gehabt, da in Charleston das Signal zu dem Abfall der Südstaaten von der Union gegeben worden war. Gillmore, der nur über 10,000 Mann verfügte, war viel zu schwach, um Charleston zu erstürmen, denn an eine freiwillige Capitulation war nicht zu denken, erfüllte aber doch insofern den Zweck seiner Sendung, als er durch die Einnahme der Insel Morris und mehrerer Forts den Eingang zum Hafen von Charleston blokirte, und dadurch die Südstaaten an dieser Küste von jeder überseeischen Verbindung abschnitt. Das Fort Sumter, mit dessen gewaltsamer Besetzung durch die Conföderirten der Krieg angefangen hatte, wurde jetzt nach einem siebentägigen Bombardement von den Unionstruppen vollständig zerstört (August 1863). Bei dem Angriffe und der Vertheidigung der Forts und Inseln bei Charleston wurden auf beiden Seiten Kanonen von ungeheuerm Caliber und einer sonst nie gesehenen Wirkung gebraucht.— Im Stromgebiet des Mississippi war es nach der Einnahme von Vicksburg und Port Hudson etwas still geworden, da ein großer Theil der von Grant befehligten Freiwilligen, deren Dienstzeit abgelaufen war, entlassen werden mußte, ein anderer Theil von dem Einfluß des ungesunden Klimas ergriffen wurde. Jedoch gelang es Grant, mit dem, was ihm an Streitkräften übrig blieb, Arkansas zum Wiedereintritt in die Union zu zwingen (September 1863). Einzelne conföderirte Guerillas, die sich zum Theil ohne höhere Ermächtigung auf eigene Hand organisirt hatten, begingen Grausamkeiten und Verheerungen, deren sich die Bundestruppen, sei es im Gefühl ihrer besseren Sache oder größeren Stärke, nicht schuldig machten. Eine bewaffnete Bande von Südstaatlichen unter einem gewissen Quantrell, der sich einen General des Son-

STADTBIBLIOTHEK AUGSB

derbundes nannte, überfiel die kleine Stadt Lawrence (Kansas), und verbrannte dieselbe, nachdem sie hundert und funfzig Personen, unter ihnen Greise, Frauen und Kinder, ermordet hatte. Die südstaatlichen Befehlshaber hatten seit einiger Zeit angefangen, die gefangenen Negersoldaten als Sklaven zu verkaufen, wogegen Lincoln eine Proclamation erließ, in der er mit Repressalien, d. h. mit Zwangsarbeit für die gefangenen Sonderbundssoldaten, drohte.

Unterdessen hatten die im Flußthal des Cumberland und des Tennessee stehenden Bundestruppen, nachdem sie seit der Schlacht von Murfreeborough meist unthätig geblieben, angefangen, sich in Bewegung zu setzen. General Rosenkranz war schon längst von dem Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht der Vereinigten Staaten, Halleck, aufgefordert worden, vorwärts zu gehen, hatte aber erst den Ausgang der von Grant gegen Vicksburg begonnenen Operationen abwarten wollen. Nach deren glücklicher Beendigung brach er gegen den conföderirten General Bragg auf, dessen Stellung er umging, und gegen Chattanooga zog, eine Stadt, die den Knotenpunkt der südstaatlichen Eisenbahnen bildet. Bragg, der sich für zu schwach hielt, um diesen wichtigen Punkt vertheidigen zu können, zog sich nach Georgien zurück (September 1863). Zu derselben Zeit nahm der General Burnside das östliche Tennessee den Conföderirten ab, dessen Bevölkerung sich ihnen nur aus Zwang angeschlossen hatte, von der aber viele Einzelne der südstaatlichen Conscription entgangen und auf geheimen Wegen in die Bundesarmee eingetreten waren. Rosenkranz, der sich bisher sehr vorsichtig gezeigt, war durch seine letzten Versuche zu zuversichtlich geworden und drang in Georgien ein, indem er zwischen seinen einzelnen Corps zu große Zwischenräume ließ. Obgleich er diesem Uebelstande, als er sich der feindlichen Stellung näherte, abhalf, so war ihm doch entgangen, daß Bragg's Armee durch Herbeiziehung der unter Longstreet und Johnston stehenden Divisionen sehr verstärkt worden war. Rosenkranz und Bragg stießen im Thal von Chikamauga, das von einem Nebenfluß des Tennessee seinen Namen hat, auf einander. Am ersten Tage (19. September) blieb die Schlacht unentschieden, am zweiten entstand durch eine von General Wood mißverstandene oder übel ausgeführte Ordre zwischen dem Mitteltreffen und dem linken Flügel der Föderirten eine Lücke, in welche Bragg's Truppen eindrangen und Rosenkranz' Stellung durchbrachen. Eine allgemeine Flucht erfolgte, von der Rosenkranz selbst mit fortgerissen wurde. Nur General Thomas hielt, an eine Höhe sich anlehnend, den Andrang der Conföderirten aus. Doch war die Schlacht für Rosenkranz verloren, dessen Verlust 16,000, der Bragg's 14,000 Mann betrug. Bragg und die ihm zur Seite stehenden Generale begriffen, daß dieser Sieg für sie von geringer Bedeutung sein würde, wenn es ihnen nicht gelänge, Chattanooga, in das sich General Thomas

geworfen hatte, einzunehmen, von dessen Besitz der von Tennessee abhing. Aus demselben Grunde war man in Washington bemüht, diesen durch seine Lage wichtigen Ort zu behaupten, und ihn, da er, eng eingeschlossen, aus Mangel an Lebensmitteln sich unmöglich lange halten konnte, zu entsetzen. Grant wurde von New-Orleans herbeigerufen, und in Rosenkranz' Stelle mit dem Oberbefehl in Tennessee beauftragt; Hooker und Sherman sollten ebenfalls zum Entsatz von Chattanooga mitwirken, der auch von Hooker, ungeachtet Longstreet's nachdrücklichem Widerstande, glücklich vollführt wurde. Nachdem Longstreet die Belagerung von Chattanooga aufgehoben hatte, zog er sich nach den im Flußgebiet des Tennessee liegenden Hochthälern zurück, in der Hoffnung, Burnside daraus vertreiben zu können. Nach der Befreiung Chattanooga's griff Grant, von Sherman und Thomas nachdrücklich unterstützt, die Conföderirten bei Missionary-Ridge und Lookaut an, und drängte sie in das Thal von Chattanooga, wo sie die Schlacht annahmen, geschlagen und bis zur Stadt Ringgold, südöstlich von Chattanooga gelegen, verfolgt wurden (23. bis 25. November 1863). Die Schlacht von Chattanooga war viel weniger blutig als die von Chicamauga, denn die Verluste beider Armeen beliefen zusammengenommen sich auf noch nicht fünf tausend Mann, hatte aber für die Föderirten eine größere Bedeutung. Sie gewährte ihnen eine strategische Stellung im Centrum der Sklavenstaaten und sicherte ihnen den so lange bestrittenen Besitz des östlichen Tennessee. General Burnside, der nur mit unzureichenden Streitkräften versehen war, hatte anfänglich durch Lee viele Verluste erlitten und war zuletzt von Longstreet in Knoxville eingeschlossen worden. Die Schlacht von Chattanooga befreite ihn aus dieser Lage, indem sein Gegner, nach einem vergeblichen Versuch, Knoxville mit Sturm zu nehmen, bei der Nachricht von dem Siege der Unionstruppen sich eiligst nach den Grenzen von Virginien und Nordcarolina zurückzog.

Während der Kampf in Tennessee noch unentschieden hin und her schwankte, hatte sich der Kriegsschauplatz, ohne dies schon so ausgedehnt, durch die Unternehmung des Unionsgenerals Banks in Texas noch erweitert. Derselbe war am 31. October (1863) bei der Mündung des Riogrande gelandet und hatte sich der Stadt Brownsville, ohne Widerstand zu finden, bemächtigt. Die Expedition Banks war mehr politischer als militärischer Natur, denn Brownsville war ein kleiner Ort ohne strategische Wichtigkeit. Man hatte es aber in Washington Angesichts der französischen Intervention in Mexico und der daselbst beschlossenen Gründung einer Erbmonarchie für nothwendig gehalten, Texas, das an Mexico grenzte und früher zu ihm gehört hatte, zu besetzen, dadurch die Rechte der Vereinigten Staaten auf dasselbe von Neuem zu erhärten, und sich in die Lage zu setzen, die inneren Zustände des mexicanischen Staates und die Fortschritte der französischen Occupationsarmee in der

Nähe beobachten zu können. Die Expedition des Generals Banks gewährte den Föderirten auch den Vortheil, die Blokade der Küste von Texas aus einer nominellen in eine effective zu verwandeln, und dem lebhaften Schleichhandel, der zum Vortheil der Südstaaten in Brownsville, besonders von englischen Schiffen betrieben wurde, ein Ende zu machen. Daselbst tauschten die Conföderirten gegen ihre Baumwolle Munition, Waffen und was ihnen sonst unentbehrlich war, ein. Nachdem durch Banks die Mündung des Riogrande geschlossen, hörte der Schleichhandel zwar nicht ganz auf, mußte aber andere Wege suchen, die länger und unsicherer waren. Mit der Einnahme von Brownsville war der letzte Hafen geschlossen, in welchem der Sonderbund mit der übrigen Welt frei und unmittelbar hatte Handel treiben können. Die Art, wie der Sonderbund in seinem Kampfe gegen die Union von England unterstützt wurde, hatte schon mehrmals zu lebhaften Klagen von Seiten des Cabinets von Washington Veranlassung gegeben. Die meiste Erbitterung in den Vereinigten Staaten brachte der Umstand hervor, daß Panzerschiffe für Rechnung der Südstaaten in England, namentlich in Liverpool, gebaut wurden. Seit Anfang des Krieges bis zum 1. November 1863 hatten die südstaatlichen Kaper 184 zu den Unionsstaaten gehörige Handelsschiffe genommen, deren Ladung den Werth von 15 Millionen Dollars überstieg. Als endlich der Minister des Auswärtigen, Seward, erklärte, daß auf diesem Wege der Friede zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien unmöglich erhalten werden könne, traf Lord Russel Veranstaltungen, welche wenigstens den dringendsten Beschwerden der Nordamerikaner Genugthuung verschafften und das Auslaufen der gefürchteten Panzerschiffe aus dem Hafen von Liverpool verhinderten. Um dieselbe Zeit wurde den Beschwerden der Union über Verletzung der Neutralität auch von der französischen Regierung Gehör gegeben, und die Erbauung von Kriegsschiffen für den Sonderbund in französischen Häfen verboten. Das gespannte Verhältniß der Vereinigten Staaten zu England und Frankreich führte eine Annäherung mit Rußland herbei, dessen Flotte, als sie im Hafen von New-York erschien, von der Bevölkerung und den Behörden mit ausgezeichneten Ehren- und Freudenbezeugungen aufgenommen wurde. Schon vorher hatte Seward den Antrag Frankreichs, die diplomatische Intervention zu Gunsten Polens bei Rußland zu unterstützen, abgelehnt. In den freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem demokratischen Nordamerika und dem absolutistischen Rußland erwiesen sich die äußeren Interessen mächtiger als die inneren Einrichtungen, die sonst beide Staaten weit auseinander hätten halten müssen.

In der an den Congreß nach dessen Zusammentritt gerichteten Botschaft (10. December 1863) hob Lincoln, auf die von Großbritannien und Frankreich in Betreff der Beobachtung der Neutralität gemachten

Zugeständnisse anspielend, die günstige Veränderung hervor, die in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den meisten europäischen Regierungen eingetreten sei, die im Anfange des Bürgerkrieges sowohl an dem Recht als der Macht der Union gezweifelt hätten, jetzt aber von anderen Ueberzeugungen erfüllt zu sein schienen. Er berührte die von den Bundesarmeen auf dem Schlachtfeld errungenen Vortheile und die in den inneren Zuständen, ungeachtet der Erschütterungen des Kampfes, eingeführten Reformen, wo diesmal länger als früher bei der Sklavenfrage verweilt wurde. Lincoln erwähnte den Fortschritt, der in dieser Beziehung in Sklavenstaaten, wie Arkansas und Tennessee, eingetreten, wo über die Emancipation berathen werde, deren bloße Erwähnung früher unmöglich gewesen wäre, und gedachte mit Billigung der Anträge, die zur Aufhebung der Sklaverei in Missouri, Maryland und anderen zwischen dem Norden und Süden gelegenen Staaten gestellt worden. Er rühmte die von den 50,000 im Dienst der Vereinigten Staaten befindlichen Negersoldaten bei vielen Gelegenheiten bewiesene Tapferkeit, so wie die friedliche Gesinnung und Arbeitsamkeit, welche von den übrigen freigewordenen Negern in ihren neuen Verhältnissen an den Tag gelegt werde, und drückte seinen unerschütterlichen Willen aus, die für die Aufhebung der Sklaverei gegebenen Gesetze in ihrem ganzen Umfange zur Vollziehung bringen zu lassen. In der die Botschaft begleitenden Proclamation bot der Präsident allen Bewohnern der rebellischen Staaten, mit Ausnahme der höheren Officiere (vom Obersten exclusive aufwärts) und derjenigen Personen, welche in dem Ministerium des Sonderbundes saßen, oder früher ein richterliches Amt innegehabt hatten oder aus dem Dienste der Vereinigten Staaten ausgetreten und zu den Rebellen übergegangen waren und ferner derjenigen, von welchen farbige Soldaten anders denn als Kriegsgefangene behandelt worden, vollständige Verzeihung unter der Bedingung an, daß sie den Vereinigten Staaten Treue schwören und die Beobachtung der von dem Congreß erlassenen Gesetze angeloben würden. Außer der Amnestie wurde gleichfalls die Wiedereinsetzung in sämmtliches Besitzthum (Sklaven ausgenommen) zugesagt. Lincoln bestimmte ferner, unter einzuholender Genehmigung des Congresses, daß, wenn in einem der abgefallenen Staaten von Bürgern, deren Anzahl wenigstens gleich einem Zehntel der bei der Präsidentenwahl des Jahres 1860 in dem betreffenden Staate abgegebenen Stimmen sein sollte, eine loyale sich für die Verfassung der Vereinigten Staaten aussprechende Regierung eingesetzt würde, dieser Staat auch ohne den vorgeschriebenen Eid in die Union wieder aufgenommen werden könnte. Lincoln's milde, versöhnliche Gesinnung blickte auch jetzt wieder aus seinen Maßregeln und Anträgen hervor und er schien sogar manchen seiner Anhänger hierin zu weit zu gehen. — In Betreff der Finanzen befolgte die Unionsregierung den Grundsatz, die durch den Krieg ver=

mehrten Ausgaben nicht blos durch Anleihen, so leicht und günstig dieselben auch bisher bewerkstelligt worden, weil auf die Länge der Credit der Vereinigten Staaten durch sie erschüttert werden müßte, sondern zugleich durch Erhöhung der bestehenden Steuern und Creirung neuer zu bestreiten. Die Mehrheit des Congresses stand in Fragen der allgemeinen Politik unbedingt auf Seite der Regierung. Der Antrag der demokratischen Partei, Commissäre zu ernennen, um mit den „Behörden in Richmond" über Beendigung „dieses blutigen, verheerenden und unmenschlichen Krieges" in Unterhandlungen zu treten, wurde mit 98 gegen 59 Stimmen verworfen und es dagegen für die Pflicht des Congresses erklärt, der Regierung alle zur Unterdrückung der Rebellen erforderlichen Mittel an Mannschaft und Geld zur Verfügung zu stellen. Es sollten alle früheren Parteibezeichnungen außer Acht gelassen und während des Krieges nur zwei Parteien: Patrioten und Verräther — unterschieden werden. Mit nicht geringerer Kraft hielt der Sonderbund an dem von ihm gewählten Standpunkt fest. Der Präsident Jefferson Davis läugnete nicht die in der letzten Zeit von den Conföderirten erfahrenen Niederlagen und Verluste, und daß die Aussicht auf eine englische und französische Vermittlung so gut wie verschwunden sei; der Finanzminister Memminger legte die Erschöpfung des Staatsschatzes, die Nothwendigkeit außerordentlicher Steuern und neuer Anleihen unumwunden dar; der Muth der südstaatlichen Politiker schien eben so wenig wie der ihrer Soldaten gebrochen zu sein. Der Süden war mehr als je entschlossen, auf seinen Forderungen zu bestehen, und trug sich noch immer mit der Hoffnung, den Gegner durch einen eisernen Widerstand ermüden, durch kühn und glücklich geführte Schläge betäuben und ihm die Anerkennung der Unabhängigkeit entreißen zu können.

Die Vereinigten Staaten befanden sich im Anfange des Jahres 1864, abgesehen von ihren größeren Hülfsmitteln an Bevölkerung und Reichthum, auch in einer besseren militärischen Lage als der Sonderbund. Die Armeen des Nordens hatten den Conföderirten die Ufer des Mississippi und den ganzen östlichen Abhang der langen Bergkette entrissen, welche die Südstaaten durchschneidet. Sie hatten sich noch nicht der von dieser Bergkette zu dem atlantischen Ocean herabsteigenden Ebenen bemächtigt, aber ein Theil der Ostküste: Norfolk, Plymouth, die Insel Morris, Port Royal u. s. w. war von den Unionstruppen besetzt oder von ihren Flotten blokirt. Die besten Gegenden von Westlouisiana, das Thal von Arkansas, Missouri, die Mündung des Riogrande gehörten thatsächlich nicht mehr zu dem Gebiet, das die Conföderation als das ihrige bezeichnete. Ihre Kraft war demnach schon ziemlich geschwächt. Aber was in manchen anderen Kriegen religiöse oder nationale Ideen geleistet haben, that in dem auf die Sklaverei gegründeten Südbunde der Stolz auf Privilegien, ein bis zum Fanatismus gehender aristokra=

tischer Hochmuth, der sich nicht von der Vorstellung, zu einer dominirenden Race zu gehören, entwöhnen konnte. So niedrig dieses Gefühl auf der moralischen Scala der Motive menschlicher Handlungen steht, so brachte es doch in diesem Fall außerordentliche Wirkungen hervor. Nicht blos die Plantagenbesitzer, welche von der Aufhebung der Sklaverei ihren Ruin befürchteten, sondern auch der unbemittelte Theil der weißen Bevölkerung bewies denselben Muth, dieselbe Ausdauer in der Vertheidigung ihrer Vorrechte. Diese „kleinen Weißen", wie sie von ihren reicheren Landsleuten genannt wurden, würden geglaubt haben herabzusteigen, wenn sie die Neger zu sich emporgezogen hätten. Bei der in der südstaatlichen Masse vorhandenen Neigung, ihre besonderen Institutionen um jeden Preis zu vertheidigen, konnte die Regierung und der Congreß von Richmond über alle Hülfsmittel ihres Landes wie der uneingeschränkteste Monarch gebieten. Alle im Militärdienst befindlichen Personen wurden ohne Rücksicht auf besondere Capitulationen genöthigt, in demselben bis zur Beendigung des Krieges zu bleiben; auf die Leute, welche sich in einigen weniger leidenschaftlich erregten Gegenden von Nordcarolina und Alabama der Conscription zu entziehen suchten, wurde eine förmliche Jagd angestellt, und dieselben mit Gewalt eingereiht; die ganze valide Bevölkerung von siebzehn bis funfzig Jahren mußte in die reguläre Armee eintreten; aus Knaben unter siebzehn und Männern über funfzig Jahren wurden Milizregimenter zur Besetzung fester Plätze gebildet; um alle männlichen Arme möglichst für den Kampf frei zu machen, übernahmen tausende von Frauen und Mädchen die Besorgung des Schreib- und Rechnungswesens in den Amtsstuben für Staats- und Communalangelegenheiten. Die in der südstaatlichen Bevölkerung mit Zunahme der darzubringenden Opfer steigende Exaltation äußerte sich auch in der übeln Behandlung der nordstaatlichen Gefangenen, die man in verschiedenen Depots aufbewahrte, unter denen das in Andersonville befindliche, welches unter Leitung eines gewissen Wirtz, der früher Arzt gewesen und jetzt den Hauptmannsgrad in der Sonderbundsarmee erhalten hatte, stand, einen besonders übeln Ruf erlangte. Die Föderirten, welche das Loos des Krieges in die Gewalt ihrer Gegner fallen ließ, wurden, wenn sie krank oder verwundet waren, in jeder Beziehung vernachlässigt, die Gesunden aber unter ihnen oft so grausam gemißhandelt, daß Wirtz dafür später zur Verantwortung gezogen und mit dem Tode bestraft wurde. Der Gleichgültigkeit, mit der die obersten Behörden des Sonderbundes diese Mißbräuche und Gräuel gewähren ließen, die ihnen nicht unbekannt bleiben konnten, lag die unedle Berechnung zu Grunde, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, die bei ihrer Handlungsweise gewisse moralische Principien voranstellte, nicht zu Repressalien schreiten werde. Die südstaatlichen Politiker glaubten die Energie ihrer Parteigenossen zu erhöhen, indem sie den Fanatismus derselben schrankenlos

walten ließen. Die Unionsregierung ahmte hierin das ihr vom Sonderbunde gegebene Beispiel nicht nach, und ließ sich keine Verletzung des Völkerrechts und der Menschlichkeit zu Schulden kommen, obwohl sie dazu, da sie noch mehr Gefangene gemacht als verloren hatte, reichlichen Stoff gefunden haben würde, legte aber in den Maßregeln zur Fortsetzung des Krieges eine eben so entschiedene Gesinnung wie der Gegner dar, verfuhr mit großer Umsicht in der Auswahl der Generale, welche an die Spitze der Armeen gestellt wurden, und rief immer neue Massen von Freiwilligen unter die Fahnen, die, wenn sie die vorgeschriebene Zahl nicht erreichten, durch die Conscription ergänzt wurden.

Ungeachtet der großen Zurüstungen war der Feldzug von 1864 auf Seiten der Nordstaaten eine Zeit lang von Unfällen begleitet, welche den Sonderbund mit neuen Hoffnungen erfüllten und auch in Europa das Urtheil über den wahrscheinlichen Ausgang des Krieges wieder schwankend machten. Die Armeen der Union lagen zu weit auseinander, und ihre Operationen wurden nicht nach einem gemeinsamen Plan geleitet. So lange nicht hierin, von der Erfahrung gewitzigt, eine Veränderung eingetreten war, konnten die Südstaatlichen nicht nur widerstehen, sondern Erfolge davon tragen. Der Sonderbundsgeneral Early nahm in Westvirginien einen großen Transport von Lebensmitteln, der für die durch ihre Lage wichtige Stadt Petersburg bestimmt war, und diese selbst ein (Februar 1864). Um dieselbe Zeit drängte General Picket die Unionisten bei New-Bern zurück und verbrannte ihnen eine Anzahl Schiffe. Der Plan Sherman's und Smith's, sich zu vereinigen und gemeinsam die Conföderirten anzugreifen, mißlang und Sherman's Cavalerie, von ihrer Infanterie getrennt, erlitt ansehnliche Verluste. Der Unionsgeneral Banks wurde bei Cross Roads von den Südstaatlichen geschlagen (8. April), und die bisher von den Bundestruppen in Arkansas und Louisiana errungenen Vortheile gingen dadurch großentheils wieder verloren. Fünf Tage später erstürmten die Conföderirten unter Forrest, einem ehemaligen Sklavenhändler, der sich zum General emporgeschwungen hatte, das Fort Pillow bei Memphis in Tennessee, wodurch der Mississippi von Neuem gesperrt wurde. Bei der Einnahme von Pillow wurden von den Siegern die größten Gräuel begangen, Wehrlose, Frauen und Kinder umgebracht und einige gefangene Neger sogar lebendig begraben. Forrest, der zu schwach war, um Pillow behaupten zu können, sprengte die Festungswerke in die Luft, und zog sich, von den Generalen Sturgis und Grierson verfolgt, aber nicht erreicht, nach Tennessee und dann nach Mississippi zurück. Forrest hatte viel zerstört, viel Unglück angerichtet, aber in keiner strategischen Position sich festsetzen können. Glücklicher als er war sein College, General Hoke, der den Föderirten die befestigte Hafenstadt Plymouth, in Nordcarolina, an der Mündung des Roanoke gelegen, entriß. Zu diesem Erfolge wirkte das Panzerschiff der Con-

föderirten „Albemarle" mit, von dessen eiserner Hülle alle Kugeln der Belagerten abprallten, und das mit Geschütz vom schwersten Caliber und am Vordertheil mit einer Vorrichtung von Stahl zum Durchbohren der feindlichen Schiffe versehen, für eben so unangreifbar als unwiderstehlich galt.

Der Krieg nahm einen planvolleren, zusammenhängenderen und nachdrücklicheren Gang an, obgleich einige Zeit über von wechselnden Erfolgen durchkreuzt, seitdem General Grant zur Würde eines Generallieutenants d. h. eines Oberbefehlshabers der bewaffneten Macht der Vereinigten Staaten, die früher der greise General Scott und nach diesem kurze Zeit über Mac Clellan bekleidet hatten, erhoben worden war (März 1864). Grant stellte sich persönlich an die Spitze der Armee, die Virginien erobern sollte, und schien, mit den Vorbereitungen zu diesem Unternehmen beschäftigt, alles Uebrige für den Augenblick auf sich beruhen zu lassen. Er setzte seine Divisionen neu zusammen, reorganisirte den Generalstab, und häufte Munition und Proviant im Voraus auf, um wenn die Operationen einmal begonnen hatten, in deren Fortsetzung nicht mehr gehindert zu werden. Grant war der erste unter den Unionsgeneralen, der vollkommen begriff, daß die von den Föderirten in den letzten Monaten erlittenen Unfälle von ihrer zu großen Zersplitterung in eine Menge einzelner Corps und deren von einander oft ganz getrennten Bewegungen hergekommen waren. Er zog die meisten zerstreut liegenden Truppenkörper an sich, rief die Garnisonen aus den zu weit entfernt liegenden Punkten ab, und ließ nur in den großen Städten und strategisch wichtigen Positionen hinreichende Vertheidigungsmittel zurück. Die so concentrirten Kräfte theilte er in zwei große Abtheilungen, die eine unter ihm selbst, welche die Hauptmacht der Conföderirten unter Lee schlagen und Richmond besetzen sollte, die andere unter Sherman, welche die Aufgabe hatte in Georgien vorzudringen, die daselbst von Johnston befehligten Sonderbundstruppen zu zerstreuen, die festen Plätze zu nehmen, die feindlichen Arsenale zu zerstören, die Häfen zu besetzen, und nachdem dies erreicht worden, durch die beiden Carolina nach dem Norden zurückzukehren. Durch diese Concentrirung der nordstaatlichen Streitkräfte in zwei Heeren wurde es den Conföderirten allerdings möglich, an gewissen Stellen in die Vereinigten Staaten einzufallen, Verwüstungen anzurichten, sich hier und da das Ansehen von Siegern zu geben; diese Nachtheile waren aber gering im Vergleich zu dem vorgesetzten Zweck: die Einnahme von Richmond und die Verstopfung der Hülfsquellen, welche der Sonderbund von der Seeseite her bezog

Lee war entschlossen, die Föderirten nicht ohne den äußersten Widerstand von seiner Seite vorrücken zu lassen, und griff dieselben am 6. Mai in einer einsamen, abgelegenen Gegend, von ihrer Beschaffenheit „Wilderness" genannt, mit dem größten Nachdruck an. Grant's Truppen waren

mit einem Zug von 8000 Wagen belastet, der ihre Bewegungen sehr erschwerte, hielten aber so fest Stand, daß der Kampf unentschieden blieb; 20,000 Todte und Verwundete bedeckten auf beiden Seiten das Schlachtfeld. Ein blutiges Gefecht zwischen einer starken Abtheilung von Grant's Cavalerie und einem Corps Sonderbundstruppen, zwischen Wilderneß und Spottsylvania (7. Mai) blieb ebenfalls ohne bestimmtes Ergebniß. Die gegenseitigen Angriffe dauerten mit kurzen Unterbrechungen bis zum Ende des Monats Mai in einer Gegend von ungefähr zwanzig Stunden Umfang fort, aber ohne daß eine der beiden Armeen der anderen einen entscheidenden Vortheil hätte abgewinnen können. Die beiden einander gegenüberstehenden Feldherren zeigten sich je nach den Umständen in demselben Grade vorsichtig oder kühn, und ihre Truppen schlugen sich mit derselben Tapferkeit und Ausdauer. Grant griff am 18. Mai Lee's rechten Flügel bei Spottsylvania an, wurde aber zurückgeworfen, und Lee erfuhr dasselbe Loos, als er Grant's rechten Flügel umgehen wollte. Nur General Sigel, aus dem badischen Aufstande von 1849 her bekannt, der sich mit einem Corps von 25,000 Mann des Laufes der Shenandoah (Nebenfluß des Potomac) bemächtigen sollte, wurde, da er, um sich den Rücken zu sichern, viele Besatzungen hatte zurücklassen und sein Hauptcorps schwächen müssen, von überlegener Macht unter General Breckenridge in einer schwierigen Stellung angegriffen und bis Winchester zurückgetrieben. Sigel legte das Commando nieder (21. Mai), aber sein von Grant ernannter Nachfolger, General Hunter, war nicht glücklicher. General Butler, der an der Spitze von 35,000 Mann stand, errang eine Zeit lang glänzende Erfolge, hielt sich aber zu lange mit vergeblichen Angriffen gegen die Verschanzungen von Drury-Bluff, die zur Deckung Richmonds angelegt waren, auf, ließ sich von dem Südbundsgeneral Beauregard überfallen, und mußte von da an sich in der Defensive halten. Dieser Umstand wurde von Beauregard benutzt, um Richmond und Petersburg durch eine Reihe starker Vertheidigungswerke unter einander in Verbindung zu setzen. Davon unterrichtet, zögerte Grant, seinen Angriffsplan auf gradem Wege zur Ausführung zu bringen, und suchte Richmond durch einen Flankenmarsch näher zu kommen. Am 3. Juni wollte Grant den Uebergang über den Chikahominy erzwingen, wurde aber von Lee mit großem Verlust (3000 Mann an Todten und Verwundeten) zurückgeworfen. Grant fand sich jetzt bewogen (13. Juni), seine Operationsbasis an den James River zu verlegen, ging mit drei Armeecorps über diesen Fluß, verschanzte sich bei Bermuda Hundred und vereinigte sich mit Butler. Da er nicht im Stande gewesen, weder Lee's Stellung zu durchbrechen, noch ihn in Richmond einzuschließen, so war er bemüht, dieses politische Centrum der Conföderation zu umgehen und Petersburg zu blokiren. Sobald die vier Corps der Potomacarmee den James River passirt hatten, griffen sie die Außenwerke von Peters-

burg an und nahmen dieselben nach einem heißen Gefecht. Aber Lee und Beauregard, welcher letztere für den ersten Militäringenieur in Amerika galt, wiesen jeden Versuch zu einer Erstürmung ab, so daß sich Grant zu einer regelmäßigen Belagerung entschließen, und, um vor feindlichen Angriffen im Rücken und in der Flanke sicher zu sein, seine eigene Stellung verschanzen mußte. Lee, der vergeblich versucht hatte, Grant von der Belagerung Petersburgs abzuziehen, detachirte, nachdem General Hunter, Sigel's Nachfolger in der Leitung der Operationen im Thal des Shenandoah, vor Lynchburg zurückgeschlagen worden, zwei Divisionen unter Early und Breckenridge, um in Maryland einzudringen (3. bis 16. Juli). Diese Invasion verursachte um so größeren Schrecken, je unerwarteter sie war. Washington, Baltimore und Philadelphia hielten sich nicht mehr für sicher. Das plötzliche Vordringen der südstaatlichen Truppen war indessen für die Union mehr beleidigend als gefährlich, denn Early und Breckenridge waren zu schwach, um Washington oder irgend einen anderen wichtigen Punkt ernstlich bedrohen zu können. Sie zogen, mit Beute beladen, aber ohne strategisch etwas ausgerichtet zu haben, sich nach Lynchburg zurück.

Grant hatte sich durch diese von den Sonderbundsgeneralen unternommene Diversion von seinen Planen gegen Petersburg nicht abwendig machen lassen, und schloß dasselbe immer enger ein. Nachdem er durch eine Bewegung gegen Richmond die Aufmerksamkeit der Besatzung von Petersburg von dem Punkt, den er bedrohte, abgelenkt hatte, schritt er zum Sturm. Ein beim Kirchhofe der Stadt gelegenes Fort, das, ohne daß Grant es wußte, unterminirt war, flog mit der Besatzung von 400 Mann in die Luft. Die Conföderirten wurden im ersten Augenblick von Schrecken ergriffen. Sie verließen auch die Forts, die demjenigen nahe lagen, in welchem die Explosion stattgefunden hatte. Es wäre in Folge dessen Grant's Truppen möglich gewesen, in Petersburg einzudringen, wenn sie den günstigen Moment rasch benutzt hätten. Aber sie ließen der Besatzung Zeit, wieder zur Besinnung zu kommen, und wurden, als sie den Angriff erneuerten, von einem furchtbaren Feuer empfangen, das ihnen einen Verlust von mehr als 5000 Mann verursachte und sie zum Rückzug nöthigte (30. Juli). Burnside, dem man diesen Unfall Schuld gab, mußte sein Commando in der Potomacarmee aufgeben. Grant's unternehmender Geist wurde von diesem Verlust nicht erschüttert. Es gelang ihm, sich der Eisenbahn, die Petersburg mit Weldow und Wilmington verband, zu bemächtigen (18. August), und die verzweifeltsten Versuche der Conföderirten, dieselbe wiederzunehmen, zurückzuweisen. Grant ließ jetzt, um mit mehr Schnelligkeit und Nachdruck gegen Petersburg und Richmond operiren zu können, eine Eisenbahn bauen, welche die einzelnen Lagerplätze seiner Armee und die von ihm behufs der Belagerung errichteten Verschanzungen unter einander

verband, und es ihm möglich machte, in viel kürzerer Zeit als sonst seine ganze Macht gegen einen bestimmten Punkt richten zu können. — Der ungeachtet aller Thatkraft bis dahin langsame Fortschritt Grant's, seine mit Unfällen wechselnden Siege, der hartnäckige Widerstand des Feindes, der Verwüstung und Blutvergießen ohne Ende in Aussicht stellte, führten einige einflußreiche und menschenfreundliche Männer auf den Gedanken, eine friedliche Vermittelung zwischen den kämpfenden Parteien zu versuchen, die vielleicht grade jetzt bei der inneren Spannung, welche die bevorstehende neue Präsidentenwahl erregte, bei der fühlbar werdenden Geldkrisis, und der Ermüdung, welche sich hier und da in den Nordstaaten zu erkennen gab, von Erfolg sein konnte. Diesen uneigennützigen Bemühungen schlossen sich heimliche Anhänger des Südens, die in den großen Städten des Nordens ihren Sitz hatten, und unter dem Scheine, der Union dienen zu wollen, für den Sonderbund arbeiteten, eifrig an. Lincoln, dessen humaner Gesinnung nichts wünschenswerther als die Wiederherstellung des Friedens gewesen wäre, erklärte sich zu allen gewünschten Zugeständnissen bereit, mit Ausnahme von zweien, deren Verweigerung jede weitere Unterhandlung unmöglich machte. Er bestand auf der Anerkennung der Union und der Aufhebung der Sklaverei. Die südstaatlichen Politiker waren aber damals (Juli 1864) noch weit davon entfernt, an ihrem Werk verzweifeln zu wollen.

Der Sonderbund hätte der Union vielleicht noch lange Widerstand leisten können, wenn er nicht von mehreren Seiten zugleich angegriffen worden wäre. Aber während Grant in Virginien operirte, drang Sherman, ein eben so kühner als berechnender Feldherr, in Georgien ein, durchbrach die Verbindung, in der die östlichen Sklavenstaaten zu einander standen, und brachte ihnen und damit dem ganzen Südbunde einen schweren Schlag bei. Sherman stand an der Spitze von 100,000 Mann, großentheils aus den Colonisten des Westens genommen, die bei der Ausrodung der Wälder und Urbarmachung des Landes an schwere Arbeit, bei dem Kampfe gegen die wilden Thiere an Gefahren aller Art gewöhnt, den Krieg eher als eine Erleichterung denn als eine Erschwerung ihres gewöhnlichen Daseins ansahen. Unter Sherman befehligten Generale, von denen jeder in seiner Art, der eine durch unerschütterliche Ausdauer, der andere durch feurige Unternehmungslust für ausgezeichnet gelten konnten. Sherman hatte in Chattanooga im Voraus unermeßliche Vorräthe aller Art aufgehäuft, um nicht durch deren spätere Herbeischaffung aufgehalten zu werden; die Eisenbahnen und Dampfschiffe waren ausschließend für die Armee bestimmt, in der eine strengere Disciplin als in irgend einem anderen Theile der Unionstruppen herrschte. Doch flößte Sherman, ungeachtet seines nicht besonders zugänglichen Wesens, seinen Soldaten eben so viel Liebe als Achtung ein. Gegen ihn befehligte der Sonderbundsgeneral Johnston, der nur über 60,000 Mann,

aber eine zahlreichere und bessere Reiterei verfügte, mit der er den Feind auf allen Seiten beunruhigen konnte, der den Vortheil der Defensive besaß, sich auf ausgedehnte Befestigungen stützte und sich in Freundesland befand, wo mit Ausnahme der Neger die ganze Bevölkerung für ihn war, während Sherman bei seinem Vorrücken überall auf eine feindliche Gesinnung stieß, und, indem er auf seinen Märschen die Eisenbahnstationen und strategischen Punkte nicht unbesetzt lassen durfte, seine Angriffsmacht schwächen mußte. Es war Sherman durch geschickt entworfene und rasch ausgeführte Manöver gelungen, den Feind zum Aufgeben der vortheilhaften Stellung in dem Engpaß und den benachbarten Höhen von Buzzard's Roost zu zwingen, und bis Resaca vorzudringen, wo Johnston Stand hielt, aber nach einem blutigen Gefecht zum Weichen gebracht wurde (14. Mai 1864). Da die Föderirten schwer zu ersteigende Anhöhen nehmen mußten, so hatten sie, ungeachtet sie zuletzt im Vortheil blieben, mehr Todte und Verwundete (3500 Mann) als der Feind gehabt. Johnston zog sich so eilig zurück, daß er keine Zeit hatte, die Eisenbahnen, die er hinter sich ließ, zu zerstören. Sherman folgte ihm auf dem Fuße nach und bemächtigte sich der Waffenfabriken, der Proviant- und Munitionsmagazine, welche die Sonderbundsregierung in der am Zusammenfluß des Ostanaula und Etowah liegenden Stadt Rom errichtet hatte. Die Conföderirten suchten mehr wie einmal Stand zu halten, griffen unter dem kühnen General Hood den Feind wiederholt an, brachten ihm erhebliche Verluste bei, wurden aber immer wieder zurückgedrängt und Sherman nahm am 1. September Atlanta ein. Auf beiden Seiten waren viele der tapfersten Befehlshaber gefallen. Die Föderirten bedauerten besonders den Tod des noch jungen Generals Macpherson, der sich bei vielen Gelegenheiten sehr hervorgethan hatte. Johnston wurde, weil er nicht Alles auf einen Wurf setzen wollte, sondern mit großer Behutsamkeit verfuhr, des Oberbefehls enthoben, und Hood an seine Stelle gesetzt. Sherman manövrirte mit so großem Geschick und Glück, die Conföderirten erlitten so viele Verluste, daß sich auch Hood zur Nachahmung der vorsichtigen Strategie Johnston's bequemen mußte. Sheridan, nach Grant und Sherman der ausgezeichnetste unter den Bundesgeneralen, trug viel zu der günstigen militärischen Lage bei, in welche sich die Union in der zweiten Hälfte des Jahres 1864 versetzt sah. Er schlug den Südbundsgeneral Early an zwei auf einander folgenden Tagen (20. und 21. September) am Oxequan und bei Fisher's Hill im Shenandoahthale, zerstörte auf dem Wege aus dem Shenandoahthal nach Charlotteville, in weitem Umkreise, alle für die Verproviantirung von Richmond aufgehäuften Getreidevorräthe (27. September), und brachte der ihn auf seinem Rückzuge im Shenandoahthal verfolgenden Cavalerie der Conföderirten (8. October) und dem ihm nachrückenden General Longstreet bei Strasburg empfindliche Niederlagen

bei (19. October). Am 23. October wurde der conföderirte General Price bei Independence (Missouri) von Rosenkranz besiegt und genöthigt, sich nach Arkansas zurückzuziehen. Während dieser Zeit war die Kriegsmarine der Vereinigten Staaten nicht unthätig gewesen. Admiral Farragut, der erste amerikanische Seemann, mit der wissenschaftlichen Kenntniß seines Faches die größte Thatkraft und Unerschrockenheit verbindend, nahm das Fort Morgan bei Mobile (23. August), und der Unionskriegsdampfer Wassuchat enterte im Hafen von Bahia das südstaatliche Kaperschiff Florida (7. October), welches dem nordstaatlichen Handel großen Schaden zugefügt hatte.

In einer demokratischen Republik wie die Vereinigten Staaten, wo Alle sich am öffentlichen Leben betheiligen, konnte selbst ein blutiger und verheerender Kampf das Volk nicht lange von politischen Fragen abziehen. Die Verfassung führte von selbst darauf zurück, und eines der wichtigsten von ihr periodisch herbeigeführten Ereignisse, die Besetzung des Präsidentenstuhls, stand, da Lincoln's Amtszeit im März 1865 ablief, nahe bevor. Diese Wahl, die immer eine große Bedeutung hat, erregte die Gemüther diesmal noch mehr als gewöhnlich, indem dadurch entschieden werden mußte, ob die bisherige innere Politik und der Krieg fortzusetzen oder eine andere Bahn einzuschlagen sei. Nach nordamerikanischer Sitte traten mehrere Candidaten auf und wurden in verschiedenen Gegenden große Versammlungen (Conventionen) gehalten, um sich über die Wahl zu verständigen. General Grant wurde von einer Partei aus Rücksicht auf seine militärischen Talente vorgeschlagen, lehnte aber ab, da er glaubte der Republik im Felde nützlicher sein zu können. Der Finanzminister Chase, der unter den Bewerbern war, trat, als er die ihm entgegenstehenden Hindernisse gewahr wurde, freiwillig zurück, und erklärte sich für die Wiedererwählung Lincoln's. Da aber einige von Chase's Finanzprojecten von dem Congreß zurückgewiesen wurden, so gab er seine Stelle auf und der Präsident ernannte ein Mitglied des Senats, Fessenden, zu seinem Nachfolger. Die demokratische Partei im Norden, in New-York am zahlreichsten vertreten, die immer zum Frieden in den Südstaaten und zu Concessionen an dieselben gerathen hatte, regte sich auch diesmal in demselben Sinne, war aber in sich gespalten, indem die einen die Wiederherstellung der Union, mit Beibehaltung der Sklaverei in den Staaten, wo sie bestand, die anderen die Anerkennung des Südbundes wollten. Die radikale Partei, der Lincoln's Politik zu gemäßigt oder nach ihrer Meinung zu zaghaft war, trat in Cleveland (Ohio) zusammen, und stellte den General Fremont, der im Anfange des Krieges wegen übereilter Kundgebungen zu Gunsten der Sklavenemancipation von seinem Commando entfernt worden war, als ihren Candidaten auf. Eine andere Fraction der Republikaner versammelte sich in Baltimore, und sprach sich für Lincoln aus, von dessen Regierungssystem sie sich

vollkommen befriedigt erklärte. Die demokratische Partei vereinigte sich in Chicago und beschloß für Mac Clellan zu stimmen. Beide, Fremont, und Mac Clellan, waren Männer von ausgezeichneter Befähigung und großem Ruf unter ihren Mitbürgern, aber verschiedener Ueberzeugung und Richtung. Fremont hielt dafür, daß Lincoln für die Sache der Freiheit zu wenig, Mac Clellan, daß derselbe für sie zu viel that. Hätten sich beide vereinigen können, so würden sie ein großes Gewicht in die Waagschale der Ereignisse geworfen haben. Fremont trat freiwillig zurück, um nicht mittelbar durch die Opposition gegen Lincoln für Mac Clellan zu wirken; letzterer unterlag bei der Wahl gegen Lincoln, der am 8. November 1864, zum zweiten Mal, mit großer Stimmenmehrheit zum Präsidenten gewählt wurde. Mac Clellan zog sich jetzt aus dem Militärdienst zurück. Die fanatische Fraction der nordstaatlichen Demokratie, welche die Auflösung der Union um jeden Preis angestrebt, aber den Kürzeren gezogen hatte, suchte jetzt durch heimliche und verbrecherische Mittel das zu erlangen, was ihr auf dem Wege der Oeffentlichkeit und Gesetzlichkeit unmöglich gewesen war. Die einen unter diesen Demokraten trugen sich mit Planen gegen Lincoln's Leben und das der einflußreichsten Mitglieder der Regierung; die anderen hegten die Absicht, in New-York einen Brand anzulegen, der außer der Stadt, den Hafen, die Magazine, die Schiffswerften verzehren und eine große Bewegung verursachen würde, die sie ihren Zwecken gemäß auszubeuten dachten; noch andere begaben sich nach Canada, um dort ungestört gegen die Union conspiriren zu können.

Am Tage vor Lincoln's Wahl hatte die Eröffnung des Südbundes in Richmond stattgefunden. Die Botschaft des Präsidenten suchte der eigenen Partei und der Welt Illusionen über die wahre Lage der Dinge einzuflößen. Jefferson Davis war zu weit vorgegangen, um ohne die äußerste Selbstverläugnung sich zu Rückschritten entschließen zu können. Da Lincoln die vollständige Wiederherstellung der Union, und damit das Verschwinden des Sonderbundes, zur ersten unumgänglichen Bedingung des Friedens machte, so wollten die südstaatlichen Politiker ihr Werk lieber durch den Krieg dem Untergange ausgesetzt sehen, als es im Voraus aufgeben und gewissermaßen mit eigenen Händen abbrechen. Auch glaubten sie damals noch, wenn auch im Geheimen von Zweifeln beschlichen, an die Möglichkeit des Gelingens ihrer Absichten. Noch besaß der Sonderbund zahlreiche Truppen unter so fähigen und tapfern Führern wie Lee, Beauregard, Johnston und anderen mehr, noch waren seine Hauptvertheidigungslinien, wenn auch bedroht, nicht durchbrochen, noch dauerte in jener heißblütigen Race, deren Charakter mehr an eine spanische als englische Abstammung erinnern könnte, der politische Fanatismus, der Stolz auf ihre Vorrechte fort, und ließ sie den größten Gefahren mit einem Muth entgegen gehen, der einer bessern Sache würdig gewesen

wäre. Jefferson Davis und seine Anhänger hofften, daß ein großer über die Bundesarmee erfochtener Sieg, der nicht unmöglich war, ihrer Sache eine günstige Wendung geben, die Standhaftigkeit des Nordens erschöpfen, namentlich aber die Grenzsklavenstaaten zum Sonderbunde hinüberziehen könnte. Daß die materiellen Hülfsmittel sich zu vermindern anfingen, so sehr man es auch verheimlichen wollte, verrieth Jefferson's Antrag auf eine theilweise Bewaffnung der Neger, was der Gesetzgebung, den Gewohnheiten und dem Charakter eines auf die Sklaverei gegründeten Gemeinwesens, wie der Südbund, durchaus entgegen war, und vom Congreß in Richmond nur mit großer Selbstüberwindung und unter lebhaftem Widerspruch der südstaatlichen Presse angenommen wurde.

Am 9. December wurde der Congreß in Washington eröffnet. Lincoln machte in seiner Darlegung der innern und äußern Zustände der Vereinigten Staaten darauf aufmerksam, daß dieselben, ungeachtet eines mehrjährigen Krieges, kräftiger und gerüsteter als je daständen, daß ihre Zuversicht auf einen glücklichen Ausgang unerschütterlich sei, und daß sie nie auf einen Frieden eingehen würden, der nicht die Wiederherstellung der Union zur ersten Bedingung habe. In Betreff der Sklaverei gab Lincoln von Neuem die Erklärung ab, daß er die von ihm proclamirte Emancipation nie widerrufen, und daß, wenn der Gesammtwille der Nation hierin anders beschließen sollte, er zurücktreten und die Ausführung einer der bisherigen entgegengesetzten Politik anderen überlassen würde. Das Einnahmebudget des laufenden Finanzjahres (vom 1. Juli 1864 bis 30. Juni 1865) wurde auf 396 Mill. Dollars veranschlagt, wovon 300 Mill. aus den inländischen Steuern gezogen werden sollten. Die Ausgaben wurden auf 1,168,256,005 Dollars geschätzt (davon 331,753,191 Doll. für das Landheer, 112 Mill. für die Flotte, 127 Mill. für die Verzinsung der Staatsschuld). Die Staatsschuld wurde für den Schluß des laufenden Finanzjahres auf 2645 Mill. Doll. veranschlagt.

Der Krieg war um die Zeit von Lincoln's zweiter Präsidentenwahl mit frischer Gluth entbrannt. Sherman hatte von Atlanta aus seinen kühnen Zug durch Georgien nach Savannah angetreten. Am 20. November (1864) rückte er in Millidgeville, der Hauptstadt von Georgien ein, am 13. December bemächtigte er sich des Forts Mac Allister, wodurch der Ossibaw Sund geöffnet und die Verbindung des Landheeres mit der Unionsflotte unter Dahlgreen hergestellt wurde. Am 2. December besetzte Sherman die Stadt Savannah, nachdem der conföderirte General Hardee die Panzerschiffe und Werften zerstört und von dem öffentlichen Eigenthum so viel als möglich auf seinem Rückzug mitgenommen hatte. Doch fielen dem Sieger 150 Kanonen und 3,000 Ballen Baumwolle in die Hände. Der nach dem Abzuge Sherman's

von Atlanta, in Tennessee eingefallene Südbundsgeneral Hood war bis zur Hauptstadt Nashville vorgedrungen, wurde aber mit dem Verlust der Hälfte seines Corps und dem größten Theil seines Materials von dem General Thomas zum Rückzuge gezwungen (26. December) Am 15. Januar (1865) wurde Fort Fisher bei Wilmington (Nordcarolina) von Admiral Porter und General Terry, am 17. Februar Charleston, und am 22. Wilmington selbst eingenommen, nachdem die Conföderirten vorher die Forts Caswell und Campbell, so wie die befestigten Positionen von Smith=Island, Smithville und Rives=Point aufgegeben hatten. Sherman hatte unterdessen von Savannah aus den Marsch nach Norden begonnen, wo er in Verbindung mit Grant's Operationen dem Krieg ein Ende machen sollte. Obgleich der Sonderbund nach den großen Verlusten, die er in den letzten Monaten erlitten hatte, ohne das Eintreten außerordentlicher, fast unmöglicher Umstände, seiner Auflösung entgegen ging, so wurde die Katastrophe durch die Talente seiner Generale und die verzweifelte Tapferkeit der Soldaten noch eine Zeit lang hinausgeschoben. Es bedurfte gewaltiger Anstrengungen von Seiten des Nordens, um den Gegner vollends zu Boden zu werfen. Mitten unter diesen Kämpfen, die durch ihre lange Dauer und ihren weiten Umfang noch mehr als die meisten anderen Kriege Land und Volk zu erschöpfen drohten, war ein Versuch zur Wiederherstellung des Friedens gemacht worden. Lincoln, der dem Blutvergießen gern ein Ziel gesetzt hätte, wies den von Jefferson Davis ausgegangenen Antrag zu einer Conferenz mit Bevollmächtigten des Südbundes nicht ab. Stephens, Vicepräsident der Conföderation, und zwei Mitglieder des Congresses von Richmond, Hunter und Campbell, kamen mit Lincoln und Seward auf der Rhede von Hampton am Bord des Dampfers „River=Queen" zusammen, um über eine Aussöhnung zu unterhandeln (30. Januar 1865). Die südstaatlichen Abgesandten trugen auf einen Waffenstillstand als Einleitung zu dem Friedenswerk an, während Lincoln den Wiedereintritt in die Union, demnach das Verschwinden der Conföderation, die Auflösung des Congresses von Richmond und die Entlassung seiner Truppen, zur unabweislichen Vorbedingung machte, dagegen alle mit der Verfassung der Vereinigten Staaten verträglichen Zugeständnisse für den Süden in Aussicht stellte. Die südstaatlichen Abgesandten, welche nur einen Waffenstillstand vorgeschlagen hatten, um Hülfsmittel zur Fortsetzung des Kampfes zu finden, verwarfen Lincoln's Forderungen wie eine Selbstvernichtung, und die Conferenz ging unverrichteter Sache auseinander. Fortan konnte nur das Schwert entscheiden.

Von allen Seiten drangen jetzt die Föderirten gegen den Südbund mit überlegener Macht heran. Seine Vertheidigungslinien wurden durchbrochen und seine Stützpunkte ihm einer nach dem anderen entzogen. Der Bundesadmiral Dahlgreen besetzte Georgetown, und schickte eine

Flotte den Fluß Pedee herauf, um Sherman, der von Fayetteville weiter gegen Norden zog, die Hand zu reichen (12. März). Am 18. März begann die Belagerung von Mobile (Alabama), einer der wichtigsten Plätze für Baumwolle- und Zuckerausfuhr im Süden, der zwar schon mehrmals bedroht, aber nicht förmlich angegriffen worden war und erst am 12. April überging. Sherman besetzte Goldsboro, vereinigte sich mit Shofield und Terry und drängte den Südbundsgeneral Johnston hinter den Roanoko zurück. Ende März fanden täglich heftige Gefechte um Richmond und Petersburg statt. Lee vertheidigte seine Stellung mit außerordentlichem Nachdruck und eine Zeit lang mit Erfolg, konnte aber die Vereinigung der Föderirten unter Grant, Sherman und Sheridan nicht hindern. Am 1. April erstürmte Sheridan die Position von Five Forks, Grant die von White Oak Road, und am 2. April nahm die Bundesarmee die ganze äußere Fortificationslinie von Petersburg und Richmond, die in der folgenden Nacht von Lee geräumt wurde. Der Congreß des Sonderbundes hatte sich schon am 18. März mit der Erklärung vertagt, daß der Kampf auf das äußerste fortgesetzt werden müsse, und die Eroberung der Südstaaten geographisch unmöglich sei. Jetzt (2. April) verließ auch Jefferson Davis mit seinen Anhängern Richmond, und suchte eine Zuflucht weiter im Süden, noch immer mit Gedanken an Widerstand beschäftigt. Am 3. April zogen die Bundestruppen, zuerst die schwarzen Regimenter, in Petersburg und Richmond ein. Unermeßlicher Jubel erhob sich bei dieser Nachricht in Washington und allen großen Städten des Nordens. Das Trauerspiel nahte sich seinem Ende, aber noch war der Vorhang nicht gefallen. Sheridan faßte den sich zurückziehenden Lee an der Ferse, warf ihn über den Appomatox zurück, verhinderte ihn die Eisenbahn zu erreichen, und fügte ihm in dem letzten Gefecht noch einen großen Verlust zu (7500 Mann an Todten, Verwundeten und Gefangenen). Lee war außer Stande, länger widerstehen zu können und capitulirte (9. April) mit dem, was ihm von seiner großen Armee übrig geblieben war (26,115 Mann, 159 Kanonen). Officiere und Soldaten mußten sich anheischig machen, nicht mehr gegen die Vereinigten Staaten zu dienen und wurden in ihre Heimath entlassen. Geschütze, Munition, Gewehre, Pferde, alles öffentliche Eigenthum wurde den Siegern ausgeliefert. Lee's Truppen, die seit sechsunddreißig Stunden nicht mehr gegessen hatten, wurden von Grant mit Lebensmitteln versorgt. Nach der Ergebung Lee's, des talentvollsten Generals in seiner Partei, der das sinkende Glück des Sonderbundes eine Zeit lang fast allein aufrecht erhalten hatte, konnte der Krieg als beendigt angesehen werden. Die Uebermacht der Unionsarmee war unwiderstehlich geworden.

Die Freude über den Triumph der nordstaatlichen Waffen, über den Sieg der liberalen und humanitären Principien und den Untergang

eines auf die Sklaverei einer ganzen Race gegründeten Gemeinwesens, wie die Conföderation war, wurde durch die Begehung eines großen Verbrechens getrübt, das den Culminationspunkt des im Süden so lange entzündet gewesenen Fanatismus bezeichnete, der nach demselben rasch zu sinken begann. Lincoln, der unter allen politischen Notabilitäten der Union die versöhnlichsten Gesinnungen gegen die Südstaaten hegte, und sie so wenig als möglich die Folgen ihrer Rebellion fühlen lassen wollte, wurde am Abend des 14. April, im Theater Ford in Washington, von einem Schauspieler, John Wilkes Booth, durch einen Pistolenschuß tödtlich verwundet, und starb am andern Morgen, ohne zum Bewußtsein gekommen zu sein. Der Mörder, ein noch junger Mann und leidenschaftlich für die Sache der Südstaaten eingenommen, entkam mit Hülfe von Mitschuldigen nach Virginien und wurde dort, da er sich seiner Gefangennehmung widersetzte, in der Nähe von Port-Royal erschossen (26. April). Booth's Verbrechen stand nicht vereinzelt da. Es hatte sich eine Verschwörung gegen das Leben der einflußreichsten Männer der Vereinigten Staaten gebildet, außer Lincoln, gegen den Vicepräsidenten Andrew Johnson, gegen den Minister des Auswärtigen Seward, den Kriegsminister Stanton und den General Grant. Seward wurde in seiner Wohnung von einem gewissen Payne überfallen und verwundet, kam aber mit dem Leben davon. Zur Ausführung des Complots gegen die anderen zum Untergange bestimmten Opfer war keine Gelegenheit geboten worden. Die Verschwornen waren im Hause einer durch ihre Exaltation für die Sache der Südstaaten bis zum Verbrechen fortgerissenen Frau, Namens Surrat, zusammengekommen. Sie, Payne und einige andere wurden wegen ihrer Betheiligung an Lincoln's Ermordung später in Washington hingerichtet (Juli 1865).

Der Verfassung gemäß war der bisherige Vicepräsident der Vereinigten Staaten, Andrew Johnson, nach Lincoln's Tode als Präsident der Union eingesetzt worden und hatte als solcher den vorgeschriebenen Eid geleistet. Auch er hatte sich aus dunkeln Verhältnissen emporgearbeitet, indem er in seiner Jugend das Schneiderhandwerk erlernt und eine Zeit lang ausgeübt hatte. Von scharfem Verstande und kräftigem Willen war er an Charakter, wie besonders die Folgezeit bewies, seinem Vorgänger nicht zu vergleichen, und würde in der großen Krisis in Lincoln's Stelle, der Republik nicht dieselben Dienste geleistet haben. Johnson besaß nicht die Langmuth und Ausdauer, die ruhige Erwägung der Umstände, die humane Gesinnung, die Lincoln in hohem Grade ausgezeichnet hatten. Seine leidenschaftliche Natur war zu Extremen, zu einer einseitigen Auffassung der Dinge, zur Willkühr und zu hartnäckigem Beharren bei einmal empfangenen Eindrücken geneigt, auch wenn dieselben sich als irrig herausgestellt hatten. Im Anfange seiner Amtsführung war er jedoch der richtigen Bahn sich vollkommen bewußt, und

begriff, daß vor allem die vollständige Unterwerfung des Südens nöthig sei, um an die Wiederherstellung der Union gehen zu können. Sherman hatte im Gefühl der großen Dienste, die er auf dem Schlachtfelde geleistet, nicht ganz der Versuchung widerstehen können, sich in die der Regierung allein zugehörige politische Sphäre einzumischen. Er bewilligte dem General der Conföderation, Johnston, der durch Lee's Capitulation zu fernerem Widerstande unfähig geworden, einen Waffenstillstand mit achtundvierzigstündiger Kündigung. So weit war er als commandirender General in seinem Recht, obgleich es natürlicher gewesen wäre, von Johnston die Befolgung des von Lee gegebenen Beispiels zu verlangen, die nicht hätte verweigert werden können. Aber Sherman ging weiter als er befugt war, indem er Johnston für Ertheilung einer allgemeinen Amnestie zu wirken versprach, und der Bevölkerung des besiegten Südens die Erhaltung ihrer politischen und persönlichen Rechte, allerdings unter Sanction des Präsidenten und des Congresses, zusagte. Johnson sah hierin eine Ueberschreitung der einem General zustehenden Vollmachten, erklärte den zwischen Johnston und Sherman eingegangenen Waffenstillstand für ungültig, und befahl letzterem, sich künftighin aller nicht rein militärischen Verhandlungen zu enthalten (21. April 1865). Fünf Tage später capitulirte Johnston mit seinen Truppen (27,000 Mann) unter denselben Bedingungen wie Lee. Der Präsident erließ eine Proclamation gegen die südstaatlichen Caper, welche noch die See hielten, verordnete, daß die Mannschaft derselben, sobald sich zu ihrer Habhaftwerdung Gelegenheit fände, vor Gericht gestellt werde, und drohte den neutralen Mächten, welche den Schiffen der Rebellenstaaten in ihren Häfen eine Zuflucht bewilligten, mit Ergreifung solcher Maßregeln, wie sie der nationalen Selbständigkeit der Vereinigten Staaten angemessen sein würden. Die Ueberreste der Sonderbundsarmee unter General Kirby Smith ergaben sich in Texas an den Bundesgeneral Canby. Der Kriegsminister Stanton befahl alle diejenigen, welche fortan mit den Waffen in der Hand den Anordnungen der Unionsregierung widerstehen würden, als Räuber zu behandeln, und mit dem Tode zu bestrafen. Aller Widerstand hörte auf. Die hartnäckigsten unter den Häuptern des zertrümmerten Südbundes suchten nach Mexico zu entkommen. Nur wenigen gelang es. Die letzten Schaaren, welche noch zusammengehalten, lösten sich jetzt auf.

Unterdessen hatte sich das Schicksal des Präsidenten der Conföderation in einer Weise erfüllt, die der großen Stellung, die er eine Zeit lang eingenommen, der leidenschaftlichen Energie, die ihn selbst erfüllt und die er andern eingeflößt hatte, wenig würdig war. Jefferson Davis hatte bis zum letzten Augenblick, so lange Richmond noch gehalten werden konnte, daselbst verweilt, und sich dann erst tiefer nach dem Süden gewandt. Als er vernommen, daß Präsident Johnson einen Preis auf

seine Verhaftung wegen angeblicher Mitwissenschaft an Lincoln's Ermordung gesetzt, dachte er daran, einen Hafen zu erreichen, um sich außerhalb des Gebiets der Vereinigten Staaten zu begeben. Er war im Beginn seiner Flucht von einigen tausend Bewaffneten umgeben gewesen, die er durch Versprechungen an seine Person zu fesseln suchte, die aber bald auf einige hundert, dann auf einige Dutzend zusammenschmolzen. Zuletzt irrte er, nur noch von einer kleinen Anzahl von Freunden umgeben, in den Einöden von Georgien umher. Aber seine Verfolger hatten seine Spur nicht verloren, und erreichten ihn in einem Gehölz, in der Nähe der Stadt Irwinsville. Er hatte, als er sich umstellt sah, Frauenkleider angelegt, um unter dieser Verhüllung entkommen zu können, wurde aber entdeckt und nach dem Fort Montroe gebracht. Die öffentliche Meinung war gegen ihn als den vornehmsten Instigator der Rebellion, als den thätigsten Hebel des langen Bürgerkrieges, dem man außerdem noch andere persönliche Verbrechen zur Last legen wollte, so aufgebracht, daß er, vor Gericht gestellt, unfehlbar zum Tode verurtheilt worden und seine Hinrichtung schwer zu vermeiden gewesen wäre. Aber die Häupter der Unionsregierung wollten, sei es aus Menschlichkeit oder Staatsklugheit, einen Mann, der, wenn auch nur für einige Jahre, an der Spitze einer Bevölkerung von acht Millionen gestanden und nach dessen Befehlen sich eine Armee von dreimalhunderttausend Mann bewegt hatte, nicht wie einen gewöhnlichen Verbrecher behandeln. Seine Hinrichtung würde einen Märtyrer aus ihm gemacht und der Sache der Union möglicher Weise geschadet, in keinem Fall ihr etwas genutzt haben. Besonderer, individueller Vergehen konnte er nicht überführt werden, da er, wenigstens der Form nach, immer in Uebereinstimmung mit dem südstaatlichen Congreß und der Mehrheit des dortigen Volkes gehandelt hatte. Von einem strikten Recht kann aber bei Bürgerkriegen und Revolutionen nicht die Rede sein, da die gewöhnlichen Gesetze für sie nicht ausreichen. Der Sieger ist in ihnen immer selbst Partei, und kann schon darum nicht der Richter des Besiegten sein. Für Jefferson Davis war es Strafe genug, daß er die Erhaltung seines Lebens von der Hand eines Gegners empfangen mußte, gegen dessen besseres Recht und größere Macht er sich in trotziger Verblendung aufgelehnt hatte. Sein Proceß wurde vertagt und er nach langer und anfänglich ziemlich strenger Gefangenschaft auf freien Fuß unter der Bedingung gesetzt, sich auf geschehene Aufforderung vor Gericht zu stellen, was aber bis jetzt nicht geschehen ist und wahrscheinlich nie eintreten wird. Selbst bei außerordentlicheren Talenten, als er besaß, würde seine politische Rolle nach Lee's Capitulation beendigt gewesen sein. Er hatte nicht für eine Idee, sondern nur mit materiellen Mitteln für eine unsittliche Thatsache, wie die Sklaverei, gekämpft, die, wie jede bloße Thatsache, wäre sie selbst weniger verwerflich gewesen, ihre äußere Niederlage nicht überleben konnte.

Kaum hatte der Krieg aufgehört, so war auch die Unionsregierung bemüht, dessen Spuren zu verwischen, und den vollen Friedensstand eintreten zu lassen. In Bezug auf die Beseitigung des militärischen Apparats war dies verhältnißmäßig leicht, aber die politische Reconstruction der besiegten Südstaaten, ihre Wiederaufnahme in die Union, ihre innere Umgestaltung seit Aufhebung der Sklaverei stießen auf große Schwierigkeiten.

Die Auflösung einer Armee, die meist aus Freiwilligen bestand, die sich nur für eine gewisse Zeit zum Dienst verpflichtet hatten, in der es nur eine geringe Anzahl Berufssoldaten gab, ergab sich in Verbindung mit den demokratischen Sitten der Bevölkerung von selbst. Generale, Officiere und Soldaten hatten schon vorher gewußt, daß sie nach der Unterwerfung des Sonderbundes wieder in das bürgerliche Leben zurückkehren würden, und waren deshalb weder überrascht noch unzufrieden, als dieser Moment wirklich eintrat. Die Armee der Vereinigten Staaten bestand bei Beendigung des Krieges aus 1,080,000 Mann, ungefähr dem fünften Theil der waffenfähigen Bevölkerung. Innerhalb vierzig Tagen, vom 27. Mai bis 6. Juli (1865) wurden in der einzigen Stadt Washington, wo am 23. und 24. Mai eine große Heerschau der Armeen des Potomac, Tennessee und von Georgien, mit ungerechter Ausschließung der Negerregimenter, stattgefunden hatte, 233,000 Soldaten entlassen. Am 1. April 1866 bestand die bewaffnete Macht nur noch aus 152,611 Mann, die nach einem Beschluß des Congresses bis auf 50,000 reducirt werden sollten. In keinem Fall dürfe das stehende Heer diese Zahl überschreiten. Während dieses vierjährigen Kampfes waren mehr als 2,600,000 Freiwillige in die Armee der Vereinigten Staaten eingetreten. Ungefähr 330,000 Mann waren auf den Schlachtfeldern und in den Hospitälern in Folge der Wunden oder Strapazen gestorben. Von den 186,057 Negern, welche für die Union zu den Waffen gegriffen hatten, erlagen 68,178 Mann. Ihr Verlust war verhältnißmäßig der größte, was daraus zu erklären ist, daß sie bei den gefährlichsten Unternehmungen, wie Erstürmung von Forts und Verschanzungen, vorzugsweise verwandt wurden, und die südstaatlichen Truppen ihre grimmigsten Angriffe auf die Negerregimenter richteten. Auch war das Lagerleben während der kalten oder feuchten Temperatur des Winters den Negern besonders schädlich. Die Verluste der Unionsarmee sind mit seltener Genauigkeit ermittelt worden, indem sich bald im Anfange des Krieges eine große Association bildete, die in allen Städten Mitglieder und in allen Regimentern Correspondenten besaß, durch die sie von den auf den Schlachtfeldern oder in den Hospitälern vorgekommenen Todesfällen in Kenntniß gesetzt wurde. In den Südstaaten gab es keine ähnliche Einrichtung und die Verluste sind weniger bekannt. Sie müssen aber nach den Lücken, die der Krieg in der männlichen Bevölkerung verursacht hat,

ungeheuer gewesen sein. Der Krieg wurde von den Nordstaaten mit einer freigebigen Berücksichtigung der Bedürfnisse der Truppen geführt, die sonst nicht leicht vorgekommen sein mag. Drei bis vier Millionen Uniformen und über siebenmalhunderttausend Zelte sind unter die Armeen vertheilt worden. Die Potomacarmee allein hat 193,388 Pferde geliefert erhalten. — Am 1. December 1865 besaß die Union 671 Kriegsschiffe, von welchen 440 armirt waren. Die Zahl der Kriegsschiffe wurde auf 117 später auf 90 reducirt. 719 Schiffe für den Transport zur See, und 599 für den auf Flüssen wurden nach dem Kriege verkauft. — Der vierjährige Kampf in den Vereinigten Staaten hat unermeßliche Summen verschlungen. Die Staatsschuld betrug am 31. Mai 1865 dreizehn tausend sieben hundert Millionen Fr., die in dem Finanzjahr vom 1. Juli 1865 bis zum 30. Juni 1866 um 300 Mill. Fr. vermindert worden ist, und innerhalb dreißig Jahren getilgt sein soll. Ueber die finanzielle Lage der Conföderation sind bestimmte Angaben schwer oder unmöglich. Man glaubt, daß ihr der Krieg nicht viel weniger als den Vereinigten Staaten gekostet hat. Denn obgleich ihre Land- und Seemacht weniger zahlreich war, so hat sie Alles, was zu ihrer Ausrüstung gehörte, viel theurer bezahlen müssen. Die von den einzelnen Südstaaten während des Kampfes gemachten Schulden sind für die Gläubiger vollkommen verloren. Ueber einen großen Theil der Bevölkerung ist durch den Fanatismus ihrer Leiter grenzenloses Elend gekommen. Es lebte z. B. im Staat Alabama, im Jahr 1865, der fünfte Theil der Bevölkerung von der öffentlichen Wohlthätigkeit.

Dieser mehrjährige Krieg ist von den Nord- wie von den Südstaaten mit einer bewundernswürdigen Kraft und Ansdauer, von ersteren außerdem noch für einen großen menschheitlichen Zweck und mit glücklichem Erfolge geführt worden. Aber auch in rein militärischer Beziehung hat die angloamerikanische Race ein merkwürdiges Beispiel aufgestellt, und alle Erwartungen, die von ihr gehegt werden konnten, übertroffen. Diese improvisirten Armeen haben sich wie die am besten dressirten europäischen Truppen geschlagen. Die von Grant, Sherman, Sheridan auf der einen, von Lee, Johnston, Beauregard auf der andern Seite vollbrachten Thaten stellen sie den besten europäischen Generalen gleich. Die Cavalerie, besonders die südstaatliche, galt in den Augen der vielen fremden Officiere, die Zeugen dieses Krieges waren, für vortrefflich. Neu war die großartige Anwendung, welche die Heerführer bei ihren Operationen von den Eisenbahnen machten, und die Art, wie sie in kürzester Zeit auf den Schlachtfeldern selbst sich zu verschanzen wußten. Mit nicht geringerer Energie wurde der Kampf zur See geführt und der nordstaatliche Admiral Farragut verband mit dem natürlichen Muth, der zu seinem Beruf gehört, die Kunst der vollendetsten maritimen Strategie.

In der südstaatlichen Marine zeichnete sich Maury aus, eine der ersten wissenschaftlichen Notabilitäten in seinem Fach, der praktische Erfindsamkeit mit theoretischer Bildung verband, und unermüdlich war, der nordstaatlichen Marine bei der Belagerung von Hafenbefestigungen und dem Einlaufen in die Flußmündungen Hindernisse zu bereiten.

So sehr man auch geneigt sein mag, dem Muth und der Ausdauer der Südstaaten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, man kann nicht umhin, in ihrem Beginnen die traurigste Ausartung und verkehrteste Anwendung an und für sich rühmlicher Eigenschaften zu erkennen, und ihre Besiegung muß als eines der glücklichsten Ereignisse der Gegenwart angesehen werden. Die Gründung der Vereinigten Staaten war eine staatlich große und sittlich erhabene Erscheinung, wie es deren, mit Ausnahme der Entstehung der schweizerischen Eidgenossenschaft und des niederländischen Freistaates, die aber, ungeachtet ihres individuell hohen Werthes, ihrer Lage und Stellung nach nicht zu derselben Bedeutung bestimmt waren, seit vielen Jahrhunderten keine andere gegeben hat. Das Dasein Nordamerika's ist nicht nur für ein einzelnes Volk, sondern für die gesammte civilisirte Menschheit von den heilsamsten Folgen gewesen, und verspricht deren in der Zukunft noch mehr, wenn es sich, ohne sein ursprüngliches Princip aufzugeben, von den in demselben entstandenen Auswüchsen frei gemacht haben wird, worauf Gesetzgebung und Erziehung unaufhörlich hinarbeiten. Ohne behaupten zu wollen, daß die besondere Form der Demokratie, wie sie sich in der Verfassung der Vereinigten Staaten ausspricht, von allgemeiner Anwendbarkeit sei, ist doch so viel gewiß, daß die in der Demokratie liegenden humanitären und philanthropischen Ideen von menschlicher Verbrüderung und Gleichberechtigung ein großes und unentbehrliches Moment in der Entwickelung unserer Zeit sind, und die Vereinigten Staaten zu ihrem mächtigsten und zuverlässigsten Träger haben. Dort ist das demokratische Princip nicht im Reiche des Gedankens stehen geblieben, hat sich nicht in einem engen Kreise abgeschlossen, oder nur einen stürmischen Anlauf zu seiner Realisirung, ohne dieselbe zu erreichen, genommen, sondern hat sich daselbst zu einer großen und festen Gestalt ausgebildet, und fängt schon an, die lebensvollsten Theile Europa's mit seinem Einfluß zu durchdringen. Diese hohe Bestimmung der Vereinigten Staaten wäre, wenn der Sonderbund sich behauptet und die Republik sich in zwei Theile gespalten hätte, wenn auch nicht aufgehoben, aber verzögert, gelähmt worden, und das alte, in sich uneinige, von Gegensätzen und Widersprüchen aller Art zerrissene Europa würde des klaren und jungen Lichtes entbehren, das jenseits des atlantischen Oceans für dasselbe aufgegangen ist. Die nordamerikanische Demokratie ist nicht dazu bestimmt, die Monarchie in Europa zu untergraben, sondern zu deren Reinigung von ihren mittelalterlichen Schlacken beizutragen, und das mit so vielen veralteten Tra-

ditionen ringende Europa durch ihr Beispiel in seinem Kampfe gegen dieselben zu unterstützen. Wie wenig der Bürgerkrieg in Nordamerika ein bloß politischer Kampf zwischen gleich berechtigten Rivalen war, wie sehr es sich bei ihm um moralische Interessen handelte, kann schon daraus entnommen werden, daß die Aufhebung der Sklaverei sein wichtigstes Resultat gewesen ist. Es war deshalb von der größten Bedeutung für die Welt, daß die Südstaaten unterlagen, daß die Union nicht durch das Gelingen der versuchten Separation in sich geschwächt und von der Vollendung ihrer großen Aufgabe abgehalten worden ist.

Der Gegner war besiegt und die Entlassung der überflüssigen Land= und Seemacht beschlossen, aber die innere Reconstruction der abgefallenen und besiegten Staaten bot große Schwierigkeiten dar. Der Präsident Johnson hatte eine Amnestie erlassen (29. Mai), in der zwar eine Menge Ausnahmskategorien vorkamen, aber die ausgeschlossenen Klassen konnten, wenn sie Bittgesuche einreichten, und den Vereinigten Staaten fortan Treue gelobten, der Begnadigung theilhaft werden. Die meisten, welche sich in diesem Falle befanden, machten von dem ihnen geöffneten Thore Gebrauch, und traten in die Reihen der loyalen Bürger ein. Es wurden hierauf alle Handelsbeschränkungen im Süden nach Außen wie im Innern aufgehoben. Johnson ernannte provisorische Gouverneurs für die unterworfenen Staaten, welche die aus allgemeinen und directen Wahlen hervorgegangenen Conventionen einberiefen, um sie über die ihnen vorgelegten neuen Verfassungen abstimmen zu lassen. Johnson, durch seine Geburt dem Süden angehörig, hatte sich zwar eifrig gegen die Trennung desselben von der Union erklärt, war aber, als die Gefahr vorüber gegangen, den in seiner Heimath herrschenden Gefühlen wieder näher getreten. Er wollte das daselbst nothgedrungener Weise eingeführte Militärregiment so schnell als möglich durch die Wiederherstellung constitutioneller Einrichtungen beseitigen, und von den Bevölkerungen selbst den Act ihres Ausscheidens aus der Union widerrufen lassen. Es geschah dies zuerst durch die Convention des Staates Mississippi, und die übrigen folgten diesem Beispiel (September 1865). Johnson hatte Recht, den zerrissenen Faden der gesetzlichen Ordnung in den Südstaaten wieder anknüpfen zu wollen, vergaß aber zu sehr, was seit dem Beginn des Aufstandes bis zu dessen Beendigung dort geschehen war, und vergriff sich in der Wahl der Personen, die er in dem ehemaligen Sonderbunde mit der Ausführung seiner Maßregeln beauftragte. Mehrere der von ihm ernannten Gouverneurs waren Anhänger des Instituts der Sklaverei, und sahen den Sieg der Nordstaaten als das größte Unglück für ihre Heimath an. In keiner der neuen Verfassungen erhielten die Neger das Stimmrecht, nur in einigen wurden sie als Zeugen vor Gericht zugelassen. Es wurden ihnen, obgleich sie durch einen feierlichen Beschluß für frei erklärt worden, dem entgegen mancherlei

Beschränkungen auferlegt. Sie durften, wie früher, nicht ohne Paß reisen, sie wurden in manchen Gegenden unter dem Vorwand, sie der Armuth und dem Müssiggang zu entziehen, zu öffentlichen Arbeiten, unter unbilligen Bedingungen gezwungen. Die Berichte der von Lincoln zum Schutz der Neger eingesetzten Commission blieben unbeachtet. Johnson's Politik in Betreff des Südens rief neue Spaltungen in den Nordstaaten hervor. Republikanische und demokratische Parteiversammlungen, von denen letztere eine Zeit lang ganz aufgehört hatten, erklärten sich für und gegen den Präsidenten, dessen unverkennbare Hinneigung zu den Interessen des Südens im Norden auf lebhaften Widerspruch stieß.

Die Besiegung des Sonderbundes hatte die Union bei den auswärtigen Regierungen, denen dieser Ausgang des großen Kampfes eine Zeit lang zweifelhaft erschienen war, wieder in hohes Ansehen gesetzt. Die spanischen Behörden auf Cuba lieferten das südstaatliche Caperschiff Stonewall, das sich ihnen ergeben hatte, an die Bundesbehörden aus. Eben so ward diesen die von den Südstaatlichen nach der Capitulation Kerby Smith's aus Texas nach Mexico gebrachte Artillerie zurückgegeben. Der französische Gesandte in Washington, Marquis von Montholon, hatte die Annahme eines Schreibens befürwortet, das von dem Kaiser Maximilian an den Präsidenten Johnson in Bezug auf einige Ereignisse auf dem Rio grande gerichtet worden war. Johnson wies dasselbe mit der Erklärung zurück, er kenne in Mexico keine andere Regierung, als die des Präsidenten Juarez. Alle diejenigen Bürger der Vereinigten Staaten, welche unter den Plünderungen der Rebellenschiffe Alabama, Shenandoah und anderer, die in englischen Häfen ausgerüstet und bemannt waren, Schaden erlitten hatten, wurden von Washington aus aufgefordert, ihre Reclamationen dem Staatsministerium einzusenden, indem dasselbe beabsichtige, die Erfüllung dieser Forderungen eifrig zu betreiben. Für den Augenblick beschränkte die Bundesregierung ihr Mißfallen über die von England während des Bürgerkrieges beobachtete Haltung auf die Duldung, die sie gegen das Treiben der sogenannten Fenier in den Vereinigten Staaten zeigte, die sich anschickten, den aufrührerischen Bewegungen ihrer Landsleute in Irland mit Geld und Mannschaft zu Hülfe zu kommen. Obgleich die Fenier in Nordamerika, wenn sie nicht von der dortigen Regierung unterstützt wurden, einer Macht wie England eben so wenig wie ihre Verbündeten in Irland gefährlich werden konnten, so hielt es das britische Cabinet doch für angemessen, die Grenzen von Canada stärker als bisher besetzen zu lassen und die Schiffsstation an der Küste dieser Colonie zu verstärken. Nach Beendigung des Bürgerkrieges erklärte sich die öffentliche Meinung immer nachdrücklicher gegen den neuerrichteten Kaiserthron in dem benachbarten Mexico. General Grant machte aus seinem Wunsche, der mexicanischen Republik mit den Waffen in der Hand zu Hülfe kommen zu können, kein Geheimniß,

und die Presse wurde nicht müde, an die Monroe-Doctrin (B. XVIII. S. 572) zu erinnern. Die Unionsregierung beobachtete zwar in ihren Handlungen eine strikte Neutralität, aber der Minister des Auswärtigen, Seward, sprach sich, wie später bekannt wurde, in seinen Depeschen bei jeder Gelegenheit gegen die französische Intervention in Mexico aus. Auch konnte es bei der Ausdehnung der Grenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexico nicht verhindert werden, daß Freiwillige aus Californien und Texas sich den mexicanischen Republikanern anschlossen.

Der Congreß trat am 4. December 1865 zusammen. In der von dem Präsidenten Johnson an die beiden Häuser gerichteten Botschaft wurde die Weigerung des englischen Cabinets, der Union für den von südstaatlichen Capern, mit Beistand britischer Matrosen und Kanonen, verursachten Schaden Ersatz zu leisten, tadelnd berührt, jedoch die Hoffnung auf eine künftige Beilegung dieser Differenz nicht ausgeschlossen, der Anwesenheit eines französischen Heeres in Mexico aber mit den drohenden Worten gedacht, daß es für den Weltfrieden ein großes Unglück sein würde, wenn irgend eine europäische Regierung gesonnen wäre, dem amerikanischen Volk den Fehdehandschuh hinzuwerfen und es zur Vertheidigung der republikanischen Institutionen zu nöthigen. Die Darstellung der inneren Zustände befriedigte weniger und regte zu heftigem Widerspruch auf. In seinem Eifer, die Südstaaten in den Schooß der Union zurückkehren zu sehen, vergaß Johnson zu leicht der Opfer, die der von ihnen selbst hervorgerufene Krieg den bundestreuen Staaten gekostet hatte, und ermangelte der nöthigen Gerechtigkeit gegen die Neger, welche zur Unterdrückung der Rebellion, die er nicht umhin konnte als eine solche zu bezeichnen, wesentlich beigetragen hatten. Er ließ sogar die Nothwendigkeit durchblicken, daß die schwarze Race, wegen ihrer Unvereinbarkeit mit der weißen einst genöthigt sein könnte, das Gebiet der Vereinigten Staaten zu verlassen, das 180,000 von ihr im letzten Kriege vertheidigt hatten, und für das über 60,000 mit den Waffen in der Hand gestorben waren. Die so lange ersehnte Maßregel der Aufhebung der Sklaverei im gesammten Umfange der Vereinigten Staaten, die, nachdem sie von drei Viertheilen der Staatenlegislaturen angenommen worden, Gesetzeskraft erlangt hatte, ließ Johnson dem Congreß, dem einfachen Wortlaut nach, ohne Bezeugung von Theilnahme und Zufriedenheit, durch den Minister des Auswärtigen notificiren (18. December 1865). Er wollte in der Freilassung von vier Millionen Menschen nur eine Wirkung des letzten Krieges, nicht die Consecration eines großen Princips der Gerechtigkeit erkennen. Indessen mußte er es zulassen, daß die in den ehemaligen Sonderbundsstaaten gewählten Senatoren und Repräsentanten so lange von den Sitzungen ausgeschlossen blieben, bis der Congreß solche Staaten oder einen bestimmten derselben für vertretungsberechtigt

erklärt haben würde. Die nicht zugelassenen Vertreter der Südstaaten beschlossen in ihre Heimath zurückzukehren und auf den 4. März wieder zu kommen.

Nachdem der Bürgerkrieg beendigt war und die Beziehungen zum Ausland wenigstens für den Augenblick keine drohenden Collisionen in Aussicht stellten, traten die die Reconstruction der Südstaaten betreffenden Verhältnisse, die Vertretung derselben im Congreß und die Stellung der ehemaligen Sklaven in den Vordergrund, woraus zwischen dem Präsidenten Johnson und der Majorität der beiden Häuser des Congresses erst eine Disharmonie und dann ein Antagonismus entstand, der später zu einem vollkommenen Bruch und der Anklage des Präsidenten führen sollte. Das Repräsentantenhaus beschloß mit 116 gegen 54 Stimmen den Negern des Bundesdistrikts Columbia (in welchem Washington liegt) das unbedingte Stimmrecht zu verleihen, und verwarf das Amendement, daran die Bedingung des Lesens und Schreibens zu knüpfen. Der Senat genehmigte einen Gesetzentwurf zum Schutz der Neger in den Südstaaten (25. Januar 1866), das sogenannte Freedman's Bureau (Freigelassenen-Bureau) betreffend, dessen Bestimmungen im Wesentlichen folgende waren: Der Präsident theilt den ganzen Süden in eine gewisse Anzahl von Hauptdistriften ein, für deren jeden er einen Commissär ernennt. Die Commissäre theilen die Hauptdistrikte wieder in Unterdistrikte und stellen an die Spitze jedes derselben einen besondern Beamten, der darauf zu sehen hat, daß die von Staatswegen den nothleidenden und arbeitslosen Emancipirten gelieferten Lebensmittel, Kleidungsstücke u. s. w. an sie in gerechter Weise vertheilt werden. Der Präsident kann von der Bundesdomäne in Florida, Mississippi und Arkansas drei Millionen Morgen Land auswerfen, wovon die Commissäre Parcellen zu je achtzig Morgen zu mäßigem Zins an Neger nach den Umständen verkaufen oder verpachten können. Es sollen für deren Familien Waisenhäuser und Schulen gebaut werden. Wenn den Emancipirten ihr Recht auf Arbeit, die Erfüllung der mit ihnen geschlossenen Verträge, überhaupt ihre persönlichen und sachlichen Rechte geschmälert oder vorenthalten werden, so soll der Präsident die Abstellung dieser Ungerechtigkeit auf dem kürzesten Wege, durch kriegsrechtliches Verfahren, bewirken. Wer einen Emancipirten in Sklaverei zurückhält, oder bei gerichtlichen Erkenntnissen einen Unterschied zwischen Weißen und Schwarzen macht, wird mit einer Geldstrafe von 1000 Dollars und einjährigem Gefängniß bestraft. — Am 1. Februar beschloß das Repräsentantenhaus ein Amendement zur Bundesverfassung, nach welchem die Sitze in dieser Versammlung unter die zum Bunde gehörigen Staaten nach Maßgabe der Zahl ihrer Einwohner, mit Ausschluß der nicht besteuerten Indianer, repartirt werden, jedoch sind in denjenigen Staaten, welche das Wahlrecht aus Rücksicht auf Race oder Hautfarbe versagen oder verkürzen, alle

Individuen der betreffenden Race oder Hautfarbe von der Repräsentationsbasis auszuschließen. Dieses Amendement bezweckte, die Südstaaten zur Ertheilung des Stimmrechts an die Neger zu veranlassen, oder wenn sie dies verweigerten, ihnen den Vortheil zu entziehen, den sie bei Beschickung des Congresses dadurch gehabt hatten, daß bisher zu der Zahl der weißen Bevölkerung noch drei Fünftheile der Negerbevölkerung hinzugefügt worden waren. Das Repräsentantenhaus trat dem Beschlusse des Senats vom 25. Januar, das Freedman's Bureau betreffend, bei (9. Februar), und verordnete, über die Abstimmung des Senats vom 25. Januar über die Bundesdomäne hinausgehend, daß das in den Südstaaten befindliche Domaniallland in der Weise vertheilt werde, daß von diesem Lande, das in vielen Millionen Morgen bestand, jedes Familienhaupt, gleichviel ob Weißer oder Neger, achtzig Morgen gegen Entrichtung der Vermessungskosten in Besitz nehmen könne, unter der Bedingung, daß er sich wirklich darauf niederlasse. Der Präsident weigerte sich, den Beschluß beider Häuser in Bezug auf das Freedman's Bureau zu sanctioniren, indem er bemerkte, das vorgeschlagene Gesetz würde dem Bunde eine Menge extraordinärer Functionen in den souveränen Staaten zuweisen, die er nie ausgeübt habe und der Verfassung nach nicht ausüben solle und könne. Dieses Gesetz würde die gewöhnliche bürgerliche Rechtspflege stören, den Bund zum Schul- und Armenverwalter machen, die Gemüther der Emancipirten in gespannter Erwartung und beständiger Unruhe erhalten, und für die Weißen, unter welchen sie leben, eine fortwährende Quelle unbestimmter aber um so drohenderer Befürchtungen sein. — Bis dahin konnte Johnson, selbst von denen, die ihm nicht zustimmten, als von einem ihm verfassungsmäßig zustehenden Recht Gebrauch machend, angesehen werden. Aber der Parteimann, der sich auf Seite der besiegten Rebellenstaaten neigte, trat in der von ihm aufgestellten Ansicht hervor: der Bund habe zwar die Sklaven für frei erklärt, aber welche Stellung sie in der socialen Ordnung der Südstaaten einnehmen werden, das gehe nur diese und nicht den Bund an. Man dürfe hoffen, daß die Nachfrage nach der Arbeitskraft der Neger diesen, wenn sie fleißig und ordentlich seien, eine günstige Behandlung von Seiten der Weißen sichern werde; aber was immer in dieser Beziehung geschehe, sei ausschließlich Sache der Südstaaten selbst. — Dies hieß mit klaren Worten, die Emancipirten der Willkühr ihrer ehemaligen Herren wieder überantworten und nicht nur einen Beschluß des Bundes in Frage stellen, sondern auch das wichtigste Ergebniß des blutigen Bürgerkrieges, die Aufhebung der Sklaverei, beseitigen. Mit dieser Ansicht von dem Verhältniß der besiegten Südstaaten zum Bunde setzte sich der Präsident in einen schneidenden Widerspruch zu der im Norden herrschenden Gesinnung, brach aber außerdem mit der Majorität des Congresses, indem er am Schluß seiner Botschaft

drohend hinzufügte: der Gesetzentwurf sei von einem Congreß angenommen worden, in welchem elf Staaten ohne Vertreter geblieben. Einen solchen Congreß könne er nicht als competent anerkennen. Die Bundesverfassung gewährleiste jedem Staat das Recht der Vertretung im Congreß; die Südstaaten hätten, da ihre Separationsbeschlüsse von Hause aus null und nichtig gewesen seien, niemals aufgehört Staaten zu sein, und besäßen daher auch volles Recht auf Vertretung. Dem Mangel einer staatlichen Organisation des Südens sei bereits abgeholfen worden, und der Congreß habe kein Recht, jene Staaten als noch nicht rehabilitirt anzusehen. Wenn es dennoch geschehe, so müsse er als Präsident, der sich als den Erwählten der ganzen Nation betrachte, die Interessen und Rechte der nicht repräsentirten Staaten wahrnehmen. — Johnson machte sein Recht des Veto gegen die Beschlüsse des Congresses fast bei jeder Gelegenheit, so weit es irgend möglich war, ungeachtet der allgemeinen Mißbilligung der republikanischen Partei, geltend, und mußte es zuletzt doch mehrmals geschehen lassen, daß dieses Veto durch die Zweidrittel-Majorität in beiden Häusern umgestoßen wurde. Er sprach bei öffentlichen Veranlassungen seinen Tadel gegen die vom Congreß befolgte Politik in dem feindseligsten Ton aus, und trieb, von persönlicher Leidenschaft verblendet, seine Opposition gegen alle in den Vereinigten Staaten nothwendig gewordenen Reformen, wenn sie die für den Süden aus dem letzten Kriege entstandenen Folgen betrafen, so weit, daß eine Collision zwischen ihm und dem Congreß, aus der er unmöglich siegreich hervorgehen konnte, auf die Länge unvermeidlich wurde.

Die Beziehungen der Unionsregierung zum Ausland waren in dieser Zeit im Ganzen freundlicher Art, blieben aber doch in einzelnen Fällen nicht von einer gewissen Spannung frei. Der nordamerikanische Gesandte in Wien, Motley, erhielt den Auftrag, gegen die Absicht der österreichischen Regierung, neue Werbungen für das österreichische Freiwilligencorps in Mexico zu veranstalten, zu protestiren und zu erklären, daß die Vereinigten Staaten die von österreichischen Unterthanen in Mexico begangenen Feindseligkeiten als einen Krieg zwischen der Republik Mexico und Oesterreich ansehen würden und sich nicht verpflichten könnten, in diesem Fall neutrale Zuschauer zu bleiben. Eine Proclamation des Präsidenten erklärte das Decret des Kaisers von Mexico, durch welches Matamoros, nachdem es in die Hände der Juaristen gefallen, in Blokadezustand erklärt worden, für ungültig, und es gingen Kriegsschiffe an den Rio grande ab, um die Blokade thatsächlich zu verhindern. An das französische Cabinet, welches anfänglich versprochen hatte, seine Truppen aus Mexico in drei Abtheilungen, im November 1866, im März und November 1867, herauszuziehen, später erklärte, sie zum Schutz der französischen Interessen noch länger daselbst stehen lassen zu müssen, erging von Seiten Seward's eine so scharfe Note,

daß sie von dem französischen Minister des Auswärtigen, als in Form und Inhalt gleich ungeeignet, nicht angenommen wurde, sondern der nordamerikanische Gesandte in Paris, Bigelow, sich damit begnügen mußte, dieselbe vorgelesen zu haben. Mit dem benachbarten Canada war die Unionsregierung während des Bürgerkrieges in Mißhelligkeiten gerathen, weil sie die dortigen Behörden beschuldigte, südstaatliche Verschwörer bei sich geduldet zu haben. Der Reciprocitätsvertrag war in Folge dessen gekündigt worden. Dieser Handelstractat war im Jahr 1854 zwischen den Vereinigten Staaten und Canada geschlossen worden, und dem Verkehr der Bevölkerung von Obercanada mit ihren Nachbarn sehr vortheilhaft, indem er es derselben möglich machte, ihre Erzeugnisse auf kürzeren Wegen als bisher ausführen und gegen Erlegung einer geringen Eingangssteuer absetzen zu können. Zu neuen Differenzen gaben die Unternehmungen der Fenier wider Canada Veranlassung, was die nordamerikanische Regierung nöthigte, Truppen an die Grenze zu schicken und sich öffentlich gegen die von den Feniern verursachten Bewegungen auszusprechen. Von dem Gerichtshofe zu Toronto in Canada wurden mehrere der bewaffneten fenischen Eindringlinge zum Tode verurtheilt und einige derselben hingerichtet.

Obgleich die Nordamerikaner in neuester Zeit mehr als sonst mit dem Ausland in Berührung gekommen, so blieben ihre innern Zustände, besonders in der auf den Bürgerkrieg folgenden Krisis, immer die Hauptsache, mit der verglichen andere Ereignisse wenig in's Gewicht fielen. Hierbei drehte sich Alles um den zwischen dem Präsidenten Johnson und dem Congreß entbrannten Streit über das Verhältniß der besiegten Südstaaten zur Bundesgewalt, über die jetzt in die Wirklichkeit eingreifenden Begriffe von Centralisation und Föderalismus und deren angemessene Anwendung auf die Verfassung der Vereinigten Staaten. Johnson's Anhänger beriefen, von einem Theil der New-Yorker Presse unterstützt, eine sogenannte „Convention der nationalen Unionspartei“ nach Philadelphia, unter dem Vorwand, eine dritte Partei zu stiften und zwischen dem Präsidenten und der Majorität des Congresses zu vermitteln, in Wahrheit aber, um die Reconstruction der Südstaaten im Interesse der ehemaligen Sklavenhalter zu leiten. Im Süden hatte die dortige Aristokratie, die in der ersten Zeit nach Lee's Capitulation und Jefferson Davis Gefangennehmung ganz niedergebeugt gewesen, nachdem Johnson auf ihre Seite getreten und der Congreß nicht mit der nöthigen Kraft und Uebereinstimmung für die Vollziehung seiner Beschlüsse eingeschritten war, wieder das Haupt erhoben und angefangen, sich als eine Macht zu fühlen. Seit der massenhaften Begnadigung der Führer und Theilnehmer der Rebellion hatten dieselben ihre Niederlage vergessen und sahen der Erneuerung der früheren Zustände, wenn auch anfänglich unter etwas verschiedener Form, mit Zuversicht entgegen. Die Militär-

behörden, die zur Einführung der vom Congreß beschlossenen Reformen im Süden eingesetzt waren, wurden durch Johnson's Instructionen überall in ihrer Wirksamkeit gehindert und dem Haß der einheimischen Bevölkerung ausgesetzt. Die ihnen zur Verfügung gestellten Truppen waren zu wenig zahlreich, um ihren Anordnungen Nachdruck verschaffen zu können. Die zu Gunsten der Neger vom Congreß gegebenen Bestimmungen blieben nicht nur unausgeführt, sondern die ehemaligen Sklaven wurden nach wie vor gemißhandelt, aus den ihnen zum Anbau überwiesenen Distrikten verjagt, die mit ihnen eingegangenen Contracte gebrochen, und sie nicht selten sogar unter Martern umgebracht. Die zahlreichen Ueberreste der Sonderbundsarmee leisteten der südstaatlichen Aristokratie bei ihrem Widerstande gegen die Beschlüsse des Congresses Beistand, und verbanden sich in den Städten mit dem Pöbel zur Verfolgung der Neger. In Memphis (Tennessee) wurden achtunddreißig Neger, unter ihnen Frauen und Kinder, öffentlich, am hellen Tage, ermordet und einige darunter lebendig verbrannt. Noch zahlreichere Gräuel fielen Ende Juli (1866) in New-Orleans vor, wo vierzig Neger erschlagen, hundert und sechzig verwundet wurden. In Texas war die Niedermetzelung von Negern eine fast alltägliche Erscheinung geworden. Johnson, von dem was vorging unterrichtet, that nichts, um ihm zu steuern, seine Anordnungen schienen eher die Wiederholung solcher Frevel begünstigen zu wollen. Die vom 14. bis 16. August in Philadelphia versammelte demokratische Convention arbeitete dem Präsidenten und der südstaatlichen Aristokratie in die Hände, indem sie über die vom Congreß den Negern ertheilten Rechte völlig schwieg und nur die Souveränetät der Einzelstaaten, d. h. der stimmberechtigten weißen Bevölkerung des Südens, betonte, und zu verstehen gab, daß das Schicksal der Negerrace in jedem Staate von der Legislatur desselben abhängen müsse. Johnson, der eine Deputation der Convention von Philadelphia empfing, pflichtete dieser Ansicht bei, und erklärte den Congreß für ein zerstörendes Element im Leben der Vereinigten Staaten, indem er das einzige und wichtigste Hinderniß für die volle Wiederherstellung des alten Rechtszustandes bilde. In ähnlicher Weise ließ sich der Präsident auf einer Rundreise, die er im Norden während des Septembers machte, vernehmen. Wenn die reactionäre Bewegung so ohne Hinderniß hätte weiter fortgehen können, so wären die Siege der Nordstaaten vergeblich gewesen, und derselbe Zustand wie vor dem Bürgerkriege würde allmälig zurückgekehrt sein. Dazu war aber die Bewegung im entgegengesetzten Sinne zu mächtig gewesen und zu nachhaltig geblieben. In Philadelphia, wo im August die Anhänger Johnson's berathen hatten, trat im September eine Versammlung, aus seinen entschiedensten Gegnern bestehend, zusammen, und klagte die von ihm im Süden befolgte Politik in den heftigsten Ausdrücken an. Es kamen bei dieser Gelegenheit eine Menge von südstaat-

lichen Demokraten und Soldaten der ehemaligen Sonderbundsarmee begangenen Verbrechen und Freveln zur Sprache, über die bisher öffentlich noch nicht verhandelt worden war. Die in Philadelphia versuchte Parteicombination, die sogenannte Convention der nationalen Union, löste sich, am Erfolg ihres Beginnens verzweifelnd, von selbst auf, und ihre Führer gingen zu den Republikanern, zu denen sie ursprünglich gehört hatten, über. Der Norden, welcher eine Zeit lang geschlummert zu haben schien, oder sich durch die von der Reaction aufgestellten Trugbilder hatte blenden lassen, erwachte und ermannte sich endlich, und schlug, wie vorher auf dem Schlachtfeld, so jetzt im Wahlkampf, seine Gegner aus dem Felde. Die Wahlen fielen wieder, und zwar mit verstärkter Majorität, zu Gunsten der republikanischen Partei aus.

Am 3. December (1866) trat der Congreß wieder zusammen. Die Botschaft des Präsidenten erregt diesmal nicht dieselbe Aufmerksamkeit wie bei ähnlichen Gelegenheiten, da derselbe durch den Ausfall der letzten Wahlen außer Stand gesetzt war, seine Absichten zur Ausführung zu bringen. Johnson hatte sich durch die Zeitwidrigkeit und Starrheit seiner Grundsätze bei der Mehrheit des amerikanischen Volkes verhaßt, und da jetzt seine persönliche Ohnmacht an den Tag kam, zugleich verächtlich gemacht. Von großem Interesse waren aber die der Botschaft beigefügten Berichte der einzelnen Minister. Durch sie wurde Europa, das schon über die von den Vereinigten Staaten in dem letzten Kampfe bewiesenen militärischen Anstrengungen erstaunt war, von den seitdem vollbrachten Friedensthaten, von der großartigen, alles bekannte Maß übersteigenden Art, wie man die vom Kriege geschlagenen Wunden zu heilen unternahm, zu ungetheilter Bewunderung der großen Republik fortgerissen. Die Einnahmen aus den inländischen Steuern allein (ohne die Einfuhrzölle) betrugen nur 22 Mill. Dollars weniger, als die Gesammteinnahme Großbritanniens. Nach den ungeheuren Ausgaben des letzten Krieges war der Finanzminister im Stande, beim Congreß auf eine Herabsetzung der Steuern anzutragen. Allerdings besitzen die Vereinigten Staaten ihnen von ihrer Lage und der Natur gewährte Vortheile, wie deren sich kein anderes Reich erfreut. Die Staatsdomänen betrugen, als der Krieg begann, über tausend vierhundert fünfundsechzig Millionen Morgen, deren allmäliger Verkauf eine fast unerschöpfliche Einnahme sichert, während durch die Niederlassung der Ansiedler die Bevölkerung und die Steuern vermehrt werden. Aber Spanien besaß früher ähnliche Quellen der Macht und Größe in seinen amerikanischen Colonien, und hat sie nicht zu benutzen verstanden, und selbst England würde aus denselben Gebieten, die ihm früher in Nordamerika gehörten, nie das zu machen vermocht haben, was den Vereinigten Staaten mit Hülfe ihrer Alles befruchtenden und belebenden Verfassung gelungen ist. — Das Repräsentantenhaus beschloß fast einstimmig, daß der Zusammentritt

des neuen Congresses auf den 4. März statt 2. December anberaumt werde, um das congreßlose Interim zu beseitigen, und nahm die während des Krieges dem Präsidenten verliehene Befugniß zur Amnestirung von Rebellen zurück (14. December 1866). In schwer zu erklärender Verblendung über die wahre Lage der Dinge, den in der großen Mehrheit der Nation herrschenden Geist und die Vergeblichkeit seiner Bestrebungen, ist Johnson in seiner Opposition gegen den Congreß stehen geblieben, und hat sich endlich einer öffentlichen Anklage und einem Staatsproceß ausgesetzt, die aber über die Grenzen des hier behandelten Abschnitts in der Geschichte der Vereinigten Staaten hinausgehen.

Mexico.

Die angelsächsische Race hatte in Nordamerika eine mächtige Republik gründen und erhalten können, die zwar nach langem friedlichen Bestehen von einem inneren Kriege erschüttert und mit Auflösung ihres bisherigen Zustandes durch den Abfall eines Theils von ihr bedroht wurde, dieser Gefahr aber mit Aufbietung aller Kräfte entgegentrat, die gebrochene Einheit wiederherstellte, und damit ihre Bedeutung in der Gegenwart und die Aussicht auf eine noch größere Zukunft sicherte. Die republikanische Staatsform lag in dem Charakter dieses Volks, dessen Einrichtungen und Sitten schon vor der Losreißung von Großbritannien demokratischer Natur gewesen waren. Monarchische, hierarchische und aristokratische Ideen hatten in dem neuen Vaterlande keine Wurzeln geschlagen und was davon als Erinnerung an die ursprüngliche Heimath übrig geblieben, war mit jeder Generation schwächer geworden. Deshalb war, als sich diese Colonien vom Mutterlande trennten, die demokratische Republik aus dem Kampfe von selbst hervorgegangen. Schon ihre Gemeindeverfassung, ihre Rechtspflege und Verwaltung, noch mehr aber der besondere ihnen einwohnende Geist, waren von jeher mit dem Stempel der Republik bezeichnet gewesen. Daraus läßt es sich auch erklären, daß unter ihnen kein Versuch zur Wiederherstellung der Monarchie gemacht wurde. Selbst in dem letzten Bürgerkriege hat sich in den Südstaaten nie, nicht einmal um den Preis der Rettung in tiefster Noth, der Gedanke an die Einführung monarchischer Institutionen, an die Verpflanzung einer europäischen Dynastie auf ihren Boden, geregt. Die Angloamerikaner hielten an dem ursprünglichen Kern der altgermanischen Einrichtungen ihrer sächsischen Vorfahren fest, und warfen die monarchische und aristokratische Schale fort, die ihn in Europa umhüllt hatte. Diese Gesinnung zeigte sich schon in dem größten nationalen Charakter, den die Vereinigten Staaten hervorgebracht haben, in Georg Washington, der, als er von einer Anzahl seiner Anhänger zur Gründung

einer Monarchie in seiner Person, und Annahme des königlichen Titels aufgefordert wurde, dies nicht nur ablehnte, sondern den schmeichelhaften Antrag als eine verletzende Zumuthung und einen Verrath an der Zukunft seines Vaterlandes behandelte. — Anders verhielt es sich mit den aus den ehemaligen spanischen Colonien in Mittel- und Südamerika entstandenen Republiken. Diesen hatte es bei ihrer Losreißung von Spanien an einer eigenthümlichen, sie ursprünglich bewegenden Kraft des Entschlusses gefehlt. Denn ohne das vorangegangene Beispiel der nordamerikanischen Revolution würden sie, ungeachtet aller Unzufriedenheit mit dem über sie verhängten Druck, nie eine ähnliche Unternehmung gewagt haben. Sie waren durch ihre früheren Zustände in keiner Weise auf die Republik vorbereitet worden, und fielen, als sie mit der Monarchie gebrochen hatten, der Anarchie anheim, die von einzelnen meist militärischen Chefs, die einer den anderen als Vertreter dieser oder jener Partei stürzten, im wesentlichen aber meist alle in demselben Geiste handelten, unterhalten und ausgebeutet wurde. Die Praxis in diesen Zuständen war, wie die häufigen Hinrichtungen, Confiscationen und Verbannungen beweisen, ein schrankenloser Despotismus, der aber unter dem Scheine einer demokratischen Theorie gehandhabt wurde. Daß diese Republiken sich dem Namen nach als solche erhielten und nicht zu der Monarchie zurückkehrten, die ihnen unter allen Umständen wenigstens eben so viele Freiheit als die wechselnde Dictatur ihrer Chefs und dazu mehr Ruhe gewährt haben würde, läßt sich nur aus dem tiefen Widerwillen erklären, den das spanische, im Namen des Königthums über sie ausgeübte Joch in ihnen zurückgelassen hatte. Dieses Volk verabscheute den stabilen königlichen Despotismus, ließ sich aber den temporären seiner republikanischen Oberhäupter gefallen, und schien über die Leiden, die sie ihm zufügten, durch ihren in der Regel jähen Sturz getröstet zu werden, obgleich es unter dem Nachfolger eben so unglücklich wie unter dem Vorgänger blieb. Ohne den milden Himmel, den fruchtbaren Boden, die geringen Bedürfnisse der Menge und die in ihrem Wesen eigenthümliche Mischung von tiefer Leidenschaftlichkeit und gedankenloser Hingebung an den Augenblick, wäre ein solcher Zustand, wie er seit so vielen Jahren in den südamerikanischen Republiken besteht, gar nicht denkbar. Aber die Masse verwilderte unter solchen Verhältnissen immer mehr, und wurde an Hang zum Müssiggang, zu inneren Unruhen und zum Blutvergießen dem römischen Proletariat in den letzten Zeiten der Republik ähnlich, nur daß in Südamerika jene großen Traditionen aus einer besseren Epoche fehlten, die im alten Rom, ungeachtet der tiefen Verderbniß, das Ganze Jahrhunderte lang zusammenhielten. — In Nordamerika war aus dem Protestantismus und dem Umstande, daß die meisten der ursprünglichen Ansiedler sich der verhältnißmäßig gelinden Suprematie einer Staatskirche, wie die anglikanische, nicht hatten fügen wollen, und, um ihren

kirchlichen Ueberzeugungen frei nachhängen zu können, über den Ocean gegangen waren, eine vollkommene religiöse Toleranz, aber nicht Indifferenz im Bereich derselben Kirche, und Trennung der Confession vom Staate entstanden. In Südamerika herrschte dagegen der Katholicismus in seiner starrsten Form, wurde kein anderes Bekenntniß nicht nur nicht anerkannt, sondern nicht einmal geduldet, und jede Abweichung von dem herrschenden Glauben von der Geistlichkeit mit Hülfe der weltlichen Macht verfolgt. Der Widerspruch zwischen demokratischen Constitutionen, in denen die öffentliche Gewalt von der Wahl und Meinung abhing, zwischen einem Staatsleben, in welchem die schrankenloseste Willkühr sich in Umwälzungen und Staatsstreichen geltend machte, und einem traditionellen Kirchenthum der unbeweglichsten Art, von Aberglauben und Unwissenheit getragen, von Ausbrüchen des Fanatismus begleitet, mußte einen moralischen und intellektuellen Fortschritt unmöglich machen, war mit wahrer Gesittung unvereinbar, und hätte allein, ohne Hinzutritt der besonderen Gebrechen der spanisch-amerikanischen Race hingereicht, um dieselbe in beständiger Gährung zu erhalten, und in ihr weder Ordnung noch Freiheit aufkommen zu lassen.

Der größte unter den aus den ehemaligen spanischen Colonien entstandenen Freistaaten, Mexico, war zugleich der, welcher von innern Unruhen am meisten zerrissen und von den schwersten äußeren Unfällen getroffen wurde. Die unaufhörlichen Parteikämpfe hatten dort schon im Jahr 1822 einen Versuch zur Wiederherstellung der Monarchie hervorgerufen. Wie schwer oder unmöglich es war, auf diesem schwankenden Boden einen haltbaren Bau aufzuführen, bewies das Schicksal des zum Kaiser gewählten Generals Augustin Iturbide, der nach kurzer Regierung gestürzt, verbannt, und als er unerwarteter Weise in sein Vaterland zurückkehrte, zum Tode verurtheilt und hingerichtet wurde. In Folge eines unglücklich geführten Krieges verlor Mexico die Provinz Texas, die größer als ganz Frankreich ist, und einen Theil Californiens. Von dieser Zeit an ist in jenem schönen, von der Natur so reich ausgestatteten Lande der Friede nicht mehr heimisch geworden. Zu den gewöhnlichen Ursachen innerer Stürme in den amerikanischen Republiken, wie Ehrgeiz und Habsucht der Parteiführer und unbefriedigt gebliebene Bedürfnisse und Wünsche von Seiten des Volks, kam noch die Spaltung in Liberale und in Klerikale, von denen erstere die Herrschaft rein demokratischer Institutionen und die absolute Suprematie des Staates anstrebten, letztere die Rechte und Freiheiten der Kirche aufrecht erhalten wollten, indem sie hofften, durch deren Schwerkraft den weltlichen Zuständen mehr Ruhe und Gleichmäßigkeit zu verleihen. Wenn die aus diesen entgegengesetzten Principien entstandenen Kämpfe sich auf das Innere beschränkt hätten, so würden diese Bewegungen sich in sich selbst erschöpft haben und dadurch vielleicht zum Stillstand gekommen sein, so aber verflocht sich Mexico

auch in Streitigkeiten mit dem Ausland, mit England, Spanien, Frankreich, woraus die Dazwischenkunft der fremden Mächte in die staatlichen Zustände Mexico's und ein Krieg hervorging, der unerwartete und tragische Folgen gehabt hat.

Nach mehrjährigen innern Erschütterungen und Kämpfen, in denen bald die Liberalen, bald die Klerikalen die Oberhand gehabt, spaltete sich die höchste Autorität förmlich in zwei Theile, indem Benito Juarez, ein Advokat von indianischer Race, von den Liberalen und Demokraten zum Präsidenten gewählt wurde und seinen Sitz in Veracruz aufschlug, während die Klerikalen und Conservativen den General Miguel Miramon an die Spitze der Republik stellten, der sich in der Stadt Mexico festsetzte. Miramon hatte außer der Hauptstadt, deren Behörden und was von regulären Truppen vorhanden war, anfänglich auch die meisten Vertreter der fremden Mächte, demnach gewissermaßen das civilisirte In- und Ausland für sich. Juarez glich aber diesen Vortheil dadurch für sich aus, daß er sich in Veracruz im Besitz der Zolleinnahmen des besuchtesten Hafen der Republik befand und von den Vereinigten Staaten als Präsident von Mexico anerkannt wurde. Vergebens suchte Miramon sich der Stadt und Festung Veracruz erst durch eine regelmäßige Belagerung, dann durch einen Sturm zu bemächtigen. Als die nordamerikanische Corvette „Saratoga" zwei Transportschiffe fortnahm, die Miramon's Truppen Mund- und Kriegsvorrath zuführen sollten, sah sich derselbe genöthigt, die Belagerung aufzuheben und unverrichteter Sache nach Mexico zurückzukehren. Ein Versuch, mit Juarez in Unterhandlungen zu treten und die Vermittlung der fremden Mächte zu erlangen, führte zu keinem Ziel. Miramon gebot über mehr reguläre Truppen als Juarez, was aber nur eine scheinbare Ueberlegenheit war. In dem unermeßlichen Gebiet dieser Republik, wo manche Provinzen so groß wie Königreiche in Europa sind, kam es nicht auf ein Paar Regimenter Liniensoldaten, die außerdem alle mittelmäßig waren, mehr oder weniger, sondern auf die Menge der Guerilla's an, die in Mexico fast alle beritten, sich auf verschiedenen Punkten in kürzester Zeit zeigten, den Feind beständig beunruhigten, ihn von seinen Verbindungen abschnitten, und die Bevölkerung freiwillig oder aus Furcht auf ihre Seite zogen. Hierin hatten Juarez Anhänger mehr Eifer bewiesen und bei einem großen Theil des Volks mehr Sympathie für ihre Sache gefunden. Nachdem der Kampf eine Zeit lang mit wechselndem Erfolge gedauert, wurde Miramon von dem juaristischen General Gonzales Ortega bei San Miguel de Calpulelpane gänzlich geschlagen (22. December 1860). Miramon verließ mit einigen Anhängern das mexicanische Gebiet und Ortega rückte am 25. December in der Hauptstadt ein. Am 11. Januar (1861) kam Juarez von Veracruz nach Mexico, wo er ein Ministerium errichtete, in welchem Ortega das Kriegsdepartement übernahm. Die demokratische

Partei, die jetzt durch Miramon's Flucht und die Besetzung Mexico's, der auch bald die Capitulation Puebla's folgte, das Heft in die Hand bekommen hatte, brachte ihre Grundsätze zu schrankenloser Anwendung. Sie sprach die Abschaffung der meisten Mönchs- und Nonnenklöster aus, zog die geistlichen Güter ein, und ließ alle zum Gottesdienst nicht ganz unentbehrlichen kirchlichen Geräthschaften verkaufen. Der Erzbischof von Mexico, Labastida, und vier Bischöfe wurden verbannt, der spanische Gesandte Pacheco, der päpstliche Nuntius Monsignore Clementini, die Vertreter der Republiken Guatemala und Ecuador mußten, weil sie es mit den Klerikalen gehalten, das Land verlassen. Der Congreß verwandelte Juarez provisorische Präsidentschaft in eine definitive, verlieh demselben eine dictatorische Gewalt und suspendirte im ganzen Umfange der Republik die constitutionellen Garantien. Bei dem rücksichtslosen Vorgehen der Liberalen entbrannte der Bürgerkrieg von Neuem. Die Anhänger Miramon's, die Generale Marquez, Vicario, Cobos, Mejia, denen sich auch der ehemalige Präsident Zuluaga anschloß, warfen sich zu Führern der conservativen Partei auf und stellten sich an die Spitze zahlreicher bewaffneter Banden, mit denen sie die Regierungstruppen beunruhigten, so wie Miramont und seine Anhänger früher gegen die Liberalen gethan hatten. Ganz Europa war zur Zeit des zwischen den Anhängern der Königin Isabella und des Don Carlos geführten Kampfes über den zu kriegerischen Abentheuern geneigten Sinn des spanischen Volkes, besonders der untersten Klassen desselben, erstaunt gewesen. Damals verließen Handwerker, Bauern, Hirten ihre Häuser und Arbeiten, folgten der Fahne dieses oder jenes Anführers, und schlugen sich für eine Sache, die ihren äußern Verhältnissen im Grunde ganz fremd war, mit der Leidenschaft eines persönlichen Gefühls. Eben so verfuhren jetzt ihre überseeischen Stammverwandten, die Mexicaner, an denen aber mehr die Schatten- als Lichtseiten des spanischen Charakters hervortraten und die durch die Berührung und häufige Vermischung mit den Indianern von deren Barbarei nicht unberührt geblieben waren. Sowohl von den Liberalen als Conservativen wurde der Krieg mit großer Grausamkeit geführt. Namenlose Gräuel, wie unter Wilden, wurden verübt. Zu den innern Unruhen kamen Collisionen mit dem Ausland, die zuletzt zu einer Katastrophe führen mußten. Schon öfters waren europäische Capitalisten und Kaufleute, die im mexicanischen Gebiet weilten, zu den Zwangsanleihen herbeigezogen worden, welche die Machthaber in ihren immerwährenden Geldverlegenheiten zu erheben gewohnt waren, und die Proteste der fremden Gesandten hatten diese Eingriffe in die Rechte ihrer Nationalen nie abzuwenden vermocht. Als aber der Congreß am 17. Juli 1861 ein Gesetz annahm, nach welchem die Auszahlung der in Folge diplomatischer Conventionen an fremde Compagnien oder Individuen zu entrichtenden Interessen für zwei Jahre suspendirt wurde,

so brachen die Vertreter Frankreichs und Englands, Dubois de Saligny und Sir Charles Wyke, jede officielle Verbindung mit der mexicanischen Regierung ab. Im August fand ein Mordversuch gegen den französischen Gesandten statt, ohne daß die Behörden deshalb eine Untersuchung eingeleitet hätten. Juarez benutzte vielmehr die Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen, um die im Gebiet der Republik ansässigen Franzosen und Engländer noch mehr als bisher zu drücken.

Die in Mexico herrschende Partei, die in Juarez personificirt war, sah sich demnach nicht nur im Innern bedroht, denn die Conservativen waren weit davon entfernt, sich ihr unterwerfen zu wollen, sondern hatte auch neuerdings mit Frankreich und England, wie schon vorher durch die Ausweisung des spanischen Gesandten mit Spanien gebrochen. Diese drei Mächte, obgleich in ihrer auswärtigen Politik sonst sehr verschiedene Richtungen einschlagend, näherten sich in diesem Fall einander und schlossen in London einen Vertrag (31. October 1861), der zunächst auf eine Genugthuung für die von der mexicanischen Regierung erfahrenen völkerrechtswidrigen Verletzungen und auf eine Entschädigung für die den Unterthanen der drei Mächte zugefügten Verluste hinausging, aber von den Umständen in der Ausführung einen viel weiter gehenden Charakter erhielt. Allerdings war Juarez nicht an allem Schuld, was von den Mächten Mexico vorgeworfen wurde, die Mischung von Despotismus und Anarchie, von der die auf mexicanischem Gebiet anwesenden Fremden litten, datirte schon von früherer Zeit her, aber im Besitz der obersten Gewalt hatte er die begangenen Ungerechtigkeiten nicht nur nicht gemildert, sondern bei Gelegenheiten noch erschwert, so daß die Langmuth der betreffenden Regierungen endlich erschöpft sein mußte. Bei der gereizten Stimmung gegen Juarez und seine Regierung wurde es einigen mexicanischen Ausgewanderten, die sich in Europa befanden, nicht schwer, ihren gegen die gegenwärtigen Zustände in Mexico gerichteten Rathschlägen Eingang zu verschaffen. An der Spitze dieser Unzufriedenen standen der General Almonte, der Gesandter an mehreren Höfen gewesen und von Juarez verbannt worden, und Guttierez Estrada, früher Minister, der in seinem Vaterlande noch vielen Anhang besaß. Die mexicanischen Ausgewanderten wünschten, sei es aus Ehrgeiz oder Ueberzeugung, eine radicale Veränderung in den Institutionen ihrer Heimath, die Verwandlung der Republik in eine Monarchie, und Almonte wußte diese Meinung, besonders in Paris, in gewinnender Weise darzulegen, obgleich Napoleon III. unter den vorhandenen Umständen schon von selbst auf diese Idee gefallen war. Ein von dem englischen und französischen Gesandten gestelltes Ultimatum (24. November 1861), die Abstellung ihrer Beschwerden betreffend, wurde keiner Antwort gewürdigt. Juarez konnte nicht daran denken, einem vereinigten Angriff der drei genannten Mächte, wenn er mit dem gehörigen Nachdruck unternommen wurde, zu

widerstehen, aber er rechnete auf die Unsicherheit solcher Allianzen, auf die Schwierigkeiten, welche einer Unternehmung der Art entgegenstanden, auf die verderblichen Wirkungen des mexicanischen Klima's auf europäische Truppen, auf den Mangel an gangbaren Straßen und andere in der Natur des Landes liegende Hindernisse, und wurde in seinen Hoffnungen noch bestärkt, als er vernahm, daß das Cabinet von Washington, obgleich mit der mexicanischen Regierung wegen ihrer Ungerechtigkeiten und Gewaltsamkeiten unzufrieden, aus Rücksicht auf das ihnen gemeinsame republikanische Princip, den Beitritt zu der Convention vom 31. October abgelehnt hatte. Ein anderer Umstand, der Juarez zu Statten kam, bestand darin, daß die Alliirten nicht mit vereinter Macht und zu derselben Zeit an der mexicanischen Küste erschienen. Zuerst langte das spanische Expeditionscorps an, das zwar Veracruz besetzte, aber zu wenig zahlreich war, um weiter vorwärts dringen zu können. Juarez ließ unterdessen das Land weit und breit umher verwüsten und unwegsam machen, alle Transportmittel fortschaffen, so daß, als einige Wochen später die Franzosen und Engländer ankamen (Januar 1862), es an den nöthigsten Dingen zum Unterhalt fehlte, und dieselben nur schwer und mit großen Kosten herbeigebracht werden konnten. Die von den Alliirten gegen Mexico in Bewegung gesetzten Streitkräfte waren zu schwach an Zahl. Sechstausend Spanier unter dem General Prim Grafen von Reus, dreitausend Franzosen anfänglich unter dem Admiral Jurien de la Gravière, zu denen später eine Verstärkung unter dem General Grafen Lorencez stieß, der den Oberbefehl übernahm, und tausend englische Marinesoldaten reichten nicht hin, um einen Staat von Mexico's Umfang und Bevölkerung zu unterwerfen. Abgesehen von dem Mißgriff, daß die Truppenmacht, mit der die Alliirten die mexicanische Regierung zur Erfüllung ihrer Forderung zwingen wollten, zu gering war, um ihre Operationen von Anfang an mit Nachdruck beginnen zu können, litt die Expedition auch an anderen mehr politischen Mängeln, die aber auf die militärische Seite bald von entschiedenem Einfluß wurden. Die Verbündeten hatten sich nicht dieselben Ziele vorgesetzt. Die Herstellung einer Monarchie in Mexico lag von Hause aus in den Absichten des Kaisers Napoleon, dem die mexicanischen Ausgewanderten zu dem Ende hin die Unterstützung einer starken Partei in Aussicht gestellt hatten. Spanien war dem Unternehmen nur in der Absicht beigetreten, um von seiner ehemaligen Colonie Genugthuung für von ihr verübte Ungerechtigkeiten zu erlangen, beabsichtigte aber keine radicalen Veränderungen in Mexico. Noch weniger war dies mit England der Fall, das zwar eine bessere Ordnung in dieser Republik, aber keineswegs deren Umsturz wünschte, und sich dem Unternehmen, das es nicht verhindern konnte, nur angeschlossen hatte, um dasselbe beaufsichtigen und in gewissen Grenzen halten zu können.

Juarez verstand es, aus dieser Verschiedenheit des Zweckes bei den Verbündeten Vortheil für seine Politik zu ziehen. Während er sich mit aller Macht rüstete, um einem Angriff begegnen zu können, zeigte er sich zu Unterhandlungen und Zugeständnissen geneigt, weil er wußte, daß, wenn der Krieg in den Absichten des französischen Cabinets, die Vermeidung desselben, wenn es irgend möglich war, in denen des spanischen und englischen lag. Es gelang ihm, eine Zusammenkunft zwischen seinem Minister des Auswärtigen, Manuel Doblado und dem General Prim einzuleiten, die zu Soledad, einer kleinen, auf dem Wege zwischen Cordova und Orizaba gelegenen Stadt, abgehalten wurde (19. Februar 1862). In der daselbst zwischen Prim und Doblado abgeschlossenen Convention war das Wesentliche, daß der spanische General im Namen der Verbündeten erklärte, daß diese keineswegs die Absicht hätten, der Souveränetät oder Unabhängigkeit der mexicanischen Republik Abbruch zu thun. Damit war der Scheideweg zwischen den Mexico betreffenden Planen Spaniens und Englands auf der einen und Frankreichs auf der anderen Seite angegeben, denn Napoleon III. hegte schon damals den Plan, die Republik in Mexico zu stürzen und eine Monarchie an ihre Stelle zu setzen. Auch waren bereits Unterhandlungen zu diesem Zweck mit dem Erzherzog Maximilian von Oesterreich, einem Bruder des Kaisers Franz Joseph, eingeleitet worden. Die Conferenz besagte ferner, daß, um die streitigen Ansprüche auszugleichen, Conferenzen in Orizaba eröffnet werden sollten, und daß während dieser Zeit die Städte Cordova, Orizaba und Tehuacan von den Truppen der verbündeten Mächte besetzt werden würden. Im Fall die Conferenzen ohne erwünschtes Ergebniß blieben, würden die Alliirten oben genannte Orte wieder aufgeben, und sich in die von ihnen vor der Convention eingenommenen Stellungen zurückziehen. Den Verbündeten erschien die Convention von Soledad vortheilhaft, weil sie ihnen erlaubte, den als äußerst ungesund bekannten Küstenstrich, auf dem sie standen, zu verlassen, und ohne Schwertschlag günstiger gelegene Stellungen einzunehmen, deren sich auf dem Wege der Gewalt zu bemächtigen, ihnen wahrscheinlich große Opfer gekostet haben würde. Juarez gab ohne Zögern seine Zustimmung zu einem Vertrage, durch den er Zeit gewann, indem die Eröffnung der Conferenzen auf den 15. April anberaumt war und während derselben keine Feindseligkeiten verübt werden durften, der ihm von Seiten Europa's, das mit ihm unterhandelte, eine wenn auch bedingte Anerkennung verschaffte, und ihm möglich machte, inzwischen seine Gewalt im Innern zu befestigen und seine Rüstungen fortzusetzen. Auch hoffte er, daß die Spaltungen zwischen den Alliirten, die ihm nicht unbekannt geblieben, zunehmen, und daß, wenn endlich der Krieg unvermeidlich werden sollte, die schädlichen Einflüsse der heißen Jahreszeit, der Sache, die er vertheidigte, zu Hülfe kommen würden. Was die Franzosen und

Spanier betrifft, so bezogen sie die ihnen laut der Convention von Soledad angewiesenen Cantonnirungen, während die englischen Marinesoldaten sich in Veracruz einschifften, und nach den England zugehörigen bermudischen Inseln gebracht wurden. Der Abzug des englischen Contingents hätte allein hingereicht, um den im Londoner Vertrage vom 31. October entstandenen Riß zu bezeichnen. Bald aber sollte dessen gänzlicher Wegfall sich noch bestimmter ankündigen.

Am 6. März (1862) langte der General Graf Lorencez mit Verstärkungen für die auf mexicanischem Gebiet stehenden französischen Truppen an, deren Oberbefehl er übernahm, während die Unterhandlungen von französischer Seite noch eine Zeit lang von dem Admiral Jurien de la Gravière, bis zu dessen Abberufung nach Frankreich geführt wurden. Fast um dieselbe Zeit war der ehemalige mexicanische General Juan Nepomuceno Almonte in Veracruz gelandet, der von jeher zu der klerikalen Partei gehört hatte, Gesandter in Paris gewesen, und nach Miramon's Sturz von Juarez geächtet worden war. Almonte hatte in Paris das Vertrauen Napoleon III. gewonnen, war in dessen Plan, in Mexico eine Monarchie in der Person des Erzherzogs Maximilian zu errichten, eingeweiht worden, und langte jetzt in Veracruz an, um in diesem Sinne zu wirken. Juarez, der von Almonte's Absichten wußte, und ihn für besonders gefährlich hielt, verlangte seine Auslieferung als eines Rebellen und Verräthers, der sich auf mexicanischem Boden befand. Der französische Bevollmächtigte verwarf dieses Ansinnen um so mehr, als der zu Almonte's Partei gehörige General Robles Pezuela, als er den Ort seiner Internirung verlassen hatte, um sich zu Almonte zu begeben, auf Juarez Befehl, ohne weitere Untersuchung erschossen worden war. Juarez beschwerte sich über die Weigerung, Almonte auszuliefern, wie über eine Verletzung des Waffenstillstandes. Die Franzosen zogen sich hierauf hinter die Linie von Chiquihuite zurück, wie die Verbündeten in der Convention von Soledad versprochen hatten, falls sie die Feindseligkeiten wieder aufnehmen würden. Aber diese Convention wurde jetzt gänzlich aufgegeben. Der französische Bevollmächtigte erklärte den Bevollmächtigten Englands und Spaniens, in Folge der von seiner Regierung überkommenen Instructionen den Boden des Vertrages von Soledad fortan verlassen zu müssen, und eröffnete auf ihre Gegenvorstellungen, daß im Sinne Frankreichs neben den pecuniären Forderungen hauptsächlich, als Ziel der Expedition, der Schutz der Wiedergeburt Mexico's zu betrachten sei. Er theilte hierauf am 29. März seinen Collegen die Propositionen mit, welche er in den in Orizaba abzuhaltenden Conferenzen aufstellen wollte: vollständige und absolute Amnestie, ohne Bedingungen und ohne Vorbehalt für alle wegen politischer Vergehen Verurtheilten und Geächteten; Einladung an die Truppen der Alliirten, sich nach der Hauptstadt zu begeben, um die öffentliche Ruhe zu schützen, und

an die Bevollmächtigten der drei Mächte, sich zu verständigen, um gemeinsam die Weise festzusetzen, durch welche der wirkliche und aufrichtige Wille des Landes am besten in Erfahrung zu bringen sei. — Der englische und spanische Bevollmächtigte waren nicht geneigt, sich von dem französischen auf diese neue Bahn fortreißen zu lassen. Auf der Conferenz in Orizaba (9. April) trat die Verschiedenheit der Ansichten, die auf beiden Seiten eine Zeit lang verhehlt worden war, unumwunden hervor, und war der Bruch nicht länger zu vermeiden. Die Franzosen gaben die Absicht kund, mit Juarez nicht mehr unterhandeln und sogleich mit ihren Truppen auf Mexico vorrücken zu wollen, worauf Spanier und Engländer erklärten, sich von der Expedition zu trennen und die Franzosen sich selbst zu überlassen. Die Versuche zu einer Ausgleichung der entgegengesetzten Ansichten blieben vergeblich. Sämmtliche Bevollmächtigte erließen hierauf eine Erklärung an die mexicanische Regierung, in welcher sie dieselbe davon in Kenntniß setzten, daß sie sich über die Interpretation, welche unter den obwaltenden Umständen dem Londoner Vertrage vom 31. October 1861 zu geben sei, nicht haben verständigen können, und daß demgemäß von ihnen beschlossen worden sei, von jetzt an vollständig getrennt und unabhängig von einander zu handeln, worauf Juarez seine Bereitwilligkeit zu erkennen gab, ungeachtet des Bruches der Convention von Soledad, mit den Bevollmächtigten Englands und Spaniens Separatverträge über die Befriedigung ihrer Ansprüche auf Entschädigung und Genugthuung eingehen zu wollen, was von Sir Charles Wyke und General Prim angenommen wurde. Die Engländer zogen ihre Flagge in Veracruz und San Juan d'Ulloa ein, und die Spanier schifften sich nach der Havanna ein. In den ersten Tagen des Mai war das mexicanische Gebiet von Engländern und Spaniern geräumt und die Aufhebung des Londoner Vertrages eine vollendete Thatsache.

Die Lage der Dinge schien durch die Entfernung der Engländer und Spanier vereinfacht zu sein, indem jetzt Mexicaner und Franzosen sich allein gegenüberstanden. Aber die Aussicht auf eine friedliche Beilegung der zwischen der mexicanischen Regierung und den drei Mächten, die sich im Vertrage von London zu gemeinsamem Handeln verbunden hatten, vorhandenen Streitigkeiten war durch den Rücktritt Englands und Spaniens vermindert worden. Napoleon III., von der beaufsichtigenden und zügelnden Bundesgenossenschaft der beiden andern Cabinette befreit, war im Stande, seine Plane gegen Mexico ungehindert und nach einem größern Maßstabe, als ihm bei Fortdauer des Vertrages vom 31. October 1861 möglich gewesen wäre, zur Ausführung zu bringen. Der Kaiser der Franzosen konnte jetzt vollständig seinen eigenen Eingebungen folgen, die ihn in diesem Fall, seiner positiven und berechnenden Natur entgegen, über die Grenzen der Vorsicht und Klugheit hinaus, in das Maßlose und Unbestimmbare führten.

Zuerst schien die neue Wendung der Dinge, die mit der Uneinigkeit unter den Alliirten eintrat, die Gefahren der in Mexico bestehenden Regierung zu vermehren, indem die Franzosen dadurch freie Hand erhielten, und Juarez' einheimische Gegner neuen Muth faßten. Almonte wurde von seinen Anhängern in Veracruz und Cordova zum Präsidenten der Republik ausgerufen, ernannte ein Ministerium, erließ Decrete und errichtete ein eigenes aber wenig zahlreiches Heer, das von einigen zur klerikalen Partei gehörigen Generalen befehligt wurde. Die Franzosen ließen Almonte anfänglich, als es sich nur darum handelte, ihn Juarez gegenüber zu stellen, nach Belieben walten, zwangen ihn aber später, als sie ihre Action concentrirten, seiner improvisirten, auf keiner gesetzlichen Grundlage ruhenden Stellung zu entsagen. Nachdem der Admiral Jurien de la Gravière, mit dem das französische Cabinet wegen seines Antheils an der Convention von Soledad unzufrieden war, nach Frankreich abberufen worden, ergriff der an die Spitze der französischen Truppen gestellte General Lorencez alsbald die Offensive, schlug mit seiner Cavalerie die mexicanischen Guerillas in die Flucht, nahm die Berghöhen von Aculcingo, und öffnete sich dadurch den Weg in das Innere des Landes. Der erste bedeutende Ort, auf den er auf seinem Zuge nach der Hauptstadt stieß, war das stark befestigte Puebla, in das sich der mexicanische General Zaragossa mit 12,000 Mann geworfen hatte. Lorencez hatte auf Einverständnisse in Puebla und Unterstützung von den der Regierung in Mexico feindlich gesinnten Guerillachefs gerechnet, von denen aber erstere ganz ausblieben, letztere aber nicht zahlreich genug waren, und zu spät eintrafen. Auch fehlte es den Franzosen an Belagerungsgeschütz. Ein unter ungünstigen Umständen unternommener Sturm wurde abgeschlagen, und Lorencez mußte sich auf Orizaba zurückziehen, wo er sich verschanzte und die Angriffe der ihm nachrückenden mexicanischen Generale Zaragossa und Ortega zurückwies. Für Juarez war diese Niederlage der Franzosen von keinem dauernden Vortheil begleitet, indem Napoleon III., um die Meinung vor der Ueberlegenheit der französischen Waffen nicht sinken zu lassen, das Expeditionscorps sehr verstärkte, und den General Forey, der sich in der Krim und Lombardei hervorgethan hatte, an dessen Spitze stellte. Der Kaiser vertraute diesem General auch die diplomatische Leitung der Expedition an, und setzte in einem berühmt gewordenen Schreiben die Gründe auseinander (3. Juli 1862), die ihn zur Einmischung in die mexicanischen Angelegenheiten veranlaßt hatten. Forey wurde angewiesen, alle Mexicaner, die ihm entgegenkommen würden, mit dem größten Wohlwollen aufzunehmen, sich aber keiner einzelnen Partei anzuschließen und zu erklären, daß Alles provisorisch sei, so lange die mexicanische Nation sich nicht ausgesprochen habe; gegen die Religion die größte Rücksicht zu beobachten, aber gleichzeitig den Besitzern von Nationalgütern Beruhigung einzuflößen;

nach der Ankunft in Mexico sich mit Notabilitäten aller Schattirungen behufs Organisation einer provisorischen Regierung in Einverständniß zu setzen. Der zu erreichende Zweck bestehe nicht darin, den Mexicanern eine ihnen antipathische Regierungsform aufzuerlegen, sondern ihnen bei ihren Anstrengungen zur Einführung einer ihrem Willen entsprechenden Verfassung, welche Aussichten auf Dauer und Sicherheit zur Erlangung der rechtmäßigen Forderungen Frankreichs biete, behülflich zu sein. Es verstehe sich von selbst, daß es, wenn die Mexicaner die Monarchie vorziehen, im französischen Interesse liege, sie in diesem Vorhaben zu bestärken. „Bei dem jetzigen Stande der Civilisation in der Welt“ fuhr der Kaiser in seinen Instructionen an General Forey fort, „ist die Prosperität Amerika's für Europa nicht gleichgültig, denn Amerika nährt unsere Fabriken und erhält unseren Handel. Wir haben ein Interesse daran, daß die Republik der Vereinigten Staaten mächtig und blühend sei, aber nicht, daß sie sich des ganzen Golfs von Mexico bemächtige, von dort aus die Antillen und Südamerika beherrsche, und über die Produkte der neuen Welt die alleinige Verfügung in die Hände bekomme. Eine traurige Erfahrung belehrt uns heute, wie ungewiß das Loos unserer Industrie ist, so lange sie ihre Rohstoffe von einem einzigen Markt, dessen Wechselfällen sie unterworfen bleibt, beziehen muß. Wenn aber Mexico im Gegentheil seine Unabhängigkeit behält, wenn dort mit der Hülfe Frankreichs eine stabile Regierung errichtet wird, so werden wir der lateinischen Race jenseits des Oceans ihre Stärke und ihren Glanz wiedergeben und damit unsere und die spanischen Colonien für die Zukunft sicher stellen. Wenn wir unsern wohlthätigen Einfluß in Central-Amerika gegründet haben, so wird dieser Einfluß uns, indem er unserem Handel unermeßliche Absatzquellen eröffnet, die für unsere Industrie unerläßlichen Stoffe verschaffen. Das so regenerirte Mexico wird uns stets günstig bleiben, nicht nur aus Dankbarkeit, nicht nur für den Beistand, den es von uns erfahren hat, sondern auch, weil seine Interessen mit den unserigen übereinstimmen werden, und weil es in den guten Beziehungen zu den europäischen Regierungen einen Stützpunkt finden wird. Jetzt macht es unsere militärische Ehre, das Bedürfniß unserer Politik, der Vortheil unserer Industrie und unseres Handels, kurz, Alles macht es uns zur Pflicht, gegen Mexico zu marschiren und dort unsere Fahne aufzupflanzen, sei es um eine Monarchie zu gründen, wenn sie mit den nationalen Gefühlen des Landes nicht unverträglich ist, sei es um wenigstens eine Regierung einzusetzen, welche einigen Bestand verspricht.“ —

Wenn man von dieser Erklärung Napoleon III. die bei jeder Unternehmung der Art gewöhnlichen Scheingründe und die in gewissen Zeiten und Situationen übliche politische Phraseologie abrechnet, so erkennt man, daß der Kaiser der Franzosen die Zustände in Mexico für

geeignet ansah, um dort und mittelbar in ganz Amerika seinen Einfluß geltend zu machen, einem Theil seiner Armee Beschäftigung zu geben, und einen neuen Thron zu gründen, dessen Besetzung durch einen Prinzen aus einem der alten und großen Regenthäuser Europa's auf die Napoleon'sche Dynastie, die dazu die Veranlassung gegeben, einen besondern Glanz werfen konnte. Napoleon III. hoffte, wenn die innern Verhältnisse Mexico's mit französischer Hülfe besser geordnet waren, daselbst für Frankreich Handelsvortheile, Erfüllung der Forderungen französischer Gläubiger und Ersatz für die aufgewandten Kriegskosten zu finden. Auch dachte er vielleicht daran, unter gewissen Umständen die Abtretung einer mexicanischen Provinz zu erlangen, und Frankreich, wie in Afrika durch Algerien, so auch auf dem amerikanischen Continent festen Fuß fassen zu lassen. Er hielt das Unternehmen gegen Mexico für verhältnißmäßig leicht, da die dort bestehende Regierung Gegner im Innern hatte, kein zuverlässiges Heer besaß und von der übrigen Welt verlassen schien. Das Hauptmotiv zu dem Kriege gegen Mexico war aber für Napoleon III. das Bedürfniß, durch neue Thaten gegen das Ausland dem Stolze des französischen Volks zu schmeicheln, und die Aufmerksamkeit desselben von seinen heimischen Zuständen abzuziehen. Es war dies eine Lebensfrage, die nicht unbeantwortet bleiben durfte. Der in der Krim und in der Lombardei gepflückte Lorbeer war zwar nicht in militärischer aber in politischer Beziehung schon etwas welk geworden, indem der Pariser Friede Rußland keineswegs geschwächt oder gegen Frankreich nachgiebiger gemacht hatte, und in Italien die Nationalpartei sich von der französischen Politik immer mehr zu entfernen anfing. Napoleon III. hatte, ungeachtet er sonst so scharf zu berechnen und abzuwägen versteht, bei der Unternehmung gegen Mexico manche wesentlich in Betracht kommende Schwierigkeiten außer Acht gelassen oder zu gering angeschlagen. Es gab ohne Zweifel in Mexico eine Partei, welche der sich unaufhörlich erneuernden inneren Unruhen und Erschütterungen müde war, und von der Errichtung einer gemäßigten Monarchie die Abstellung dieser Uebel erwartete. Aber diese Partei war gering an Zahl, ihre Leiter hatten das Land verlassen und suchten in Europa für ihre Meinung zu wirken, ein Beweis, daß sie auf dem heimischen Boden dafür keine hinreichende Empfänglichkeit fanden. Der Kaiser ließ sich von diesen Ausgewanderten, namentlich dem bedeutendsten unter ihnen, dem General und Diplomaten Almonte, überreden, daß das mexicanische Volk das Bedürfniß der Rückkehr zur Monarchie empfinde, und die mächtige Hand, welche sich in dieser Absicht nach ihm ausstreckte, mit Vertrauen ergreifen würde. Er übersah, wie wenig wahrscheinlich diese von Unzufriedenheit und Ehrgeiz vorgespiegelte Gesinnung sein müsse, da Mexico der Monarchie seit einem halben Jahrhundert ganz entfremdet war, und sie überhaupt nur von ihrer übelsten Seite, der Herrschaft der

spanischen Vicekönige, kennen gelernt hatte. Obgleich die Mexicaner durch den früheren Despotismus und die spätere Anarchie sehr heruntergekommen waren, so hatten sie dennoch ein tiefes und lebendiges Nationalgefühl in sich bewahrt, und es konnte vorausgesehen werden, daß, wie ihre Stammverwandten, die Spanier, sich von Napoleon I. keinen König und keine Constitution aufdringen ließen, sie ebenfalls sogar eine uneigennützige Intervention Napoleon III. in ihren innern Angelegenheiten, geschweige denn eine solche, deren selbstsüchtige Tendenz offen da lag, verwerfen würden. Die reguläre mexicanische Armee bedeutete allerdings nicht viel, aber die Mexicaner waren, wie die Spanier, zur Bildung von Guerillas, zu einem überall vorhandenen und sich unaufhörlich erneuernden Kriege in hohem Grade geeignet, und konnten auf diese Art einem sie angreifenden Feinde schwer zu überwindende Hindernisse entgegensetzen. Ein Land wie Mexico, das, selbst von den Indianergebieten abgesehen, viermal so ausgedehnt wie Frankreich ist, konnte von einem französischen Heer wohl theilweise besetzt, aber nie ganz erobert, am wenigsten aber auf die Dauer behauptet werden. Der Besitz der Stadt Mexico entschied in diesem Fall eben so wenig wie der Madrids zur Zeit Napoleon I. Denn dieselbe war weder der Mittelpunkt des öffentlichen Geistes noch des nationalen Reichthums. Von Seite der europäischen Regierungen hatte Napoleon III. bei einem Kriege gegen Mexico keine ernstlichen Einwendungen zu besorgen. Obgleich Großbritannien und Spanien die von den Franzosen allein unternommene Einmischung in die mexicanischen Zustände keineswegs gern sahen, so waren sie gewissermaßen noch immer durch den Vertrag vom 31. October 1861 gebunden und die ostensible Absicht, die Monarchie an die Stelle der Republik in Mexico zu setzen, konnte bei den Mächten Europa's wenigstens auf eine scheinbare Billigung rechnen. Anders verhielt es sich aber mit der nordamerikanischen Union. Diese stand keineswegs zu Mexico auf einem eigentlich freundlichen Fuß, hatte sich vielmehr neuerdings über dasselbe zu beschweren, und ihm früher einen Theil seines Gebietes abgenommen. Es war dies aber ein, so zu sagen, häuslicher Zwist, ein Streit zwischen zwei, im Wesentlichen, von denselben politischen Anschauungen und Grundsätzen erfüllten Völkern gewesen. Aber das Erscheinen einer französischen Armee auf dem amerikanischen Continent und die laut angekündigte Absicht, in Mexico die Monarchie, mit einem europäischen Fürsten an der Spitze, einzuführen, schien den Vereinigten Staaten eine Drohung für ihre Sicherheit, ein nicht zu duldender Widerspruch zu dem Princip zu sein, auf welches ihr eigenes Dasein gegründet war. Napoleon III. hoffte, daß der schwere innere Krieg, in welchen die Union damals verwickelt und dessen Ausgang noch ungewiß war, ihm in Mexico freie Hand lassen werde. Er hätte aber in diesem Fall die abgefallenen Südstaaten anerkennen, sogar unterstützen müssen, um ihnen ihre voll-

kommene Losreißung von der Union möglich zu machen. Indem er sie aber sich selbst überließ, sie, welche die Errichtung einer Monarchie in Mexico nicht mit denselben Augen wie der Norden betrachteten, und ihm unter keinen Umständen in dieser Beziehung hinderlich gewesen sein würden, handelte er seinen eigenen Zwecken entgegen, und blieb, wie im Jahr 1859 in Italien, auf halbem Wege stehen. Er begann in Mexico eine Unternehmung, für die er nicht alle Kräfte einsetzen konnte oder wollte, die aber ohne vollständige Durchführung ihm nur nachtheilig werden mußte.

Der militärische Theil der Expedition gegen Mexico wurde von den Franzosen, nachdem sie durch die vor Puebla gemachte Erfahrung gewitzigt worden, mit großer Umsicht geführt. General Forey, welcher am 22. September (1862) in Veracruz ankam, erließ eine Proclamation an die Mexicaner, in welcher er sich als Oberbefehlshaber der französischen Truppen, die schon auf mexicanischem Gebiet standen und noch nachkommen sollten, ankündigte, den Verdacht zu widerlegen suchte, als wolle Frankreich dem mexicanischen Volk eine Verfassung wider dessen Willen auferlegen, sondern vielmehr als Grund der Intervention die Absicht hinstellte, die Nation von der Gewaltherrschaft, unter der sie seufze, zu befreien, und ihr Gelegenheit zu geben, sich über die Verfassung, welche ihr zusage, frei aussprechen zu können. Ueberall, wo die französische Fahne wehe, in Amerika wie in Europa, vertrete sie die Sache der Völker und der Civilisation. Forey erließ hierauf zwei Decrete, in denen er, vermöge seiner Eigenschaft als Vertreter des Kaisers in politischen wie militärischen Angelegenheiten, dem General Almonte befahl, das von ihm eingesetzte Ministerium aufzulösen, den Titel eines obersten Chefs der Nation, den er angenommen, abzulegen und sich fortan der Erlassung von Gesetzen und der Erhebung von Steuern zu enthalten, und den französischen Gesandten, Dubois de Saligny, mit Fortführung der diplomatischen Geschäfte, unter seiner, des Obergenerals Leitung, beauftragte.

Der mexicanische Congreß war unterdessen in der Hauptstadt zusammengetreten, ertheilte dem Präsidenten Juarez ausgedehnte Vollmachten, um alle Mittel der Landesvertheidigung gegen den Feind in Anwendung zu bringen, und erließ ein Manifest gegen die Einmischung der Franzosen in die innern Angelegenheiten der Republik. Den Spaniern und Engländern wurde Dank dafür gesagt, daß sie, nachdem von ihnen die wahren Absichten des französischen Cabinets bei der Intervention gegen Mexico durchschaut worden, von derselben zurückgetreten seien. Napoleon III. habe erklärt, nicht gegen Mexico, sondern nur dessen Regierung Krieg zu führen. Eben so denke der Congreß in Betreff der französischen Nation, und er werde sich nur gegen jenen Kaiser vertheidigen, der, von Ehrgeiz verblendet, ein großes Land erobern

und über die Geschicke eines ganzen Erdtheils verfügen wolle. Der Widerstand Spaniens gegen Napoleon I. werde Mexico bei der Bekämpfung Napoleon III. zum Vorbild dienen (20. October).

Der französische Obergeneral, dessen nächste Aufgabe darin bestand, Puebla zu nehmen, weil dasselbe in Feindeshand ihn am Vorrücken nach der Hauptstadt hinderte, brauchte mehrere Monate, um Lebensmittel, Futter aufzuhäufen und sich die nöthige Anzahl von Maulthieren zu verschaffen, was nicht leicht war, da die juaristischen Guerillas das Land umher verwüsteten, und jeden Transport, der nicht von starker Militärbedeckung begleitet war, aufhoben. Auch dauerte es eine Weile, bevor das Belagerungsgeschütz aus Frankreich angekommen war. Nachdem der mexicanische General Comonfort bei dem Versuch, Puebla zu verproviantiren, bei San Lorenzo geschlagen worden, langten die Franzosen am 16. Mai (1863) vor dieser Stadt an, die sich schon am folgenden Tage ergab. Es war dies ein bedeutender Erfolg, und die im Mai vergangenen Jahres erlittene Scharte mehr als ausgewetzt. Zwölf mexicanische Generale, einige hundert Officiere und 12,000 Soldaten fielen in die Gewalt der Sieger. Die Straße nach Mexico war jetzt frei, und eine französische Division brach schon den zweiten Tag nach der Einnahme von Puebla dahin auf. Die Vorhut der Franzosen unter General Bazaine rückte am 7. Juni in der Hauptstadt ein, und die Hauptmacht unter Forey kam am 10. Juni nach. Der Obergeneral ergriff, nachdem er für die Sicherheit und Verwaltung der Stadt gesorgt hatte, alsbald die Maßregeln, die zum Ziel des ganzen Unternehmens führen sollten. Er setzte eine Junta von 35 Mitgliedern ein, welche eine Regentschaft, bestehend aus General Almonte, dem Erzbischof von Mexico, Labastida, und General Salas, ernannte. Zu derselben Zeit decretirte Forey die Einberufung einer Versammlung von 215 Notabeln, welche über die künftige Regierungsform Mexico's entscheiden sollte. Die Notabeln traten am 8. Juli zusammen und sprachen sich für die Einführung einer erblichen constitutionellen Monarchie in der Person des Erzherzogs Maximilian von Oesterreich aus, der den Titel Kaiser von Mexico führen sollte. Dreißig von den einberufenen Notabeln waren nicht erschienen, nur ein einziger hatte gegen die Monarchie gestimmt. Der Obergeneral hatte alle Anordnungen nach eigenem Ermessen getroffen, und von Dubois de Saligny, der vor den Streitigkeiten mit Juarez französischer Gesandter in Mexico gewesen und Land und Leute kannte, waren die für die Junta und die Notabelnversammlung geeigneten Personen bezeichnet worden. Von einer Mitwirkung der öffentlichen Meinung war nicht die Rede gewesen. Eine Deputation sollte sich zu dem Erzherzog Maximilian begeben und ihm die mexicanische Krone antragen. Im Fall der Ablehnung von seiner Seite wurde beschlossen, den Kaiser der Franzosen zu ersuchen, den Mann zu ernennen, der am meisten sein Vertrauen

besitze, damit derselbe den neu creirten Thron besteige. Man wußte aber im Voraus, daß Napoleon III. der Annahme des Erzherzogs gewiß sei.

Die nationale Partei in Mexico, Juarez an der Spitze, ließ sich durch die Capitulation Puebla's und den Verlust der Hauptstadt nicht einschüchtern, sondern beharrte in der Absicht, die Republik gegen den eindringenden Feind auf das äußerste zu vertheidigen. Es war nicht sowohl Begeisterung für die politische Freiheit, von der die Mexicaner nur die Form und den Schein kannten, was ihnen die Waffen gegen die Franzosen in die Hand gab, als vielmehr, wie bei den Spaniern im Jahre 1808, ein gerechtes Nationalgefühl, das der eigenmächtigen, sich in Alles einmischenden Politik Napoleon III., welcher die Regierungen zu täuschen und gegen einander zu hetzen suchte, und mit den Völkern ein trügerisches Spiel trieb, indem er in ihnen, sobald sein Vortheil es mit sich brachte, Hoffnungen erregte, die er dann unerfüllt ließ, sich nicht unterwerfen wollte. — Einige Tage vor dem Einrücken der Franzosen hatte Juarez mit den Ministern, dem Congreß und den ihm treu gebliebenen Truppen die Hauptstadt verlassen und sich nach San Luis Potosi zurückgezogen. Aber nicht blos Juarez, der für hartnäckig und fanatisch galt, sondern auch ein Mann, der durch seinen gemäßigten Liberalismus, eine gewisse Hinneigung zum Ausland bekannt war, und die Convention von Soledad von Seiten Mexico's unterzeichnet hatte, Manuel Doblado, forderte die Bevölkerung des Staates Guanaxuato, dessen Gouverneur er war, zum Widerstande gegen die französische Invasion und Einigung der Parteien, dem Feinde gegenüber, auf. „Ich besitze nicht die Ruhmredigkeit", sagte er in seiner Proclamation, „euch Triumphe anzukündigen und imaginäre Streitkräfte aufzuzählen. Unsere Schwäche ist eine Thatsache, und diese Thatsache hat die Invasion herbeigezogen, aber das hebt die Pflicht nicht auf, uns bis auf den letzten Mann zu vertheidigen." Die nationale Partei rechnete bei ihrem Widerstande mehr auf die Zukunft als die Gegenwart, in der es übel mit ihr bestellt war. Abgesehen davon, daß mehrere mexicanische Generale, manche aus Widerwillen gegen die anarchischen Zustände in ihrem Vaterlande, andere aus Ehrgeiz, sich den Franzosen anschlossen, schickten letztere nach der Einnahme der Hauptstadt Colonnen in das Innere, von denen die Ueberreste der republikanischen Armee bei jedem Zusammentreffen geschlagen und zerstreut wurden. Forey befehligte 32,000 Mann Landtruppen, und die ihm zu Gebot stehende Flotte war mit 13,000 Matrosen und Seesoldaten bemannt, während Juarez, als er die Hauptstadt verließ, nur 7000 Mann reguläre Truppen zusammenbringen konnte, die sich schon auf dem Wege nach San Luis Potosi und weiterhin noch verminderten. Dagegen erhoben sich in allen von den Franzosen nicht occupirten Gegenden Guerillas, die sich in allen Klassen rekrutirten, von

den Reichen mit Geld, von den Armen mit Lebensmitteln unterstützt wurden, und die große Mehrheit der Bevölkerung für sich hatten. Die Führer der republikanischen Partei hofften, daß bei den vorauszusehenden immerwährenden Kämpfen mit diesen nie rastenden Guerillas, bei der Ungewohnheit des Klimas und seinen für Europäer verderblichen Folgen die französische Kriegsmacht auf mexicanischem Boden schnell zusammenschmelzen, bei der großen Entfernung von der Heimath sich nur langsam und unvollständig ergänzen und der endliche Sieg der nationalen Sache bleiben werde. Aber es gehörten besondere Umstände dazu, damit diese Erwartungen in Erfüllung gehen konnten. Für den Augenblick schien Juarez und die republikanische Partei von feindlicher Uebermacht so bedrängt zu sein, daß man sie in Europa, obwohl sehr mit Unrecht, für eine bloße Faction ansah, die bald ganz verschwinden werde. Von dem, was später den Planen, die der Kaiser der Franzosen in Betreff Mexico's gefaßt hatte, hemmend entgegentreten und die Republikaner begünstigen sollte, kamen bald Spuren zum Vorschein. Die auf Veranlassung des französischen Obergenerals nach der Einnahme der Hauptstadt eingesetzte Regentschaft gehörte, der Erzbischof Labastida durch seinen Beruf, die Generale Almonte und Salas durch ihre Meinungen, der klerikalen Partei an, von welcher die Opposition gegen Juarez, als den Repräsentanten des mexicanischen Liberalismus, ausgegangen war. Napoleon III. wollte zwar den Sturz der republikanischen Staatsform, aber keine Reaction in Bezug auf die während der letzten Jahre eingeführten Reformen, zu denen vor allem die Säcularisirung der geistlichen Güter und die Beschränkung der Vermächtnisse, Schenkungen u. s. w. an die Kirche gehörten. Napoleon III. hatte General Forey in diesem Sinne instruirt, und dieser die von den Klerikalen ausgegangenen Reclamationen unbeachtet gelassen. Als Forey nach Frankreich zurückgekehrt war und den Oberbefehl an General Bazaine übergeben hatte (1. October 1863), glaubte Labastida jetzt entschiedener vorgehen zu können, und verlangte die Zurücknahme des Decrets, welches den Besitz zur todten Hand untersagt hatte. Als der General Bazaine und der französische Gesandte Dubois de Saligny hierauf keine Rücksicht nahmen, hielt Labastida sich erst von den Sitzungen der Regentschaft fern, protestirte dann gegen die Aufrechthaltung des Verkaufs der Kirchengüter und belegte endlich deren Käufer mit der geistlichen Strafe der Excommunication (31. December 1863). Der Erzbischof richtete zwar mit seinen Drohungen nichts aus, legte aber durch seine Opposition den Keim zu den Streitigkeiten, die in der nächstfolgenden Zeit zum Ausbruch kamen und zum Fehlschlagen der französischen Intervention und zum Sturz der neuen Ordnung der Dinge beigetragen haben.

Die mit dem Erzherzog Maximilian begonnenen Unterhandlungen über Annahme des mexicanischen Thrones hatten sich unterdessen ihrem

Ziel genähert. Die Sache war, als die aus Mexico nach Europa gesandte Deputation dem Erzherzog in seinem Schloß Miramar bei Triest die Krone antrug (3. October 1863) noch unentschieden gewesen, indem derselbe, um eine gesetzliche Grundlage für den ihm angebotenen Thron zu gewinnen, seine Annahme von der Bestätigung des Beschlusses der Notabelnversammlung durch eine allgemeine Abstimmung des mexicanischen Volks abhängig machte. Was in der Hauptstadt für seine Wahl geschehen, schien ihm nicht genügend zu sein. Auch waren zwischen ihm und seinem Bruder, dem Kaiser Franz Joseph, Differenzen in Bezug auf die Succession in Oesterreich entstanden, die erst beigelegt werden mußten. Indessen konnte an seiner Neigung, dem an ihn ergangenen Ruf zu folgen, nicht gezweifelt werden, da es bekannt war, daß er sich in seiner Stellung in Oesterreich nicht gefiel, und gern eine selbstständige Rolle gespielt hätte. Während in Mexico die französischen Autoritäten und Maximilian's Anhänger die allgemeine Abstimmung nach ihren Absichten lenkten und eine Sanction der von den Notabeln am 11. Juli 1863 abgegebenen Erklärung durchsetzten, hatte Napoleon III. alle Bedenklichkeiten und Schwierigkeiten, welche der Thronbesteigung Maximilian's noch entgegenstanden, durch seinen Rath und Einfluß beseitigt. Anfang März (1864) war der Erzherzog in Paris gewesen, und hatte sich mit dem Kaiser über die Bedingungen der Annahme, und die in Mexico nach der Ankunft daselbst zu treffenden Maßregeln, wie es schien, vollkommen verständigt. Am 10. April empfing der Erzherzog in Miramar die mexicanische Deputation und erklärte derselben die Annahme der ihm angebotenen Kaiserkrone auf Grund der von der großen Mehrheit der Bevölkerung zu seinen Gunsten im Wege der allgemeinen Abstimmung dargelegten Willensäußerung, deren Verlauf und Ergebniß ihm vorgelegt worden war. Er betrachtete sich von da an als den Erwählten der mexicanischen Nation, nahm den kaiserlichen Titel als Maximilian I., erließ in dieser Eigenschaft eine Anzahl Decrete, und ernannte Don Joaquin Velasquez de Leon zu seinem Staatsminister, und den General Almonte zu seinem Statthalter bis zu seiner Ankunft in Mexico. In dem zwischen Frankreich und Mexico abgeschlossenen Vertrage wurden die von der mexicanischen Regierung für die französische Expedition zurückzuerstattenden Kosten, bis zum 1. Juli 1864 gehend, auf 271 Mill. Fr. berechnet. Für die nach dem 1. Juli 1864 in Mexico bleibenden französischen Truppen sollte Mexico für den Mann jährlich 1000 Fr. zahlen. Ferner verpflichtete sich die mexicanische Regierung, die französischen Unterthanen für die von ihnen erlittenen Nachtheile, welche die erste Ursache der Expedition gewesen waren, zu entschädigen. Eben so sollten auch die Forderungen der englischen Gläubiger berücksichtigt werden. Ein Decret des Kaisers Maximilian ordnete die Errichtung einer Finanzcommission an, die ihren

Sitz in Paris haben und ein Hauptbuch der auswärtigen mexicanischen Schuld anlegen sollte. Außerdem hatte sie die Anleihencontracte zu überwachen, und die Einzahlungen der an den Anleihen Betheiligten zu betreiben. Mexico machte sich anheischig, zur Entschädigung der Kriegskosten und Befriedigung der französischen Gläubiger jährlich die Baarsumme von 25 Mill. Fr. an Frankreich zu entrichten. Ein anderes Decret erkannte das im März 1864 mit dem Handelshause Glyn in London für Rechnung Mexico's abgeschlossene Anlehen von 8 Mill. Pf. Sterl. als zu Recht bestehend an. Diese und andere dem neuen Kaiserreich auferlegten Lasten und Verpflichtungen standen außer Verhältniß zu seinen Kräften und konnten für unerschwinglich gelten. Man rechnete auf die allerdings großen natürlichen Hülfsquellen Mexico's, die eine bessere Verwaltung als die bisherige ergiebig machen konnte, wozu aber Friede und innere Ruhe gehört hätten, von denen aber das Gegentheil stattfand, indem ein bedeutender Theil des Landes sich im Besitz der Gegner des Kaiserreichs befand und diesen erst entrissen werden sollte. Für den Augenblick war keine Aussicht auf eine Verbesserung der inneren Lage vorhanden. Es war vorauszusehen, daß der Krieg den größten Theil der Anleihen fortnehmen, und die von ihm unzertrennlichen Verwüstungen, die Stockung des Ackerbaues und Handels eine bessere Zukunft weit hinausschieben würden. Nach den vielen Abzügen, die der Kaiser sich von den vor seiner Abreise gemachten Anleihen gefallen lassen mußte, konnte er nach Mexico nur eine verhältnißmäßig geringe Summe mitnehmen. Indessen waren auf diese Art wenigstens die nothwendigsten Ausgaben für die nächste Zeit gedeckt worden. Nichtsdestoweniger mußte die Zukunft dem unbefangenen Blick als ungewiß und trübe erscheinen.

Am 14. April schiffte sich Maximilian I. mit seiner Gemahlin Charlotte, einer Tochter des Königs Leopold I. der Belgier, zunächst nach Rom ein, wo er den Segen des Papstes empfangen und über die kirchlichen Angelegenheiten seines Reiches mit ihm verhandeln wollte, und langte am 29. Mai in Veracruz an. Er erließ eine Proclamation an die Mexicaner, in der die bei solchen Veranlassungen üblichen Verheißungen und Hoffnungen ausgesprochen waren. Je weiter das kaiserliche Paar in das Land hineinkam, ein um so begeisterterer Empfang ward ihm zu Theil. Der Weg von Orizaba an war eine ununterbrochene Reihe von Ovationen; die Straße von Puebla bis Cholula war mit mehr als fünfhundert Triumphbogen aus Blumen und Zweigen geschmückt, überall waren Musikchöre aufgestellt. Die ganze Bevölkerung, besonders die indianische, strömte in Massen zusammen. Letztere glaubte, daß mit Maximilian's Ankunft eine von Alters her unter ihnen herrschende Tradition erfüllt sei: ein ausländischer Fürst, der mit den spanischen Abkömmlingen, in welchen sie ihre Unterdrücker sahen, nichts gemein habe, werde über das Meer zu ihnen kommen und sie von dem

fremden Joch befreien. Beim Einzug des kaiserlichen Paares in Mexico (12. Juni) gab sich ein Jubel kund, der sonst nicht in dem Charakter dieser zurückhaltenden und stolzen Bevölkerung liegt; namentlich überstieg der Enthusiasmus der von allen Seiten herbeigeströmten Indianer Alles, was man von dieser eher trägen als erregbaren Race erwartet hatte. Maximilian I. ernannte noch an demselben Tage Santa Anna, der früher Präsident der Republik gewesen war und sich jetzt dem Kaiserreich angeschlossen hatte, Almonte, Miramon und Marquez zu Feldmarschällen. Am 26. Juni wurde ein kaiserliches Decret bekannt gemacht, in welchem, wenn der Kaiser an der Regierung verhindert wäre oder mit Tode abginge, die Kaiserin mit der Regentschaft betraut wurde. Am 10. August trat Maximilian I. eine Rundreise durch die Provinzen, um deren innere Zustände kennen zu lernen, an, von der er erst Ende October zurückkehrte. Während dieser Zeit trugen die mexicanischen Regimenter, welche sich auf Seite des Kaiserreichs geschlagen hatten, die österreichischen und belgischen Freiwilligen, die in den Dienst Maximilian's getreten waren, erhebliche Vortheile über die Republikaner davon, und zwangen Juarez, sich mit seinen Ministern, der permanenten Commission des Congresses und was ihm von Truppen übrig geblieben, in den nordöstlichen Grenzstaat Chihuahua zurückzuziehen. Eine Anzahl republikanischer Generale schlossen sich jetzt dem Kaiserreich an, und in vielen bisher widerstrebenden Städten wurde Maximilian I. als der rechtmäßige Herrscher anerkannt. Aber die Republikaner, obgleich geschlagen und verfolgt, verloren nicht den Muth, unterhielten unausgesetzt Verbindungen mit ihren Gesinnungsgenossen in allen Theilen des Landes, sammelten sich wieder nach jeder Niederlage, und gingen, wenn sie dem Feinde eine schwache Seite abgewinnen konnten, immer von Neuem zum Angriff über. Ende 1864 gelang es dem republikanischen General Rosales, einem französischen Truppencorps, das sich zu weit von der Hauptmacht entfernt hatte, bei San Pedro in Sinaloa eine empfindliche Niederlage beizubringen.

Maximilian I., der außer den mannigfaltigen Kenntnissen, die er besaß, früher als General-Gouverneur des lombardo-venetianischen Königreichs die innere Regierung der Staaten kennen gelernt hatte, ließ es sich ernstlich angelegen sein, der Organisation des Kaiserreichs so schnell als möglich eine feste Form zu geben. Das Ministerium wurde, so weit es das ihm zu Gebot stehende Material erlaubte, zweckmäßig zusammengesetzt, und ein Staatsrath als Redactionsbehörde der Gesetze, als Tribunal für streitige Verwaltungsangelegenheiten u. s. w., eingesetzt. Da der erste Gedanke zur Errichtung einer Monarchie auf den Trümmern der Republik, und die in diesem Sinne mit dem französischen Cabinet angeknüpfte Verbindung von unzufriedenen Ausgewanderten oder Verbannten, die alle zur klerikalen Partei, d. h. zu der sich gegen Juarez und dessen politische Grundsätze erhebenden Opposition gehörten, aus-

gegangen und Maximilian I. nur durch sie auf den Thron gestiegen war, so hatte er sich bei seiner Ankunft in Mexico anfänglich vorzugsweise mit Gegnern des Liberalismus umgeben. Nachdem er aber Personen und Zustände näher kennen gelernt und sich auf seiner Reise im Innern von der Lage der Dinge durch eigene Wahrnehmung überzeugt hatte, suchte er zwischen den beiden Parteien ein Gleichgewicht herzustellen, und zog auch Liberale bei Besetzung der höheren Staatsämter heran. Er wurde hierzu um so mehr veranlaßt, da er bald begriff, daß die Geistlichkeit ihn nur als Mittel zur Wiedereinsetzung in ihre Güter und Vorrechte ansah, und daß er von ihrer Seite, wenn er sich nicht unbedingt zu ihrem Werkzeug hergeben wollte, eher Widerstand als Unterstützung zu erwarten hatte. Bei seinem kurzen Aufenthalt in Rom hatten zwischen ihm und Pius IX. nur allgemeine Versicherungen des Wohlwollens und der Ergebenheit stattgefunden, und die einzige positive Verabredung war die Sendung eines päpstlichen Nuntius nach Mexico gewesen, mit welchem die weiteren Verabredungen getroffen werden sollten. Als der Nuntius, Monsignore Meglia, nachdem er lange vergeblich erwartet worden, am 10. December in Mexico anlangte, brachte er ein Schreiben des Papstes mit, in welchem die Zurückgabe der säcularisirten geistlichen Güter, Aufhebung des Verbotes der Erwerbung zur todten Hand, Wiederherstellung der aufgelösten Klöster, Anerkennung der katholischen Kirche mit Ausschluß jeder andern Confession, Oberaufsicht der Bischöfe über das gesammte Unterrichtswesen, öffentliches wie privates, und über alle Erzeugnisse der Presse verlangt wurde. Vergebens stellte Maximilian I. dem Nuntius die Unmöglichkeit vor, auf diese Forderungen eingehen zu können, die in der Nation die größte Unzufriedenheit und im Ausland allgemeines Mißfallen erregen würden, Monsignore Meglia blieb unbeweglich und erklärte, keine anderen Instructionen als die mitgetheilten zu besitzen, da man in Rom nicht habe voraussetzen können, daß der Kaiser gegen dieselben Einwendungen erheben werde. Die Vorstellungen der Kaiserin Charlotte, die sich an den Ereignissen in ihrem neuen Vaterlande lebhaft zu betheiligen anfing, blieben ebenfalls vergeblich. Der Nuntius meinte, daß die päpstlichen Forderungen ablehnen nichts anderes wäre, als das Werk des Juarez fortsetzen und vollenden zu wollen. Monsignore Meglia gab zwar zuletzt in so weit nach, daß er versprach, in Rom neue Verhaltungsbefehle einzuholen, verbarg aber nicht, daß dadurch die Lage nicht verändert werden würde. Aber die Zeit drängte, denn die Differenz mit der Geistlichkeit und besonders die Frage über die Restitution der eingezogenen Kirchengüter griff tief in die bürgerlichen Verhältnisse ein. Der Kaiser glaubte demnach aus eigener Macht, ohne weitere Verständigung mit Rom, eine Regulirung der betreffenden Verhältnisse anordnen zu müssen, mit deren Ausführung er den liberal gesinnten Justizminister Pedro Escudero

beauftragte, dem er folgende Grundsätze als Norm angab: Sicherstellung der Rechte der Käufer von Kirchengütern, wenn bei der Veräußerung nach den Gesetzen verfahren ist; Aufrechthaltung des öffentlichen Gottesdienstes und Schutz für die dazu gehörigen Personen und Dinge; Spendung der Sacramente und Ausübung der Functionen des geistlichen Amtes ohne irgend welche Kosten und Lasten für das Volk; vollständige kirchliche Toleranz mit Berücksichtigung der Thatsache, daß die in Mexico herrschende Religion die römisch-katholische ist (24. December 1864). Der kaiserliche Erlaß wurde sogleich in der officiellen Regierungszeitung bekannt gemacht und für unwiderruflich erklärt. Der Nuntius legte dagegen einen Protest in so ungemessenen Ausdrücken ein, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten ihm die Verletzung aller diplomatischen Formen vorwarf und erklärte, daß er dieses Schriftstück dem Kaiser nicht mittheilen und es als nicht vorhanden ansehen werde. Vier mexicanische Bischöfe, die in der Hauptstadt anwesend waren und das Verhalten des Nuntius nachahmten, wurden vom Kaiser ernst zurecht gewiesen, der seine Antwort auf ihre Eingabe mit der Bemerkung schloß, daß er ein guter Katholik, aber auch ein gerechter und freisinniger Fürst sei. Bald nachher kündigte die kaiserliche Regierung an, daß sie die alten Rechte der spanischen Krone: Investitur der Prälaten, Exequatur der päpstlichen Bullen und Rescripte, Oberaufsicht über die weltlichen Angelegenheiten der Geistlichkeit, Regelung der kirchlichen Sporteln und Beschränkung der Zahl klösterlicher Orden und geistlicher Brüderschaften für sich in Anspruch nehmen werde. Zu derselben Zeit wurde eine Commission unter dem Vorsitz des Staatsministers Velasquez de Leon nach Rom gesandt, um mit der Curie über die streitigen Fragen zu unterhandeln. Erst gegen Ende des Jahres 1865 legte die Commission dem Papst einen neuen Concordatsentwurf vor, der von ihm als Grundlage zu weiteren Unterhandlungen angenommen wurde.

Maximilian I. war sehr thätig und unablässig mit Reformplanen beschäftigt. Er verlieh dem mexicanischen Volk keine Constitution, weil er eine solche, so lange der Bürgerkrieg dauerte, für unzweckmäßig hielt und wollte damit bis zur Wiederherstellung des innern Friedens warten, erließ aber eine Menge von Verordnungen über Gegenstände der Verwaltung, über Errichtung von Creditanstalten, Eisenbahnen, Telegraphen, Schifffahrt, Handel u. s. w. Vorzüglich hatte er es auf Verbesserung des öffentlichen Unterrichts, auf Verbreitung von Ideen und Kenntnissen abgesehen und wollte eine Akademie der Wissenschaften und eine polytechnische Schule errichten. Er empfahl bei Ausarbeitung eines neuen Lehrplans für höhere Lehranstalten vorzügliche Berücksichtigung des bisher ganz fehlenden philosophischen Unterrichts, indem das Studium der Philosophie das Erkenntnißvermögen übe, dem Menschen sein eigenes Wesen aufschließe und über seine Pflichten gegen die Gesellschaft aufkläre.

Maximilian I. brachte zu seiner neuen Stellung ein erhöhtes Bewußtsein seiner Pflichten mit, und sah dieselbe keinesweges als eine Gelegenheit zu blos persönlicher Befriedigung an. Aber vieles von dem, was er that, war auf die Zukunft berechnet und konnte für den Augenblick keine Hülfe gewähren. Mit dem, wovon in der Gegenwart Alles abhing, den Finanzen und der Armee, sah es nicht glänzend aus, und war keine Aussicht auf eine baldige Verbesserung vorhanden. Die fremde Hülfe ließ das Kaiserreich von Anfang an als ein ungewisses und abhängiges Dasein führend erscheinen, und selbst seine besten Freunde konnten sich zuweilen der Zweifel an seiner Dauer nicht erwehren. Griechenland und Belgien hatten zu ihrer Emancipirung die Unterstützung des Auslandes angerufen, aber doch erst nachdem sie ihre eigene Kraft versucht und Beweise von derselben abgelegt hatten. In Mexico war dagegen die fremde Invasion der neuen Ordnung der Dinge vorangegangen, die ohne jene gar nicht entstanden wäre. Griechen und Belgier waren in der Absicht, sich von ihren bisherigen Regierungen zu befreien, einig gewesen, in Mexico fand dagegen ein Bürgerkrieg statt, in welchem die eine Partei nur mit Hülfe des Auslandes siegen konnte, die andere mit eigenen Mitteln für ihre Sache kämpfte und derselben dadurch ein nationales Gepräge verlieh. Wenn eine neue Monarchie auf dem amerikanischen Continent, wo es mit Ausnahme Brasiliens keine solche mehr gab, schon an und für sich etwas dem ganzen Leben dieses Welttheiles Widersprechendes zu haben schien, so mußte dies noch mehr der Fall sein, wenn ein solcher Staat durch fremde Bayonette nicht blos gestützt wurde, sondern durch diese erst in's Dasein gerufen war. Brasilien, bisher die einzige Monarchie in Amerika, befand sich in einer ganz anderen Lage als Mexico; jenes war nie vorher eine Republik gewesen und nicht mit fremder Unterstützung constituirt worden.

Das mexicanische Kaiserreich hatte zu seiner Gründung und seinen ersten Schritten eines Anlehens bedurft, und im folgenden Jahr war ihm ein neues Anlehen zu seiner Erhaltung unentbehrlich geworden. Wenn die erste Operation der Art nur mit schweren Opfern für den neuen Staat zu Stande gekommen war, und die Erfüllung der damit übernommenen Verpflichtungen zweifelhaft erscheinen konnte, so mußte dies bei dem zweiten Anlehen fast für unmöglich gelten. Von den 250 Mill. Fr., die Mexico im April 1865 großentheils in Frankreich negocirte, flossen in Wirklichkeit nach allen Abzügen nur 136 Mill. Fr. in seine Kassen, die es mit 12 Proc. jährlich verzinsen sollte. Die Interessen für die beiden Anlehen, die Erstattung der von Frankreich für Mexico aufgewandten Kriegskosten, die Besoldung des französischen Hülfscorps, so lange es auf mexicanischem Gebiet stand, gingen offenbar über die Leistungskraft des Kaiserreiches hinaus, auch wenn es sich behauptet und seine Gegner sich unterworfen hätte. Dazu war aber

wenig Aussicht vorhanden. Das französische Expeditionscorps, die Fremdenlegion, die österreichischen und belgischen Freiwilligen waren nicht zahlreich genug, um ein Land von solcher Ausdehnung wie Mexico zu besetzen, und die Errichtung einer kaiserlich mexicanischen Armee ging nur langsam von Statten und überstieg nie einige dreißig tausend Mann. Es fehlte dazu an Cadres, und an dem nöthigen Gelde, um solche zu bilden und zu vervollständigen. Wie konnten einige fünfzig tausend Mann, über die Maximilian I. nicht einmal selbstständig gebot, da der beste und größte Theil dieser Truppen unter dem französischen General Bazaine stand, der unterdessen, wie sein Vorgänger Forey, von seinem Kaiser zur Marschallswürde erhoben worden war, sich ein so weites Gebiet wie das mexicanische unterwerfen, und, wenn dies vorübergehend geschehen wäre, dasselbe dauernd in Zaum halten? Die einzige Möglichkeit, zu einem festen Ziel zu gelangen, hätte darin bestanden, sich auf die Behauptung der Hauptstadt und der zunächst liegenden und am dichtesten bevölkerten Provinzen zu beschränken, sich in diesen gründlich festzusetzen, sie möglichst gut zu organisiren, und das übrige Land sich so lange selbst zu überlassen, bis es, der Wirren und Unordnungen müde, von dem bessern Zustande, der in den dem kaiserlichen Regiment unterworfenen Landschaften herrschte, angezogen, sich diesen angeschlossen hätte. Aber Maximilian hatte sich von seinen Rathgebern überreden lassen, daß das beste Mittel, den Thron zu behaupten, die Occupation des ganzen Landes sei, in deren Ermangelung bei der unzureichenden Truppenzahl fliegende Colonnen in allen Richtungen ausgeschickt werden müßten, um das Gewicht der kaiserlichen Autorität von Zeit zu Zeit bis an den entferntesten Enden des Reichs fühlbar zu machen. Die Franzosen gingen, obgleich sie sich sonst dem Kaiser keineswegs unbedingt unterordneten, auf diese Art der Kriegführung gern ein, da sie der von ihnen in Algerien angenommenen Methode ähnlich war, obgleich sie auf Mexico nicht dieselbe Anwendbarkeit besaß und nicht dieselben Früchte tragen konnte. Algerien ist viel kleiner als Mexico, und die französische Armee, welche diese Colonie vertheidigte, bei weitem zahlreicher als die Truppen, welche Maximilian den Republikanern entgegenstellen konnte, abgesehen davon, daß die Franzosen in Algerien in kürzester Zeit von der Heimath aus alle nöthigen Verstärkungen erhielten, während zwischen Frankreich und Mexico der Ocean lag. Auch waren die Franzosen, obwohl viel kriegsgeübter als die mexicanischen Republikaner, ihnen doch nicht in dem Grade wie den Arabern in Algerien überlegen. Was die einheimischen kaiserlichen Truppen betrifft, so standen sie in militärischer Beziehung den Republikanern nicht voran, und waren in der Regel von weniger Feuer für ihre Sache als letztere beseelt.

Der Krieg wurde nach der Einnahme von Mexico auf vielen Punkten zugleich, aber ohne große und entscheidende Thaten geführt.

Seit der Einnahme von Puebla hatten die Franzosen nicht mehr Gelegenheit zu einem bedeutenden Schlage gefunden. Die Juaristen oder Republikaner nahmen keine eigentliche Schlacht, am wenigsten gegen das französische Expeditionscorps, an, sondern ließen sich nur auf einzelne Gefechte ein, in denen sie nicht selten große Kühnheit und Beweglichkeit zeigten. Der Präsident Juarez wurde mehrmals bis in die entlegensten Provinzen getrieben, verlor aber den Muth nicht. Er hatte, obgleich zuweilen in öden Gegenden und verwüsteten Ortschaften weilend, immer einige Truppen und eine Art von Regierung um sich, erhielt Berichte, erließ Proclamationen, vollzog Ernennungen, und erfreute sich der Anerkennung der für ihn wichtigsten Regierung, der der Vereinigten Staaten, von woher er zum Widerstand aufgemuntert wurde und auf geheimen Wegen auch Waffen, Munition und Geld erhielt. Er wußte, daß die Masse der Bevölkerung gegen die französische Invasion, demnach auch gegen das Kaiserreich war, das mit ihr identificirt erschien, daß das französische Expeditionscorps, die einzige Angriffsmacht, die er zu fürchten hatte, nothwendig allmälig zusammenschmelzen, und, wenn überhaupt, nur langsam und schwer Ergänzung aus Europa erhalten werde. Juarez hatte die Zeit und den Raum für sich und wußte dieser Vortheil zu benutzen. — Der Krieg wurde von beiden Seiten nicht nur ohne die in unserem Zeitalter unter gesitteten Völkern übliche Schonung, sondern mit ausgesuchter Barbarei geführt. Selbst die Franzosen, sonst durch ihre Milde gegen Gefangene und Wehrlose bekannt, entsprachen in diesem Falle ihrem Ruf nicht. Die Mexicaner, in beiden Parteien, mit dem spanischen Fanatismus die indianische Brutalität verbindend, begingen gegenseitig die größten Grausamkeiten, und die Vertheidiger der Republik glaubten ihre Gegner, die ihnen als Söldner der Fremden, als Verräther am Vaterlande erschienen, noch überbieten zu müssen. Maximilian, der sich, vermöge der auf ihn durch das allgemeine Stimmrecht gefallenen Wahl und die Anerkennung des Auslandes, für das rechtmäßige Oberhaupt der mexicanischen Nation und seine Gegner für Aufwiegler und Empörer hielt, erließ (3. October 1865) ein Decret, welches alle diejenigen, welche fortan seine Regierung mit den Waffen in der Hand bekämpfen würden, in die Acht erklärte, und sie im Fall ihrer Gefangennehmung binnen vierundzwanzig Stunden zu erschießen befahl. Dieser unglückliche Fürst hat manchen Fehlgriff in seiner Regierung begangen, wie dies in seiner Lage fast unvermeidlich war, aber dieses Decret ist der einzige wirkliche Flecken, der an ihm haftet. Um diesen Schritt, der seinem sonstigen Charakter, der von Natur mild und großmüthig war, widersprach, zu begreifen, muß man wissen, daß besonders um diese Zeit von den republikanischen Guerillas die größten Gräuel gegen die Anhänger der kaiserlichen Regierung verübt wurden. Maximilian I. glaubte dieser Neigung zur Grausamkeit durch Androhung strenger Maß-

regeln Schranken setzen zu müssen. Zwischen Juarez regulären Truppen, die nur gering an Zahl waren, und dem wilden Aufgebot seiner Freiwilligen bestand äußerlich fast kein Unterschied, weshalb die Strafe des Erschießens gegen alle Bewaffnete, welche in Gefangenschaft geriethen, in dem kaiserlichen Decret ausgesprochen war. Aber gleichwohl hatte Maximilian I. Unrecht, einen solchen Befehl zu geben, und alle, welche sich ihm widersetzten, ohne daß ihnen besondere Frevel nachgewiesen werden konnten, als Banditen behandeln zu wollen. Denn die Republik war in Mexico älter als die Monarchie, an deren Spitze der österreichische Prinz stand, die nur durch die ehrgeizige Intervention Napoleon III., durch eine Mischung von Gewalt und Arglist eingeführt war und nur durch solche Mittel erhalten werden konnte. Die Art, wie die Abstimmung zu Gunsten des Kaiserthums, unter dem Einfluß der französischen Bayonette, zu Stande gekommen, war kein Geheimniß geblieben, und es war von den Republikanern nicht zu verlangen, daß sie diesen Wahlmodus für sich als bindend anerkennen sollten. Maximilian I. hatte gehofft, daß die in dem Decret vom 3. October enthaltenen Drohungen auf seine Gegner eine abschreckende Wirkung ausüben und deshalb zu keiner Anwendung kommen würden. Er irrte sich hierin gänzlich. Die Juaristen ließen sich dadurch nicht einschüchtern. Als die republikanischen Generale Arteaga und Salazar, die keine Bandenführer, sondern regelmäßig ernannte militärische Befehlshaber waren, von den Kaiserlichen gefangen genommen und erschossen wurden, entbrannte der Kampf nur um so wilder, und wurden von beiden Seiten unzählige Gewaltthaten begangen.

Der Krieg hätte auf diese Weise noch lange ohne endliche Entscheidung fortdauern können. Die Kaiserlichen waren zwar mit Hülfe des französischen Expeditionscorps in den meisten Gefechten im Vortheil, aber die Republikaner unterlagen nie vollständig. Juarez, in eine entfernte Provinz zurückgedrängt, fand immer Gelegenheit, wieder vorzugehen, und sein Erscheinen hatte stets eine Verstärkung seiner Partei zur Folge, die, wenn sie der Uebermacht erlag, deshalb ihre Grundsätze nicht aufgab, und nur auf eine neue Gelegenheit zu deren Bethätigung wartete. Es wäre vielleicht im Anfange der ganzen Bewegung, die durch die französische Intervention hervorgerufen wurde, die Möglichkeit vorhanden gewesen, das Kaiserreich für die Dauer zu gründen, wenn der Marschall Forey sich mit dem Marsch auf Mexico mehr beeilt, und statt zu dieser Expedition sieben Monate zu brauchen, sie in viel kürzerer Zeit bewerkstelligt hätte, was, wie man behauptet hat, materiell möglich gewesen wäre. Aber Forey hatte bei dem Unternehmen durchaus sicher gehen und nichts dem Zufall überlassen wollen. Ungeachtet des fehlgeschlagenen Angriffs der Franzosen unter Lorencez auf Puebla, war der Schrecken über die Landung eines starken Corps unter Forey, dem ein bedeutender

militärischer Ruf voranging, unter den republikanischen Machthabern in Mexico groß gewesen, und im Volk hatte sich lebhaft der Wunsch nach innerer Ruhe geregt, die man durch die französische Expedition und den Anschluß an sie zu finden hoffte. Diese günstige Stimmung erkaltete durch die über Erwarten verzögerte Ankunft Forey's in der Hauptstadt, welche Juarez und seine Regierung zwar verlassen mußten, aber anderweitig Zeit gewannen, um wieder zu sich selbst zu kommen, und die Mittel zu fernerem Widerstand vorzubereiten. Der Kaiser war für den Erfolg seines Unternehmens ebenfalls zu spät in Mexico erschienen, obgleich es vielleicht außer seiner Macht lag, die ihm entgegenstehenden Hindernisse eher fortzuräumen. Aber er hatte die Gelegenheit versäumt, das Eisen zu schmieden, so lange es noch warm war, denn in diesen südlichen Racen entstehen und verfliegen die Eindrücke schnell. Erst ein ganzes Jahr nach Forey's Einzug in der Hauptstadt hielt Maximilian I. den seinigen. Die Franzosen hatten sich in dieser Zwischenzeit als Herren des Landes betragen, und nicht die Errichtung des Kaiserthrons, sondern die fremde Invasion schien die Hauptsache zu sein, was den Nationalstolz der Mexicaner verletzte. Auch hatte Maximilian I. versäumt, sich an den Indianern, welche ihm nach seiner Ankunft in Mexico mit so großer Begeisterung entgegengekommen waren, durch Erfüllung ihrer Wünsche auf eine Verbesserung ihrer socialen Stellung, eine Stütze zu verschaffen, wozu sie ihrer Menge nach geeignet und bei ihrer Stimmung in der ersten Zeit auch geneigt waren.

Diese Versäumnisse und Fehlgriffe, mögen sie wirklich die üblen Folgen gehabt haben, die ihnen häufig beigelegt werden, oder diese Meinung übertrieben sein, ließen sich, als der Süden der Vereinigten Staaten dem Norden erlegen war, nicht wieder gut machen. Das mexicanische Kaiserreich, welches früher sein Geschick in seiner eigenen Hand zu tragen schien, war jetzt von den Entschließungen der Politik des Auslandes abhängig geworden. Die natürliche Gegnerin einer in ihrer Nähe sich erhebenden Monarchie, die nordamerikanische Union, hatte, selbst zur Zeit eines sie ganz in Anspruch nehmenden Krieges, das Verlangen des französischen Cabinets nach Anerkennung des mexicanischen Kaiserreiches abgelehnt, und als Maximilian I. schon von ganz Europa als Kaiser anerkannt war, einen Gesandten bei Juarez gehalten und in diesem das rechtmäßige Staatsoberhaupt von Mexico erblickt. Nach der Bezwingung der Südstaaten trat das Cabinet von Washington, sich hinter die permanenten Interessen und Principien der Vereinigten Staaten und den Willen des amerikanischen Volkes verschanzend, in Paris mit der Forderung hervor, das französische Expeditionscorps sobald als möglich aus Mexico zurückzuziehen, die Entscheidung des dort zwischen den Parteien schwebenden Streites diesen selbst zu überlassen, und der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Seward, gab in seinen Depeschen an

den am französischen Hofe accreditirten Gesandten, Bigelow, unumwunden zu erkennen, daß ein längeres Verbleiben der französischen Truppen in Mexico zu ernsten Differenzen zwischen Frankreich und der Union führen könne, und daß letztere nie und unter keinen Umständen eine monarchische Regierungsform in Mexico anerkennen werde. Napoleon III. hatte bei der Expedition gegen Mexico nicht die ihm sonst gewöhnliche sorgfältige Erwägung aller mit diesem Unternehmen zusammenhängender Verhältnisse bewiesen und die entgegenstehenden Hindernisse zu gering angeschlagen. Zu den bedenklichen Erklärungen von Seiten der Vereinigten Staaten kam die sich in einem großen Theil des französischen Volks regende Unzufriedenheit mit dem Angriff auf die Republik in Mexico, bei dem das Blut und die Schätze Frankreichs nicht nur ohne Aussicht auf Erfolg und Entschädigung verschwendet würden, sondern das auch zu einem gefährlichen Conflict mit Nordamerika führen könne, an dessen Freundschaft den Franzosen aus mancherlei Gründen besonders viel gelegen sein müsse. — Juarez war durch den bei ihm accreditirten nordamerikanischen Gesandten, durch seinen Vertreter in Washington und auch auf andern Wegen von der zunehmenden Unzufriedenheit der Vereinigten Staaten mit der Anwesenheit der französischen Truppen in Mexico, von dem laut werdenden Mißfallen, welches diese Unternehmung in den Kammern und in der Presse in Frankreich erregte, von der Unsicherheit, welche sich in der Politik des französischen Cabinets über die mexicanische Frage kund zu geben anfing, unterrichtet, und baute darauf die Hoffnung, daß die kaiserliche Partei in Mexico bald sich selbst überlassen sein werde. In diesem Falle fürchtete er sie nicht.

Es war Maximilian I., ungeachtet seiner ernsten und anhaltenden Bemühungen, nicht gelungen, eine regelmäßige Organisation in Mexico zu schaffen. Von einer solchen bestand in Wahrheit nur die Form. In Mitte dieser scheinbaren Staatsordnung dauerte die Anarchie fort. Mit Ausnahme einer Anzahl persönlicher Anhänger, und solcher, die in der Monarchie Sicherheit gegen Verfolgung von Seiten ihrer politischen Gegner, Beförderung oder andere Vortheile suchten, war das Prästigium, welches den Kaiser Maximilian in der ersten Zeit nach seiner Ankunft umgeben hatte, sehr bald verschwunden. Er galt für ein Werkzeug Napoleon III., dessen Politik in Amerika eben so wenig Vertrauen wie in Europa einflößte, dessen Absicht bei Einführung der Monarchie in Mexico, den einen unverständlich, den anderen verdächtig war. Eine uninteressirte Vorliebe für irgend eine Idee setzte man bei Napoleon III. nicht voraus; seine bekannte Aeußerung gegen den General Forey: er wolle durch die Regeneration Mexico's der lateinischen Race in Amerika ihre Bedeutung, die durch das Uebergewicht der Nordamerikaner geschmälert werde, wiedergeben, klang zu doctrinär, um von einer so praktischen Natur, wie die des französischen Kaisers, wirklich gehegt zu werden. Man ver=

muthete vielmehr, daß er seinen Einfluß in der Welt auf Mexico's Kosten zu erweitern beabsichtige. Der Schützling eines solchen Monarchen zu sein, erschien als eine unsichere und zugleich demüthigende Stellung. Das Bedürfniß der Monarchie war im mexicanischen Volk nicht so verbreitet, wie die Ausgewanderten in Paris und Miramar behauptet hatten, und wie in der ersten Zeit nach Ankunft der Franzosen und besonders des Kaisers selbst geglaubt werden konnte. Ohne Zweifel gab es Viele in Mexico, die der sich so oft erneuernden Erschütterungen und des stürmischen Wechsels der Machthaber überdrüßig geworden und geneigt waren, um den Preis der Erlangung von Ruhe und Festigkeit im Staatsleben, den Zügel der Monarchie zu ertragen. Als aber die gewünschte Stabilität nicht eintrat, der Parteikampf wilder als je entbrannte, und sich keine Aussicht zeigte, daß die Anhänger der Republik mit denen der Monarchie verschmelzen würden, ward man gegen letztere und auch gegen ihren Träger gleichgültig, und fiel, wenn man sich vorher auf seine Seite geschlagen hatte, wieder von ihm ab.

Ein wesentliches Hinderniß des Gelingens einer in alle Verhältnisse so tief eingreifenden Veränderung, wie die Beseitigung der Republik und die Einführung der Monarchie in Mexico, lag in der Persönlichkeit Maximilian I., der, ungeachtet einer nicht gewöhnlichen Geistesbildung und edler Charakterzüge, nicht die Eigenschaften besaß, welche in einem von innern Kämpfen seit lange zerrissenen Volk zu einer heilsamen Umgestaltung des Bestehenden unerläßlich sind. Er war von Natur ernst und arbeitsam, durch seine Erziehung mit mannigfaltigen Kenntnissen, sprachlichen wie sachlichen, versehen, von einem auf das Nützliche und Gute gerichteten Streben erfüllt, aber es fehlte ihm an Schärfe und Klarheit des Blicks, an Raschheit der Conception, an jener Thatkraft, die das Nothwendige im rechten Augenblick zu thun weiß und deshalb selten fehlgreift. Er trug zu viel von dem besonderen Wesen eines gebornen Fürsten, der in geordneten Verhältnissen sich zu bewegen berufen ist, in die schwankenden, stürmischen Zustände seiner neuen Stellung über. Er vergaß zu leicht, daß er nicht nur ein gewählter, sondern ein nur von einer Hälfte des Landes, über das er herrschen sollte, anerkannter Souverän war, und daß er die andere Hälfte erst erobern mußte. Hätte er sich selbst, die Zustände, in denen er wirken sollte, und die Bedingungen, unter denen diese Wirksamkeit möglich war, richtiger beurtheilt, nie würde er sich in eine solche Lage begeben haben. Er sollte ohne vorangegangenen Ruf als Feldherr oder Gesetzgeber, ohne Truppen, auf die er sich verlassen konnte, ohne Schätze, von einem fremden Monarchen, der ihn als Werkzeug für seine eigenen Plane benutzen wollte, abhängig, in einem fernen Theil der Erde, unter einem an Parteiung und Zügellosigkeit seit länger als einem Menschenalter gewöhnten Volk auftreten, das er nicht kannte, und dem er vorher so gut wie unbekannt war.

Wer unter so schwierigen Umständen sich behaupten und sein Ziel erreichen sollte, hätte etwas von dem militärischen Genie, dem Alles durchdringenden Blick, der Mischung von Verwegenheit und List, dem brennenden Ehrgeiz, der gänzlichen Gleichgültigkeit gegen die Wahl der Mittel eines Cromwell oder Napoleon I. besitzen müssen, wobei man nicht vergessen darf, daß diese beiden großen Männer durch ihre Erziehung, die Zeit, in der sie aufgewachsen waren, durch den Widerspruch, der zwischen ihrer ursprünglich dunkeln Stellung und dem Gefühl der in ihnen liegenden Kraft lag, zu außerordentlichen Unternehmungen eben so vorbereitet und geeignet waren, als dies bei Maximilian I. wenig der Fall war. Anstatt vor allem darauf bedacht zu sein, die Armee zu organisiren, sich an ihre Spitze zu stellen, die Masse der Bevölkerung durch kühne Thaten mit sich fortzureißen, war Maximilian I., wie ein festgegründeter europäischer Souverän, im Innern seines Palais, mit diplomatischen Correspondenzen, mit Planen zu administrativen Reformen, mit Entwerfung neuer Reglements beschäftigt, als wenn dies ohne vorhergegangene Unterwerfung seiner Feinde, ohne Consolidirung seiner Macht, eine Bedeutung gehabt hätte, und nicht ein todter Buchstabe geblieben wäre. Nicht daß es ihm an persönlichem Muth gefehlt hätte, den er später in der traurigsten aller Situationen in seltenem Grade bewies, aber er besaß, was der größte Mangel in seiner Stellung war, kein militärisches Talent, und hegte wenig inneres Feuer, weshalb er auch bei anderen ein solches nicht anfachen konnte.

Da es Maximilian I. unmöglich gewesen, seine Gegner im Innern durch Ueberredung zu gewinnen, oder durch Gewalt zu entwaffnen, eine zuverlässige Armee und geordnete Finanzen zu schaffen, bevor die Vereinigten Staaten den Sonderbund besiegt hatten, so war, seitdem dies eingetreten, das Scheitern seines Unternehmens unvermeidlich geworden und konnte nur noch eine Frage der Zeit sein. Die Monarchie in Mexico trug nur die Möglichkeit der Dauer in sich, wenn die Vereinigten Staaten sich in zwei Theile spalteten, und der Süden, sich vom Norden unabhängig machend, für das mexicanische Kaiserreich, wenn auch kein Verbündeter, aber doch ein friedlicher und ungefährlicher Nachbar wurde. Napoleon III. muß früher an keinen vollständigen Sieg der Union über den Sonderbund und an keine so große militärische Entwicklung von Seiten des Nordens geglaubt haben, sonst wäre seine Intervention in Mexico den Berechnungen der gewöhnlichsten Klugheit zuwider gewesen.

Wenn die Vereinigten Staaten, während der Ausgang des großen inneren Kampfes noch zweifelhaft schien, die von dem französischen Cabinet versuchte Vermittlung zu der Anerkennung des mexicanischen Kaiserthums von sich gewiesen und gegen die Anwesenheit einer französischen Armee

auf dem amerikanischen Continent protestirt hatten, so mußten sie nach Besiegung des Südens dazu noch weniger geneigt sein, und es war mit Bestimmtheit vorauszusehen, daß, wenn Frankreich seine Truppen binnen einer gewissen Zeit nicht freiwillig zurückzog, sie sich zu demselben in ein feindliches Verhältniß stellen würden. Napoleon III. konnte nicht wagen, es auf einen Bruch mit den Vereinigten Staaten ankommen zu lassen, wenn nicht die Ehre und die Interessen Frankreichs denselben unvermeidlich machten. Es wurde ihm aber von der Opposition im gesetzgebenden Körper und in der Tagespresse unaufhörlich wiederholt, daß ein Krieg mit der Union unnöthig und verderblich sein würde, daß es Frankreich gleichgültig sein könne, ob in Mexico die Monarchie oder die Republik bestehe, daß Nordamerika einer der besten Märkte für die französische Industrie sei, die im Fall einer Collision denselben verlieren und dadurch großen Schaden erleiden werde. Man berechnete, wie viel die Expedition nach Mexico dem französischen Staatsschatz bereits gekostet habe und noch kosten werde, wie gefährlich für Frankreich, bei der Verwicklung und Spannung der politischen Verhältnisse in Europa, die weite Entfernung eines bedeutenden Theiles seiner Streitkräfte werden könne. Napoleon III. glaubte gegen diese Vorstellungen nicht taub sein zu dürfen und begriff, daß er sich in Betreff Mexico's geirrt und verrechnet hatte. Die Besorgniß drängte sich ihm auf, daß ein Krieg mit der Union, auf diesem Terrain, wo er jetzt allein möglich war, unternommen, mit einer Niederlage Frankreichs endigen könnte. Ein Theil der unermeßlichen Truppenmacht, welche die Vereinigten Staaten zur Bekämpfung des Sonderbundes aufgestellt hatten, konnte, nach Mexico gebracht und mit den dortigen Republikanern vereinigt, das französische Expeditionscorps vernichten, oder zu einer eiligen und wenig ehrenvollen Einschiffung nöthigen. Denn welche Anstrengungen und Ausgaben würde es Frankreich verursacht haben, um eine Armee nach Mexico zu schicken, welche stark genug gewesen wäre, sich daselbst zu behaupten, und wie wäre es möglich gewesen, eine solche Politik vor der aufgeregten Meinung des Landes rechtfertigen zu wollen! — Beide Häuser des Congresses hatten sich einstimmig gegen die Einführung der monarchischen Regierungsform in Mexico ausgesprochen, die Tagespresse, die politischen Vereine waren nicht zurückgeblieben, die Noten des Ministers des Auswärtigen, Seward, an den nordamerikanischen Gesandten in Paris, den Abzug der Franzosen aus Mexico betreffend, wurden immer dringender. Es schien für die Union zur Ehrensache geworden zu sein, die benachbarte Republik in Schutz zu nehmen, und der Kaiser der Franzosen wußte, zu welchen extremen Schritten eine mächtige und siegreiche Demokratie, wie die nordamerikanische, wenn ihre Leidenschaften in's Spiel kommen, unter gewissen Umständen fortgerissen werden kann. Er beschloß im Wesentlichen nachzugeben, dies aber, um den Schein zu retten, allmälig und als wenn

es aus eigener Bewegung geschähe, zu thun. Im Januar 1866 schickte der Kaiser der Franzosen einen seiner Vertrauten, den Baron Seillard, nach Mexico, mit dem Auftrage, daselbst zu erklären, Frankreich sei entschlossen, seine Truppen von dort früher als ausgemacht worden zurückzuziehen, wolle sich aber darüber mit dem Kaiser Maximilian vorher verständigen. Unmittelbar nach der Rückkehr Seillard's von seiner Mission ließ die französische Regierung im Moniteur erklären, daß die Franzosen Mexico in drei Abtheilungen, im November 1866, im März und im November 1867 räumen würden. Im Juli begann das französische Expeditionscorps die nördlichen Provinzen Mexico's aufzugeben. Das wiederholte Andringen der Union auf Räumung Mexico's, die Willfährigkeit Frankreichs, die Mission Seillard's, die Erklärung im Moniteur waren Juarez nicht unbekannt geblieben, der sich bereit hielt, daraus Vortheil zu ziehen.

Obgleich sich in der republikanischen Partei keine hervorragende Begabung irgend einer Art, weder politische noch militärische, vorfand, so hatte sie die schwachen Seiten der in Mexico errichteten Monarchie doch sehr bald durchschaut. Es war ihr, nachdem sie sich von den ersten ihr durch die französische Expedition beigebrachten Niederlagen erholt hatte, nicht entgangen, daß eine Institution, die von fremder Gewalt in einen auf sie nicht vorbereiteten Boden verpflanzt wird, in demselben keine Wurzeln schlagen, sich weder befestigen noch ausbreiten kann, sondern wie ein Meteor eine Zeit lang die Blicke auf sich zieht, und dann von selbst verschwindet. Die Haltungslosigkeit des neuen Zustandes, der sich in seinem Mittelpunkt, in der Hauptstadt, wie eine glänzende Scenerie ausnahm, aber über diesen nächsten Kreis hinaus keinen Einfluß ausübte, mußte nach einiger Zeit vor allen Augen offenbar werden. Die zahlreichste Race der Bevölkerung, die Indianer (4,500,000 Seelen), hatte sich von der kaiserlichen Regierung, die ihre Erwartungen unbefriedigt gelassen, zurückgezogen, und war in ihre Passivität zurückgefallen, oder hatte sich der Republik angeschlossen, deren Präsident, Juarez, zu ihrer Race gehörte. Unter den Weißen (1,287,038 Seelen) und den Mischlingen (2,490,000 Seelen) war ein großer Theil, seit vielen Jahren an innere Kämpfe gewöhnt, nicht geneigt, sich einer regelmäßigen Herrschaft, wie das Kaiserthum sein wollte, zu unterwerfen, und dem zur andern Natur gewordenen Hang zur Befriedigung anarchischer Leidenschaften zu entsagen. Anschluß an dieses oder jenes unter den rivalisirenden Parteihäuptern, öffentliche Kundgebungen dieser Art (Pronunciamentos), Aufstände von unten, Staatsstreiche von oben her, waren diesem Volk zum Bedürfniß geworden, wie den entarteten Römern in der letzten Zeit der Republik ihre blutigen Wahlkämpfe, und unter den Kaisern die Circusspiele. Die Leiter der republikanischen Partei, welche, um nicht die Gelegenheit zur Befriedigung ihres Ehrgeizes und ihrer Machtgelüste

zu verlieren, sich um keinen Preis in die Schranken der Monarchie bannen lassen wollten, hatten sehr geschickt den Nationalstolz der Massen zu benutzen gewußt, um dieselben gegen die Franzosen als fremde Unterdrücker, und gegen Maximilian I. als deren Schützling und Verbündeten des Auslandes zu erregen. Denn die Abkömmlinge der spanischen Ansiedler auf dem amerikanischen Continent sind, obgleich den Spaniern sehr ähnlich, in Erinnerung an die frühere Abhängigkeit, von einer tiefen Abneigung gegen dieselben erfüllt geblieben, und haben in neuester Zeit dieses Gefühl auf alles Europäische, namentlich alles Französische, übertragen. Die höhere Geistlichkeit in Mexico, meist aus dem ursprünglich spanischen Theile der Bevölkerung hervorgehend, die niedere sich in allen Schichten rekrutirend, theilte die Abneigung der übrigen Bevölkerung gegen das Ausland, und war außerdem von Unwillen gegen das Kaiserthum erfüllt, weil es ihren Erwartungen auf Wiederherstellung ihrer Vorrechte und Zurückgabe ihrer säcularisirten Güter nicht entsprochen hatte. Das Kaiserthum stand demnach in einem Lande von ungeheurem Umfange, welches zu erobern es nicht stark, zu gewinnen nicht geschickt genug war, von Anfang an vereinsamt da, und würde ohne das französische Expeditionscorps keinen Augenblick lang in Mexico festen Fuß gefaßt haben. Es hatte mit dem Ertrage der von ihm in Europa abgeschlossenen Anlehen eine Armee für sich errichten können, die, mit seltenen Ausnahmen, aus unsichern Elementen, aus müßigen und brotlosen Leuten, aus zum Dienst gezwungenen Indianern bestand, und nur durch die Furcht vor den Franzosen und das gute militärische Beispiel, welches ihr die österreichischen und belgischen Freiwilligen gaben, zusammengehalten wurde, aber sich selbst überlassen, unfehlbar auseinander gefallen sein würde. Sieben Provinzen hatten das Kaiserthum nie, selbst nicht einmal der Form nach anerkannt, in allen andern schwärmten juaristische Guerillas umher, die sich zwar vor den Franzosen und den andern fremden Regimentern, wenn sie auf dieselben stießen, in der Regel zurückzogen, aber den Kampf mit den einheimischen Truppen, die auf Seite des Kaisers standen, nicht scheuten, die kaiserlichen Kassen und Transporte fortnahmen, die Beamten Maximilian I., wenn dieselben nicht entflohen oder sich verbargen, als Verräther behandelten und allgemeinen Schrecken verursachten.

Die Nachricht von dem Rückzuge der Franzosen aus den Nordprovinzen ließ das überall unter der Asche glimmende Feuer in der republikanischen Partei zur hellen Flamme aufschlagen. Es bedurfte keiner Aufrufe, keiner besondern Anreizungen, um diese heißblütige Race in Bewegung zu setzen. Die Guerillas wuchsen wie aus der Erde heraus, und aus den Vereinigten Staaten kamen über Texas Waffen und Munition in Menge für sie an. Die Franzosen mochten das Decret vom 3. October 1865 noch so streng anwenden, und die Gefangenen erschießen,

die Erhebung war nicht mehr zu dämpfen. Jede von dem französischen Expeditionscorps aufgegebene Stellung wurde sogleich von den Juaristen in Besitz genommen. Die beiden wichtigsten Punkte im Norden, Monterey und Matamoras, und Tampico, nach Veracruz die erste Hafenstadt, fielen in ihre Hände. Zugleich schien Maximilian I. von seinen eigenen Verwandten aufgegeben zu werden. Eine Abtheilung Freiwilliger, die sich in Triest einschiffen wollte, wurde von den österreichischen Behörden daran gehindert, und die französischen Transportschiffe, die sie nach Veracruz bringen sollten, mußten unverrichteter Sache wieder absegeln. Einen noch schwereren Schlag empfing Maximilian I. von seinem nächsten Verbündeten, durch den er zu seinem Unternehmen veranlaßt worden, von Napoleon III., der ihn durch die Convention vom 30. Juli 1866 zwang, die Hälfte aller mexicanischen Zolleinnahmen, in den Häfen am atlantischen Ocean und Stillen Meer, an Frankreich abzutreten. Diese Summen sollten verwandt werden: auf Zahlung der Interessen der 216 Mill. Fr., welche zu schulden die mexicanische Regierung in der Convention von Miramar anerkannt hatte, so wie aller nachträglich unter welchem Titel immer von dem französischen Staatsschatz vorgeschossenen Summen. Der Betrag dieser Forderung, die bis dahin auf 250 Mill. veranschlagt werden konnte, sollte später endgültig festgestellt werden. Im Fall die überwiesenen Summen nicht zur vollständigen Abtragung aller dieser Schulden ausreichten, blieben die Rechte der Inhaber der Schuldscheine und die der französischen Regierung vorbehalten. Sollte bei steigender Einnahme der französischen Zölle der Frankreich überwiesene Antheil die zur Deckung der aufgeführten Verbindlichkeiten erforderliche Summe überschreiten, so würde der Ueberschuß zur Amortisirung des der französischen Regierung schuldigen Capitals verwendet werden. Diese Convention, zu der sich Maximilian I. gezwungen sah, wenn er nicht mit Frankreich unmittelbar brechen wollte, war für ihn so gut wie tödtlich, indem ihm dadurch die einzigen sicheren Einnahmen entzogen wurden, auf die er rechnen konnte, da die übrigen Steuern, bei dem Umsichgreifen der Guerillas, überall unregelmäßig, aus manchen Provinzen gar nicht mehr eingingen. Auch läßt sich schwer begreifen, wie das französische Cabinet erwarten konnte, daß Mexico jemals im Stande sein werde, sich seiner gegen Frankreich eingegangenen Verbindlichkeiten zu entledigen. In Paris wollte man aber dadurch das mexicanische Kaiserthum, so lange es bestand, von sich abhängig erhalten, und schmeichelte sich, wenn es aufhören müßte, mit der Erwartung, daß die auf dasselbe folgende Regierung es nicht wagen werde, die Anerkennung der Frankreich schuldigen Summen zu verweigern. Auf diese Art glaubte man für alle Fälle gesichert zu sein. Maximilian fühlte sich einen Augenblick von der Last der auf ihm ruhenden Verpflichtungen so niedergedrückt, daß er schon zur Abdankung entschlossen war, ließ sich aber durch die Vorstellungen seiner Gemahlin, der Kaiserin Charlotte,

wieder ermuthigen und schöpfte neue Hoffnungen. Ueberhaupt war dieser Fürst von Natur fest und beharrlich, und wenn auch in Bezug auf Einzelheiten in seinem Verhalten verschiedenen Einflüssen zugänglich, in der Hauptsache, in dem, was er für seine Mission hielt, nicht leicht zu erschüttern.

Die Kaiserin Charlotte glaubte, nachdem sie ihrem Gemahl den Rath gegeben, in seiner Stellung auszudauern, Alles thun zu müssen, um die denselben bedrohenden Gefahren von ihm abzuwenden. Es gab in dem zwischen Frankreich und Mexico abgeschlossenen Vertrage einen geheimen Artikel, nach welchem das französische Expeditionscorps bis zu Ende des Jahres 1868, wenn es der Kaiser verlangte, zu seiner Unterstützung in Mexico bleiben sollte. Die Kaiserin Charlotte wollte diese Bestimmung des Vertrages in Paris persönlich geltend machen, außerdem eine Vermehrung der französischen Hülfstruppen und Subsidien für Mexico bei dem französischen Cabinet auswirken, und dann in Rom dem Papst ein Concordat vorschlagen, das dem mexicanischen Clerus günstige Bedingungen enthielt, und ihn auf Seite des Kaiserthums ziehen sollte. Der Besuch der Gemahlin Maximilian's kam Napoleon III. höchst ungelegen. Der Entschluß, seine Truppen in keinem Fall bis Ende 1868 auf mexicanischem Gebiet stehen zu lassen, geschweige denn, sie zu verstärken, und sich auf keine weiteren Geldbewilligungen für Mexico einzulassen, war bei ihm durch die Besorgniß vor einer Collision mit den Vereinigten Staaten, und die Stimmung, welche in Frankreich über die französische Expedition in Mexico herrschte, unwiderruflich geworden. Bei der Unterredung im Palais von St. Cloud scheiterten die Bitten und Klagen der Kaiserin Charlotte, mit Beschwerden und Vorwürfen über die von dem französischen Cabinet begangene Verletzung gemachter Zusagen gemischt, an der für Napoleon III. nach seiner Meinung vorhandenen Unmöglichkeit, ihnen willfahren zu können. Der Kaiser der Franzosen befand sich allerdings in einer schwierigen Lage, aber es wäre von seiner Seite sittlicher und edler gehandelt gewesen, wenn er einen Theil der üblen Folgen, die aus seinen mit der Expedition in Mexico verbundenen Planen für Maximilian I. hervorgegangen waren, auf sich genommen und sie nicht ausschließend dem Opfer seiner zweideutigen und ehrgeizigen Politik hätte entgelten lassen. Die Kaiserin Charlotte begab sich von Paris (23. August 1866), wo ihre beredten und selbst leidenschaftlichen Vorstellungen vergeblich gewesen, über Miramar nach Rom, um bei Pius IX. Trost und Hülfe, deren letztere er nicht gewähren konnte, zu suchen. Ihre Gesundheit hatte von den Anstrengungen der Reise, in der heißesten Jahreszeit unternommen, gelitten, und ihre moralische Kraft brach unter den hoffnungslosen Bedrängnissen zusammen, denen sie ihren Gemahl und das von ihm unternommene Werk, an dem sie sich so lebhaft betheiligt hatte, ausgesetzt sah. Sie verfiel in Irrsinn und verschwand vom politischen Schauplatz.

Die Abreise der Kaiserin Charlotte, um in Europa Hülfe zu suchen, war in den Augen der republikanischen Partei ein Eingeständniß der Schwäche von Seiten der Monarchie gewesen, und ein Beweis, daß sie jede Hoffnung verloren hatte, sich aus eigener Kraft länger halten zu können. Juarez war durch Mittheilungen aus Washington von der Absicht des französischen Cabinets, das mexicanische Gebiet zu räumen, unterrichtet, und dachte jetzt nur daran, den Zusammensturz des Kaiserreichs zu beschleunigen. Ueberall gingen die Republikaner zum Angriff über. Unter den kaiserlichen Truppen begannen sich Spuren der Auflösung zu zeigen. Die belgische Legion, schon durch Desertionen geschwächt, verlangte nach ihrem rückständigen Solde, und drohte widrigenfalls auseinander zu gehen. Ein vom kaiserlichen General Olvera mit 250 Oesterreichern und 1600 Mexicanern begleiteter Transport wurde von dem republikanischen General Escobedo fortgenommen und ein Theil der mexicanischen Escorte ging zum Feinde über. Die kaiserlichen Truppen unter Parras und Medina fielen zu den Republikanern ab, andere, deren Sold ausgeblieben, zerstreuten sich. Die Franzosen, auf welche die republikanischen Guerillas selten einen Angriff wagten, der außerdem fast immer unglücklich für sie ausfiel, fingen an sich zusammenzuziehen und sich zur Räumung Mexico's anzuschicken. Dem Oberbefehlshaber des französischen Expeditionscorps, Marschall Bazaine, war von Paris aus der strenge Befehl zugekommen, den kaiserlich mexicanischen Generalen keine Vorschüsse mehr zu machen, was bis dahin oft geschehen war. Damit über seine veränderten Plane in Betreff Mexico's kein Zweifel obwalte, untersagte Napoleon III. den französischen Officieren und Militärbeamten den Uebergang in mexicanische Dienste, was früher nie beanstandet worden, und ließ dieses Verbot im Moniteur bekannt machen. Maximilian I. verlor jedoch unter diesen traurigen Anzeichen den Muth nicht. Beweglich in der Wahl der Mittel, die zum Zweck führen sollten, hielt er an diesem, so lange es irgend möglich war, fest. Er hatte sich mit dem Gedanken des bevorstehenden Abzuges der Franzosen fast ausgesöhnt, und suchte seine Armee möglichst zu verstärken, und die festen Plätze in Vertheidigungszustand zu setzen, wobei ihm der Marschall Bazaine, wie aus ihrer gegenseitigen Correspondenz hervorgeht, mit Rath und That beistand. Er hoffte, indem er seine Macht im Mittelpunkt seines Reiches zusammenzog, und die Extremitäten, meist halbe Einöden, aufgab, sich behaupten und seine Gegner ermüden zu können, was, wenn er diesen Plan früher in's Werk gesetzt hätte, seinem Unternehmen vielleicht Erfolg und Dauer verschafft haben würde. Maximilian I. feierte in Chalpultepec das Fest der mexicanischen Unabhängigkeit (16. September 1866) und erklärte unter allen Umständen ausharren zu wollen. Er hatte sich der clerikalen Partei genähert, aus der er einen Theil seines Ministeriums neu besetzte. Er gab sich der Hoffnung hin, dadurch die

Geistlichkeit für sich zu gewinnen und von ihr nachdrücklich unterstützt zu werden, irrte sich aber in dieser Voraussetzung, denn sie that nichts für ihn, während seine Annäherung an sie viele unter seinen Anhängern verletzte und seiner Sache abwendig machte.

Maximilian I. hatte bisher den Schwierigkeiten und Gefahren, von denen er umgeben war, einen von der Aussicht auf endlichen Erfolg getragenen Muth entgegengesetzt, und sich selbst durch die von Seiten des französischen Cabinets erfahrene Täuschung, davon er nach und nach gewahr geworden, nicht beugen lassen. Aber die Kunde von der Geisteskrankheit seiner Gemahlin brachte auf ihn einen erschütternden Eindruck hervor. Seine Gesundheit, die schon vorher von Sorgen und Mühen geschwächt gewesen, erhielt jetzt einen Stoß, den sie nicht mehr verwinden sollte. Er sehnte sich nach Ruhe und Einsamkeit, und beschloß die Hauptstadt zu verlassen und sich nach Orizaba zu begeben, wo ihm außerdem Nachrichten aus Europa früher zukommen konnten. Auf dem Wege dahin kreuzte er sich mit dem französischen General Castelnau, den Napoleon III. mit dem Auftrage nach Mexico sandte, um den Kaiser zur Abdankung zu bewegen, und sich dann mit Juarez und den Vereinigten Staaten über den Schutz der französischen Interessen nach dem Abzug des Expeditionscorps zu verständigen. Seitdem Maximilian I. das versteckte Spiel des französischen Cabinets durchschaut hatte, war ihm Alles, was von dem, den er früher für seinen besten Freund und Verbündeten gehalten, ausging, verdächtig und zuwider geworden. Er war zu stolz, um sich öffentlich in Klagen zu ergehen, aber sein Schmerz über die erfahrene Täuschung machte sich dann und wann in Aeußerungen gegen Vertraute Luft. Obgleich Maximilian I. den General Castelnau, der seinen Weg nach der Hauptstadt fortsetzte, nicht hatte empfangen wollen, so war er doch über den Gegenstand seiner Mission unterrichtet worden. Das Gefühl seiner Verlassenheit, vermehrt durch die Abwesenheit seiner Gemahlin, scheint ihm jetzt den Gedanken an Entsagung des Thrones und Rückkehr nach Europa nahe gelegt zu haben. Er wurde in dieser Absicht durch die traurigen Nachrichten bestärkt, die ihm in der letzten Zeit zugekommen waren. Die am 1. October (1866) fälligen Coupons der französischen Anleihe waren von der Finanzcommission in Paris nicht mehr ausgezahlt worden, was der Anfang zum Staatsbankerutt zu sein schien; Oajacca war an die Republikaner unter Porfirio Diaz übergegangen; die österreichische Besatzung in Jalapa hatte die Waffen gestreckt; von den Franzosen waren alle Punkte am stillen Meer geräumt worden und sie fingen an, sich auf der Linie von der Hauptstadt nach Veracruz zu sammeln, was auf ihren nahen Abzug hinwies. In alle Stellungen, die sie verließen, rückten sofort die Juaristen nach. Der Kaiser hatte, um über seine oben angedeutete Absicht einen Entschluß zu fassen, die Minister und Staatsräthe

zur Berathung nach Orizaba gerufen. Seine Vorschläge waren im Wesentlichen folgende: es solle ein Nationalcongreß, von dem die bisherigen Gegner des Kaiserreichs nicht auszuschließen wären, einberufen werden, um über die künftige Regierungsform, ob Monarchie oder Republik, über die Aufstellung eines Budgets, über die Organisation eines nationalen Heeres, über die Colonisirung des Landes, über die Regelung der Beziehungen zu Frankreich und zu den Vereinigten Staaten zu entscheiden. Von zwei und zwanzig Stimmen sprachen sich zwanzig für Aufrechthaltung des Kaiserreiches und die Ueberzeugung aus, daß, wenn Maximilian I. an das Land appellire, eine große Majorität sich in einem ihm günstigen Sinne aussprechen würde; nur zwei Stimmen erklärten sich für Abdankung. Demgemäß beschloß die Versammlung, den Kaiser zu bitten, wenigstens einstweilen bis zu dem Tage, an welchem der Volkswille sich werde kund gegeben haben, die Regierung fortzuführen (24. November 1866). Dieses Gutachten des Ministeriums und Staatsraths ging wohl weniger aus Vertrauen auf die Stimmung der Nation und die Ueberlegenheit der kaiserlichen Waffen, als aus der Befürchtung hervor, daß eine plötzliche Thronentsagung des Kaisers seine bisherigen Diener der Rache der Republikaner ohne allen Schutz blosstellen würde. Ein allmälig vorbereitetes, unter gewissen Bedingungen eintretendes Aufhören des Kaiserreichs, wenn es durchaus nicht zu vermeiden war, schien weniger gefährlich zu sein. Manchen unter den kaiserlichen Würdenträgern wurde es, wie in der Regel in solchen Fällen, schwer, ihren Stellen ohne weiteres zu entsagen, und sie spiegelten sich gern das Eintreten günstiger Umstände vor, die den Sturz des Kaiserreichs aufhalten könnten; andere wollten vor allem Zeit gewinnen, um sich unterdessen mit den Gegnern auszusöhnen, oder sich die Mittel zu verschaffen, um sich im Ausland eine angemessene Existenz zu sichern. Die Wünsche des Kaisers stimmten mit dem von der Versammlung in Orizaba abgegebenen Gutachten überein. Er hing an der Ausübung der höchsten Gewalt, nicht aus gewöhnlichem Ehrgeiz, sondern wegen der Gelegenheit, die sie ihm zur Regeneration eines großen und schönen Landes bot, über das Fürsten seines Stammes, von Karl V. an, zwei hundert Jahre lang geherrscht hatten, dem er sich deshalb besonders nahe gestellt fühlte. Auch kam es ihm höchst demüthigend vor, wie ein Schiffbrüchiger an die Küste, von der er einst mit so stolzen Hoffnungen ausgesegelt war, zurückgeworfen zu werden. Er beschloß deshalb auszuharren, und hoffte vor dem Abzuge der Franzosen mit der Organisation seiner Armee so weit fertig zu sein, um aus eigener Macht seinen Gegnern die Spitze bieten zu können. Aber um dieselbe Zeit, wo Maximilian I. sich mit der Absicht der Behauptung seiner Krone und nachdrücklichen Widerstandes trug, legten die Franzosen in Folge des Vertrages vom 30. Juli Beschlag auf das Zollamt in Veracruz, und schnitten damit der kaiserlichen Regierung

fast ihre gesammte Baareinnahme ab, und zugleich waren die zwischen Paris und Washington geführten Unterhandlungen über den Abzug des französischen Expeditionscorps und die Wiederherstellung der Republik in Mexico zum Abschluß gediehen und das Ende des Kaiserreichs so gut wie entschieden.

Maximilian I. war hierüber nicht mehr im Dunkeln, hielt aber an seinen Planen fest, und kam auf die Idee eines Nationalcongresses zurück, der aus Mitgliedern aller Parteien bestehen und über die Zukunft des Landes entscheiden sollte. Er begab sich zu dem Ende wieder nach Mexico, wo er von seinen Anhängern, die dort am zahlreichsten waren, mit lauten Freudenbezeugungen empfangen wurde und sich von seinen Umgebungen, die in ihm ihre einzige Stütze sahen, gern überzeugen ließ, daß dies auch in den Provinzen die vorherrschende Stimmung sei, wovon aber das Gegentheil stattfand. Der Zusammentritt eines Congresses war, seitdem der größte Theil des Landes sich in der Gewalt der republikanischen Guerillas befand, eine Unmöglichkeit geworden. Die Wahlen, die ihm hätten vorangehen müssen, würden unter den vorhandenen Umständen zu Gunsten der Republik ausgefallen sein, deren Anhänger aber nicht die Möglichkeit einer Wahl zwischen ihr und der Monarchie zugegeben, und demnach keinen Congreß der Art zugelassen haben würden. Bald nachher wurde ein neuer schwerer Schlag von Seiten des französischen Cabinets gegen das mexicanische Kaiserthum geführt. Die in Maximilian's Dienst stehende Fremdenlegion, 8000 Mann stark, lauter gediente Soldaten, sollte nach den Verträgen noch sechs Jahre nach dem Abzug des französischen Expeditionscorps in Mexico zur Verfügung des Kaisers bleiben. Napoleon III., der jetzt mit dem mexicanischen Kaiserthum so schnell als möglich fertig werden wollte, bestimmte, von Compiegne aus (13. December 1866), daß die Fremdenlegion zugleich mit dem Expeditionscorps nach Frankreich zurückkehren werde. Außer der Unmöglichkeit, den Abgang von 8000 kriegsgeübten Soldaten aus der einheimischen kaiserlich gesinnten Bevölkerung zu ersetzen, mußte der Abzug der Fremdenlegion auch den Rücktritt der zahlreichen, in die kaiserliche Armee freiwillig eingetretenen Officiere und Soldaten französischer und belgischer Nationalität nach sich ziehen, die sich als der Fremdenlegion nahe verbunden betrachteten, und nicht ganz allein in dem fernen und fremden Lande zurückbleiben wollten. Wie wenig jetzt die Kaiserlichen, auf sich selbst beschränkt, der Uebermacht der Republikaner gewachsen waren, bewies die Niederlage, welche Miramon bei San Jacinto, unweit Queretaro, durch Escobedo erlitt, der seinen Sieg durch das Erschießen der Gefangenen entehrte. Der Marschall Bazaine verließ, gemäß der ihm von dem Adjutanten Napoleon III., General Castelnau, überbrachten Ordre, im Anfang Februars die Hauptstadt mit dem, was sich noch von französischen Truppen in derselben befand, und schlug in langsamen

Märschen die Straße nach Veracruz ein. Er hatte den juaristischen Generalen erklärt, daß sie fortan von ihm nichts zu besorgen hätten, da die Zeit der Action für das französische Expeditionscorps vorüber sei, daß er aber einen Angriff von ihrer Seite nachdrücklich zurückweisen werde. Sie wagten es nicht, ihn auf seinem Marsche zu beunruhigen. Als Bazaine Miramon's Niederlage erfuhr, lag er dem Kaiser lebhaft an, sich mit seinen Anhängern dem Abzuge der französischen Armee anzuschließen, indem alle ferneren Versuche, sich auf dem Throne zu behaupten, vergeblich sein würden. Bei der beharrlichen Feindschaft der Vereinigten Staaten gegen das mexicanische Kaiserthum würde dieses, selbst wenn ihm Frankreich 100,000 Mann zu Hülfe schicken wollte, auf die Länge nicht zu halten sein. Bazaine machte den Kaiser darauf aufmerksam, daß ihm, nach dem Abzuge des Expeditionscorps und der Fremdenlegion, der Rückzug nach der Küste vom Feinde versperrt werden könnte. Eine freiwillige Abdankung sei der verständigste und würdigste Ausweg aus drohenden und zwecklosen Gefahren. Aber Maximilian I. wollte das Glück noch weiter versuchen, wenigstens nicht den Verdacht der Schwäche und Muthlosigkeit auf sich laden. Vielleicht glaubte er auch, daß ihm, selbst im schlimmsten Falle, immer noch der Weg nach der Küste offen bleiben werde. Der Kaiser verließ Mexico kurze Zeit nach dem Abzuge der Franzosen, um die Scharte von San Jacinto auszuwetzen und Miramon zu Hülfe zu kommen. In Queretaro, wo er am 19. Februar (1867) einrückte, wurde er vom Volk mit einer Begeisterung empfangen, die im ersten Augenblick aufrichtig gemeint, aber bei der der spanisch-amerikanischen Race eigenthümlichen Wandelbarkeit nicht von Dauer war. Die Behörden hielten Anreden an ihn voll rednerischer Uebertreibungen, in denen er im Voraus als der Besieger seiner Feinde und der Retter Mexico's gepriesen wurde. Es scheint, daß er sich, durch seine deutsche Gesinnung an mehr Ausdauer in den Gefühlen gewöhnt, von diesen Kundgebungen zu sehr einnehmen ließ. Das französische Expeditionscorps (28,000 Mann), die Fremdenlegion (8000 Mann) und viele aus der kaiserlich mexicanischen Armee zurückgetretene französische, belgische und andere Freiwillige wurden im März in Veracruz eingeschifft, um nach Frankreich zurückzukehren. Die französische Regierung hatte sich in der letzten Zeit sehr unfreundlich und ungroßmüthig gegen Maximilian I. gezeigt, obgleich er der Form nach noch immer ihr Verbündeter war, indem sie nicht nur den Vertrag vom 30. Juli 1866 in Betreff der Zolleinnahmen in seinen strengsten Consequenzen geltend machte, sondern auch alles Material, das sie nicht zur See fortbringen konnte, namentlich viele Pferde, um jeden Preis losschlagen ließ, die von Agenten des Präsidenten Juarez und der republikanischen Generale erstanden wurden, um gegen die kaiserlich mexicanischen Truppen gebraucht zu werden. Der Marschall Bazaine, gegen den später

die Anhänger Maximilian's so viele Vorwürfe erhoben haben, trug an der harten und ungerechten Art, mit der Frankreich den Kaiser in der letzten Zeit behandelte, keine Schuld, indem er von Anfang an, in militärischer Beziehung, an ihn sehr einschränkende und für Maximilian nicht immer vortheilhafte Instructionen gebunden, seit der Ankunft des Generals Castelnau nur dem Namen nach an der Spitze des Expeditionscorps stand, in Finanzangelegenheiten aber nie freie Hand gehabt hatte, sondern deren Leitung dem französischen Gesandten in Mexico, Dano, überlassen mußte, dem wiederum sein Verfahren von dem französischen Cabinet in allen Einzelheiten vorgeschrieben wurde. Außerdem war Bazaine nicht in das Geheimniß der zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten in Betreff der Räumung Mexico's und der Abdankung Maximilian's geführten Unterhandlungen gezogen worden. Der Marschall scheint an dem unglücklichen Fürsten einen aufrichtigen Antheil genommen, und die Politik seiner Regierung nicht immer so eifrig, wie in Paris gewünscht wurde, zur Anwendung gebracht zu haben, und wurde deshalb bei seiner Rückkehr nach Frankreich von der officiellen Welt sehr kalt aufgenommen. Ob überhaupt und in wie weit die Bazaine gemachten Vorwürfe wegen Ehrgeiz und Habsucht gegründet sind, muß spätern Untersuchungen und Enthüllungen vorbehalten bleiben. Ueber der letzten Zeit des mexicanischen Kaiserreichs schwebt in mancher Beziehung noch ein Dunkel, das bis jetzt noch nicht ganz aufgeklärt worden ist.

Nach der Einschiffung der Franzosen regten sich die Guerillas drohender und ungestümer als zuvor. Nationalstolz, politischer Fanatismus, Durst nach Rache und nach Beute führten einen großen Theil der Jugend unter die Fahnen der Republik. Es war ein unglücklicher Gedanke, der den Kaiser bewog, seine Hauptstadt, wo ein bedeutender Theil der Bevölkerung auf seiner Seite stand, die, geschickt vertheidigt, schwer einzunehmen war, zu verlassen, und sich in einer offenen, von dominirenden Anhöhen umgebenen Stadt, wie Queretaro, einzuschließen, und sein Heil von der Behauptung eines einzigen Punktes abhängig zu machen. Unerklärbar ist es bis jetzt geblieben, warum Maximilian I., wenn er glaubte, daß sein Geschick sich in Queretaro entscheiden müsse, ein in seinem Dienst stehendes Fremdencorps, darunter viele tapfere Deutsche und fünf hundert ihm ergebene, unerschrockene ungarische Reiter in Mexico zurückließ. Außerdem schickte er den General Marquez mit 4000 Mann aus Queretaro nach der Hauptstadt, und schwächte sich auf diese Art in der Stellung, die er doch für die wesentliche hielt. Man hat daraus schließen wollen, daß er selbst die Absicht gehegt habe, nach Mexico zurückzukehren. Ein anderer großer Fehler war es, daß er den Feind nicht angriff, während derselbe noch auf dem Marsche begriffen war, bevor er sich noch concentrirt hatte, und ihn nicht von den benachbarten Höhen vertrieb und an der Aufstellung seiner Batterien hinderte, was im An=

fange der Belagerung möglich gewesen wäre. In vielen einzelnen Gefechten siegten die Kaiserlichen bei ihren Ausfällen aus Queretaro, und bewiesen nach der Aussage unparteiischer Augenzeugen nicht selten großen Muth, aber der Vertheidiger wurden immer weniger, die Macht der Angreifer nahm täglich zu, es trat Mangel an Lebensmitteln und Trinkwasser in der Stadt ein, während die Belagerer dieselbe immer heftiger beschossen. Zuletzt zählte die Garnison nur noch 5000 Combattanten, während die Belagerungsarmee 50,000 Mann stark war.

Noch wäre es dem Kaiser möglich gewesen, sich an der Spitze der Treuesten und Tapfersten bis an die Küste durchzuschlagen, wozu sich derselbe, so sehr er auch an den mexicanischen Boden gefesselt zu sein schien, vielleicht doch entschlossen haben würde, als der Verrath eines der Seinigen bewirkte, was die Gewalt des Feindes bisher nicht vermocht hatte. Für den 15. Mai war ein allgemeiner Angriff auf die Fronte der Belagerungsarmee beschlossen, und da die ganze Garnison dazu verwendet werden sollte, die Bürgerschaft von Queretaro zur Vertheidigung der innern Stadt aufgerufen worden. Die Vorbereitungen zu dem Ausfall waren am Abend des 14. Mai vollendet. Aber der kaiserlich mexicanische Oberst Miguel Lopez, der schon seit einiger Zeit geheime Verbindungen mit dem republikanischen Hauptquartier unterhielt, scheute sich jetzt nicht mehr vor Begehung eines offenen Verrathes. Lopez war von jeher ein zweideutiger Charakter gewesen, der früher für die Vereinigten Staaten gegen Mexico gekämpft und sich später dem Kaiser angeschlossen hatte, weil er dessen Sache für die stärkere hielt. Seitdem dies anders geworden, hatte er auch seine Meinung verändert, aber noch keine Gelegenheit gehabt, diesen Wechsel zu bethätigen. Es war nicht unmöglich, daß der für den 15. Mai angesetzte Ausfall gelang, und die Linien der Belagerer, da die Kaiserlichen sich bis dahin unter den Augen Maximilian I. immer ausgezeichnet geschlagen hatten, durchbrochen wurden. In diesem Fall konnte der Kaiser Veracruz erreichen, oder auch nach Mexico zurückkehren, was sich noch in der Gewalt seiner Anhänger befand. Immerhin mußten sich die Belagerer auf einen blutigen Kampf und große Verluste gefaßt machen. Es kam deshalb ihren Führern sehr erwünscht, als Oberst Lopez, der die Vorposten der Kaiserlichen befehligte, sich anheischig machte, eine Abtheilung der republikanischen Armee bei nächtlichem Dunkel in das Innere der Stadt einzulassen, ihr Gelegenheit zu geben, die Klöster La Cruz und San Francisco zu besetzen, und die Kaiserlichen, abgesehen von dem Schrecken, den diese Ueberraschung unter ihnen verursachen mußte, zwischen zwei Feuer zu nehmen. Das unerwartete Erscheinen der Republikaner innerhalb der kaiserlichen Linien konnte im glücklichen Falle die Capitulation der Stadt herbeiführen, hinderte aber unter allen Umständen den beschlossenen Ausfall. Escobedo, der das Belagerungscorps befehligte, versprach Lopez für den Verrath,

wenn er gelang, eine Anstellung in der republikanischen Armee und eine baare Belohnung von 10,000 Piastern. Der Anschlag wurde so geschickt ausgeführt, daß er vollkommen gelang. Als die Republikaner in die Stadt eingedrungen waren, wollte Miramon, der während der Belagerung bei den Ausfällen großen Muth gezeigt und dem Feinde schwere Verluste beigebracht hatte, seine Truppen schnell formiren, um den Angriff zurückzuweisen, als er von einem seiner Adjutanten, der für den Verrath gewonnen war, durch einen Pistolenschuß verwundet und dadurch für den Augenblick dienstunfähig wurde. Der Widerstand der kaiserlichen Truppen ward durch Miramon's Verwundung und Entfernung gelähmt, und die Verwirrung nahm unter ihnen bald so überhand, daß Niemand mehr befahl oder gehorchte. Die Reiterei der Belagerer war unterdessen in die Stadt eingedrungen, und umringte den Platz, las Campanas genannt, auf dem sich der Kaiser mit dem General Mejia befand. Ersterer übergab hierauf dem herbeigerufenen General Escobedo seinen Degen mit dem Bemerken, daß er nicht mehr Kaiser sei, indem er schon vor dem Abgang aus Mexico seine Thronentsagung in die Hände des daselbst zurückgebliebenen Ministers Lacunza niedergelegt habe. Die Gefangennehmung Maximilian's wirkte wie ein Donnerschlag auf die Besatzung von Queretaro zurück, die jeden Gedanken an Widerstand aufgab.

Sobald Juarez, der den Sitz seiner Regierung in San Luis Potosi aufgeschlagen hatte, die Nachricht von der Einnahme Queretaro's und der Gefangennehmung Maximilian's erhielt, befahl er den Proceß gegen letzteren und die Generale Miramon und Mejia ungesäumt einzuleiten. Ihr Schicksal konnte vorausgesehen werden. Der Siegesrausch der republikanischen Generale, die Absicht, ein abschreckendes Beispiel aufzustellen, das für immer die Lust zur Wiederherstellung der Monarchie ersticken sollte, die Gleichgültigkeit gegen die Meinung Europa's brachten jede Betrachtung, die zur Schonung der Angeklagten auffordern konnte, zum Schweigen. Maximilian hatte den Wunsch nach einer Unterredung mit Juarez, wie einst der Herzog von Enghien mit Napoleon, und eben so vergeblich ausgesprochen. Am 13. Juni trat das Kriegsgericht, bestehend aus einem Oberstlieutenant als Präsidenten, vier Majors und vier Capitains bestehend, im großen Saal des Theaters Iturbide in Queretaro zusammen. Die Anklage gegen die Gefangenen lautete auf Verbrechen wider die Nation, das Völkerrecht und den öffentlichen Frieden. Maximilian, dessen Gesundheit schon seit längerer Zeit geschwächt war, befand sich im Gefängniß, dem Convent de las Capuchinas, so leidend, daß er vor dem Kriegsgericht nicht erscheinen konnte. Er reichte einen Protest gegen dessen Zuständigkeit ein, sich darauf stützend, daß, da er von der Nation zu ihrem Herrscher gewählt worden, er nur von ihr, aber nicht von einem Kriegsgericht zur Verantwortung gezogen werden könne. Miramon und Mejia waren am ersten Tage der Gerichtssitzung

anwesend. Die Vertheidiger, besonders der des Kaisers, der Advokat Ortega, die sich ihres Auftrages mit Talent, Eifer und Furchtlosigkeit entledigten, führten Alles an, was für ihre Clienten sprechen konnte. Ortega wies, unter anderem, darauf hin, wie unmöglich es sei, den für einen Usurpator und Gewaltherrscher zu erklären, der, wie Maximilian, den mexicanischen Boden ohne Heer, nur von seinem Hofstaat begleitet, betreten habe, und von Veracruz bis Mexico, und später auf seinen Reisen im Innern, überall unter Triumphbogen einhergezogen und mit Jubel empfangen sei. Miramon und Mejia hätten nichts für sich gewollt und gethan, sondern nur dem gedient, den sie, wie er sich selbst, für den Erwählten der Nation hielten. Aber diese und andere Gründe waren vergeblich. Wie gewöhnlich in solchen Fällen war der Proceß nur eine Sache der Form, und der Ausgang schon im Voraus so gut wie festgesetzt. Am 14. Juni, Abends acht Uhr, wurden Maximilian, Miramon und Mejia einstimmig zum Tode durch Erschießen verurtheilt. Der preußische Ministerresident von Magnus nahm sich des unglücklichen Kaisers mit dem wärmsten Eifer an, und that mündlich und schriftlich alles Mögliche, um die Vollziehung des Urtheils zu hindern. Aber Juarez und seine Minister verschlossen sich vor allen Gründen der Humanität und Politik, die zur Schonung Maximilian's riethen, und deren Befolgung geeignet gewesen wäre, die mexicanische Republik mit einem Schein von Großmuth zu bekleiden, der den Eindruck der vielen in ihrem Namen begangenen Frevel und Ungerechtigkeiten hätte mildern können. Am 19. Juni Morgens um 6 Uhr traten Maximilian, Miramon und Mejia aus dem Convent de las Capuchinas, wo sie seit vier Wochen gefangen gehalten worden, bestiegen jeder einen besondern Wagen mit einem Geistlichen zur Seite, und wurden nach dem Platz de las Campanas gebracht, wo sich der Kaiser am 15. Mai an Escobedo ergeben hatte. Daselbst war das Executionscommando aufgestellt. Maximilian, der, obgleich er körperlich leidend war, dem Tode mit ungebrochenem Muth entgegen ging, hatte sich die Gunst ausgebeten und erhalten, daß man nicht nach seinem Gesicht schieße, indem er wünschte, daß seine Leiche seiner Familie so wenig entstellt als möglich ausgeliefert werde, und daß er jedem zu seiner Hinrichtung bestimmten Soldaten ein Geldgeschenk (20 Piaster) machen dürfe. Maximilian und Miramon sprachen einige Worte, in denen jener die Beschuldigung des Ehrgeizes, dieser des Verrathes an seinem Vaterlande zurückwies. Mejia, sonst einer der unerschrockensten unter allen mexicanischen Generalen, war erschüttert, indem er kurz vorher seine Frau, in Schmerz aufgelöst, mit seinem jüngsten Kinde auf dem Arm, gesehen hatte. Miramon besaß mehrere Söhne, die der Kaiser in seinem Testament freigebig bedacht und seiner Mutter, der Erzherzogin Sophie, empfohlen hatte. Außer der Garnison und den Civilautoritäten wohnte Niemand der Hinrichtung bei. Es lag eine tiefe

Stille auf der Stadt. Die Straßen waren wie ausgestorben und die Fenster verhangen. Die beiden Generale waren von den auf sie gerichteten Schüssen auf der Stelle todt, der Kaiser richtete sich noch einen Augenblick lang auf, und wurde erst durch einen auf ihn in nächster Nähe abgefeuerten Schuß vollends zu Tode gebracht. So endigte Maximilian im Alter von fünfunddreißig Jahren, das Opfer einer fremden Politik, die sich seiner für ihre selbstsüchtigen Plane bedienen wollte, und von der er, als er ihr nicht mehr nützlich sein konnte, schonungslos im Stich gelassen wurde. Wie man auch über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit seines Unternehmens urtheilen mag, so ist doch so viel gewiß, daß er sich im Unglück, das den Probierstein menschlichen Werthes ausmacht, seiner hohen Geburt und des großen, von ihm erstrebten Zieles würdig gezeigt hat.

Bald nach der tragischen Katastrophe in Queretaro ging auch die Hauptstadt an die Republikaner über (21. Juni), nachdem sie sich zwei Monate lang mit Entschlossenheit gegen sie vertheidigt hatte. Die Nachricht von der Hinrichtung Maximilian's war anfänglich nicht geglaubt worden, und hatte, als sie sich bestätigte, einen tiefen und schmerzlichen Eindruck gemacht. Die in Mexico befindlichen fremden Truppen erhielten freien Abzug. Von den Einheimischen, welche dem Kaiser gedient hatten, wurden die Befehlshaber, vom Capitain bis zum General aufwärts, von zwei bis zu sieben Jahren Gefängniß, je nach ihrem Grade, verurtheilt. Die Lieutenants, Unterofficiere und Soldaten wurden wegen ihrer Betheiligung am Kriege nicht zur Untersuchung gezogen. Der republikanische General Porfirio Diaz, der vor Mexico, wie Escobedo vor Queretaro, commandirt hatte, zeigte sich nach dem Siege milder als es in diesem Kriege gewöhnlich gewesen. Nur die kaiserlichen Generale Mendez, O'Horan und Vidaurri, die, anstatt sich nach der Capitulation Mexico's bei dem republikanischen Gouverneur zu melden, wie unter Androhung der Todesstrafe befohlen worden, sich daselbst verborgen halten wollten, wurden erschossen. Im Innern des Landes übte die republikanische Reaction gegen die besiegten Kaiserlichen anfänglich viele Gewaltthätigkeiten aus, bis das wilde Chaos sich allmälig einigermaßen beruhigte. Am 15. Juli (1867) langte Juarez mit den Ministern wieder in der Hauptstadt an. Ohne Zweifel hat er durch den ausdauernden Widerstand, den er der französischen Intervention und dem Kaiserthum entgegensetzte, und durch die geschickte Anknüpfung mit den Vereinigten Staaten, der Demokratie in der neuen Welt einen wichtigen Dienst geleistet, dem auch die Gegner dieses Princips ihre Anerkennung nicht versagen würden, wenn er verständig und großmüthig genug gewesen wäre, das Leben des unglücklichen Kaisers zu schonen. Der von ihm bei dieser Gelegenheit bewiesene Mangel an menschlichem Gefühl und staatlicher Einsicht muß um so mehr befremden, da von zwei Seiten, die keiner Vorliebe für die Monarchie

und einen österreichischen Prinzen verdächtig sein können, von dem nordamerikanischen Gesandten Lewis Campbell und Garibaldi, Gesuche um Schonung Maximilian's bei ihm eingegangen waren.

Die Republiken von Mittel- oder Centralamerika.

In geographischer und ethnographischer Beziehung wäre der größte Theil des ehemaligen spanischen Amerika geeignet, wenn auch nicht ein einziger Staat, aber ein Bund von friedlich neben einander bestehenden Staaten zu sein. Schon Nordamerika stellt, im Vergleich zu Europa, eine große natürliche Einheit dar, und bei Südamerika findet dies in noch höherem Grade statt. Im Ganzen besteht dasselbe aus einer langen Reihe von Gebirgen und Hochebenen, die dem Stillen Meer parallel liegen, und sich stufenweise senken, bis sie im Osten in eine große Ebene auslaufen. Es wird von denselben Strömen und Nebenflüssen bewässert, die zugleich seine Handelsverbindungen bilden. Die Bevölkerung in diesen Republiken ist desselben Ursprungs, eine Mischung von Spaniern und Indianern, welches letztere Element je südlicher um so mehr hervortritt. Diese Staaten haben alle ähnliche Verfassungen, es herrscht unter ihnen dieselbe Sprache und Religion, und dennoch haben sie sich nicht nur zu keinem Bunde unter einander zu gegenseitigem Frieden und Vortheil vereinigen können, sondern sie werden auch von innern Kämpfen zerrissen, und bleiben, welche Partei an der Spitze steht, welche Grundsätze dieselbe auf ihre Fahne schreibt, der Anarchie Preis gegeben. Diese Erscheinung kann nur aus dem Mangel an politischer Einsicht, an staatlicher Moral, als Nachwirkung der spanischen Herrschaft, welche die einzelnen Provinzen ihres Colonialreiches auseinander hielt, und indem sie alle unterdrückte, ihre gegenseitige Eifersucht nährte, erklärt werden. Alle Versuche, deren erster schon von Bolivar im Jahr 1822 angestellt wurde, diese Staaten zu einem Bunde zu vereinigen, sind ohne dauernden Erfolg geblieben. Mexico ist durch seinen Umfang, seine Lage an zwei Meeren, und seine für den amerikanischen Continent bedeutende Volkszahl, immer ein ansehnlicher, wenn auch zerrütteter Staat, dessen Zustände, wie seine letzte Katastrophe beweist, auch auf die Politik der europäischen Mächte von Einfluß sein können. Aber viele unter diesen Republiken führen, ungeachtet ihrer häufigen Umwälzungen und Kriege, ein so enges und dunkles Dasein, daß sie, wie manche asiatische Reiche, nur durch ihre Naturproducte für Europa in Betracht kommen und sonst demselben innerlich fremd bleiben. Indessen gehören diese Bevölkerungen durch Abkunft, Sprache und Religion in den Bereich der europäischen Civilisation, und sind, wie sehr sie auch in mancher Beziehung zurückgeblieben sein mögen, auf Grund der ihnen mit Europa gemeinsamen Elemente, eines politischen

und moralischen Fortschrittes fähig, weshalb auch ihre gegenwärtigen Zustände, aus denen sich für sie, in näherer oder fernerer Zeit, eine bessere Zukunft entwickeln wird, gekannt zu werden verdienen.

Die fünf Republiken von Centralamerika:

Nicaragua. — Guatemala. — San Salvador — Honduras. — Costarica

könnten, eng vereinigt, nicht nur ihre Unabhängigkeit behaupten, sondern auch einen gewissen Einfluß in den transatlantischen Angelegenheiten ausüben, aber sie betrachten sich, obgleich der Form nach in einem Bundesverhältniß zu einander stehend, zugleich als ganz unabhängig, so daß sie gegen ungesetzliche Anmaßung der obersten Gewalt, gegen Parteikämpfe und fremde Einmischung keine Hülfe bei einander finden, und unaufhörlich erneuernden innern Erschütterungen ausgesetzt sind. Obgleich an der Spitze jeder dieser Republiken ein Präsident und eine besondere Regierung stehen, und jede von ihnen beliebig über Krieg und Frieden und Verträge mit andern Mächten entscheidet, greifen die sie betreffenden Begebenheiten so in einander ein, daß sie sich auch in der Darstellung nicht trennen lassen. Eine von diesen Republiken, Nicaragua, obgleich 2200 Quadratmeilen groß und 370,000 Einwohner enthaltend, sah sich in Folge ihrer innern Unruhen eine Zeit lang der größten Schmach ausgesetzt, die einen civilisirten Staat treffen kann, indem sie sich der Gewaltherrschaft eines verwegenen Abentheurers, des Nordamerikaners William Walker, unterwerfen mußte. Dieses Ereigniß ist für die innern Zustände Centralamerika's so charakteristisch, daß es nicht mit Stillschweigen übergangen werden kann.

Walker, der sich schon in den Parteistreitigkeiten seiner Heimath bemerklich gemacht hatte, landete, von den Demokraten in Nicaragua zu Hülfe gerufen, im Juni 1855 im Hafen von Realejo, schlug die ihm entgegengesetzten Truppen, errichtete eine neue Regierung, und ließ sich von ihr zum Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht ernennen. Aus Californien und selbst aus New-York eingetroffene Verstärkungen hatten seine Macht zu Anfang März 1856 auf 1200 Mann vermehrt, und er beabsichtigte jetzt die Moskitoküste in Besitz zu nehmen, wodurch er aber mit den Engländern in Zwiespalt gerieth und den Grund zu seinem spätern Ruin legte. Nicaragua war, wie die übrigen centralamerikanischen Staaten, von innern Kämpfen zerrissen, im ersten Augenblick außer Stande, sich dem unternehmenden Eindringling und seinen verwegenen Genossen zu widersetzen. Aber der öffentliche Geist ermannte sich wieder, und es schien der Bevölkerung schimpflich und unnatürlich, sich von einer Hand voll Abentheurer unterjochen zu lassen. Walker konnte sich nicht einmal

auf den durch seinen Einfluß ernannten provisorischen Präsidenten und Chef der Civilverwaltung, Patricio Rivas, verlassen, der nur auf eine Gelegenheit wartete, um sich gegen ihn erklären zu können. Die Unterstützung, welche England den Gegnern Walkers wegen der Absichten dieses letztern auf die Mosquitoküste in Aussicht stellte, ermuthigte die Costaricaner zu einem Einfall in Nicaragua. Die andern Staaten brachen noch nicht los, fingen aber an, unter einander über ein Bündniß gegen Walker zu unterhandeln. Um diese Zeit gelang es Rivas, sich der Gewalt Walker's durch die Flucht zu entziehen, und in Verbindung mit dem Minister des Auswärtigen, Maximo Jeres, ein Manifest gegen ihn zu verbreiten. Guatemala, Honduras und San Salvador schlossen jetzt ein Defensiv- und Offensivbündniß gegen den fremden Abentheurer ab, der, ungeachtet einzelner Niederlagen, durch Zuzug aus Nordamerika die Mittel fand, das Verlorne wieder zu gewinnen und sich zu behaupten. In Bezug auf die innern Verhältnisse Nicaragua's verfuhr Walker ohne die geringste Rücksicht auf die bestehenden Gesetze. Er ließ Wahlen veranstalten, bei denen alle Mittel der Gewalt und List in Bewegung gesetzt wurden, um ihn als Präsidenten auch der Form nach an die Spitze der Republik zu stellen, wie er als Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht im wesentlichen schon ihr Oberhaupt war. Walker zeigte sich außerdem auch grausam, wenn es darauf ankam, seine Autorität zu befestigen, und ließ, um nur Eines anzuführen, den General Salazar erschießen, weil derselbe sich für Rivas erklärt hatte. Um sich Geld zur Bezahlung seiner Truppen zu verschaffen, zog er das Eigenthum vieler reichen Bürger unter dem Vorwande ein, daß sie sich der Gerechtigkeit entzogen hätten und Verräther seien, nachdem er sie durch Drohungen und Verfolgungen zur Flucht gezwungen hatte. Dieses Uebermaß von Willkühr und Bedrückung erschöpfte endlich die Geduld der Anhänger der nationalen Unabhängigkeit in Centralamerika. Der Präsident von Costarica, General Raphael Mora, der sich durch die Besiegung seines Nebenbuhlers Castro in seiner Stellung befestigt hatte, bereitete sich jetzt ernstlich zu einem Angriff auf Walker vor, und Guatemala und San Salvador folgten diesem Beispiel. Walker unterlag diesen vereinigten Angriffen, nachdem er viele Beweise von Muth und Thätigkeit gegeben hatte, und mußte froh sein, als der Capitän Davis, von der Marine der Vereinigten Staaten, zwischen ihm und seinen Gegnern einen Vertrag vermittelte, der ihm und seinen Leuten freien Abzug verschaffte (Mai 1857). Für den Augenblick war Walker außer Stande, etwas zu unternehmen.

In Guatemala, der größten unter den Republiken in Centralamerika (3540 Quadratmeilen mit 728,000 Einwohnern), fielen in dieser Zeit keine innern Veränderungen vor, und der daselbst zum lebenslänglichen Präsidenten ernannte Carrera übte eine fast unumschränkte Gewalt

aus. In Honduras, an dessen Spitze der General Santos Guardiola stand, ward die Ruhe ebenfalls nicht unterbrochen. In Costarica, der kleinsten unter diesen Republiken (760 Quadratmeilen mit 240,000 Einwohnern), die aber zur Vertreibung Walker's am meisten beigetragen hatte, übte General Mora schon seit Jahren die oberste Gewalt aus. Ein Aufstandsversuch gegen den Präsidenten von San Salvador, Raphael Campo, war erfolglos; derselbe wurde später auf friedlichem Wege durch den General Miguel Santin del Castillo ersetzt (Februar 1858). In Nicaragua trat, an die Stelle des conservativ gesinnten Präsidenten Rivas, der Demokrat Zacala, der sich aber eben so wenig wie nach ihm der oben genannte, frühere Minister des Auswärtigen, Maximo Jeres, halten konnte, worauf der General Thomas Martinez den Präsidentenstuhl bestieg (November 1857). Aber wenn in dieser Zeit der innere Friede in Centralamerika erhalten wurde, so blieben doch die gegenseitigen Rivalitäten nicht aus. Nicaragua und Costarica konnten sich über den Besitz einiger Grenzpunkte nicht vereinigen, und als dies geschehen war, so gab der Transitverkehr zwischen dem atlantischen Ocean und dem Stillen Meer zwischen ihnen Veranlassung zum Streit. Diese Uneinigkeit flößte Walker die Hoffnung ein, sich wieder in Mittelamerika festsetzen zu können. Im December 1857 unternahm er eine neue Expedition, landete an der Mündung des San Juanflusses in Nicaragua, überraschte ein kleines Fort, nahm vier Dampfschiffe weg, und erließ eine Proclamation, in der er sich Präsident und Oberbefehlshaber von Nicaragua nannte. Er unterlag jedoch bald und wurde gezwungen, sich wieder nach den Vereinigten Staaten einzuschiffen. Walker's neues Erscheinen auf centralamerikanischem Gebiet hatte die Wirkung, Nicaragua und Costarica, die schon zum Kriege gegen einander bereit gewesen waren, auszusöhnen, und einen Vertrag über die Transitfrage zwischen ihnen zu Stande zu bringen. — In der Republik San Salvador wurde der General Barrios auf sechs Jahre zum Präsidenten gewählt (Januar 1860), nachdem seine beiden Vorgänger Santin del Castillo und Peralta, jener gezwungen, dieser freiwillig, abgedankt hatten. In Costarica wurde Raphael Mora, welcher im Mai 1859 zum vierten Mal zum Präsidenten der Republik gewählt worden war, am 14. August mit seinem Bruder Joaquin Mora, der den Oberbefehl über die Truppen führte, und dem Kriegs- und Finanzminister Cannas, plötzlich überfallen, eingeschifft und verbannt, ohne daß ihnen sonst ein Leid geschehen wäre, oder ein Kampf stattgefunden hätte. Sein Sturz war das Werk einer Coalition zwischen der liberalen Partei und den in der Republik ansässigen Fremden, namentlich Engländern, Nordamerikanern und Deutschen, deren Rechte Mora, der gegen ihren zunehmenden politischen Einfluß mißtrauisch geworden war, einschränken wollte. An Mora's Stelle wurde ein Arzt, Namens Jose Maria Montalegre, erst zum provisorischen, dann zum

definitiven Präsidenten erwählt. England und Nordamerika bemühten sich um die Wette, den Handel in Centralamerika, eine der erzeugnißreichsten Gegenden der Erde, an sich zu ziehen, und ließen es zu diesem Zweck an Unterhandlungen nicht fehlen, was diesen an und für sich schwachen Staaten eine Bedeutung in der allgemeinen Weltlage gab. England trat durch den Vertrag vom 28. November 1859 einige kleine Inseln: Elena, Utila, Barbarete u. s. w. und das Gebiet der Moskito-Indianer, die vorher unter seinem Protectorat gestanden hatten, an die Republik Honduras unter der Bedingung ab, die Freiheit der Culte zu schützen und jährlich 5000 Piaster auf Verbesserung des öffentlichen Unterrichts zu wenden. Die Abtretung dieser Inseln an Honduras hatte unter den Einwohnern, die lieber unter dem mächtigen britischen Schutze stehen als zu einer kleinen, unruhigen Republik, wie Honduras, gehören wollten, große Unzufriedenheit erregt. Sie wandten sich an Walker, der sie bei ihrem Widerstand unterstützen sollte, und die ihm dargebotene Gelegenheit, sich von neuem in die Angelegenheiten Centralamerika's einmischen zu können, begierig ergriff. Es war bei ihm zur fixen Idee geworden, daselbst eine Rolle zu spielen. Er brachte wieder ein Corps von einigen hundert Abentheurern zusammen. Zu seinem Unglück hatte er sich in seinen Berechnungen und Voraussetzungen geirrt. Er glaubte, als er seine Vorbereitungen im Junius begann, daß die Uebergabe der genannten Inseln von England an Honduras schon vollzogen sei, und daß er es demnach nur mit diesem letztern zu thun haben werde. Dem war aber nicht so. Der Präsident von Honduras, General Santos Guardiola, hatte, als er von Walker's Invasionsplan Kunde erhielt, die Einverleibung der Inseln in die Republik, um Walker mit der britischen Macht in Collision zu bringen, absichtlich verzögert. Walker, von Ungeduld getrieben, landete in den ersten Tagen des August an der Küste von Honduras, nahm die Hafenstadt Truxillo, wo er Waffen und Munition fand, ein, und erließ eine Proclamation, in der er erklärte, nur die Regierung aber nicht das Volk von Honduras bekriegen zu wollen. Der Präsident Santos Guardiola und die anderen Regierungen von Centralamerika trafen bei der Nachricht von diesem kühnen Einfall, den sie für möglich, aber nicht für so nahe bevorstehend gehalten hatten, eiligst Anstalten zum Widerstand. Man kann indessen annehmen, daß Walker, wenn er es allein mit diesen Gegnern zu thun gehabt hätte, sich behauptet haben würde, oder wenigstens nicht sogleich erlegen wäre. Aber wenige Tage nach seiner Landung erschien das englische Kriegsschiff „Icarus" vor Truxillo und verlangte, unter Androhung von Feindseligkeiten, von Walker die Auslieferung einer bedeutenden Geldsumme, die englischen Unterthanen gehöre und sich in der Stadtkasse vorfinde. Es war dies keineswegs der Fall. Der englische Marinecommandant brauchte diesen Vorwand, um gegen die Expedition Walker's einschreiten

zu können. Dieser, zu schwach, um sich in Truxillo länger behaupten zu können, verließ dasselbe und zog landeinwärts. Von da an begannen Walker's Unfälle. Außer den Engländern, die ihm auf dem Fuße folgten, sah er sich auch den Angriffen der herbeieilenden Linientruppen von Honduras ausgesetzt, und die Bevölkerung, welche sich vorher passiv verhalten, stand jetzt ebenfalls gegen ihn auf. Nach der Küste gedrängt, irrte er mehrere Tage lang auf einer einsamen und ungesunden Sandebene umher, ein Schiff erwartend, das ihm aus den Vereinigten Staaten Verstärkung bringen sollte. Als dasselbe endlich ankam, wurde es von dem „Icarus" am Landen gehindert. Zuletzt wurde Walker von allen Seiten umringt und mußte capituliren. Er ergab sich an den Commandanten des „Icarus", der ihn aber den Behörden von Honduras auslieferte, die ihn zum Tode verurtheilten und in Truxillo erschießen ließen (12. September 1860). Seine Genossen wurden verschont. Walker war ein trauriger Beleg für die alte Wahrheit, daß eine übel angewandte Kraft, je größer sie ist, sich um so tiefer verirren kann. Er war kein gewöhnlicher Mensch und trug etwas von einem Eroberer in sich. Hätte er, anstatt sich auf völkerrechtswidrige Unternehmungen zu verlegen, die an die Thaten der normannischen Abentheurer des Mittelalters erinnern, jetzt aber mehr einen räuberischen als heroischen Charakter athmen, seinem Vaterlande regelmäßige Dienste geleistet, so würde er vielleicht etwas Großes vollbracht haben. Er war in Europa gewesen, besaß eine bedeutende Bildung, wurde aber von einem unbändigen Drange sich auszuzeichnen, zu den verwegensten Handlungen getrieben. Die christliche Ergebung, mit der er dem Tode entgegenging, überraschte seine Feinde, die nicht wußten, daß er katholisch war, und diesen Glauben mitten unter einem wilden Leben nie verloren hatte. Er erfüllte vor seinem Ende alle Vorschriften seiner Kirche, und trug bis zum Richtplatz ein Crucifix in seinen Armen. — Dasselbe Schicksal, obwohl aus andern Ursachen, erfuhr bald nachher der ehemalige Präsident von Costarica, Raphael Mora. Er wollte, aus seiner Verbannung in New-York zurückkehrend, seine frühere Stellung mit den Waffen in der Hand wiedergewinnen, und landete Mitte September bei Puntas Arenas. Von da rückte er mit 500 Mann in's Innere vor, um sich der Hauptstadt, San José, zu bemächtigen, wurde aber von den Regierungstruppen unter General Blanco geschlagen, gefangen genommen, und mit seinem ehemaligen Kriegs- und Finanzminister, Cannas, erschossen. Das Traurigste bei dieser Angelegenheit war, daß der damalige Präsident von Costarica, welcher das Urtheil vollziehen ließ, der oben erwähnte Montealegre, ein Schwager Raphael Mora's war.

Das Leben der kleinen Republiken Centralamerika's bestand in einer immerwährenden unfruchtbaren Agitation, die sich gewissermaßen im Kreise drehte, und bei der, ungeachtet einzelner heftiger Ausbrüche,

zuletzt alles wieder auf dieselbe Stelle zurückkam. Wenn einmal ausnahmsweise eine gewisse Ruhe, wie während des Jahres 1861 in Costarica und Nicaragua eintrat, so war dies mehr die Folge der Erschöpfung als eines wirklichen Bedürfnisses der Ordnung. In Nicaragua war im Anfang des Jahres 1862 die Amtszeit des Präsidenten, General Martinez, abgelaufen, und er hätte nach einer Bestimmung der Verfassung nicht wieder gewählt werden sollen, was aber, da man ihn für den Augenblick nicht zu ersetzen wußte, dennoch geschah. Der Präsident von Honduras, General Santos Guardiola, verwickelte sich in Streitigkeiten mit der Geistlichkeit seines Landes, die durch Vermittlung des Primas von Centralamerika, des Erzbischofs von Guatemala Nueva, beigelegt wurden, unterlag aber einem Complot, das von persönlichen Feinden und Nebenbuhlern seiner Macht gegen ihn angestiftet war. Er wurde in seiner Wohnung überfallen und ermordet (11. Januar 1862). Ein Bürgerkrieg schien bevorzustehen, als es dem Vicepräsidenten von Honduras, Venencio Castellanos, gelang, demselben zuvorzukommen und die innere Ruhe wieder herzustellen. In San Salvador erhob sich, wie in Honduras, ein Streit zwischen der geistlichen und weltlichen Autorität, zwischen dem Bischof Saldaña und dem Präsidenten General Barrios, der die Rechte des Staats mit großem Nachdruck handhabte, und damit, ein seltener Fall, beim römischen Hof, an den sich beide Theile gewandt hatten, Anerkennung fand. Im December 1861 wurde Barrios Leben von einer Verschwörung bedroht, die aber von ihm entdeckt und im Entstehen erstickt wurde. Ein Versuch, den Präsidenten von Guatemala, General Raphael Carrera, zu stürzen, mißlang ebenfalls, ließ aber weitere Ruhestörungen befürchten. Carrera, wie Juarez, von indianischer Race, hatte, aus den Reihen der Liberalen hervorgegangen und durch deren Beistand emporgekommen, sich auf Seite der Conservativen geschlagen und dadurch viele Feindschaft gegen sich erregt. Diese beiden großen Parteien welche, ein charakteristischer Zug unserer Zeit, fast die ganze civilisirte Welt in Bewegung setzen, ringen auch in den kleinen centralamerikanischen Republiken um die Macht, obgleich keine von ihnen bis jetzt vermocht hat, ein vollständiges Uebergewicht über die andere zu erringen. Aristokratische, demokratische und klerikale Elemente fluthen von Zeit zu Zeit gegen einander und durch einander, nur das monarchische Princip scheint in den ehemaligen spanischen Colonien des amerikanischen Continents jeden Boden verloren zu haben. Zwei Versuche, dasselbe in Mexico wieder beleben zu wollen, sind gleich unglücklich abgelaufen.

Diese Republiken fühlten von Zeit zu Zeit das Bedürfniß, sich näher an einander zu schließen, und Costarica schlug im Jahre 1861 Nicaragua einen Tractat vor, der von diesem auch angenommen wurde, und zu dessen Beitritt Guatemala, Honduras und San Salvador ein=

geladen werden sollten. In Leon, der Hauptstadt von Nicaragua, sollte ein permanenter Congreß, aus Abgeordneten der Bundesstaaten bestehend, errichtet werden, der über alle innern und äußern Interessen in letzter Instanz zu entscheiden haben würde. Eine von ihm ernannte Commission sollte die Einheit der Gewichte, Maße, Münzen, Ein- und Ausgangszölle festsetzen. Der Antrag wurde, was die Idee betrifft, überall in Mittelamerika günstig aufgenommen, gelangte aber nicht zur Ausführung. Statt dessen kam es zwischen Guatemala und San Salvador zum offenen Bruche, der zum Theil durch den gegenseitigen Haß der Conservativen in Guatemala und der Liberalen in San Salvador, mehr aber noch durch die persönliche Feindschaft der beiden Präsidenten, Carrera und Barrios, erregt wurde. Zuerst bekämpften sich Carrera und Barrios in der Presse, indem sie sich gegenseitig die ärgsten Mißbräuche in ihrer Verwaltung vorwarfen, dann rüsteten sie sich zum Kriege. Sie führten jeder vier bis fünf tausend Mann in's Feld. Carrera begnügte sich aber nicht damit, seinem Gegner Truppen gegenüberzustellen, sondern hielt auch einen Rival desselben in Bereitschaft, Francisco Dueñas, der früher Präsident von San Salvador gewesen, aber gestürzt und verbannt worden war. Barrios und Carrera stießen bei Coatepeque auf einander (23. Februar 1863); letzterer wurde gänzlich geschlagen und mußte sich, nachdem er den vierten Theil seiner Mannschaft verloren hatte, eiligst zurückziehen, verlor aber den Muth nicht. Der Krieg wurde eine Zeit lang unterbrochen, während dessen man auf beiden Seiten Bundesgenossen suchte. Barrios wandte sich an Honduras, wo der Präsident dieser Republik, Francisco Montes, sein Freund und ein eben so entschiedener Gegner Carrera's war. Letzterer gewann die übrigen Republiken für sich, und Mittelamerika, das nicht lange vorher von einer Föderation geträumt hatte, sah sich in zwei feindliche Lager getheilt, die mehr vom Ehrgeiz ihrer Führer als von irgend einem eigenen Interesse in Bewegung gesetzt wurden. Während Barrios sich einen Augenblick von seinem Heer entfernte, proclamirte sich der General Gonzales an seiner Statt zum Präsidenten von San Salvador (29. Juni), worauf eine Spaltung in der Armee entstand. Gonzales wurde am 2. Juli von Carrera angegriffen und zur Flucht genöthigt, worauf sich seine Truppen zerstreuten. Die Erfolge Carrera's nöthigten auch Montes, Präsidenten von Honduras und Barrios Verbündeten, sein Land zu verlassen, in dessen Stelle General Medina gewählt wurde. Carrera konnte endlich zur Belagerung von San Salvador, der Hauptstadt der gleichnamigen Republik, schreiten, die am 26. October capituliren mußte. Barrios war es gelungen sich mit einigen Anhängern heimlich aus der belagerten Stadt zu entfernen. Damit war der Krieg beendigt, den vornehmlich Carrera's Ehrgeiz entzündet hatte. Er befestigte seinen Einfluß in Centralamerika, indem er seinen Anhängern, Francisco

Dueñas in Salvador, Martinez in Nicaragua und Medina in Honduras, zur Präsidentenwürde verhalf. In San Salvador und Honduras folgte auf diese Bewegungen ein aus Erschöpfung entstandenes Bedürfniß der Ruhe. In Guatemala waren unter Carrera's Schutz die Jesuiten mächtig, die, aus Besorgniß vor der Berührung mit den in Europa und Nordamerika herrschenden Ideen, von keiner Einwanderung wissen wollten. Dagegen gedieh in Costarica unter dem im April 1863 gewählten Präsidenten, Jesus Ximenes, religiöse Toleranz und materieller Fortschritt, wenigstens im Vergleich zu den andern südamerikanischen Republiken, wo der Widerspruch zwischen dem exclusiven klerikalen Geist und den demokratischen Verfassungen immer mehr hervortrat, ohne daß sich eine Lösung dieses Gegensatzes ankündigte. Die Conservativen und Liberalen in Centralamerika bekämpften sich, seitdem der Streit mit den Waffen in der Hand aufgehört hatte, in der Presse, und warfen einander unpatriotische Absichten vor. Die Conservativen beschuldigten den gewesenen Präsidenten von San Salvador, Barrios, und seinen Anhang, den Plan der Einführung der Monarchie gehegt zu haben, und die Liberalen klagten Carrera an, mit der kaiserlichen Partei in Mexico im Geheimen einverstanden zu sein. Carrera war, hierin von den meisten Oberhäuptern der südamerikanischen Republiken verschieden, bemüht, mit den europäischen Mächten auf gutem Fuß zu stehen, und lehnte, um nicht Spaniens Mißfallen zu erregen, die Einladung der peruanischen Regierung, die mit dem Cabinet von Madrid gespannt war, zum Beitritt zu einer südamerikanischen Ligue ab. Aus Rücksicht auf die Geistlichkeit, die in Centralamerika noch mehr Einfluß als in Mexico besitzt, wurden mit dem päpstlichen Hofe Concordate abgeschlossen, die demselben, unter dem Vorwand der Religion, eine Einmischung in die innern Verhältnisse dieser Staaten möglich machten. Carrera starb plötzlich (15. April 1865), nachdem er unter der Form der Präsidentenwürde über zwanzig Jahre in Guatemala eine wirkliche Dictatur, und in ganz Centralamerika einen großen Einfluß ausgeübt hatte. In Guatemala trat mit Carrera's Tode keine wesentliche Veränderung ein. Einer seiner Parteigenossen und persönlichen Freunde, der General Cerna, folgte ihm auf dem Präsidentenstuhl. Das Ministerium blieb unverändert. Aber der ehemalige Präsident von San Salvador, Barrios, gedachte Carrera's Tod zur Wiedererlangung seiner verlornen Stellung zu benutzen, fiel aber bei diesem Versuch seinem frühern Gegner und Nebenbuhler, dem jetzigen Präsidenten von Salvador, General Dueñas, in die Hände, der ihn, ungeachtet der Verwendung der Geschäftsträger von Spanien und Peru, des französischen Generalconsuls und anderer bedeutender Personen, erschießen ließ (29. August 1865). Sein Tod, bei dem er große Unerschrockenheit gezeigt hatte, erregte allgemeine Theilnahme und zog Dueñas viele Feindschaften zu, die derselbe aber durch Strenge und Wachsamkeit niederzuhalten wußte.

Guatemala behauptete die Stellung, zu der es unter Carrera in Mittelamerika emporgekommen war, vermied aber nach wie vor jede Collision mit dem Ausland. Bei Eröffnung der gesetzgebenden Versammlung (25. November 1865) erklärte der Präsident Cerna, in dem zwischen Spanien und Chile ausgebrochenen Streit neutral bleiben zu wollen, und ließ sogar eine Vorliebe für ersteres durchblicken, indem er seine Zufriedenheit darüber ausdrückte, die spanische Regierung zum ersten Mal durch einen Gesandten in Guatemala vertreten zu sehen. Cerna verweigerte, wie Dueñas und Ximenes den von Peru und Chile nachgesuchten Beitritt zu einem Bündniß gegen Spanien (April 1866), indem sie erklärten, daß sie in dem bisherigen Verhalten des Madrider Cabinets nicht die Absicht zu erkennen vermöchten, seine früheren Besitzungen in Südamerika wieder erobern zu wollen. — Es hat in Centralamerika nicht an einzelnen Versuchen zu Reformen in der Gesetzgebung, zur Verbesserung der Landeskultur, zu einer regelmäßigen Verbindung mit dem Auslande durch Handelsverträge und Dampfschiffahrt gefehlt, aber die innern Erschütterungen durch Revolutionen und Bürgerkriege, und die unverhältnißmäßigen Kosten, welche ein Militäretat verursachte, der zur Vertheidigung gegen einen ernsten Angriff des Auslandes ungenügend und nur ein Werkzeug für den Ehrgeiz einzelner Machthaber war, lähmten jeden Aufschwung. Diesen fünf Republiken wird sich die Nothwendigkeit der Vereinigung zu einem einzigen Staat und der Errichtung einer centralen Autorität in nicht gar ferner Zeit gebieterisch aufdringen, weil sie sonst unausbleiblich das Opfer immer wiederkehrender innrer Unruhen und gegenseitiger Befehdungen werden müssen.

Die südamerikanischen Republiken.

Der allgemeine Charakter der socialen und politischen Zustände in diesen Republiken unterscheidet sich in nichts Wesentlichem von denen in Centralamerika, nur daß die Ereignisse in ersteren auf einem räumlich größeren Schauplatze vorgehen, und einen wo möglich noch unregelmäßigeren und verwickelteren Verlauf annehmen, der die Aussicht auf eine endliche Consolidirung in eine vielleicht noch weitere Ferne hinausstellt. Aus den ohne Unterlaß sich erhebenden innern Kämpfen gehen improvisirte Gewalthaber hervor, die unter republikanischen Formen oft wahre Despoten sind, und gewöhnlich nach einiger Zeit von andern mit ihnen rivalisirenden aber sonst ganz ähnlich gesinnten Parteiführern gestürzt werden. Das Auffallendste in dieser Anarchie ist, daß sie nie zu irgend einem Abschluß kommt, kein bestimmtes Resultat von einiger Dauer liefert, sondern daß in ihr die Ereignisse wie Wogen auf Wogen

auf einander folgen, sich brechen und wieder erneuert werden, und ein eben so bewegliches als einförmiges Bild gewähren. Es fehlt in diesen Staaten nicht an civilisatorischen Elementen, denn die Religion, die Sprache, die Gesetze sind dieselben wie in Europa, und selbst die an ihnen haftenden Gebrechen hängen mit den Principien zusammen, von welchen das Leben der vorgeschrittensten Völker erfüllt ist. Aber jenen civilisatorischen Elementen fehlt die Kraft, sich zu einem Ganzen zu verbinden, sie werden zu häufig von dem Andrange einer ursprünglichen Barbarei unterbrochen, und liegen zerstreut und vereinzelt, ohne Zusammenhang unter einander und deshalb ohne Wirkung auf das Allgemeine da. Auch mangelt es in dem ehemals spanischen Amerika keinesweges an ausgezeichneten Talenten und energischen Charakteren, aber es geht ihnen die lange selbständige Vorbildung des europäischen Geistes ab. Sie haben ihre Ideen, ohne eigenes Zuthun, schon fertig überkommen, und verstehen es nicht, wie die Nordamerikaner, ihnen eine für ihre besondern Verhältnisse geeignete Anwendung zu geben. Die natürliche Kraft ihres Wesens ist bisher ohne ein angemessenes Ziel geblieben, und verzehrt sich nur zu oft in gewaltsamen und zugleich ohnmächtigen Bestrebungen des Ehrgeizes und der Herrschsucht, die fast immer ohne Vortheil für das Ganze sind, und sehr oft zum Verderben der Einzelnen ausschlagen.

Venezuela.

An die Stelle des im Jahr 1859 gestürzten Präsidenten Monagas, der wenigstens einen Schein von Ordnung in der seit lange gewohnten Anarchie wiederhergestellt hatte, trat der General Julian Castro, der zwischen den beiden kämpfenden Parteien, den Oligarchen und Föderalisten, sich durchzuwinden suchte, aber ersteren, zu denen er ursprünglich gehört hatte, verdächtig und abgesetzt wurde (August 1859). Oligarchen und Föderalisten waren nur andere Namen für Conservative und Liberale, Constitutionelle und Radikale, die, so sehr sie auch in der Theorie von einander abweichen mochten, in der Praxis sich sehr ähnlich sahen. Die Oligarchen wählten Pedro Gual zum provisorischen Oberhaupt der Republik und schlugen die Föderalisten bei mehreren Gelegenheiten, geriethen aber mit Frankreich in Streit, weil sie den französischen Generalconsul Levraud, der es, nach ihrer Meinung, mit Monagas und den Föderalisten hielt, nicht länger in Venezuela dulden wollten. Unterdessen bekämpften sich die beiden Parteien in allen Provinzen, plünderten, brandschatzten da, wo die eine von ihnen die Oberhand hatte, und dies immer im Namen der Verfassung und der Freiheit. Nachdem die Föderalisten bei Coyle durch die Regierungstruppen unter dem General

Leon de Febres Cordero eine blutige Niederlage erlitten hatten (17. Februar 1860) konnten die nöthigen Anstalten zur Wahl eines Präsidenten gemacht werden, und die Kammern nach längerer durch den Bürgerkrieg verursachter Unterbrechung wieder zusammentreten. Manuel Felipe Tovar bestieg den Präsidentenstuhl und das bisherige provisorische Oberhaupt, Pedro Gual, wurde Vicepräsident. Tovar gehörte einer der ältesten spanischen Familien des Landes an, und Gual hatte immer für Ruhe und Ordnung zu wirken gesucht Aber beide besaßen keine Uebung in Geschäften, keine Kenntniß der Parteien und innern Zustände. Die Finanzen befanden sich in der traurigsten Lage. Seit zwei Jahren konnte Venezuela nicht mehr die Interessen für seine Staatsschuld aufbringen; die Beamten hatten seit sieben Monaten keine Besoldung empfangen, und die Einnahmen aus den Zöllen waren auf zwei Jahre hinaus verpfändet. Die Regierung brachte nur mit Mühe ein Anlehen im Lande selbst, bei den reichen Pflanzern zu Stande, um den Truppen ihren Sold auszahlen zu können, ohne welches Auskunftsmittel die Unordnung noch größer geworden wäre. Denn der Bürgerkrieg hatte, ungeachtet des Zusammentretens der Kammern keinen Augenblick lang aufgehört. Die Oligarchen waren in der Regel in den Städten, die Föderalisten auf dem platten Lande die stärkeren. Die herrschende Partei überwarf sich jetzt, außer Frankreich, auch mit Spanien, indem sie für die Ermordung und Beraubung mehrerer spanischen Ansiedler jede Genugthuung unter dem Vorwande versagte, daß diese Gewaltthätigkeiten nicht von ihr, sondern von der Gegenpartei, den Föderalisten, verübt worden. Das Ministerium hatte mehrmals verändert werden müssen, weil es den Forderungen des Augenblicks nicht genügen konnte. Jetzt trat derselbe Fall mit dem Präsidenten ein. Tovar mußte sich zurückziehen und Gual trat in seine Stelle, war aber entweder nicht glücklicher oder nicht geschickter als sein Vorgänger. Der Parteikampf dauerte ununterbrochen fort, und die Oligarchen machten von der momentanen Ueberlegenheit, welche ihnen der Besitz der Regierung gewährte, den schrankenlosesten Gebrauch. Geld- und Gefängnißstrafen, selbst Tod und Verbannung wurden, ohne anderes Recht als das der Gewalt, über Jeden verhängt, der im Verdacht stand, sich zu den Grundsätzen des Föderalismus zu bekennen. Man fing schon an, die von dieser Partei keinesweges mild geübte Dictatur zurückzuwünschen, als sich plötzlich in Caracas, in der Nacht vom 28. zum 29. August, der vorher wenig bekannt gewesene Oberst Echezuria an die Spitze einer ihm ergebenen Truppenabtheilung stellte, die bestehende Regierung umstieß, und den General Paez zum Oberhaupt des Staates proclamirte. Dieser, obgleich sehr bejahrt und schon in den Befreiungskriegen gegen die Spanier thätig, aber noch immer ehrgeizig, langte am 7. September (1861) in Caracas an, und ernannte ein Ministerium, in welchem Echezuria als Kriegs-

minister und Pedro Rojas als Minister des Innern, den meisten Einfluß ausübten. Paez hatte früher eine bedeutende Rolle gespielt, war aber seit vielen Jahren von den Geschäften entfernt, und jetzt außer Stande, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Doch wünschte er den innern Krieg beendigt zu sehen und hatte zu dem Ende in Carabobo eine Zusammenkunft mit dem ausgezeichnetsten der föderalistischen Generale, Falcon, die aber ohne Erfolg blieb. Wenn auch beide damals aufrichtig den Frieden wollten, so war dies keinesweges die Meinung ihrer Anhänger, von denen sie abhingen. Unter diesen gefielen sich die Einen, die Anführer, in der Rolle, die ihnen die innern Unruhen zu spielen gaben, die Andern lebten vom Kriege und würden ohne ihn ihrer Unterhaltsmittel, wenigstens für den Augenblick, verloren gegangen sein. Paez zeigte sich übrigens als einen ächten Parteimann seines Landes, indem er ohne Beobachtung irgend einer gesetzlichen Form Geld erpreßte, wo er solches fand, und auch bei Gelegenheit grausam war, und, unter anderem, zwei föderalistische Generale, Herrera und Paredes, die in einem Gefecht gefangen genommen worden, erschießen ließ. Dies war nicht das Mittel, die innere Ruhe wieder herzustellen, denn die Föderalisten ließen sich durch diese Gewaltthaten nicht einschüchtern, sondern erwiederten sie in vollem Maß, und die Anarchie nahm immer mehr überhand. Die Verwaltung des General Paez war eine rein militärische Dictatur, und wenigstens eben so drückend wie die seiner Vorgänger. Dies wurde zuletzt auch von der Partei, zu der Paez gehörte, eben so sehr wie von den Gegnern gefühlt. Rojas, der früher Paez rechte Hand in Staatsangelegenheiten gewesen, verständigte sich im Geheimen mit dem föderalistischen General Guzman Blanco (22. Mai 1863), um eine neue Ordnung der Dinge zu gründen. Eine Junta wurde einberufen, in deren Hände Paez seine Gewalt niederlegte (15. Juni). Auch Rojas zog sich zurück, nicht ohne vorher seine Ernennung zum General, obgleich er nie vorher im Militärdienst gewesen, durchgesetzt zu haben, wie man vermuthete, um an diesem Titel ein Instrument zu künftiger Action zu besitzen. Die Junta ernannte provisorisch Falcon zum Präsidenten und Guzman Blanco zum Vicepräsidenten der Republik. Die Föderalisten oder Liberalen hatten demnach gesiegt, aber mehrere Generale der Oligarchen oder Conservativen, unter denen Cardero den meisten Ruf besaß, unterwarfen sich dem Beschluß der Junta nicht, und errichteten in Puerto Cabello eine Gegenregierung. Die Föderalisten glaubten ihre Stellung durch eine neue Organisation des Staates sichern zu müssen. Zu dem Ende sollte eine constituirende Versammlung einberufen werden, zu der die Wahlen im October ausgeschrieben wurden. Um Anhang zu gewinnen und den Dissidenten in Puerto Cabello entgegenzuwirken, traf Falcon, der bis zum Zusammentreten der constituirenden Versammlung eine dictatorische Gewalt ausübte, die freisinnigsten Maßregeln, rief die

Verbannten zurück, begnadigte die politischen Gefangenen, erklärte Gewissensfreiheit, Abschaffung der Todesstrafe u. s. w., konnte aber die immer drückender werdenden Finanzverlegenheiten nicht beseitigen. Am 24. December (1863) ward die constituirende Versammlung eröffnet, die Falcon und Guzman Blanco in ihren Würden bestätigte. Falcon erhielt außerdem bald nachher zur Belohnung für seine Dienste den etwas pomphaften Titel: Großbürger und Marschall der Vereinigten Staaten von Venezuela, wie von jetzt an das, was früher die Republik Venezuela hieß, genannt wurde. Es schien nämlich den Föderalisten, die jetzt an der Spitze standen, nothwendig, die äußere Form des Staates mit ihren eigenen Grundsätzen in Uebereinstimmung zu bringen, und eine Bundesrepublik an die Stelle der bisherigen Einheitsrepublik zu setzen. Venezuela sollte fortan aus 20 Staaten bestehen, die in ihren innern Angelegenheiten bis auf einen gewissen Grad von einander unabhängig waren, aber von denselben Civil- und Criminalgesetzen regiert wurden, ein Militärcontingent zu gemeinsamer Vertheidigung stellten, und in Betreff der Canal- und Flußschiffahrt und des Transito bestimmte Pflichten gegen einander zu beobachten hatten. Die Regierung in allen diesen Staaten war demokratisch, wählbar und verantwortlich. An der Spitze des ganzen Bundes standen ein Senat und eine Repräsentantenkammer, welche die gesetzgebende Macht ausübten, über Krieg und Frieden abstimmten, und die diplomatischen Conventionen bestätigten oder verwarfen. Der Präsident, welcher auf vier Jahre gewählt wird, übt unter der obersten Controle der Kammern die vollziehende Gewalt aus. Ein Staatsgerichtshof, aus fünf Mitgliedern bestehend, entscheidet über Competenzfragen zwischen den öffentlichen Gewalten, über Conflicte zwischen den einzelnen Staaten, über völkerrechtliche Fragen u. s. w. Die Sklaverei ist für immer abgeschafft, und alle Bürger genießen, ohne Unterschied der Race und Herkunft, dieselben Rechte. Die Preßfreiheit und das Vereinsrecht sind gewährleistet. Es besteht Gewissensfreiheit, aber nur der katholische Cultus kann öffentlich ausgeübt werden. — Ein tieferes Bedürfniß als diese Verfassung, die am 1. März 1864 proclamirt wurde, aber mehr ein idealer Plan blieb, als daß sie tief in die Wirklichkeit eingegriffen hätte, war die Reform der Finanzen, der, obgleich vor allem eine Nothwendigkeit, fast unüberwindliche Hindernisse: schlechte Routine, selbstsüchtige Privatinteressen, Mangel an Erfahrung — entgegenstanden. Die Regierung flößte weder den einheimischen noch fremden Capitalisten Vertrauen ein, die Zolleinnahmen waren im Voraus verpfändet, Frankreich und die Vereinigten Staaten verlangten Entschädigung für die ihren Staatsangehörigen in Venezuela widerfahrenen Rechtsverletzungen. Die Sendung des Vicepräsidenten Guzman Blanco nach England, um dort ein Anlehen abzuschließen, war ohne hinreichendes Resultat geblieben. Was damit erlangt

worden, half kaum den dringendsten Bedürfnissen vorübergehend ab. Zu der Geldnoth kamen innre und auswärtige Verlegenheiten politischer Natur. Die conservative Partei war aus dem Besitz der Staatsgewalt gedrängt worden, hatte sich aber dem Sieger nicht unterworfen, und hoffte auf eine ihr günstige Wendung der Dinge. Die Häupter mehrerer einzelner Bundesstaaten machten Miene, sich von der Controle der Centralregierung befreien zu wollen. Auf verschiedenen Punkten des Gebiets der Republik brachen anarchische Bewegungen aus. Im Staat Aragua wurde der Chef der vollziehenden Gewalt, General Alcantara, von dem General Suarez gestürzt. Im Staat Apure ließ sich die Regierung von ihren Gegnern einschüchtern und dankte freiwillig ab, und im Staat Guarico erließ der General Sotillo eine Proclamation, in der er die Minister des Präsidenten Falcon heftig angriff, und den Unzufriedenen in den benachbarten Provinzen Beistand versprach. An vielen andern Orten brachen ebenfalls Unruhen aus. Um diesen mit mehr Nachdruck begegnen zu können, wurde ein Wechsel in der obersten Stelle vermieden und Falcon wiederum zum Präsidenten gewählt, obgleich er im Grunde um die Regierung sich wenig bekümmerte, viel von Caracas abwesend war, und alle wichtigen Angelegenheiten dem General Guzman Blanco überließ, der, nachdem die gesetzliche Zeit seiner Vicepräsidentschaft abgelaufen war, die Ministerien des Krieges und des Auswärtigen übernahm. Es schien übrigens ziemlich gleichgültig, wer dem Namen nach sich an der Spitze der Regierung befand, denn die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden griff immer mehr um sich. Im Staat Apure verjagten die Conservativen den föderalistisch gesinnten Präsidenten Garcia (November 1865), und begingen außerdem Gewaltthätigkeiten gegen englische und nordamerikanische Schiffe. Zu den Unruhen im Innern kam die Gefahr eines Krieges mit Spanien, in den Venezuela mit Peru, Chile u. s. w. hineingezogen zu werden im Begriff stand.

Die Vereinigten Staaten von Colombia.

Diese Republik hat die in den aus ehemaligen spanischen Colonien entstandenen Staaten gewöhnlichen Alternativen zwischen Anarchie und Dictatur durchgemacht und außerdem auch ihren Namen mehrmals verändert, ohne daß daraus ein erhebliches Resultat irgend einer Art, weder für sie selbst noch für andere, hervorgegangen wäre. Die häufigen politischen Erschütterungen in jenen Gegenden haben nicht dieselbe Bedeutung, wie die gleichzeitigen Ereignisse in Europa. Es wird damit weder ein neues Princip realisirt, noch eine Umgestaltung der Außenwelt herbeigeführt, sondern Alles bleibt in engen Grenzen eingeschlossen und nur die Handelsinteressen werden auf einzelnen Punkten von diesen Bewe=

gungen berührt. Die einzige wirklich große Erscheinung unter den dort vorgefallenen Dingen war das Losreißen dieser ehemaligen Colonien von Spanien und ihr Emporwachsen zu unabhängigen Staaten, weil dadurch die im Norden schon im vorigen Jahrhundert begonnene Emancipation Amerika's auf den ganzen Welttheil übertragen wurde, was nicht ohne bedeutende Folgen für den Gang der Geschichte und die Entwicklung Europa's selbst bleiben wird. Diese Folgen gehören aber, was den Süden Amerika's betrifft, mehr der Zukunft an, während sie im Norden schon jetzt eingetreten sind. Bisher waren die ehemaligen spanischen Colonien stationär wie das Mutterland, wenn auch unter andern staatlichen Formen. Sie drehen und winden sich, um die moralischen Nachwehen des Jochs, das so lange auf ihnen gelastet hatte, los zu werden, und eine definitive Lösung der ihnen gestellten Aufgabe zu finden, was ihnen bis jetzt nicht gelungen ist. Diese Lösung wird nicht ausbleiben. Denn ihre Befreiung von der spanischen Herrschaft war eine zu große Thatsache, als daß sie nicht auf die Länge eine ihr entsprechende Wirkung nach sich ziehen sollte.

Das Föderativsystem, welches in der anfänglich Neu-Granada, später die Vereinigten Staaten von Neu-Granada, genannten Republik an die Stelle der Centralisation trat, hat daselbst bis jetzt keine heilsamen Früchte getragen, sondern nur noch mehr Gelegenheit als vorher zur Befriedigung des Ehrgeizes und der Neuerungssucht gegeben. Die Theilung der Republik in verschiedene Staaten, unter einer obersten schwach organisirten Autorität, war nicht, wie in Nordamerika, geeignet, das Gefühl der Freiheit zu befestigen, sondern begünstigte nur den Hang zu innerer Unruhe und Partheiung, der seit dem Unabhängigkeitskriege in der Bevölkerung entstanden war. Die von dem Präsidenten, Mariano Ospina, an den Congreß bei dessen Eröffnung gerichtete Botschaft (1. Februar 1860) legte die traurige Lage der Republik unumwunden dar. Das Deficit in den Finanzen nahm mit jedem Jahre zu, und man sah kein Mittel, diesem Uebelstande abzuhelfen. Die Ausgaben überstiegen schon seit lange die Einnahmen, und ohne die theuer erkaufte Hülfe einheimischer und fremder Capitalisten würde die Staatsmaschine still gestanden sein. Unter den acht Staaten, aus denen die Conföderation zusammengesetzt war, lagen fünf, theils unter sich, theils mit der Centralautorität in beständigem Streit. Das republikanische Föderativsystem verlangt eben so viel Einsicht, Mäßigung und politische Reife, als die parlamentarische Monarchie, und war die unangemessenste Staatsform für eine Bevölkerung, die so lange unter dem spanischen Despotismus gestanden hatte. Wenn die Hispano-Amerikaner nicht zur Monarchie zurückkehren wollten, was bei dem üblen Ruf, den sie unter ihnen seit der spanischen Zeit zurückgelassen hatte, bei dem Mangel an geeigneten Individuen zur Gründung einer Dynastie, und überhaupt bei dem tiefen

Bruch mit allen monarchischen Traditionen, vielleicht unmöglich war, so blieb die Einheitsrepublik das einzige Mittel, der Anarchie wenigstens bis auf einen gewissen Grad vorzubeugen, und das Volk allmälig an innere Ruhe und Gesetzlichkeit zu gewöhnen.

Die Ungewißheit des ganzen Zustandes wurde noch durch die Aussicht auf die bevorstehende Präsidentenwahl vermehrt, zu der die beiden streitenden Parteien, die Conservativen und Demokraten, sich auf das eifrigste vorbereiteten. Der Candidat der ersteren war General Harran, der militärischen Ruf besaß, einer bedeutenden Familie angehörte, aber nicht die erforderliche Entschiedenheit des Charakters besaß. Er war damals Gesandter bei der nordamerikanischen Union, aber entschlossen, bei Gelegenheit der Wahlen in seiner Heimath anwesend zu sein. Unter den Demokraten gab es mehrere Bewerber um die erste Stelle in der Republik, von denen aber nur zwei Aussicht auf Erfolg hatten, der Advokat Manuel Murillo Toro und der General Mosquera, der früher Präsident von Neugranada und conservativ gewesen, aber zu den Demokraten übergegangen und eines ihrer Häupter geworden war. Mosquera war Gouverneur des Staates Cauca, und obgleich Schwiegervater des Generals Harran, von diesem gegenwärtig durch seine politischen Plane und seine Parteistellung getrennt. Seit dem Jahr 1859 war in mehreren Theilen der Conföderation eine beständige demokratische Agitation fühlbar, die im Norden in den Staaten Santander und Bolivar, und im Süden im Staate Cauca besonders hervortrat. In Santander und Bolivar begnügte man sich damit, nach der Centralregierung nicht zu fragen, in Cauca setzte man sich in offenbaren Widerspruch zu ihr. Mosquera, der daselbst in seiner Eigenschaft als Gouverneur die Conservativen unterdrückte, um die Stimmen der Demokraten für die bevorstehende Präsidentenwahl zu gewinnen, erregte so großen Haß gegen sich, daß es dem zu der conservativen Partei gehörigen Commandanten der kleinen Stadt Cartago, Carrillo, gelang, eine Abtheilung Regierungstruppen zum Angriff auf Mosquera fortzureißen, der aber Sieger blieb und seinem Gegner bei Buga eine blutige Niederlage beibrachte (10. Februar 1860). Mosquera, der aus dem Umstande, daß Carrillo im Namen der Bundesregierung gehandelt hatte, auf eine Mitwissenschaft derselben mit ihm schloß, warf jetzt die Maske ab, brach mit der Centralautorität und proclamirte die Unabhängigkeit des Staates Cauca. Dieses im Süden der Conföderation gegebene Beispiel ward im Norden von den Staaten Santander und Bolivar nachgeahmt, die sich ebenfalls vom Bunde trennten. Aber General Harran, der unterdessen aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt war, erhielt vom Congreß das Commando gegen die beiden insurgirten Provinzen, schlug ihre Truppen, so daß sie sich zerstreuten, und stellte die Ruhe wenigstens bis auf einen gewissen Grad im Norden wieder her. Im Süden, an der Grenze von Cauca, operirten für die Central-

regierung die Generale Enao und Paris, die, nach einem unentschieden gebliebenen Gefecht gegen Mosquera, auf die von demselben gemachten Vergleichsvorschläge eingingen, nach welchem die Demokraten in Cauca die Waffen niederlegen, die Autorität des Bundes anerkennen und dagegen einer allgemeinen Amnestie theilhaftig werden sollten. Der Congreß zögerte, letztere Bedingung, die ihm als eine unwürdige Schwäche erschien, und Mosquera's Verbleiben in seiner Gouverneursstelle einschloß, zu bestätigen. Die Zeit der Präsidentenwahl war unterdessen herangekommen, und unerwarteter Weise wurde nicht General Herran, obgleich er die Unruhen im Norden gestillt hatte, sondern der Führer der exaltirtesten Fraction unter den Conservativen, Arboleda, zu dieser Würde erhoben. Dies hieß der demokratischen Partei, die zahlreich und mächtig war, den Fehdehandschuh hinwerfen. Herran hatte, durch sein in den Augen der Conservativen zu schonendes Verhalten gegen die Aufständischen, ungeachtet des Verdienstes sie besiegt zu haben, das Vertrauen seiner Partei verloren. Mosquera, der sich durch die Wahl eines so entschiedenen Gegners der Demokratie, wie Arboleda, zum Präsidenten der Republik, von den gegen die Generale Enao und Paris eingegangenen Verpflichtungen für befreit hielt, brach den Frieden, fiel unerwarteter Weise in den Staat Antioquia ein, schlug den General Paris, der ihn mit geringer Macht aufzuhalten suchte, und zog gegen die Hauptstadt Bogota, die sich nach kurzem Widerstande ergab (18. Juli 1861). Theils um die Leidenschaften seiner Partei zu befriedigen, theils von persönlicher Rache getrieben, entehrte Mosquera seinen Sieg durch Erpressungen, Confiscationen und Hinrichtungen, und ließ drei der notabelsten Bewohner von Bogota, den Intendanten der Conföderation, Aguilar, die erste Magistratsperson der Hauptstadt, Placido Morales, und einen der reichsten Eigenthümer, Ambrosio Hernandez, erschießen. Einige Wochen vorher hatte er den ehemaligen Präsidenten der Republik, Mariano Ospina, und dessen Bruder, Pastor Ospina, die in einem Gefecht zu Gefangenen gemacht worden, eben so behandeln wollen, war aber durch Vorstellungen der fremden Gesandten und Consuln, die sich aus der Hauptstadt in sein Lager begaben, umgestimmt worden. Um seiner Gewalt einen Schein von Gesetzlichkeit zu verleihen, berief Mosquera eine außerordentliche Versammlung aus Deputirten von sieben Staaten, in welchen seine Partei dominirte, nach Bogota ein. Denn einen regelmäßigen Congreß hätte er nicht zu Stande bringen, und wenn dies möglich gewesen wäre, nicht die Stimmenmehrheit auf ihm erlangen können. Diese Versammlung erließ eine neue Constitution, veränderte den bisherigen Namen der Conföderation in den „Vereinigte Staaten von Colombia" und ernannte Mosquera zum Präsidenten auf unbestimmte Dauer (20. September 1861). Ein Anhänger Mosquera's, Nieto, sollte dem Präsidenten im Fall des Ablebens folgen. Mosquera bieb den Traditionen der Parteikämpfe

in den südamerikanischen Republiken treu und zeigte sich nicht nur gegen seine einheimischen Gegner hart und willkührlich, sondern verwickelte sich auch in Streitigkeiten mit den Vertretern der fremden Mächte, indem er sie zwingen wollte, diejenigen Personen, welche bei ihnen, um politischen Verfolgungen zu entgehen, ein Asyl gesucht hatten, auszuliefern. Selbst gegen einen Nachbarstaat, wie Venezuela, zeigte er sich feindselig, verweigerte für die Beleidigungen, welche dem Consul dieser Republik bei der Einnahme von Bogota von Seiten der Sieger widerfahren waren, jede Genugthuung, und bemühte sich, einen Theil von Venezuela zum Abfall zu verleiten. Ungeachtet Mosquera die faktische Macht besaß, suchte ihm der auf gesetzlichem Wege gewählte Präsident Arboleda, und ein Anhänger desselben, der kühne Guerillachef Leonardo Canal, so viel Abbruch als möglich zu thun. Letzterem gelang es sogar, Mosquera zu schlagen und sich Bogota's zu bemächtigen, war aber nicht stark genug, um sich daselbst zu behaupten (Februar 1862). Im April erfocht Arboleda erhebliche Vortheile über Mosquera's Truppen, und nahm sogar zwei seiner Generale gefangen. Selbst in der demokratischen Partei begann die Meinung von Mosquera's Glück und Thatkraft zu sinken, und Arboleda's Ruf zu steigen, als letzterer, wahrscheinlich in Folge einer Verschwörung, in dem Gebirgspasse von Pasto, von der Hand eines Meuchelmörders fiel (12. November 1862).

Jetzt hatte Mosquera gewonnenes Spiel und übte eine schrankenlose Herrschaft aus. Im Staat Antioquia, der bis zuletzt zu Arboleda gehalten hatte und nach dessen Tode sich unterwerfen mußte, belegte er die Kirchengüter mit Beschlag, verbannte die Geistlichen, welche der neuen Ordnung der Dinge nicht den Eid der Treue leisten wollten, und verfuhr gegen die Personen und Besitzungen der Conservativen mit äußerster Strenge. Mosquera, der jetzt keine Gegner mehr zu fürchten hatte, berief nach Rio-Negro eine constituirende Versammlung, legte die dictatorische Gewalt, die er seit achtzehn Monaten ausgeübt hatte, nieder, und veranlaßte die Einsetzung einer provisorischen Regierung von fünf Mitgliedern, in die er selbst als Kriegsminister eintrat, und in der sein Gesinnungsgenosse, General Lopez, das Ministerium des Auswärtigen übernahm. Er glaubte dadurch seinen Einfluß hinlänglich befestigt zu haben und zugleich den Neid entwaffnen zu können, der sich gegen die von ihm seit so langer Zeit eingenommene Ausnahmsstellung zu regen angefangen hatte. Die Versammlung von Rio-Negro bestätigte die früher (September 1861) in Bogota proclamirte Verfassung, das Föderativsystem und die damals angenommene Benennung „Vereinigte Staaten von Colombia“ und ernannte, bis der erste constitutionelle Congreß zusammentreten konnte, den General Mosquera zum provisorischen Präsidenten auf die Dauer von zehn Monaten, dem auf diese Art zum zweiten Mal eine außerordentliche Gewalt übertragen wurde. Er machte

von ihr diesmal einen eben so übertriebenen Gebrauch wie früher, und richtete seine Eingriffe besonders gegen die Geistlichkeit und die Klöster, nicht aus dem Streben, den Aberglauben zu bekämpfen und Denk- und Gewissensfreiheit zu verbreiten, sondern einzig darum, weil er wußte, daß der Klerus zu seinen politischen Gegnern gehörte. Mosquera und die Partei, an deren Spitze er stand, wünschten die Republik Ecuador in die Conföderation der Vereinigten Staaten von Colombien als integrirenden Theil eintreten zu sehen, um die Macht der südamerikanischen Demokratie und deren in neuester Zeit angenommene antiklerikale Richtung zu verstärken. Aber weder der Präsident von Ecuador, Garcia Moreno, noch die Bevölkerung waren geneigt, auf die ihr in diesem Sinne gemachten Vorschläge einzugehen. Die Ablehnung brachte gegenseitige Vorwürfe und Reibungen hervor, die zuletzt zum Kriege führten, in welchem die Truppen von Ecuador unter dem in den südamerikanischen Angelegenheiten so lange thätig gewesenen General Juan Jose Flores bei Cuaspud geschlagen wurden (6. December 1863). Mosquera hielt sich nicht für stark genug, um seinen Sieg zu verfolgen, und seinen Zweck, den Eintritt Ecuadors in die Conföderation von Colombia zu erzwingen, sondern ging auf die ihm gemachten Friedensanträge ein, durch die das Verhältniß zwischen den beiden Republiken auf den vor dem Kriege bestandenen Fuß wieder hergestellt wurde (30. December). Obgleich Mosquera's provisorische Präsidentschaft zu Ende ging, und die Verfassung seine Wiedererwählung untersagte, so schmeichelten er und seine Anhänger eine Zeit lang sich mit der Hoffnung, daß dieses Verbot auf ihn keine Anwendung finden werde. Aber ungeachtet des Sieges bei Cuaspud war Mosquera's Popularität aus mehreren Ursachen im Abnehmen begriffen. Seine gewaltsamen Maßregeln hatten die zahlreiche conservative Partei erschreckt, ohne sie umzüstimmen, durch seine Verfolgung der Geistlichkeit hatte er sich die Herzen der Menge entfremdet, und seine laut angekündigte Absicht, Ecuador mit Columbia zu vereinigen, war unerfüllt geblieben. Er gab deshalb seine Bewerbung um die Präsidentenwürde auf, und statt seiner wurde der Advokat Manuel Murillo Toro gewählt (1. Februar 1864). Derselbe gehörte seinen Grundsätzen nach zur demokratischen Partei, galt aber in der Praxis für gemäßigt und Feind jeder Willkühr. Er suchte die unter Mosquera gegen den Klerus gegebenen Gesetze in der Ausübung zu mildern, und zeigte überhaupt nach allen Seiten hin eine versöhnliche Gesinnung. Bald aber sah er sich von unlösbaren innern und äußern Schwierigkeiten umgeben. Die Quellen der öffentlichen Einnahme waren fast versiegt. Die Salzwerke, eines der vorzüglichsten Besitzthümer des Staates, gaben keinen Ertrag, weil sie schlecht verwaltet wurden; die säcularisirten geistlichen Güter, mit deren Verkauf ein Theil der öffentlichen Schuld gedeckt werden sollte, waren verschleudert worden. Die Steuerbeamten, selbst die Gou-

verneurs einzelner Staaten, hatten große Veruntreuungen begangen. Im Staat Antioquia, wo die conservative Partei der Zahl nach dominirte, waren schon gegen das Ende der Präsidentschaft Mosquera's die von ihm eingesetzten demokratischen Autoritäten gestürzt worden, und drohten jetzt ernstliche Unruhen auszubrechen. Das Erscheinen spanischer Truppen auf Hayti, und das Verhalten des spanischen Cabinets gegen Peru hatten auch in Colombia eine leidenschaftliche Erbitterung gegen Spanien erregt. Als der nach Peru gesandte spanische Bevollmächtigte Salazar y Mazaredo und Lara, ein Adjutant des spanischen Admirals Pinzon, ersterer um sich nach Europa, letzterer nach der Insel Cuba zu begeben, auf colombischem Gebiet ankamen, wurden sie daselbst vom Volk beleidigt, und nur mit Mühe vom englischen und französischen Consul in Sicherheit gebracht. Murillo Toro wollte gegen die Unruhstifter einschreiten, aber der oberste Gerichtshof schlug unter dem Vorwand, daß die Thatsachen nicht gehörig erwiesen seien, die Untersuchung nieder (Juni 1864). In den Staaten Magdalena, Carthagena und Panama wurden die obersten Autoritäten, in tumultuarischer Weise, obwohl ohne Blutvergießen, aber im Widerspruch zu den Bestimmungen der Verfassung, und ohne auf die Centralregierung zu achten, geändert. Eine Erhebung der Conservativen im Staat Cauca, unter Führung des Generals Cordova, konnte nur mit Waffengewalt und großen Verlusten auf beiden Seiten unterdrückt werden (October 1865). Mosquera, dessen Ehrgeiz und Einfluß seiner eigenen Partei gefährlich erschien, hatte sich, unter Zusicherung großer pecuniärer Vortheile bewegen lassen, Colombia für eine Zeit lang zu verlassen und dasselbe bei der englischen und französischen Regierung zu vertreten. Ueber die schon längst projectirte Durchgrabung des Isthmus von Panama (Landenge Darien) waren in der letzten Zeit zwischen England und Frankreich Unterhandlungen gepflogen und der geeignete Platz zu diesem Unternehmen zwischen der Bai von Caledonien und dem Golf von San Miguel ausersehen worden. Mosquera, der von altspanischer Herkunft ist, und dessen Familie mit der der Kaiserin der Franzosen verwandt sein soll, erhielt von derselben eine Statue von Christoph Columbus mit dem Auftrage geschenkt, sie auf dem Isthmus da aufstellen zu lassen, wo die Wasser der beiden Oceane in einander fließen würden. Im Staat Panama, der durch seine Lage eine besondere Wichtigkeit hat, versuchte ein Abentheurer aus Venezuela, Level de Goda, an der Spitze einer Schaar Bewaffneter sich der Regierung zu bemächtigen, stieß aber auf einen entschiedenen Widerstand. Der größte Theil seiner Mannschaft kam im Gefecht um, er selbst ward gefangen und hingerichtet (April 1866). In den letzten Monaten des Jahres 1866 machte sich in Panama eine starke Agitation fühlbar, deren Tendenz die Lösung des Verbandes mit den Vereinigten Staaten von Colombia und die Umgestaltung Panama's zu einer unabhängigen Republik war.

Dieser Wunsch ist daselbst längst vorherrschend und sowohl durch die geographische Lage als die politischen Verhältnisse gerechtfertigt. Nutzen hat das Bundesverhältniß mit Colombia für Panama nie gehabt, wohl aber dasselbe in vielfache Verlegenheiten hineingezogen und es in seinem materiellen Fortschritt aufgehalten. Die bedeutende Summe, welche die Gesellschaft der sehr einträglichen interoceanischen Eisenbahn vertragsmäßig an den Staat bezahlt, fließt an den Centralsitz der Republik nach Bogota, und wird dort bei den endlosen innern Unruhen und Bürgerkriegen und den damit zusammenhängenden militärischen Rüstungen verschleudert. Eine andere Frage ist aber die Zeitgemäßheit eines solchen Unternehmens, indem ohne den Beistand Nordamerika's oder der europäischen Seemächte die Losreißung Panama's von Colombia schwerlich gelingen könnte und die Rache Mosquera's und seines Anhanges gegen die Secessionisten herausfordern würde. Bisher aber hat sowohl die nordamerikanische als auch die englische und französische Presse sich gegen die Unabhängigkeitsagitation Panama's gleichgültig gezeigt. Handel und Industrie sind in den Vereinigten Staaten von Colombia während der letzten Jahre, wie die in den Häfen gehaltenen Ein- und Ausfuhrregister beweisen, eher zurück als vorwärts gegangen. Das Land ist reich an den werthvollsten Erzeugnissen, wie Gold, Silber, kostbare Holzarten, Indigo, Cochenille u. s. w., zieht aber aus ihnen verhältnißmäßig wenig Gewinn. Der Mangel an Ruhe und Ordnung ist der einzige Grund dieses Zurückbleibens. Denn der Bevölkerung fehlt es keinesweges an Intelligenz und Rührigkeit, aber diese Eigenschaften dienen bei ihr mehr dem Geist des Zerstörens als Schaffens. Die europäische Einwanderung, die zum Aufblühen dieser Gegenden unentbehrlich wäre, wird von den bestehenden Gesetzen eher zurückgestoßen als angezogen.

Ecuador.

Diese Republik, bedeutend größer als der ganze österreichische Staat, aber kaum 700,000 Einwohner enthaltend, ist seit zehn Jahren von eben so unfruchtbaren als häufigen Erschütterungen getroffen worden. Einige Jahre über stand Ecuador unter einer militärischen Dictatur, die nach einander von den Generalen Urbina, Robles und Franco ausgeübt wurde. Urbina und Robles fielen in Folge von innern Bewegungen, und mußten das Land verlassen. Franco erhielt sich eine Zeit lang, aber wurde nicht von ganz Ecuador anerkannt. Er hatte den Sitz seiner Macht in Guayaquil, der einzigen Seestadt von Ecuador und einem der bedeutendsten Hafenorte am Stillen Meer, aufgeschlagen, während es in Quito, der Hauptstadt der Republik, eine andere Regierung gab, die aus einer Anzahl reicher und angesehener Eigenthümer

bestand, unter denen Garcia Moreno durch Stellung und Ruf hervorragte. In Guayaquil herrschte das demokratische und militärische, in Quito das conservative und civile Element vor, die einander gegenseitig entgegenarbeiteten. Wären diese Parteien von Liebe zum öffentlichen Wohl erfüllt gewesen, so würden sie sich gegen Peru vereinigt haben, das unter nichtigen Vorwänden in Ecuador militärisch intervenirte und dasselbe von sich abhängig machen wollte. Vornehmlich hatte es die peruanische Regierung auf den Hafen von Guayaquil mit seinen beträchtlichen Zolleinnahmen abgesehen. Franco, der sich an Peru eine Stütze gegen seine Gegner in Ecuador verschaffen wollte, ging auf die Forderungen der peruanischen Regierung ein, schloß mit dem General Ramon Castilla, der die Truppen Peru's gegen Ecuador befehligte, eine Convention ab, die dem Kriege ein Ende machte, und gab die bisher zurückgewiesenen Ansprüche der peruanischen Regierung auf die Territorien von Quijos und Canelos zu (25. Januar 1860). Um den Preis dieser Concession wurde General Franco als das alleinige Oberhaupt der Republik Ecuador von Peru anerkannt. Aber die Regierung in Quito kehrte sich an den zwischen Franco und Castilla abgeschlossenen Vertrag nicht, und rief den General Flores, der früher Präsident von Ecuador gewesen und jetzt in der Verbannung in Lima lebte, zurück. Da die Vermittlungsvorschläge, welche der spanische Geschäftsträger, Heriberto Garcia de Quevedo, in Quito, und der englische Geschäftsträger, Walter Cope, in Guayaquil machten, ohne Erfolg blieben, so kam es zum Kriege, in welchem Franco von Flores mehrmals geschlagen und zuletzt zum Verlassen des Gebietes von Ecuador gezwungen wurde (September 1860). Flores rückte in Guayaquil ein, und nahm die Stadt im Namen der in Quito etablirten Regierung in Besitz. Die Niederlage der Demokraten war entschieden, und die Conservativen ergriffen das Ruder, welches ihre Gegner eine Reihe von Jahren geführt hatten. Garcia Moreno wurde von der herrschenden Partei einstimmig zum Präsidenten gewählt, und Flores erhielt das Gouvernement von Guayaquil. Von den letzten Kämpfen erschöpft erfreute sich Ecuador jetzt einiger Ruhe, die aber, wie immer in den südamerikanischen Republiken, nicht von langer Dauer sein sollte. Moreno's Charakter flößte Vertrauen ein. Er galt zwar für leidenschaftlich und ehrgeizig, aber auch für klug, kräftig und nicht ohne Eifer für das öffentliche Wohl. Er besaß eine nicht gewöhnliche wissenschaftliche Bildung, historische und mathematische Kenntnisse und sprach mehrere fremde Sprachen. Im Kriege gegen Franco war er, an Flores Seite, obgleich kein Militär, mehrmals im Feuer gewesen.

Moreno wollte, woran vor ihm noch kein Machthaber in Ecuador ernstlich gedacht hatte, dasselbe durch administrative Reformen im Innern regeneriren, es auf diese Art von der Neigung zu gewaltsamen politischen Veränderungen abziehen und dadurch auch den moralischen Charakter der

Bevölkerung verbessern. In materieller Beziehung war fast Alles zu thun übrig geblieben. Ecuador lag zu gewissen Zeiten im Jahr von jeder Verbindung mit dem Ausland wie abgeschnitten und ganz isolirt da. Es gab nicht einmal eine fahrbare Straße zwischen den beiden Hauptpunkten des Landes, Quito und Guayaquil, und es geschah nicht selten, daß Briefe und Nachrichten aus den Vereinigten Staaten und andern Theilen Amerika's erst über Europa nach Ecuador kamen. Moreno wollte Handel und Verkehr beleben, Gesetze und Einrichtungen in diesem Sinne schaffen oder verbessern und bereiste das Innere des Landes, gewahrte aber bald, daß die demokratische Partei von einem unversöhnlichen Hasse gegen ihn erfüllt war. Es wurden Verschwörungen gegen die neue Ordnung der Dinge und gegen das Leben des Präsidenten entdeckt. Moreno dachte daran, um eine Stütze für seine Reformpläne zu gewinnen und die innere und äußere Sicherheit zu befestigen, Ecuador unter das Protectorat von Frankreich zu stellen, in der Art wie Canada unter dem Großbritanniens steht, mit eigenen Gesetzen, eigenem Parlament, aber mit Anschluß an Frankreich, Eingehen auf dessen Politik und Anspruch auf seinen Schutz. Er war der Meinung, daß Ecuador, wie überhaupt Südamerika, noch auf längere Zeit hinaus der Leitung einer europäischen Macht bedürfe, wenn es nicht durch die sich immer erneuernden Revolutionen in Anarchie und durch die Anarchie zuletzt in Barbarei versinken sollte, und daß Frankreich, als die mächtigste unter den katholischen und romanischen Nationen sich zu einem solchen Protectorat über die turbulenten hispano-amerikanischen Republiken am besten eigne. Moreno's Gedanke war wohl gemeint aber nicht ausführbar, indem das französische Cabinet auf einen so weit aussehenden Plan, der es in Streitigkeiten mit England und Nordamerika verwickeln und in Südamerika zahllose Gegner gefunden hätte, nie eingegangen sein würde. Vielleicht war dies bei Moreno nur eine vorübergehende Idee gewesen, in einem Augenblick der Verlegenheit und Rathlosigkeit entstanden, und nie selbst nicht zu einem Anfang von Ausführung gekommen. Als aber dieser Plan später durch zufällige Umstände, denn sein Urheber hatte sich über ihn schriftlich vernehmen lassen, bekannt wurde, erregte er in vielen Gegenden Amerika's, besonders in Peru, wo die Machthaber dem Präsidenten von Ecuador äußerst abgeneigt waren, gegen ihn einen Sturm von Beleidigungen und Anklagen. Denn Moreno hatte bei dieser Gelegenheit die empfindlichste Stelle im Charakter der südamerikanischen Republikaner berührt, die, obgleich nicht selten halb barbarisch in ihrem Thun, sich in ihren Gedanken über Europa sehr erhaben dünkten, dessen politische Einrichtungen sie als zurückgeblieben und veraltet ansahen. Moreno hatte seit Franco's Sturz die zwischen diesem und Castilla am 25. Januar 1860 abgeschlossene Convention als nicht vorhanden betrachtet. Die nächste Gefahr für Moreno sollte aber

nicht von Peru, sondern von Colombia kommen. Es war dies um so auffallender, da der Präsident der Vereinigten Staaten von Colombia, Arboleda, wie Moreno zu der conservativen Partei gehörte. Indessen standen diesmal, wie so oft in Südamerika, die Principien den persönlichen Leidenschaften und momentanen Eingebungen nach. Eine an und für sich unbedeutende Streitigkeit, die zwischen militärischen Posten von Ecuador und Colombia an der beiderseitigen Grenze ausgebrochen war, führte zum Kriege zwischen den beiden Staaten. Arboleda und Moreno, beide feurig und unerschrocken, stellten sich an die Spitze ihrer Truppen. Letzterer wurde aber geschlagen und gefangen genommen. Der Schrecken über dieses Ereigniß war besonders in Quito groß, wo Moreno den meisten Anhang und Ruf besaß. Aber Arboleda, der sich um dieselbe Zeit seiner Gegner, der Demokraten in Colombia, zu erwehren hatte, ging auf die von Moreno angebotenen Friedensbedingungen ohne Schwierigkeit ein, und letzterer kehrte bald aus der Gefangenschaft nach Quito zurück.

Durch den ohne die nöthige Voraussicht und ohne Erfolg geführten Krieg hatte Moreno, obgleich seine Talente nicht bestritten werden konnten, etwas von seinem Ansehen nicht blos bei seinen Gegnern, sondern auch bei seinen Anhängern verloren. Man fand, daß seine Leistungen seinem entschiedenen Auftreten nicht recht entsprachen, und daß er die Folgen seiner Handlungen nicht immer ganz ermaß. Ein Concordat mit dem römischen Hofe, durch welches er das Vertrauen der Geistlichkeit in Ecuador zu gewinnen und sich in seiner Stellung zu befestigen hoffte, rief den Tadel der liberalen Partei hervor und fand beim Klerus keinen Beifall, dem die darin die Disciplin betreffenden Bestimmungen in hohem Grade mißfielen. Die Finanzen befanden sich in einem zerrütteten Zustande, und wurden durch Creirung eines mit Zwangscours versehenen Papiergeldes nicht verbessert. Moreno's Lage im Innern war nicht glänzend, aber die meisten Schwierigkeiten kamen ihm von Außen her. Der Präsident von Peru, Castilla, bestand auf Ausführung des Vertrages vom 25. Januar 1860 und Abtretung der darin bezeichneten Territorien, wovon Moreno nichts wissen wollte. Ohne einen in jener Zeit in Peru eingetretenen Regierungswechsel würde wahrscheinlich schon damals zwischen ihm und Ecuador Krieg ausgebrochen sein. Während dieser drohende Conflict vermieden und ausgeglichen wurde, waren die mit Colombia seit längerer Zeit bestehenden Differenzen im Zunehmen begriffen. Es ist oben des Krieges zwischen den beiden Republiken und der Gefangennehmung und Freilassung Moreno's gedacht worden. Damit war aber die Sache nicht abgemacht. Colombia hatte sich in zwei Theile gespalten, von denen der mächtigere Mosquera, der schwächere Arboleda als Haupt anerkannte. Moreno hatte in dem während seiner Gefangenschaft unterzeichneten Vertrage Arboleda als

Präsidenten anerkannt, und glaubte dieser Verpflichtung treu bleiben zu müssen, nachdem Mosquera das Uebergewicht erlangt hatte. Glücklicher Weise befreite Arboleda's Tod den Präsidenten von Ecuador von einer Verbindlichkeit, die er vorher nicht mit Ehren brechen zu können glaubte, und nicht ohne Gefahr hätte beobachten können. Aber Mosquera, der jetzt unbestritten sich an der Spitze von Colombia befand, erneuerte den von ihm und seiner Partei schon früher gehegten Plan, Ecuador zum Eintritt in die colombische Conföderation, zu der es früher schon einmal gehört hatte, aufzufordern. Die zwischen Mosquera und Moreno gepflogenen Unterhandlungen blieben ohne Erfolg. Moreno stützte seine Ablehnung einer solchen Vereinigung auf die Verschiedenheit der in den beiden Republiken bestehenden Institutionen, die ihre gegenseitige Selbstständigkeit erforderten. Bei den principiellen Gegensätzen, die zwischen den in Colombia und Ecuador herrschenden Parteien bestanden, und der Reizbarkeit ihrer Führer, konnte eine Collision nicht ausbleiben. Es ist der Niederlage der Truppen von Ecuador unter Flores, und des bald nachher abgeschlossenen Friedens gedacht worden (S. 195). Die auf einander folgenden Niederlagen, die Moreno durch Arboleda und Mosquera erlitten hatte, erschütterten seine Stellung. Es brachen an verschiedenen Orten aufrührerische Bewegungen gegen den Präsidenten aus, der schon seine Gewalt niederlegen wollte, aber auf den Rath seiner Freunde, denen sich die diplomatischen Agenten des Auslandes anschlossen, von diesem Vorhaben abließ. Um die Gesinnung des Congresses, der zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen war, gegen ihn auf die Probe zu stellen, bot Moreno demselben seine Entlassung an, die aber mit 37 gegen 24 Stimmen abgelehnt wurde. Moreno schien sich darin zu gefallen, seine Unentbehrlichkeit durch den Congreß selbst darthun zu lassen. Seine Neigung, in der Geistlichkeit ein Element der Stabilität und eine Stütze für den Conservatismus zu erkennen und sie aus diesem Grunde zu begünstigen, gab sich immer mehr kund. Durch seinen Einfluß geschah es, daß der Congreß mehrere Gesetze sanctionirte, durch welche die Mitglieder des Klerus bei vorkommenden Fällen der weltlichen Gerichtsbarkeit entzogen und unter die unmittelbare Jurisdiction ihrer geistlichen Obern gestellt, daß der höhere Unterricht den Jesuiten, der niedere den „Brüdern der christlichen Lehre" (in Frankreich gewöhnlich frères ignorantins genannt) übergeben wurden. Nachdem der Congreß den Frieden mit Colombia ratificirt und das Budget für das laufende Finanzjahr angenommen hatte, vertagte er sich (18. April 1864).

Der Friede mit Colombia schien jetzt gesichert und Moreno's Stellung im Innern befestigt zu sein, als Ecuador und Peru gegenseitig Klagen und Beschwerden über einander erhoben. Zwischen den beiden Republiken waltete seit längerer Zeit Mißtrauen und Eifersucht. Ecuador

hielt, ungeachtet seiner numerisch geringen Bevölkerung, viel auf seine vollkommene Selbstständigkeit, und wollte in keinen Bund mit andern größern Staaten eingehen, weil es dadurch einen Theil seiner Unabhängigkeit zu verlieren fürchtete. Es hatte Peru in Verdacht, lüsterne Blicke auf den werthvollen Hafen von Guayaquil zu werfen und überhaupt Ecuador in den Kreis seiner Politik ziehen zu wollen. Außerdem war Moreno's persönlicher Stolz zu keinem Entgegenkommen an mächtigere Nachbarn geneigt. Als ihm die peruanische Regierung ihren Plan eröffnete, die südamerikanischen Republiken durch eine Art von Conföderation unter einander zu verbinden, zögerte er, so lange er konnte, einen Bevollmächtigten an den zu diesem Zweck in Lima versammelten Congreß zu senden, und gab dabei zuletzt nur dem Druck der öffentlichen Meinung nach. Aus Furcht vor Peru's Uebergewicht sah er die Verlegenheiten nicht ungern, in welche dasselbe durch den Conflict mit Spanien gerieth, und zeigte sich für letzteres parteiisch, indem er den spanischen Schiffen erlaubte, sich an der Küste von Ecuador mit Lebensmitteln und Steinkohlen zu versehen. Moreno machte sich dadurch im eigenen Lande so mißliebig, daß eine Verschwörung gegen ihn ausbrach (Juni 1864), die zwar im Entstehen erstickt wurde, aber doch bewies, wie unpopulär seine Politik geworden war. Die Spannung zwischen Ecuador und Peru nahm so zu, daß im Juli 1864 die gesammte peruanische Gesandtschaft Quito verließ, und der zwischen den beiden Republiken eingetretene Bruch nicht länger verhehlt werden konnte. Obgleich Peru wegen seiner Streitigkeiten mit Spanien nicht thätig gegen Ecuador einschreiten konnte, so munterte es doch im Geheimen die Gegner und Nebenbuhler Moreno's gegen ihn auf, und der oben erwähnte General Urbina, der eine Zeit lang an der Spitze von Ecuador gestanden und nach seinem Sturz als Flüchtling in Peru gelebt hatte, sammelte an der Grenze ein Corps von Parteigängern, und brach in Ecuador ein. Der Gouverneur von Guayaquil, Flores, der das Commando gegen ihn übernommen hatte, starb plötzlich in hohem Alter während der Vorbereitungen zu diesem Kriege, worauf Moreno in Person gegen Urbina zog, denselben über die Grenze zurücktrieb, und eine Amnestie erließ, von der nur die Urheber der Invasion ausgenommen waren. Unmittelbar nach diesem kurzen Feldzug nahm Moreno die für die öffentliche Nützlichkeit bestimmten Bauten wieder auf, eine Art der Thätigkeit, der er sich mit besonderer Neigung zugewandt hatte. Er stellte die Denkmale, Kirchen, Paläste, Fontainen u. s. w. wieder her, welche bei dem Erdbeben von 1859 zu Grunde gegangen waren, und ließ mehrere große Landstraßen, namentlich die zwischen Quito und Guayaquil beginnen. Außerdem sollte nach seiner Absicht das Innere des Landes mit den Häfen von Esmeralda und San Lorenzo del Paillon in Verbindung gesetzt werden.

Die Zeit der Präsidentenwahl war unterdessen herangekommen, und Moreno hatte nicht die Absicht, vielleicht auch nicht die Macht, sich von Neuem wählen zu lassen, wollte aber, um nicht ohne Einfluß zu bleiben, eine ihm befreundete Persönlichkeit an die Spitze der Republik gestellt sehen. Um zu Peru und Chili, die mit Spanien gebrochen hatten, in ein freundschaftliches Verhältniß zu treten, verbot Moreno die Ausfuhr von Steinkohlen, unter dem Vorwand, daß es Kriegscontrebande sei. Eine zwischen Ecuador und Colombia entstandene Differenz wurde durch die guten Dienste Frankreichs beigelegt. Die Verhältnisse zum Ausland waren um diese Zeit günstig, aber die Präsidentenwahl ging nicht so leicht von Statten, wie Moreno Anfangs gehofft hatte. Er hatte die Candidatur Camano's, der den Ruf ausgezeichneter Rechtlichkeit besaß, unterstützt, überwarf sich aber mit ihm, als derselbe in Quito einen demokratischen Wahlclub gründen wollte, worauf Camano von seiner Bewerbung zurücktrat. Ein neuer, ebenfalls vergeblicher Versuch des Generals Urbina, in Ecuador einzudringen, gab der demokratischen Partei den Muth, den ehemaligen Senatspräsidenten Gomez de la Torre, zur ersten Stelle in der Republik vorzuschlagen, ein Plan, der an dem Widerstand der conservativen Partei scheiterte. Am 1. Mai 1865 wurde Hieronymus Carrion, ein Freund Moreno's, zum Präsidenten von Ecuador gewählt. Im August legte Moreno seine Gewalt in Carrion's Hände nieder, und hinterließ den Ruf eines thätigen und entschlossenen Mannes, der aber, indem von ihm zu viel auf einmal angefangen und nichts beendigt worden, den Staat in demselben unentwickelten Zustande, in welchem er ihn empfangen hatte, zurückließ. Das aggressive Verhalten Spaniens gegen Peru hatte in allen südamerikanischen Republiken eine sehr feindselige Stimmung gegen das spanische Cabinet hervorgerufen, und jede Regierung konnte darauf rechnen, wenigstens eine Zeit lang an Popularität zu gewinnen, wenn sie sich gegen dasselbe erklärte. In diesem Sinne trat Carrion im Namen von Ecuador dem Bündnisse Peru's und Chile's gegen Spanien bei (30. Januar 1866). Ein Decret, das die Ausweisung aller Spanier anordnete, die sich nicht innerhalb einer bestimmten Zeit in der Republik naturalisiren lassen würden, ward später zurückgenommen (October 1866). Ecuador spielte übrigens in diesem Kriege keine selbstständige Rolle, sondern trat nur an der Seite Peru's und Chile's in ihn ein, weshalb die Geschichte dieser Ereignisse in den Bereich jener beiden Republiken gehört.

Peru.

Die schwankenden innern Zustände in den südamerikanischen Republiken begünstigten den Ehrgeiz und die Herrschsucht der einzelnen

Machthaber und Parteiführer, die sich entweder gegenseitig zu verdrängen oder durch Angriffe auf die Nachbarstaaten sich populär zu machen und ihre Bedeutung im eigenen Lande zu erhöhen suchten. Der in diesen Staaten herrschende Geist war kein wahrhaft republikanischer, weil nicht Vaterlandsliebe und Gesetzlichkeit, sondern Selbstsucht und Eigenwille die Hebel und Zielpunkte des ganzen Thuns und Treibens derer bildeten, die an der Spitze standen. Erschien in diesen Republiken, was übrigens selten genug war, ein Machthaber, der nicht blos nach persönlicher Befriedigung strebte, sondern das öffentliche Wohl in's Auge faßte und sich mit Reformplanen trug, so ließen ihm seine ehrgeizigen Nebenbuhler gewöhnlich keine Zeit zu deren Ausführung, sondern stürzten ihn oder arbeiteten ihm wenigstens entgegen, und vollendete ein solcher friedlich seine Amtszeit, so schlug sein Nachfolger andere Wege ein, und die Arbeiten des Vorgängers waren vergeblich gewesen. Es fehlt allen diesen Staaten an einer wahrhaft historischen Basis, von der aus sie sich folgerecht hätten entwickeln können, wie in Nordamerika geschah, ein Mangel, den sie durch Veränderungen in ihren Verfassungen, durch häufigen Wechsel in den leitenden Persönlichkeiten und den Parteistellungen zu ersetzen suchten, damit aber nur der Dictatur oder Anarchie anheim fielen.

Der Präsident von Peru, General Ramon Castilla, mischte sich, wie viele Seinesgleichen, aus Ehrgeiz und um seine Macht im Innern zu befestigen, gern in fremde Angelegenheiten, und hatte, wie unter „Ecuador" erwähnt worden, in den dortigen Unruhen den Schiedsrichter spielen und dabei auch eine Gebietsvergrößerung erlangen wollen, aber seinen Zweck nicht erreicht. Außer den Streitigkeiten mit Ecuador fehlte wenig daran, daß es nicht auch zwischen Frankreich und Peru zum offenen Bruch gekommen wäre. Castilla weigerte sich, die Forderungen auf Entschädigung anzuerkennen, welche die französische Regierung zu Gunsten ihrer Staatsangehörigen, deren Interessen durch die Schuld peruanischer Behörden oder Parteien verletzt worden, erhoben hatte. Schon hatte der französische Generalconsul, Huet, Lima verlassen, und es war zu erwarten, daß von Frankreich Zwangsmaßregeln gegen Peru ergriffen werden würden, als die Ankunft eines neuen französischen Bevollmächtigten, Edmund de Lesseps, den Bruch abwandte und den Dingen eine friedlichere Wendung gab. Ein gegen Castilla am hellen Tage auf einem Platz in Lima gerichteter Mordversuch blieb ohne gefährliche Folgen, verhinderte ihn aber der Eröffnung des Congresses beizuwohnen, der am 28. Juli 1860 zusammentrat. Diese Versammlung, die bis zum November tagte, beschäftigte sich vornehmlich mit Revision der Verfassung, die, da sie aus einer Revolution hervorgegangen war, eine Menge widerspruchsvoller und zweckwidriger Bestimmungen enthielt. Die lokale Unabhängigkeit der Communen wurde zu Gunsten der Central=

autorität etwas beschränkt und das Wahlrecht von einigen Bedingungen der socialen Stellung und der Erlangung eines gewissen Bildungsgrades abhängig gemacht. Der Antrag auf Wiederherstellung der Todesstrafe wurde mit großer Majorität angenommen, weil man in ihr ein Schutzmittel gegen die in der letzten Zeit überaus häufig gewordenen Raub- und Meuchelmorde sah. Selbst das gegen den Präsidenten verübte Attentat war ungeahndet geblieben. Wie tief die öffentliche Ordnung in Peru erschüttert sein mußte, kann daraus entnommen werden, daß Castilla am 23. November (1860), einige Zeit nach dem Schluß der Congreßsitzungen, von einer Abtheilung Soldaten unter Anführung einiger Officiere in seiner eigenen Wohnung überfallen und nur durch die Dazwischenkunft eines seiner Freunde, des Obersten Arguedas, gerettet wurde. Dieser wußte die Soldaten so umzustimmen, daß sie sich gegen ihre eigenen Officiere wandten und dieselben umbrachten. Das frühere Attentat auf dem Platz in Lima war gegen Castilla als Menschen, das jetzige gegen ihn als Oberhaupt des Staates gerichtet gewesen. Man hatte durch seinen Tod eine Veränderung in dem Regierungssystem herbeiführen wollen. Die Wegnahme von zwei nordamerikanischen Handelsschiffen, welche sich den in den peruanischen Gewässern bestehenden Reglements nicht hatten unterwerfen wollen, veranlaßte eine Differenz mit den Vereinigten Staaten, in Folge welcher der Gesandte der Vereinigten Staaten, Randolph Clay, Lima verließ. Der unruhige Geist, welcher in Peru herrschte, den Castilla, ungeachtet seiner Strenge und Wachsamkeit nie ganz hatte dämpfen können, die vielen Feinde, die er im Innern und der neuerdings eingetretene Bruch mit den Vereinigten Staaten, ermuthigten einen ehemaligen, aber gestürzten und verbannten Präsidenten, den General Echenique, plötzlich in Callao in der Hoffnung zu landen, eine Bewegung gegen die gegenwärtige Regierung hervorzubringen und seine alte Stellung wieder zu erlangen. Castilla ließ aber seinem Nebenbuhler keine Zeit, sein Unternehmen in's Werk zu setzen. Echenique wurde in Callao verhaftet, vor Gericht gestellt, und, obgleich von demselben aus Mangel an genügenden Beweisen freigesprochen, auf besondern Befehl des Präsidenten deportirt. Diese willkührliche Anordnung, die eine offenbare Verletzung der Verfassung und zwar einer ihrer Grundbestimmungen war, erregte zwar heftigen Tadel, wurde aber dennoch zur Ausführung gebracht.

Die Wahl des Präsidenten von Peru findet in zwei Abstufungen, durch Urwähler und Wahlmänner statt. Obgleich die Regierungspartei in beiden Klassen die Majorität besaß, so setzte die Opposition ihr bei den Wahlen einen so leidenschaftlichen Widerstand entgegen, daß es an manchen Orten zum Blutvergießen kam. Der General Miguel San Roman, der zur Belohnung für früher geleistete Dienste den Titel: Großmarschall erhalten hatte, wurde zum Präsidenten, die Generale Pazet

und Canseco zu Vicepräsidenten gewählt (October 1861). Es waren hier und da Unruhen zu Gunsten des deportirten Generals Echenique, den eine gewisse Partei gern an der Spitze der Republik gesehen hätte, entstanden, die aber ohne Mühe gedämpft wurden. Statt die Anstifter derselben zu erschießen, wie es sonst in Südamerika in solchen Fällen üblich ist, begnügte man sich damit, sie zu verbannen. Castilla hatte auf die Besetzung der drei obersten Stellen in der Republik, in seinem eigenen Interesse, den entschiedensten Einfluß ausgeübt. San Roman war höchst ehrenhaft, aber schon sehr bejahrt, kränklich und leicht zu leiten, Pazet war Castilla's Schwager, Canseco sein Freund. Er konnte demnach gewiß sein, auch unter fremden Namen einen bedeutenden Einfluß auszuüben. Denn Castilla würde bei seiner Herrschsucht seine Gewalt gern erneuert gesehen haben, was aber auf directem Wege unmöglich gewesen wäre, da es diesen Republikanern eben so mißfallen hätte, ihn länger als Präsidenten anerkennen zu müssen, wie jenem athenienſischen Bauer, Aristides, immer den Gerechten nennen zu hören. — Castilla war aber nicht blos ehrgeizig in Bezug auf die innern Verhältnisse seines Landes, er gehörte auch zu den amerikanischen Staatsmännern, welche Europa mit Mißtrauen betrachten, dessen früher in Amerika ausgeübte Herrschaft immer gegenwärtig haben, und die den europäischen Colonialmächten sehr leicht die Absicht beilegen, diese verlorene Suprematie wieder herstellen zu wollen. Die freiwillige Unterwerfung der dominikanischen Republik unter die spanische Krone, die in der ersten Zeit Dauer zu versprechen schien, erregte Castilla's Besorgniß in so hohem Grade, daß sein Minister des Auswärtigen, Melgar, eine Circularnote an alle amerikanischen Republiken richtete, in der er denselben eine Allianz gegen jeden Versuch Europa's, sich in die Angelegenheiten Amerika's einzumischen, vorschlug. Es wurde darin die Freiwilligkeit und Aufrichtigkeit der Abstimmung geläugnet, durch welche Santo Domingo sich Spanien wieder unterworfen hatte, dieser Macht das Recht abgesprochen, seine Herrschaft über eine seiner ehemaligen Colonien, aus welchem Grunde es auch immer sei, zu erneuern, und auf die Gefahr dieses Präcedenzfalles für die Unabhängigkeit der südamerikanischen Freistaaten aufmerksam gemacht (August 1861). In noch höherem Grade erregte die Absicht des Präsidenten von Ecuador, Garcia Moreno, sein Land unter das Protectorat Frankreichs zu stellen, den Unwillen Castilla's, der die in dieser Angelegenheit von Moreno ausgegangenen Schriftstücke veröffentlichen ließ, und diesen angeblichen Verrath gegen Amerika in den härtesten Ausdrücken tadelte. Am übelsten empfand aber Castilla die Absicht, in Mexico eine Monarchie zu gründen, und sah darin ein Attentat auf die Sicherheit aller amerikanischen Freistaaten. Auf seine Veranlassung bildete sich in Peru ein Verein „Gesellschaft der Vertheidiger der Unabhängigkeit" genannt, der Juarez zu Hülfe

ziehen wollte. Die Niederlage der Franzosen vor Puebla wurde in Lima mit begeisterter Freude gefeiert und dem mexicanischen General Zaragossa ein Ehrendegen zuerkannt. Indessen nahm diese Sympathie für Mexico keinen activen Charakter an; es blieb bei Demonstrationen und Juarez erhielt von Castilla weder Mannschaft noch Geld. Der Beschwerden und feindlichen Absichten, die Castilla gegen Ecuador hegte, ist oben gedacht worden (S. 202). Es war vornehmlich England, das einen feindlichen Zusammenstoß zwischen den beiden Republiken verhinderte.

Der Präsident Miguel San Roman, dem der Ruf eines milden friedliebenden Charakters vorangegangen war, hätte mit diesen Eigenschaften Peru sehr nützlich werden können, wenn er nicht schon einige Monate nach Antritt seines Amtes gestorben wäre (April 1862). Er hatte, ohne persönlichen Ehrgeiz, sich nur in der Absicht, zur Wiederherstellung der innern Ruhe beitragen zu können, um die erste Stelle in der Republik beworben, und während der kurzen Zeit ihres Besitzes unaufhörlich zur Beilegung der Parteistreitigkeiten gerathen. Sein versöhnlicher Sinn machte ihn so beliebt, daß der Congreß seiner Familie, die er ohne bedeutendes Vermögen zurückließ, die Summe von 100,000 Piastern votirte. Es trat ein Interregnum ein, indem der nach der Verfassung zur Präsidentenwürde zunächst berechtigte General Juan Antonio Pazet auf einer Reise in Europa abwesend war. Der bisherige zweite Vicepräsident, General Canseco, übernahm provisorisch die Regierung, und wurde bei seinen Bemühungen, die Ordnung zu erhalten, von dem Kriegsminister Manuel de la Guarda, kräftig unterstützt. Der neue Präsident, Pazet, der im August nach Peru zurückkam, trat in San Roman's und Canseco's Fußstapfen, und nahm nur einige Personalveränderungen in den obersten Behörden vor, behielt aber dieselbe Politik bei. Die innere Ruhe ließ in diesem sonst oft so stürmisch aufgeregten Boden für den Moment nichts zu wünschen übrig. Aber die Beziehungen zum Ausland boten weniger Sicherheit dar. Die Streitigkeiten Peru's mit Ecuador und Bolivia waren noch nicht beigelegt und konnten jeden Augenblick wieder zum Ausbruch kommen. Peru nahm vermöge eines mit dem frühern Präsidenten von Ecuador, Franco, abgeschlossenen Vertrages gewisse Territorien in Anspruch, die Ecuador, das diesen Vertrag nicht anerkannte, nicht herausgeben wollte, und Castilla hatte sich vom Congreß zum Kriege gegen Bolivia förmlich autorisiren lassen. Der friedliche Charakter der peruanischen Verwaltung seit San Roman bewirkte, daß diese Differenzen ausgeglichen wurden. Die Entscheidung über die Ansprüche, welche die Vereinigten Staaten wegen der Wegnahme von zwei ihrer Handelsschiffen durch peruanische Kreuzer erhoben, wurde mit beiderseitiger Einwilligung dem König der Belgier übertragen. In Peru entstand zuerst der Gedanke an einen

Bund der südamerikanischen Republiken, um Kriege unter sich zu verhindern, Handel und Verkehr zu beleben, und sich gegen von Außen kommende Angriffe zu schützen. In Lima trat ein Congreß zusammen, der über die Bedingungen einer solchen Conföderation berathen sollte, aber nichts zu Stande brachte. Statt des gehofften Bündnisses brachen vielmehr zwischen den südamerikanischen Republiken neue Kriege aus. Weniger vom Zufall abhängig, mehr dem Willen der Menschen überlassen, war der Plan, Peru mit einem Eisenbahnsystem auszustatten, das so eingerichtet werden sollte, daß es die Häfen am Stillen Meer mit dem Innern des Landes und den mineralischen und vegetabilischen Schätzen, die daselbst liegen, in Verbindung brachte. Es wurden dazu auch ernstliche Vorbereitungen getroffen, und den Gesellschaften, die sich zu diesem Zwecke bildeten, Vortheile und Sicherheiten gewährt, aber die innern und äußern Collisionen, in welche Peru verwickelt wurde, traten der Ausführung hemmend entgegen.

Unerwarteter Weise wurde Peru in einen Streit der ernstlichsten und weit aussehendsten Art mit seiner frühern Metropole, Spanien, verwickelt. Zwischen beiden Staaten bestand kein bestimmtes völkerrechtliches Verhältniß. Denn die Selbstständigkeit der ehemaligen Colonie war vom Mutterlande nie anerkannt worden. Dessen ungeachtet hatten sich Spanier daselbst niedergelassen. Zwischen ihnen und den Einheimischen entstanden zuweilen Streitigkeiten, und bei einer derselben war neuerdings ein spanischer Ansiedler getödtet und mehrere verwundet worden. Die peruanische Justiz schritt zwar, als der Vorfall ihr bekannt wurde, aber nur langsam gegen die Schuldigen ein. Spanien, ohnedies gegen seine ehemalige Colonie von keiner geneigten Gesinnung erfüllt, sandte ein Mitglied seiner Deputirtenkammer, Salazar y Mazarredo, nach Lima, um mit der dortigen Regierung über die von ihr zu leistende Genugthuung für die spanischen Unterthanen auf peruanischem Boden widerfahrenen Unbilden zu unterhandeln. Mazarredo stellte sich in Lima mit dem Titel: Specieller und außerordentlicher Commissarius der Königin vor, eine Benennung, welche früher spanischen Beamten, die man mit besondern Aufträgen und Vollmachten direct von Madrid aus nach den Colonien schickte, beigelegt wurde. Die peruanische Regierung, welche unter diesem veralteten Titel eine Erneuerung erloschener Ansprüche argwohnte, weigerte sich denselben anzuerkennen, und wollte Mazarredo nur als confidentiellen spanischen Agenten empfangen. Derselbe verließ hierauf plötzlich Lima, nachdem er vorher an den Minister des Auswärtigen eine in drohendem Ton abgefaßte Note gerichtet hatte, deren Tragweite man Anfangs nicht begriff. Bald wurde dies klar. Mazarredo hatte sich von Lima aus zu dem spanischen Admiral Pinzon begeben, der in den chilenischen Gewässern kreuzte. Am 14. April (1863) erschienen beide vor den zu Peru gehörenden Chincha-Inseln und forderten

den Gouverneur zur Uebergabe auf. Derselbe war außer Stande, sich zu vertheidigen, da er nur über 150 Soldaten zu verfügen und 200 Sträflinge zu überwachen hatte. Die Besatzung wurde kriegsgefangen und die spanische Fahne auf der größten dieser Inseln aufgezogen. Diese Inseln enthalten das kostbare Düngungsmittel, Guano genannt, dessen Verkauf der peruanischen Regierung im Durchschnitt jährlich die Summe von sieben Millionen Piastern einbringt, und mehr als den siebenten Theil ihrer Gesammteinnahme ausmacht. Die spanischen Diplomaten suchten diesen plötzlichen Ueberfall, welcher der Handlungsweise der ehemaligen Barbaresken nicht unähnlich war, damit zu entschuldigen, daß zwischen Spanien und Peru seit dem Unabhängigkeitskrieg nur Waffenstillstand, aber nicht Friede bestehe, daß die Einnahme der Chincha-Inseln die Wiederherstellung eines unterbrochenen aber nicht aufgegebenen Rechts von Seiten Spaniens sei, und daß die gefangen genommene peruanische Besatzung als Pfand der Sicherheit für die auf peruanischem Gebiet befindlichen Spanier dienen solle. Da der Ueberfall der Chincha-Inseln außerhalb Spaniens allgemeine Mißbilligung erregte, so erklärte der spanische Minister des Auswärtigen, Pacheco, in einer in der Deputirtenkammer gehaltenen Rede, die That des Admirals Pinzon für eine Uebereilung und ein Mißverständniß, hielt aber das Recht Spaniens auf eine Entschädigung für die von seinen Staatsangehörigen in Peru erlittenen Ungerechtigkeiten und Verletzungen aufrecht.

Der Conflict mit Spanien wirkte auf die innern Zustände Peru's zurück, die aus der Ruhe, die in ihnen in den letzten Jahren vorherrschend gewesen, wieder in die früheren Unordnungen und Erschütterungen zurückfielen. Das Volk war durch die gewaltsame Einnahme der Chincha-Inseln auf das äußerste gereizt, und verlangte mit Leidenschaft von der Regierung ein aggressives Auftreten gegen Spanien, das aber bei der militärischen Schwäche Peru's, namentlich dem Mangel einer Kriegsflotte, die es mit dem spanischen Geschwader hätte aufnehmen können, durchaus unmöglich war. Während die Menge aus Unkenntniß der wahren Lage der Dinge die Regierung unbedingt vorwärts treiben wollte, thaten die Nebenbuhler und Gegner des Präsidenten dasselbe, obgleich sie die entgegenstehenden Schwierigkeiten besser kannten. Unter solchen Umständen traten die Kammern am 26. Juli 1864 in Lima zusammen. Der Präsident der Republik, Pezet, hatte kaum die Lesung der üblichen Botschaft über den Stand der öffentlichen Angelegenheiten seit Schluß der letzten Session beendigt, als er von Castilla, der jetzt Präsident des Senats war, mit Heftigkeit über die äußere Politik der Regierung interpellirt und die Vorlegung der Rechnungen des Finanzministeriums verlangt wurde. Dieser unvorbereitet erhobene Antrag verstieß gegen das Reglement und wurde von der Versammlung für den Augenblick zurückgewiesen, aber die Opposition nahm so zu, daß das

Ministerium nicht nur seine Entlassung einreichen mußte, sondern auch eine Commission niedergesetzt wurde, um die Amtsführung desselben zu prüfen, und zu untersuchen, ob es nicht durch seine Nachgiebigkeit gegen Spanien einen Verrath an der Republik begangen habe. Außer dem Streit mit Spanien stand Peru auch mit Ecuador auf gespanntem Fuß, indem man in Quito noch immer besorgte, daß Pezet, wie sein Vorgänger Castilla, an die Wegnahme von Guayaquil dachte, und den Angriff des Generals Urbina im Geheimen unterstützte. Der exaltirten Partei in Peru hatte an diesem Unternehmen viel gelegen, indem sie Ecuador dafür zu strafen wünschte, daß es bis jetzt gegen Spanien eine freundschaftliche Neutralität beobachtete. Das Unterliegen Urbina's vermehrte die Unzufriedenheit der Majorität mit dem Ministerium in dem Grade, daß sich dasselbe zurückzog, und der Präsident ein neues Cabinet ernannte, in welchem Calderon, Minister des Auswärtigen, und Zarate, Justizminister, sich zu gemäßigten Grundsätzen bekannten, und das erklärte, weder Krieg noch Frieden um jeden Preis zu wollen. Unterdessen war die Untersuchung gegen die abgetretenen Minister von der betreffenden Commission zu Ende geführt und sie, als des Mißbrauchs ihrer Amtsgewalt verdächtig, dem obersten Gericht überwiesen worden. In der Sitzung vom 26. November 1864 decretirten die Kammern, daß alle Mittel angewandt werden müßten, um die Chinchas-Inseln den Spaniern zu entreißen, daß, so lange sie daselbst stehen würden, in keine Unterhandlung mit ihnen eingegangen werden dürfe, und daß der Präsident der Republik binnen acht Tagen über die zu diesem Zweck ergriffenen Maßregeln Bericht zu erstatten habe. Es waren dies leere Worte, indem Peru nicht die Macht besaß, um gegen Spanien Coercitivmittel anwenden zu können.

Auf dem unterdessen in Lima zusammengetretenen südamerikanischen Congreß waren, außer Peru, Chile, Colombia, Venezuela, Bolivia, Guatemala und Salvador vertreten. Diese Versammlung theilte nicht die um sie her herrschende Exaltation, sondern begriff die unglücklichen Folgen eines Bruches mit Spanien, und verlangte von den peruanischen Kammern, das Decret vom 26. November unausgeführt zu lassen, oder zu gewärtigen, daß der Congreß sich auflösen und Peru seinen eigenen Kräften überlassen werde. Die Kammern willigten nicht ohne Schwierigkeit, erst nach mehrtägigen Debatten, in die Zurücknahme des Decrets ein. Der Congreß von Lima suchte sogar mit dem Nachfolger Pinzon's in dem Oberbefehl über das spanische Geschwader, dem Admiral Pareja, Unterhandlungen anzuknüpfen, die aber von ihm abgelehnt wurden. Der Präsident von Peru, Pezet, fühlte sich von den friedlichen Absichten des Congresses eben so sehr ermuntert, wie von den Drohungen des spanischen Admirals in die Enge getrieben. Er entschloß sich, im Widerspruch zu der Kriegspartei in den Kammern, an deren Spitze Castilla

stand, um jeden Preis ein Abkommen zu treffen, aber der von ihm zu dem Ende nach den Chincha-Inseln gesandte General Vivanco kehrte unverrichteter Sache zurück. Am 25. Januar (1865) erschien Pareja vor Callao und richtete an die peruanische Regierung ein Ultimatum, dessen Ablehnung unmittelbar das Bombardement der Stadt nach sich ziehen würde. Da die Kammern weder zustimmten noch verwarfen, sondern die Zeit mit zwecklosen Discussionen zubrachten, so nahm Pezet die Sache allein auf sich und ging mit dem Admiral einen Vertrag ein (28. Januar), in welchem Peru sich anheischig machte, die spanischen Unterthanen für ihnen auf peruanischem Gebiet zugefügte Verletzungen zu entschädigen, einen Vertreter dieser Macht mit dem Titel Commissarius, was bisher hartnäckig verweigert worden, in Lima zu empfangen, und drei Millionen Piaster an Spanien für die Kriegskosten zu entrichten, wogegen die spanische Regierung allen weiteren Ansprüchen entsagte, und die Chincha-Inseln an Peru zurückgab. Der Verfassung gemäß mußte diese Convention den Kammern zur Bestätigung vorgelegt werden. Sie wollten dieselbe weder ertheilen noch verweigern, und zogen es vor, sich plötzlich zu vertagen. Der Präsident ersetzte die mangelnde Sanction und vollzog den Vertrag. Seine Gegner benutzten diese Gelegenheit und stellten ihn als einen Verräther am Vaterlande und Freund Spaniens hin. Ein Volksaufstand in Callao und Lima mußte mit Gewalt unterdrückt werden, und einer seiner Anstifter, der frühere Präsident der Republik, Castilla, wurde deportirt. Die in der Hauptstadt unterdrückte Bewegung verbreitete sich über die Provinzen. In Arequipa, Arica, Tacna und an mehreren andern Orten erhoben sich die Truppen gegen die Regierung, und erkannten den Oberst Prado als ihren obersten Führer an. Der zweite Vicepräsident der Republik, Canseco, ließ sich heimlich mit den Aufständischen in Verbindung ein, verließ Lima und trat später öffentlich zu ihnen über. Der südamerikanische Congreß ging während dieser Unruhen auseinander (13. März 1865), ohne seinen Zweck erreicht zu haben. Sein Entwurf zu einem Bündniß zwischen den südamerikanischen Republiken blieb eine Idee ohne Realisirung. Indessen war auf diese Art wenigstens der Grund zu einer möglichen spätern Ausführung gelegt worden.

Es erhoben sich jetzt stürmische, zum Theil blutige Bewegungen. Die Anhänger der Regierung und die Gegenpartei bekämpften sich auf vielen Punkten des Landes. In der Nacht vom 23. zum 24. Juni (1865) empörte sich die Marineinfanterie auf der Fregatte Amazonas und ermordete ihre Officiere, welche zum Präsidenten Pezet hielten. Der bisherige Leiter der Insurrection, Oberst Prado, übergab jetzt die oberste Führung des Aufstandes, um ihm eine Art von gesetzlichem Schein zu verleihen, an Canseco, als einem der constitutionellen Häupter der Republik. Pezet konnte sich in Lima, wo Alles wankte oder von ihm abfiel, nicht

länger halten, und begab sich zu einem Truppencorps, das bisher der Regierung treu geblieben war (26. October). Es waren dies 10,000 Mann, die ein zwei Stunden von der Hauptstadt entferntes Lager bezogen hatten. Es hatten sich aber bereits revolutionäre Sendlinge unter ihnen eingeschlichen. Sie fielen von Pezet ab, der froh sein konnte, ein englisches Schiff, das im Hafen von Callao lag, zu erreichen. Am 6. November zogen Canseco und Prado in Lima ein, wo ein Anhänger der Regierung, Oberst Gonzales, sich mehrere Stunden lang gegen eine zehnfache Uebermacht mit außerordentlicher Tapferkeit geschlagen hatte, aber zuletzt überwältigt und gefangen genommen wurde. Der bisherige Präsident Pezet, seine Minister und vornehmsten Anhänger wurden für Verräther erklärt. Canseco wünschte einen einigermaßen regelmäßigen Zustand, wenn auch mit ihm an der Spitze und zu seinem Vortheil wieder herzustellen, und auch das Verhältniß zu den auswärtigen Mächten und besonders zu Spanien auf einen guten Fuß zu setzen. Dies stimmte aber weder mit den Absichten der militärischen Leiter der Bewegung noch der Stimmung der Menge überein, die von Haß gegen Spanien erfüllt war. In der Nacht vom 25. zum 26. November traten die höheren Officiere zusammen, setzten Canseco ab und übergaben die höchste Gewalt an Prado. Am andern Tage bestätigte eine Volksversammlung diese Ernennung und rief Prado zum Dictator aus. Es traten hierauf Zustände ein, wie gewöhnlich in den südamerikanischen Republiken, wenn eine politische Partei von der andern besiegt worden ist. Es wurde ein oberstes Tribunal eingesetzt, bestimmt, alle höheren Beamten zu richten, welche durch Beschlüsse, Unterhandlungen und Verträge den Grundsätzen der Freiheit oder der Unabhängigkeit und Ehre des Staates zuwider gehandelt hätten. Eine Menge von Aemtern und Pensionen, welche unter der frühern Regierung ertheilt worden, wurden abgeschafft. Bei der Erbitterung, die in Peru und in fast allen südamerikanischen Republiken gegen Spanien herrschte, konnte der Bruch nicht lange ausbleiben. Der spanische Gesandte, Albistur, hatte bald nach Canseco's und Prado's Einzug in Lima diese Stadt verlassen müssen, da die neue Regierung keine Notiz von ihm nahm, und that als ob er gar nicht vorhanden wäre. Endlich erklärte Peru Krieg an Spanien (5. December 1865), indem es zugleich mit Chile ein enges Schutz- und Trutzbündniß abschloß. Obgleich die spanische Marine stärker als die der beiden Republiken war, so rechneten diese auf den Umstand, daß, wenn erst die ganze Küste von Peru den spanischen Schiffen verschlossen sein werde, diese ihre Bedürfnisse mit großen Kosten aus Californien oder Buenos-Ayres holen müßten, was sie sehr bald zum Rückzug nöthigen würde. Callao wurde stark befestigt und mit Kanonen vom schwersten Kaliber versehen. Eine Anzahl nordamerikanischer Artillerie- und Marineofficiere war in peruanischen Dienst getreten. Am 2. Mai (1866) griff das spanische Geschwader,

welches Callao blokirte, die Verschanzungen an, mußte sich aber nach einem vierstündigen Gefecht zurückziehen. Vier spanische Fregatten waren von dem Feuer der ausgezeichnet bedienten peruanischen Artillerie kampfunfähig geworden. Der spanische Admiral Nuñez wurde verwundet, der peruanische Kriegsminister Galvez wurde getödtet. Man hatte sich auf beiden Seiten mit großem Muth geschlagen. Die spanischen Kriegsschiffe mußten jetzt die peruanischen Gewässer verlassen und die Blokade der Häfen aufgeben. Obgleich Prado so manche Interessen verletzt hatte, und besonders dem Handelsstande wenig Vertrauen einflößte, so wurde er wegen der vom Erfolg gekrönten Maßregeln, die er zur Vertheidigung des Landes getroffen hatte, mit großer Mehrheit zum Präsidenten der Republik gewählt (December 1866), nachdem er bisher unter dem Titel Dictator eine außerordentliche Gewalt ausgeübt hatte.

Bolivia.

Obgleich die Geschichte dieser Republik weniger bekannt ist als die der meisten andern südamerikanischen Staaten, die mit Europa in häufigere Berührung gekommen, so hat es in ihr keinesweges an Umwälzungen, Verschwörungen und Aufständen gefehlt, nur daß sie einen etwas dunkleren Verlauf angenommen haben. Nachdem der General Belzu, ein willkührlicher und launenhafter Gewaltherrscher, der friedliebende Doctor Linarez und der mild gesinnte aber unentschlossene General Cordova vom Präsidentenstuhle gestürzt worden, war der General Jose Maria Acha auf ihn erhoben worden. Im October 1861 verbreitete sich das Gerücht in La Paz, der Hauptstadt des Landes, daß eine Verschwörung zur Wiederherstellung des Generals Belzu im Werke sei. Sogleich wurden eine Menge von Personen verhaftet, unter ihnen Cordova, der noch viele Anhänger besaß. Ein Theil der Bevölkerung verlangte seine Freilassung, und es erhob sich ein Tumult, um sie nöthigen Falls mit Gewalt durchzusetzen. Da ließ der Militärcommandant von La Paz, Oberst Placido Yanez, ohne irgend ein rechtliches Verfahren, in einer einzigen Nacht hundert und sechs Personen erschießen, unter ihnen den gewesenen Präsidenten Cordova, Francesco Belzu, den Bruder des ehemaligen Präsidenten dieses Namens, den General Hermoso, die Oberstlieutenants Balderrama und Ubierna, und den Doctor La Tapia. Man kann sich denken, wie es in einem Lande um Sicherheit und Ordnung bestellt sein mußte, wenn gegen bekannte und ausgezeichnete Personen, wie die genannten, in dieser Art verfahren werden konnte.

Die gestürzten Präsidenten besaßen in der Regel Anhänger und Parteigänger, die nur auf eine Gelegenheit warteten, um ihre Häupter wieder an das Ruder zu bringen, was die innern Bewegungen so häufig

werden ließ. Im Jahr 1862 versuchte der Oberst Balza den Präsidenten Acha zu Gunsten eines seiner Minister, Ruperto Fernandez, zu stürzen, ein Unternehmen, das aber verunglückte und die eiligste Flucht der Theilnehmer zur Folge hatte. Einige Zeit nachher verbanden sich die Generale Martinez, Aguilar und Torrelio gegen Acha, an dessen Stelle sie Belzu setzen wollten, was aber ebenfalls mißlang. Am gefährlichsten hätte die Empörung des Generals Perez werden können, der sich selbst zum Präsidenten proclamirte, und erst nach einem blutigen Gefecht, in welchem der vierte Theil der kämpfenden Mannschaft auf dem Platze blieb, besiegt werden konnte. Acha ließ seine ursprünglich etwas unregelmäßige Wahl erneuern, wobei er mit großer Stimmenmehrheit in seiner Würde bestätigt wurde. Er verdiente diesen Beweis von Popularität und legte in seiner Verwaltung mehr Einsicht und Thätigkeit als die meisten seiner Vorgänger dar. Unter ihm wurden die seit länger als zehn Jahren abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Bolivia wieder angeknüpft (April 1863), und der Handelsvertrag, dessen Verwerfung von bolivischer Seite der Grund zu dem Bruch gewesen, in Wirksamkeit gesetzt. Schwieriger war die Beilegung eines zwischen Chile und Bolivia entstandenen Streites über den Besitz eines am Stillen Meer zwischen Rio-Loa und Rio-Salado gelegenen Landstriches, Mejillones genannt, der unfern des Hafens Cobija anfängt. Diese Gegend, die durch ihre Guanolager (60 Mill. Piaster an Werth) von großer Bedeutung ist, gehörte ehemals zu der spanisch-amerikanischen Provinz, aus der die Republik Bolivia entstanden ist, und diese selbst war lange in ihrem unangefochtenen Besitz gewesen. Erst seit einigen Jahren hatte die Regierung von Chile angefangen, auf dieses Territorium Ansprüche zu erheben und es als ihr Eigenthum zu behandeln. Die Bemühungen des Präsidenten Acha, um Chile durch Unterhandlungen zur Herausgabe der Guanogegend zu bewegen, blieben vergeblich. Buenos-Ayres, das er für die Sache Bolivia's zu gewinnen suchte, nahm seine Eröffnungen freundlich auf, that aber nichts, dagegen gelang es ihm, von Paraguay ein Bündniß und einen Handelsvertrag zu erlangen, der die Anerkennung der Eigenthumsrechte Bolivia's auf den von Chile in Besitz genommenen Bezirk zwischen Rio-Loa und Rio-Salado in sich schloß. Auf dem Congreß in Lima rieth der Vertreter Bolivia's von allen Beschlüssen ab, die den europäischen Mächten als eine Drohung und Herausforderung erscheinen könnten, und wirkte dahin, daß der projectirte südamerikanische Bund sich auf Handels- und Verkehrserleichterungen beschränkte. Bei dem Streit zwischen Spanien und Peru wegen der Chincha-Inseln schloß Bolivia letzterer Macht sich eng an und bot ihr seinen Beistand an. Die kluge und gemäßigte Verwaltung Acha's hatte die innere Ruhe länger erhalten, als unter seinen Vorgängern seit langer Zeit gewöhnlich gewesen, aber der Geist der Anarchie war nicht erstorben,

sondern hatte nur geschlummert, und erwachte jetzt von Neuem. Der gewesene Präsident Belzu, der bisher in der Verbannung gelebt hatte, fiel im Januar 1865 mit einem zusammengerafften Truppencorps in Bolivia ein, und Acha, der ihm entgegenzog, wurde geschlagen und verwundet. Einige Tage nachher erhob sich ein neuer Prätendent für die erste Stelle in der Republik in der Person des Oberst Malgarejo, der sich Cochabamba's, des Hauptortes der gleichnamigen Provinz bemächtigte, und sich zum provisorischen Präsidenten von Bolivia ausrufen ließ. Dieser fand einen Nebenbuhler an Belzu, der aber in einem Gefecht blieb, worauf Malgarejo die Hauptstadt La Paz besetzte, und ein Ministerium ernannte. Gegen ihn erhob sich der Oberst Casto Aguedas, der während Malgarejo's Abwesenheit La Paz einnahm, und ebenfalls Anspruch auf die Regierung der Republik machte. Der Kampf zwischen den beiden Prätendenten dauerte eine Zeit lang mit wechselndem Erfolge fort, bis Malgarejo die Oberhand gewann (October 1865) und zum Präsidenten gewählt wurde. Im März 1866 trat Bolivia dem peruanisch-chilenischen Bündniß gegen Spanien bei. Aber der gegenwärtige Präsident konnte sich eben so wenig wie seine Vorgänger lange behaupten. Er wurde gestürzt und gefangen gesetzt und es war bei dieser Veränderung viel Blut geflossen. Dalla Casta wurde sein Nachfolger. — Die innere Unruhe des ganzen Lebens, die Abwesenheit von sittlicher und staatlicher Bildung, der Mangel an Uebereinstimmung des Einzelnen mit dem allgemeinen Dasein, der damit zusammenhängende persönliche Ehrgeiz bewirkten, daß es in den südamerikanischen Republiken, wie einst im kaiserlichen Rom, nie an Bewerbern um die erste Stelle im Staate fehlte, deren sie sich um jeden Preis und durch alle möglichen Mittel zu bemächtigen suchten, obgleich diejenigen, welche dieselbe errangen, in der Regel sich dieser Auszeichnung nur kurze Zeit erfreuten, sie unaufhörlich von Nebenbuhlern und Neidern bestritten sahen, und für dieselbe nicht selten mit Verbannung oder einem gewaltsamen Ende büßten.

Chile.

Diese Republik war lange Zeit über von den Parteikämpfen frei geblieben, die in den meisten Gegenden Südamerika's die Geschichte derselben ausmachen und gewissermaßen zu deren Leben gehören, als im Jahr 1859 im Norden und Süden Aufstände ausbrachen, die gegen den Präsidenten Montt gerichtet waren, der, wie seine zweimalige Wahl zu dieser Würde beweist, früher sich einer großen Popularität erfreut hatte. Conservative und Radicale hatten sich, da er die Verwaltung unabhängig von ihnen führen wollte, gegen ihn verbunden, veruneinigten sich aber wieder unter sich, von ihrer principiellen Verschiedenheit abgesehen, über

die Frage, was nach dem Sturze des Präsidenten zu thun sein werde. Die disharmonischen Elemente, aus denen die Insurrection bestand, erleichterten Montt deren Besiegung, worauf er von dem Congreß mit außerordentlichen Vollmachten bekleidet wurde, von denen er aber einen mäßigen Gebrauch machte. Seine Verwaltung, die im September 1861 zu Ende ging, war im Ganzen der innern Ordnung und Pflege der materiellen Interessen günstig gewesen. Die Communicationsmittel hatten sich unter ihm vermehrt, der auswärtige Handel und die Zolleinnahmen bedeutend gehoben. Montt, der nach der Besiegung des letzten Aufstandes in größerm Ansehen als je stand, wünschte zu seinem Nachfolger einen seiner persönlichen Freunde und Gesinnungsgenossen, Antonio Varas, einen Mann von ausgezeichneten Rednergaben und unbescholtenem Charakter, der aber der chilenischen Aristokratie, die meist von altspanischer Herkunft ist, wegen seiner dunkeln Herkunft nicht gefiel. Eine andere bedeutende Persönlichkeit, General Bulnes, der vor Montt Präsident der Republik gewesen, hatte unter den Conservativen zahlreiche Anhänger, und gehörte zu denen, welche auf die oberste Stelle Anspruch machen konnten. Aber weder Varas noch Bulnes wurden gewählt, sondern Jose Joaquin Perez (Juli 1861), der, aus einer der ersten Familien des Landes entsprossen, mehrmals Minister und Gesandter gewesen war. Der neue Präsident war bemüht, eine Fusion zwischen Liberalen und Conservativen herbeizuführen, und besetzte sein Ministerium mit Notabilitäten aus beiden Parteien. Seine Politik bekam dadurch das Ansehen einer gewissen Unentschiedenheit, die aber der Erhaltung der innern Ruhe förderlich sein konnte. Die auswärtigen Verhältnisse zogen die Aufmerksamkeit des Congresses jetzt mehr als in frühern Zeiten auf sich, obgleich Chile bei seiner isolirten Lage, die es nur an seiner Küste mit der übrigen Welt in Verbindung setzt, gegen fern liegende Ereignisse hätte gleichgültig sein können. Es war mehr oppositioneller Ehrgeiz als wirkliche Besorgnisse, was einige Deputirte veranlaßte, sich gegen die Annexion San Domingo's an Spanien und die Intervention der Franzosen in Mexico mit Leidenschaft zu erheben. Ihre Interpellationen blieben jedoch ohne Erfolg. Von größerer Bedeutung für Chile war das, was damals in seiner Nähe und auf seinem eigenen Gebiet vorging. Im Süden liegt eine Landschaft, Araucanien genannt, ausschließlich von indianischen Stämmen bewohnt, von denen einige feste Wohnsitze haben und Ackerbau treiben, andere aber noch umherschweifen und von der Jagd leben. Sie werden von eigenen Oberhäuptern (Kaziken) regiert, und wollen, wie früher nicht die Herrschaft der spanischen Krone, so jetzt nicht die der Republik Chile anerkennen, welche Araucanien zu ihrem Gebiet rechnet. Die chilenische Regierung zwang einige dieser Stämme durch Krieg sich ihrer Oberhoheit zu unterwerfen, und ihr einen Tribut zu entrichten. Die Indianer machten sich von dieser Abhängigkeit immer wieder los. Als sie ein neuer

Angriff von Seiten Chile's bedrohte, stellten sie einen französischen Abentheurer, der sich seit einiger Zeit in ihrem Lande befand und ihr Zutrauen gewonnen hatte, Namens de Tonnens, aus Perigueux, an ihre Spitze. Dieser Mann, der früher Rechtsanwalt gewesen, nahm jetzt den königlichen Titel an, nannte sich Aurelius Anton I. und gab Araucanien eine Verfassung. Als aber der Krieg ausbrach, wurde er von chilenischen Truppen überfallen und gefangen genommen. Die Unsicherheit der Zustände in ihrem südlichen Gebiet war und blieb für Chile bedrohend.

In der legislativen Session von 1863 erhob sich die Opposition wieder mit großem Eifer gegen die Anwesenheit der Franzosen in Mexico, ohne jedoch von der Regierung eine entscheidende Erklärung erlangen zu können. Die Einladung zur Theilnahme an dem südamerikanischen Congreß in Lima wurde von der chilenischen Regierung lau aufgenommen. Dieselbe wollte, selbst wenn er zu Stande käme, welches anfänglich zweifelhaft war, ihm die Entscheidung ihres Streites mit Bolivia, wegen des Territoriums von Mejillones, wo ein reiches Guanolager sich befindet, nicht unterwerfen. Der bolivische Gesandte, Frias, verließ hierauf Santiago, und die streitige Angelegenheit blieb unentschieden. Chile war auf dem Wege des materiellen Fortschrittes, ungeachtet der Unruhen unter Montt's Präsidentschaft, nicht stehen geblieben. Es besaß ein vollständiges Civilgesetzbuch, woran es den meisten südamerikanischen Republiken fehlte, wo in der Rechtspflege noch immer ein Chaos der verschiedenartigsten Bestimmungen und ihrer willkührlichsten Auslegungen herrschte, eine Disconto- und Depositenbank, eine Hypothekenvorschußkasse, ein Gesetz über Umwandlung des Zehnten in eine Grundrente für Kirche und Schule, und ein Gemeindeverwaltungsgesetz. Diese guten innern Einrichtungen hatten den Credit der Republik im Ausland erhöht. Am 18. September 1863, dem Jahrestage der chilenischen Unabhängigkeitserklärung, wurde die Eisenbahn, welche die Hauptstadt des Landes, Santiago, mit dem ersten Hafen, Valparaiso, verbindet, dem öffentlichen Verkehr übergeben. Sie hatte 11,316,182 Piaster gekostet und es war an ihr zwölf Jahre lang gearbeitet worden. Mitten unter einem im Ganzen befriedigenden Zustande ereignete sich ein furchtbarer Unglücksfall, der eine Menge von Familien in Trauer und Elend versetzte. Als am 8. December 1863 das Fest von Mariä Empfängniß in der Jesuitenkirche zu Santiago mit besonderer Pracht gefeiert wurde, entstand daselbst, in Folge der vielen angezündeten Kerzen, von denen die Tapeten, Draperien und andere Verzierungen ergriffen wurden, ein furchtbarer Brand, der 2000 Personen, meist Frauen, das Leben kostete. Die Verwandlung der Republik San Domingo in eine spanische Colonie, und die Intervention Frankreichs in Mexico war von der öffentlichen Meinung, ungeachtet die Opposition im Congreß sich heftig gegen diese Ereignisse erklärte, ziemlich gleichgültig aufgenommen worden. Aber die

Wegnahme der Chincha-Inseln durch die spanische Marine hatte in fast allen südamerikanischen Republiken Wiederhall gefunden, und galt für ein drohendes Zeichen von dem, was Spanien gegen sie im Schilde führte. In allen größern Orten Chile's wurden Volksversammlungen gehalten, die eine Kriegserklärung gegen Spanien und militärischen Beistand für Peru verlangten. Man warf der Regierung Unentschlossenheit und Mangel an Voraussicht vor, und der Präsident war genöthigt, eine theilweise Veränderung in seinem Ministerium eintreten zu lassen. Von dem Congreß, der am 1. Juni 1864 zusammentrat, wurde der Präsident zur Vermehrung der chilenischen Kriegsmarine ermächtigt, sei es, daß es mit Bolivia wegen des Territoriums von Mejillones oder mit Spanien wegen der Chincha-Inseln zum Kampfe kam. Der Eifer gegen die spanische und französische Einmischung in die innern Angelegenheiten Amerika's hatte indessen bald wieder nachgelassen, indem im Congreß davon längere Zeit über nie mehr die Rede gewesen, als der liberale Deputirte Lastarria plötzlich einen Antrag auf Abwehrung jeder europäischen Intervention stellte, der sich nur auf Frankreich und Spanien beziehen konnte, und von der Deputirtenkammer mit großer Stimmenmehrheit angenommen wurde. Der Präsident Perez und der Senat waren aber in Betracht der Schwäche der chilenischen Seemacht anderer Meinung, und suchten eine Entscheidung, theils um eine Collision zu verhindern, wenn es möglich war, theils um sich auf dieselbe vorbereiten zu können, in die Länge zu ziehen. Lastarria wurde durch eine diplomatische Mission nach Brasilien und den La Plataſtaaten für einige Zeit entfernt, und die Commission des Senats hatte ihren Bericht absichtlich noch nicht abgestattet, als der Congreß vertagt wurde (20. September 1864). Aber mit der Vermehrung der Kriegsmarine wurde jetzt Ernst gemacht. Die Regierung ließ in den Vereinigten Staaten und in England vier Corvetten mit Kanonen von großer Tragweite ankaufen, errichtete ein Corps Marinesoldaten und hob eine Anzahl Matrosen aus, wozu die chilenische Handelsmarine, die wenigstens achtzehn tausend Seeleute zählte, hinlänglichen Stoff bot. An allen verwundbaren Punkten der Küsten wurden Batterien aufgestellt, bewaffnete Schaluppen, um sie unter einander in Verbindung zu setzen, erbaut, und eine eigene Küstenwache, unter dem Namen „Marine-Nationalgarde" errichtet. Ungeachtet der gemäßigten Gesinnung des Präsidenten Perez und seiner Minister, nahm die Antipathie gegen Spanien in Chile zu. Die Regierung mußte ihr nachgeben, indem sie die Ablassung von Steinkohlen an die spanischen Schiffe verbot, und diese unterließen dagegen, wenn sie in den chilenischen Häfen einliefen, die von der internationalen Courtoisie gebotenen Ehrenbezeigungen. Die Beziehungen zwischen dem spanischen Gesandten in Chile, de Tavira, und dem dortigen Minister des Auswärtigen, Covarrubias, wurden immer gespannter, und die gegenseitigen Beschwerden vermehrten

sich. Indessen wollte weder der spanische Gesandte noch der chilenische Minister die Schuld eines gänzlichen Bruches auf sich nehmen. Durch die Bemühungen von Mittelspersonen gelang es eine Annäherung herbeizuführen. Versöhnliche Noten wurden gewechselt und ein Vertrag geschlossen (20. Mai 1865), der die Ursachen des bisherigen Mißverhältnisses heben sollte. Die Botschaft, welche der Präsident dem am 1. Juni zusammengetretenen Congreß vorlegte, berührte mit Zufriedenheit die Beilegung der Differenz mit Spanien, und erklärte die Absicht Chile's an der allgemeinen Ausstellung in Paris Theil nehmen und zu der Errichtung einer Telegraphenlinie zwischen der alten und neuen Welt beitragen zu wollen. Die Berichte der Minister ergänzten die Botschaft des Präsidenten, und gaben von der innern Lage des Landes ein vortheilhaftes Bild. Der Congreß setzte seine Arbeiten ruhig fort, und nahm den Gesetzentwurf über die Freiheit des Cultus für die nichtkatholische Bevölkerung an, der vorher nur Duldung, aber nicht Gleichberechtigung zugestanden gewesen, als unerwarteter Weise die Nachricht einlief, (12. September), daß das spanische Cabinet das zwischen der chilenischen Regierung und dem Gesandten Tavira getroffene Abkommen verworfen, denselben getadelt und abberufen und daß ein spanisches Geschwader die Richtung nach Valparaiso eingeschlagen habe. Diese Nachricht mit ihren vorauszusehenden Folgen übte sogleich eine drückende Einwirkung auf Handel und Verkehr aus. Die finanziellen und commerciellen Transactionen hörten auf der Stelle auf. Aber das Volk war nicht zur Nachgiebigkeit geneigt, und zog diesmal die Regierung mit sich fort. Am 17. September erschien das spanische Geschwader unter Admiral Pareja vor Valparaiso, theilte officiell die Verwerfung des mit Tavira im Mai abgeschlossenen Vertrages mit, verlangte die Abstellung der von Spanien erhobenen Beschwerden, lehnte die Vermittlung der Gesandten und Consuln der fremden Mächte ab, und erklärte, als sein Ultimatum von der chilenischen Regierung zurückgewiesen wurde, die Küste von Chile in Blokadezustand, der auch sogleich in aller Strenge zur Anwendung kam (24. September). Die Regierung wurde zur Kriegserklärung gegen Spanien, zu einem Anlehen von 20 Mill. Piaster, zur Erhebung einer Kriegssteuer und zur Vermehrung der Land- und Seemacht vom Congreß ermächtigt. Das chilenische Volk war zu jedem Opfer bereit. Da man in Valparaiso ein Bombardement besorgte, so zog sich fast die ganze Bevölkerung aus der Stadt zurück. Die Regierung, welche sich bis dahin ziemlich gemäßigt gezeigt und der öffentlichen Meinung nur in so weit, als es unumgänglich nothwendig war, nachgegeben hatte, ergriff jetzt strengere Maßregeln, ertheilte Caperbriefe, internirte alle im Gebiet der Republik anwesenden Spanier in Santiago, und verbot den Notarien und Direktoren von Banken und den Geranten von Handelsgesellschaften, irgend ein Geschäft zu vollziehen oder eine Zahlung zu leisten, wo

spanische Unterthanen Forderungen zu machen, Interessen oder Dividenden zu erheben hatten. Am 26. October erließ die Republik ein Manifest an die fremden Mächte, in dem sie ihr Verfahren rechtfertigte. Da die Blokade der chilenischen Küste die Interessen bedeutender Häuser in London, Liverpool, Paris und Le Hâvre zu beeinträchtigen drohte, so verbanden sich die englische und französische Regierung zu Vorstellungen in Madrid, die eine Milderung in der Handhabung der Blokade und eine Aussöhnung zwischen Spanien und Chile zum Zweck hatten. Der französische und englische Botschafter waren in diesem Sinne von ihren Regierungen instruirt worden und das spanische Cabinet erklärte sich zum Eingehen auf Vergleichsvorschläge bereit. Unglücklicher Weise war den Kriegführenden, die sich an der Küste von Chile einander gegenüberstanden, von diesen in Europa geführten Unterhandlungen nichts bekannt geworden. Nicht allein daß Caperbriefe ausgetheilt und die Spanier in Santiago internirt wurden, sondern der spanische Aviso „Covadonga" wurde von einer chilenischen Corvette auf der Höhe des Hafens von Pajondo angegriffen und genommen (26. November 1865), wo 7 spanische Officiere und 114 Soldaten in Gefangenschaft geriethen. Der Sieg einer so kleinen Macht wie Chile über eine so große wie Spanien erregte in ersterm Lande eben so lebhafte Freude wie in letzterm tiefen Verdruß. Dieser Vorfall ward einem glücklichen Ausgang der Unterhandlungen hinderlich. Dazu kam noch, daß der Admiral Pareja sich das Leben nahm, wie man glaubte, aus Schmerz über den Verlust der „Covadonga". Die in den Vereinigten Staaten und in England bestellten Kriegsschiffe waren unterdessen angekommen, und die chilenische Seemacht schien in Verbindung mit den Strandbatterien jetzt stark genug zu sein, um die Küsten vertheidigen zu können. Chile rechnete außerdem auf die Unterstützung von Peru, Ecuador, Colombia und Venezuela, und war nicht zur Nachgiebigkeit geneigt. Der Krieg entbrannte von Neuem. Das spanische Geschwader concentrirte sich vor Valparaiso und verbrannte die chilenischen Segelschiffe, die es seit der Kriegserklärung genommen hatte. Als die Spanier die chilenisch-peruanische Flotte in der Nähe von Ancud (Provinz Chiloe) mit überlegener Macht angriffen, wurden sie mit empfindlichem Verlust zurückgewiesen (7. Februar 1866). Aber die Spanier nahmen unter dem Nachfolger Pareja's, dem Admiral Mendez Nuñez, eine barbarische Rache, indem ihre Flotte die völlig wehrlose Stadt Valparaiso bombardirte (31. März 1866), und dabei allein in dem öffentlichen Entrepot für 8,300,000 Piaster (41,500,000 Fr.) Waaren zerstörte, von denen aber der größte Theil Franzosen, Deutschen, Belgiern, Engländern und Nordamerikanern gehörte. Der Werth der in Häusern und Privatmagazinen verbrannten Waaren ließ sich nicht genau abschätzen, soll aber sehr bedeutend gewesen sein. Die in Valparaiso stehenden chilenischen Truppen hatten sich bei dieser Gelegenheit,

wie übrigens fast immer, sehr unerschrocken gezeigt. Die Gleichgültigkeit der englischen und nordamerikanischen Geschwader gegen diesen Act des Vandalismus wurde allgemein getadelt. Die Vermittlungsversuche Englands und Frankreichs wurden von Chile zu Ende des Jahres 1866 abgelehnt. Das Resultat dieses traurigen Krieges war für Spanien ohne Ruhm und Vortheil, und wirkte auf die Entwicklung Chile's, das vorher im Fortschreiten begriffen gewesen war, hemmend zurück.

Die La Platastaaten:

Argentinische Conföderation; Uruguay; Paraguay.

Diese weiten Gegenden, beinahe fünfmal so groß als die österreichische Monarchie, in denen die genannten drei Republiken aus den ehemaligen spanischen Colonien entstanden, sind von noch mehr innern Parteistreitigkeiten und äußern Kriegen als die übrigen amerikanischen Staaten spanischen Ursprungs zerrissen, und diese Kämpfe sind mit noch mehr Leidenschaft und Wuth als anderswo geführt worden. Der Grund dieser Erscheinung liegt zum Theil in der Entfernung dieser Länder von den beiden unter der spanischen Herrschaft civilisirtesten Provinzen: Mexico und Peru, in der zu großen Gebietsausdehnung im Vergleich zu der geringen Bevölkerung, und in dem Umstande, daß die spanische Race, je weiter sie sich nach Süden ausbreitete, um so mehr mit den Eingebornen sich vermischte, und demnach ausartete. Mexico und Lima waren die beiden Centralpunkte der spanischen Herrschaft auf dem amerikanischen Continent gewesen, wo sich die meisten Lehranstalten und Bibliotheken, die meisten Bildungsmittel, die meisten Gelegenheiten zum Verkehr mit Europa befanden. Die Geistlichkeit war in diesen civilisirtesten spanischen Provinzen zwar mächtig, aber doch nicht in dem Grade, wie in dem Vicekönigreich La Plata, wo die Inquisition, die Mönche und besonders die Jesuiten fast unumschränkt walteten, und dem Volk Kenntnisse und Aufklärung mit der sparsamsten Hand zumaßen. Die dünngesäte Bevölkerung in diesen unermeßlichen Gegenden verzögert nicht blos den Fortschritt der Cultur, die ohne eine lebendige und vielfältige Berührung der Menschen unter einander nur sehr langsam sich entwickelt, sondern erschwert auch die Vollziehung der Gesetze und die Befestigung der Institutionen, indem die oberste Controle der Regierung unter solchen Verhältnissen schwer wird, Insurrectionen und Revolutionen leichter entstehen und sich länger erhalten können als in Ländern, wo dicht gedrängte Massen bei Erhaltung der Ruhe und Ordnung mehr betheiligt sind, und deren Nothwendigkeit lebhafter fühlen. In so unverhältnißmäßig weiten Räumen, die sich oft nicht einmal genau abgrenzen und von Niemand

vollständig übersehen lassen, ist der Einfluß des Staates ungewiß und seine erhaltende Kraft schwach. In ihnen drängt sich Alles mehr nach der Peripherie als nach dem Centrum, und das Ganze ist mehr geeignet, auseinander zu gehen, als sich zusammen zu fassen. Der Fortschritt der Civilisation stößt auf große Hindernisse und findet keine festen Stützen, während die anarchischen Leidenschaften mit um so größerer Leichtigkeit um sich greifen. Einige besonders rohe Elemente in diesen Zuständen, wie die zahlreichen berittenen Hirten (Gauchos) in den unermeßlichen Ebenen (Pampas) in der argentinischen Conföderation und Uruguay, die an den innern und äußern Kriegen sich betheiligten, haben diesen noch mehr, als sonst der Fall gewesen wäre, einen barbarischen Charakter verliehen. Diese Gauchos, die von spanischen Vätern und indianischen Müttern stammen, kannten vor noch nicht langer Zeit wenig den Gebrauch des Brotes, lebten ausschließend von Fleisch, waren einzig mit dem Hüten, Einfangen und Tödten von Thieren beschäftigt, kamen mit der friedlichen Welt der Ackerbauer und Städter selten in Berührung und haben, seitdem sie in die innern Bewegungen und Kämpfe eingetreten, denselben häufig etwas von ihrer natürlichen Wildheit mitgetheilt. Indessen ist, ungeachtet aller dieser Uebelstände, für die La Plataländer die Revolution der schwere aber unvermeidliche Durchgangspunkt zu einer bessern Zukunft geworden. Die spanische Herrschaft war der moralische Tod dieser Völker, und selbst der zügellose und für den Augenblick verderbliche Gebrauch der Freiheit mußte einer so gänzlichen Erstarrung, wie jener Despotismus mit sich brachte, vorgezogen werden. Auch lassen sich die heilsamen Früchte der Losreißung von Spanien selbst in den zurückgebliebensten Theilen Südamerika's an einigen der Zeichen erkennen, welche für die Verbesserung der öffentlichen Zustände den sichersten Beweis liefern. Im Jahre 1797 betrug die Bevölkerung der La Plataſtaaten kaum eine halbe Million Seelen und jetzt fast drei Millionen; 1795 zählte Paraguay 95,000 und jetzt über eine Million Einwohner und der Handel hat in demselben Verhältniß zugenommen. Das Aufhören der Sklaverei, die Vertheilung des Landeigenthums, die bessere Benutzung desselben, die häufigeren Ehen durch die Verminderung des klerikalen Elements, und die größere Leichtigkeit des Erwerbs haben diese glückliche Veränderung hervorgebracht. Indessen sind im La Plategebiet, wie in ganz Südamerika, bisher nur einzelne Versuche zum Bessern gemacht worden, und es kann noch lange dauern, ehe aus diesem Chaos sich ein einigermaßen regelmäßiger Zustand entwickelt haben wird. Eine wesentliche Hülfe zur Erreichung dieses Zieles würde eine zahlreiche europäische Einwanderung bieten, die aber eine gewisse Stabilität im Innern voraussetzt, an der es diesen Republiken zur Zeit noch gänzlich fehlt. Die feindselige Gesinnung, welche früher der spanische Despotismus, um seine Herrschaft zu sichern, zwischen den verschiedenen Theilen Südamerika's erhielt, der

Ehrgeiz derer, welche an die Spitze der Revolutionen traten, und die Selbstsucht einzelner Klassen haben die ehemaligen Colonien in so viele von einander unabhängige Staaten getheilt, statt daß die geographische Lage und die gemeinsamen Interessen eine größere Einheit unter ihnen gefordert hätten. Die argentinische Republik, Paraguay und Uruguay sind von der Natur zu einem und demselben Staate bestimmt, und werden auch, ungeachtet der Rivalitäten der Machthaber und der noch bestehenden Verblendung der Massen über ihren wahren Vortheil, über kurz oder lang sich zu einem Ganzen vereinigen.

Die argentinische Conföderation.

Obgleich die Südamerikaner durch ihre Revolutionen mit der spanischen Krone vollkommen gebrochen hatten, so war dies doch nicht in demselben Grade mit den spanischen Traditionen geschehen. Die Spanier hatten ihren politischen und administrativen Despotismus nach ihrer Vertreibung ihren ehemaligen Unterthanen zurückgelassen. Die Einen unter diesen Republikanern wollten immer über die Andern herrschen. Buenos-Ayres, die größte und reichste Stadt in der La Plategegend, war stolz darauf, sich vom spanischen Joch befreit zu haben, blieb aber noch lange von monarchischen Ansprüchen erfüllt, und dachte der spanischen Herrschaft in diesen Gegenden nachfolgen und in die Stellung einer leitenden Metropole treten zu können. Da Buenos-Ayres der einzige Handelshafen auf dem rechten Ufer des La Plata ist und den Schlüssel zu diesem Strom besitzt, so glaubte es die Politik der ganzen Republik nach ihrem Interesse leiten zu können. Die Bevölkerung im Innern, welche sich aus eigener Kraft von dem alten spanischen Joch frei gemacht hatte, war nicht geneigt, das neue der stolzen Handelsstadt zu tragen, welche, je nach den Umständen, die Conföderation beherrschen, oder sich ganz von ihr trennen wollte. Dies gab zu endlosen Streitigkeiten Veranlassung, die am 11. November 1859 durch den unter Vermittlung Paraguay's zu San Jose de Flores abgeschlossenen Vertrag beigelegt wurden, durch den die Stadt und Provinz Buenos-Ayres in die Conföderation zurücktrat. Die Bundesverfassung ward modificirt, und Santiago Derqui, bisher Minister des Innern, in Urquiza's Stelle, von dem früher der grausame Dictator Rosas gestürzt worden, zum Präsidenten gewählt (März 1860). Aber Buenos-Ayres, obgleich jetzt wieder zum Bunde gehörig, wollte in demselben in Bezug auf seine Zolleinnahmen eine exceptionelle Position einnehmen, und hatte Derqui's Wahl, der dafür galt, streng an der Verfassung zu halten, mit Mißtrauen betrachtet. Nicht nur in den entfernteren Staaten der Conföderation, auch in Buenos-Ayres und dessen Umgegend fehlte es nicht an Keimen

zur Agitation, die aber bei dem im Augenblick vorherrschenden Bedürfniß der Ruhe nicht zum Ausbruch kamen. Buenos-Ayres konnte nicht die hervorragende Rolle vergessen, die es so lange gespielt hatte, und arbeitete jetzt, wo es zum Eintritt in die Conföderation genöthigt worden, daran der allgemeinen Bundesgewalt so wenig als möglich einzuräumen, um seine innere Selbstständigkeit zu behaupten. Als es einen Gouverneur zu wählen hatte, ernannte es zu dieser Stelle den General Mitre, der als ein Gegner des Förderativsystems und als einer der Führer der Partei bekannt war, welche eine einheitliche Republik wollte. Schon drohten die vorhandenen Gegensätze ihre Spitzen wieder gegen einander herauszukehren, als es unverhoffter Weise zu einer Annäherung und einem Vergleich kam (6. Juni 1860). Die von Buenos-Ayres aufgestellten Reformpläne sollten einer zu diesem Zweck nach Santa Fé einzuberufenden Versammlung vorgelegt und von dieser über sie entschieden werden. Diese Entscheidung werde der Bundesregierung und der des Staates Buenos-Ayres mitgetheilt und von letzterer ihre besondere Constitution demgemäß innerhalb vierzehn Tagen modificirt werden. Nachdem dies geschehen, solle der Congreß seine Sitzungen so lange unterbrechen, bis Buenos-Ayres die Senatoren und Deputirten zu demselben gewählt haben werde. Bis dahin solle dasselbe im Besitz der finanziellen Ausnahmsstellung wie bisher bleiben, und erst der nächstfolgende Congreß werde eine allgemein gültige Zollgesetzgebung einführen. Dieser Compromiß wurde überall in der Conföderation mit Beifall aufgenommen. Um dieser Stimmung einen besondern Ausdruck zu geben, wurde der Präsident Derqui eingeladen, sich mit seinem Vorgänger, General Urquiza, mit dem General Mitre und dem diplomatischen Corps aus der Bundeshauptstadt Parana, wo der Congreß tagte, nach Buenos-Ayres zu begeben, wo der Jahrestag des Losreißens von der spanischen Herrschaft (9. Juli) feierlich begangen wurde. Die von Buenos-Ayres gemachten Anträge wurden von der nach Santa Fé einberufenen Convention angenommen und die so modificirte Bundesverfassung bekannt gemacht. Die Sitzungen des ordentlichen Congresses der drei conföderirten Staaten wurde am 30. September in Parana geschlossen. Zum nächsten Congreß wurden die Senatoren und Deputirten von Buenos-Ayres erwartet.

Ungeachtet dieses Compromisses war die Eintracht doch nur scheinbar wieder hergestellt. Buenos-Ayres wollte seinen frühern Ansprüchen auf politische Suprematie und eine exceptionelle Stellung nicht entsagen. Es verlangte eine totale Erneuerung des Ministeriums und war entschlossen, die durch die revidirte Verfassung vorgeschriebenen Veränderungen nicht eher bei sich einzuführen, als bis die Senatoren und Deputirten, welche den neuen, zu ihrer Wahl erforderlichen Bestimmungen nicht genügten, aus dem Congreß entfernt sein würden. Die in Buenos-Ayres herrschende Partei der Unitarier erregte Unruhen in den Provinzen, und ließ

die föderalistisch gesinnten Gouverneurs in mehreren Provinzen durch Volksaufstände bedrohen, bei denen an manchen Orten Blut floß. Derqui, der seine Stellung den Föderalisten verdankte, und jetzt sich auf Seite der Unitarier neigte, indem er von diesen die Erhaltung der innern Ruhe und Ordnung erwartete, zog sich dadurch die heftigsten Vorwürfe von seinen alten Parteigenossen zu. Im Staate San Juan de la Frontera wurde der Gouverneur, Oberst Jose Virasoro, ein entschiedener Gegner der neuen Verfassung, mit mehreren seiner Anhänger ermordet und eine neue Regierung eingesetzt. Derqui konnte nicht umhin, einen Bundescommissarius mit Truppen nach der Hauptstadt dieses Staates zu schicken, der von ihr den Namen führt, die aber erst nach einem hartnäckigen Kampfe der Aufständischen Herr wurden. Der Kampf zwischen den Unitariern und Föderalisten schien von Neuem entbrennen zu wollen. Derqui, der zwischen den Parteien ein Gleichgewicht zu erhalten wünschte, sah mit Besorgniß, daß die Unitarier im Norden übermächtig zu werden anfingen und die Präponderanz von Buenos-Ayres verstärkten, weshalb er sich jetzt den Föderalisten zu nähern anfing, während General Mitre sich immer mehr der Gegenpartei anschloß. Die Unitarier in Buenos-Ayres und die Föderalisten in Parana forderten sich in Volksversammlungen und in der Presse gegenseitig heraus, indem sie den Contrast zwischen ihren politischen Principien und deren Unvereinbarkeit in einem und demselben Staate in Reden und Journalartikeln unaufhörlich hervorhoben. Die Gesandten Frankreichs und Englands, Lefebvre de Bécour und Thornton, denen sich der Vertreter Peru's, Seoane, anschloß, suchten vergebens durch ihre Vermittlung einem Ausbruch dieser feindlichen Gesinnung zuvorzukommen. Auf ihre Veranlassung hielten die drei einflußreichsten Personen der argentinischen Conföderation, der Präsident Derqui und die Generale Mitre und Urquiza eine Zusammenkunft am Bord der englischen Corvette „Oberon" in dem kleinen Hafen Las Piedras, ohne sich über die streitigen Punkte vereinigen zu können, aber mit der Absicht, einen Krieg zwischen den einander entgegengesetzten Parteien verhindern zu wollen. Die abgebrochene Unterhandlung ward von dem Minister des Auswärtigen der Conföderation, Molinas, und dem Bevollmächtigten von Buenos-Ayres, Riestra, wieder aufgenommen, aber es erhellte nur zu bald, daß eine Ausgleichung unmöglich geworden. Buenos-Ayres weigerte sich, die Insel Martin-Garcia aufzugeben, die es mit seinen Truppen hatte besetzen lassen und die von der Conföderation als Bundeseigenthum in Anspruch genommen wurde, und wollte nicht die zwei Millionen Piaster Subvention zu den Bundesausgaben beitragen, welche der Präsident und die föderalistische Partei für nöthig hielten. Man trennte sich unverrichteter Sache. In der Voraussicht eines solchen Ausganges stand schon Alles, was von Soldaten zusammengebracht werden konnte, auf beiden Seiten bereit. Am 17. September 1861 kam es bei

dem Orte Pavon zu einem Zusammenstoß, in welchem die Truppen der Regierung unter Urquiza von denen unter Mitre gänzlich geschlagen wurden. Die materiellen Verluste waren auf beiden Seiten gering gewesen, Sieger und Besiegte hatten zusammen nur einige hundert Mann an Todten und Verwundeten verloren, aber die Armee unter Urquiza löste sich vollkommen auf. Er selbst verließ den Kriegsschauplatz und zog sich nach dem Staat Entre-Rios, dessen Gouverneur er war, zurück. Die einzelnen Staaten fielen, mit Ausnahme des eben genannten, an die Sieger ab. Die bisherige Centralregierung in Parana hörte auf, Derqui entfloh nach Montevideo. Im Anfang des Jahres 1862 war die Conföderation, wie sie bis dahin bestanden hatte, nicht mehr vorhanden. Mitre, der schon Gouverneur von Buenos-Ayres war, wurde jetzt provisorisch mit Ausübung der vollziehenden Gewalt in der ganzen Conföderation bekleidet, und bald darauf förmlich zum Präsidenten gewählt. Derselbe berief eine Vertretung aller Staaten für den 27. Mai (1862) nach Buenos-Ayres zusammen. Die bisherige Verfassung blieb im Wesentlichen dieselbe, aber der vorherrschende Einfluß ging jetzt an Buenos-Ayres über. Die Unitarier hatten gesiegt, aber in den Provinzen erhob die Opposition mehr als einmal das Haupt und konnte nur durch Truppenmacht gebändigt werden. Im Namen des Föderalismus durchzogen bewaffnete Banden das Land, verheerten es mit Feuer und Schwert, und wurden wiederum ohne Erbarmen niedergemacht. Der gefangen genommene Anführer der Aufständischen, Penalosa, wurde mit allen seinen Begleitern erschossen.

Zu diesen innern Unruhen kamen noch äußere Conflicte. Die argentinische Conföderation hatte sich nie von der Idee entwöhnen können, daß das an sie grenzende viel kleinere Uruguay eigentlich zu ihrem Bunde gehöre, und diese Ansicht, die in Buenos-Ayres dominirte, besaß auch in Montevideo Anhang. Als im Jahr 1863 der Bürgerkrieg in Uruguay in Folge der Rückkehr des Generals Venancio Flores, eines ehemaligen Präsidenten dieser Republik, ausbrach, nahm Buenos-Ayres, wenn auch nicht von Staatswegen, aber durch Sendung vieler Freiwilligen, an der Bewegung Theil, indem es den General Flores, der nach seinem Sturz in der argentinischen Conföderation eine Zuflucht gefunden hatte, gewissermaßen zu den Ihrigen zählte. Man nahm gegenseitig Schiffe auf dem La Plata weg und in Montevideo wurde der argentinische Consul beleidigt. Aber auf beiden Seiten schrak man vor den Folgen eines offenen Kampfes zurück und ging einen Vergleich ein (30. Juni 1863), in welchem für erlittene Verletzungen gegenseitig Genugthuung gewährt wurde. Buenos-Ayres versprach außerdem, in dem Bürgerkrieg, der damals in Uruguay wüthete, neutral zu bleiben. Aber bald brachen zwischen den beiden Republiken von Neuem Streitigkeiten aus, indem die Aufständischen in Uruguay nach wie vor Zuzug aus Buenos-Ayres

erhielten, und die dortige Regierung auf alle Beschwerden und Forderungen ablehnend antwortete. Auch mit der europäischen Diplomatie gerieth das Cabinet von Buenos-Ayres in Conflict. Als die Gesandten von Frankreich, England, Italien und Portugal den argentinischen Minister des Auswärtigen, Elizalde, zur Beobachtung einer strengern Neutralität zwischen den in Uruguay kämpfenden Parteien aufforderten, schickte derselbe ihnen ihre übrigens in sehr gemäßigtem Tone abgefaßten Noten ohne Weiteres zurück, und die Presse in Buenos-Ayres erging sich in den beleidigendsten Ausdrücken gegen die Vertreter der europäischen Mächte. Das diplomatische Corps protestirte gegen diese ungewohnte Weise der Abfertigung, konnte aber für den Augenblick keine Genugthuung erhalten. Noch lebhaftere Contestationen erregte ein im Congreß zu Buenos-Ayres gestellter Antrag (August 1863), der den im Umfange der Conföderation gebornen Kindern der Fremden alle Pflichten der Einheimischen auferlegen und sie zu argentinischen Bürgern stempeln wollte. Der französische und englische Gesandte legten gegen diesen Antrag, im Fall er durchginge, Verwahrung ein, indem das argentinische Gesetz den Kindern der Fremden ihre Nationalität bisher ausdrücklich gewährleistet hatte, und eine solche Bestimmung nicht einseitig vom Congreß aufgehoben werden könne, sondern dazu die Einwilligung der betreffenden europäischen Regierungen gehöre. Elizalde wollte diesen Protest nicht anerkennen, berief sich auf das Recht der argentinischen Conföderation innerhalb ihres Territoriums Gesetze zu geben und abzuändern, und überließ es den fremden Mächten, in ihren Gebieten nach den Grundsätzen derselben Autonomie zu verfahren.

Der Sieg der Unitarier über die Föderalisten hatte der argentinischen Republik, wenigstens im Vergleich zu frühern Zeiten, einige Ruhe im Innern gewährt. Aber das Gesetz, vermöge dessen General Mitre zum Präsidenten gewählt worden, hatte nur für fünf Jahre Gültigkeit, und verlieh demnach dem ganzen Zustande die Ungewißheit eines Provisoriums. Eben so wenig war der Sitz eines politischen Mittelpunkts für die Dauer entschieden. Derselbe bestand nur für fünf Jahre in der Stadt Buenos-Ayres, wo neben dem Bundescongreß sich noch die Vertretung des Staates Buenos-Ayres befand, was nicht recht zusammen ging, und in den Vereinigten Staaten durch die exceptionelle Stellung der Bundesstadt Washington, die zu keinem Staat gehört, vermieden worden war. Dieses eigenthümliche Verhältniß enthielt mancherlei Widersprüche. So waren z. B. im Jahr 1864 die Unitarier im Bundescongreß in der Mehrheit, während sie sich in der Vertretung des Staates Buenos-Ayres in der Minorität befanden, beide Körperschaften aber in derselben Stadt tagten. Die Lage der Finanzen blieb nach wie vor eine gedrückte. Die Regierung wurde dadurch genöthigt, das stehende Heer von 10,000 auf 6000 Mann zu vermindern, obgleich innere Unruhen noch immer möglich waren, und im Süden die Indianer ihre von

Raub, Brand und Mord begleiteten Einfälle erneuerten. In der Session des Congresses, die vom Mai bis October dauerte, wurden wichtige Gesetze über die Amortisirung des Papiergeldes, über Subventionen für die Dampfschiffahrtsgesellschaften auf den Flüssen Parana und Uruguay, für die Verbesserung der Landstraßen gegeben. Eine Eisenbahn, die Buenos-Ayres und Rosario in Verbindung setzen und von da weiter nach Cordova gehen sollte, war bereits in Angriff genommen und einzelne Abtheilungen dem Verkehr übergeben worden. Man hatte den kühnen Plan gefaßt, die argentinische Conföderation mit Chile durch eine die Cordilleren durchschneidende Eisenbahn zu verbinden, und die Möglichkeit der Ausführung war von einigen der ersten englischen und französischen Sachverständigen nachgewiesen worden. Die Creirung von Eisenbahnen auf den weiten Gebieten der südamerikanischen Republiken würde für den Handel von großer Wichtigkeit sein und dazu beitragen können, die Thatkraft der Bevölkerung von den politischen Agitationen abzuziehen und auf industrielle Unternehmungen zu lenken. Die europäische Ansiedlung ist von der Regierung der argentinischen Republik seit einiger Zeit eifrig in's Auge gefaßt, und so weit es die Umstände erlaubten, thätig gefördert worden. Die Colonie „Esperanza", aus Deutschen, Franzosen und Schweizern bestehend, entspricht den gehegten Erwartungen. Andere Unternehmungen der Art sind begonnen. Mitre hat, seitdem er an der Spitze der Conföderation steht, sich des materiellen Fortschrittes mehr als seine Vorgänger angenommen.

Die argentinische Republik wurde von der Idee einer südamerikanischen Ligue, über die auf dem Congreß in Lima verhandelt wurde, und von den Feindseligkeiten, die zwischen Spanien auf der einen und Peru und Chile auf der andern Seite ausbrachen, nur oberflächlich berührt. Einige heftige Reden und Journalartikel sprachen sich im antispanischen Sinne aus, blieben aber auf die Politik der Regierung ohne Einfluß. Dagegen dauerte die Spannung zwischen der argentinischen Republik und Uruguay wegen schon seit lange schwebender, einander entgegengesetzter Grenzansprüche fort. Diese Differenz führte zu einer Annäherung zwischen der argentinischen und brasilianischen Regierung gegen Uruguay, und zu einem Kriege, der durch die Theilnahme Paraguay's an demselben zu einem allgemeinen in diesem Theile Südamerika's wurde. Da aber der Hauptschauplatz dieses Kampfes außerhalb der argentinischen Conföderation lag, so soll hier nur das von ihm erwähnt werden, was diese Republik unmittelbar betraf, und auf ihre innern Zustände einwirkte. Die argentinische Republik war auf diesen Krieg nicht vorbereitet, die Bevölkerung hatte ihn nicht gewünscht, und war nur durch die Politik ihrer Regierung in ihn hineingezogen worden. Die Nationalgarde organisirte sich langsam, die wenigen Linientruppen standen an den Grenzen zerstreut. Erst als der Feind in die argentinische Provinz Corrientes einfiel, erwachte einiger

Eifer für den Krieg. Der Präsident von Paraguay, Solano Lopez, hatte auf den Ausbruch von Parteikämpfen zwischen Unitariern und Föderalisten in der argentinischen Republik und vielleicht auch auf die Opposition des Generals Urquiza gegen die Regierung gerechnet, sich aber hierin geirrt. Mitre wußte Alles nach seinem Willen zu lenken, und Urquiza begnügte sich mit der Stelle eines Oberbefehlshabers der Nationalgarde von Entre-Rios und Corrientes. Sobald der Krieg gegen Paraguay entschieden war, wurde das gesammte Gebiet der argentinischen Conföderation in Belagerungszustand erklärt, ohne daß diese immerhin drückende Maßregel den geringsten Widerstand erregt hätte. So schnell und leicht können diese südamerikanischen Republikaner von Aufruhr zu Unterwürfigkeit übergehen! In der Presse fand Mitre's Verhalten allgemeinen Beifall. Die Jugend der reichen und gebildeten Stände stellte sich ihm freiwillig zur Verfügung. Die Bank von Buenos-Ayres erklärte sich zu den zur Kriegführung nöthigen Vorschüssen bereit, bis das vom Congreß genehmigte Anlehen von zwölf Mill. Piaster verwendbar geworden sein würde. Mitre verließ Buenos-Ayres (17. Juni 1865), um zu dem General Flores und dem brasilianischen Hauptcorps zu stoßen, an dessen Thaten und Verlusten die Argentiner fortan theilnahmen, ohne dabei eine entscheidende Rolle zu spielen. Die Begeisterung, welche der Krieg gegen Paraguay einen Augenblick lang in Buenos-Ayres erregt hatte, fing wieder an zu erkalten, schlug aber doch nicht in Opposition um. Die kluge und kräftige Verwaltung des Präsidenten Mitre wußte, ungeachtet der Aufregung, welche der Kampf verursachte, die Ruhe und Ordnung im Innern zu erhalten. Ein Aufstandsversuch der föderalistischen Partei in Cordova scheiterte im Entstehen, bewies aber, daß der Brand noch nicht ganz erloschen war. Die Entscheidung der Frage über den definitiven Sitz des Nationalcongresses und der Regierung wurde, um keine Gelegenheit zur Uneinigkeit zu geben, von Neuem vertagt. Eine besondere Plage der argentinischen Republik, die Einfälle der wilden Indianer im Süden, verringerte sich, und es gelang mit einigen ihrer Häuptlinge Freundschafts- und Friedensverträge zu schließen, die schriftlich abgefaßt wurden, was früher nie der Fall gewesen. Dessen ungeachtet ließ die Regierung Blockhäuser an der Grenze errichten, und legte Militärcolonien, aus verabschiedeten Soldaten und deren Familien bestehend, an. Die Nationalgarde wurde neu organisirt, und jeder Bürger in ihr, mit wenigen Ausnahmen, vom siebzehnten bis fünf und vierzigsten Jahre zu dienen verpflichtet. Indessen konnte der Präsident in der Botschaft bei Eröffnung des Congresses (Mai 1865) das Mißverhältniß zwischen den Einnahmen und Ausgaben und die Zunahme des Deficits nicht verbergen. Die Ursache lag in den Kosten, welche der Krieg gegen Paraguay verursachte, an dem sich die argentinische Conföderation im Bunde mit Brasilien und Uruguay, seitdem

letzteres unter Flores Dictatur gekommen, ohne greifbaren Vortheil für sich betheiligte. Dieser Krieg, der bei den vielen natürlichen Hindernissen des Terrains und Klimas sehr langsam geführt wurde, verschlang große Summen, da Alles zu ihm Nöthige zu hohen Preisen und oft aus weiter Ferne bezogen werden mußte. In den Schlachten am Paso de la Patria (31. December 1865), am Estero Bellaco (24. Mai 1866) und bei Curupaity (22. September) kämpfte das argentinische Contingent unter Mitre, nicht ohne Ruhm aber mit ungleichem Erfolge, und ohne daß im Jahr 1866 eine Entscheidung herbeigeführt worden wäre.

Uruguay.

Diese Republik, früher ein Theil des spanischen Vicekönigreichs Rio de la Plata und zwar der sogenannten Banda Oriental, führt nach dem Fluß Uruguay, der sie durchströmt und nach dem frühern spanischen Namen in der officiellen Sprache den Titel: „Republica oriental de l'Uruguay". Obgleich Uruguay nach Ausdehnung und Bevölkerung einer der kleinern südamerikanischen Staaten ist, so kann seine Geschichte für eine der unruhigsten und blutigsten auf dem amerikanischen Continent gelten. So wurden z. B., um vieler andern Vorgänge nicht zu gedenken, nach einem verunglückten Aufstande, um den General Freire zum Präsidenten zu machen, an einem einzigen Tage (31. Januar 1858) sieben und zwanzig Officiere, unter ihnen zwei Generale, auf Befehl des damaligen Präsidenten, Gabriel Pereira, bei Quinteros erschossen. Es trat hierauf eine Zeit innerer Erschöpfung ein, aber die Streitigkeiten zwischen den beiden großen politischen Parteien der Conservativen und Liberalen, in Uruguay Weiße (Blancos auch Blanquillos) und Rothe (Colorados) genannt, dauerten im Stillen fort, wenn es auch zu keinem offenen Ausbruch kam. In diesen Parteien war wenig wahre Gesinnung und Ueberzeugung, wenig Treue und Ausdauer in Befolgung ihrer Grundsätze zu finden. Persönliche und lokale Interessen, Ehrgeiz und Habsucht waren bei den Führern die allein entscheidenden Triebfedern. Während der legislativen Session, die am 15. Februar 1860 eröffnet wurde, mußte der Verfassung nach eine neue Präsidentenwahl stattfinden. Die Gewalt Gabriel Pereira's hörte mit dem 1. März auf. Es fehlte, ungeachtet der wenig beneidenswerthen Lage eines Staatsoberhaupts in Uruguay, nicht an Bewerbern um die erste Stelle. Unter ihnen befand sich der Sohn des bisherigen Präsidenten, der Oberst Diego Lamas, früher ein Anhänger des grausamen Generals Oribe, Caravia und Acevedo, beide in den Parteikämpfen wohl bekannt. Ueber alle trug aber Prudencio Berro den Sieg davon, der Präsident des Senats und einer der Führer der Blancos war. Berro stand schon in vorgerücktem Alter,

war aber noch sehr rüstig, und besaß als Mensch und Geschäftsmann einen gleich guten Ruf. Er nahm, um sich Stützen zu verschaffen und Nebenbuhler in Anhänger zu verwandeln, in das von ihm ernannte Ministerium mehrere von denen auf, die seine Mitbewerber um die Präsidentenwürde gewesen waren. Um die Verwaltungskosten zu vermindern, wurde der Gesandtschaftsposten in Brasilien, den Andreas Lamas lange bekleidet hatte, aufgehoben. Die Regierung hatte mit den Kammern keinen ganz leichten Stand. Eine Botschaft des Präsidenten, die Amnestirung wegen Theilnahme an frühern Revolutionen betreffend, wurde bei den Repräsentanten nur mit Mühe durchgesetzt, vom Senat dagegen so erweitert, daß sie gefährliche Gegner des herrschenden Systems umfaßte, die das Ministerium ausgeschlossen hatte. Eine feindselige Stimmung gegen Europa, die unter den südamerikanischen Politikern nicht selten ist, brach diesmal im Congreß von Uruguay hervor. Die Kammern beschränkten auf zwei Jahre die Verlängerung des mit Frankreich im Jahr 1836 abgeschlossenen Handelsvertrages, verwarfen die Uebereinkunft mit Sardinien wegen einer alten Schuldforderung, die Convention mit Brasilien vom 8. Mai 1858 und einen Postvertrag mit England. Die in den Kammerdebatten vorgekommenen Ausfälle gegen England und Frankreich veranlaßten den englischen Geschäftsträger und den französischen Generalconsul Maillefer an der Jahresfeier der Begehung der Unabhängigkeitserklärung Uruguay's keinen Antheil zu nehmen (18. Juli), in Folge dessen der Präsident Berro und seine Minister am Napoleonsfest (15. August) fehlten. Die aus den ehemaligen spanischen Colonien entstandenen Regierungen hatten viel von dem altspanischen Stolze bewahrt, und waren zugleich von dem reizbaren, schwankenden, ungeordneten Wesen erfüllt, das Revolutionen zu begleiten pflegt. Die Gegensätze, die damals in einigen Staaten Europa's hervortraten, machten sich auch in dem fernen Uruguay bemerklich. Die in Frankreich entstandene Gesellschaft des heiligen Vincent de Paula, die in Montevideo, der Hauptstadt von Uruguay, wie in Buenos-Ayres, Zweigvereine besaß, eröffnete einen Bazar, dessen Erlös für den Peterspfennig zur Unterstützung des Papstes bestimmt war (September 1860), während zu derselben Zeit in den Freimaurerlogen Sammlungen für Garibaldi und seine Freiwilligen veranstaltet und Gebete für dieselben abgehalten wurden.

Die Beziehungen Uruguay's zu Brasilien waren nie ganz frei von Mißtrauen gewesen, indem ersteres im Jahr 1822 unter dem Namen Cisplatina mit Brasilien vereinigt und erst später durch einen Krieg von ihm wieder losgerissen wurde. Die Kündigung des Handelsvertrages mit Brasilien, der am 1. Januar 1861 aufhörte, und die Aufhebung des Gesandtschaftspostens in Rio de Janeiro waren nicht geeignet die auf beiden Seiten mangelnde Sympathie zu verstärken. Die Regierung

von Uruguay fürchtete den geheimen Einfluß Brasiliens auf die innern Verhältnisse ihres Landes, der sich zu Gunsten bald dieser, bald jener Partei, in der Absicht, die eine durch die andere zu stürzen, geltend gemacht hatte. Berro war mit den Ministern, die er unmittelbar nach seiner Erwählung ernannt hatte, nicht zufrieden. Die Einen von ihnen schienen sich von ihm unabhängig machen und in seine Befugnisse eingreifen zu wollen, die Andern ihren Stellen nicht gewachsen zu sein. Berro gab dem Minister des Auswärtigen, Acevedo, Schuld, durch seine halb anmaßende, halb arglistige Politik die Stellung Uruguay's zu England und Frankreich verschlimmert zu haben; mit Acevedo war der Kriegsminister Diego Lamas eng verbunden, weshalb beide ihren Abschied erhielten (3. Juni 1861). Dasselbe geschah mit dem Finanzminister Villalba, den der Präsident willkührlicher Maßregeln im Steuerwesen beschuldigte. Die neuen von Berro ernannten Minister waren entweder persönlich unbedeutend oder ihm ganz ergeben. Der provisorisch mit dem Kriegsministerium beauftragte Oberst Pantaleon Perez war der einzige unter diesen Ministern, der eine gewisse Selbstständigkeit besaß. Die entlassenen Minister Acevedo und Villalba traten zur Opposition (Colorados) über, nicht als ob sie deren Grundsätze getheilt hätten, sondern um sich an dem Präsidenten zu rächen, den sie der Undankbarkeit beschuldigten. Die Beziehungen Uruguay's zu Brasilien, Frankreich und England verschlimmerten sich, indem die von diesen Mächten gemachten Forderungen für Entschädigung ihrer Staatsangehörigen, wegen von ihnen erlittenen Rechtsverletzungen, unerfüllt blieben. Der Präsident war zuletzt genöthigt, diese Ansprüche anzuerkennen, beeilte sich aber nicht, sie zu befriedigen. Das französische Ultimatum, dem man zuletzt hatte nachgeben müssen, fiel mit der Expedition der Franzosen nach Mexico zusammen, und regte die ohnedies unfreundliche Stimmung gegen Frankreich um so tiefer auf. Man wollte in dem Verhalten dieser Macht die Absicht erkennen, sich ein allgemeines Interventionsrecht beizulegen. Die Absicht des Präsidenten von Peru, Castilla, Uruguay zum Eintritt in die zunächst gegen Spanien, überhaupt aber gegen Europa gerichtete amerikanische Liga zu bewegen, scheiterte an dem Widerstreben der aufgeklärten Klassen, die begriffen, daß sie mehr von innern Unruhen als von einer europäischen Dazwischenkunft zu besorgen hatten. Der von Castilla nach Montevideo abgesandte Unterhändler, Seoane, der an dem Zustandekommen dieser Liga in mehreren südamerikanischen Republiken eifrig obwohl ohne Erfolg gewirkt hatte, konnte auch in Uruguay nichts als schöne Worte und Versprechungen ohne Erfüllung erlangen.

Zu dem Mißtrauen Uruguay's gegen die europäischen Seemächte und Brasilien kam seine Eifersucht auf seine Selbstständigkeit, der argentinischen Conföderation gegenüber, von der Uruguay nur durch den La Plata getrennt ist. Die Argentiner hatten mehr wie einmal die

Absicht zu erkennen gegeben, das viel kleinere Uruguay zum Eintritt in ihren Bund mit Güte oder durch Gewalt zu nöthigen. Die Lage Uruguay's wurde um so bedenklicher, als der General Venancio Flores, der früher Präsident von Uruguay gewesen und nach seinem Sturz in Buenos-Ayres gelebt hatte, unerwarteter Weise mit etwa dreißig Personen bei Colonia del Sacramento landete (April 1863) und bald so viel Zulauf hatte, daß er einen Aufstand erregen konnte. Die Reibungen zwischen Uruguay und der argentinischen Conföderation wurden durch einen Vertrag beendigt (30. Juni 1863), in welchem der Präsident dieser letztern, General Mitre, bei dem in Uruguay beginnenden Bürgerkriege neutral zu bleiben versprach. Aber Buenos-Ayres beobachtete diesen Vertrag nicht, und General Flores bekam von daher Rekruten, Waffen und Munition. Im Monat November bemächtigte sich der General Lucas Moreno, der beauftragt war, die Küsten von Uruguay gegen jede Invasion zu vertheidigen, mehrerer argentinischer Fahrzeuge, welche den Aufständischen Mannschaft und Kriegsbedürfnisse zuführten. Sobald dies bekannt geworden, richtete der Minister des Auswärtigen, Rufino Elizalde, von Buenos-Ayres aus nach Montevideo eine in drohendem Ton gehaltene Note, in der für den Angriff auf die argentinischen Schiffe eine schnelle und vollständige Genugthuung verlangt wurde. Das Verhalten des Generals Lucas Moreno habe der Conföderation Todte, Gefangene und Verluste an Gegenständen gekostet, die sich unter dem Schutze ihrer Souveränetät befanden. Man hege in Buenos-Ayres die Erwartung, daß die Regierung von Uruguay die weggenommenen Personen und Sachen zurückgeben, diejenigen, welche sich dieser Gewaltthätigkeit schuldig gemacht, vor Gericht stellen und einen angemessenen Schadenersatz leisten werde. In Uruguay war man keineswegs geneigt auf diese Forderungen einzugehen. Außer daß die dortige Regierung sich auf mehrere nahe liegende geschichtliche Ereignisse berief, die sie von der verlangten Genugthuung frei sprachen, so erging sie sich auch in lebhaften Gegenbeschwerden und directen Anklagen gegen die argentinische Conföderation (20. November). Ein von Buenos-Ayres gemachter Versuch, den Streit beizulegen, blieb vergeblich. Die Unsicherheit der Beziehungen zum Ausland, mehr aber noch die inneren Parteistreitigkeiten, welche jeden Augenblick in Anarchie auszubrechen drohten, hielten den materiellen Fortschritt in Uruguay auf, obgleich bei der großen Fruchtbarkeit des Bodens das Volk in keinem Theil des Landes eigentlichem Mangel ausgesetzt war, worin aber auch der Grund lag, daß es kein tiefes Bedürfniß der Ruhe empfand, und den fortlaufenden Erschütterungen, ohne den Drang, ihnen durch eine entscheidende Betheiligung ein Ende zu machen, ruhig zusah. Das wesentlichste Hinderniß der Wiederherstellung der Ordnung war jedoch das Unternehmen des Generals Flores, der die oberste Stelle in der Republik wieder an sich reißen wollte. Obgleich derselbe von den

Kammern in die Acht erklärt worden und die Regierung von allen Seiten Truppen gegen ihn in Bewegung gesetzt hatte, so gelang es ihm dennoch, sich mit Hülfe der Verstärkungen, die er in Uruguay selbst fand, oder die ihm aus Buenos-Ayres zukamen, sich festzusetzen und auszubreiten, ohne den Anschein zu haben, die Offensive ergreifen zu wollen. Die Masse der Bevölkerung, die außerhalb des eigentlichen Parteitreibens stand, verhielt sich in diesem Kriege gegen die Regierung wie gegen den kühnen Eindringling gleichgültig, und war bereit dem Sieger zuzufallen. Berro und seine Minister hätten Mannschaft und Geld genug besessen, um die Invasion zurückzuschlagen, wenn sie sich nicht in Streitigkeiten mit der argentinischen Conföderation verwickelt hätten, und wenn ihnen bessere Generale zu Gebot gestanden hätten. Der tüchtigste unter diesen, Anacleto Medina, war schon sehr bejahrt, Diego Lamas galt allgemein für langsam und unentschlossen, und was sonst von brauchbaren Befehlshabern vorhanden war, wurde nicht am rechten Ort und zur rechten Zeit verwandt. Flores dagegen, der das Land genau kannte, war äußerst rasch in seinen Bewegungen, erschien bald da, bald dort, vermied, so lange er sich nicht den Stärkern fühlte, jede entscheidende Action, und suchte die Uebel des Krieges der Bevölkerung so wenig fühlbar als möglich zu machen, während die Truppen der Regierung sich mehr wie einmal große Ausschweifungen zu Schulden kommen ließen. Durch geschickte Hin- und Herzüge, in denen Flores Meister war, gelang es ihm Anfang August 1863, sich Montevideo bis auf drei Stunden zu nähern, und erließ aus seinem Hauptquartier am Rio Negro ein Manifest, in dem er an die Mängel und Fehlgriffe der gegenwärtigen Machthaber erinnerte, seine Liebe zum öffentlichen Wohl hervorhob, Volk und Soldaten zum Uebertritt zu ihm aufforderte, und die Wiederherstellung der Ruhe und Freiheit versprach. Dieses Manifest trug einen zu bestimmten Parteicharakter, um eine große Wirkung hervorbringen zu können, selbst wenn Flores nicht bald nachher (16. August) von Medina bei Las Piedras angegriffen und besiegt worden wäre. Flores war aber durch diese Niederlage keinesweges vernichtet, sondern nur einen Augenblick lang in der Verfolgung seiner Plane aufgehalten worden. Einige Zeit nachher überraschte er nach einem in unglaublich kurzer Zeit zurückgelegten Marsch den General Diego Lamas, und schlug ihn gänzlich in die Flucht. Berro, der sein Amt unter verhältnißmäßig günstigen Umständen angetreten hatte, war in Folge der vielen unglücklichen Erfahrungen desselben so überdrüssig geworden, daß er das gesetzliche Ende der Präsidentschaft (März 1864) für die Befreiung von einer großen Bürde ansah. In der letzten Zeit seiner Amtsführung waren von Seiten des englischen Geschäftsträgers in Montevideo, Thornton, Vermittlungsvorschläge zur Beilegung des Bürgerkrieges gemacht worden. Da es klar war, daß Flores eine guten Theil seiner Erfolge der Unter-

stützung verdankte, die er auf indirekten Wegen von der argentinischen Conföderation erhielt, so suchte Thornton zunächst die zwischen Montevideo und Buenos-Ayres bestehenden Differenzen beizulegen und zwischen beiden Republiken eine Annäherung herbeizuführen. Aber Uruguay verlangte, hierin von Paraguay unterstützt, vor Allem die Entfernung der argentinischen Truppen und Schiffe von der Insel Martin-Garcia, worauf man in Buenos-Ayres nicht eingehen wollte, und woran sich die Unterhandlung zerschlug.

Uruguay befand sich in dem Augenblick, wo Berro's Amtsführung zu Ende ging, in einer traurigen Lage. Flores lagerte, obgleich sich der Feindseligkeiten enthaltend, mit seinen Truppen in der Nähe von Montevideo. Von den Senatoren und Repräsentanten waren manche in Folge der innern Unruhen verbannt worden, andere hielten sich freiwillig von jeder Theilnahme am öffentlichen Leben zurück. Berro vereinigte von ihnen, was er zusammenbringen konnte, und legte ihnen zum letzten Mal einen Bericht über den innern und äußern Zustand der Republik vor. Man war übereingekommen, daß die anwesenden Senatoren einen Präsidenten für ihre Versammlung wählen sollten, der dann an Berro's Stelle als Präsident der Republik treten würde. Anastasio Aguirre, von der Partei der Blancos, wurde zum Senatspräsidenten gewählt (18. Februar) und am 1. März zum Präsidenten der Republik proclamirt. Er ernannte ein Cabinet, in welchem Herrera die auswärtigen Angelegenheiten, Diego Lamas Krieg und Marine, Perez die Finanzen übernahmen. Flores hatte irriger Weise auf einen Aufstand in Montevideo gegen die Regierung gerechnet, dessen Außenbleiben aber die Stellung dieser letztern nicht verbesserte. Der Schatz stand leer, der Versuch, eine Anleihe gegen Verpfändung der noch unverkauft gebliebenen Staatsdomänen abzuschließen, schlug fehl, die Armee, an deren Spitze der General Lucas Moreno gestellt wurde, war desorganisirt. Montevideo wurde von der Nationalgarde bewacht. Die Schwäche der Regierung bewirkte, daß einzelne Parteiführer in einigen Provinzen eine Verwaltung nach ihrem Belieben einsetzten, und auf eigene Hand Steuern erhoben. Die Verhältnisse zum Auslande waren nicht günstiger als die im Innern gestaltet. Die argentinische Regierung fuhr in ihrer seit einiger Zeit begonnenen Annäherung an Brasilien fort, dessen Haltung gegen Uruguay immer deutlichere Zeichen der Feindseligkeit verrieth. In Rio de Janeiro erklärte ein Mitglied der Deputirtenkammer, Fereyra de Vega, unter allgemeinem Beifall, daß eine Intervention in Uruguay unerläßlich sei, um die daselbst sich aufhaltenden 40,000 Brasilianer zu schützen. Zu derselben Zeit rückten brasilianische Truppen an die Grenze vor, und das brasilianische Geschwader, welches vor Montevideo lag, wurde verstärkt. Brasilien wollte aus der zerrütteten Lage Uruguay's Vortheil für sich ziehen, und dazu beitragen, an die Stelle der gegenwärtigen

Regierung dieser Republik eine andere zu setzen, die sich der Politik des brasilianischen Cabinets willfähriger zeigen würde. Aber weder der außerordentliche brasilianische Bevollmächtigte Saraiva, der eine Menge von Beschwerden seines Hofes in Montevideo vorlegte und auf deren Abstellung drang, denen aber Uruguay ähnliche, von ihm durch Brasilien erfahrene Beeinträchtigungen entgegensetzte, noch die Vermittlung des englischen Geschäftsträgers Thornton, des argentinischen Ministers des Auswärtigen Elizalde und des Abgesandten von Paraguay, Rodriguez, konnten den Präsidenten Aguirre zur Annahme der von Flores gestellten Bedingungen bewegen, welcher die Ernennung eines neuen Ministeriums in Uruguay verlangte, das aus Anhängern Brasiliens und der argentinischen Conföderation bestehen sollte. Aguirre brach die Unterhandlungen, die vom Mai bis Juli 1864 gedauert hatten, mit der Erklärung ab, daß er auf die ihm gemachten Anträge nicht ohne Verläugnung des bisher von ihm beobachteten politischen Systems und der Unabhängigkeit Uruguay's eingehen könne.

Der Krieg war jetzt unvermeidlich geworden. Der brasilianische Admiral Tamandare wartete an der Mündung des Rio negro mit seinem Geschwader auf die weiteren Verhaltungsbefehle seiner Regierung, indessen Aguirre sich nach Paraguay um Beistand wandte, und einen seiner Vertrauten, Antonio de las Carreras, zu diesem Zweck nach Assumpcion schickte. Flores ergriff jetzt die Offensive gegen Uruguay, und nahm mehrere Orte, unter anderen La Florida, mit Sturm, und ließ die gefangen genommenen Officiere erschießen. Die brasilianische Corvette „Yvayi" bemächtigte sich ohne Kriegserklärung des Uruguay zugehörigen Transportdampfers „Villa del Salto", der dem von Flores belagerten Fort Mercedes Verstärkungen zuführen sollte. Hierauf erhielt der brasilianische Ministerresident in Montevideo, Loureiro, seine Pässe zugeschickt, und ein Decret des Präsidenten entzog allen im Gebiet der Republik angestellten brasilianischen Consuln das Exequatur (1. September 1864). Aguirre hatte auf Hülfe von Seiten des Präsidenten von Paraguay, General Lopez, gehofft, der aber, obgleich er zugab, daß die Integrität Uruguay's zur Erhaltung des Gleichgewichts unter den La Platastaaten unentbehrlich sei, zugleich erklärte, daß der Moment zu einer bewaffneten Dazwischenkunft für Paraguay noch nicht gekommen sei. Lopez bereitete sich indessen seit einiger Zeit im Stillen zum Kriege vor und protestirte in einer Note gegen jeden Angriff auf das Gebiet von Uruguay, worauf aber das brasilianische Cabinet keine Rücksicht nahm. Die Nachricht vom Ausbruch der Feindseligkeiten hatte in Montevideo einen bedeutenden Eindruck hervorgebracht. Die Regierung suchte in größter Eile eine Armee zusammenzubringen, in die noch nicht einmal erwachsene junge Leute und selbst verurtheilte Verbrecher eingereiht wurden. Alle Bürger von sechzehn bis sechzig Jahren mußten in die National-

garde eintreten. Am 7. September reichte das ganze Ministerium seine Entlassung ein, und Aguirre fand im ersten Augenblick Niemand, als den aus Assumpcion zurückgekehrten de Las Carreras, der ein Portefeuille übernehmen wollte. Flores stand in der Nähe von Paysandu, einer am Uruguay gelegenen Stadt, befand sich in häufiger Berührung mit dem brasilianischen Geschwader, und wartete, um vorzurücken, nur auf die Nachricht vom Ueberschreiten der Grenze von Uruguay durch die brasilianischen Truppen. Der Protest des Präsidenten Lopez veranlaßte Brasilien, die Rüstungen gegen Uruguay zu beschleunigen, ehe demselben noch Hülfe von Außen zugekommen sein konnte. Die Regierung in Montevideo lag in den letzten Zügen und war nahe daran, den schwachen Ueberrest von Macht und Credit vollends zu verlieren. Der Admiral Tamandare blokirte die Hafenstädte Salto und Paysandu, von denen erstere, zu Lande von Flores angegriffen, sich schon nach den ersten Kanonenschüssen ergab. Paysandu, auf der Seeseite von Tamandare, auf der Landseite von Flores beschossen, leistete unter dem Oberst Leandro Gomez einen heldenmüthigen Widerstand, und konnte nur mit Sturm, nachdem es durch das Bombardement fast in einen Schutthaufen verwandelt worden, genommen werden. Flores beging die Unwürdigkeit, Gomez und einige andere höhere Officiere erschießen zu lassen. Die Stadt wurde der Plünderung Preis gegeben. Der Fall Paysandu's erregte in Montevideo, das ein ähnliches Schicksal besorgte, tiefen Schrecken. Der Präsident der argentinischen Conföderation, General Mitre, rieth die Entscheidung der Streitigkeiten zwischen Uruguay und Brasilien einem Schiedsgericht zu überlassen, aber Aguirre, der fürchtete, daß der Ausspruch eines solchen zu Gunsten seiner Gegner im Innern, der Colorados, die ihm noch mehr als der auswärtige Feind zuwider waren, ausfallen würde, weigerte sich auf diesen Antrag einzugehen. Aguirre hielt an dem Parteistandpunkt des Blanco bis zum letzten Augenblick fest. Aber die durch die Einschließung zu Lande und zur See sich in der Stadt einstellende Noth brachte in der Bevölkerung jedes andere Gefühl als das der Selbsterhaltung zum Schweigen. Glücklicher Weise lief Aguirre's Amtszeit am 15. Februar 1865 ab, so daß ohne seine gewaltsame Entsetzung ein anderer Präsident gewählt werden konnte. Die in Montevideo anwesenden Senatoren ernannten dazu den ehemaligen Finanzminister Villalba, der sogleich Unterhandlungen mit Tamandare und Flores anknüpfte, und die oberste Gewalt an den General Carabello, Flores Stellvertreter, übergab. Die Blokade wurde aufgehoben. Aguirre, de las Carreras, General Saa, der in der letzten Zeit die Truppen von Uruguay ohne Erfolg gegen Flores befehligt hatte, und die meisten Führer der Blancos verließen Montevideo, wo Flores einen triumphirenden Einzug hielt (23. Februar 1865). Die Partei der Colorados hatte mit Hülfe des Generals Flores und der Brasilianer gesiegt. In Uruguay, wie in mehreren anderen südamerikanischen Republiken, war die Partei-

stellung das Maßgebende, und man unterwarf sich lieber dem äußern Feinde als dem innern Gegner.

Flores, der den Titel eines provisorischen Gouverneurs der Republik annahm, ernannte ein aus lauter Colorados bestehendes Ministerium, und stellte die von Aguirre annullirten Verträge mit Brasilien und das aufgehobene Generalconsulat in Buenos-Ayres wieder her. Er war bemüht, so viel als möglich einen Weg einzuschlagen, der dem der gestürzten Regierung entgegengesetzt war, vor allem aber seine Gegner für sich unschädlich zu machen und die Zahl seiner Anhänger zu vermehren. Alle Officiere, die nach der Einnahme von Montevideo das Land verlassen hatten, wurden in der Armeeliste gestrichen und außerdem viele andere, die der neuen Regierung verdächtig waren, entlassen. Dagegen stellte Flores alle religiösen Körperschaften wieder her, die sich mit dem öffentlichen Unterrichte beschäftigten, und nahm das Decret des Präsidenten Pereira (1859), die Vertreibung der Jesuiten betreffend, zurück. Die Errichtung mehrerer neuer Banken wurde autorisirt und andere dem Handel günstige Veranstaltungen getroffen, so daß die Zolleinnahmen sich bald bedeutend vermehrten. Die brasilianischen Truppen waren nicht in Montevideo nach der Capitulation dieser Stadt eingerückt, sondern campirten in deren Nähe, und waren sichtlich bemüht, ihre Anwesenheit in Uruguay so wenig fühlbar als möglich zu machen. Flores behauptete anfänglich gegen Brasilien keine anderen Verpflichtungen eingegangen zu sein, als dessen Forderungen, eben so wie die Englands und Frankreichs untersuchen und anerkennen zu lassen, wenn sie für begründet befunden würden. Aber am 4. Mai (1865) unterzeichnete Flores in Buenos-Ayres einen Vertrag, der gegen den Präsidenten von Paraguay gerichtet war, der sich auf Seite der Blancos geschlagen hatte, und sich gegen Brasilien und die argentinische Conföderation bereits im Kriege befand. Der Sieg der Colorados in Montevideo gab demnach Veranlassung zu einem allgemeinen Kampfe zwischen den La Platastaaten. Der Präsident von Paraguay, Lopez, hielt es mit den Handelsinteressen seines Landes für unvereinbar, daß die argentinische Conföderation die Insel Martin-Garcia besetzt hielt, und mit einem Geschwader die Mündung des La Plata, die wegen der Verbindung Paraguay's mit der See für dasselbe äußerst wichtig ist, beliebig schließen oder öffnen konnte. Auch glaubte er es nicht dulden zu dürfen, daß die brasilianischen Truppen in Uruguay eindrangen. In Buenos-Ayres fürchtete man ebenfalls das Uebergewicht Brasiliens, aber das rasche Eindringen der Truppen des Präsidenten Lopez in die argentinische Provinz Corrientes ließ diese Gefahr als die größere und nähere ansehen, und veranlaßte die Cabinette von Rio de Janeiro und Buenos-Ayres sich mit einander eng zu verbinden, was von den beiderseitigen Kammern sanctionirt wurde. Flores hatte sich zur Stellung eines Con-

tingents von 5000 Mann reguläre Truppen verbindlich gemacht, das zusammen zu bringen ihm anfänglich Mühe machte, da die Macht, mit der er früher die Blancos in Uruguay besiegt hatte, meist aus Freiwilligen bestanden hatte. Obgleich die Brasilianer und Paraguiten in diesem Kriege die Hauptrollen spielten und dessen Lasten vorzugsweise trugen, so hatte sich die Lage Uruguay's nur wenig verbessert. Der Bürgerkrieg hatte aufgehört, indem die Anhänger der früheren Regierung sich nicht zu zeigen wagten, aber die innere Ruhe war damit nicht zurückgekehrt. Fortwährend wurde das Land von räuberischen Schaaren durchzogen und in Schrecken gesetzt. Flores übergab durch ein Decret vom 5. Juni (1865) die Ausübung der vollziehenden Gewalt an den Minister des Innern, Antonio Vidal, der aber nicht einmal im Stande war, seine Autorität in der Hauptstadt, geschweige denn erst in den Provinzen geltend zu machen. Kaum waren die Colorados an die Spitze getreten, so hatten sie sich auch unter einander veruneinigt. Flores, der mit den ihm zunächst liegenden Angelegenheiten vollauf zu thun hatte, wollte sich nicht in den zwischen Chile und Peru auf der einen und Spanien auf der andern Seite geführten Streit einmischen und beobachtete die strengste Neutralität. Als der chilenische Gesandte in Montevideo, Lasterria, mit Ungestüm von Uruguay eine Betheiligung an dem Kriege verlangte, ließ ihm Flores seine Pässe zustellen (December 1865). Im Innern dauert ein unentschiedener, schwankender Zustand fort, denn General Flores ist immer nur provisorischer Präsident, und seit dem Kriege gegen Paraguay mehr brasilianischer General, als Staatsoberhaupt von Uruguay. Er zeigte sich lieber auf dem Schlachtfeld als in seinem Cabinet, und zeichnete sich in mehreren Gefechten so aus, daß ihm der Kaiser von Brasilien das Commando über eine Abtheilung von 4000 Mann Brasilianer anvertraute. Aber Uruguay war im Jahr 1866 ohne Armee, ohne Schiffe, ohne Geld, und politisch unbedeutender als es je gewesen ist.

Paraguay.

Dieses Land, das zur Zeit der spanischen Herrschaft, wie Uruguay, einen Theil des spanischen Vicekönigreichs La Plata ausmachte, unterscheidet sich von allen aus den ehemaligen spanischen Colonien entstandenen Staaten durch die Eigenthümlichkeit seiner Lage, seiner Zustände und Einrichtungen. Es liegt im Mittelpunkt Südamerika's, und steht mit der See nur durch Flüsse in Verbindung, während die übrigen südamerikanischen Staaten sich alle mehr oder weniger weit am Meer hinstrecken. Dadurch ist ihm die politische Absonderung, die Entfernung von der Berührung mit der übrigen Welt möglich geworden, die es zu einem amerikanischen China oder Japan gemacht und es mit einem

unterscheidenden Stempel bezeichnet haben, und zum Theil noch bezeichnen. Während die Geschichte der andern südamerikanischen Republiken überreich an Parteikämpfen, Staatsstreichen und Revolutionen ist, besteht in Paraguay eine Ordnung und Unterwürfigkeit unter den Willen der Regierung wie in einem ganz despotischen Staate, weil dasselbe, sobald es das spanische Joch abgeworfen hatte, unter die Leitung eines Mannes und einer Familie kam, die es mit unumschränkter Gewalt regierten, und in ihrem eigenen Interesse von andern Ländern abschlossen. Für die Stellung, die der Neffe und Enkelneffe des Dictators Francia, des Gründers des seit fünfzig Jahren in Paraguay herrschenden Regierungssystems, einnahmen, würde der Fürstentitel sich weit besser als der des Präsidenten eignen, wenn nicht die Republik, mit Ausnahme des einzigen Brasilien, auf dem amerikanischen Continent so allgemein und natürlich geworden wäre, daß selbst wer dort thatsächlich eine monarchische Macht ausübt, dies nur unter republikanischen Formen thun kann. Die Paraguiten sind großentheils hispanisirte Indianer von dem Stamm der Guarani, zum Gehorsam gegen ihre Obern geneigt, so lange sie glauben, daß diese es gut mit ihnen meinen, zugleich aber unerschrocken in Gefahren, abgehärtet gegen Entbehrungen, deshalb ausgezeichnete Soldaten, aber ohne die der spanischen Race eigenthümliche Neigung, die eigene Persönlichkeit in den Vordergrund zu stellen und zum entscheidenden Motiv des Handelns zu machen, wie in den südamerikanischen Republiken im größten Uebermaß geschieht. Die Guarani haben von den Spaniern die Sprache und Religion angenommen, sind aber sonst Indianer geblieben, allerdings mit derjenigen Veredelung ihres ursprünglichen Wesens, welche überall die Vermischung mit den Europäern hervorzubringen pflegt.

Der Dictator Francia hatte es verstanden, bis zu seinem Tode (1840) Paraguay von jeder Verbindung mit der übrigen Welt, selbst den nächsten Nachbarländern, fern zu halten. Es fand zwar ein gewisser Handelsverkehr, eine Ein= und Ausfuhr von Producten und Waaren statt, ohne den die Bevölkerung nicht hätte leben können, aber dieser Verkehr stand nicht blos unter Aufsicht der Regierung, sondern wurde von ihr durch ihre Agenten unmittelbar selbst und für ihre Rechnung geführt, so daß sich daraus keine nähere Berührung mit dem Auslande ergab. Der Nachfolger Francia's, sein Neffe, Antonio Lopez, konnte die Absperrung nicht mehr in dem früheren Umfange durchführen, suchte aber dennoch sein Land nach wie vor, so viel als möglich, zu isoliren. Er war bemüht, dem Auslande die Verbindung mit Paraguay zu verleiden, indem er die abgeschlossenen Verträge nicht erfüllte, dieselben aufhob oder beliebig auslegte, und wenn er sie ausnahmsweise hielt, sich dabei nur dem Zwange fügte. Einer von Franzosen angelegten Colonie, Neu=Bordeaux, erfüllte er die gemachten Versprechungen nicht, hielt die

Ansiedler, als sie auswandern wollten, mit Gewalt zurück, und gab erst den Drohungen Frankreichs nach. Mit England gerieth Lopez in Streit, als er die Kinder von Fremden, die in Paraguay geboren, den bestehenden Verträgen zuwider, für Angehörige des Landes ansehen und ihnen die Pflichten der Einheimischen auferlegen wollte. Gegen Brasilien wurde er erst nachgiebig, als dieses Rüstungen vornahm, um von der ihm vertragsmäßig zustehenden Schiffahrt auf dem Paraguay, der Lopez Hindernisse entgegenstellte, Gebrauch zu machen. Zur Vermittlung zwischen Buenos-Ayres und den übrigen Staaten der argentinischen Conföderation aufgerufen, sandte er seinen Sohn, den General Solano Lopez, nach Buenos-Ayres, dem es gelang, eine Uebereinkunft zwischen den streitenden Parteien herzustellen. Die tiefe innre Ruhe, deren sich Paraguay unter Lopez' Dictatur erfreute, wurde nur durch eine nicht vollkommen aufgeklärte Verschwörung unterbrochen, welche gegen die Verfassung und das Leben des Präsidenten gerichtet gewesen war, und um derenwillen zwei angesehene Eingeborne, die Brüder Teodoro und Gregorio Decoud, hingerichtet wurden (2. Januar 1860). Man glaubte weniger an die Schuld der Verurtheilten, als an die Absicht des Präsidenten durch einen Beweis unerbittlicher Strenge von jedem Versuche zum Widerstande gegen ihn für die Zukunft abschrecken zu wollen. In diese Verschwörung war ein in Paraguay lebender Engländer, Canstatt, verwickelt, dessen Freilassung der englische Consul Henderson verlangt, und da sie nicht gewährt wurde, alle Verbindung mit der Regierung von Paraguay abgebrochen hatte. Canstatt wurde vom Präsidenten begnadigt, aber erst nachdem er verurtheilt worden. Lopez glaubte dadurch sowohl sein Ansehen aufrecht erhalten, als den Streit mit England beendigt zu haben. Das englische Cabinet sah aber Canstatt's Verurtheilung, ungeachtet der Begnadigung, als einen Gewaltstreich an, und ließ bald nachher den paraguitischen Dampfer „Tacuari", an dessen Bord sich der Sohn des Präsidenten, General Solano Lopez, befand, der von Buenos kam, von englischen Kreuzern wegnehmen. Der genannte General wurde frei gelassen, aber das Schiff behalten. Etwas später kam ein englisches Handelsschiff „Little Polly" durch Schuld der Behörden von Paraguay zu Schaden. England erneuerte jetzt den Anspruch auf Genugthuung und Entschädigung, obgleich sein Recht dazu in Bezug auf Canstatt's Verurtheilung zweifelhaft war, und es sich durch die Wegnahme des „Tacuari" schon selbst gerächt hatte. Der Präsident für Paraguay hielt es für gerathener sich mit der englischen Regierung auf einen friedlichen Fuß zu setzen, aber der von ihm nach London gesandte diplomatische Agent, Carlos Calvo, wurde von dem englischen Minister des Auswärtigen, Lord Russell, nicht empfangen. Durch die Bemühungen des englischen Gesandten bei der argentinischen Conföderation, Thornton, kam endlich im Anfange des Jahres 1862

ein Vergleich zu Stande, in welchem sich Paraguay zu einer Entschädigung verstand, England aber von der früheren Höhe seiner Forderung etwas nachließ.

Der Präsident Antonio Lopez, der wie sein Vorgänger und Oheim, Francia, ursprünglich ein Rechtsgelehrter war, starb am 10. September 1862, nachdem er über zwanzig Jahre an der Spitze der Republik gestanden hatte. Antonio war im Ganzen dem politischen System seines Vorgängers treu geblieben, mit der einzigen Ausnahme, daß er, ohne die Fremden besonders zu begünstigen, das Land vor ihnen nicht so hermetisch, wie unter Francia der Fall gewesen, verschloß. Denn obgleich er mehrmals mit Mächten der alten und neuen Welt in Streit gerieth, so war er es doch gewesen, der mit Frankreich, England und den Vereinigten Staaten Verträge über die Freiheit der innern Schifffahrt in Paraguay abschloß, und unter ihm waren zum ersten Mal fremde Schiffe bis nach der Hauptstadt Assumpcion gekommen. Ungeachtet der Willkühr, mit der er seine Gewalt in manchen Fällen ausübte, war er auf innere Verbesserungen bedacht gewesen, hatte Fabriken angelegt, ein Heer und einen Staatsschatz geschaffen und dem öffentlichen Unterricht eine wohlthätige Aufmerksamkeit zugewandt. Sein Sohn, Solano Lopez, hatte eine militärische Erziehung erhalten, war in Europa gewesen und nach seiner Rückkehr von seinem Vater zum General ernannt worden. Obgleich noch sehr jung, war er, wie oben bemerkt worden, bei Beilegung des Streites zwischen Buenos-Ayres und der argentinischen Conföderation thätig gewesen. Solano Lopez wurde ohne Widerspruch von dem Congreß zum Präsidenten gewählt (16. October 1862) und ernannte ein Ministerium, in welchem Jose Berges das Aeußere, Sanches des Innere, Mariano Gonzales die Finanzen, und der Oberst Venancio Lopez das Kriegsdepartement übernahmen. Im Innern brachte der Personenwechsel an oberster Stelle keine Veränderung hervor. Die laut werdende Kritik des herrschenden absolutistischen Systems, von einem freisinnigen Mönch, dem Pater Maiz, in Predigten und Gesprächen dargelegt, wurde im Keime erstickt. Maiz und einige seiner Anhänger wurden verhaftet, und es ist seit dem nichts mehr von ihnen vernommen worden. Wahrscheinlich werden sie in einem geheimen Gewahrsam behalten. In den auswärtigen Verhältnissen, in welchen der Präsident seinen Willen nur theilweise geltend machen konnte, zeigte sich bald mehr Leben und Bewegung. Am wichtigsten wegen ihrer Folgen war die seit längerer Zeit schwebende Differenz Paraguay's mit Brasilien wegen einiger Grenzdistrikte, auf welche beide Staaten Anspruch machten. Schon mehrmals hatten Verhandlungen über diesen Gegenstand stattgefunden, aber nie zu einer endgültigen Entscheidung geführt. Im Anfang des Jahres 1864 langte in Assumpcion ein brasilianischer Geschäftsträger, Lopez Gama, an, dessen Mission auf die unsiche-

ren Zustände in den La Plataſtaaten überhaupt Bezug hatte, zunächſt aber ſich auf die Grenzverhältniſſe zwiſchen den beiden Staaten bezog. Die früher ſtreitig geweſenen Punkte im Norden waren ſchon im Jahr 1854 zu Gunſten Paraguay's entſchieden worden, indem Braſilien deſſen Rechte auf die Gegenden vom Chaco bis zum Rio=Negro anerkannt hatte. Schwieriger war es ſich über die Grenzen des zwiſchen dem Rio=Blanco und Rio=Apa liegenden Gebietes zu verſtändigen, da die in früheren Zeiten zwiſchen Spanien und Portugal abgeſchloſſenen Verträge in dieſer Beziehung keine Aufklärung gewährten. Hier traten Schwierigkeiten ein, die, wenigſtens für den Augenblick und auf friedlichem Wege unlösbar ſchienen. Lopez Gama verließ Aſſumpcion, ohne einen Vergleich herbeigeführt zu haben. Es beſtanden aber nicht blos Differenzen zwiſchen Paraguay und Braſilien, ſondern auch zwiſchen erſterem und den anderen La Plataſtaaten. Es handelte ſich dabei nicht einzig um Grenzſtreitigkeiten, obgleich auch dieſe in Betracht kamen, ſondern Paraguay fürchtete für ſein Daſein als ſelbſtſtändiger Staat, indem die argentiniſche Conföderation kein Geheimniß daraus machte, es in ihren Bereich ziehen zu wollen. Solano Lopez glaubte, um nicht von einem Angriff unvorbereitet überraſcht zu werden, ſeinen Militäretat möglichſt verſtärken zu müſſen, und er that dies in einer Weiſe, die in den Nachbarſtaaten den Verdacht ehrgeiziger Abſichten von ſeiner Seite erweckte. Um ſeine und des Landes Hülfsquellen zu vermehren, ſchritt er auf der von ſeinem Vater beſchrittenen Bahn materiellen Fortſchritts entſchloſſen weiter. Er begünſtigte Ackerbau und Fabriken durch Einführung neuer Maſchinen aus England und den Vereinigten Staaten, erweiterte die Communicationsmittel durch Vermehrung der Dampfſchifffahrt auf den Flüſſen, die in das Meer fallen, ſetzte den Bau der von ſeinem Vater begonnenen Eiſenbahn fort, welche die Hauptſtadt mit dem Innern des Landes in Verbindung bringen ſollte. Engliſche Ingenieure und engliſche Maſchiniſten wurden nach Paraguay gezogen und fähige junge Leute auf Staatskoſten zu ihrer Ausbildung nach Europa geſchickt. Im Juni 1863 wurden in den Lyceen fünf und dreißig Zöglinge ausgewählt, um ihre Studien in Frankreich zu vollenden. So viel auch das in Paraguay herrſchende politiſche Syſtem zu wünſchen übrig laſſen mochte, ſo war es doch keine Frage, daß der ſocialiſche Zuſtand des Landes ſich in den letzten zwanzig Jahren ſehr verbeſſert hatte.

Ueber lang oder kurz mußte es, wie die Umſtände einmal waren, zwiſchen Paraguay und den Nachbarſtaaten zu einer nachhaltigeren und entſcheidenderen Colliſion kommen, als die bisherigen Differenzen geweſen waren, bei denen es ſich meiſt nur um Gegenſtände von ſecundärer Wichtigkeit gehandelt hatte. Die Energie, mit der die beiden Lopez, Vater und Sohn, alle Hülfsquellen Paraguay's in ihren Händen concentrirten, ihre Kriegsmacht vermehrten und ein ganz anderes Syſtem

als die Nachbarstaaten befolgten, hatte sowohl bei dem republikanischen Buenos-Ayres als dem monarchischen Brasilien großen Anstoß erregt. Da Paraguay nirgends an das Meer stößt, so mußte es auf die Freiheit der Mündungen der durch sein Gebiet gehenden Flüsse halten, wenn es nicht vom Weltverkehr gänzlich ausgeschlossen sein sollte. Deshalb war es entschieden, die Occupation der Insel Martin Garcia von Seiten der Argentiner, in keinem Falle zu dulden. Mit Brasilien waren die Grenzstreitigkeiten nur unterbrochen, nicht beigelegt. Der Zorn des mächtigen Kaiserreichs gegen die im Vergleich zu ihm so kleine Republik nahm im Stillen zu. Die Niederlage der Blancos in Montevideo, mit denen Paraguay eng verbunden gewesen, vollendete die zwischen Brasilien und der argentinischen Conföderation schon seit einiger Zeit bestehende Annäherung zu einem Bunde gegen Paraguay, in den auch Uruguay, seitdem es unter die Dictatur des Generals Flores gekommen, eintrat. Der ostensible Zweck des Bündnisses war, den Präsidenten Solano Lopez zu stürzen, und Paraguay, wie es hieß, sich wieder selbst zurückzugeben, in Wahrheit aber war es im Fall des Gelingens auf die Beseitigung der Selbstständigkeit Paraguay's und seiner Theilung zwischen Brasilien und Buenos-Ayres abgesehen. Solano Lopez war von diesem Plan unterrichtet, hatte seine Militärmacht möglichst verstärkt, und begann den Krieg gegen Brasilien, indem er das brasilianische Packetboot „Marques de Olinda" wegnehmen ließ. Der auf demselben befindliche Gouverneur der brasilianischen Provinz Matto Grosso wurde zum Kriegsgefangenen gemacht. Als der in Assumpcion residirende brasilianische Gesandte Viviano de Lima gegen dieses feindselige Verfahren, ohne vorangegangene Kündigung des bisherigen Friedensstandes, protestirte, erklärte der paraguitische Minister des Auswärtigen, Berges, daß, da Brasilien, ungeachtet der feierlichen Verwahrung des Präsidenten von Paraguay, sich mit bewaffneter Hand in die innern Angelegenheiten Uruguay's eingemischt habe, eine besondere Kriegserklärung überflüssig gewesen sei. Viviano de Lima verlangte und erhielt seine Pässe (14. November 1864). Solano Lopez, der Alles zum Kriege vorbereitet hatte, fiel an der Spitze eines Corps von 10,000 Mann in die Provinz Matto Grosso ein, und bemächtigte sich in kurzer Zeit des Forts Coimbra und der befestigten Posten Albuquerque, Corumba und Durado. Da zwischen Paraguay und der argentinischen Conföderation noch kein erklärter Bruch eingetreten war, so suchte Solano Lopez die Bewilligung des Cabinets von eBuenos-Ayres nach, als er, um Uruguay sich nähern zu können, durch die argentinische Provinz Corrientes ziehen wollte. Da zwischen Brasilien und der argentinischen Conföderation ein Bündniß schon bestand, wenn auch noch nicht publicirt war, so wurde der Antrag des Präsidenten von Paraguay abgelehnt. Solano Lopez, der den Bruch mit Buenos-Ayres für unvermeidlich hielt, erklärte jetzt an dasselbe Krieg

und eröffnete ihn auf der Stelle, indem er zwei argentinische Dampfer wegnahm (18. April 1865) und in die Stadt Corrientes eine Besatzung von 2000 Mann legte. Er beschloß seinen Vortheil rasch zu verfolgen. Sein Heer rückte in zwei ziemlich gleich starken Abtheilungen, jede von 9 bis 10,000 Mann, vor; die erste Abtheilung, von ihm selbst geführt, zog längs dem Ufer des Uruguay, während die andere unter General Robles dem Lauf des Parana folgte. Vergebens suchte der argentinische General Paunero das Corps unter Robles aufzuhalten, er wurde geschlagen, und mußte die festen Plätze: Esquina, Santa Luzia und Goya, die am Parana liegen, räumen. Aber ein Angriff des paraguitischen Geschwaders auf das ihm an Zahl sehr überlegene der argentinischen Conföderation, bei Rachuelo, mißlang (11. Juni), ungeachtet der großen Tapferkeit, mit der die Paraguiten gefochten hatten, von denen viele den Tod der Gefangenschaft vorzogen. Robles, der sich jetzt nicht mehr auf die Unterstützung des Geschwaders verlassen konnte, war genöthigt sich zurückzuziehen. An demselben Tage (11. Juni) drang Solano Lopez in die Provinz Rio Grande ein, besetzte die Städte San Borja, Itaqui und bemächtigte sich der wichtigen Position von Uruguyana. Aber die Verbündeten hatten eine ansehnliche Macht zusammengezogen (25,000 Mann) und General Flores, der ihre 9000 Mann starke Avantgarde befehligte, vernichtete eine Abtheilung Paraguiten von 3,500 Mann, die sich weder zurückziehen, noch ergeben wollte (17. August). Flores setzte hierauf über den Uruguay, und zwang Uruguyana zur Capitulation, wo 6000 Paraguiten unter Oberst Estigarribia aus Mangel an Lebensmitteln und Munition in Gefangenschaft geriethen. Das eine der beiden Corps, in welche die paraguitische Armee getheilt gewesen, war demnach so gut wie vernichtet und die Provinz Rio Grande von der Gefahr einer Invasion befreit. Solano Lopez wagte es nicht einen neuen Angriff des Feindes abzuwarten, sondern führte, was ihm von Truppen übrig geblieben war, nach Paraguay zurück. Da die Regenzeit begann, so wurde er auf seinem Rückzug nicht weiter beunruhigt. Das Kriegsglück, das ihm im Anfange des Jahres 1865 so günstig gewesen, hatte ihm am Ende desselben den Rücken gekehrt. Die Trümmer seiner Armee, die er rasch zu reorganisiren suchte, stützten sich auf die Festung Humayta. Der im Jahr 1866 zwischen Paraguay und den Verbündeten vorgefallenen militärischen Ereignisse ist in der Geschichte der argentinischen Conföderation gedacht worden, und wird noch Einiges in der Brasiliens nachgetragen werden. Der Kampf, von Paraguay mit äußerster Anstrengung in der Vertheidigung, von Brasilien mit zunehmender Uebermacht im Angriff geführt, dauerte, ohne daß ein alles entscheidender Schlag gefallen wäre, über das Jahr 1866 hinaus.

Brasilien.

Dieses Reich, nach Rußland und China das ausgedehnteste auf der Erde, zeichnet sich außerdem noch dadurch aus, daß es auf dem amerikanischen Continent ganz allein das monarchische Princip vertritt. Der Umstand, daß, während die spanischen Colonien sich in Republiken verwandelten, die große portugiesische Colonie der Monarchie treu blieb, ist vornehmlich aus dem langen Aufenthalt des portugiesischen Königshauses in Brasilien zu erklären, das daselbst kurz vor Ausbruch der Revolution in den spanischen Colonien ankam, und ihren Einfluß durch seine Gegenwart abhielt. Außerdem wurde Brasilien seit langer Zeit von dem Mutterlande gerechter und milder als die spanischen Colonien behandelt. Portugal hatte wohl aus seiner Colonie Vortheil für sich gezogen, dieselbe aber nicht so rücksichtslos und nicht unter so drückenden Formen wie Spanien die seinigen ausgebeutet. Die Monarchie wurde deshalb in Brasilien nie so verhaßt wie sie es in den spanischen Colonien geworden war. In Brasilien hatte sich eine mächtige Aristokratie bilden können, die durch die Anwesenheit des portugiesischen Hofes noch verstärkt wurde, da eine Anzahl adeliger Geschlechter, welche die königliche Familie nach Rio de Janeiro begleitet hatte, sich daselbst dauernd niederließ. In den spanischen Colonien gab es auch reiche Grundbesitzer, aber sie waren nicht nur von jeder Theilnahme an der Regierung ausgeschlossen, deren selbst geringste Stellen nur mit gebornen Spaniern besetzt wurden, sondern diese übten auch im gewöhnlichen Leben eine drückende Suprematie aus, was in Brasilien in diesem Grade nie der Fall gewesen war. Die gebornen Portugiesen und die Abkömmlinge der portugiesischen Ansiedler in Brasilien standen einander nicht so fremd und feindlich gegenüber, wie dies in den spanischen Colonien, namentlich in der letzten Zeit, stattgefunden hatte. Der Anblick der sich in den ehemaligen spanischen Colonien unaufhörlich erneuernden anarchischen Bewegungen trug auch viel dazu bei, daß das brasilianische Volk der Ruhe und Einheit, welche ihm die Monarchie gewährt, vor der revolutionären Turbulenz der südamerikanischen Republiken den Vorzug gab. Aus allen diesen Gründen hat sich die Monarchie in Brasilien erhalten können, während sie sonst auf dem amerikanischen Continent untergegangen ist. Indessen beweist der Sturz Dom Pedro I., des Vaters des jetzigen Kaisers, und die Unruhen, die seitdem in einigen Theilen des Reichs ausbrachen, daß die Monarchie in Brasilien sehr gemäßigt auftreten muß, wenn sie sich erhalten will, und daß die Regierung die dynastischen Interessen in keinem Falle den nationalen voranstellen darf. Der sociale Zustand Brasiliens leidet nur an Einem großen, abzustellenden Mangel, denn die geringe Bevölkerung im Ver-

gleich zu der ungeheuren Ausdehnung des Reichs ist ein unvermeidliches, natürliches Uebel, das nur mit Hülfe der Zeit geheilt werden kann, nämlich die Sklaverei der Neger, die, nachdem sie in allen andern civilisirten Ländern aufgehört, nur noch in Brasilien gefunden wird. Ihre Abschaffung im Süden der Vereinigten Staaten wird wahrscheinlich in nicht ferner Zeit ihr Aufhören in Brasilien zur Folge haben.

Der Kaiser Dom Pedro II. hatte die schwierige Rolle, in Amerika ganz allein das Wesen und die Form eines Monarchen darzustellen, mit Erfolg durchgeführt und sich Vertrauen und Achtung erworben. Er hatte es sich zum Gesetz gemacht weder über die öffentliche Meinung und deren Forderungen hinauszugehen, noch hinter ihnen zurückzubleiben, sondern so viel als möglich mit ihnen gleichen Schritt zu halten, weder die constitutionelle Prärogative seiner Krone erweitern zu wollen, noch sie beschränken zu lassen. Aus diesem Verhalten entstand eine gewisse Harmonie in der innern Politik, eine Vermeidung aller Extreme, aus denen Collisionen entstehen können, aber auch Langsamkeit in der Entwicklung, Verzögern und Aufschieben in manchen nothwendig gewordenen Verbesserungen, was übrigens immer noch besser war als die unfruchtbare Agitation der südamerikanischen Republiken, die sich in denselben unruhigen Kreisen ziellos umherdrehten, und ungeachtet aller Bewegung nicht vorwärts kamen. Dom Pedro II. war schon seit längerer Zeit entschlossen gewesen, sein Reich aus eigener Anschauung kennen zu lernen, aber bisher von der Ausführung dieses Plans durch anderweitige Geschäfte abgehalten worden. Im October 1859 setzte sich der Kaiser zu einer großen Rundreise, zunächst in den nördlichen Provinzen Brasiliens: Bahia, Pernambuco, Alagoas, Sergipe, in Bewegung, begleitet von seiner Gemahlin, einer Tochter des Königs Franz I. von Neapel, und einer Anzahl höherer Beamter und andern Personen, die ihn mit ihren Kenntnissen bei dem Studium der innern Lage des Landes unterstützen konnten. Denn obgleich Dom Pedro II. weit davon entfernt ist ein Selbstherrscher zu sein, so ist ihm nicht nur die vollziehende Gewalt überlassen, sondern in Uebereinstimmung mit seinen Ministern auch eine bedeutende persönliche Initiative möglich. Bei Eröffnung der Kammern (12. Mai 1860) erwähnte der Kaiser der erfreulichen Eindrücke, die ihm auf seiner weiten Wanderung geworden waren, und berührte die Verbesserungen in der Gesetzgebung und Verwaltung, die ihm nach den gewonnenen Erfahrungen besonders wichtig erschienen. Dazu gehörte vor Allem ein Reglement über die gesetzliche Wirkung der zwischen Nichtkatholiken geschlossenen Ehen und die staatliche Stellung der aus denselben hervorgegangenen Kinder, und Maßregeln, geeignet die Einwanderung und Niederlassung fremder Ansiedler zu begünstigen. Die Session, welche am 13. September geschlossen wurde, war friedlich verlaufen, aber

ein Mißgeschick eigener Art, eine außerordentliche, mehrere Monate lang anhaltende Dürre, drückte die Bevölkerung in mehreren Provinzen des Nordens und des Innern nieder, und legte ihr große Entbehrungen auf.

Die gesetzliche Zeit der Deputirtenkammer war im Jahr 1860 abgelaufen. Im September waren die Urwähler, im December die Wahlmänner zusammengetreten. Die beiden großen Parteien, in die das Land getheilt ist, Conservative und Liberale, hatten bei dem Wahlkampf lebhaft um den Sieg gerungen, ohne daß die innere Ruhe gestört worden wäre. Erstere besaßen mehr Anhang auf dem Lande, letztere in den Städten. Aber die Tage des Ministeriums, an dessen Spitze der Senator Silva Ferraz stand, waren gezählt. Seine Mitglieder stimmten nicht vollkommen unter einander überein, und keine Partei war mit ihm ganz zufrieden, weil es sich keiner Seite entschieden zuneigte. In der Masse der Nation war es geradezu unpopulär. Unter den neugewählten Deputirten besaß dasselbe nur geringen Anhang. Silva Ferraz reichte deshalb bald nach den Wahlen seine Entlassung ein, und das von ihm präsidirte Ministerium löste sich auf, obgleich einige seiner Mitglieder ihre Stellen gern beibehalten und gesehen hätten, ob sie in den Kammern Unterstützung finden würden. Der Kaiser beauftragte den General Marquis von Caxias mit der Bildung eines Ministeriums, in welchem dieser den Vorsitz und das Kriegsdepartement übernahm, und in das mehrere ausgezeichnete Senatoren und Deputirte eintraten (3. März 1861). Dieses Ministerium war conservativ, mußte sich aber, da in ihm Meinungsverschiedenheiten ausbrachen, in etwas modificiren. Die legislative Session verfloß über der Berathung verschiedener Gesetzentwürfe, von denen nur der über die Regulirung der Ehen der Nichtkatholiken eine allgemeine Bedeutung hatte. Die Kammern votirten diesmal kein neues Budget, sondern ermächtigten die Regierung das Finanzgesetz des vorigen Jahres ausführen zu lassen. In der Session von 1862 blieb das Ministerium bei Discussion der Adresse auf die Thronrede in der Minorität, worauf der Deputirte Zacarias Goes de Vasconcellos, der sich bisher in der Opposition hervorgethan hatte, an die Spitze eines aus der liberalen Partei hervorgegangenen Ministeriums trat, das aber schon nach einigen Tagen durch eine Coalition der verschiedenen Fractionen seiner Gegner gestürzt wurde. Ein neues Ministerium, aus Sommitäten der conservativen Partei bestehend, in welchem der Marquis von Olinda den Vorsitz übernahm, versprach längere Dauer. Die Kammern waren in der Session von 1861 vorzugsweise mit innern Reformen beschäftigt. Im Hafen von Rio de Janeiro wurden zur Beförderung des Handels Docks angelegt und die Mittel zum Bau neuer Landstraßen bewilligt. Ueber die Frage, was zur Vermehrung der Colonisation zu thun sei, ward viel verhandelt, aber nichts entschieden. Die meisten

Einwanderer, die aus Portugal und von den Azoren kamen, überließen sich dem Handel und der Industrie, und Schweizer und Deutsche, die sich für den Ackerbau eigneten, und die man besonders gern herbeiwünschte, wurden durch die üble Behandlung, welche viele unter ihnen auf den Besitzungen brasilianischer Grundherren erfahren hatten, von der Niederlassung abgeschreckt. Nur zwei Colonien, die von Sao Leopoldo in der Provinz Rio Grande, und die von Dã Francisca in der Provinz Santa Catarina, haben bis jetzt eine gewisse Blüthe erlangt. In den übrigen Colonien sind die meisten Ansiedler zu Grunde gegangen. Seit einigen Jahren hatte sich ein Deficit in den brasilianischen Finanzen eingestellt, das durch die von der Regierung, in Uebereinstimmung mit der Deputirtenkammer, getroffenen Maßregeln beseitigt wurde. Eine Ausstellung von brasilianischen Producten und Fabricaten, die am 2. December 1861 in Rio de Janeiro eröffnet wurde, und lauter Gegenstände enthielt, die später zu der Weltausstellung in London geschickt werden sollten, gewährte im Ganzen ein vortheilhaftes Bild von den Fortschritten, die Brasilien in den letzten Jahren auf diesem Gebiet gemacht hatte.

Das Ministerium Olinda war den Verhältnissen nicht gewachsen und beherrschte sie nicht genug. Man warf ihm Unentschlossenheit und Mangel an Grundsätzen vor. Obgleich conservativen Ursprungs glaubte es den Liberalen einige Zugeständnisse machen zu müssen, wodurch es seine Freunde verletzte, ohne seine Gegner befriedigen zu können. Es wäre indessen vielleicht noch lange am Ruder geblieben, wenn sich nicht eine auswärtige Frage, eine Differenz zwischen Brasilien und England, erhoben hätte, die den Bestand des Ministeriums Olinda verkürzte. Die erste Veranlassung zu diesem Streit reichte in das Jahr 1861 zurück. Ein englisches Handelsschiff, „Prinz von Wales“ genannt, war damals an einem wüsten Küstenpunkt der Provinz Rio Grande do Sul, nicht weit von der Grenze von Uruguay, bei nächtlichem Dunkel gescheitert. Am andern Tage wurden am Ufer vier Leichen gefunden, die das Meer dahin geworfen hatte. Der englische Consul Vereker behauptete, daß die vier Matrosen ermordet und das Schiff von den Strandbewohnern geplündert worden wäre, und klagte die brasilianischen Behörden der Saumseligkeit in der Verfolgung der Schuldigen an. Zugleich verlangte der englische Gesandte in Rio de Janeiro, Christie, auf den Bericht des Consuls, von Brasilien eine Entschädigung von 6000 Pf. St. für die Eigenthümer des gestrandeten Schiffes. Die brasilianischen Behörden längneten die Ermordung der Matrosen, da an deren Leichen keine Spur von Gewaltthätigkeit gefunden worden war, und behaupteten, daß, wenn das gestrandete Schiff geplündert worden wäre, dies von aus dem Gebiet von Uruguay gekommenen Schleichhändlern geschehen sei, für deren Thun Brasilien nicht verantwortlich gemacht werden könne. Das Cabinet

von Rio de Janeiro verweigerte deshalb die verlangte Entschädigung. Diese Angelegenheit war noch nicht erledigt, als ein neuer Streit zwischen den beiden Regierungen ausbrach. Drei Officiere und der Caplan einer englischen Fregatte, die im Hafen von Rio de Janeiro lag, hatten bei einer Wanderung durch die Stadt Streit mit einer Schildwache bekommen, waren verhaftet und erst durch die Dazwischenkunft des englischen Viceconsuls wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Der englische Gesandte in Rio de Janeiro und auf seinen Bericht das englische Cabinet bestand auf der Entschädigung der Eigenthümer des „Prinz von Wales" und auf einer öffentlichen Genugthuung für die verhaftet gewesenen Officiere und den Caplan der Fregatte. Die brasilianische Regierung weigerte sich in Bezug auf den „Prinz von Wales" aus den oben angegebenen Gründen, und behauptete, was die Officiere und den Caplan betrifft, daß dieselben sich im Zustande der Trunkenheit befunden und ihre Verhaftung selbst verschuldet hätten. Es kam so weit, daß die englische Regierung Zwangsmaßregeln gegen Brasilien anordnete und der die englische Schiffsstation an der brasilianischen Küste commandirende Admiral Warren auf der Rhede von Rio de Janeiro fünf brasilianische Handelsschiffe wegnehmen ließ (2. und 3. Januar 1863). Die brasilianische Regierung ging endlich darauf ein, eine Entschädigung für die verloren gegangene Ladung des „Prinz von Wales" zu gewähren, und die Angelegenheit wegen der drei Officiere und des Caplans der Fregatte dem Schiedsgericht des Königs der Belgier zu unterwerfen, verlangte aber ihrerseits Genugthuung wegen Wegnahme der Handelsschiffe als einer Verletzung des Völkerrechts, welches solche Repressalien im Zustande des Friedens nicht zuläßt. England ging auf die Forderungen Brasiliens nicht ein, und die beiderseitigen Gesandten wurden abgerufen (Juni und Juli 1863). Diese Differenz mit England blieb nicht ohne Einfluß auf die innern Angelegenheiten Brasiliens. Die Conservativen warfen dem Ministerium vor, zu weit gegangen zu sein und sich in einen Streit eingelassen zu haben, welcher das Land einer gefährlichen Verwicklung aussetze; die Liberalen waren mit ihm unzufrieden, weil es nicht gleich nach der Wegnahme der Handelsschiffe mit England gebrochen hatte. Diese Meinungen machten sich in den am 3. Mai 1863 zusammengetretenen Kammern geltend, und bedrohten das Ministerium mit einer doppelten Opposition und einer ihm feindlichen Majorität. Der Marquis von Olinda glaubte dem durch eine Auflösung der Deputirtenkammer (12. Mai) und Anordnung neuer Wahlen, welche Ende August und Anfang September stattfanden, zuvorkommen zu müssen. Das Ministerium, welches anfänglich gehofft hatte sich durch eine Coalition mit der Fraction der gemäßigten Liberalen verstärken zu können, sah sich nach Eröffnung der Kammern in dieser Erwartung getäuscht, und reichte seine Entlassung ein. Zacarias Goes

de Vasconcellos trat an die Spitze eines neuen Cabinets (15. Januar 1864), das aus Mitgliedern verschiedener Parteien zusammengesetzt war. Die Finanzen befanden sich in diesem Augenblick in keinem blühenden Zustande, da die Differenz mit England dem auswärtigen Verkehr geschadet und die Zolleinnahmen vermindert hatte, während die Regierung zugleich genöthigt gewesen, das Militärbudget zu erhöhen, so daß sich ein Deficit von sechs Millionen Fr. herausstellte.

Das Ministerium Vasconcellos, aus heterogenen Elementen bestehend, ohne innere Consistenz, mußte sich vor einer Abstimmung über einen die Eisenbahnen betreffenden Gesetzentwurf, bei dem es in der Minorität blieb, zurückziehen (September 1864). Der Führer der Opposition, Furtado, organisirte ein neues Cabinet. Brasilien besitzt, ungeachtet seiner häufigen Ministerwechsel, vor den südamerikanischen Republiken den Vortheil einer größern Stabilität, indem nicht nur die Verfassung von diesen Veränderungen in dem obersten Beamtenpersonal unberührt bleibt, sondern auch die Direction der auswärtigen Politik immer von demselben Grundgedanken geleitet wird. Brasilien strebt danach, aus welcher Partei auch das Ministerium hervorgegangen sein mag, seinen Einfluß im La Platagebiet zu vermehren, und im Süden Amerika's die leitende Macht zu werden, wie es im Norden die Vereinigten Staaten schon seit lange sind. Das Cabinet von Rio de Janeiro ist in Bezug auf das Ausland eben so beharrlich, wenn auch unter andern Formen, wie das Cabinet von Washington, namentlich eben so ausschließend amerikanisch gesinnt und der Einmischung Europa's in die Angelegenheiten des amerikanischen Continents entgegen. Deshalb wurde auch Brasilien von der spanischen Occupation der Chincha-Inseln und dem Erscheinen eines spanischen Geschwaders an der peruanischen und chilenischen Küste peinlich berührt, obgleich es in dem daraus entstandenen Kampfe sich neutral verhielt. Die von Peru ausgehende Einladung zur Theilnahme am Congreß in Lima lehnte das brasilianische Cabinet nicht geradezu ab, beeilte sich aber auch nicht derselben zu folgen, sondern erklärte erst den Geist und die Richtung der Verhandlungen abwarten zu wollen, bevor es sich bei ihnen ausdrücklich vertreten lasse. Eben so war es seine Absicht dem Kriege zwischen den Nord- und Südstaaten der Union vollkommen fremd zu bleiben, wurde aber doch in denselben, wenn auch nur für einen Augenblick, hineingezogen. Der „Florida", ein armirter Dampfer, der unter der Flagge der Conföderirten auf Handelsschiffe der Vereinigten Staaten Jagd machte, war am 7. October (1864) von dem „Wachusett", einem Kriegsschiffe dieser letztern, im Hafen von Bahia, während der Nacht aufgebracht und weggeführt worden. In Brasilien gerieth man über diese Verletzung des Territoriums in nicht geringe Aufregung. Das Wappen auf dem Consulatsgebäude der Vereinigten

Staaten in Bahia wurde vom Volk zerbrochen und der brasilianische Minister des Auswärtigen verlangte Genugthuung für die erfahrene Beleidigung. Glücklicher Weise war der Gesandte der Vereinigten Staaten in Rio de Janeiro, Webb, von versöhnlichen Gesinnungen erfüllt, und wirkte zu einer Uebereinkunft zwischen den beiden Regierungen mit, nach welcher der Commandant des „Wachusett", weil er ohne Auftrag gehandelt, zur Untersuchung gezogen und die brasilianische Flagge in Bahia von einem Kriegsschiff der Vereinigten Staaten feierlich begrüßt werden sollte. Brasilien, in einen Krieg mit Uruguay verwickelt, war froh einem Zerwürfniß mit den Vereinigten Staaten entgangen zu sein.

Die Veranlassung zu der Collision Brasiliens mit Uruguay, deren Beendigung, seitdem General Flores an die Spitze dieser Republik getreten, und die Ursachen des Bündnisses Brasiliens mit Buenos-Ayres und Uruguay und des Krieges gegen Paraguay sind in den Abschnitten: „Die argentinische Conföderation", „Uruguay" und „Paraguay" auseinander gesetzt worden. Es bleibt hier nur noch übrig, von dem Kriege gegen Paraguay ein Bild zu entwerfen. Die Allianz zwischen den drei Mächten: Brasilien, Uruguay, die argentinische Conföderation, gegen Paraguay, war am 8. Mai 1865 von Mitre, Flores und dem Bevollmächtigten des brasilianischen Cabinets, Octaviano d'Almeida Rosa, in Buenos-Ayres unterzeichnet worden. Zwei Tage vorher hatte der Kaiser Dom Pedro II. die Kammern eröffnet, und ihnen die in den letzten Monaten des Jahres 1864 vollzogene Vermählung seiner beiden Töchter mitgetheilt, von denen die ältere, Isabella, den Prinzen Louis von Orleans Grafen von Eu, Sohn des Herzogs von Nemours, und die jüngere, Leopoldine, einen Prinzen von Sachsen-Coburg, von der katholischen Linie dieses Hauses, heirathete. Der Kaiser kündigte außerdem seine Anerkennung des mexikanischen Kaiserreichs, die baldige Beendigung der Differenz mit England und den Krieg mit Paraguay an, welchem er alle Schuld dieses Bruchs beilegte. Bei der Berathung der Antwort auf die Thronrede gab sich diesmal nur selten ein Tadel gegen die auswärtige Politik der Regierung kund. Der Krieg gegen Paraguay fand allgemeine Billigung, indem der brasilianische Patriotismus davon eine Erhöhung des Einflusses Brasiliens in Südamerika erwartete. In Betreff der innern Verwaltung war man aber mit dem Ministerium unzufrieden, und warf ihm Langsamkeit und Unentschlossenheit vor, so daß es zurücktreten mußte (24. Mai), und der Marquis von Olinda mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt wurde. Um die Armee rasch zu verstärken, wurde statt der bisherigen freiwilligen Anwerbungen die Conscription eingeführt, und die Flotte durch eine Anzahl Panzerschiffe verstärkt. Eine Anleihe von 120 Mill. Fr., zu der die Kammern die Regierung ermächtigt hatten, kam nur mit Mühe und Verlust in

London, zu Stande. Buenos-Ayres und Montevideo mußten von Rio de Janeiro aus mit Vorschüssen unterstützt werden, weil sie aus eigenen Mitteln die Kriegsrüstungen nicht bestreiten konnten. Die Differenz mit England wurde durch Vermittlung des portugiesischen Cabinets unter ehrenvollen Bedingungen beigelegt und der bisherige englische Gesandte bei der argentinischen Conföderation, Thornton, bei dem Kaiser von Brasilien, und der Baron de Panedo bei der Königin von England accreditirt.

Bei dem Angriff auf Paraguay, der im Spätherbst (1865) erfolgte, war die verbündete Armee auf große Schwierigkeiten gestoßen, indem sie durch die Flüsse Corrientes und Batel waten mußte, und deshalb, und vielleicht noch mehr aus Mangel an Transportmitteln, nur sehr langsam gegen den Feind vorrücken konnte. Der Präsident von Paraguay, Solano Lopez, war durch die Operationen der Alliirten gezwungen worden, nach einander die brasilianische Provinz Rio Grande do Sul und die argentinische Provinz Corrientes vollständig zu räumen, die beabsichtigte Expedition nach Uruguay aufzugeben, und seine Flotte aus dem Parana zurückzuziehen, um sie, nördlich von den Tres Bocas, auf dem Paraguay bei der Festung Humayta, vor einem überlegenen Angriff der brasilianischen Seemacht sicher zu stellen. Damit hatte er die Offensive aufgegeben und sich auf die Vertheidigung seines Landes beschränkt. Obgleich die Contingente der argentinischen Conföderation und Uruguay's von tüchtigen Generalen, wie Mitre und Flores, befehligt wurden, so mußte doch Brasilien das Meiste in diesem Kampfe thun, und befand sich dazu auch in der geeignetsten Lage. Es hat keine ehrgeizigen Parteien im Innern zu bekämpfen, welche die Verfassung oder die Person des Staatsoberhaupts in Frage stellen. Dom Pedro II. wird von Niemand, Flores dagegen von sehr Vielen als ein angemaßter Gewalthaber angesehen, und Mitre muß vor Urquiza auf der Hut sein. Die brasilianische Regierung hat noch nie ein so starkes Heer und eine so zahlreiche Flotte wie jetzt in Thätigkeit gehabt, und sich noch nie vorher auf eine so allgemeine Zustimmung der ganzen Nation stützen können. Im December (1865) hatte sich die brasilianische Armee unter dem Oberbefehl des Generals Osorio der Stellung der Paraguiten bei Paso de la Patria genähert, und lagerte am 23. December bei San Cosme. An demselben Tage befanden sich die argentinischen und uruguitischen Contingente einen Tagemarsch von diesem Punkt entfernt. Die gesammte Streitmacht betrug 36,000 Mann, nämlich 25,000 Brasilianer, 9000 Argentiner und 2000 Uruguiten. Sowohl unter ihnen, als den Truppen Paraguay's herrschten viel Krankheiten, zum Theil durch die große Hitze entstanden, die um diese Zeit in Paraguay am stärksten ist. Am 31. December griffen die Paraguiten bei San Cosme einen Theil der verbündeten Armee mit großem Nachdruck an, wurden aber zurück-

geschlagen. Die Alliirten konnten aus Mangel an Reiterei ihren Vortheil nicht verfolgen. Die brasilianische Flotte, unter dem Admiral Vicomte von Tamandare, bestand aus 26 Dampfschiffen und begann im April (1866) die am rechten Ufer des Parana von Solano Lopez errichteten Befestigungen zu beschießen. Bei Estero Bellaco kam es zu dem ersten großen Treffen (24. Mai) in diesem Kriege. Vorher hatten nur mehr oder weniger blutige Scharmützel stattgefunden. Die Paraguiten stürzten sich, 24,000 Mann stark, mit Ungestüm auf die Verschanzungen der Verbündeten, wurden aber mit einem Verlust von mehr als 4000 Todten und Verwundeten zurückgeworfen. Auch die Alliirten hatten sehr gelitten und die Cavalerie war nach wie vor ihre schwache Seite. Auch der Artillerie fehlte es an Bespannung. General Mitre schrieb eine Aushebung von 5000 Pferden aus, und brasilianische Dampfer waren zu Buenos-Ayres um Pferde einzuladen. Wo die Verbündeten standen, gab es keine Weiden, so daß die an Stallfutterung nicht gewöhnten Thiere alle umkamen. Die brasilianische Armee erhielt unaufhörlich Verstärkungen, aber die Paraguiten wehrten sich mit so verzweifeltem Muth, daß der endliche Ausgang des Krieges, ungeachtet des großen Mißverhältnisses der Kräfte, lange ungewiß erschien. In den Gefechten am 16. und 18. Juli, in der Nähe der Festung Humayta, wurden die Alliirten, welche die Offensive ergriffen hatten, mit einem Verlust von 7 bis 8000 Mann zurückgeschlagen. Das Contingent von Uruguay war bis auf einige vierzig Mann zusammengeschmolzen. In der argentinischen Conföderation mußte eine neue Aushebung angeordnet werden. Das brasilianische Geschwader konnte, ungeachtet der starken Armirung seiner Schiffe, wegen der vielen in dem Paraguay angebrachten Höllenmaschinen, nicht bis nach Humayta vordringen. Die Paraguiten hatten seit zehn Monaten, im Vergleich zu der Volkszahl ihres Landes, unermeßliche Verluste erlitten, hielten aber nicht nur unerschütterlich Stand, sondern gingen von Zeit zu Zeit selbst zum Angriff über. Sie hingen mit Fanatismus an ihrem Präsidenten, und hegten außerdem einen nationalen Haß gegen Brasilianer, Argentiner und Uruguiten. Die Fortschritte der brasilianischen Truppen, die sich viel besser schlugen, als man erwartet hatte, wurden eine Zeit lang durch die geringe Zuverlässigkeit ihrer Bundesgenossen, durch das Klima, mangelhafte Sanitätsanstalten und die Beschaffenheit des Terrains aufgehalten. Solano Lopez hatte 20,000 Mann vor den Verschanzungen von Curupayti zusammengezogen, war im Rücken durch die Festung Humayta gedeckt, und konnte sich ohne Mühe aus dem Innern des Landes mit Lebensmitteln versehen, woran es seinen Feinden oft fehlte. Die Verbündeten, auf ihre numerische Uebermacht, und die Leichtigkeit, mit der sie ihre Verluste ersetzen konnten, bauend, bereiteten sich zu einem Angriff auf das paraguitische Lager vor. Am 4. September (1866) wurde die Redoute Curuzu, am Pa=

raguay gelegen, gleichsam ein Vorwerk der Festung Humayta, durch die vereinten Bemühungen einer brasilianischen Division Landtruppen und einer Abtheilung der Flotte, unter Führung des Generals Baron von Porto-Alegre, ungeachtet der hartnäckigsten Gegenwehr des Feindes, genommen. Die Paraguiten verloren an Todten und Verwundeten gegen 2000 Mann, die Brasilianer ohngefähr die Hälfte. Am 22. September stand Porto-Alegre, durch das argentinische Contingent unter Mitre verstärkt, vor dem stark befestigten Lager von Curupayti, das er gegenüber dem eisernen Widerstande der Paraguiten nicht zu nehmen vermochte und sich, nachdem ihm 6000 Mann kampfunfähig geworden, zurückziehen mußte. Ein Versuch des Präsidenten von Paraguay, durch eine mündliche Verhandlung mit Mitre und Flores den Frieden zu erlangen, vielleicht nur zum Schein von ihm gemacht, um Zeit zu gewinnen und seine Gegner zu täuschen, blieb vergeblich. Die von ihm vorgeschlagenen Bedingungen waren zu sehr von den Grundlagen verschieden, auf denen die Tripelallianz zwischen Brasilien, der argentinischen Conföderation und Uruguay beruhte, um angenommen werden zu können. Die Operationen sollten ihren Fortgang nehmen. Weder in Rio de Janeiro, noch in Buenos-Ayres wollte man, ungeachtet der großen erlittenen Verluste, von Frieden hören. Der Marschall Marquis von Caxias erhielt den Oberbefehl über die brasilianische Land- und Seemacht, und in der Provinz Rio Grande bildete sich eine neue Armee, um in Paraguay von der Seite der Missionen einzudringen. Viele Sklaven wurden frei gelassen, um in die Armee eingereiht zu werden. Ihre Weiber und Kinder wurden dadurch ebenfalls frei. Am 30. October versuchten die Truppen von Paraguay einen Ueberfall gegen die Linien von Tuyty, und griffen unter starkem Regen und dichtem Nebel diese von ihnen mehrere Monate vorher verlorene Position an, mußten aber nach starken Verlusten, unter Zurücklassung von 500 Todten, wieder abziehen. Der Admiral Vicomte von Tamandare und General Baron von Porto-Alegre legten ihre Commandos nieder. Der neue Oberbefehlshaber Marquis von Caxias überzeugte sich, als er auf dem Kriegsschauplatz angekommen, daß er, da die Alliirten durch Gefechte und Krankheiten hart mitgenommen und die ihnen zugehenden Verstärkungen zu schwach und ungeübt waren, vor dem Januar 1867 die Offensive nicht werde ergreifen können. Der Präsident von Paraguay beunruhigte seine Gegner fortwährend, namentlich durch seine zahlreiche Artillerie, und legte eben so viele Thätigkeit als seine Soldaten Muth und Ausdauer an den Tag.

Hayti.

Diese Insel, nach Cuba die größte und früher die reichste unter den Antillen, ist die einzige, welche, wie der amerikanische Continent, sich von Europa losgerissen und ihre Unabhängigkeit errungen hat. Ihre Schicksale sind seitdem eben so wechselnd und stürmisch wie die der meisten südamerikanischen Republiken gewesen. Ohne auf die frühere Geschichte dieser Insel näher eingehen zu wollen, soll hier nur so viel bemerkt werden, daß der größere Theil von ihr durch den Ryswiker Frieden (1697) an Frankreich kam, der kleinere bei Spanien blieb. Unter der französischen Herrschaft wurde diese Colonie so blühend, daß man sie das Paradies von Westindien nannte, und die Productenausfuhr jährlich an 130 Mill. Fr. betrug und 470 Schiffe beschäftigte. Der große Negeraufstand während der französischen Revolution machte die Insel fast zu einer Wüste, doch erholte sie sich später wieder vermöge der außerordentlichen Fruchtbarkeit des Bodens und der günstigen Lage, ohne jedoch ihre frühere Bedeutung wieder erlangen zu können. Im Frieden von Basel (1795) trat Spanien seinen Antheil an Hayti an Frankreich ab, das aber daselbst, ungeachtet der unter Napoleon's Consulat gemachten Versuche, nicht mehr festen Fuß fassen konnte. Die Verträge von 1814 und 1815 setzten Spanien wieder in den Besitz des ihm früher zugehörigen Antheils der Insel. Im Jahr 1822 erhob sich diese Colonie gegen das Mutterland, ward aber dadurch nicht unabhängig, sondern gezwungen sich mit der Republik Hayti zu vereinigen. Erst 1844 gelang es dem ehemaligen spanischen Antheil der Insel sich von Hayti loszureißen und einen eigenen Staat unter dem Namen „Republik Santo Domingo" oder „die dominicanische Republik" zu bilden, und gegen die Angriffe Hayti's zu behaupten. In dieser Republik war ein Neger, Namens Soulouque, der noch als Sklave geboren (1787) allmälig zum General und Präsidenten emporgestiegen, auf den Einfall gerathen, sich unter dem Namen Faustin I. zum Kaiser ausrufen zu lassen. Da Hayti früher zu Frankreich gehörte, so hatte Napoleon's Beispiel schon früher zwei Negergenerale, Dessalines und Henry, aus ehrgeiziger Nachahmungssucht zur Annahme dieses Titels veranlaßt. Soulouque brachte es durch seine Grausamkeit dahin, daß er gestürzt (December 1858) und die Republik, mit dem General Fabre Geffrard an der Spitze, wieder hergestellt wurde. Hayti hatte die Revolution von 1844 und die Losreißung der dominicanischen Republik nie anerkennen wollen, und behauptet, daß die Insel nur Einen Staat ausmachen dürfe. Soulouque war mehrmals in das Gebiet der Nachbarrepublik eingedrungen, um sie sich zu unterwerfen, aber immer mit Verlust zurückgeschlagen worden, und zuletzt von England und Frankreich zum Eingehen auf einen

fünfjährigen Waffenstillstand mit Santo Domingo genöthigt worden, vor dessen Ablauf er aufgehört hatte zu regieren. Die Dominicaner hatten sich 1844 emancipirt, weil sie nicht von Negern abhängen wollten, die in Hayti die Oberhand hatten, während es in Santo Domingo viele ungemischte Abkömmlinge von Spaniern und andere Weiße gab. Ungeachtet der Tapferkeit, mit der sich die Dominicaner gegen die Haytier vertheidigten, hatten sie dennoch ihre materielle Schwäche gefühlt, denn sie machten kaum den sechsten Theil der Bevölkerung der Insel aus, und waren geneigt gewesen, einer fremden Macht das Protectorat über sich anzuvertrauen. Ihre ersten Gedanken fielen hierbei auf Spanien, das aber damals zu tief in innre Unruhen und Kämpfe verwickelt war, um einen wirksamen Schutz ausüben zu können. Sie wandten sich dann an Frankreich, das an und für sich einem solchen Verhältniß nicht abgeneigt gewesen wäre, aber aus Scheu vor den internationalen Verwickelungen, die aus ihm entstehen konnten, nicht darauf eingehen wollte. Der angesehenste Mann in Santo Domingo, Pedro Santana, General und reicher Grundbesitzer, der 1844 die Trennung von Hayti proclamirt hatte, hielt es jetzt im Interesse seines Vaterlandes, dasselbe unter spanische Hoheit zu stellen, und wußte auch einen Theil der Bevölkerung für diese Idee zu gewinnen. Der spanische Hof, der noch immer voll von Erinnerungen an seine frühere Größe ist, ging auf das ihm gemachte Anerbieten bereitwillig ein. Ein thätiges Einschreiten von Seite der Vereinigten Staaten gegen das Auftreten einer europäischen Macht auf amerikanischem Boden war bei dem zwischen dem Norden und Süden ausgebrochenen Kriege nicht zu besorgen. Am 8. März 1861 erklärte eine zahlreiche in der Stadt Santo Domingo zusammengetretene Versammlung, Santana an ihrer Spitze, die Königin Isabella II. von Spanien für die rechtmäßige Herrscherin des dominicanischen Volks und Gebiets. Pronunciamentos ähnlicher Art fanden auf vielen Punkten des Landes statt. Am 19. Mai erschien in der spanischen Staatszeitung ein aus Aranjuez datirtes königliches Decret, das die Einverleibung der dominicanischen Republik in die spanische Monarchie proclamirte, und zugleich versprach, daß die Sklaverei, die in Cuba und Porto Rico noch bestand, in Santo Domingo nie eingeführt werden dürfe. In der Republik Hayti empfand man diese Annexion sehr übel, und der Präsident Geffrard erließ ein Manifest, in welchem er sie ausdrücklich für einen an dem gemeinsamen Vaterlande begangenen Verrath, für ein Werk der Selbstsucht und List des Generals Santana und seiner Genossen erklärte, und sich die geeigneten Schritte gegen dieselbe vorbehielt. Diese Verwahrung und Drohung verhallte für den Augenblick ungehört.

Geffrard glaubte das Ministerium ändern zu müssen, mit dem die öffentliche Meinung nicht ganz übereinstimmte, und berief in dasselbe Notabilitäten aus den verschiedenen Provinzen des Landes, um diese dadurch näher an seine Regierung zu fesseln. Es gelang ihm aber

nicht, denn er hatte, wie die meisten Machthaber in den Republiken von Mittel- und Südamerika, Gegner und Neider, die mit seinem System unzufrieden waren, oder sich gern an seine Stelle gesetzt hätten. Es wurde ein gegen ihn gerichtetes Complott entdeckt, das in der Stadt Gonaives seinen Mittelpunkt hatte, und in welches zwei Generale, Leon Legros und Aimé Legros, Vater und Sohn, verwickelt waren (November 1861). Ersterer wurde verhaftet, letzterer mußte das Land verlassen. Eine Menge anderer Personen wurde in diesen Prozeß hineingezogen, und Leon Legros mit zehn derselben zum Tode verurtheilt, aber vom Präsidenten zu mehrjährigem Gefängniß begnadigt. Im Mai 1862 sollte eine andere, wie es scheint, gefährlichere Verschwörung unter den in der Ebene Les Cayes campirenden Truppen ausbrechen, der man aber durch die Verhaftung mehrerer Generale zuvorkam. Der General Salomon, der an der Spitze gestanden, wurde mit dreizehn Mitschuldigen, meist Officieren, hingerichtet. Dieser Beweis von blutiger Strenge erstickte die Unzufriedenheit nicht, die vielmehr immer weiter um sich griff. Unter den Ministern zeichnete sich durch Befähigung und guten Willen der General Dupuy aus, der dem Departement der auswärtigen Angelegenheiten und der Finanzen vorstand. Er suchte Verbesserungen in die Verwaltung einzuführen, Ordnung und Sparsamkeit geltend zu machen, scheiterte aber an den eingewurzelten Gewohnheiten der Verschwendung und Veruntreuung. In der Rede, mit welcher Geffrard die Kammern eröffnete (27. April 1863), glaubte er den Angriffen der Opposition auf seine Regierung, die er im Geheimen fürchtete, mit der Anspielung auf Ergreifung der Dictatur zuvorkommen zu müssen, die ihm nach Soulouque's Sturz von einer zahlreichen Partei angeboten worden sei, die er damals abgelehnt habe, zu der er aber doch unter Umständen seine Zuflucht nehmen könnte. Die Opposition kehrte sich an diese Drohung nicht, und arbeitete ihm so lebhaft entgegen, daß er die Kammern schon am 3. Juni (1863) auflöste. Zu dem parlamentarischen Widerstande war eine Militärverschwörung hinzugetreten. In dem Bezirk von Artibonite brach ein Aufstand unter Leitung des oben erwähnten Generals Aimé Legros aus, der aus der Verbannung zurückgekehrt war. Die Verschwornen hatten sich des Forts Dessalines bemächtigt, wurden aber bald überwältigt. Am 19. Juni wurde Aimé Legros mit seinem Bruder und sechs seiner Mitschuldigen hingerichtet. Es fanden neue Wahlen statt, aber die constitutionellen Formen sind in Hayti nicht viel mehr als eine bloße Fiction, indem von den 200,000 eingeschriebenen Wählern in der Regel kaum 4 bis 5000 von ihrem Recht Gebrauch machen. Am 4. September traten die neuen Kammern zusammen, und der Präsident versprach sich von ihnen, wie er in der Eröffnungsrede erklärte, mehr Unterstützung als von der vorhergehenden Legislatur, die er wegen ihrer systematischen Opposition habe auflösen müssen.

Während in der Republik Hayti die Neigung zum Widerstand gegen

die Regierung für den Augenblick gedämpft, aber keineswegs erstorben war, brach am andern Ende der Insel, in der Republik Santo Domingo, die Opposition gegen das spanische Regiment unaufhaltsam hervor. Dem Anschluß der dominicanischen Republik an Spanien hatten nicht moralische oder materielle Interessen oder das Verlangen der Massen nach Wiederanknüpfung alter Bande zu Grunde gelegen, sondern sie war das Werk einer Partei gewesen und durch künstliche Mittel herbeigeführt worden. Die Abneigung gegen die spanische Herrschaft, die vierzig Jahre vorher zu der Erhebung gegen sie geführt hatte, regte sich auch jetzt wieder beim Anblick des spanischen Militärs, das von Cuba nach Santo Domingo gekommen war. Man erinnerte sich des frühern Druckes, und fürchtete eben so wie die der spanischen Krone noch übrig gebliebenen Colonien ausgebeutet zu werden. Schon im Frühjahr 1863 waren an einzelnen Orten die spanischen Truppen angegriffen worden und hatte sich der Ruf: „Es lebe die Republik!“ vernehmen lassen. Die anfänglich mehrmals geschlagenen aber nicht entmuthigten Insurgenten zogen sich auf das Gebiet der Republik Hayti zurück, wo sie, obgleich die Regierung sich neutral verhielt, Aufnahme fanden und verstärkt wieder hervorbrachen. Im August waren die Aufständischen schon so zahlreich, daß sie die gegen sie heranziehenden spanischen Truppen zurückwerfen konnten. Im September 1863 hatte sich in Santiago de Caballeros eine provisorische Regierung festgesetzt, die sich im December für permanent erklärte und alle Dominicaner zum Gehorsam gegen ihre Anordnungen behufs der Vertreibung der Spanier aufforderte. Sie schickte einen Bevollmächtigten nach Washington, Paris und London, um die Vermittlung und Unterstützung der dortigen Regierungen, von denen die Unabhängigkeit der dominicanischen Republik früher anerkannt worden, für dieselbe in Anspruch zu nehmen. Das spanische Cabinet wollte anfänglich in der Behauptung dieser Colonie eine Ehrensache für sich erkennen, und schickte Verstärkungen hin, aber schon Ende 1864 ließ sich voraussehen, daß diese Anstrengungen vergeblich sein und den Verlust von Santo Domingo nicht verhindern würden. Selbst abgesehen von der schlechten Regierung, die Spanien von jeher in seinen Colonien geführt hat, hegte man in der dominicanischen Republik, wie in allen ehemaligen spanischen Colonien auf dem amerikanischen Continent, schon vor dem bloßen Namen der Monarchie eine lebhafte Abneigung, und konnte sich dieselbe von Unterdrückung und Willkühr nicht getrennt denken. Wie in Europa die Monarchie immer mehr die herrschende Staatsform geworden, so daß die Schweiz in diesem Welttheil unter den vielen früheren Freistaaten fast allein übrig geblieben ist und kein neuerer Versuch der Art sich hat halten können, eben so scheint Amerika für die Republik bestimmt zu sein. Es ist oben die besondere Ursache angegeben worden, warum in Brasilien die monarchische Staatsform hat fortdauern können.

Was Canada betrifft, so steht es mit der englischen Krone nur äußerlich in Verbindung, ist aber in seinem Innern so unabhängig, daß das monarchische Element in ihm nur eine sehr untergeordnete Stelle einnimmt. Unter den zu Amerika gehörigen Inseln, die von den europäischen Mächten leichter als die Colonien auf dem Continent behauptet werden konnten, ist bis jetzt nur Hayti frei geworden, aber die europäische Herrschaft hängt auf allen anderen mehr mit vorübergehenden äußeren Umständen als mit irgend einer innern Nothwendigkeit zusammen, und in einer wahrscheinlich nicht sehr fernen Zukunft wird sich ganz Amerika zu dem republikanischen System bekennen, das dann, wie sich dies schon seit einiger Zeit von Seiten der Vereinigten Staaten zeigt, als Ganzes einen größeren Einfluß auf die Ideen und Verhältnisse Europa's als bisher ausüben wird.

Der Präsident der Republik Hayti, Geffrard, wäre sehr geneigt gewesen, sich in die innern Verhältnisse von Santo Domingo einzumischen, und zu der Vertreibung der Spanier von der Insel beizutragen, hatte aber so viel bei sich zu thun, daß er sich nicht noch mehr Schwierigkeiten durch einen Bruch mit der spanischen Regierung schaffen wollte. In der Nacht vom 24. zum 25. April (1864) fand ein neuer Versuch zum Sturz der bestehenden Regierung in Port-au-Prince, der Hauptstadt des Landes, statt, der, zur rechten Zeit entdeckt, wie die früheren unterdrückt wurde. Es waren bedeutende Personen in ihn verwickelt gewesen. Die gegen mehrere von ihnen ausgesprochene Todesstrafe wurde vom Präsidenten in längere oder kürzere Haft verwandelt. Ungeachtet des unglücklichen Ausganges dieses Unternehmens brach ein ähnliches am 16. Juni in dem nördlichen Theil der Insel aus, an dessen Spitze die Generale Longuefosse und Adubi standen. Diese Insurrection war kaum besiegt, als sich schon wieder eine neue erhob. Die Bevölkerung war in einem großen Theil der Insel unzufrieden, weil die Ernte mehrere Jahre nacheinander unergiebig gewesen, und man den Präsidenten beschuldigte, die nöthigen Maßregeln zur Verminderung des Nothstandes versäumt zu haben. Ein Officier Namens Salnave, der in den letzten Aufstandsversuch verwickelt gewesen und sich auf dominicanisches Gebiet gerettet hatte, kehrte von da mit einer bewaffneten Schaar zurück (Mai 1865), gewann Anhang und bemächtigte sich der Capstadt, wo er eine provisorische Regierung errichtete und den Präsidenten Geffrard für abgesetzt erklärte. Mehrere unzufriedene Generale vereinigten sich mit Salnave, der aus anderen Theilen der Insel Verstärkungen erhielt, und eine Belagerung von mehreren Monaten aushalten konnte. Zum Glück für Geffrard, denn der Aufstand hätte sonst noch lange dauern und für den Präsidenten üble Folgen haben können, beleidigten die Insurgenten den englischen Viceconsul in der Capstadt, rissen das englische Wappen von dessen Wohnung ab, und griffen einen im Hafen liegenden englischen Dampfer an. Der Capitän Wake von der englischen Brigg „Bulldog“

drang hierauf in den Hafen ein, zerstörte die bewaffneten Fahrzeuge der Insurgenten und bombardirte die Capstadt. Dadurch fanden die Truppen der Regierung Gelegenheit in die Stadt einzudringen, wobei ein großer Theil derselben in Feuer aufging (10. November). Salnave und einige andere Führer des Aufstandes retteten sich auf ein amerikanisches Schiff. Damit war die Insurrection für diesmal beendigt, und Geffrard konnte jetzt an die Heilung der von ihr geschlagenen Wunden gehen. Während dieser Vorgänge in der Republik Hayti hatte sich Santo Domingo von der spanischen Herrschaft frei gemacht. Die spanische Regierung, die bei sich selbst beschäftigt genug war, Cuba stark besetzt halten mußte und einen Bruch mit Chile voraussah, war außer Stande, um diese Zeit eine hinreichende Macht zur Unterwerfung Santo Domingo's abzusenden. Die spanischen Truppen erhielten von Madrid aus Befehl, das dominicanische Gebiet zu räumen, was am 11. Juli (1865) geschah. An demselben Tage rückten die Nationaltruppen in der Stadt Santo Domingo ein. Ungeachtet dieses Sieges herrschte im ganzen Lande großes Elend. Mißwachs, Theuerung und ein Uebermaß von Papiergeld waren die drei Uebel, die auf der Bevölkerung schon seit einiger Zeit lasteten und durch die Verheerungen des Krieges noch vermehrt worden waren. Der Leiter der Erhebung gegen Spanien, General Pimentel, blieb nach dem Abzug der Spanier noch eine Zeit lang an der Spitze der Regierung, bis der General Cabral an seine Stelle trat, dem er zwar ohne Widerstand zu leisten, aber doch auch nicht ganz freiwillig Platz machte. Cabral hatte eine Zeit lang regelmäßig und ruhig die ihm obliegenden Geschäfte verrichtet, als sich ein Aufstand gegen ihn erhob, dessen Führer seinen Rücktritt und die Erwählung des Generals Baez zum Präsidenten der Republik verlangten, der auch von der im October zusammengetretenen constituirenden Versammlung zu dieser Würde erhoben wurde. Baez war auf seine Vorgänger in der Ausübung der öffentlichen Gewalt so wenig eifersüchtig, daß er Pimentel zum Minister des Innern und Cabral zum Kriegs- und Marineminister ernannte. — In der Republik Hayti war im Anfange des Jahres 1866 die Ruhe wieder hergestellt und hatten sich die Geschäfte gehoben, als im Juli in Gonaives ein Aufstand ausbrach, der aber rasch gedämpft wurde. Im Ganzen bietet die Negerrepublik von Hayti und die aus spanischen Creolen bestehende von Santo Domingo ein ganz ähnliches Bild wie die Republiken auf dem südamerikanischen Continent dar: innere Kämpfe, Rivalitälen der Führer, Staatsstreiche und Aufstände, die, nachdem Gewalt oder Erschöpfung eine momentane Ruhe hervorgebracht haben, immer wieder von Neuem ausbrechen. Indessen schreitet, ungeachtet dieser stürmischen Bewegungen, die Civilisation, wenn auch auf unregelmäßigen Bahnen, im Ganzen fort, verbreitet sich Aufklärung und Bildung, und nimmt, was für jene Gegenden wesentlich ist, die moralische wie die materielle Verbindung mit Europa zu.

Register

zu Arnd's Geschichte der Jahre 1860 bis 1867,

I. und II. Band.

(Die römische Zahl bezeichnet den Band, die arabische die Seitenzahl.)

A.

Aargau, politische Gleichberechtigung der Juden, I, 129.
Abd-el-Kader, I, 150, 266. II, 34.
Abd-ul-Aziz, Sultan, I, 151.
Abd-ul-Medjid, Sultan, I, 151.
Abessinien, II, 50.
Abgeordnetenverein, I, 3.
Acha, Präsident von Bolivia, II, 214, 215.
Aegypten, II, 44; Reformen, 49.
Afrika, II, 28.
Aguilar, General, II, 214.
Aguirre, Präsident von Uruguay, II, 236.
Alabama, II, 74, 119.
Albert, Gemahl der Königin Victoria, stirbt, I, 86.
Albrecht, Erzherzog, Oberbefehlshaber, I, 216, 326.
Albuquerque, II, 244.
Alexander II. von Rußland, I, 103, 109, 337, 342 ff.
—, Großfürst, mit Prinzessin Dagmar von Dänemark vermählt, I, 344.
—, Prinz von Hessen, I, 244.
Alexandrien, II, 29, 47, 48.
Alfieri, I, 305.
Algerien, I, 266. II, 34.
Ali-ben-Ghadum, Sherif von Kaf, II, 42.
Almonte, J. N., I, 85; in Veracruz, II, 135, 138; Präsident, 140.
Alsen, I, 58, 62.
Amalie, Gemahlin König Otto's von Griechenland, I, 166 f.
Amerika, II, 54; s. Nordamerika.
Amur-Colonien, I, 105.
Anam, II, 5.
Ancona capitulirt, I, 101.
Andrassy, Graf, I, 23.
Anghera, Kabylen von, I, 119.
Angloamerikaner, II, 130.
Annapolis, II, 84.
Annexionen, preußische, I, 247, 250.
— von Savoyen und Nizza an Frankreich, I, 67, 94, 95, 127 f.
Antietam, Sieg Mac Clellans bei II, 87.
Antioquia, II, 194.
Antwerpen, gegen die Befestigung, I, 133.
Apponyi, Graf, I, 23.
Araber, Aufstand derselben in der Sahara, II, 37.
Araucanien, II, 216.
Arboleda, II, Präsident v. Colombia, 193, 194.
Argentinische Conföderation, II, 223, 241, 244.
Arkansas, II, 70, 97, 102.
Aschaffenburg, Gefecht bei, I, 245.
Asien, II, 1.
Aspromonte, Katastrophe von, I, 317, 318.
Athen, Revolution das., I, 167.
Atlanta von Sherman eingenommen, II, 109, 112.
Aubaret, Vertrag mit Anam, II, 6.

B.

Baden-Baden, Fürstenconferenz das., I, 5, 40; Attentat auf Wilhelm I. von Preußen, 41.
Baez, Präsident von Hayti, I, 261.
Bahar, II, 5.
Balbo, Cäsar, I, 92.
Balfruch, Judenverfolg. das., II, 2.
Baltimore, Gährung daselbst, II, 70, 95, 107.
Banks, Unionsgeneral, in Virginien, II, 86; in Texas, II, 99 f.
Barrios, II, 183, 184.
Bastogi, I, 308.
Bayern, I, 17.
Bazaine, General, II, 145, 170.
Beaufort d'Hautpoul, General, I, 74.

Beauregard belagert Sumter, II, 69; siegt bei Bulls Run, II, 76.
Beauval, de, Consul in Alexandrien, II, 47.
Becker, O., I, 41.
Belgien, I, 130; Verfassungskämpfe, 131, f.; Beziehungen zum Ausland, 133.
Belgrad bombardirt, I, 161.
Belzu, General, II, 213, 215.
Benedeck, von, I, 23, 239, 243.
Bengalen, Hungersnoth das., II, 5.
Benningsen, Rud. von, I, 2.
Berg, Graf, in Polen, I, 349 ff.
Berges, Minister in Paraguay, II, 244.
Berlin, Landtag das. v. 5. August 1866, I, 248.
Bernstorff, Graf, I, 12.
Berryer, I, 260, 265.
Bethell, Rich., s. Westburg.
Beust, Freiherr v., I, 11; österreich. Minister, I, 217 f.
Bhutanesen, Friede mit denselben, II, 4.
Bialobrzewski, I, 115.
Birma, II, 7; britisch Birmanien 5.
Bismarck-Schönhausen, Graf, I, 14, 48, 52, 177, 181, 221, 224, 229, 231, 233, 234.
Bittenfeld, Herwarth von, I, 242.
Bixio, General, I, 325.
Blanco, Guzmann, General, II, 188.
Bolivar, II, 176.
Bolivia, II, 213.
Bologna, I, 303.
Bonald, Cardinal von, I, 266.
Bonard, II, 6.
Booth, J. W., ermordet Lincoln, II, 115.
Bourboulon, Graf, I, 82.
Braga, Aufstand das., I, 124.
Brasilien, II, 246; in Collision mit England, I, 87; im Krieg mit Paraguay, II, 244, 252 f.
Brescia, I, 315.
Britisch-Birmanien, II, 5.
Brown, John, hingerichtet, II, 57.
Brownsville von Banks genommen, II, 99.
Bruce in China, II, 11.
Bruck, Frhr. v., östr. Finanzm., I, 22.
Buchanan, Präsident, II, 57, 62.
Buell, General, II, 89.
Buenos-Ayres, II, 214, 223, 224, 244 f.
Burga, Schlacht bei, II, 192.
Bukarest, I, 158, 159.
Bulgaris, I, 167.
Bund, deutscher, aufgelöst, I, 189; norddeutscher, I, 253, 255; Unterschied von dem früheren, 257.
Bundestag gegen Dänemark, I, 9.
Burnside, II, 84, 91, 93.

C.

Cairo, II, 45; Parlament, 49.
Cairo-Suez-Eisenbahn, II, 46.
Callao, Blokade von, II, 213.
Canada, I, 291; II, 127.
Canaris, Admiral, I. 167.
Canby, General, II, 116.
Candia, I, 152.
Cannas, II, 179, 181.
Canning, Lord, II, 3, 4.
Canseco, II, 211 f.
Canstadt, II, 241.
Capo d'Istria, I, 168.
Cardwell, I, 291.
Carl, Prinz von Bayern, I, 244.
— XV., König von Schweden, I, 144, 146.
— Albert, König von Sardinien, I, 304.
— Johann, König von Schweden, I, 144.
— Ludwig, Fürst von Rumänien, I, 158, 159.
Carouge, I, 128.
Carrera, II, 184.
Carrillo, II, 192.
Carrion, Präsident von Ecuador, II, 203.
Carterat, Staatsrath von Genf, I, 128.
Carthagena, II, 196.
Carthago, II, 192.
Cassel, I, 7; von Preußen besetzt, I, 235.
Casta, Dalla, II, 215.
Castelfidardo, Schlacht bei, I, 27, 101.
Castilla, Präsident von Peru, II, 204, 205.
Castro, J., Präsident von Venezuela, II, 186.
Cattabene, I, 315.
Cauca, II, 192.

Cavour, I, 91, 305 f., 309, 314.
Cettinje, I, 163.
Ceuta, II, 30, 32.
Chancellorsville und Fredericksburg, Schlacht bei, II, 95.
Charleston, II, 63, 97, 113.
Charlotte, Gemahlin Max. I., II, 149; in Paris und Rom, 165.
Chasseloup=Laubat, II, 36.
Chattanooga, Schlacht bei, II, 99.
Chicamanga, Schlacht von, II, 98.
Chigi, Flavio, I, 271.
Chile, II, 212, 215; Krieg gegen Spanien, 219.
China, II, 7, 9.
Chincha=Inseln durch Spanien besetzt, II, 209; an Peru zurück, 211.
Chodsent eingenommen, I, 344.
Christian VIII. v. Dänemark, I, 136.
— IX., I, 63, 142.
Christie, englischer Gesandter in Rio de Janeiro, II, 249.
Cialdini, General, I, 317, 326.
Clarkville, II, 84.
Coatepeque, Schlacht bei, II, 183.
Cobden, Rich., I, 69.
Cochabamba, II, 215.
Chochinchina, s. Anam.
Coimbra, II, 244.
Colombia, II, 190; Föderativsystem, 191, 200 f.
Colonialwesen Englands, I, 291.
Colorados, II, 237, 238.
Comonfort, General, II, 145.
Compagnie, englisch = ostindische, aufgehoben, II, 65.
Concordat in Oesterreich, I, 20, 195; in Frankreich, 265 f.
Conföderation des Südens, II, 63; Argentinische, 223.
Constantin, Großfürst, I, 345, 349.
Constantinopel, I, 148, 152.
Constitution für Rußland nicht zeitgemäß, I, 343.
Convention der Unionspartei, II, 127, 129; Max. I. mit Napoleon III., II, 164; französisch = italienische, I, 268 f., 271, 286.
Coyle, Schlacht bei, II, 186 f.
Copper=Heads, II, 94, 96.
Cordova, II, 213.
Corinth, II, 85, 86.
Cortes in Portugal abrogiren die Todesstrafe, I, 124.
Costarica, II, 178, 179, 181, 182, 184.
Cranworth, I, 289.
Croaten, I, 35, 37.
Croß Roads, Schlacht bei, II, 104.
Cuaspud, Schlacht bei, II, 195.
Cuba, I, 118, 119.
Cusa, Fürst, I, 154 ff., 157.
Custozza, Tag von, I, 216, 281, 326, 327.
Czartoryski, Fürst, I, 114.
Czechen, I, 29.

D.

Dänemark, Krieg gegen, I, 54, 63; Repräsentativverfassung, 136 f.; Verhältniß zu den Herzogthümern, 139; von England begünstigt, 262 f.
Dagmar, Prinzessin v. Dänemark, I, 344.
Dahlgreen, II, 112.
Daimyos, II, 24, 28.
Damaskus, Blutbad das., I, 150.
Danewerk aufgegeben, I, 58, 59.
Danilo, Vertrag desselben mit Omer Pascha, I, 163.
Dante=Feier, I, 323.
Darien, II, 196.
Darmstadt besetzt, I, 246.
Davis, Jefferson, Präsident der Conföderation, II, 64, 69, 72, 102; sein Ausgang, 116 f.
Deak, Franz, I, 34 f.
Deb Radschah, II, 4.
Decoud, T. und G., II, 241.
Delaware, II, 71.
Derby, Lord, I, 300, 301.
Derqui, II, 225.
Deutschland gegen Dänemark, I, 54, 171.
Dhum u. Deb Radschah, II, 4.
Diaz, Bischof v. Tunkin, hingerichtet, II, 5.
Diaz, Porfirio, II, 167, 175.
Disraeli, I, 300, 302.
Domingo, San, s. San Domingo.
Dominicanische Republik, II, 256 f.
Donalson, Fort, capitulirt, II, 83.
Douglas, Steph., II, 57.
Dresden, von Preußen besetzt, I, 235.
Drosios, Arist., I, 167.
Drouyn de Lhuys, I, 263, 264, 269, 278, 281, 321.
Drusen, I, 150, 151.
Dschidda, Christenverfolgung, I, 149.
Dubois de Saligny, II, 135, 144.

Düppeler Schanzen, II, 58, 59, 60, 61.
Dunkellins, Lord, I, 300.
Durando, Minister, I, 318.

E.

Early, II, 104, 109.
Echezuria, in Caraccas, II, 187 f.
Eckernförde besetzt, I, 59.
Ecuador, II, 197, 202.
Eduard-Insel, Prinz, I, 292.
Elgin, Lord, II, 4, 8, 9, 20, 21.
Encyclica, päpstliche, I, 270, 333.
England, I, 80, 87, 89, 95, 287; Verhältniß zu seinen Colonien, 290 f.; Wahlreformentwurf, 297; Friedenstractat mit China, II, 9.
Escudero, Pedro, II, 151.
Esperanza, II, 228.
Esterhazi, Graf, I, 34.
Estrada, Guttierez, II, 135.
Exmouth, Lord, II, 39.
Expedition gegen Mexico, II, 140.
Eynatten, von, I, 22.
Eyre, Gouverneur v. Jamaica, I, 293.

F.

Falcon, Präsident von Venezuela, II, 188, 189.
Farina, La, s. La Farina.
Farini, I, 320.
Faustin I., II, 256.
Favre, I, 279.
Felinski, Erzbischof v. Warschau, I, 115; an Alexander II., I, 348.
Fellahs, II, 47.
Fenier, I, 292, 293; II, 122, 127.
Five Forks, II, 113.
Flensburg besetzt, I, 59.
Florenz, I, 303, 310, 323, 333.
Flores, General, II, 98, 244.
Forey, General, in Veracruz, II, 144.
Forgach, Graf, I, 36.
Forrest, II, 104.
Fould, I, 265.
Francia, Dictator, II, 240.
Frankfurt a. M., Congreß daselbst, I, 14; Bundesversammlung, 173; von den Preußen besetzt, 246.
Frankreich, I, 258; Handelsvertrag mit England, 69; Convention mit Italien, 268 f., 271, 286, 334; innere Zustände, 287.
Franz II., I, 83, 98, 100, 311, 312, 331.
— Joseph I., Manifest desselben, I, 237; s. Oesterreich.
Franzosen in Madagaskar, II, 53.
Frederiksburg, Schlacht bei, II, 91.
Freedmans Bureau, II, 124, 125.
Freimaurer in Frankreich, I, 266.
Fremont, General, in St. Louis, II, 79.
Frère-Orban, I, 132.
Fridericia belagert, I, 61.
Friedrich VI. von Dänemark, I, 136.
— VII., I, 9, 136, 142, 146.
— Carl, I, 58, 60, 239, 243.
— Wilhelm IV. v. Preußen, I, 38 f.
— Wilhelm, Kronpr., I, 239, 242.

G.

Gablenz, von, I, 157, 242.
Gaeta capitulirt, I, 100.
Garibaldi, I, 83; in Sicilien, 97 ff.; Einzug in Neapel, 99, 101, 307, 314, 317 f., 325.
Gastein, Zusammenkunft Franz Josephs I. u. Wilhelms I., I, 13 f.; Convention von, 178, 186, 231, 294.
Geffrard, Präsident von Hayti, II, 256, 260 f.
Genf, Unruhen das., I, 128 ff.
Georg I. v. Griechenland, I, 88, 168 ff.
Georgetown besetzt, II, 113.
Gerbo, Beduinen-Gräuel das., II, 43.
Gettysburg, Sieg bei, II, 95.
Gioberti, I, 92.
Giuliani, I, 323.
Gladstone, I, 80 f., 296, 299.
Glyn, II, 149.
Goda, Level de, II, 196.
Goluchowski, Graf, I, 28.
Gorogios in Japan, II, 28.
Gortschakoff, I, 115.
Gosankios in Japan, II, 28.
Govone, General, I, 325.
Gran, Notabelnconferenz, I, 30.
Grant, General, II, 83, 105 ff.
Gravière, Jurien de la, II, 138.
Griechenland, I, 164; Revolution, 167.
Griva, Theodor, I, 167.
Gros, Baron, II, 8, 9, 20.
Großbritannien, s. England.
Gual, Pedro, II, 186; Vicepräsident von Venezuela, 187.
Guatemala, II, 178, 182, 184.
Guayaquil, II, 197.
Guerillas, Juaristische, II, 145, 146 f.
Guesviller, II, 36.
Guizot, I, 267.
Gumma, II, 44.

H.

Hall, Ministerium, I, 142.
Hammelburg, Gefecht bei, I, 245.
Hannover von Preußen besetzt, I, 235.
Harris, Consul in Japan, II, 19 f.
Hatteras, Besetzung von, II, 80.
Hausken ermordet, II, 21.
Hayti, II, 256.
Heerschau in Washington, II, 118.
Henry, Fort, capitulirt, II, 83.
Hernandez, Ambr., I, 193.
Hessen-Cassel, Verfassungsstreit, I, 5, 6 f., 17.
— Darmstadt, I, 12, 17, 41, 217.
Hienfung, II, 13.
Himalaya-Pässe, II, 5.
Hohenlohe-Ingelfingen, Prinz von, I, 44. 45, 47.
Holstein, s. Schleswig.
Honduras, II, 180, 182.
Hood, General, II, 113.
Hope, J., vor Nanking, II, 11 f.
Howas, II, 53.
Huet, II, 204.
Hunter, II, 113.

J.

Jacinto, San, s. San Jacinto.
Jakohama, II, 21, 26.
Jamaica, I, 293.
Japan, II, 18; Handelsverträge mit europäischen Mächten, II, 19. 20.
Jassy, Parteikämpfe das., I, 158 f.
Jeddo, II, 19, 21 ff.
Jedschar, Schlacht bei, I, 344.
Ignatief, General, in Peking, II, 11.
Independence, Schlacht bei, II, 110.
Intervention zu Gunsten Polens, I, 88.
Johnson, Andr., II, 74; Präsident d. Union, II, 115, 121, 123, 125, 128, 129.
Johnston, II, 114, 116.
Jonische Inseln an Griechenland, I, 169.
Irland, I, 292.
Isabella II., I, 116, 118.
Ismael Pascha, II, 47 ff.; hebt die Polygamie in s. Familie auf, 49.
Italien, I, 1, 90 f.; Königreich, 102, 303, 315, 328; im Verhältniß zu Preußen, I, 183; zur röm. Curie, 305, 329; Vertrag mit Pr., 325.
Iturbide, Augustin, II, 132.
Juarez, Benito, II, 133, 137, 146, 155 f., 173 f.; n. Mexico zurück, 175.
Juaristen, II, 145, 167.
Jütland occupirt, I, 61.
Jussuf, General, in Algerien, I, 266.

K.

Kabylen, I, 119; II, 30, 34; unterworfen, 36.
Kadich, I, 163.
Kagosima, II, 24.
Kang-hoa erstürmt, II, 17.
Karakasow, Dimitri, I, 344.
Karatasso, Tzami, I, 166.
Karl, s. Carl.
Kasa Kuaranya, s. Theodor.
Katargi, I, 155.
Kaziken, II, 216.
Kent, Herzogin von, I, 86.
Kentucky, II, 71, 79, 80.
King, Admiral, in Satsuma, II, 27.
Kirchenstaat, I, 328, 331.
Kissingen, Gefecht bei, I, 145.
Kitsiang, Kaiser, II, 14.
Königgrätz, Schlacht bei, I, 243, 247.
Königsberg, Krönung Wilhelms I. das., I, 42.
Kolding besetzt, I, 60, 61.
Kong, Prinz, II, 9 ff., 11, 13, 15.
Korea, II, 17 f.
Krieg gegen Dänemark, I, 54; gegen Oesterreich, 239 f.; spanisch-maroccanischer, II, 31 ff.; der vereinigten Staaten mit dem Süden, 69 ff.
Kriegsmanifest, Oesterreichs, I, 237; Preußens, 239.
Kuli, die, II, 17.
Kulun an England abgetreten, II, 9.
Kurhessen, Verfassungsstreit in, I, 5, 6, 7.

L.

Labastida, Erzbischof v. Mexico, II, 134, 145.
Lacunza, Minister, II, 173.
La Farina, I, 99.
Lahora, Fürstenhuldigung für die britische Regierung, II, 4.
Lamarmora, General, I, 317, 326.
Lambert, II, 53.
Lamoricière, I, 27, 101.
Landescommission, sächs., I, 235.
Langensalza, Tag von, I, 236.
Langiewitz, Marian, I, 347.
La Paz, Gräuel in, II, 213.
La Plataſtaaten, II, 221.
Lara, II, 196.
Lassa, II, 5.

Laufach, Gefecht bei, I, 245.
Lavalette, Marquis, I, 281.
Lawrence, Katastrophe von, II, 98.
Lawrence, John, in Calcutta, II, 4.
Leboeuf, I, 327.
Lee, General, II, 70, 114.
Legros, Aimé, II, 258.
Leibeigenschaft in Rußland aufgehoben, I, 106 f., 336; in Polen, 351.
Leon in Nicaragua, II, 183.
Leon, D. J. Velasquez, s. Velasquez.
Leopold I. v. Belgien, I, 131, 134, 135.
— II., I, 134.
Lesseps, Edm. de, II, 204.
—, Ferd. v., II, 46, 47.
Liang-tung-schao, II, 12.
Libanon, I, 150, 151, 166.
Liberia, II, 82.
Lima, II, 202, 208; Congreß, 210, 221.
—, Viviano de, II, 244.
Limburg, Herzogthum, I, 136.
Lincoln, Abr., Präsident, II, 57; sein Lebensgang, 58 f.; Folgen seiner Wahl, 63; seine Inauguralrede, 67 f., 69 f., 74, 78, 100 f., 115, 122; verfolgt, 111; ermordet, 115; Bewegung darüber in London, I, 288 f.
Lissa, Schlacht bei, I, 216.
Löwen, Zusammenkunft Wilhelms III. und Leopolds I. daselbst, I, 135.
Londoner Vertrag vom 31. Oct. 1861, II, 135; aufgehoben, 139.
Lopez, Ant., Präsident von Paraguay, II, 242.
— Miguel, Verrath desselb. an Max. I., II, 172 f.
— Solano, II, 242, 244, 245.
— Venancio, II, 242.
Lorencez, General Graf, I, 85, II, 138.
Lorenzo, San, s. San Lorenzo.
Loulé, Herzog von, I, 122.
Louvieres, de, II, 54.
Ludwig I. von Portugal, I, 123, 125.
Lüders, I, 115.
Luisiana u. Mississippi, republikanische Tendenzen das., II, 59.
Luxemburg, Herzogthum, I, 136.
Lyons, Admiral, II, 41.

M.

Mac Allester, II, 112.
Macaulay, I, 290.
Mac Clellan, II, 77, 84 ff. 89.
— Dowell, II, 75.
Macedonien, I, 166.
Mac Mahon, I, 266. II, 36.
Madagascar, II, 53.
Magdalena II, 196.
Magnus, von, nimmt sich Max. I. an, II, 174.
Magoffin, Präsident von Kentucki, II, 80.
Magyaren, I, 33.
Mahmud Nedim Pascha, II, 44.
Maiz, Pater, II, 242.
Malgarejo, II, 215.
Manassas-Junction, Schlacht bei, II, 76.
Manifest, s. Kriegsmanifest.
Manteuffel, General von, I, 246.
Maria II. von Portugal, I, 122, 126.
Marmora, La, s. Lamarmora.
Marocco, II, 30; Spanien gegen, I, 119, II, 31; Tractat mit Spanien, 34.
Maroniten, I, 150, 151.
Martimprey, General II, 36.
Maryland, II, 71; Invasion 107.
Mason, I, 84.
Matamoras, II, 126.
Matsdaira-Okino-Kami, japan. General, II, 28.
Maury, II, 120.
Maximilian, Erzherzog, Unterhandlungen mit ihm, 137, 145. 147 f.; I, 266. Kaiser von Mexico, II, 148; in Veracruz 149; seine Organisation, 150 f.; Reformen, 152; Machtstellung, 154; Charakter, 159, 167 ff.; in Queretaro 170 ff.; hingerichtet 174 f.
Mazanderan, Juden-Verfolgung das., II, 2.
Mazzini, I, 83, 161.
Mead siegt bei Gettysburg, II, 95.
Meglia, Nuntius, in Mexico, II, 151.
Mehmed Sadik, II, 41.
Mejia, General, II, 173 f., 175.
Mejillones, II, 214.
Memphis, II, 92; Verfolgung der Neger, 128.
Mendun-Man, II, 7.
Merode, päpstlicher Minister, 331, 334 f.
Mexico, II, 130, 132, 134; Expedition gegen, I, 85, 122; Congreß, II, 144 f.; Notabelnversammlung, 145; Kaiserwahl, 148; Empfang

Max. I., 150; republikanische Reaction, 175.
Meza, de, I, 58.
Michael, Großfürst, I, 343.
Mieroslawski, Ludw., I, 346.
Miguel, Dom, von Portugal, I, 122, 124.
Mikado, japanischer, II, 22 ff.
Millidgeville, II, 112.
Milosch Obrenowitsch, Fürst, I, 160 f.
Mina Motto stirbt, II, 28.
Minghetti, I, 320.
Miramon, Mig., General, II, 133.
Mississippi, II, 59, 74; Convention, 121.
Missouri, II, 57, 71, 173 f.; im Belagerungsstand, 79; für Aufhebung der Sklaverei, 91.
Missunde, I, 59.
Mitre, General, II, 224 f., 229.
Mobile, Belagerung von, II, 114.
Mohamed-el-Katib II, 30.
Moldau und Walachei, I, 152.
Molinas, II, 225.
Monagas, Präsident von Venezuela, II, 186.
Monrad, Ministerium, I, 142.
Montenegro, I, 162.
Montevideo, Niederlage der Blancos, II, 244.
Montgomery, Conföderation des Südens, II, 63.
Montt, Präsident von Chile, II, 215 f.
Mora, Raph., Präsident v. Costarica, II, 179; hingerichtet 181.
Morales, Placido, II, 193.
Morant-Bay, Negerunruhen das., I, 293.
Moreno, Garcia, Präsident von Ecuador, II, 198 ff.
Morny, Herzog von, I, 272 f.
Mosquera, General, II, 192 f.
Motley, II, 126.
Moustier, Marq. von, I, 281.
München, Handelstag das., I, 50.
Muley-Abbas, II, 33.
Muley-Ahmed, II, 33.
Murawiew, General, in Lithauen, I, 351.
Murfreesborough, Gefechte bei, II, 92.
Mytho an Frankreich abgetreten, II, 6.

N.

Nancy, I, 273.
Nanking, Friede von, II, 14.
Napoleon III., I, 4; Verhältniß zum Volke, 65; zum Klerus, 65, 265; zur schleswig-holst. Frage, 90; zu Italien, 71, 95, 267; Convention vom 15. Septbr. 1864, 268 f., 271, 286; Verhältniß zu Oesterreich, 197; zum Papst, 328 f.; Complot gegen ihn, 261; seine Rede vom 15. Febr. 1865, 271; Instruction an Drouyn de Lhuys, 278; geht nach Algerien, II, 38; sein Plan gegen die mexicanische Republik, II, 137 ff.; Instruction an Forey, 140 f.; Mißtrauen der Mexicaner gegen ihn, 158.
Nashville, II, 85.
Nassau, I, 12, 17; von Preußen besetzt, I, 246.
Nasser-ed-Dini, II, 2.
Nationalverein, I, 2.
Nauplia, Militärrevolte das., I, 167.
Neal in Jeddo, II, 22.
Neapel, I, 303, 313; Banditenwesen, 320.
— Stadt, I, 303.
Neger, Unruhen derselben in Morant-Bay, I, 293; Begünstigungen, II, 124; Verfolgung, 128.
Neu-Braunschweig, II, 292.
Neu-Fundland, II, 292.
Neu-Granada, s. Colombia.
Neu-Schottland, II, 292.
New-Orleans eingenommen, II, 85; Verfolgung der Neger, 128.
New-York, II, 90; Aufstand daselbst, 96.
Nicaragua, II, 60, 177, 178, 182.
Nickolsburg, Unterhandlungen von, I, 285.
Niederlande, I, 134.
Nikolaus, Kaiser von Rußland, I, 103.
— Großfürst, I, 344.
— Fürst von Montenegro, verbündet sich mit dem Pascha von Scutari, I, 163.
Nizza an Frankreich, I, 67, 95.
Nordalbingische Herzogthümer, I, 8.
Nordamerika, Vereinigte Staaten von, II, 55; Sklavenhandel verboten, II, 60; Emancipation der Skla-

ven, 86, 91; Zustand der freigewordenen, 93, 124 f.; Krieg gegen die Südstaaten, 69 ff.; Uebermacht 114; nach dem Kriege, 118 f.
Nordcarolina, II, 70.
Norwegen, s. Schweden.

O.

Oajacca, II, 167.
Obercanada, II, 127.
O'Donnell, Graf v. Lucena, II, 31 ff.
Oestreich, I, 15, 18 ff., 187, 190, 216 ff.
Oeversee, Gefecht bei, I, 59.
Ofen-Pesth, Landtag daselbst, I, 34 f.
Olinda, Marquis v., II, 248 ff., 252.
Ollivier, I, 264.
Omer Pascha, I, 163.
Orissa, Hungersnoth in, II, 5.
Orizaba, Conferenz von, II, 139.
Ortega, Gonzales, II, 133.
— Jaime, I, 120.
Osaka, Fürstenversammlung, II, 24.
Osborne, Sherard, II, 15.
Oscar, König von Schweden, I, 144.
Oschimaguri, II, 28.
Ospina, Mariano und Pastor, II, 193.
Ossikam-Sund eröffnet, II, 112.
Ostindien, II, 3.
Otto, König von Griechenland, I, 164 ff.

P.

Paez, Präsident v. Venezuela, II, 187.
Pallavicino bei Aspromonte, I, 317.
Palmerston, Lord, I, 294, II, 47.
Panama, II, 196.
Papst, eigenthümliche Stellung desselben, I, 305.
Paraguay, II, 239.
Pareja, Admiral, II, 210, 211.
Parkes, Harry, II, 27.
Parlamentsreform von Gladstone beantragt, I, 296.
Pasolini, I, 320.
Patow, von, I, 44.
Patras, I, 167.
Paulucci, Marquis von, I, 112.
Payne, II, 115.
Paysandu, Fall von, II, 237.
Paz, La, s. La Paz.
Pedro I., Dom, von Brasilien, II, 246, 247.
Pedro, II., II, 247.
— II., Dom, von Port., II, 247.
— V., Dom, I, 122 f.
Peel, I, 300.
Peking, II, 7, 8, 10; Erneuerung des kathol. Gottesdienstes, 9.
Pelissier, Herzog von Malakoff, I, 266, II, 36.
Persien, II, 2.
Persigny, Graf, I, 78.
Peru, II, 196, 202, 203; im Krieg gegen Spanien, 212; mit Chile u. Bolivia verbunden, 212, 215.
Perugia, von den Schweizern eingenommen, I, 127.
Peruzzi, I, 320.
Petersburg, II, 104, 106, 107.
Peterspfennig, I, 331.
Pezet, Präsident von Peru, II, 209; Vertrag mit Pareja, 211.
Philadelphia, demokrat. Convention in, II, 128.
Pia, Gemahlin Ludwig I. von Portugal, I, 124, 125, 317.
Pillow eingenommen, II, 104.
Pin-ta-Jen, II, 17.
Pittsburg, Schlacht bei, II, 85.
Pius IX., I, 71; sein Verhältniß zu Portugal, 124; protestirt gegen den König von Italien, 329; Zerwürfnisse mit Rußland und andern Mächten, 330, 332; Encyclica und Syllabus, 270, 333; Forderungen an Max. I. von Mexiko, II, 151.
Plymouth, II, 104.
Polen, von Napoleon begünstigt, I, 77, von England und Oesterreich, 88 f.; seit Alexander II., 109; in Belagerungsstand, 114; Sympathien in Schweden, 145; nationale Spannung gegen Rußland, 337 ff.; Aufstand von 1863 345.
Polygamie in Aegypten aufgehoben, II, 49.
Portugal, I, 122; Verhältniß zum Papst seit D. Miguels Sturz, 124.
Prado, Präsident von Peru, II, 213.
Prag, Friede von, I, 216.
Preußen, I, 38, 177, 183; seit dem Wiener Frieden, 220; gegen Oesterreich, 239 f.; vergrößert, 247; Vertrag mit Italien, I, 325; mit Japan, II, 20.
Prim, Graf von Reus, II, 32, 136, 137.

Prinz-Eduard-Insel, I, 292.
Protestantenpatent für Ungarn, I, 20 f.
Puebla, II, 140; Capitulation 145.

Q.

Quaade, von, I, 142.
Quantrell, II, 97.
Queretaro, Maximilian I. das., II, 170 f.

R.

Racoto, s. Radama II.
Radama I. von Madagascar, II, 53. — II., 53, 54.
Rahoserina, II, 53.
Rainer, Erzherzog, I, 23.
Rainilairivony von Madagascar, II, 53 f.
Ranawalo, Wittwe Radama's I., II, 53.
Randon, Generalgouverneur von Algerien, I, 34.
Ratazzi, Minister, I, 313, 319.
Rechberg, Graf, I, 12, 21, 51, 197.
Reformacte, östreich., I, 15 f.
Reformliga, englische, I, 300.
Reformverein, deutscher, I, 3.
Reichsrath, verstärkter in Oesterreich, I, 22, 25, 31, 38.
Renan, Leben Jesu, I, 266.
Resaca, Gefecht bei, II, 109.
Revolutionstribunale in Polen, I, 347.
Rhodus, I, 152.
Ricasoli I, 309 f., 313, 326.
Richardson ermordet, II, 22, 24.
Richelieu, II, 53.
Richmond, Senatsbeschluß von, II, 88.
Riffpiraten von Marocco, I, 119, II, 30.
Rio-Negro, constitution. Versamml. das., II, 194.
Ritter vom goldenen Cirkel, II, 59, 60.
Roblas Pezuala, II, 138.
Roches, Léon, Einfluß desselben auf die Verfassung von Tunis, II, 41.
Rogier, Ch., I, 132.
Rojas, Pedro, II, 188.
Rom, Verhältniß zu Rußland, I, 106; unter französischer Occupation, I, 268, 322; Verhältniß zum Königr. Italien, 329; von den Franzosen geräumt, 335.
Roman, San, s. San Roman.
Romanowski, General, I, 344.
Rotten Boroughs, I, 299.
Rufos, I, 167.
Rumänien, I, 154.
Russel, Lord, I, 80 f., 83; seine Circulardepesche, 294.
Rußland, I, 103, 105, 336; russisch-preußische Convention vom 8. Febr. 1863, I, 77, 341; Reformen, 104 f.; Aufhebung der Leibeigenschaft, 106 f.

S.

Sachsen, I, 285.
Said-Pascha, II, 46.
Saigon, II, 5; Vertrag von, 6.
Salas, General, II, 145, 147.
Salazar y Mazaredo, II, 196.
Saldanha, Herzog von, I, 122.
Saligny, Dubois de, s. Dubois.
Salomon, General, II, 258.
Salnave bemächtigt sich der Capstadt, II, 260.
Salvador, San, s. San Salvador.
San Domingo, spanisch, II, 217, 257, 261.
San Jacinto, Schlacht bei, II, 169.
Sankaolin, Prinz, II, 10.
San Lorenzo, Schlacht bei, II, 145.
San Luis Potosi, Sitz der Juaristischen Regierung, II, 173.
San Roman, Miguel, II, 207.
San Salvador, II, 179, 182.
Santa-Cruz-la-Pequena, II, 33.
Santana, Pedro, II, 257.
Santiago, Feuersbrunst das., II, 217.
Santo Domingo, II, 256 f., 261.
Santos Guardiola, Präsident von Honduras, II, 179.
Sao Leopoldo, II, 249.
Sardinien, I, 91, 93, 94 f.
Satsuma, Fürst von, II, 24, 27.
Savannah besetzt II, 112.
Savoyen an Frankreich, I, 67, 94, 127 f.
Schamyl-Bey, I, 105.
Scheiks-el-beled, II, 49.
Schleswig-Holstein, I, 8, 55, 173, 175, 176, 227; an Preußen, 252.

Schmerling, Ant. v., Staatsminister, I, 28, 210 ff.
Schützenbund, I, 4.
Schweden, I, 144.
Schweiz, I, 126.
Scitovszky, Joh. von, I, 30.
Scott, Obergeneral, II, 75, 78, 80.
Seillard, Baron, II, 162.
Serbien, I, 159.
Seward, Will., II, 57, 58; Minister, I, 85; II, 123.
Sheridan, Bundesgeneral, II, 109.
Sherman, II, 92, 104, 108 f., 112, 114
Siam, II, 7.
Sicilien, I, 97 ff., 312.
Sidi Mohammed, II, 40, 41.
Sidi Mustapha, II, 42.
Siebenbürgen, I, 36, 201.
Simonosaki, Forts von, zerstört, II, 24.
— Meerenge von, frei, II, 26, 27.
Sklavenstaaten, II, 56 ff.; Verhältniß zur Union, 56 ff.; Absicht, sich vom Norden zu trennen, II, 59, 61; Conföderation, 63; Krieg mit der Union, 69 ff, 83, 112, 119.
Sklaverei, aufgehoben in den portugiesisch-afrikan. Colonien, I, 122 f., in Surinam und den westindischen Inseln, 135, von der Union, II, 86, 91, 123; in Venezuela, 189.
Slidell, I, 84.
Soledad, Convention von, I, 85, II, 137; aufgegeben, 138.
Soulouque, II, 256.
Spanien, I, 116; maroccan. Krieg, II, 31 ff.
Spottsylvania, Schlacht bei, II, 106.
Staatsrath, österr., I, 32.
Stanley, Lord, I, 300.
Stephanie, Gemahlin Pedro's V. von Port, I, 123.
Stephens, John, Fenierhaupt, I, 293.
— Vicepräsid., II, 113.
Stotsbaschi, Taikun, II, 28.
Strasburg, II, 109.
Suchozanet II., russ. General, I, 115.
Südcarolina, II, 61, 62, 63, 66.
Südstaaten, s. Sklavenstaaten.
Suezcanal, II, 46 f.
Suezeisenbahn, II, 46.
Sumter, belagert, II, 69; zerstört, 97.
Surinam, Aufhebung der Sklaverei, I, 135; Verfassung, 136.
Surrat, Frau, II, 115.
Su-tschuen, II, 5.
Syllabus, päpstl., I, 276, 333.
Syrien, Expedition nach, I, 74.
Szechenyi, Steph., Graf, I, 22 f.

T.

Taipings, Aufstand derselben, II, 12, 13 ff.
Tamatava, II, 54.
Taschkent, russisch, I, 344.
Teleki, Ladisl., Graf, I, 34.
Temendare, Admiral, II, 236, 237.
Tenessee, II, 70, 74, 99.
Terceira, Herzog von, I, 122.
Tesch, I, 132.
Tetuan, Schlacht bei, I, 119, II, 33; erste kathol. Kirche daselbst, II, 34.
Texas, Verfolgung der Neger, II, 128.
Theodor II. von Abessinien, II, 51 f.
Thiers, I, 260, 265, 267, 274, 275; Gegner der Regierung, 276 ff.
Thornton, II, 241.
Thouvenel, I, 72.
Tientsin, II, 10.
Tien-wang, II, 16.
Tiflis, I, 343.
Töplitz, Zusammenkunft Franz Josephs mit dem Prinz-Regenten von Preußen, I, 27.
Tonnens, de, II, 217.
Toro, Man. M., II, 195.
Toronto, II, 127.
Toryministerium, I, 301, 302.
Tovar, Präsident von Venezuela, II, 187.
Transkaukasien, Leibeigenschaft aufgehoben, I, 336.
Trantenau, Schlacht bei, I, 242.
Tréhoſuert von Tunis, II, 41.
Trent-Affaire, I, 84, II, 89.
Tripoli, II, 44
Truxillo, II, 181.
Tschao-Fa-Mongkut, II, 7.
Tschechen, I, 200.
Tu-duc, Kaiser von Anam, II, 5 f.
Türkei, I, 147.
Tunis, II, 39; Reformen in der Gesetzgebung, 41.
Tunkin, II, 6.
Turin, Parlament, I, 96, 102; Unruhen, I, 322 f.
Turkestan, II, 1.

Twiggs, General in Texas, fällt von der Union ab, II, 66.

U.

Ungarn, Verhältniß zu Oesterreich, I, 29 f., 193; Landtag (1865) 213; Ptotestantenpatent, 20 f.
Union, s. Nordamerika.
Urquiza, General, II, 225.
Uruguay, II, 230, 252.

V.

Vasconcellos, II, 251.
Vay, Baron, I, 27.
Vega, Fereyra de, II, 235.
Velasquez de Leon, J., mexicanischer Minister, II, 118.
Venedig, Einzug Victor Emanuels, I, 327.
Venetien an Frankreich überlassen, I, 215, 284; an Italien, 284, 327.
Venezuela, II, 186.
Veracruz, von den Spaniern besetzt, II, 136; Maximilian I. das., 149.
Vereker, II, 249.
Vereinigte Staaten von Nordamerika, s. Nordamerika.
Vicksburg, II, 87, 92, 94, 96.
Victor Emanuel, I, 51, 71, 91, 101 f., 311, 314, 315 f., 324; Einzug in Venedig, 327 f.
Victoria, Königin von England, I, 86; tritt die ionischen Inseln an Griechenland ab, 169.
Villafranca, I, 273.
Villalba, Finanzminister in Uruguay, II, 237.
Villemain, I, 267.
Vincent von Paula, Congregation des heil., I, 266.
Virginien, 61; tritt der Conföderation bei, II, 70.
Visconti-Venosta, Minister, I, 322.
Vogel v. Falkenstein, I, 245, 246.
Vonizza, Aufstand daselbst, I, 167.

W.

Wahlreformentwurf in England, I, 297.
Walachei, s. Moldau.
Walewski, Graf, I, 131, 273.
Walker, Will., II, 60, 177 f., 180; hingerichtet, 181.
Walpole, I, 300.
Warschau, Fürstencongreß, I, 27 f., 72 f.; anti-russische Bewegung, I, 111, 113.
Washington, vom Südbunde bedroht, II, 70 f., 82, 86, 87; Congresse von, 74, 82, 83, 90, 112, 118, 123, 129.
Washington, Geo., II, 130.
Weißen, die kleinen, II, 61, 62, 103.
Westbury, Rücktritt des Lord-Canzlers, I, 289.
Westindische Inseln, Aufhebung der Sklaverei, I, 135.
Westvirginien, für Aufhebung der Sklaverei, II, 91.
Whigministerium, I, 80.
White Oak Road, II, 114.
Wielopolski, v., I, 113, 115, 345, 349.
Wien, Verhältniß zum Reich, I, 29; Abschluß des Friedens mit Dänemark, 142 f.; zwischen Oesterreich und Italien, 217.
Wiesbaden, Zusammenkunft Wilhelms III. und Leopolds I., I, 135; von Pr. besetzt, 246.
Wilderneß, Schlacht in, II, 105 f.
Wilhelm I. von Preußen, I, 13 f., 39, 42; sein Manifest gegen Oesterreich, 239; Eröffnung des Landtags (1866), 248.
Wilhelm III., König der Niederlande, I, 135.
Wilmington eingenommen, II, 113.
Wirtz, II, 103.
Wrangel, I, 57, 58.
Wyke, Ch., II, 135.

Y.

Yanez, Placido, II, 213.
Yang-tse-Kiang, II, 5.
York-Town, II, 84.
Yuan-ming-yuen, II, 8, 9.

Z.

Zamoyski, Andr., I, 113.
Zaragossa, General, II, 140.
Zerbi, Beduinen-Gräuel, II, 43.
Zollconvention, französisch-mexicanische, II, 164.
Zolltarif, indischer, II, 3.
Zollverein, deutscher, I, 49, 172, 223, 254.

Druck der Hofbuchdruckerei [illegible] in Altenburg.

STADTBIBLIOTHEK * AUGSBURG *

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Arnd, Eduard,

Geschichte der Gegenwart

Bd.: 2

Leipzig 1869

Augsburg, Staats- und Stadtbibliothek -- Gs 275 -Fortsetzung#(Beibd. 2
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11247030-4